

Erwerbslosigkeit und Erwerbsarbeit im Kontext der
sozialen Arbeitsteilung: Deskription zentraler
Entwicklungslinien für die Bundesrepublik
1973-1983 und einige Hypothesen zur Entstehung
der Erwerbslosigkeit auf der Grundlage einer
differenzierten Sichtweise der Erwerbsarbeit
als einer Form innerhalb der sozialen Teilung
der Arbeit

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von: Diplom-Sozialwirt Manfred Garhammer
aus Nürnberg

Referent: Professor Dr. Henrik Kreutz

Koreferent: Professor Dr. Günter Büschges

26. Februar 1985



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546226_0001

INHALTSVERZEICHNIS

Erwerbslosigkeit und Erwerbsarbeit im Kontext der sozialen Arbeitsteilung: Deskription zentraler Entwicklungslinien für die Bundesrepublik 1973-1983 und einige Hypothesen zur Entstehung der Erwerbslosigkeit auf der Grundlage einer differenzierten Sichtweise der Erwerbsarbeit als einer Form innerhalb der sozialen Teilung der Arbeit

Vorwort

Seite

- | | | |
|--------|--|---|
| 1. | <u>Das Verständnis von Arbeit und Arbeitslosigkeit in der politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Diskussion - Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeit und Arbeitslosigkeit in einem strukturell funktionalen Ansatz</u> | 1 |
| 1.1. | Die kulturelle Prägung der Begriffe von Arbeit und Arbeitslosigkeit - das Beispiel der These: "Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus" | 1 |
| 1.2. | Problemstellung der Arbeit. Konzeptualisierung des theoretischen Bezugsrahmens, der Fragestellung und des methodischen Vorgehens. Konzeptuelle Grenzen der Nationalökonomie in der Befassung mit Arbeitslosigkeit. Aufbau der Arbeit und Hauptergebnisse | 7 |
| 1.2.1. | Problemstellung der Arbeit und Konzeptualisierung des theoretischen Bezugsrahmens: Für einen strukturell-funktionalen Ansatz | 7 |
| 1.2.2. | Arbeitslosigkeit als Fall von "unbeabsichtigten sozialen Folgen individuellen Handelns". Die Fragestellung der deskriptiven und theoretischen Analyse: Arbeitslosigkeit als Ungleichgewicht zwischen individuellen Ansprüchen an das Beschäftigungssystem und dessen Möglichkeiten | 9 |

1.2.3.	Methodisches Vorgehen und Aufbau der Arbeit. Zusammenfassung des Kapitels 2	13
1.2.4.	Die konzeptuellen Grenzen der nationalökonomischen Perspektive bei der Befassung mit Arbeitslosigkeit	19
1.2.5.	Für einen soziologischen Zugang zum Thema. Zusammenfassung des Kapitels 1	24
1.2.6.	Erwerbsarbeit im Kontext des Strukturwandels der sozialen Arbeit: Zusammenfassung der Kapitel 3 und 4	27
1.3.	Idealtypisierende Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeit in einem strukturell-funktionalen Ansatz. Die verschiedenen Formen von Arbeit innerhalb der sozialen Teilung der Arbeit	30
1.3.1.	Familiale Arbeit und berufliche, auf dem Arbeitsmarkt getauschte Arbeit: Zwei komplementäre Modi der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Bedeutung von Bedürfnis- und Aufgabenorientierung der Arbeit für die Entstehung der Arbeitslosigkeit	30
1.3.1.1.	Die Tragfähigkeit des DURKHEIM'schen Ansatzes für die Analyse der sozialen Arbeitsteilung	32
1.3.1.2.	Die strukturelle Notwendigkeit von unbezahlter familialer Arbeit. Die für familiale Arbeit idealtypischen Arbeitsmuster. Die Bedeutung von Aufgaben- und Bedürfnisorientierung für die Verhinderung von Arbeitslosigkeit	40
1.3.1.3.	Die Entstehung einer beruflichen Arbeitsteilung neben der familialen Arbeitsteilung. Der Arbeitsmarkt als sozialkulturell spezifischer Allokationsmodus von Arbeit	44

1.3.1.4.	Die mit abhängiger, beruflicher Erwerbsarbeit verbundenen Arbeitsorientierungen. Die Bedeutung einer verantwortlichen Aufgabenorientierung in der Berufsarbeit	46
1.4.	Idealtypisierende Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeitslosigkeit	54
1.4.1.	Die Unterscheidung von Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit als Konsequenz einer differenzierten Sichtweise der gesellschaftlichen Arbeit	54
1.4.2.	Ein Vorschlag zur Typologie verschiedener Formen von Erwerbslosigkeit auf Grundlage von DURKHEIMS "anormalen Formen der Arbeitsteilung"	61
1.4.2.1.1.	Fluktuationserwerbslosigkeit	62
1.4.2.1.2.	Erwerbslosigkeit aufgrund von motivationalen Defiziten	64
1.4.2.1.3.	Die Sucherwerbslosigkeit	65
1.4.2.1.4.	Ungleichgewicht zwischen demographisch bedingten Wachstum der Erwerbsbevölkerung und Arbeitsplatzmöglichkeiten	65
1.4.2.2.	Die "anormalen Formen der Arbeitsteilung"	66
1.4.2.2.1.	Eine erste "anomische Form"	66
1.4.2.2.2.	Erwerbslosigkeit als Ausdruck einer "anomischen Arbeitsteilung"	68
	Die Bedeutung der qualitativen Zusammensetzung der ökonomischen Elite in "Rentiers" und "Spekulanten" für Innovationsfähigkeit und Bedürfnisorientierung von Erwerbsarbeit in Unternehmen	72

	Seite
1.4.2.2.3. Erwerbslosigkeit als Ausdruck einer "erzwungenen Arbeitsteilung"	74
1.5. Vorschlag einer Typologie der dualen Arbeit: die Arbeitsformen im Schatten der offiziellen Statistik	81
1.5.1. Typen und Erscheinungsformen der Untergrundwirtschaft (Schwarzarbeit): Arbeitsmuster in diesem Bereich	88
1.5.2. Typen und Erscheinungsformen der eigeninitiierten, bedürfnisorientierten Arbeit	91
1.5.3. Die für eigeninitiierte, bedürfnisorientierte Arbeit idealtypischen Arbeitsmuster	96
1.5.4. Die Verflechtung beider Sektoren der dualen Arbeit: Mischformen der Arbeit und Fluktuation der Individuen zwischen formellen und informellen Arbeitsrollen	101
1.6. Selbständige und mithelfende Familienangehörige als Zwischenstufen zwischen Erwerbstätigkeit und familialer Arbeit	105
1.6.1. Versuch einer Unterscheidung verschiedener Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit nach Bedürfnisorientierung und Aufgabenorientierung der Arbeit - ihre Bedeutung für potentielle Erwerbslosigkeit	105
Die für "kleine Selbständige" und mithelfende Familienangehörige "typische" Arbeitsorientierung - Gemeinsamkeiten mit familialer Arbeit	109
1.6.2. Der historische Wandel der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit	111

2.	<u>Deskription der Entwicklung des Ungleichgewichts im formellen Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik 1973-1983 mit Hilfe von amtlichen statistischen Daten und Entwicklung von zentralen Fragestellungen für einen soziologischen Zugang zur Erklärung einiger Entstehungsbedingungen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit</u>	114
2.1.	Die Erfassung der Erwerbslosigkeit in der amtlichen bundesdeutschen Statistik: Eine kritische methodologische Reflexion der unterschiedlichen Erhebungsinstrumente und -konzepte und ihrer Brauchbarkeit für eine differenzierte Analyse der Arbeitslosigkeit	114
2.1.1.	Die Abhängigkeit der Begriffsdefinition und des Erhebungskonzepts für Erwerbslosigkeit von der Fragestellung	114
2.1.2.	Die Erfassung der Erwerbslosigkeit in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (BA) und im Mikrozensus des Statistischen Bundesamts	123
2.1.2.1.	Die Datenquellen: Mikrozensus und Arbeitsmarktstatistik	123
2.1.2.2.	Ein Vergleich der Erhebungskonzepte für Erwerbslosigkeit im MZ und in der Arbeitsmarktstatistik - ihre Brauchbarkeit für eine differenzierte Erfassung der Arbeitslosigkeit	126
2.1.2.2.1.	Die Bezugsgröße im Erhebungsrahmen	129
2.1.2.2.2.	Die Definition der Erwerbsfähigkeit	130
2.1.2.2.3.	Das Abgrenzungsmerkmal "angestrebte Arbeit"	131
	Zur Übererfassung der freiwilligen Erwerbslosigkeit - Versuch einer operationalen Definition und Schätzung	135

2.1.2.2.4.	Das Abgrenzungsmerkmal "aktueller sozialer Status" - die Erfassung von alternativen (Arbeits)rollen	137
2.1.2.2.5.	Eine kritische Diskussion der Kategorie "Stille Reserve" im Hinblick auf ihre Werthaltigkeit	140
2.1.2.2.6.	Abweichungen der erfaßten Erwerbslosen und "Arbeits- losen" in einigen Zahlenvergleichen	143
2.2.	Zur Konzeptualisierung der weiteren deskriptiven Ana- lyse: Globale Erwerbslosigkeit als Resultat der Ent- wicklung der Erwerbsarbeit Suchenden und der Nach- frage nach Erwerbsarbeit	152
2.2.1.	Die Fragestellung für die Deskription: Erwerbslosig- keit als Resultat der Entwicklung des Angebots an und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit	152
2.2.2.	Zur Aussagekraft der offiziellen Arbeitslosenquote. Arbeitslosenquoten im historischen Vergleich in Deutschland	154
2.2.3.	Niveau- und Strukturaspekt der Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit	157
2.2.4.	Operationale Definition von "Angebot an" und "Nach- frage nach Erwerbsarbeit". Zur Datensituation	159
2.2.4.1.	Die operationale Definition des "Angebots an Erwerbs- arbeit"	161
2.2.4.2.	Die Problematik der Kategorie "Stille Reserve" als Teilgesamtheit des "Angebots an Erwerbsarbeit"	163
2.2.4.3.	Operationale Definition der "Nachfrage nach Erwerbs- arbeit"	167
2.2.5.	Zum Beobachtungszeitraum	170

	Seite
2.3. Gesamtüberblick über die Entwicklung der Erwerbslosigkeit 1973-1983	172
2.3.1. Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigkeit	172
2.3.2. Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung des Angebots an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit	185
2.3.2.1. Die drei Phasen im Zeitraum 1973-1983	191
2.3.2.1.1. Die erste Phase 1973-1977 (Jahresdurchschnitt)	191
2.3.2.1.2. Die zweite Phase 1977-1980 (JD)	199
2.3.2.1.3. Die dritte Phase 1980-1983 (JD): Erhöhte Erwerbsbeteiligung und Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit - Zunehmende Schere zwischen Ansprüchen an und Möglichkeiten des Beschäftigungssystems	201
2.3.2.2. Problematik und Werthaltigkeit von Prognosen der Entwicklung des Beschäftigungssystems - Einige Beispiele für Fehlprognosen	206
2.4. Die These von der "technologischen Arbeitslosigkeit" im Licht der empirischen Befunde	209
2.4.1. Verbreitung und ideologische Funktion dieser Kausalattribution für Arbeitslosigkeit	209
2.4.2. Die These im Licht einiger empirischer Befunde - Zunahme der abhängigen Arbeitsplätze von 1976-1980. Die Fallbeispiele der Mikroelektronik und der Robotisierung	211

2.5.	Merkmale der Erwerbslosigkeit seit 1973 auf Grundlage einer Unterscheidung verschiedener Formen der Erwerbslosigkeit nach ihrer Funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung und differenzierter Meßmethoden	219
2.5.1.	Unterscheidung von verschiedenen Formen der Erwerbslosigkeit nach ihrer (Dys)funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Die Schwäche der statischen Bestandszahlen der offiziellen Statistik. Die Aussagekraft von Bewegungsgrößen für eine differenzierte Analyse der Erwerbslosigkeit nach ihren Ursachen, bes. für die Mobilität des sozialen Status Erwerbslosigkeit	219
2.5.2.	Mehrfacharbeitslosigkeit - ein Maß für die Marginalität der Erwerbsarbeits-Rolle	227
2.5.3.	Dauer der Erwerbslosigkeit - ein operationales Kriterium für verschiedene Formen der Erwerbslosigkeit	229
3.	<u>Die Entwicklung von Niveau und Struktur der Erwerbsarbeit im Strukturwandel der sozialen Arbeitsteilung 1973-1983. Fehlleistungen im Beschäftigungssystem als mögliche Einflußfaktoren für die Entstehung der Erwerbslosigkeit</u>	238
3.1.	Die tatsächlich geleistete Erwerbsarbeitszeit	238
3.1.1.	Der Rückgang der Erwerbsarbeitszeit als deskriptiver Indikator für die Produktivität der Erwerbsarbeit und Verschiebungen innerhalb der sozialen Arbeitsteilung	238
3.1.1.1.	Bestimmungsgrößen der tatsächlichen Arbeitszeit der beschäftigten Arbeitnehmer. Normative und faktische Arbeitszeit	240

3.1.1.2.	Der Rückgang der tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitszeit der Beschäftigten seit 1973: Wachsende Diskrepanz zwischen Norm und faktischer Arbeitszeit	244
3.1.1.3.	Der Anteil der individuellen Fehlzeiten an der Normdiskrepanz. Zentrale Einflußgrößen	249
3.1.2.	Die Zunahme der Teilung von Arbeitsplätzen (Teilzeitarbeit). Die damit gegebene Möglichkeit einer dysfunktionalen Arbeitsteilung und Entstehung von Erwerbslosigkeit. Die Vernachlässigung der qualitativen Dimension der Arbeitsteilung bei Modellrechnungen der Beschäftigungseffekte durch Arbeitszeitverkürzung	256
3.1.3.	Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit von Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängigen Arbeitnehmern im Vergleich (Mikrozensus): Ein Indikator für unterschiedliche Arbeitsmuster	262
3.1.4.	Möglichkeit und Nutzung von Mehrfach-Erwerbstätigkeit auf Grundlage der Erwerbsarbeitszeitverkürzung: Die Hortung des Guts Erwerbsarbeit	266
3.2.	Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit von 1973-1983. Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige Arbeit. Eine bisher vernachlässigte Entstehungsbedingung der Erwerbslosigkeit	269
3.2.1.	Die Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit: Die Definitionen der amtlichen Statistik. Die unbezahlte Erwerbsarbeit von mithelfenden Familienangehörigen. Die Heterogenität innerhalb der Kategorie "Selbständige"	269

3.2.1.1.	Arbeitsmuster der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in einer idealtypisierenden Perspektive. Eine empirische Abstützung: Orientierung zur beruflichen Verantwortung bei Selbständigen in den ALLBEN 1980 und 1982	272
3.2.2.	Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit 1973-1983: Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige Beschäftigung	275
3.2.3.	Der Wandel der Erwerbsstruktur als Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit: Zunehmende Belastung des Arbeitsmarkts durch Vermarktung der Erwerbsarbeit. Die qualitative Dimension dieses Wandels: Verschiebung im Verhältnis zwischen produktiver, z.T. unbezahlter und bezahlter abhängiger Arbeit	278
3.2.4.	Einflußgrößen für den Rückgang an selbständiger und mithelfender Erwerbsarbeit	281
3.2.4.1.	Der absolute und relative Abbau der Arbeit in der Landwirtschaft	281
3.2.4.2.	Zunehmende Konzentration der Erwerbsarbeit auf sekundäre Großorganisationen: Tendenzen zur Bürokratisierung und Überwiegen des "persistenten Elements". Gegentendenzen in den letzten Jahren	286
3.3.	Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen in der sozialen Arbeitsteilung von 1973-1983 - Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit	292
3.3.1.	Die Entstehung eines staatlich nicht verzerrten Arbeitsbereiches: Entwicklung der Untergrund-Arbeit als "Produktion" von offizieller Erwerbslosigkeit	293

3.3.1.1.	Schwarzarbeit als Tendenz zur Anomie und als Ausdruck der Suche nach neuen Arbeitsformen	294
3.3.1.2.	Drei typische Formen der Untergrundarbeit. Einige Schätzungen zu ihrem Umfang. Schwarzarbeit als Ausweichversuch aus staatlichen Verzerrungen des "sozialen Werts der Arbeit"	296
3.3.2.	Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit II: Die Rückverschiebung auf (teilweise) unbezahlte, informelle Arbeit	306
3.3.2.1.	Die Entwicklung der eigeninitiierten Arbeit in alternativen Projekten. Einige Daten zu ihrem Umfang	306
3.3.2.2.	Die Konzentration der alternativen Arbeit auf bestimmte Subgruppen der Erwerbsbevölkerung. Ihr eingeschränkter Beschäftigungseffekt	306
3.3.3.	Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit III: Grenzen der Vermarktung familialer Arbeit und Erwerbslosigkeit als mögliche Konsequenz einer Störung des komplementären Verhältnisses von Erwerbsarbeit und bedürfnisorientierter Arbeit	320
3.3.3.1.	Die Rückverschiebung von bezahlter Arbeit auf unbezahlte Arbeit im Haushalt	323
3.3.3.2.	Die mit der Rückverschiebung verbundenen Effekte auf die Beschäftigung im formellen Sektor der Erwerbsarbeit. Einige exemplarische Daten zum Ungleichgewicht von familialer und Erwerbsarbeit	328
	1. Der Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Dienstleistungssektor durch die Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt	331

2.	Der Beschäftigungseffekt der Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt auf die betreffenden Gebrauchsgüterindustrien: Verschiebung der Nachfrage auf weniger arbeitsintensive Branchen	335
3.	Das Ungleichgewicht von ersetzter Hausarbeit und Erwerbsarbeit in bestimmten Verbrauchsgüterindustrien	337
3.3.3.3.	Die besondere Betroffenheit von Frauen durch Erwerbslosigkeit als Resultat ihrer Konzentration auf strukturell schrumpfende Erwerbsarbeits-Sektoren	338
3.3.3.4.	Die Rückverschiebung von bezahlter Arbeit auf unbezahlte familiäre Arbeit als mögliches Resultat mangelnder Aufgabenerfüllung der Erwerbsarbeit	342
3.4.	Die Verschiebung von Erwerbsarbeit innerhalb des formellen Arbeitssektors auf den öffentlichen Bereich als ein Aspekt des Strukturwandels der sozialen Arbeitsteilung 1973-1983	345
3.4.1.	Die Ausdehnung des geplanten Sektors der Beschäftigung	346
3.4.1.1.	Staatliche Eingriffe in das Beschäftigungssystem als Beispiel für den historischen Prozeß der Ersetzung ungeplanter durch geplante Verhaltensweisen. Die Schranken der Ausdehnung staatlich geplanter Arbeitsplätze	347
3.4.1.2.	Die empirische Entwicklung des Anteils der staatlich geplanten Beschäftigung im letzten Jahrzehnt	351
3.4.2.	Die Entwicklung des Anteils von staatlich gestützten Arbeitsplätzen innerhalb der Kategorie "Erwerbstätigkeit": Arbeitsbeschaffungs- u.ä. Maßnahmen	359

	Seite
3.5. Tendenzen zur künstlichen Beschäftigung innerhalb des formellen Arbeitssektors statt produktiver Arbeit: Formen der anomischen Arbeitsteilung mit der Spätwirkung Erwerbslosigkeit	364
3.5.1. Die Entwicklung des Anteils an staatlich subventionierten Erwerbsarbeitsplätzen. Tendenzen zur Aufrechterhaltung von Beschäftigung gegen den notwendigen Strukturwandel	367
3.5.2. Insolvenzbedingte Erwerbslosigkeit: eine Folgewirkung der anomischen Arbeitsteilung: Zahlungsunfähigkeit infolge spekulativer Produktion	373
4. <u>Die Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit 1973-1983: Tendenzen zur Vermarktung des Arbeitsangebots als cultural lag angesichts des Rückgangs der Erwerbsarbeitsplätze</u>	382
4.1. Fragestellung und Zusammenfassung der zentralen Hypothesen	382
4.2. Bestimmungsfaktoren des Angebots an Erwerbsarbeit	387
4.3. Die Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit 1973-1983	393
4.3.1. Die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung seit 1973: Demographische Faktoren und Migrationseinflüsse	393
4.3.1.1. Gesamtüberblick	393
4.3.1.2. Der Einfluß der Migration auf das Angebot an Erwerbsarbeit	395
4.3.1.3. Der Einfluß von demographischen Faktoren auf die erwerbsfähige Bevölkerung	403

4.3.2.	Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von 1973 bis 1982	405
4.4.	Die Erwerbsbeteiligung der Frauen 1973 bis 1983: Vermarktungstendenzen der Frauenarbeit bei gleichzeitigem Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit - Resultat einer gewandelten Wertorientierung zur Arbeit?	414
4.4.1.	Ansatzpunkte für die Untersuchung des Erwerbsverhaltens von Frauen	414
4.4.2.	Vermarktungstendenzen der Frauenarbeit - ein sozialhistorischer Abriß	419
4.4.3.	Erwerbsbeteiligung der Frauen 1973 bis 1983 - ein statistischer Überblick	425
4.4.3.1.	Der Strukturwandel innerhalb der Kategorie "Erwerbstätigkeit"	426
4.4.3.2.	Statistischer Überblick über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung aller Frauen von 1973 bis 1983	429
4.4.3.3.	Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten deutschen Frauen nach Altersgruppen von 1973 bis 1982	432
4.4.3.4.	Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten deutschen Frauen von 1973 bis 1982	435
4.4.3.4.1.	Das Phasenmodell der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen. Veränderungen im Phasenerwerbsverhalten	440
4.4.3.4.2.	Veränderte familiäre Wertorientierungen als Einflußgröße für die zunehmende Erwerbsbeteiligung - höhere Scheidungsraten und weniger Kinder	444

4.4.4.	Einflußfaktoren des veränderten Erwerbsverhaltens von Frauen - ausgewählte Erklärungsansätze im Licht der Datensituation	458
4.4.4.1.	Die Erklärungsansätze, die an der Nachfrage-Seite des Beschäftigungsystems ansetzen	459
4.4.4.1.1.	Erwerbsbeteiligung der Frauen und Beschäftigungskrise 1973 bis 1982 - ist die "Entmutigungshypothese" haltbar? Zunehmende Erwerbsbeteiligung als Einflußfaktor für Frauenerwerbslosigkeit	462
4.4.4.2.	Die angebotsorientierten Erklärungsansätze für die steigende Erwerbsbeteiligung	470
4.4.5.	Der soziokulturelle Wandel in der Arbeitsorientierung - ein zentraler Faktor für die zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen	476
4.4.5.1.	Empirische Befunde zu Arbeitsorientierungen verheirateter erwerbstätiger Frauen	480
4.4.5.1.1.	Die ökonomische Motivation für Erwerbsbeteiligung	480
4.4.5.1.2.	Soziale und psychische Motivation zur Erwerbsbeteiligung	483
4.4.5.2.	Der soziale Wandel in der Bewertung von familialer und Erwerbsarbeit seit den 60er Jahren als Einflußgröße für die zunehmende Motivation verheirateter Frauen zur Erwerbsarbeit	488
4.4.6.	Die zunehmende Erwerbsneigung verheirateter Frauen: eine Störung des komplementären Verhältnisses von Erwerbsarbeit und familialer Arbeit mit Erwerbslosigkeit als möglicher sozialer Folgewirkung	492
4.4.6.1.	Die Störung der familialen Arbeitsaufgaben	492
4.4.6.2.	Beschränkungen des Erwerbsarbeitsvermögens von verheirateten Frauen als Resultat des Interrollenkonflikts	494

Vorwort

An empirischen und theoretischen Studien zu Problemen der Arbeitslosigkeit gibt es keinen Mangel. Insbesondere das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat wichtige und methodisch fundierte Beiträge zur Beschreibung und Analyse vieler Aspekte der aktuellen Arbeitslosigkeit vorgelegt. Wenn diese Arbeit unter Rückgriff auf solche Studien und das amtliche statistische Datenmaterial, aber auch unter kritischer Reflexion der dabei verwendeten, oft implizit normativ orientierten Erhebungskonzepte für Erwerbslosigkeit einen neuen Zugang zur Thematik versucht, liegt dem die zentrale Hypothese zugrunde, daß Entstehung und Verlauf der Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik der letzten 10 Jahre erst im Kontext des Strukturwandels der sozialen Arbeitsteilung, d.h. der Verschiebungsprozesse zwischen bezahlten und unbezahlten Arbeitsformen verstehbar werden. Zur Konzeptualisierung dieses Ansatzes und Zusammenfassung der Arbeit vgl. Kap. 1., bes. 1.2.

Die "Ausweitung" der ursprünglichen Fragestellung auf Deskription und Interpretationsversuche des Strukturwandels der Arbeit (Kap. 3.) resp. der zunehmenden Erwerbsbeteiligung verheirateter deutscher Frauen als einen Aspekt dessen (Kap. 4.), die die Länge dieser Arbeit begründet, hat so der Forschungsablauf nahegelegt.

Meines Wissens erstmals im Anschluß an die Überlegungen von KREUTZ (v.a. 1979) ist hier auch der sicherlich mit Problemen verbundene Versuch unternommen worden, den strukturell-funktionalen Ansatz von DURKHEIMS Analyse der sozialen Arbeitsteilung, insbes. deren "anormalen Formen", für die Typisierung und Interpretation einiger Formen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit fruchtbar zu machen, und dies mit dem handlungstheoretischen Ansatz von WEBERS "Wirtschaft und Gesellschaft zu verknüpfen. Auf das umfangreiche amtliche Datenmaterial (in 49 Tabellen) und vorliegende empirische Studien für die Beschreibung von ausgewählten Entwicklungslinien der Erwerbslosigkeit und der dualen Arbeit in der letzten Dekade und die vorsichtige empirische Abstützung der Hypothesen soll dabei allerdings nicht verzichtet werden. An jenseits der Empirie ent-

worfenen Entwicklungsgesetzen einer "Ver"- oder "Entmarktung der Arbeit" im Gefolge des Primats der "großen Theorie" und der Deduktion in den Sozialwissenschaften gibt es ja bereits mehr als genug.

Diese Arbeit wäre nicht zustandegekommen ohne die Überlegungen und persönlichen Anregungen von Prof. Dr. H. Kreutz. Danken möchte ich hier auch Dr. A. Schneeberger für seine Unterstützung und der Studienstiftung des Deutschen Volks dafür, daß sie mir diese Arbeit erst möglich gemacht hat.

Nürnberg, im Oktober 1984

1. Das Verständnis von Arbeit und Arbeitslosigkeit in der politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Diskussion
Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeit und Arbeitslosigkeit in einem strukturell-funktionalen Ansatz
- 1.1. Die kulturelle Prägung der Begriffe von Arbeit und Arbeitslosigkeit - das Beispiel der These: "Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus"

Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, die sich zunächst - im Kapitel 2 - den Anspruch stellt, den Verlauf der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 bis zur Gegenwart in seinen wichtigsten Entwicklungslinien empirisch zu erfassen und sich dabei sekundäranalytisch vor allem auf die amtlichen sozialstatistischen Daten stützt, kann nicht umhin, die dort zugrundegelegten Begriffe, in denen die sozialen Prozesse auf dem Arbeitsmarkt gefaßt werden, und ihre operationalen Definitionen einer kritischen Reflexion zu unterziehen (vgl. 2.1.). Was unter Arbeitslosigkeit zu verstehen ist, wie groß ihr Umfang zu einem bestimmten Zeitpunkt ist, welche Personengruppen durch die Kategorisierung "arbeitslos" also adäquat charakterisiert werden können, schließlich: welche Einflußgrößen für ihre Entstehung zu vermuten sind - Kapitel 1.4., 3 und 4 - die Beantwortung all dieser Fragen hängt entscheidend davon ab, welche Klasse von Objekten unter den Begriff Arbeitslosigkeit resp. den dazu komplementären Begriff Arbeit gefaßt werden.

Gerade angesichts der Vieldeutigkeit und Uneinheitlichkeit der in Rede stehenden Bezeichnungen wird diese Arbeit nicht darauf verzichten können, einige einleitende Bemerkungen zur Ermittlung der in der politisch-ideologischen und traditionell mit dem Gegenstand befaßten wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion vorliegenden dominierenden Bedeutungsinhalte (die auch den Kategorien der amtlichen Statistiken zugrundeliegen) von Arbeit und Arbeitslosigkeit zu machen.

In Gegenüberstellung dazu wird versucht, im Kapitel 1.3. und 1.4. eine eigene theoretische Begriffsexplikation vorzuschlagen.

Gerade beim Rekurs auf die vorliegenden Ergebnisse der Deskription der Entwicklung der Arbeitslosigkeit muß der objektive Sinnzusammenhang mitreflektiert werden, der durch die kulturelle Tradition der modernen Industriegesellschaft geschaffen wurde und in die üblicherweise gebrauchten Bedeutungsinhalte von Arbeit und Arbeitslosigkeit eingeht. Die hier vorgeschlagene differenzierte Sichtweise von Erwerbsarbeit als einer spezifisch gesellschaftlichen Organisationsform von Arbeit und Arbeitslosigkeit (einem Titel für die unterschiedlichsten Lagen) zielt damit auch auf eine reflexive Auflösung der Hypostasierung der über den Arbeitsmarkt vermittelten bezahlten Arbeit als der Arbeit schlechthin. Gerade angesichts der in den letzten Jahren zu beobachtenden und hier auch (im Kapitel 3.3.) behandelten Rückverschiebung von Arbeit aus vermarkteten und verstaatlichten Sektoren auf unbezahlte familiäre Arbeit und in private Selbstorganisationen dürfte die Spanne zwischen dem dominanten normativen Verständnis von Arbeit und dem tatsächlichen Verhaltenssystem erheblich sein. In solchen gesellschaftlichen Situationen kommt - den Überlegungen von KREUTZ 1980b, S. 36 ff. folgend - Teilen der Jugend eine progressive Funktion für den sozialen Wandel - hier in bezug auf die Arbeitsteilung - zu: Keineswegs im strikten Gegensatz zur traditionellen Leistungsethik - was sich bspw. an den im Vergleich zu abhängigen Erwerbstätigen (vgl. Kap. 3.1.) überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten in vielen "alternativen Projekten" zeigt (vgl. KREUTZ 1984) - aber im Gegensatz zu einer rein "konsumtiven Beschäftigungsorientierung" können die meist jugendlichen Mitarbeiter solcher Projekte als Ausdruck des sozialen Wandels im normativen Verständnis der Arbeit gelten (vgl. Kap. 3.3.2.).

Die Interdependenz eines kulturell bestimmten Arbeitsbegriffs mit einem entsprechenden Verständnis von Arbeitslosigkeit sei an einem Beispiel verdeutlicht. Pierre BOURDIEU stellte in einer soziologischen Studie über die algerische Landbevölkerung fest (zit. nach GARRATY 1978, S. 6), daß im Süden des Landes sich drei Viertel der Befragten als Bauern und nur 6% als arbeitslos betrachteten, während in der kabyllischen Region trotz vergleichbarer objektiver Beschäftigungsbedingungen sich nur ein Viertel

als Bauern und 50% als arbeitslos einschätzten. Seine Erklärung für den überraschenden Unterschied war, daß die kabyllischen Algerier viele Jahre lang nach Frankreich als Arbeitsemigranten eingewandert waren und sich dort einen "industriell-kapitalistischen" Arbeitsbegriff angeeignet hatten, deshalb auch ihren sozialen Status als Bauern mit der Kategorie "arbeitslos" bezeichneten.

Ein anderes Beispiel für die interkulturelle Variation von Standards für die Wertung eines sozialen Status als Arbeit resp. "Arbeitslosigkeit" findet sich in der in der beschäftigungstheoretischen Diskussion aufgetragenen Vermutung, daß z.B. in der Schweiz der "freiwillige" Rückzug von verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben bei angespannter Arbeitsmarktlage, d.h. der Verzicht auf eine Meldung als "arbeitslos" beim Arbeitsamt natürlich im Zusammenhang mit anderen Faktoren die traditionell niedrigeren Arbeitslosenraten im europäischen Vergleich hervorgebracht hat. 1976 hatte die registrierte (!) Arbeitslosigkeit in der Schweiz ihren Höchststand mit 21.000 Arbeitslosen zu verzeichnen im Vergleich zu 1.060.000 in der Bundesrepublik; bis 1981 sank sie auf 6.000 ab. Trotz national unterschiedlicher Erhebungsmethoden (vgl. FN bei 2.1.) und unterschiedlicher Bezugsgrößen der Zahl der insgesamt Beschäftigten geben diese Zahlen einen Eindruck von der Ausnahmestellung der Schweiz in der Arbeitsmarktsituation (Zahlen nach SACHVERSTÄNDIGENRAT - zitiert als SVR - 1983, S. 276) wieder.

Diese Hinweise können deutlich machen, daß die Einordnung bestimmter Personengruppen in die Kategorie "arbeitslos" nicht zu trennen ist von dem jeweils zugrundegelegten kulturell bestimmten und historisch wandelbaren Arbeitsbegriff.

Daß es keinen einheitlichen, allgemeinen und "objektiven" Arbeitsbegriff geben kann, geht nicht nur aus der interkulturellen, sondern auch aus der interindividuellen Variation der Bedeutungsinhalte von Begriffen wie Arbeit und dem dazu komplementären Begriff "Freizeit" auch innerhalb einer Kultur hervor. KREUTZ hat in einer empirischen Studie über das Freizeitverständnis von österreichischen Jugendlichen gezeigt, daß die Zuordnung einer Tätigkeit zum Begriff "Frei-

zeit" bereits in einer kleinen, in sich relativ homogenen Gruppe mit Alter, sozialer Herkunft und Belastung in der Arbeit systematisch variiert (vgl. KREUTZ 1969, S. 175).

Ähnliches läßt sich für die Kategorisierung bestimmter Tätigkeiten unter den Begriff Arbeit vermuten, zumal sich die Dichotomie Arbeitszeit - Freizeit aufgrund des sozialen Wandels der Arbeit immer mehr auflöst (vgl. die Ausführungen über Hausarbeit resp. "Konsumarbeit" in 3.3.3.1.).

H.A. STEGER hat gezeigt (STEGER 1978, S. 649 ff., insbes. 654 ff.), daß vergleichende Kulturosoziologie unterschiedliche Gesellschaftstypen mit Hilfe der je spezifischen, "Zivilisationsprozeß, Gesellschaftsprozeß, Kulturbewegung und kulturelle Zeitform zusammenhaltenden" Legitimierung von Arbeit ("Warum arbeiten wir in unserem Kulturzusammenhang, wofür und wogegen?") durch kulturspezifische Arbeitsbegriffe unterscheiden kann.

Für das Verständnis der Herausbildung moderner europäischer Industriegesellschaften, in denen eine bestimmte Wertorientierung zur Arbeit und damit auch ein bestimmter Arbeitsbegriff dominant ist, lege ich hier wie im Folgenden die von Max WEBER entwickelten Kategorien des Wirtschaftens resp. der Entwicklung eines kapitalistischen Arbeitsethos zugrunde (vgl. v.a. WEBER 1964: Wirtschaft und Gesellschaft und WEBER 1947: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus). WEBER führt in seinem letztgenannten Klassiker die Bedeutung des calvinistisch geprägten Arbeitsbegriffs für den Transformationsprozeß hin zur modernen kapitalistisch-industriellen Gesellschaft aus, für die wiederum eine bestimmte Arbeitsform: nämlich verberuflichte, außerhäusliche, über den Arbeitsmarkt vermittelte Arbeit strukturbestimmend ist. (Zum Typus der verberuflichten, über den Arbeitsmarkt vermittelten Arbeit vgl. WEBER 1964, S. 104)

Die Verknüpfung zwischen der Entstehung des modernen Kapitalismus und dem religiös begründeten Arbeitsbegriff ist dabei keineswegs monokausal und im Sinn eines geschichtlichen Determinismus gemeint. Weitere historische Voraussetzungen für die Entstehung eines modernen Arbeitsmarktes waren bspw. institutionelle Bedingungen wie die Freisetzung ländlicher Arbeitskräfte aus ihren feudalistischen Bindungen, der

Zustrom von vorindustriellen Handwerkern (1) und ein starkes Bevölkerungswachstum (2), also Prozesse der intra- und intergenerationellen Mobilität, die die Vermarktung der Arbeit ehemals Selbständiger mit herbeiführten.

Die Resultate dieses sozialhistorischen Prozesses der Herausbildung des Arbeitsmarkts als eines historisch und sozialkulturell spezifischen Allokationsmodus der Arbeit spiegeln sich nun in einem Großteil der politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Diskussion der Arbeitslosigkeit gleichsam als objektive und quasi-natürliche Eigenschaften "der Arbeit" wi der. Wenn DAHRENDORF beispielsweise (3) und nach ihm eine Reihe von Autoren (beispw. MAIER 1983, S. 63) die These verbreiten, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht und diesen Befund v.a. auf konstant hohe Arbeitslosenbestände in den modernen kapitalistischen Industriegesellschaften stützen, wird die hier gemeinte Hypostasierung einer bestimmten sozialkulturellen Form der Arbeit evident. Schließlich beinhaltet das soziale Faktum Arbeitslosigkeit den paradoxen und erklärungsbedürftigen Zustand, daß der erzwungenen Beschäftigungslosigkeit von Millionen Menschen (was genauer zu prüfen ist) eine Fülle von nicht in Angriff genommenen Arbeitsaufgaben in der Gesellschaft gegenübersteht. Solche Arbeit steht nicht nur in Hinblick auf die gewaltigen existentiellen Probleme der Gesellschaften der "Dritten Welt" an. Auch in modernen Industriegesellschaften bleibt eine Vielzahl von sozialen Bedürfnissen etwa im Umweltbereich wie z.B. nach sauberer Luft, Lärmschutz etc. strukturell unbefriedigt, weil das Wachstum immaterieller Bedürfnisse offenbar mit dem der materiellen Bedürfnisse

(1) Vgl. die Ergebnisse der historischen Arbeitsmarktforschung bei PIERENKEMPER 1982, S. 24 ff. und bei TILLY 1982, S. 277 ff.

(2) Vgl. DURKHEIM 1977, S. 296 ff. Die Zunahme des "Volumens" der Gesellschaften ist für Durkheim eine der Hauptursachen für die Fortschritte der sozialen Arbeitsteilung. Freilich ist sein Konzept der zunehmenden Spezialisierung der Arbeit nicht deckungsgleich mit dem hier angesprochenen Phänomen der Herausbildung eines bestimmten Allokationsprinzips in der Zuordnung von Arbeit und Arbeitsplatz, der Vermarktung der Arbeit. Zum Konzept von DURKHEIM und der Ausbildung des Arbeitsmarktes als sozialkulturell spezifischer Organisationsform von Arbeit vgl. die folgenden Abschnitte 1.3. und 1.4.

(3) Erstmals wurde der Gedanke, daß "der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehen könnte" von Hanna ARENDT vorgebracht. Nach DAHRENDORF 1983, S. 30.

seitens der Bevölkerung nicht Schritt gehalten hat (4).

Weder berechtigt also das Faktum Arbeitslosigkeit zu dem Fehlschluß, dann könne sachnotwendig nicht mehr Erwerbsarbeit bereitgestellt werden (5) - schließlich kann es sich ja auch um Fehlleistungen des Beschäftigungssystems handeln, die reversibel sind. Noch

folgt aus Störungen im Arbeitsmarkt, daß - überspitzt formuliert - alle Bedürfnisse gesättigt seien und keine zusätzliche Arbeit mehr notwendig sei, und deshalb nur noch über eine Neuverteilung des "knapper gewordenen Arbeitsvolumens" nachgedacht werden dürfe (6).

Was also knapper geworden ist, ist die Nachfrage des Beschäftigungssystems (zu dem Begriff vgl. Fußnote 11) nach bezahlter Erwerbsarbeit und eine zentrale These dieser Arbeit besagt, (vgl. 3.3.3.1.).

daß dies durchaus mit der Vermehrung von Arbeit in anderen Arbeitsformen zusammenfallen kann, ja sogar dazu führen kann.

-
- (4) Auch DAHRENDORF räumt ein, "daß es evidenterweise genug zu tun gibt, daß aber zugleich die Arbeitslosigkeit steigt" (ebd., S. 28), will dies aber nicht als Einwand gegen seine These von einem "Ausgehen der Arbeit" verstanden haben.
 - (5) DAHRENDORF versucht dies (ebd., S. 26 f.) durch Hinweise auf die historisch festzustellende mangelnde Tauglichkeit von angebots- und nachfrageorientierter Beschäftigungspolitik zu stützen. So sehr seinen Einwänden gegen das Gleichgewichts-Automatismus-Denken mancher ökonomischer Beschäftigungstheorien zuzustimmen ist, wonach mehr Angebot resp. mehr Nachfrage gleich mehr Wachstum gleich mehr Beschäftigung ist, so wenig trifft sein Schluß daraus zu, daß die Erwerbsarbeit dann an ihre Grenzen gelangt sei.
 - (6) Der DGB geht in seiner diesjährigen Kampagne zur Verkürzung der Wochen- resp. Lebensarbeitszeit explizit von dieser wohl nicht haltbaren Prämisse aus.

1.2. Problemstellung der Arbeit. Konzeptualisierung des theoretischen Bezugsrahmens, der Fragestellung und des methodischen Vorgehens. Konzeptuelle Grenzen der Nationalökonomie in der Befassung mit Arbeitslosigkeit. Aufbau der Arbeit und Hauptergebnisse

1.2.1. Problemstellung der Arbeit und Konzeptualisierung des theoretischen Bezugsrahmens. Für einen strukturell-funktionalen Ansatz

Nach diesen einleitenden Überlegungen zur dominierenden Betrachtungsweise von Arbeit und Arbeitslosigkeit auf der Basis der kulturellen Norm der Erwerbsarbeit sollen nun Problemstellung und methodisches Vorgehen dieser Arbeit in Unterscheidung von der Vielzahl von vorliegenden empirischen und theoretischen Studien zum Thema "Arbeitslosigkeit" umrissen werden. Der Abschnitt 1.2.3. enthält eine Zusammenfassung des deskriptiven Kapitels 2 und der sich daraus ergebenden Fragestellungen für die Analyse. Im Abschnitt 1.2.5. wird sodann nach einigen Hinweisen auf die konzeptuellen Grenzen der national-ökonomischen Perspektive bei der Befassung mit Arbeitslosigkeit für einen soziologischen Zugang zu diesen Fragestellungen plädiert und der hierfür im Kapitel 1 entwickelte begrifflich-theoretische Bezugsrahmen zusammengefaßt. Daran schließt sich im Abschnitt 1.2.6. eine Kurzfassung der Kapitel 3 und 4 an, die in diesem Fokus die Entwicklung der Erwerbslosigkeit im Kontext des Strukturwandels der sozialen Arbeit beleuchten.

Der "soziale Tatbestand" Arbeitslosigkeit ist von den Sozialwissenschaften in vielfältiger Weise hinsichtlich seiner verschiedenen Aspekte für Individuum und Gesellschaft thematisiert worden. Nicht näher interessieren soll hier die Frage, warum und inwiefern mit Erwerbslosigkeit für die davon betroffenen Individuen psychosoziale Belastungen und für die soziale Makrostruktur mögliche desintegrative Wirkungen verbunden sind, die seit der klassischen "Marien-thal-Studie" von 1933 (7) bis heute die Psychologie und Soziologie beschäftigt.

Auch die möglichen politischen Folgewirkungen einer - insbes. zentrale

(7) Vgl. Jahoda et al. 1975 und die Zusammenfassung des damaligen

Schichten der Arbeitnehmerschaft betreffenden - Arbeitslosigkeit auf gesellschaftliche und politische Orientierung der Betroffenen und soziale Kohäsion der Gesellschaft, die mit der Fragestellung nach einem "politischen Konfliktpotential" diskutiert wurden, sollen hier nicht Thema sein.

Die Arbeitslosigkeit der letzten 10 Jahre (8) in der Bundesrepublik wird in der hier verfolgten Problemstellung und Forschungskonzeption verstanden als krisenhafte Entwicklung des formellen, institutionalisierten Beschäftigungssystems, die nur im Kontext des Strukturwandels der sozialen Arbeitsteilung, d.h. in Wechselwirkung zu den informellen Sektoren und Formen der Arbeit verstanden werden kann (dazu v.a. Kap. 3.). Die theoretische Ebene, für die im weiteren Aussagen getroffen werden, ist also nicht die der handelnden Individuen. Letztere betreffen vielmehr kollektive, nichtindividuelle Effekte, also Tatbestände und Prozesse in sozialen Systemen anderer Art als Kleingruppen.

Die Überlegungen zu einer differenzierten Sichtweise von Arbeit und Arbeitslosigkeit, insbesondere zur Kasuistik der Formen der Erwerbslosigkeit in 1.4. , legen den Ansatz der Analyse der "Teilung der sozialen Arbeit" von DURKHEIM 1893 (1977) (9) zugrunde, der hier im Sinn von DURKHEIMS dort niedergelegten methodischen Überlegungen (1977, S. 89) als strukturell-funktional verstanden wird.

Der makrosoziologische Ansatz von DURKHEIM, der für die soziologische Diskussion arbeitsmarkttheoretischer Probleme m.E. noch unzureichend rezipiert wurde (10), wurde von mir deshalb gewählt, weil Arbeitslosigkeit und deren gesellschaftliche Bedingungen und Folgen hier als "soziale Tatbestände" begriffen werden, als eine soziale Realität sui generis, deren bestimmende Ursachen in bestimmten sozialen Phänomenen und nicht in "Zuständen des individuellen Bewußtseins" (DURKHEIM) gesucht werden (vgl. RAUB 1984, S. 16).

-
- (8) Das Jahr 1973 eignet sich aus verschiedenen Gründen (vgl. S. 170 ff.) zur Absteckung eines Untersuchungszeitraumes für die damals manifest werdende Krise des Beschäftigungssystems.
- (9) Zitiert wird nach der 1977 erschienenen deutschen Übersetzung der 2. Auflage von L. SCHMIDTS, die an verschiedenen Stellen jedoch Mängel aufweist. Deshalb wurde zu Vergleichszwecken die französische Ausgabe der 2. Aufl. von 1922 (Paris) von "De La Division Du Travail Social" und die englische Übersetzung von SIMPSON: "The Division Of Labor In Society" (1933 nach der Aufl. von 1964, London) herangezogen, um die Authentizität der wiedergegebenen deutschen Zitate zu prüfen und ggf. auf die französische Originalausgabe zu rekurrieren.
- (10) Eine Ausnahme stellt hier KREUTZ 1979, 1981b und 1982 dar, an dessen Überlegungen und persönliche Anregungen ich hier anschließe.

So berechtigt die Einwände des methodologischen Individualismus gegen den Holismus verschiedener Gesellschaftstheorien wie etwa den Historischen Materialismus sind, dagegen etwa, daß Entitäten wie die "Geschichte", "der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen" etc. eine eigenständige Intention oberhalb der in solchen "Ganzheiten" handelnden Personen besäßen, so wenig spricht dieser Vorwurf gegen makroskopische Begriffe und Theorien zu gesellschaftlichen Strukturen und Wandel schlechthin. Vielmehr verweisen ja Verhaltenstheorien wie etwa die in der Arbeitslosenstudie von TAZELAAR/WIPPLER 1982 zugrundegelegte mentale Inkongruenztheorie selbst auf bestimmte makrosoziale Tatbestände als Randbedingungen ihrer Verhaltenshypothesen, die nie restlos in personale Prädikate auflösbar sind.

Deshalb erscheint es auch legitim, die "Individualisierung" des Sozialen, seine "Umsetzung" in individuelles Handeln wie in dieser Arbeit mit handlungstheoretisch ausgerichteten Ansätzen - wie WEBERs Analyse der Motivationen wirtschaftlichen Handelns (WEBER 1921, hier 1964) und PARETOs Dichotomie von Motivationstypen - anzugehen und die strukturell-funktionale Blickrichtung, die auf strukturelle Grundprobleme eines sozialen Systems abstellt, mit solchen Paradigmata zu ergänzen. Im Anschluß an BOUDON 1980, S. 30, der dies auch an DURKHEIMs Anomietheorie ausführt (ebd., S. 21 ff.) erscheint es nämlich plausibel, daß die zwischen den Eigenschaften des Interaktionssystems und dem individuellen Verhalten angenommenen Kausalitätsbeziehungen die Zweckorientierung, also Rationalität im weitesten Sinn, unterstellen.

In 1.3.1.1. wird versucht, die Fruchtbarkeit von DURKHEIMs Erklärungsstrategie und materialen Aussagen für meine Fragestellung ausführlicher zu erläutern.

1.2.2. Arbeitslosigkeit als Fall von "unbeabsichtigten sozialen Folgen individuellen Handelns". Die Fragestellung der deskriptiven und theoretischen Analyse: Arbeitslosigkeit als Ungleichgewicht zwischen individuellen Ansprüchen an das Beschäftigungssystem und dessen Möglichkeiten

Die strukturell-funktionale Betrachtungsweise schließt also den Rückgriff auf andere konzeptuelle Ressourcen der Soziologie, die sich auf die Analyseebene handelnder Personen beziehen, nicht aus, im Gegenteil. Im Gegensatz zum häufig vorgebrachten Einwand des "Soziologismus" gegen DURKHEIM, also der Überbetonung der gesellschaftlichen Determination

(vgl. ADORNO 1967) weist DURKHEIM ja gerade auf die Rolle und Eigendynamik der Individualität im Typus der differenzierten sozialen Systeme hin (z.B. 1977, S. 268) .

Gerade beim Gegenstand: Entstehung der Arbeitslosigkeit legt die Vernetzung der verschiedenen Systemebenen eine Verknüpfung verschiedener, makroskopischer und individual-theoretischer Perspektiven nahe. Das mögen folgende Überlegungen zur Arbeitslosigkeit, die das deskriptive Kapitel 2 zusammenfassen, erhellen.

Sieht man von Strukturdisparitäten zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage ab, legt man also eine globale Betrachtungsweise zugrunde, die auf die Aggregate von Arbeitsangebot und -nachfrage abstellt (11), kann Arbeitslosigkeit nur dann entstehen, wenn sich im Beschäftigungssystem (das nach der hier gewählten Konzeption nicht-abhängige Erwerbsarbeit einschließt - vgl. S. 154) ein Ungleichgewicht zwischen individuellen Ansprüchen auf Verfügung über Erwerbsarbeitsplätze und Möglichkeiten des Systems, eine ausreichende Menge derselben bereitzustellen ergibt.

In marktwirtschaftlichen Ordnungen haben - zumindest idealtypisch - v.a. Arbeitsmärkte die soziale Funktion der Aufrechterhaltung bzw. Herbeiführung eines Gleichgewichts zwischen Anbietern von und Nachfragern nach Erwerbsarbeit (vgl. 1.4.2.). In diesem Fall werden durch Marktprozesse die individuellen Handlungen zu einer "spontanen Ordnung" koordiniert - ein Sonderfall der "nicht-intendierten sozialen Konsequenzen individuellen Handelns" aufgrund der Eigenart der sie verknüpfenden Interdependenzstruktur (vgl. WIPPLER 1978, S. 172).

Bei dynamischen Wirtschaften geschieht dies bspw. durch intersektorale oder zwischenberufliche Neu-Allokation von Arbeitskräften (vgl. 1.4.2.). Damit verbunden ist eine für die Betroffenen meist nur kurzfristige Fluktuations-Erwerbslosigkeit, die strukturelle Anpassungsfunktionen erfüllt (vgl. BÜSCHGES 1984, S. 7 und S. 62f. dieser Arbeit).

Diese Arbeit geht - hier im Konsens mit der vorherrschenden beschäftigungstheoretischen Auffassung - von der Hypothese aus, daß die seit 1974 andauernde Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik zwar auch Anteile die-

(11) Die Grenzen dieses globalen Konzepts der hochaggregierten Betrachtungsweise liegen auf der Hand: Unter dem Begriff 'Beschäftigungssystem' oder 'Arbeitsmarkt' wird ein hochdifferenziertes Geschehen zusammengefaßt, das in Teilarbeitsmärkte nach verschiedenen Segmentationskriterien segregiert ist.

ser Form der Arbeitslosigkeit aufweist (vgl. 2.4.), zu wesentlichen Teilen jedoch auf ein krisenhaftes Auseinanderklaffen zwischen individuellen Ansprüchen auf Arbeitsplätze und den bereitgestellten Arbeitsplätzen im Beschäftigungssystem zurückgeht.

Wie die empirische Analyse der Zeitreihen der operational definierten Variablen ausweist (vgl. 2.3.), gab es in dem 10-Jahreszeitraum keineswegs einen kontinuierlichen, noch weniger einen globalen Arbeitsplatzabbau. Vielmehr ist das gesamte Arbeitsplatzpotential im Zeitraum zwischen 1977 und 1980 (JD) per Saldo sogar um 832.000 gestiegen (vgl. Tab. 8). Gleichwohl sank der Gesamtumfang der registrierten Arbeitslosigkeit nur geringfügig unter den Millionenstand, den er seit 1975 aufwies. Insbesondere in der Phase ab 1980 (JD) konnte die Zunahme der Arbeits-suchenden von netto jährlich über 200.000 nicht mehr durch das Beschäftigungssystem bewältigt werden.

Für eine weitere Analyse der Arbeitsmarktentwicklung ergaben sich daraus zwei Fragestellungen: Welche Bestimmungsgründe gibt es

1. für den starken Zuwachs der Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkt (die insbes. seit 1977 zu starken Nettozuwächsen in der Zahl der Erwerbspersonen führten) (Kap. 4.)?
2. Wo lassen sich - gemessen an seiner idealtypischen Funktion, ein Gleichgewicht von Arbeitsangebot und -nachfrage herzustellen, Fehlleistungen des Beschäftigungssystems lokalisieren, die zur mangelnden Bereitstellung von langfristig nützlichen und lebensfähigen Arbeitsplätzen (12) führen? (Kap. 3)

Insbesondere für die Analyse des Arbeitsmarktgeschehens in seinem sozialen Wandel ist nun die Wechselwirkung zwischen individuellen Erwerbsverhalten und den sozialen Strukturen und Institutionen des Arbeitsmarkts bedeutsam. Zum einen wirkt die gesellschaftliche Bedingtheit individuellen Handelns bspw. über veränderte Wertorientierungen zur Arbeit seit den 60er Jahren in Richtung auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen und Mütter (vgl. 4.4.). Auf der anderen Seite führt die Akkumulation solcher Ansprüche auf einen Erwerbsarbeitsplatz zu der von den Akteuren unbeabsichtigten sozialen Folge der Verknappung an Arbeitsplätzen (Kap. 4.4.).

(12) Die ohne künstliche Stützung von außen mögliche eigenständige Lebensfähigkeit der Arbeitsplätze gründet sich nach der hier gewählten Konzeption (vgl. S. 52f.) auf die qualitativ hinreichende und preislich wettbewerbsfähige Aufgabenausführung der Arbeit.

Offenbar liegt hier ein klassisches Beispiel für den Effekt vor, den die Wissenschaft als die "unintendierten sozialen Folgen individueller Handlungen" diskutiert (vgl. MERTON 1936, WIPPLER 1978 und 1981, BOUDON 1980, BÜSCHGES 1984, S. 4 und RAUB 1984).

"Alle absichtsgeleiteten menschlichen Handlungen sind in mehr oder minder großem Maße begleitet von direkten und indirekten, unbeabsichtigten und oftmals unerwünschten Folgen, Nebenfolgen oder Rückwirkungen. Hierbei handelt es sich um Effekte individuellen Handelns, die als solche nicht oder nur bedingt Teil der von den handelnden Menschen verfolgten Absichten sind. Es sind Effekte, die sich in aller Regel selbst bei vollständiger Information der handelnden Menschen und vollständigen Wissen um alle relevanten Sachverhalte und Wirkfaktoren schon allein deswegen nicht vermeiden oder wenigstens hinreichend genau kontrollieren lassen, weil sie aus dem Aufeinandertreffen der Handlungsketten mehrerer, im Handlungszusammenhang miteinander stehender Menschen resultieren und Ergebnis der Verknüpfung mehrerer individueller Verhaltenssequenzen sind" (BÜSCHGES 1984, S. 4).

Mit der Verlängerung der Interdependenzketten, die den Handlungszusammenhang der Akteure darstellen, in arbeitsteilig hochdifferenzierten Gesellschaften wächst demnach das Risiko solcher nicht-antizipierten sozialen Effekte für die Teilnehmer am Arbeitsmarktgeschehen (vgl. WIPPLER 1978, S. 174). Weder ist es für die Betriebe oder die am Arbeitsmarkt beteiligten Institutionen möglich, etwa die Beschäftigungsfolgen technisch-organisatorischer Neuerungen quantitativ ex-ante einzuschätzen (vgl. 2.4.). Auch die Hinzuziehung von Arbeitsmigranten für den wachsenden Bedarf an Erwerbsarbeit in den 60er Jahren angesichts eines stark zurückgehenden Erwerbsarbeits-Volumens der deutschen Arbeitnehmer (vgl. 3.1.) antizipierte nicht die sozialen Konsequenzen, die sich daraus für den Arbeitsmarkt in der Folgezeit einstellten (vgl. 4.3.1.2.).

Noch können die zusätzlich auf den Arbeitsmarkt tretenden Erwerbspersonen die sozialen Folgen der sich aus ihrer Aggregation ergebenden kollektiven Effekte absehen: BOUDON 1980 (S. 82 ff.) nennt den "Emergenzeffekt" als eine Wirkung von Interdependenzstrukturen, die durch viele individuelle Handlungen bedingt werden, in ihrer Konsequenz jedoch unbeabsichtigte soziale Wirkungen evozieren können, die in diesem Fall die Wünsche der Akteure auf Verfügung über einen Arbeitsplatz in das Gegenteil verkehren können.

In dem Wechselspiel zwischen individuellen Motivationen und sozialen Strukturen dürfte auch der Zugang zum Verständnis sozialhistorischer Prozesse - wie der Beschäftigungsentwicklung seit 1973 - liegen. Deren Deskription mit Hilfe massenstatistischer Daten in den folgenden Kapiteln zeigt nämlich die Unhaltbarkeit von teleologischen, spekulativen Betrachtungsweisen, die dem sozialen Wandel in der Arbeitsteilung ein unilinear und irreversibel wirkendes Entwicklungsgesetz der Ver- oder Entmarktung der Arbeit o.ä. unterlegen.

Geschichte - auch der soziale Wandel der Arbeit - kann nicht von metaphysischen Zielen her bestimmt werden - wie es bspw. theoretische Protagonisten der alternativen Kultur versuchten (vgl. ILLICH 1978 und VONDERACH 1980), sondern nur durch die Folgen der zweckorientierten Handlungen von Menschen, deren Aktionen sich zu nicht-intentionalen sozialen Interdependenzen verflechten, die ihnen wiederum neue, aus ihrer Eigendynamik hervorgehende Handlungsbedingungen setzen.

1.2.3. Methodisches Vorgehen und Aufbau der Arbeit. Zusammenfassung des Kapitels 2

In der hier gewählten Perspektive wird vom strukturell-funktionalen Ansatz DURKHEIMs ausgegangen (13), wie ihn dieser in seinen methodischen Erläuterungen in seinem Werk "Über die Teilung der sozialen Arbeit" konzipiert hat. (1977, S. 89) Danach ist nach der Beziehung zu fragen, die zwischen dem zu erklärenden sozialen Phänomen, hier: der Arbeitsteilung und den "Bedürfnissen des Organismus" (DURKHEIM 1977, S. 89), d.h. der Gesamtgesellschaft oder einzelnen Subsystemen besteht.

(13) BOUDON 1980 (S. 21) vermutet "...daß die meisten Theorien und Ergebnisse von DURKHEIM problemlos in die Sprache der Handlungssoziologien rückübersetzt werden können, also der Soziologien, bei denen soziale Akteure oder Agenten Atome und Interaktionssysteme logische Moleküle darstellen.

Das "logische Atom der Analyse" wäre demnach das soziale System, das zu seiner Erhaltung in verschiedenen Subsystemen wie Familie und Beschäftigungssystem bestimmte Arbeitsformen und dementsprechend -rollen ausdifferenziert.

Auch die deskriptiven Aussagen auf Grundlage massenstatistischer Daten in den folgenden Kapiteln beziehen sich auf Aggregate im Beschäftigungssystem. Selbstverständlich müssen Statistiken und empirische Untersuchungen, die sich auf Hunderttausende von Personen umfassende Grundgesamtheiten beziehen, relativ schematisierend und verallgemeinernd verfahren und können die individuellen Handlungsweisen oder gar -motivationen nur unzureichend erfassen.

Auf der anderen Seite wird in der vorliegenden Arbeit nicht die in der wissenschaftstheoretischen Tradition des logischen Empirismus stehende Erklärungsstrategie des deduktiv-nomologischen Typus, also der Verwendung deterministischer Gesetze als Teil des Explanans, eingeschlagen (vgl. RAUB 1984, S. 12 ff.), schon weil sich eine solche Verfahrensweise nicht dogmatisch verabsolutieren läßt.

KREUTZ hält zu der vom Kritischen Rationalismus und Neomarxismus eingeführten Priorität der Deduktion und zum methodischen Postulat des Deduktionismus kritisch fest:

"...ebensowenig scheint es aber das eigentliche 'Wesen' der Forschung zu sein, einige wenige und relativ inhaltsarme Aussagen immer neuen Überprüfungen zu unterwerfen, wobei die Ergebnisse auf Grund arbiträrer Entscheidungen bei der Operationalisierung der Konzepte relativ beliebig gesteuert werden können.
In Folge dieser Theorie- bzw. Ideologielastigkeit fehlt auch eine systematische empirische Forschung der gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen technologischer Entwicklungen in der Soziologie weitgehend" (KREUTZ 1982 in: Angewandte Sozialforschung 1982/4/S. 419).

Bei den vorgelegten analytischen Abschnitten ist deshalb davon auszugehen, daß es sich lediglich um Erklärungsskizzen handelt, d.h. um grobe Umrisse von Analysen, die durch schrittweise Ausarbeitung und Ergänzung von Annahmen über universell gültige Prämissen und über Antezedensdaten in vollständigere Erklärung" (RAUB 1984, S. 13)

erfüllt werden sollten.

Eine strenge "empirische Prüfung" der vorgeschlagenen Hypothesen und Kausalmodelle zu den zentralen Determinanten der Entstehung der Erwerbslosigkeit ist hier weder beabsichtigt noch möglich. Sofern statistische Zusammenhänge zwischen den Zeitreihen von Variablen im Beschäftigungssystem vorgestellt werden, sollen und können diese nicht in einem strengen Sinn kausal interpretiert werden.

Im Bereich der empirischen Sozialwissenschaften gelten gewöhnlich die folgenden Minimalvoraussetzungen, wenn man behaupten will, daß A B 'verursacht':

- a) Zwischen den Variablen A und B muß ein statistischer Zusammenhang bestehen.
- b) A muß B in der kausalen Ordnung vorausgehen, es muß also gezeigt werden können, daß die explikative unabhängige Variable der Wirkungsvariable zeitlich vorausgeht.
- c) Die Korrelation zwischen A und B darf nicht verschwinden, wenn man die Wirkungen aller A und B vorgelagerten antezedenten Variablen kontrolliert (vgl. WUGGENIG 1979).

Der methodologische Anspruch der vorgestellten Zeitreihenvergleiche ist daher sehr viel bescheidener als im Ideal der empirischen Überprüfung: Es sollen einige empirische Hinweise auf die Bedeutung bisher in der Diskussion der Arbeitslosigkeit vernachlässigter Entstehungsbedingungen gegeben werden. Insbesondere übersteigt es die im Rahmen dieser Arbeit gegebenen Möglichkeiten, den Anspruch auf Kontrolle der v.a. beim vielschichtigen Arbeitsmarktgeschehen zu vermutenden zahlreichen intervenierenden Variablen einzulösen. (vgl. c))

Im folgenden sollen methodisches Vorgehen und Aufbau des deskriptiven Kapitels 2 der Arbeit zusammengefaßt werden:

Ausgangspunkt jeder sozialwissenschaftlichen Forschung sind sinnvollerweise nicht dezisionistische Einfälle, die jenseits empirischen Wissens aufgrund von Vermutungen

oder durch Deduktion aus vorliegenden theoretischen Konzepten gewonnen werden, sondern der Rekurs auf das bereits vorhandene empirische Wissen.

Deshalb sollen zunächst die vorliegenden empirischen Befunde zur Entwicklung der Aggregate: Erwerbslosigkeit, Erwerbsarbeit Suchende und Möglichkeiten des Beschäftigungssystems systematisiert werden.

Im Kapitel 2 wird also der Verlauf der Erwerbslosigkeit der letzten 10 Jahre in der Bundesrepublik in seinen wichtigsten Phasen und Entwicklungslinien beschrieben. Dafür wird v.a. an die Zeitreihen der vorliegenden amtlichen Daten der Arbeitsstatistik der BA und der Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamts und an die einschlägigen empirischen Studien des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg angeknüpft, auch wenn aufgrund ihrer kulturellen Prägung und normativen Orientierung eine präzise begriffsadäquate Abbildung der von mir skizzierten Erwerbslosigkeit und zumal der Arbeitslosigkeit im engeren Sinn nicht möglich ist. Gleichwohl kann eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, die auf die Funktionsfähigkeit des formellen Beschäftigungssystems abstellt, nicht auf das umfangreiche amtliche Datenmaterial verzichten, wenn sie nicht wie ein Großteil der mit Arbeitslosigkeit befaßten Literatur begriffsnominalistisch spekulieren will. Sie muß dabei jedoch die konzeptuellen Schwächen der Datenerhebung mitreflektieren.

Den ersten Abschnitt dieses induktiv-deskriptiven Teils (2.1.) bildet deshalb eine Darstellung und kritische methodologische Reflexion der unterschiedlichen Erhebungsinstrumente und -konzepte für Erwerbslosigkeit der amtlichen bundesdeutschen Statistik und ihrer Brauchbarkeit für eine differenzierte Analyse der Arbeitslosigkeit.

Der Schwerpunkt dieses Abschnitts liegt neben der Darstellung und der methodologischen Prüfung der verwendeten Erhebungskonzepte im Hinblick auf ihre Validität - gemessen an dem in dieser Arbeit zugrundegelegten theoretisch differenzierten Begriff von Arbeitslosigkeit - damit im Hinblick auf die Über- oder Untererfassung bestimmter Personengruppen, auf dem Nachweis der Werthaltigkeit der zugrundegelegten theoretischen Begriffe von "Arbeitslosigkeit" und der dafür herangezogenen Definitionsmerkmale. Es wird gezeigt, wie jede erhobene oder geschätzte Zahl der Erwerbslosigkeit an eine spezifische Fragestellung, ein kulturell normiertes und/oder interessen geleitetes Verständnis der darin verwendeten Begriffe gebunden ist. Sowohl der "Erwerbslosen"statistik des Statistischen Bundesamts (Mikrozensus) als auch der "Arbeitslosen"statistik der Bundesanstalt für Arbeit gemeinsam ist ein eingeschränktes Verständnis von Arbeit als formeller Erwerbsarbeit. Damit zielt die Erhebung in beiden Fällen nicht auf

Arbeitslosigkeit i.e.S. Diese dürfte daher wahrscheinlich, wenn nicht durch eine theoretisch mögliche Unterschätzung der Erwerbslosigkeit durch die amtliche Statistik kompensiert, geringer sein, als es die offiziellen Zahlen wiedergeben.

Für die Form der "freiwilligen Erwerbslosigkeit" wird der Versuch einer operationalen Definition und quantitativen Schätzung ihres Umfangs vorgenommen.

In einem Zahlenvergleich der Zeitreihen der erfaßten "Erwerbslosen" (Mikrozensus -i.F. MZ) und "Arbeitslosen" (Bundesanstalt für Arbeit - i.F. BA) in Bezug auf Gesamtgröße und Struktur wird schließlich dargestellt, zu welcher erheblichen Abweichungen es durch die unterschiedlichen Erhebungskonzepte kommt und wie in beiden Fällen die Arbeitslosigkeit im engeren Sinn vermutlich überschätzt wird.

Die deskriptive Darstellung der Erwerbslosigkeit im Folgenden (2.2.-2.3.) stellt auf das Ungleichgewicht im formellen institutionalisierten Beschäftigungssystem ab. Erwerbslosigkeit soll als resultierende Lücke zwischen der Entwicklung der Erwerbsarbeit Suchenden und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit sichtbar gemacht werden. Für beide theoretische Variablen werden geeignete Operationalisierungen vorgeschlagen, die in der amtlichen Statistik erhoben werden. Methodenkritisch wird in diesem Zusammenhang die Brauchbarkeit der in der Arbeitsmarktdiskussion verwendeten Konzepte der "Stillen Reserve" und des "Erwerbspersonenpotentials" für die Operationalisierung der Erwerbsarbeit Suchenden diskutiert.

Mit dieser Perspektive der Darstellung der Erwerbslosigkeit, die Erwerbslosigkeit als Niveau-Ungleichgewicht zwischen Ansprüchen an das Beschäftigungssystem und dessen Möglichkeiten konzeptualisiert, wird ausgewiesen, in welchem Maß und in welchen Phasen Erwerbslosigkeit auf einen Zuwachs an Erwerbsarbeit Suchenden zurückgeht (der mit einem Wachstum von Erwerbsarbeitsplätzen einhergeht) oder auf einen Rückgang der Bereitstellung oder Besetzung von Erwerbsarbeitsplätzen. In der Zeitreihendarstellung werden so die unterschiedlichen Phasen in der Beschäftigungsentwicklung von 1973-1983 identifiziert und

beschrieben. In diesem Sinn erfolgt in dem deskriptiven Kapitel 2 bereits eine vorsichtige kausale Interpretation des gefundenen statistischen Zusammenhangs zwischen den Zeitreihen des Erwerbslosigkeitsaggregats und den Aggregatgrößen: Zahl der Erwerbsarbeitsuchenden und der Erwerbsarbeitsplätze für unterschiedliche Phasen, die unter den o.g. Vorbehalten steht. Anschlußklärungsversuche für die Veränderung der letztgenannten Variablen im Untersuchungszeitraum werden dann in den Kapiteln 3 und 4 gegeben.

In dem Abschnitt 2.4. wird die These von der vorrangig "technologischen Arbeitslosigkeit", die als dominantes Attributionsmuster für die Entstehung der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit belegt ist, im Licht der empirischen Befunde untersucht. Neben methodologischen Einwänden gegen die eindeutige Zurechnung des Beschäftigungsrückgangs seit 1980 auf die unabhängige Variable: technologische Neuerungen werden mit der Beschäftigungsentwicklung in ausgewählten Sektoren und Berufsgruppen und den Fallbeispielen der Mikroelektronik und Roboterisierung einige empirische Evidenzen zur Entkräftung dieser These angeführt.

Im abschließenden Abschnitt 2.5. werden schließlich einige differenzierte Meßmethoden für Erwerbslosigkeit herangezogen. Ausgehend von einer Kritik an den zeitpunkt-bezogenen Bestandszahlen der offiziellen Statistik wird die seit einiger Zeit in der Arbeitsmarktstatistik angewandte dynamische Perspektive aufgegriffen und die größere Aussagekraft von zeitraumbezogenen Bewegungsgrößen für eine differenzierte Analyse der Erwerbslosigkeit nach ihren Ursachen, besonders für die Mobilität in und aus dem sozialen Status Erwerbslosigkeit benutzt. Diese Perspektive bringt zum Teil überraschende Befunde; die auf Sachverhalte aufmerksam machen, die in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet werden:

Insbesondere in der Phase seit 1981 ist der Anteil der kurzfristigen Such- und Fluktuationserwerbslosigkeit stark gesunken, der bis in die späten 70er Jahre noch dominierte; die durchschnittliche Suchzeit der registrierten Arbeitslosen hat sich im Verlauf der Beschäftigungskrise rund verdreifacht und trägt so wesentlich zu den hohen Arbeitslosenbeständen der letzten Jahre bei.

1.2.4. Die konzeptuellen Grenzen der nationalökonomischen Perspektive bei der Befassung mit Arbeitslosigkeit

Nun ist der oben dargestellte Zusammenhang zwischen Rückgang der Arbeitsplätze und Entstehung der globalen Erwerbslosigkeit, weiterhin die kausale Interpretation des zurückgehenden Arbeitsplatzangebots schon von einer Fülle von arbeitsmarkttheoretischen, insbes. volkswirtschaftlich orientierten empirischen und theoretischen Studien untersucht worden (14).

Ausgangspunkt dieser Arbeit im Forschungsablauf war eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Erklärungsmustern der nationalökonomischen Theorie, die z.T. in der politisch-öffentlichen Diskussion weit verbreitet sind. Bestimmte Teilaspekte dieser Problematik sind darin durchaus erschöpfend ausgearbeitet, auch wenn die Kontroverse zwischen "nachfrage-" und "angebotsorientierten" resp. keynesianischen und neoklassischen Paradigmata um die Anteile von konjunkturell bedingter oder wachstumsdefizitärer Arbeitslosigkeit (vgl. KLAUS 1982) auch heute noch nicht beendet ist.

Aus einer Reihe von Gründen erscheinen all diese Paradigmata für die kausale Interpretation der Lücke zwischen Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit aber als unzureichend und ergänzungsbedürftig. Die folgenden Ausführungen zielen auf eine "Ideologiekritik" im MANNHEIM'schen Sinn (vgl. KREUTZ 1983a, S. 325 ff.): D.h. auf das Reflexivmachen der kulturellen Faktoren, die das "gesellschaftliche Wissen" beeinflussen und zu einer Inkongruenz zwischen "subjektiven Vorstellungen und gesellschaftlichen Handlungsbedingungen" führen. Diese ideologiekritische Auseinandersetzung soll v.a. geführt werden, um die Notwendigkeit eines eigenen soziologischen Zugangs zum Thema zu begründen.

(14) Vgl. v.a. die alljährlich erscheinenden Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (insbes. SVR 1981, S. 157 ff.). Kritische Synopsen der verschiedenen Erklärungsversuche der nun 10 Jahre andauernden Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik finden sich bei ISSING (Hg.) 1978, GROSSER 1979 und KLAUS 1982.

1. Sowohl große Teile der politisch-ideologischen Diskussion (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Medien) als auch der ökonomischen Wissenschaft legen der Befassung mit Arbeitslosigkeit einen spezifischen Arbeitsbegriff zugrunde, dessen kulturelle Prägung im einleitenden Abschnitt gezeigt wurde. Die Fixierung auf Erwerbsarbeit, die nach dem Grundprinzip des Tausches von beruflicher Arbeit gegen Geldleistungen auf dem Arbeitsmarkt organisiert ist, verkennt die Komplementarität und Interdependenzen der zwei Formen von gesellschaftlich notwendiger Arbeit: von Erwerbsarbeit und unbezahlter "reproduktionsbezogener Arbeit" (15).

Die Hausarbeit in der Familie ist nur ein, wenn auch das wichtigste Beispiel für diese zur Berufsarbeit komplementäre Form der Arbeit, die unmittelbar auf die Befriedigung von Lebensbedürfnissen von Mitgliedern der gleichen Primärgruppe bezogen ist (vgl. Kap. 1.3.).

2. Aufbauend auf der Unterscheidung der Arbeit in einen formellen und einen informellen Bereich wird hier für die weitere Befassung mit der Krise der Erwerbsarbeit für eine Differenzierung zwischen dem sozialstatistisch erfaßbaren Merkmal der "Erwerbslosigkeit" und der psychosozialen Lage der "Arbeitslosigkeit" argumentiert. Nur in letzterem Fall wird die Nicht-Zugehörigkeit zum Erwerbsleben nicht durch alternative Arbeitsrollen bewältigt.

Die soziale Lage der Erwerbslosigkeit kann deshalb danach differenziert werden, inwieweit die Wirkungen des Ausschlusses aus dem Erwerbsleben oder von dessen Antizipation tatsächlich zentral für die psychosoziale Lage der Erwerbslosen sind. An verschiedenen Subgruppen wie v.a. verheirateten Hausfrauen wird deutlich, daß unter den sozialstatistischen Begriff "Arbeitslosigkeit" eine Vielzahl höchst heterogener Lebenssituation subsumiert wird, die insbes. für "Arbeitslose" mit alternativen, kulturell und sozial legitimierten Arbeitsrollen und für "freiwillig" Arbeitslose deren wirklichen sozialen Status verfehlt.

(15) Diese Überlegungen schließen sich z.T. an die Forschungsarbeiten des Münchner Sonderforschungsbereichs über berufliche Arbeit an. Vgl. etwa: BECK-GERNSHEIM 1981, OSTNER 1979.

3. Die strukturelle Eigenart familialer und allgemein: unbezahlter Arbeit beinhaltet nach dem hiergewählten Ansatz, daß Erwerbsarbeit nicht beliebig auf Kosten der unbezahlten familialen Arbeit ausgedehnt werden kann.

Dies legen aber die auf den Markt konzentrierten Denkmuster der Nationalökonomie nahe, wenn man einmal von der neueren Diskussion der "Neuen Haushaltsökonomie" (vgl. S. 467 ff.) absieht.

Das der Arbeitsmarktkrise zugrundeliegende Auseinanderfallen von Angebot und Nachfrage auf den Gütermärkten wird entweder - in der KEYNESSchen Tradition einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik - auf einen Ausfall von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage oder - im "Lager" der angebotsorientierten Politik - auf einen Mangel an privatwirtschaftlichen Investitionen bzw. an Wachstum im formellen Bereich der Arbeitsteilung zurückgeführt. Eine Wiederentsprechung beider Marktseiten bedarf daher nur ausreichender Nachfrage- oder Angebotsimpulse, um damit auch die Arbeitsmarktkrise zu lösen. Jedes Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage und umgekehrt.

Dieser Gleichgewichtsautomatismus, der den qualitativen Aspekt des Arbeitsmarktgeschehens unterschlägt, geht aber vermutlich aus zwei Gründen an der sozialen Realität vorbei:

- Nicht jedes gesellschaftliche Bedürfnis, für das sinnvollerweise Arbeit zu leisten wäre (wie z.B. nach Umweltschutz) induziert ein entsprechendes Angebot.
- Nicht jedes Angebot schafft sich sein eigenes Bedürfnis. Sofern die Arbeit qualitativ nicht für die Bedürfnisbefriedigung hinreichend ist, kann dies zur Vernichtung von Bedürfnissen führen. Das heißt aber, daß bei Dominanz einer solchen Struktur der Arbeitsmotivation Erwerbsarbeit nicht schrankenlos gegen die reproduktionsbezogene Arbeit ausgedehnt werden kann. Eben davon gehen viele Nationalökonom^{en} in ihren quantitativen Trendextrapolationen (nach dem Muster: $x\%$ Wachstum für $y\%$ Beschäftigung) aus.

In dieser Arbeit werden nun Belege angeführt, warum eine Denkweise unhaltbar ist, die implizit von diesen normativen Unter-

stellungen ausgeht und aus dem Auftreten neuer Erwerbsarbeit Suchender stets die Folgerung ableitet, dann müßten eben neue Positionen im Erwerbssystem geschaffen werden, was nach dem nicht hinterfragten Postulat der beliebigen Produzierbarkeit von Arbeitsplätzen, sei es durch staatliche Beschäftigungsprogramme, sei es durch privatwirtschaftliche Investitionen, auch problemlos zu bewältigen sei. Sie ist unhaltbar, weil ihre Omnipotenztprämisse von Staat und Markt sich nicht einlösen läßt und weil sie die strukturell notwendige Interdependenz von Erwerbsarbeit und reproduktionsbezogener Arbeit verkennt.

4. Ein Auseinanderfallen von Angebot und Nachfrage auf dem Güter- bzw. Arbeitsmarkt wird den genannten Erklärungsmustern folgend, oft exogenen Größen zugeschrieben, die sich gegen das der Erwerbsarbeit "immanente" Gleichgewicht geltend machen, sich damit aber auch einer inner-systemischen Erklärung entziehen. Die Beispiele für solche exogenen Störgrößen sind aus der öffentlichen Diskussion bekannt: Politisch bedingte hohe Zinsen, wahlweise ein hoher oder niedriger Dollarkurs, technologische Innovationen, Versagen der Politik etc.pp. (vgl. GROSSER 1979, S. 16).

Die Bestimmungsgründe für die Entwicklung beider Pole des Arbeitsmarkts und damit für die wachsende Erwerbslosigkeit lassen sich aber nicht auf exogene ökonomische Einflüsse reduzieren, sondern sind - und hier liegt die Aufgabe eines soziologischen Zugangs zur Arbeitslosigkeit auch in arbeitsgesellschaftlichen Wertorientierungen und subjektiven Dispositionen begründet, die die Teilnahme am Erwerbsleben und die Verfügung über einen Erwerbsarbeitsplatz zu einem eigenen Statusmerkmal machen. Dies soll im Abschnitt 4.4. an der zunehmenden Erwerbsneigung von Frauen angeführt werden.

5. Auch bei der Analyse des wachsenden Erwerbsarbeits-Angebots (Kap. 4.) das wesentlich zur weiteren Öffnung der Schere zwischen Erwerbsarbeitsangebot und -nachfrage beitrug, stoßen die ahistorisch angelegten neoklassischen Modelle der Arbeitsangebotsentscheidung an konzeptuelle Grenzen (vgl. Kap. 4.4.4.2.):

Zunächst dürfte die Annahme der Unabhängigkeit der handelnden Personen eine empirisch nicht zutreffende Setzung sein. Die Modelle gehen sodann von einer Wahlfreiheit des "nutzenmaximierenden Individuums" zwischen den "Gütern Arbeit und Freizeit" aus, so daß je nach Stärke des "Einkommens- resp. Substitutionseffekts" zwischen den beiden Gütern die Entscheidung zugunsten von Arbeit und gegen die Freizeit o.u. ausfällt.

Eine schematische Entgegensetzung von "Freizeit" und "Arbeit" ist jedoch ideologisch, weil sie einen kulturell geprägten Begriff von Arbeit als Erwerbsarbeit unterstellt und damit das Leisten von unbezahlter Arbeit als Frei-Zeit, als Enthaltung von Arbeit faßt.

- Das Modell der Erklärung eines wachsenden Arbeitsangebots aus der relativen Stärke des Substitutionseffekts ist empirisch nicht gehaltvoll und inhaltsleer, also mit allen empirischen Befunden vereinbar, weil soziale und kulturelle Verhaltenseinflüsse, die sich im Zeitverlauf ändern und ein zentrales Kriterium für die "Wahl"entscheidung darstellen, ausgeklammert werden (16).

Solche Einwände verweisen auf die Notwendigkeit, bei der Erklärung der wachsenden Erwerbsarbeitsbeteiligung der Frauen seit den 60er Jahren (Kap. 4.4.) den kulturellen Wandel in der Arbeitsorientierung einzubeziehen (4.4.5.). Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit lassen sich also nicht isoliert von ihren gesellschaftlichen Einbindungen betrachten. Aus der Fülle der sozialen Bezüge des Arbeitsmarktsgeschehens (vgl. PIERENKEMPER 1982, S. 20) werden in dieser Arbeit v.a. die kulturellen Wertorientierungen zur Arbeit herausgehoben.

(16) Vgl. S. 468 ff.

1.2.5. Für einen soziologischen Zugang zum Thema. Zusammenfassung des Kapitels 1

An zentralen Gegenständen der Arbeitsmarktdiskussion konnte ansetzweise gezeigt werden, wie die dominante nationalökonomische Diskussion implizit oder explizit von einem bestimmten kulturellen Selbstverständnis der Arbeit, d.h. von der Fixierung auf Erwerbsarbeit ausgeht und damit die Komplementarität und Interdependenz der zwei Formen von gesellschaftlich notwendiger Arbeit verkennt. Die Auseinandersetzung mit nationalökonomischen Theoremen führt so zur Entwicklung von eigenen Fragestellungen und Prämissen für einen soziologischen Zugang zur weiteren Analyse des im Kap. 2 aufbereiteten empirischen Materials.

Insofern wollen die analytisch orientierten Abschnitte dieser Arbeit (Kap. 3 und 4) auf bisher vernachlässigte Aspekte der Arbeitslosigkeit abstellen. Die Relevanz anderer, von der volkswirtschaftlichen Theorie untersuchter Entstehungsbedingungen - insbes. von mangelnder Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich und von Innovationshemmnissen der verschiedensten Art - wird damit nicht bestritten; einige dieser Erklärungsansätze sollen vielmehr in diese Arbeit integriert werden. Eine ausführliche Darstellung und kritische Reflexion würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Dem induktiv-deskriptiv orientierten Kapitel 2 wird ein i.F. zusammengefaßtes Kapitel 1 vorangestellt, in dem der eigene Ansatz einer differenzierten Sichtweise der bezahlten Erwerbsarbeit als einer spezifisch gesellschaftlichen Organisationsform von Arbeit innerhalb der sozialen Teilung der Arbeit und der Differenzierung zwischen Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit im engeren Sinn erläutert wird.

In Gegenüberstellung zur kulturell dominanten Sichtweise, die die gesellschaftliche Arbeit auf eine spezifische Organisationsform, auf bezahlte Erwerbsarbeit, reduziert, werden in einem idealtypischen Verfahren Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeit und Arbeitslosigkeit angestellt, die an die Analyse der Teilung der sozialen Arbeit von DURKHEIM anknüpfen.

Diesen Überlegungen zu den verschiedenen Typen von Arbeit und Arbeitslosigkeit kommt allerdings nicht der Charakter nomologischer, deterministischer Gesetze zu, aus denen dann deduktiv die deskrip-

tiven Terme abgeleitet werden könnten. Auch wenn sie in die allgemeine Gesellschaftstheorie von DURKHEIM und die handlungstheoretischen Ansätze von WEBER (und PARETO) eingebettet sind, ist der an sie geknüpfte methodische Anspruch weit geringer. Sie soll an der begrifflichen Vorstrukturierung des Forschungsfeldes dienen und so den kategorialen Bezugsrahmen für die Deskription der Entwicklung der Arbeitsteilung in der Bundesrepublik und die Versuche zu deren kausaler Interpretation bilden. Auch wenn sich die Typenbildung der Formen von Arbeit und Arbeitslosigkeit nicht direkt und unvermittelt auf das Datenmaterial anwenden läßt, lenkt eine solche Perspektive doch auf eine Reihe wichtiger Probleme hin.

Im Forschungszusammenhang entstanden ist diese Typenbildung aus der Rezeption des DURKHEIM'schen Ansatzes und der empirischen Befunde in den Kapiteln 2-4. Sie folgt in ihrem Verfahren den von WEBER beschriebenen Prinzipien der idealtypisierenden Betrachtungsweise (vgl. WEBER 1964, S. 14).

"... wie schon mehrfach als selbstverständlich vorausgesetzt - Typen-Begriffe und sucht generelle Regeln des Geschehens.. Die Begriffsbildung der Soziologie entnimmt ihr Material...sehr wesentlich...den auch unter den Gesichtspunkten der Geschichte relevanten Realitäten des Handelns..Wie bei jeder generalisierenden Wissenschaft bedingt die Eigenart ihrer Abstraktionen es, daß ihre Begriffe gegenüber der konkreten Realität des Historischen relativ inhaltsleer sein müssen. Was sie dafür zu bieten hat, ist gesteigerte Eindeutigkeit der Begriffe... Nur vom reinen ("Ideal"-) Typus her ist soziologische Kasuistik möglich...In der Mehrzahl der Fälle ist aber das historisch oder soziologisch relevante Handeln von qualitativ heterogenen Motiven beeinflusst,... Jene Konstruktionen sozialen Handelns...sind also in dem Sinn wirklichkeitsfremd..." (WEBER 1964, S. 14f.).

Zunächst wird auch in Anknüpfung an die Typenbildung des wirtschaftlichen Handelns von WEBER zwischen den zwei auch in der modernen Industriegesellschaft sich ergänzenden und auseinander angewiesenen Formen von Arbeit unterschieden: von Erwerbsarbeit und "bedürfnisbezogener Arbeit" in der Familie und anderen Primärgruppen. Deren idealtypisch gültige Arbeitsmuster werden gegenübergestellt.

Für die o.g. Fragestellung wird der DURKHEIM'sche Zugang zur sozialen Arbeitsteilung dargestellt und fruchtbar gemacht. Darin hat er einen Arbeitsbegriff konzipiert, der die normative Beschränkung auf Erwerbsarbeit überwindet und alle strukturell notwendigen

Arbeitsformen und -rollen mit einschließt. Des weiteren wird der Stellenwert einer aufgabenverantwortlichen Arbeitsorientierung in seinem Konzept dargestellt. Entgegen dem Vorwurf, die Bedeutung individueller Orientierungen vernachlässigt zu haben, verweist sein strukturell-funktionaler Ansatz hier auf die Rolle einer Verantwortungsorientierung, die auch in der WEBER'schen Kausustik wirtschaftlicher Handlungsmotive auftaucht.

Ausgehend von DURKHEIM's Bestimmung des "sozialen Werts der Arbeit" und seiner Analyse der "anormalen Formen der Arbeitsteilung" wird anschließend in Kapitel 1.4. eine Typenbildung verschiedener Formen der Erwerbslosigkeit vorgeschlagen, die als heuristische Leitlinie für die weitere Analyse vorangestellt ist.

Unterschieden wird zwischen Formen der freiwilligen Aufgabe des Erwerbsarbeitsverhältnisses und des "erzwungenen" Ausschlusses aus dem Beschäftigungssystem, bei letzterem wiederum zwischen Erwerbslosigkeit aufgrund von strukturell notwendigen Anpassungsprozessen oder von tatsächlichen Fehlleistungen des Beschäftigungssystems bzw. von Marginalisierungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt. Die letzte Form, in dem ein Teil der Bevölkerung einen anderen über askriptive Merkmale von der Verfügung über Arbeitsplätze ausschließt und die im DURKHEIM'schen Bezugsrahmen als Regression auf "mechanische Solidarität" interpretiert werden kann, wird am Beispiel der Marginalisierung ausländischer Erwerbsarbeit Suchender exemplifiziert; in den folgenden Kapiteln soll sie nicht näher interessieren.

Die Überlegungen zur Arbeitslosigkeit aufgrund von Fehlleistungen des Beschäftigungssystems stützen sich ebenfalls auf DURKHEIM'S Analyse der anormalen Formen der Arbeitsteilung: Mit moderner, außerhäuslicher, marktbezogener Erwerbsarbeit in großbetrieblicher Arbeitsorganisation ist zwar die Möglichkeit eines Auseinanderfallens von Arbeit und "Bedürfnis", also der Entstehung von Arbeitslosigkeit gegeben - die Bedingungen einer solchen "anomistischen Arbeitsteilung" treten jedoch nicht automatisch mit der Verberuflichung oder Vermarktung von Arbeit ein und deren empirische Existenz ist nicht aus einem "Begriff" von Arbeit deduzierbar.

Für die Klärung von etwaigen Fehlleistungen des Beschäftigungssystems sind Hypothesen über solche Bedingungen - wie das Vorliegen einer nicht-aufgabenorientierten oder verantwortlichen Arbeits-

orientierung - und empirische Untersuchungen mit der Fragestellung unerlässlich, an welchen Stellen und aus welchen Gründen in der Erwerbsarbeit statt produktiver Arbeit nur konsumtive Beschäftigung erfolgte, so daß Erwerbslosigkeit das Resultat ist (Kap. 3.4. und 4.4.5.2.).

Aufbauend auf die bisher vorgenommene Dichotomisierung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter familiärer Arbeit und im Anschluß an die neuere sozialwissenschaftliche Diskussion über die "Duale Ökonomie" in der sich neben der offiziell erfaßten Erwerbstätigkeit mit zunehmender Bedeutung ein Bereich der Schattenwirtschaft (informelle Arbeit) ausbildet, versuche ich, in Kap. 1.5. Ansätze für eine weiterführende Typologie von Arbeitsformen zu erarbeiten. Sie dient als theoretisch-begrifflicher Bezugsrahmen für die weitere deskriptive Analyse der Verschiebung innerhalb der Struktur der Arbeitsformen im letzten Jahrzehnt (Kap. 3). Die oberflächliche Erscheinungsform dieser Rückverschiebung auf unbezahlte Arbeit erfaßt die öffentliche Diskussion und amtliche Statistik mit der registrierten Arbeitslosigkeit nur verzerrt.

Im abschließenden Abschnitt des Kap. 1 wird schließlich im Anschluß an WEBERs Analyse des wirtschaftlichen Handelns eine Differenzierung auch innerhalb der formellen Erwerbsarbeit nach den Merkmalen: Stellung im Erwerbsleben und Arbeitsort vorgeschlagen, deren Bedeutung für die Ausbildung spezifischer Arbeitsmuster erläutert wird.

1.2.6. Erwerbsarbeit im Kontext des Strukturwandels der sozialen Arbeit: Zusammenfassung der Kapitel 3 und 4

An die Beschreibung des Niveau-Ungleichgewichts zwischen Ansprüchen an das Beschäftigungssystem und dessen Möglichkeiten in Kap. 2 schließen sich in Kap. 3 und 4 deskriptive Darstellung und einige kausale Interpretationsversuche des strukturellen Wandels von Angebot und Nachfrage im Beschäftigungssystem an. Die Notwendigkeit dieser Perspektive ergibt sich aus der für meine Arbeit zentralen und in der Beschäftigungsdiskussion bisher oft vernachlässigten Annahme, daß Entstehung und Entwicklung der Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt nur im Kontext des qualitativen Wandels innerhalb der - auch die informellen Bereiche der Arbeit umfassenden - sozialen Arbeitsteilung verstehbar ist. Oft stellt die registrierte "Arbeitslosigkeit" nur den statistisch verzerrten Ausdruck für eine wechselnde Verteilung der Arbeiten zwischen formellen und informellen Bereichen der Arbeit dar. Zielsetzung dieser Kapitel ist also die Deskription zentraler Entwicklungslinien in der Arbeitsteilung in der Bundesrepu-

blik von 1973-1983, soweit möglich auf der Grundlage von Zeitreihen von amtlichen sozialstatistischen Daten, sowie die Entwicklung von einigen Hypothesen zu bisher vernachlässigten Entstehungsbedingungen der Erwerbslosigkeit, die empirisch abgestützt werden.

Als deskriptiver Indikator für die Kennzeichnung der qualitativen Veränderungen in der Erwerbsarbeit wird in Kap. 3.1. zunächst die Entwicklung der durchschnittlichen effektiven Arbeitszeit von Erwerbstätigen (bzw. des gesamten Erwerbsarbeits-Volumens) verwendet. An den empirischen Befund der drastisch gesunkenen effektiven Wochenarbeitszeit schließen sich einige Hypothesen darüber an, inwieweit damit Tendenzen zur "dysfunktionellen Arbeitsteilung" im Betrieb und Verschiebungen von Arbeitsaufgaben auf nicht-institutionalisierte Arbeitssektoren verbunden sind. Eine wesentliche Dimension des qualitativen Wandels in der sozialen Arbeitsteilung wird in Kap. 3.2. mit dem strukturellen Wandel innerhalb der formell erfaßten Erwerbstätigkeit, nämlich der Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige bezahlte Erwerbsarbeit beschrieben. Die auf abhängige Erwerbsarbeit und insbes. auf Industriearbeit konzentrierte arbeitsmarkttheoretische Diskussion hat diese Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit, die in der quantitativ fast ebenso wie der Beschäftigungsrückgang bedeutsamen Vernichtung von Arbeitsmöglichkeiten von mithelfenden Familienangehörigen und Selbständigen liegt, bisher fast völlig vernachlässigt.

Kap. 3.3. behandelt an drei Erscheinungsformen: der Schwarzarbeit (oder: Untergrundarbeit), der (teilweise unbezahlten) eigeninitiierten Arbeit in alternativen Projekten und der unbezahlten Arbeit in der Familie und anderen Primärgruppen die Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit im letzten Jahrzehnt. Das Anwachsen der offiziellen Erwerbslosigkeit in diesem Zeitraum wird - zu einem gewissen Anteil - als Rückverschiebung von vermarkteter Arbeit in diese informellen Bereiche interpretiert. Es wird versucht, die vorliegenden empirischen Befunde zur Schätzung des Umfangs der informellen Arbeit zu systematisieren und im Hinblick auf diese Fragestellung auszuwerten.

In Kap. 3.5. wird versucht, den DURKHEIM'schen Typus der "anomischen Arbeitsteilung", die Erwerbslosigkeit nach sich zieht, auf die Entwicklung des formellen Erwerbsarbeitssektors in der Bundesrepublik zu beziehen und mit Hilfe der amtlichen Erwerbsstatistik und anderer Daten einige empirische Hinweise zu geben, an welchen "Stellen" im formellen Beschäftigungssystem der letzten 10 Jahre statt produktiver Arbeit primär künstliche oder scheinbare Beschäftigung erfolgte.

Das Kapitel 4 befaßt sich abschließend mit den Einflußfaktoren für den starken Zuwachs an Erwerbsarbeit Suchenden im Untersuchungszeitraum, der insbesondere seit 1980 zur immer stärkeren Öffnung der Schere zwischen Ansprüchen an das Beschäftigungssystem und dessen Leistungen beitrug.

Der Schwerpunkt der Behandlung des Angebots an Erwerbsarbeit liegt dabei im Abschnitt 4.4. auf der zunehmenden Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen, die als cultural lag in der Vermarktungstendenz der Arbeit angesichts des schon einsetzenden Rückgangs der Nachfrage nach Erwerbsarbeit interpretiert wird. Dies soll durch die Zeitreihendarstellung der entsprechenden Variablen und die Hinzuziehung von weiteren empirischen Befunden zu zentralen Einflußgrößen für die zunehmende Erwerbsbeteiligung belegt werden.

In dem abschließenden Kapitel 4.4. wird aus der Perspektive des Angebots an Erwerbsarbeit, am Bsp. der Frauen-Erwerbsbeteiligung, die Interaktion zwischen unbezahlten und bezahlten Sektoren der sozialen Arbeit dargestellt und interpretiert.

Der Netto-Zuwachs von Erwerbsarbeit-Suchenden speiste sich im letzten Jahrzehnt neben demographischen und Migrationseinflüssen v.a. aus der stark zunehmenden Erwerbsbeteiligung deutscher verheirateter Frauen und Mütter. Deswegen kann gerade an dieser Subgruppe des Erwerbspersonen-Aggregats die hier interessierende strukturelle Interdependenz zwischen familialer und Erwerbsarbeit und ihre Rückwirkungen auf Erwerbslosigkeit gezeigt werden.

Wirksam wird diese strukturelle Verschiebung von unbezahlter familialer Arbeit auf vermarktete Frauenarbeit v.a. über einen sozialkulturellen Wandel in der Orientierung zur Arbeit. Die Motivation zum Gebären und

Aufziehen von Kindern, damit zur familialen Arbeit wurde seit den 60er Jahren bei bestimmten Akteursgruppen von verheirateten deutschen Frauen zurückgedrängt durch die Motivation zur Teilnahme an den Interaktionsstrukturen des Beschäftigungssystems. Diese langsam anlaufenden Motivationsprozesse waren auch und gerade seit dem 1974 einsetzenden Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit wirksam. Diese These wird anhand von erwerbsstatistischen Daten und empirischen Befunden zur Erwerbsarbeitsorientierung von verheirateten Frauen in Auseinandersetzung mit den kontroversen Theorien der "industrieller Reservearmeeefunktion" bzw. des "Entmutigungseffekts" belegt.

1.3. Idealtypisierende Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeit in einem strukturell-funktionalen Ansatz: Die verschiedenen Formen von Arbeit innerhalb der sozialen Teilung der Arbeit

Die Hinweise auf die aktuelle soziologische Debatte über die "Krise der Arbeitsgesellschaft" im einleitenden Abschnitt und die ideologiekritische Auseinandersetzung mit nationalökonomischen Erklärungsmustern sollten die Unhaltbarkeit einer Identifizierung der über den Arbeitsmarkt vermittelten Erwerbsarbeit mit "Arbeit" schlechthin deutlich machen. Demgegenüber schlage ich eine differenzierte Sichtweise vor, in der zunächst zwischen den zwei, auch in der modernen Industriegesellschaft komplementären Formen von Arbeit, die beide strukturell notwendig sind, von Erwerbsarbeit, die auf dem Arbeitsmarkt angeboten wird und bedürfnisbezogener Arbeit in der Familie und in Primärgruppen, unterschieden wird (17).

1.3.1. Familiale Arbeit und berufliche, auf dem Arbeitsmarkt getauschte Arbeit: Zwei komplementäre Modi der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Bedeutung von Bedürfnis- und Aufgabenorientierung der Arbeit für die Entstehung der Arbeitslosigkeit

Der sozialanthropologische Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen zur Differenzierung verschiedener Arbeitsformen liegt in der existentiellen Notwendigkeit der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur zum Zweck des Überlebens, die Arbeit zu einem konstitutiven Element der menschlichen Existenz macht. Insofern die Menschen dabei immer schon in gesellschaftlichen Bezügen stehen, ist Arbeit auch immer gesellschaftlich vermittelt. Die Unterscheidung von Arbeit und Interaktion kann daher nur rein analytisch sein und nicht verschiedene real getrennte Bereiche menschlichen Handelns bezeichnen.

(17) Andere mögliche Differenzierungen zwischen "Arbeitsgrundformen", die mehr auf die sozialstrukturelle Stellung im betrieblichen Kontext abzielen, könnten "leitende Arbeit" und "ausführende Arbeit" und "Expertenarbeit" unterscheiden (nach DAHEIM 1981, S. 6) Mit der hier gewählten Kategorisierung schließe ich kritisch an die Diskussion des SFB 101 der Universität München (Leitung Prof. BOLTE) über den Komplex Hausarbeit und Berufsarbeit an (vgl. v.a. BECK-GERNSHEIM 1981 (1976) und OSTNER 1979).

Sowohl MARX (bei dem Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft nur als Warenproduktion für den Markt behandelt wird) als auch weite Bereiche der marxistisch orientierten Sozialwissenschaft (bspw. HABERMAS 1968 und 1976, S. 150 ff.) klammern den Bereich familiärer Arbeit aufgrund einer theoretisch nicht plausiblen Entgegensetzung von Arbeit und Interaktion aus dem Arbeitsbegriff aus. Arbeit ist bei HABERMAS eine spezifische Sorte menschlichen Handelns, "instrumentales Handeln" der Aneignung der natürlichen Umwelt jenseits des menschlichen Zusammenlebens, Tätigkeit des "Werkzeug fabrizierenden Tieres" und als solches nicht spezifisch menschlich. In seinen Überlegungen zur Evolutionsgeschichte der Menschengattung (HABERMAS 1976, S. 150 ff.) bestimmt er den qualitativen Übergang zur "Reproduktion des menschlichen Lebens" mit der Entwicklung einer charakteristischen "familialen Gesellschaftsstruktur". Das "familiale Organisationsprinzip" ist seinerseits durch "kommunikatives Handeln" bestimmt, also durch Handeln, das sich an sprachlich vermittelten und intersubjektiv anerkannten Handlungsnormen orientiert.

So sinnvoll die Unterscheidung verschiedener Handlungsmotivationen sein mag - HABERMAS greift damit nur in anderer Form die schon von WEBER (1964, S. 17, § 2) entwickelte Unterscheidung von zweckrationalem und emotionalem sozialen Handeln auf - so wenig ist seiner damit intendierten Ausgrenzung eines zentralen Bereichs menschlicher Interaktion, der Familie aus dem Arbeitsbegriff zuzustimmen.

Demgegenüber optiere ich in meiner Arbeit für einen umfassenden Arbeitsbegriff, wie ihn DURKHEIM in seiner strukturell-funktionalen Analyse der "Teilung der sozialen Arbeit" entwickelt hat (DURKHEIM 1893, hier v.a. 1977) . In ihm ist die Entgegensetzung von Arbeit und Interaktion aufgehoben und die Bedeutung der Arbeitsteilung für die Moralität menschlichen Handelns und die soziale Integration von Individuen offengelegt.

Die Überlegungen dieses Kapitels beruhen also auf dem theoretischen Bezugsrahmen der DURKHEIMschen Analyse der sozialen Arbeitsteilung. Insofern sind meine Überlegungen zum Arbeitsbegriff, d.h. zur Struktur der darin enthaltenen Arbeitsformen, auch nicht bloße definitorische Festlegungen, sondern integriert in ein makrosoziologisches theoretisches Konzept. Dieser Ansatz soll im Hinblick auf meine Fragestellung im Folgenden kurz zusammengefaßt werden.

1.3.1.1. Die Tragfähigkeit des DURKHEIMschen Ansatzes für die Analyse der sozialen Arbeitsteilung

Wie DURKHEIM in den "Regeln der soziologischen Methode" (1961) in der Auseinandersetzung mit utilitaristischen und vertragstheoretischen Ansätzen zeigt, kann die Soziologie nur deshalb eine eigenständige Wissenschaft sein, weil ihr Erklärungsobjekt, das soziale Leben "nur durch Soziales erklärt werden kann", d.h. durch bestimmte Formen der "Assoziation von Individuen". Die Eigenständigkeit und "Überlegenheit des Sozialen", das mehr ist als die Summe der Individuen und somit eigene Bewegungsgesetze aufweist, zeigt DURKHEIM in "Soziologie und Philosophie" (1967) v.a. an der moralischen Autorität, die die Gesellschaft gegenüber den Individuen besitzt, an ihrer Eigentümlichkeit, von außen einen Druck auf das individuelle Bewußtsein auszuüben, auf sowie an den "kollektiven Gefühlen", die die Individuen als gesellschaftlich bestimmte aufweisen und die die soziale Kohäsion herstellen.

Durch diese Eigenschaften zeichnen sich "soziale Tatbestände", die das Erklärungsobjekt der Soziologie bilden, aus:

"Ein soziologischer Tatbestand ist jede mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben, oder auch, die im Bereich einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie von ihren individuellen Äußerungen unabhängige Eigenschaften besitzt" (DURKHEIM 1961, S. 114).

In diesem Zitat wird zugleich deutlich, daß DURKHEIM wie WEBER für ein idealtypisches Verfahren plädiert, in dem die "konsolidierten" Formen des sozialen Lebens (ebd.) von ihren "individuellen Äußerungen" unterschieden werden können.

Das nach Talcott PARSONS grundlegende Erklärungsproblem der Soziologie, wie angesichts der "egoistischen Natur des Menschen" (HOBBS) oder modern: vielfältiger Handlungsalternativen der soziale Zusammenhalt möglich sei, beantwortet DURKHEIM durch seine Konzeptualisierung des "Kollektivbewußtseins":

"L'ensemble des croyances et des sentiments communs à la moyenne des membres d'une même société forme un système déterminé qui a sa vie propre; on peut l'appeler la conscience collective ou commune" (DURKHEIM 1922, S. 46).

Das soeben skizzierte 'Kollektivbewußtsein' ist in allen Gesellschaftsstrukturen vorhanden als das einigende Band der Individuen. Je nach Gesellschaftsstruktur unterscheiden sich aber die Formen, in denen es erscheint und als die es Einfluß auf die Individuen ausübt. Dies aufzuzeigen, ist die zentrale Absicht in DURKHEIMS Werk über die 'Arbeitsteilung'. Dabei schlägt DURKHEIM zur Bestimmung der Funktion der Arbeitsteilung eine strukturell-funktionale Methode vor:

"Le mot de fonction est employé de deux manières assez différentes. Tantôt il désigne un système de mouvements vitaux abstraction faite de leurs conséquences, tantôt il exprime le rapport de correspondance qui existe entre ces mouvements et quelques besoins de l'organisme. C'est ainsi qu'on parle de la fonction de digestion, de respiration, etc..."

"Se demander quelle est la fonction de la division du travail, c'est donc chercher à quel besoin elle correspond..." (DURKHEIM 1922, S. 11).

Exkurs: So berechtigt diese Frage auf die Funktion der Arbeitsteilung für die soziale Integration abzielt, die hier und im weiteren vorge-tragene Analogie der Gesellschaft mit einem "natürlichen Organismus" - womit DURKHEIM in der Tradition SPENCERSchen Denkens steht (18) - enthält m.E. einige zu prüfende Probleme.

DURKHEIM selbst spricht m.E. in seinem Kapitel über die "erzwungene Arbeitsteilung" die Schwachstelle der Organismus-Analogie aus, wenn er sagt, daß im Körper die Funktion, die einzelnen Organen zufällt, durch ihren Bau ein für allemal festgelegt ist und durch die Natur determiniert ist (vgl. Zitat), während in der Gesellschaft das Phä-nomen der Konkurrenz um begehrte höhere Positionen festzustellen ist. D.h. aber, daß die Zuteilung von verschiedenen Positionen in

-
- (18) Auf der anderen Seite setzt sich DURKHEIM etwa in den "Regeln..." (1961, S. 202) von der Vorstellung SPENCERS ab, wonach das "soziale Leben wesentlich spontan und die Gesellschaft eine Natur-tatsache (ebd.) ist, insbes. deshalb, weil demnach der "Zwang" dem "normalen" Verlauf des sozialen Lebens fremd wäre, für DURKHEIM aber "Kriterium jedes soziologischen Tatbestandes" (ebd.) ist.

der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht durch die Natur, also durch die Elimination von zweckorientierten menschlichen Handeln gegeben ist.

"Ainsi se réalise de soi-même l'harmonie entre la constitution de chaque individu et sa condition. On dira que ce n'est pas toujours assez pour contenter les hommes; qu'il en est dont les desirs dépassent toujours les facultés. Il est vrai; mais ce sont des cas exceptionnels et, peut-on dire, morbides. Normalement l'homme trouve le bonheur à accomplir sa nature; ses besoins sont en rapport avec ses moyens. C'est ainsi que dans l'organisme chaque organe ne réclame qu'une quantité d'aliments proportionnée à sa dignité" (DURKHEIM 1922, S. 369 f.).

Gleichwohl scheint mir das Verdikt gegen DURKHEIM, seine Theorie insgesamt ziele auf eine Affirmation der existierenden gesellschaftlichen Ordnung als natürlicher resp. gottgewollter (vgl. ADORNOS Einleitung zu DURKHEIM: Soziologie und Philosophie) nicht zuzutreffen. Seine Kapitel über die anormalen Formen der Arbeitsteilung, seine Feststellung, daß

"...das neue Leben ... sich v.a. nicht so organisiert (hat), daß es das Gerechtigkeitsbedürfnis zu befriedigen vermöchte" (1977, S. 449 f.)

belegen ja deutlich, daß ihm nicht an einer Apologie vorgegebener gesellschaftlicher Zustände gelegen war, sondern an dem theoretischen Aufweis der Bedingungen für soziale Integration in der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft, deren tatsächliches Vorhandensein eine erst noch zu prüfende Frage ist.

Die Funktion der Arbeitsteilung liegt nun für DURKHEIM nicht - wie er in der Kritik an ökonomischen Theorien zeigt - in einer Steigerung des Wohlstands. Was ihr Verhältnis zu den materiellen Bedürfnissen betrifft, mildert sie nur Wirkungen, die sie selbst hervorruft. Sie liegt vielmehr in der Einrichtung einer sozialen, d.h. zuallererst moralischen Ordnung sui generis, in der Schaffung "organischer Solidarität" zwischen den an der Arbeitsteilung Beteiligten. Während frühere "undifferenzierte Gesellschaften" mit geringem "Volumen, materieller und moralischer Dichte" ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt durch "mechanische Solidarität" auf der Grundlage von ähnlichen

Merkmale, gleichen Empfindungen und Werten hergestellt haben, ist für moderne Gesellschaften durch fortschreitende Differenzierung und Ungleichheit zwischen den Mitgliedern die gesellschaftliche Solidarität zunächst bedroht. Soziale Integration wird gleichwohl möglich durch ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl, die organische Solidarität: Weil und sofern die Mitglieder der Gesellschaft sich spezialisieren, d.h. eine spezialisierte Arbeitsrolle entwickeln, werden sie von anderen in ihrer Bedürfnisbefriedigung abhängig. Der Zwang zur Kooperation und Integration in eine umfassende soziale Einheit schafft eine gefühlsmäßige Bindung an dieselbe und an die ebenfalls an der Arbeitsteilung Beteiligten.

Die Teilung der sozialen Arbeit umschließt in diesem Ansatz alle strukturell notwendigen sozialen Funktionen: also auch die in der Familie geleistete Arbeit: Hausarbeit, Erfüllung der Ehefrauen- und Mutterrolle und Arbeit in nicht für den Markt produzierenden sozialen Einheiten, in denen ein Austausch von Bedürfnisbefriedigung auf komplementäre Weise stattfindet.

"Die Geschichte der Ehe bietet uns ein noch eindrucksvolleres Beispiel von demselben Phänomen" (DURKHEIM 1977, S. 96).

"Zu gleicher Zeit ist auch gewiß, daß sich die sexuelle Arbeit immer mehr geteilt hat. Zuerst war sie auf die sexuellen Funktionen allein beschränkt; schließlich hat sie sich aber nach und nach auf die anderen ausgedehnt. Seit langem schon hat sich die Frau vom Krieg und von den öffentlichen Geschäften zurückgezogen und ihr Leben ganz auf das Familienleben konzentriert. Seither hat sich ihre Rolle immer weiter spezialisiert. Heute führt die Frau bei den zivilisierten Völkern eine ganz andere Existenz als der Mann" (DURKHEIM 1977, S. 100).

"Bei all diesen Beispielen ist die bedeutsamste Wirkung der Arbeitsteilung nicht, daß sie den Ausstoß der geteilten Funktionen erhöht, sondern daß sie sie voneinander abhängig macht" (DURKHEIM 1977, S. 101).

Die soziale Funktion der unter normalen Bedingungen funktionierenden Arbeitsteilung liegt dabei - und hierin besteht die Verknüpfung von Arbeit und Interaktion - in der Schaffung organischer Solidarität zwischen den an der Arbeitsteilung Beteiligten:

Weil und sofern die Mitglieder einer Gesellschaft sich spezialisieren - die Entwicklung von Berufsrollen im formellen Arbeitssektor in differenzierten Gesellschaften ist hierfür nur ein Beispiel, ein anderes wäre der Austausch innerhalb der Familie zwischen Arbeitsleistungen des Mannes und der Frau/Mutter: Kindererziehung etc. (DURKHEIM 1977, S. 96 - 104) - und ihre Arbeitsleistungen tauschen, werden sie von anderen in ihrer Bedürfnisbefriedigung abhängig und damit gefühlsmäßig an sie und an die umfassende soziale Einheit gebunden.

Der Tausch zwischen arbeitsteilig spezialisierten Funktionen und Individuen ist also - wie bei WEBER (vgl. 1964, S. 49 f.) eine zentrale Kategorie zum Verständnis der sozialen Kohäsion.

Während bei WEBER vor allem der antagonistische Charakter im Vordergrund steht - der "wirtschaftlich rational orientierte " Tausch ist "Abschluß eines ... Interessenkampfes...." (ebd., S. 50), allerdings mit friedlichen Mitteln, woraus letztlich ein Interessenkompromiß entsteht, steht bei DURKHEIM mehr der Charakter der persönlichen Abhängigkeit im Vordergrund, woraus organische Solidarität entsteht. So sehr es also zutrifft, daß der Arbeitsmarkt eine spezifische Organisationsform der menschlichen Arbeitskraft darstellt mit einem von der familialen Arbeit unterschiedenen Muster der Zuordnung von Arbeit und Bedürfnis, so ideologisch ist die von OFFE daraus gezogene Schlussfolgerung:

"Der Arbeitsmarkt unterscheidet sich von anderen Märkten durch ein systematisches Macht-Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, das sich zuungunsten der Anbieter auswirkt und in seinen negativen Wirkungen für diese Anbieter, wenn überhaupt, dann nur durch den Einsatz marktexterner politischer Machtmittel neutralisiert werden kann" (OFFE 1979, S. 17).

Ob die Reziprozität der Austauschbeziehung: Arbeitsleistung gegen Geldeinkommen durch Machtunterschiede eingeschränkt ist, kann nicht aus ihrer allgemeinen Struktur deduktiv "abgeleitet" werden. Für diese gilt zunächst, daß jede Arbeitsmarkt-Partei über ein Objekt verfügt, wovon die andere abhängig ist und das sie ihr vor-enthalten kann. In dem formalen Sinn kann daher die Besetzung eines Arbeitsplatzes durch den Arbeitsanbieter ebenso sehr als "Ausbeutung" gelten wie die Aneignung der Arbeit durch den Arbeitsnachfrager, womit sich aber die Inkongruenz wieder aufhebt. Der

Tausch auf dem Arbeitsmarkt ist dann die Art und Weise, wie ein Interessenkompromiß der Tauschpartner entsteht, also eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen ihnen vermieden wird (vgl. WEBER 1964, S. 49 f.).

Hieran läßt sich auch der Gegensatz von DURKHEIMS Position zu volkswirtschaftlich orientierten, insbes. klassischen und neoklassischen Sichtweisen des Markts, auch des Arbeitsmarkts darstellen, in denen das Individuum als atomisierter, nur seinen Nutzen maximierender "homo oeconomicus" konzipiert wird:

"Car, là où l'intérêt règne seul, comme rien ne vient refréner les égoïsmes en présence, chaque moi se trouve vis-à-vis de l'autre sur le pied de guerre et toute trêve à cet éternel antagonisme ne saurait être de longue durée. L'intérêt est, en effet, ce qu'il y a de moins constant au monde" (1922, S. 181).

"Trotzdem sind die Berufsregeln der Moral und des Rechts genauso zwingend wie die anderen. Sie zwingen das Individuum zum Handeln im Hinblick auf Ziele, die nicht seine Ziele sind, zu Konzessionen, zu Kompromissen, zur Rücksicht auf höhere Interessen als seine eigenen. Selbst dort, wo die Gesellschaft völlig auf der Arbeitsteilung beruht, löst sie sich folglich nicht in eine Wolke von nebeneinandergestellten Atomen auf, zwischen denen es nur äußerlich und vorübergehende Kontakte geben kann. Die Mitglieder sind im Gegenteil untereinander mit Banden verbunden, die weit über den Augenblick hinausgehen, in dem der Austausch getätigt wird" (1977, S. 267).

Dabei muß aber berücksichtigt werden (was DURKHEIM in Auseinandersetzung mit den Vertragstheoretikern betont),

".... daß sich die Individuen einer Kraft gegenüberfinden, welche sie beherrscht und vor der sie sich beugen; doch ist diese Kraft keine natürliche. Sie entsteht aus keiner konventionellen Einrichtung, die der menschliche Wille im Ganzen der Wirklichkeit hinzugefügt hat. Sie geht vielmehr aus dem innersten Wesen der Wirklichkeit selbst hervor...." (DURKHEIM 1961, S. 203)

DURKHEIM bestreitet nun keineswegs, daß alle solche Eigenschaften des Interaktionssystems, die den individuellen Handlungsspielraum einengen, letztlich aus dem individuellen Verhalten der Agenten dieses Systems resultieren und von der Intentionalität menschlichen Handelns ausgegangen werden muß.

Mehr noch: Gerade in arbeitsteilig hochdifferenzierten Gesellschaften kommt den eigenständigen Handlungsintentionen eine strukturelle Bedeutung zu.

Die Möglichkeit individueller Variation und ihre Grenzen sind für DURKHEIM historisch bedingt. In Gesellschaften mit mechanischer Solidarität besteht eine genaue Regulierung jeder einzelnen Aktivität, deren Befolgung durch direkte Repression erzwungen wird. Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung fällt diese strikte Regulierung allmählich weg:

"The sanctions and the typical emotional reaction in defense of common values no longer attach to particular acts, to the employment of particular means for a given end, but only to very general principles and attitudes. This necessarily results in a far wider range of independence for individual choice and initiative" (19).

Diese Variationsfreiheit ist erst die Grundlage für die Herausbildung einer individuellen Persönlichkeit.

Die Arbeitsteilung, das System von differenzierten und in sich zusammenhängenden Berufs- und Arbeitsrollen ist also Grundlage für die Entwicklung von individuellen Persönlichkeitsmerkmalen.

An dieser Stelle kann die DURKHEIMSche Analyse durch das Konzept der Rollentheorie ergänzt werden. Rollen lassen sich mit KREUTZ 1979 verstehen als normative Regelungen, die sich an konkrete Personen in bestimmten Funktionen z.B. in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung richten und ein in sich zusammenhängendes System von Erwartungen bilden. Die Berufsrolle - zentrale Rolle im Rollen set des erwachsenen Mannes in der modernen Gesellschaft - dient der internen Differenzierung zwischen den Mitgliedern von Interaktionskreisen und schafft so die Möglichkeit der Individuation. Zugleich beruht sie auf Sollensvorstellungen, die am Allgemeinwohl orientiert sind und vermittelt so dem Inhaber das Gefühl der Nützlichkeit für und Zugehörigkeit zur Gesellschaft.

Die Frage, ob den idealtypischen Propositionen DURKHEIMS für das Beschäftigungssystem in der gegenwärtigen Bundesrepublik empirische Relevanz zukommt, insbesondere ob bei der Mehrheit der Beschäftigten Gefühle festzustellen sind, die dem theoretischen Konstrukt "organi-

(19) PARSONS, T., 1960: DURKHEIMs Contribution To The Theory Of Integration Of Social Systems, in: WOLFF 1960, S. 118 - 153.

sche Solidarität" zuzuordnen sind, kann hier nicht gestellt werden (vgl. dazu KREUTZ 1981 und 1982).

Daß alle Arten von Erwerbsarbeit ungeachtet des beruflichen oder betrieblichen Status in ihrer Bedeutung über rein instrumentelle Funktionen hinausgehen und für den Arbeitenden sozialintegrative und identitätsbefördernde Potenzen haben, wird von einer Reihe von berufssoziologischen Studien angenommen (z.B. NEULOH 1973). Eine für verschiedene Berufsgruppen differenzierende Auffassung vertreten MANGOLD et al. 1979, die für Arbeiter eine skeptisch bis resignativ gebrochene pragmatische Orientierung gegenüber ihrer Arbeit und dem gesellschaftlichen System feststellten, während bei Angestellten die bewußtseinsmäßige Integration in den Arbeitsprozeß sehr viel größer sein soll.

In diesem Zusammenhang wird in der Literatur auch häufig ein weiterer Einwand gegen die Vermittlung von Identifikationsmustern durch die Arbeit erhoben: Die Arbeitsteilung selbst resp. die Profitorientierung der Produktion (vgl. OFFE 1970, WACKER 1976) sollen eine Entfremdung des Arbeitenden vom gesellschaftlichen Interaktionsprozeß, an dem er teilnimmt, hervorbringen und das Gefühl, eine nützliche und sinnvolle Tätigkeit zu leisten, verhindern. Mit dem ersten Einwand - vertreten etwa durch die Position COMTES, wonach die Arbeitsteilung notwendig "Zersplitterung" der Interessen mit sich bringt, so daß die Herstellung der Einheit zur "Spezialfunktion" des mit Gewalt ausgestatteten Staates wird, hat sich DURKHEIM selbst (1977, S. 400 ff.) auseinandergesetzt. Er wendet dagegen ein, daß die "Einheitlichkeit" des sozialen Lebens "nicht mit Gewalt und gegen die Natur der Dinge aufrechterhalten werden (kann)" (ebd., S. 403). Was das zweite Argument betrifft, stellt KREUTZ 1979 hauptsächlich in der Auseinandersetzung mit OFFE fest, daß entgegen neomarxistischer Analysen und trotz z.T. zutreffender Tendenzen zu "einseitigen Ausbeutungsverhältnissen" das Leistungsprinzip durchaus als von der Majorität akzeptiertes Ordnungsprinzip der arbeitsteiligen Gesellschaft angesehen werden kann und somit eine wichtige Bedingung für organische Solidarität erfüllt ist (vgl. in 1.4. den Typus der "erzwungenen Arbeitsteilung").

Die Rezeption des DURKHEIMschen Ansatzes muß ihr Augenmerk mehr auf den Umstand lenken, daß der Begriff "Arbeitsteilung" bei DURKHEIM mehr einschließt als die in Berufsrollen im Erwerbssystem institutio-

nalisierte Komplementarität von Arbeitsformen. Auch R. ARON greift diesen Aspekt auf: "Die Arbeitsteilung bedeutet ... für den Soziologen etwas anderes als für den Wirtschaftswissenschaftler. Im soziologischen Sinne stellt sie eine bestimmte Struktur der Gesellschaft als Ganzes dar, und die technische oder ökonomische Arbeitsteilung ist nur ein Ausdruck dieser Struktur" (ARON 1979, S. 24, zit. nach: Boß 1982, S. 187).

Die familiäre Zuweisung bestimmter Arbeitsrollen an verschiedene Familienmitglieder, die an biologische Grundlagen: Geschlecht und Alter anknüpft und diese sozial überformt, auf der einen Seite, die Spezifizierung (Bindung bestimmter Güter an Personen - Beispiel: Bäcker), Spezialisierung (Bindung spezialisierter Tätigkeiten an Personen - Beispiel: Dreher) und Bündelung von Leistungen, wie sie durch die Zuweisung von Berufsrollen an Personen auf der anderen Seite vorgenommen wird, die diese Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt gegen Geldeinkommen austauschen (vgl. WEBER 1964, S. 104 ff.) stellen also verschiedene Modi der gesellschaftlichen Arbeitsteilung dar. Sie sind beide nebeneinander auch und gerade in der modernen Industriegesellschaft strukturell notwendig.

Dies erhellt schon daraus, daß es keine historische oder gegenwärtige Gesellschaft gibt, in der über längere Zeit mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder in marktvermittelten Arbeitsverhältnissen gestanden haben.

1.3.1.2. Die strukturelle Notwendigkeit von unbezahlter familialer Arbeit. Die für familiäre Arbeit idealtypischen Arbeitsmuster. Die Bedeutung von Aufgaben- und Bedürfnisorientierung für die Verhinderung von Arbeitslosigkeit

Von ca. 61,6 Mio. Wohnbevölkerung waren in der Bundesrepublik im 2. Halbjahr 1982 ca. 22,4 Mio. beschäftigte Arbeitnehmer, d.h. etwa ein Drittel (Zahlen nach SACHVERSTÄNDIGENRAT im weiteren zitiert als SVR, 1983, S. 294). Demgegenüber standen ca. 3,2 Mio. Selbständige und mithelfende Familienangehörige (ebd.), also Personen, die zwar

verberuflichte Arbeit ausüben, aber nicht über den Arbeitsmarkt auf Arbeitsplätze zugeordnet werden. Für sie hat vielmehr weiterhin (zumindest für große Teile) das familiäre Allokationsprinzip Gültigkeit (vgl. dazu den Abschnitt 1.6. über die Differenzierung des Erwerbsstatus).

Den Rest der Bevölkerung faßt die Erwerbsstatistik in der Kategorie "inaktive Bevölkerung" zusammen. Sie umfaßte abzüglich der damals registrierten 1,9 Mio. Arbeitslosen 34,1 Mio. Personen (ebd.).

Die Kategorie "inaktive Bevölkerung" spiegelt eindrucksvoll die kulturelle Prägung der Begriffe der Wissenschaft wieder. Denn, was Kinder, Jugendliche, Hausfrauen, Rentner u.a. nicht-erwerbstätige Personengruppen vereint, ist zwar das Merkmal, daß sie ihren Lebensunterhalt nicht als proportionales Entgelt für die von ihnen geleistete Arbeit, sondern aufgrund von rechtlich oder moralisch gültigen Versorgungsansprüchen beziehen. Arbeit und zwar hauptsächlich im familialen Kontext leisten sie aber gleichwohl.

Die strukturelle Notwendigkeit dieser unbezahlten familialen Arbeit neben der über den Markt organisierten liegt darin, daß bestimmte Bedürfnisse und Tätigkeiten ihrer Eigenart nach nicht marktfähig sind, also weder durch private marktwirtschaftliche noch durch staatliche Träger (20) zu befriedigen bzw. zu leisten sind. Deswegen ist die familiäre Arbeit, für die i.F. prototypisch die Arbeit von Hausfrauen (21) behandelt werden soll, ohne damit eine

-
- (20) Diese Ausdehnung auf die Grenzen nicht nur marktwirtschaftlicher sondern auch für staatliche Institutionen geleisteter Arbeit erscheint gegenüber der Differenzierung bei OSTNER 1983 (S. 227) von Berufsarbeit und Hausarbeit notwendig. Die Arbeit einer Mutter für die Betreuung ihrer Kinder ist entgegen ideologischer Postulate durch keine öffentliche Dienstleistung zu ersetzen.
- (21) Diese Spezifizierung soll keineswegs besagen, "daß die Frau an den Herd und zu den Kindern gehört" und dort ihre "natürliche Funktion" hat. Wer von beiden Elternteilen oder Partnern die strukturell notwendigen Funktionen ausführen soll, ist eine andere, zudem nicht analytische Frage. Mit der historisch dergestalt entwickelten Arbeitsteilung, die sich an den "Sozialcharaktere" der Geschlechter "festgemacht" hat, sind allerdings auch Persönlichkeitsstruktur, Bedürfnisse, Eigenschaften und Fähigkeiten der Frauen durch ihre familialen Funktionen geprägt, die sie für erwerbswirtschaftliche Arbeit weniger geeignet machen (vgl. BECK-GERNSHEIM 1981, S. 9). Die strukturelle Eigenart von familialer Arbeit erscheint so auf der personalen Ebene wieder als "Beschränktheit des weiblichen Arbeitsvermögens", was Rückwirkungen auf Arbeitsmarktchancen von berufstätigen, verheirateten Frauen hat. Diese Hypothese soll im Abschnitt 4.4.6. für die Erklärung der Marginalisierung weiblicher Erwerbspersonen mit verwendet werden.

Einschränkung auf Hausarbeit im engeren Sinn zu implizieren, die historisch und strukturell primäre Arbeitsform. Sie erfüllt Aufgaben, die sich einer beruflichen Bearbeitung entziehen. Ihr Arbeitsgegenstand sind nämlich unaufschiebbare, immer wiederkehrende Lebensäußerungen wie z.B. das Stillen von Kindern, die nicht nur ein zentrales Moment beruflicher Arbeit, nämlich außerhäusliche Tätigkeit weitgehend ausschließen. Sie verlangen auch ein prinzipiell anderes Bearbeitungsmuster, als es vermarkteter Arbeit möglich ist.

Familiale Arbeit zeichnet sich idealtypisch durch eine Arbeitsorientierung aus, die im weiteren als "aufgabenorientiert" oder "verantwortungsbewußt" (vgl. PREISENDÖRFER 1983) bezeichnet werden soll. Charakteristisch dafür ist zunächst eine Zeitverwendungsstruktur, die ihre Kriterien aus den gestellten Aufgaben bezieht und sich nicht an äußerlichen Vorgaben (etwa an einem normierten Arbeitstag von 8 Stunden) bemißt.

Damit einher geht die Aufhebung der räumlichen und zeitlichen Dichotomie zwischen Arbeit und sonstigem Leben: Beide Bereiche gehen bruchlos ineinander über. Die Aufgaben werden in einem unmittelbaren, überschaubaren Sozialkontext bewältigt, in den der Arbeitende eingebunden ist. Damit ist ein persönlicher Aufgabenbezug gegeben und dementsprechend ein Interesse an einer qualitativ hinreichenden Aufgabenerfüllung. Der Arbeitende ist mit den Erfolgen und Nicht-Erfolgen seines Tuns unmittelbar, über die Reaktion von Angehörigen des gleichen Sozialkontextes konfrontiert. Damit ist eine bestimmte Qualität und Intensität des Arbeitseinsatzes strukturell in dieser Form von Arbeit angelegt (zu den Arbeitsmustern vgl. auch 1.5.3.).

Aus diesen Eigenarten familialer Arbeit geht die für sie charakteristische Einheit von Arbeit und Bedürfnis hervor, so daß eine Trennung beider Seiten - immer unter Voraussetzung von rollenkonformen Verhalten - wie sie die Arbeitslosigkeit für vermarktete Arbeit darstellt, ausgeschlossen ist. Die Bedürfnisorientierung familialer Arbeit schließt ja ein, daß es weniger wahrscheinlich als bei einer Verlängerung der Interdependenzketten zwischen Arbeitenden und Nutznießer der Arbeitsleistungen ist, daß unproduktive, sinnlose Arbeit verausgabt wird, für die sich ex post herausstellt, daß gar kein Bedürfnis vorhanden war.

Auf der anderen Seite sollen und können damit empirische Phänomene wie das Gefühl von Nutzlosigkeit und Langeweile von Nur-Hausfrauen resp. die oft damit korrespondierende Schein-Beschäftigung im Haushalt nicht bestritten werden. Sie sc heinen aber zumindest z.T. auf einen krisenhaften Funktionsverlust der Familie zurückzugehen - etwa durch die Abgabe

von Erziehungsleistungen an Medien oder staatliche Instanzen, der für die davon betroffenen Frauen und Mütter nicht reibungslos zu bewältigen ist. Zum anderen verhindert das aufgabenorientierte Bearbeitungsmuster, daß Bedürfnisse, die sich potentiell auf das Arbeitsprodukt richten, durch mangelnde Arbeitsqualität vernichtet und nicht nachfragewirksam werden.

Gerade durch die oben bestimmten Qualitäten der Aufgabenerfüllung schafft familiäre Arbeit die Grundlagen für das Funktionieren beruflicher Produktionsprozesse: Familiäre, reproduktive Arbeit ist in diesem Sinn eine notwendige Ergänzung der beruflichen Arbeit. Dies gilt nicht nur in der unmittelbar evidenten Bedeutung der notwendigen psychischen und physischen Regeneration von erwerbstätigen Familienmitgliedern für die Ausführung ihrer Berufsrolle. Vielmehr sind beruflich organisierte Arbeitsprozesse implizit angewiesen auf Arbeits-, Lebens- und Umgangsformen, wie sie in der familialen Sozialisationsarbeit vermittelt wurden.

Die Soziologie hat die Familie bisher primär unter diesem Gesichtspunkt der Sozialisationsleistungen dieser Institution für die funktionalen Erfordernisse des sozialen Systems behandelt. Daß zur Hervorbringung dieser Leistungen eine bestimmte Form von Arbeit nötig ist, wird erst in jüngster Zeit zunehmend thematisiert.

Die strukturelle Notwendigkeit von familiärer Arbeit relativiert auch die häufig vorgenommene Interpretation der Eigenarten von Hausarbeit als "ungleichzeitigem Nachhinken" dieser Sphäre hinter postulierte Entwicklungsgesetze der Vermarktung aller Arbeit. OSTNER weist bspw. auf die Tradition der marxistisch orientierten Literatur von ENGELS über BEBEL bis KUCZYNSKI hin (OSTNER 1979, S. 96 ff.), die ihren Sozialgeschichten der Frau das historische Telos einer Einbeziehung aller Arbeit in den industriellen Produktionsprozeß, was die Befreiung der Frau bringen soll, unterlegen. Hausarbeit ist in dieser Perspektive "ungleichzeitig" und verdankt sich der patriarchalischen Unterdrückung der Frau, diese wiederum dem Privateigentum.

Auch bei OFFE ist die familiäre Arbeit tendenziell nur eine historisch transitorische "Nische" gegenüber dem Arbeitsmarkt, die in ihrer Funktionalität für diesen aufgehen soll, ohne einen Eigenwert zu haben:

"Unter funktionalen Gesichtspunkten läßt sich argumentieren, daß die ausnahmslose Unterwerfung der eigentumslosen Individuen unter das Verhältnis der Lohnarbeit dieser selbst bald ein Ende machen würde: Die Regeneration des Arbeitsvermögens würde unterbunden. Die Nischen, Freiräume und "Pufferzonen", in denen sich - zunächst v.a. im Familienverband - diejenigen reproduzieren, die zwar eigentumslos, aber nicht Lohnarbeiter sind..." (OFFE 1977, S. 22).

Im Gegensatz zu solchen Ansätzen soll in dieser Arbeit an der Entwicklung der Struktur der Arbeitsformen gezeigt werden, daß die Verschiebung von unbezahlter Arbeit auf vermarktete Arbeit zwar eine zentrale Entwicklungstendenz des letzten Jahrzehnts darstellt, in diesem Sinn also die zunehmende Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in der Tat als cultural lag (4.4.) gegenüber dem säkularen Vermarktungsprozeß zu interpretieren ist. Auf der anderen Seite findet jedoch in den letzten Jahren zunehmend eine Rückverschiebung von bezahlter Arbeit auf unbezahlte Arbeit statt (vgl. Kap. 3.3.).

1.3.1.3. Die Entstehung einer beruflichen Arbeitsteilung neben der familialen Arbeitsteilung. Der Arbeitsmarkt als sozialkulturell spezifischer Allokationsmodus der Arbeit

Unter beruflicher Arbeit wird hier also die zur familialen Arbeit komplementäre Form verstanden, für die schon einige Charakteristika genannt wurden. Ohne auf die Entstehung der beruflichen Arbeitsteilung hier ausführlich einzugehen, sei auf den Ansatz der strukturell-funktionalen Analyse im Gefolge von DURKHEIM verwiesen (DURKHEIM 1977, S. 296 ff.). In dem Maß der funktionellen Ausdifferenzierung der Gesellschaft wird die naturwüchsige familiale Arbeitsteilung zu eng und Arbeit zunehmend beruflich organisiert und zu einer institutionell vom übrigen Leben geschiedenen Sphäre.

Neben der familialen und beruflichen Arbeitsteilung gibt es auch noch andere soziale Merkmale, an deren Differenzierungen sich die Verteilung unterschiedlicher Arbeitsfunktionen festmacht: so die Verteilung nach verwandtschaftlichen Gruppen in der Oikos-Wirtschaft oder die an Naturgegebenheiten orientierte lokale Arbeitsteilung, etwa zwischen Stadt und Land.

Der DURKHEIMSche Ansatz enthält zugleich Annahmen über eine funktionalistische Interpretation der Evolution von traditionellen zu modernen Gesellschaften: Die fortschreitende Arbeitsteilung in der Gesellschaft ist demnach das Resultat des Bevölkerungswachstums auf der

vorhergehenden Stufe, was eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Personen in der Arbeitsteilung hervorbringt, die von diesen durch Spezialisierung bewältigt wird (vgl. KREUTZ 1979).

"In einer Stadt können die verschiedensten Berufe nebeneinander leben, ohne sich gegenseitig schädigen zu müssen, denn sie verfolgen verschiedene Ziele. ... (Jeder) kann sein Ziel erreichen, ohne den anderen daran zu hindern, ebenfalls sein Ziel zu erreichen. Genauso ist es auch mit den Funktionen selbst, wenn sie weniger weit auseinander liegen ... Da sie verschiedene Dienste leisten, können sie sie parallel leisten" (DURKHEIM 1977, S. 307 f.).

Der Ansatz von DURKHEIM trifft hier keine präzisen Aussagen über den sich herausbildenden institutionellen Typus der Austauschprozesse zwischen den beruflich differenzierten Arbeiten. Der Arbeitsmarkt stellt einen historisch und sozialkulturell spezifischen Allokationsmodus der gesellschaftlichen Arbeit dar. Die Herausbildung marktwirtschaftlicher Austauschverhältnisse zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage kennzeichnet den umfassenden Strukturwandel hin zu modernen Industriegesellschaften, der bis heute anhält. Insofern kann der DURKHEIMSche Ansatz zunehmender Spezialisierung der Arbeit ergänzt werden:

Ein in der beruflichen Arbeitsteilung noch nicht enthaltenes Strukturmerkmal moderner Gesellschaften marktwirtschaftlicher Prägung liegt im Allokationsprinzip des Arbeitsmarktes: Die Zuteilung von Leistungen an bestimmte Individuen erfolgt zunehmend - ich folge hier der WEBERSchen Unterscheidung von "freier" und "unfreier Berufsteilung" (WEBER 1964, S. 104) - durch

"...autonome Orientierung an Marktlagen für Berufsleistungen" im Gegensatz zur

"heteronomen Zuteilung von Leistungen und Zuwendung von Versorgungsmitteln innerhalb eines wirtschaftsregulierenden Verbandes...".

1.3.1.4. Die mit abhängiger, beruflicher Erwerbsarbeit verbundenen Arbeitsorientierungen. Die Bedeutung einer verantwortlichen Aufgabenorientierung in der Berufsarbeit

Für eine solche Berufsarbeit ist - wiederum idealtypisch - ein zur familialen Arbeit komplementäres Bearbeitungsmuster anzunehmen. Die Einschränkung auf abhängige, marktvermittelte Erwerbsarbeit sei hier hervorgehoben, da die Arbeitsorientierung gerade im Hinblick auf den Erwerbsstatus differenziert werden muß (vgl. 1.5. und 3.1.3.).

Auch im Hinblick auf eine Vielzahl weiterer sozialstruktureller, lebensgeschichtlicher und situationeller Variablen erscheint es fraglich, ob von einer einheitlichen Arbeitsorientierung der beruflichen Arbeit gesprochen werden kann (vgl. auch ENGFER et al. 1983).

In dem Zusammenhang sei auch auf die in der Berufssoziologie diskutierten alternativen Orientierungsmuster der "professionellen Aufgabenidentifizierung" bei Angestellten (vgl. MANGOLD 1979) und Freien Berufen und der "bürokratischen Aufgabenidentifizierung" bei Beamten hingewiesen. Im übrigen kann die Frage der Arbeitsorientierung nicht begrifflich-spekulativ, jenseits der Empirie entschieden werden.

Gleichwohl wird hier der Versuch unternommen, in idealtypisierender Gegenüberstellung zur familialen Arbeit einige Grundzüge des beruflichen Bearbeitungsmusters zu abstrahieren und dies mit der Problematik der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit zu verknüpfen.

Die prinzipielle Bedeutung der Entwicklung einer verantwortlichen Arbeitsorientierung für berufliche Arbeit ergibt sich daraus, daß der Berufstätige aufgrund der Verlängerung der Interdependenzketten in der Arbeitsteilung von den Ergebnissen seiner Arbeit beim Endkonsumenten weitgehend abgeschnitten ist. Er muß deshalb bestimmte Arbeitsorientierungen entwickeln, damit die von ihm ausgeübte spezialisierte Funktion wirklich gesellschaftlich sinnvolle Arbeit ist.

So weist DURKHEIM 1977 auf die Funktion der Orientierung zu beruflicher Aufgabenverantwortung hin, die für das Funktionieren der Arbeitsteilung unerlässlich ist:

"Dort, wo das Restitutivrecht sehr entwickelt ist, gibt es für jeden Beruf eine Berufsmoral. Innerhalb jeder Arbeitergruppe existiert eine Meinung, zwar diffus auf die ganze Ausdehnung dieses abstrakten Aggregats beschränkt, der, ohne daß sie mit legalen Sanktionen ausgestattet ist, dennoch gehorcht wird. Es gibt gemeinsame Sitten und Bräuche für jede Gattung von Funktionären, die keine von ihnen brechen kann, ohne von der Berufsorganisation getadelt zu werden" (1977, S. 266).

Im Zug der gesellschaftlichen Differenzierung, also der Herausbildung einer beruflichen Arbeitsteilung, ist mit MANNHEIM anzunehmen (vgl. PREISENDÖRFER 1983b, S. 396 ff.), daß sich inhaltliche Reichweite und zeitlicher Horizont der individuellen Verantwortlichkeit für adäquate Aufgabenausführung ausdehnen müssen, soll die Arbeitsteilung normal funktionieren:

"Zunehmende gesellschaftliche Verdichtung geht in der Regel mit dem Erfordernis einer breiteren und damit auch abstrakteren Verantwortlichkeit einher. Der notwendige Horizont der Verantwortung hängt vom Radius der Kommunikationen und Kontaktformen ab. Unterschiedliche Formen der Vergesellschaftung (z.B. Aufenthalt in amorphen Massenmilieus, Beziehungen auf der Gemeindeebene, Kontakte in Organisationen, Primärgruppenbeziehungen) erfordern unterschiedliche Formen der Verantwortlichkeit. Da in modernen komplexen Gesellschaften mehrere Vergesellschaftungsformen gleichzeitig nebeneinander bestehen, ist die Flexibilität der individuellen Orientierungen ein 'Imperativ'...Die inhaltliche Ausformung der Verantwortlichkeit ist auch unterschiedlich in verschiedenen Lebensbereichen" (PREISENDÖRFER 1983b, S. 396).

Max WEBER hat nun in seiner klassischen Studie 1920 (hier 1947) den Versuch unternommen, anhand der Berufskonzeption des Calvinismus eine Entstehungsbedingung der modernen Erwerbsgesellschaft zu erklären: Er zeigt daran die Wechselwirkung zwischen Sozialstruktur und individuellen Handlungen auf und hat damit das für die Soziologie konstitutive "Transformationsproblem" (vgl. RAUB 1984, S.19) der Verknüpfung der Ebene sozialer Systeme mit der der handelnden Personen über die Kategorie der religiös fundierten Wertorientierung zur Arbeit zu lösen versucht. (Vgl. JOKISCH 1981, S. 564 ff.)

"Um den religiösen 'Gnadenstand' zu erlangen" (ebd., S. 565) und damit die Selbstgewißheit über ihr eigenes Heil, war es demnach für die Anhänger des asketischen, insbes. calvinistischen Protestantismus nötig geworden, sich der individuellen "Bewährung eines 'besonderen Lebensstils' zu unterziehen" (ebd.), der Selbstdisziplinierung und "rationale Lebensführung" einschließt (vgl. BENDIX 1970, S. 204). Dieser impliziert die Ausbildung individualistischer Orientierungen— einen freien Willen "erhält" er erst durch die Gnadenwahl — ebenso ein wie eine dem Allgemeinwohl verpflichtete Haltung der verantwortlichen Aufgabenerfüllung (vgl. WEBER 1947, S. 36). Ohne dies beides wäre die neuzeitliche Akkumulation von Kapital nicht möglich gewesen:

"Die religiöse Wertung der rastlosen, stetigen, systematischen, weltlichen Berufsarbeit als schlechthin höchsten asketischen Mittels und zugleich sicherster und sichtbarster Bewährung des wiedergeborenen Menschen und seiner Glaubensechtheit mußte ja der denkbar mächtigste Hebel der Expansion jener Lebensauffassung sein, die wir hier als 'Geist' des Kapitalismus bezeichnet haben. Und halten wir nun noch jene Einschnürung der Konsumtion mit dieser Entfesselung des Erwerbsstrebens zusammen, so ist das äußere Ergebnis naheliegend: Kapitalbildung durch asketischen Sparzwang" (WEBER 1947 zit. nach JOKISCH 1981, S. 565).

Mit der Herausbildung der modernen Arbeitsteilung entstehen zugleich institutionelle Strukturen, für die "die Aneignung dieser ethischen Maxime" in der Form der protestantischen Leistungsethik "durch seine einzelnen Träger" nicht mehr "Bedingung der Fortexistenz" ist (vgl. WEBER 1947, S. 37).

Der Berufstätige erhält für seinen Beitrag zur gesellschaftlichen Problemlösung eine materielle Gegenleistung in Form von Geldeinkommen, an dem er ein Eigeninteresse entwickelt. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, daß instrumentelle oder extrinsische Arbeitsorientierung eine notwendige Konsequenz aus der Eigenart beruflicher Arbeit ist, wie es die Hausarbeit etwas idealisierend heraushebende Unterscheidung von Berufs- und Hausarbeit bei BECK-GERNSHEIM 1981 (S. 26 ff.) und bei OSTNER 1979 (S. 12 ff.) nahelegt.

WEBER stellt demgegenüber fest, daß auch bei moderner beruflicher, abhängiger und ausführender Arbeit in kapitalistischen Betrieben das Interesse am materiellen Erfolg, an der Wahrnehmung von Lohnchancen nur ein Moment der Arbeitsorientierung darstellt und sich daneben u.a. Formen der "affektuellen", "traditionalen" und "wertrationalen" "Arbeitswilligkeit" erhalten.

"Die Bereitwilligkeit zur Arbeit kann ganz ebenso orientiert sein wie jedes andere Handeln" (WEBER 1964, S. 112).

Zwar gilt die Unterscheidung zur familialen Arbeit, daß die Motivation für eine adäquate Aufgabenerfüllung nicht unmittelbar über emotionale Beziehungen zu Mitgliedern der Primärgruppe erfolgt, sondern über die im Betrieb resp. im Arbeitsmarkt institutionalisierte Arbeitsteilung. Der inhaltliche Horizont der Verantwortlichkeit muß sich deshalb ausdehnen. Daraus jedoch die Folgerung abzuleiten, daß die Arbeit von Berufstätigen nur an äußeren Erfolgsmaßstäben und nicht an inhaltlichen Anforderungen der Aufgabenbearbeitung orientiert, fehlendes Arbeitsengagement daher strukturell notwendig ist, wie es BECK-GERNSHEIM und OSTNER nahelegen, erscheint sachlich nicht gerechtfertigt (22).

DURKHEIM weist ja gerade in seiner Analyse der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf die Bedeutung der mit der beruflichen Arbeitsteilung geschaffenen - sofern sie unter normalen Bedingungen funktioniert - faktischen wechselseitigen Abhängigkeit für die gefühlsmäßige Bindung der an ihr Beteiligten durch die organische Solidarität hin. Dafür ist es nicht notwendig, daß der einzelne Berufstätige sich ständig bewußt am "Allgemeinwohl" orientiert (vgl. KREUTZ 1979, S. 47).

-
- (22) Analoges läßt sich gegen die von den genannten Autoren vorgenommene Bestimmung der "beruflichen Arbeit" als "losgelöst vom unmittelbaren Bedarf" (OSTNER 1979, S. 12) einwenden. Ob der Koordinationsmechanismus des Arbeitsmarkts resp. der Gütermärkte die Abstimmung von Arbeit und "Bedürfnis" einlöst, ist eine Frage, die nicht deduktiv aus allgemeinen Annahmen über das "marktwirtschaftliche System" gefolgert werden kann. Siehe die anormalen Formen der Arbeitsteilung bei DURKHEIM und im nächsten Abschnitt.

Die Untersuchung der für die abhängigen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik der Gegenwart handlungsmotivierenden Arbeitsorientierungen kann nicht Gegenstand dieser Arbeit sein (vgl. KREUTZ 1975 und 1981 und PREISENDÖRFER 1983a, der den Versuch macht, "Verantwortungsorientierung" operational zu definieren und empirische Untersuchungen zu deren Ausprägung in Abhängigkeit von soziobiographischen Variablen vorlegt).

Die empirische Erforschung der beruflichen Wertorientierungen stößt auf verschiedene methodische Schwierigkeiten. So ist bspw. aus den vorliegenden Studien über "Arbeitszufriedenheit" kein direkter Rückschluß auf die berufliche Wertorientierung möglich, noch weniger, ob diese verhaltenswirksam waren. Generelle Arbeitszufriedenheit kann nämlich durchaus Ausdruck resignativer Verschiebungen auf mindere Werterwartungen und muß nicht unbedingt Ausdruck einer gesellschaftlich sinnvollen Arbeit sein (vgl. KREUTZ 1975).

Methodisch aussagekräftiger sind daher Studien über berufliche Werterwartungen (vgl. HEINEMANN 1980), die im Kapitel 4.4.5. für erwerbstätige Frauen aufgegriffen werden.

In diesem Zusammenhang soll eine These für den heute wirksamen kulturellen Wandel in der dominanten Arbeitsorientierung formuliert werden, die in der Arbeit für unterschiedliche Subgruppen der Erwerbstätigen differenziert wird (vgl. 3.1.3. für Selbständige und mithelfende Familienangehörige, 4.4.5. für Frauen):

Als eine mögliche extrinsische Erwerbsarbeits-Orientierung wird ein Bearbeitungsmuster angesehen, bei dem die Arbeit nicht an inhaltlichen Anforderungen der Aufgabenbearbeitung orientiert ist, sondern an äußeren Erfolgsmaßstäben. Dies ergibt sich aus der Dominanz arbeitsgesellschaftlicher Werte, ohne daß deren traditionellen Inhalte wie in der protestantischen Arbeitsethik: Leistungsmotivation, Askese etc. handlungsführend sind: Erwerbsarbeit wird zu einem immateriellen Gut (vgl. zur empirischen Abstützung 3.1.4.), das u.a. deshalb angestrebt und gehortet wird, weil sein Besitz in einer Gesellschaft, die Erwerbsarbeit gegenüber alternativen Formen von Arbeit überhöht, soziale Anerkennung und die Pflege sozialer Kontakte im Arbeitsprozeß verspricht

und erfüllt. In zunehmendem Maß trifft dies vermutlich auf Grundlage der mit der Beschäftigungskrise einhergehenden Verknappung (vgl. 4.4.4.1.) von Arbeitsplätzen zu. Dies gilt natürlich für soziobiographisch verschiedene Gruppen von Erwerbstätigen in unterschiedlichem Maß, je nachdem wie weit die materielle "Notwendigkeit" zur Erwerbsarbeit-Aufnahme zurückgedrängt ist - daher in besonderem Maß für erwerbstätige Frauen, die um immaterieller Motive willen Erwerbsarbeit aufnehmen (vgl. 4.4.5.). Als Versuch einer empirischen Abstützung dieser in 4.4.5. näher behandelten These seien hier zwei massenstatistische Befunde aus Befragungsstudien stichwortartig angeführt:

- BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 213 referieren eine repräsentative Untersuchung aus dem Dezember 1973 über

"die subjektive Bedeutung verschiedener Dimensionen der beruflichen Arbeit nach Geschlecht, Schulbildung und sozialer Stellung im Beruf". Die subjektiv empfundene Qualität der informellen Beziehungen im Betrieb steht demnach bei den befragten Erwerbstätigen mit über 80% der Nennungen an 1. Stelle der beruflichen Werterwartungen (Item: "Gutes Betriebsklima"). Auch der Anteil von 48%, die am Beruf für "ganz besonders wichtig" halten, "viel Kontakt zu anderen Menschen" zu haben, deutet auf denselben Faktor hin.

"Aufgaben, die viel Verantwortungsbewußtsein erfordern" werden dagegen nur von 41% der Befragten für wichtig gehalten, was eine relativ niedrige Ausprägung der "Verantwortungsorientierung" vermuten läßt (39% bei "Ein Beruf, bei dem man Nützliches für die Allgemeinheit tun kann").

Die Brauchbarkeit der verwendeten Operationalisierungskonzepte soll hier nicht näher thematisiert werden (vgl. PREISENDÖRFER 1983 a, S. 106 ff.).

- Der aktuellste ZUMA-ALLBUS aus dem Jahr 1982 (vgl. FN 3 in 2.1.1; Kap. 1.5. und 3.1.3.) zeigt, daß die Erwartung einer "sicheren Berufsstellung" - vermutlich im Gefolge der Beschäftigungskrise - zur absolut dominanten beruflichen Werterwartung wurde. Bei einer Wichtigkeitsskala von 1-7 wurde dem o.g. Indikator "viel Kontakt zu Menschen" mit 5,5 eine mittlere Position unter den 13 erfragten Anforderungen an berufliche Arbeit eingeräumt (alle Daten nach ebd., S. 153). In einer Faktorenanalyse der Befunde zu den verschiedenen

Berufswichtigkeitsmerkmalen kommt PREISENDÖRFER zum Ergebnis, daß die "soziale" Werterwartung an berufliche Arbeit "weitgehend unabhängig von der Verantwortungsorientierung erscheint" (ebd., S. 155).

Festzuhalten bleibt als ein Ertrag der Diskussion über die Unterscheidung von Hausarbeit und beruflicher, auf dem Arbeitsmarkt getauschten Arbeit, der Fragestellungen zur hypothetischen Erklärung der Arbeitslosigkeit (vgl. nächsten Abschnitt) zugrundegelegt werden kann:

Mit der beruflichen, für den Arbeitsmarkt geleisteten Arbeit sind der Möglichkeit nach bestimmte Orientierungen zur Arbeit verbunden, die sie idealtypisch gegenüber der Reproduktionsarbeit innerhalb der Familie auszeichnen.

In dieser Arbeit wird im Anschluß an die o.g. empirischen Befunde die Hypothese aufgestellt (vgl. zu ihrer Abstützung 4.4.5.), daß in den letzten Jahren für bestimmte Akteursgruppen, insbes. für marginale weibliche Erwerbspersonen, v.a. in Befragungsstudien Hinweise auf eine Arbeitsorientierung deutlich werden, die hier als Beschäftigungsorientierung bezeichnet werden soll. Die primäre Arbeitsmotivation besteht hier darin, durch die Teilnahme am Erwerbsleben und insbesondere an der informellen betrieblichen Struktur die immateriellen Gratifikationen der Beschäftigung auf sich zu ziehen. Selbstverständlich bedarf diese Hypothese, die nur für bestimmte Subgruppen der abhängigen Arbeitnehmer gelten soll, der empirischen Abstützung (vgl. Abschnitte 3.1. und 4.4.5.) und weiterer empirischer Forschung, die hier nicht möglich ist.

Die Möglichkeit einer solchen Diskrepanz von individuellen Orientierungen der Mitarbeiter und dem Zweck von Arbeitsorganisationen, das Interesse ihrer Kunden an qualitativ und preislich zufriedenstellenden Leistungen zu befriedigen, dürfte v.a. aus dem "Doppelcharakter" der Betriebe als Organisationen resultieren. (Vgl. BÜSCHGES 1983, S. 32). Da den Organisationen, damit auch den Großorganisationen der Arbeit, die die moderne Gesellschaft prägen (vgl. S. 286 ff.) "eine lebensräumliche Qualität zu (kommt) für alle jene Menschen, die sich nur in ihnen und durch sie verwirklichen können.." (ebd.), beziehen die individuellen Akteure ihre Organisationsrollen im arbeitsteiligen Betriebszusammenhang als "strategisches Feld"

(ebd., S. 121) auf ihre individuellen Orientierungen wie z.B. den Wunsch nach Kommunikation auch über die Erfordernisse der Arbeitsteilung hinaus. Damit kann die Qualität der Organisation als "Lebensraum" "...jener widerstreiten,..., die aus der Zweckgerichtetheit organisatorischen Handelns resultiert." (ebd., S. 32). Dies hätte aber vermutlich Auswirkungen auf die erbrachte Arbeitsproduktivität und auf die Qualität der geleisteten Arbeit, damit auch auf das Bedürfnis (23), das sich auf das Arbeitsprodukt richtet.

Eine solche Arbeitsorientierung hat Auswirkungen auf die Qualität der geleisteten Arbeit: Sie wird angesichts des Mangels an zeitlicher Kontrolle der Arbeitsvorgänge in zunehmendem Maß von Freizeit durchgesetzt (vgl. auch Kap. 3.1.), was den Kauf von Arbeitsstunden durch private Unternehmen, die wegen steigender Kapitalintensität der Arbeitsplätze auf eine bestimmte Arbeitsproduktivität angewiesen sind, immer riskanter gestaltet. Arbeitsvernichtung durch Rationalisierung und Arbeitsverlagerung in Länder mit komparativen Kostenvorteilen sind nach diesem Denkansatz die Folgen, die hier allerdings nicht thematisiert werden sollen. Für die Bundesrepublik könnte diese Entwicklung aber anhand der Zeitreihen mehrerer Indikatoren für die angesprochenen theoretischen Variablen und ihrer Korrelationen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit aufgezeigt werden. Arbeitslosigkeit kann - wenn damit die zunehmende Dominanz nicht aufgabenverantwortlicher Orientierungen verbunden ist - demnach die Folge einer zunehmenden Vermarktung der Arbeit sein. Ob solche Wirkungen eintreten, ist jedoch nicht aus dem Begriff von Erwerbsarbeit resp. des Arbeitsmarkts deduzierbar. Eine vorläufige Antwort darauf bedarf der Einbeziehung historisch-empirischer Untersuchungen zur Ausdehnung der erwerbswirtschaftlichen Arbeit (3.3. und 3.4.) und zur Arbeitsorientierung und -motivation. Der letzte Aspekt kann hier nur am Rande behandelt werden (vgl. 4.4.5.).

-
- (23) Die Kategorie "Bedürfnis", die für die familiäre Arbeitsteilung noch relativ problemlos empirische Bedeutung hat, stellt mit zunehmenden Interdependenzen zwischen Produktion und Konsum ein idealtypisches Konstrukt dar, das mit dem am Gütermarkt monetär auftretenden Bedarf nur näherungsweise operationalisiert werden kann. Die Kategorie "Bedürfnis" wird gleichwohl im weiteren verwandt, um die strukturellen Gemeinsamkeiten von familiärer und beruflicher Arbeit zu verdeutlichen. Bedürfnis wird hier verstanden als ein hypothetischer (erschlossener) Mangelzustand, den ein Individuum zu überwinden sucht. - wozu sowohl physiologische Mangelzustände als auch gelernte, sekundäre Bedürfnisse zählen - und der mit dem Bestreben zur Beseitigung dieses Mangels verbunden ist.

1.4. Idealtypisierende Überlegungen zu einem differenzierten Begriff von Arbeitslosigkeit

In diesem Abschnitt wird analog zum Verfahren in 1.3. eine Typenbildung verschiedener Formen von Erwerbslosigkeit vorgeschlagen, die als heuristische Leitlinie bei der weiteren deskriptiven und theoretischen Analyse dient.

Zentral dafür ist zunächst die begriffliche Unterscheidung zwischen "Erwerbslosigkeit" und "Arbeitslosigkeit", die weniger auf die Ursachen abstellt, sondern auf die höchst unterschiedliche Bedeutung des statistischen Merkmals "registrierte Arbeitslosigkeit" für verschiedene Personengruppen.

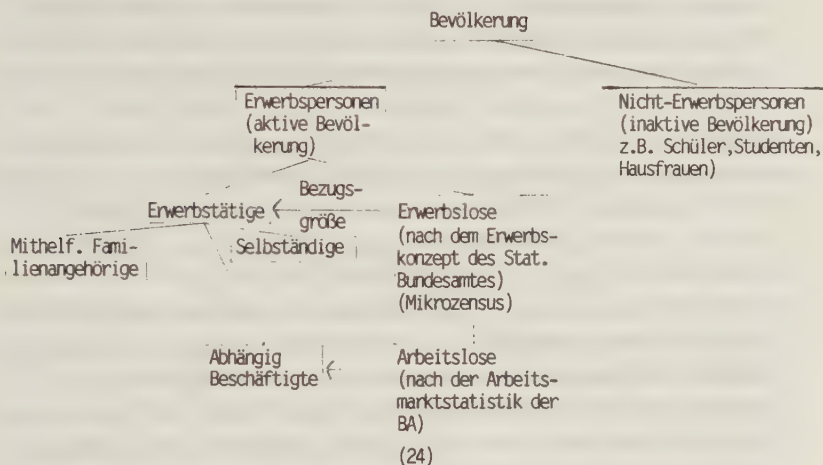
Die statistisch erfaßte Erwerbslosigkeit kann so in vielen Fällen nur ein verzerrter Ausdruck für eine Rückverschiebung von Arbeit in informelle Bereiche sein.

1.4.1. Die Unterscheidung von Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit als Konsequenz einer differenzierten Sichtweise der gesellschaftlichen Arbeit

Die Ausführungen über die Formen der Arbeit neben dem formellen Sektor der Erwerbstätigkeit sollten deutlich machen, daß die Kategorien der offiziellen Arbeitsamt- und Erwerbsstatistik (vgl. 2.1.) den Dualismus und die Formenvielfalt der Arbeit nur eingeschränkt und durch die kulturelle Normierung der Arbeit gefiltert wiedergeben.

Die Vielzahl der Arbeitsrollen in der Familie und im informellen Sektor (vgl. 1.5.), sowohl innerhalb der Untergrundwirtschaft (3.3.1.) als auch in der eigeninitiierten, bedürfnisorientierten Arbeit (3.3.2.) wird von der mit Arbeitslosigkeit befaßten öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion und Statistik gar nicht als Arbeit verstanden, sondern auf der Folie des kulturell geprägten Verständnisses der Erwerbstätigkeit als der sozial legitimierten Form von Arbeit negativ als Arbeitslosigkeit resp. Inaktivität gegenübergestellt.

Übersicht 1: Die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben
in der öffentlichen Statistik (Erwerbspersonenkonzept)



Unter die amtlich normierten und statistisch ausgewiesenen Rollen der Arbeits- resp. Erwerbslosigkeit zum einen, der inaktiven Bevölkerung zum anderen fallen aber alle Personen, die eine oder mehrere informelle Arbeitsrollen ausführen. Sie undifferenziert als arbeitslos resp. inaktiv zu kategorisieren, wird daher der Bedeutung der nicht-institutionalisierten Arbeit für ihre soziale Lebensstellung, für ihre Zeitverwendung und -strukturierung und ihr psychosoziales Befinden nicht gerecht.

Ebensowenig trifft die dazu parallel vorgenommene Dichotomisierung der Zeitverwendung (auch der Erwerbstätigen) in die Abschnitte "Arbeitszeit" und "Freizeit" zu, da wie in 1.3. ausgeführt, während der von Erwerbs-

(24) Zu den Kriterien der zwei amtlichen Definitionen für "erwerbslos" resp. "arbeitslos" vgl. Abschnitt 2.1.. Zum Erwerbspersonenkonzept vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 95.

tätigkeit "freien Zeit" in den Interaktionsbeziehungen der Primärgruppen resp. Selbstorganisationen immer auch Arbeit geleistet wird. Die Dichotomie von Arbeitszeit und Freizeit wird zudem in dem Maß obsolet, wie eine Verschiebung von bezahlter auf unbezahlte Arbeit im Haushalt stattfindet (25), d.h. die Erwerbsarbeit immer mehr mit Freizeit "durchsetzt" wird (vgl. 3.1.) und damit immer mehr unbezahlte Arbeit außerhalb der Institutionen der Erwerbsarbeit erzwungen wird.

Aufbauend auf die Unterscheidung der Arbeit in einen formellen und einen informellen Bereich (vgl. 1.5.) plädiere ich deshalb für die weitere Befassung mit der Arbeitsmarktkrise für eine Differenzierung zwischen dem sozialen Merkmal der Erwerbslosigkeit und der psychosozialen Lage der Arbeitslosigkeit.

Der Begriff Erwerbslosigkeit soll auf das mit Hilfe der amtlichen Statistiken erfaßbare Merkmal des Ausschlusses von Personen, die Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen und können, aus dem formellen Beschäftigungssystem abzielen (unabhängig davon, ob die Person vor dem Ausschluß erwerbstätig war oder nicht, und ob dieser freiwillig oder erzwungen erfolgte). Erwerbslosigkeit ist also durchaus mit der Ausführung von alternativen Arbeitsrollen vereinbar.

Dagegen soll mit dem Begriff Arbeitslosigkeit eine enger gefaßte soziale Lage bezeichnet werden, bei der die Nicht-Zugehörigkeit zum Erwerbsleben nicht durch alternative Arbeitsrollen kompensiert wird. Den letzteren Fall, in dem das Merkmal Arbeitslosigkeit tatsächlich die psychosoziale Identität des Betroffenen bestimmt, charakterisieren die in der Arbeitslosenliteratur umfassend diskutierten (26) psychosozialen Probleme, die

(25) Vgl. die Ausführungen in Abschnitt 3.3.3.

(26) Vgl. die Zusammenfassungen davon bei: KREUTZ/WUGGENIG 1978, meine Diplomarbeit 1980, den Sammelband KUTSCH/WISWEDE 1978b und die klassische Studie JAHODA/LAZARFELD/ZEISEL 1975 (1933) über die "Arbeitslosen von Marienthal".

aus dem ersatzlosen Verlust der identitätsstabilisierenden und sozial-integrativen Funktionen der Erwerbsarbeit bzw. aus deren Antizipation resultieren (27): Das Gefühl, überflüssig zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden, ist Ausdruck der sozialen Desintegration des aus den formellen und informellen Arbeitsrollen ausgeschlossenen Arbeitslosen und dominiert mehr oder weniger alle Lebensbereiche des Betroffenen. Es wirkt sich in Handlungslosigkeit, Apathie und Verfall der Zeitstrukturierung aus. Dieser Begriff zielt also zentral darauf ab, ob das Merkmal der Erwerbslosigkeit die soziale Position und psychische Befindlichkeit der "Betroffenen" charakterisiert.

Deshalb kann die mit den sozialstatistischen Methoden erfaßte soziale Lage der Erwerbslosigkeit danach differenziert werden, inwieweit die Wirkungen des Ausschlusses aus dem Erwerbsleben tatsächlich zentral für die psychosoziale Lage der Erwerbslosen sind. Unter den sozialstatistischen Begriff "Arbeitslosigkeit" wird also eine Vielzahl höchst heterogener Lebenssituationen subsumiert, die mit dem hier enger gefaßten, analytisch orientierten Begriff nur in Teilbereichen zusammenfallen.

-
- (27) Das Auftreten der genannten psychosozialen Belastungen bei Arbeitslosen berechtigt allerdings nicht zu der kausalen Interpretation, diese seien ausschließlich durch die soziale Lage der Arbeitslosigkeit hervorgebracht. KREUTZ hat wiederholt auf die psychische Antizipation der Arbeitslosigkeit noch während der Erwerbstätigkeit hingewiesen, die eine ähnliche emotionale Verunsicherung schafft, und solche Effekte auch empirisch bestätigen können (KREUTZ 1981b, S. 55 und für eine Population von Studenten WUGGENIG 1980, S. 38 ff.). Bei den arbeitslos Gewordenen sind die Wirkungen der sozialen Lage und ihrer Antizipation dann nur noch analytisch trennbar. Bei bestimmten Teilgruppen wie z.B. Jugendlichen wird die reale Gefährdung der Erwerbslosigkeit durch ihre Antizipation um ein Vielfaches übertrieben: "Daher entspricht einer realen Arbeitslosenquote von ca. 5% ein Anteil von über 50%, die mit einer zeitweisen Arbeitslosigkeit allen Ernstes rechnen" (KREUTZ 1980a, S. 1). Eine Rückwirkung solcher Antizipationseffekte angesichts erschwelter Berufskarrieren auf die Identifikation mit der eigenen Erwerbsarbeit (KREUTZ 1981b, S. 55) und damit auf die Entstehung von Erwerbslosigkeit scheint ebenfalls möglich und wird in Schema 1 angedeutet.

Schon JAHODA, LAZARSELD und ZEISEL haben in ihrer methodisch immer noch vorbildlichen soziographischen Studie über die "Arbeitslosen von Marienthal" entscheidende Differenzen in der Verarbeitung der Erwerbslosigkeit durch die Betroffenen je nach der Zentralität der Erwerbsarbeitsrolle empirisch bestätigen können (28). Darauf aufbauend schlagen sie eine Unterscheidung zwischen Verdienstlosigkeit und Arbeitslosigkeit vor (der Begriff Verdienstlosigkeit trifft den im Zitat umschriebenen Sachverhalt allerdings nicht genau):

"...denn die Frauen sind nur verdienstlos, nicht arbeitslos im strengsten Wortsinn geworden. Sie haben den Haushalt zu führen, der ihren Tag ausfüllt. Ihre Arbeit ist in einem festen Sinnzusammenhang, mit vielen Orientierungspunkten, Funktionen und Verpflichtungen zur Regelmäßigkeit. Wie anders der Tag der Frauen verläuft als der der Männer..." (JAHODA et al. 1960, S. 76)

Die Dichotomie Verdienst- und Arbeitslosigkeit entspricht der von mir intendierten Unterscheidung Erwerbs- und Arbeitslosigkeit. Empirische Befunde aus aktuellen Arbeitslosenstudien bestätigen die Bedeutung der Verfügbarkeit von alternativen Arbeitsrollen für die psychosoziale Lage:

"Demgegenüber zeigen sich leichte Veränderungen im subjektiven gesundheitlichen Befinden bei denjenigen Befragten, deren Erwerbsstatus sich im Beobachtungszeitraum verändert hat: Die deutlichsten Veränderungen diesbezüglich weisen die 'erneut Arbeitslosen' und die in die Hausfrauentätigkeit übergewechselten arbeitslosen Frauen auf. Während sich bei ersteren das durchschnittliche gesundheitliche Befinden mit dem Eintritt in erneute Arbeitslosigkeit deutlich verschlechtert, zeichnet sich bei letzteren mit dem Übergang in die Hausfrauenrolle eher eine Verbesserung ab, welche sich mit anhaltender Dauer der Hausfrauentätigkeit und zunehmender Entfernung vom Arbeitsleben und Arbeitslosigkeit fortsetzt"(H.v.m.), (BUCHTEMANN/v. ROSENBLADT 1981, S. 33).

So fassen BUCHTEMANN und v. ROSENBLADT die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Februar und November 1978 von einer "Abgängerstichprobe" von 971 Personen zusammen. Ähnliches stellte schon die repräsentative Arbeitslosenbefragung des IAB aus dem Jahr 1975 fest (vgl. BRINKMANN 1976, S. 402). Auch für ältere Arbeitslose mit der kulturell definierten Alternativrolle eines Frührentners sind dort geringe psychosoziale Belastungen belegt.

(28) Vgl. kritisch dazu meine Diplomarbeit 1980, S. 30-35.

Folgt man den Grundannahmen der mentalen Inkongruenztheorie (TAZELAAR/WIPPLER 1982, S. 2c ff.) wird Unzufriedenheit, die subjektive Folge mentaler Inkongruenzen, nur dann auftreten, wenn ein Standard vorliegt, der den Wunsch nach Teilnahme am Arbeitsprozeß beinhaltet.

Dies muß für einige Gruppen von Arbeitslosen aber in Frage gestellt werden; hier seien nur einige Hinweise darauf gegeben.

Die Stärke der primären Inkongruenz zwischen dem Standard, am Arbeitsprozeß teilnehmen zu wollen und der Erfahrung der Arbeitslosigkeit, damit die Intensität der Arbeitssuche und bei dessen Scheitern die Perzeption von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit wird entscheidend davon abhängen, ob alternative Arbeitsrollen zur Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen oder nicht. Hier sind vorrangig die o.g. zwei Gruppen zu nennen:

- Ältere Arbeitslose: Ein Großteil der sog. Massenentlassungen wurde über die Ausnützung der natürlichen Fluktuation durchgeführt. In der Statistik taucht diese Gruppe als arbeitslos auf, obwohl sie nur noch zu einem geringen Teil als arbeitssuchend auftreten dürfte.
- Wie für diese Gruppe kann auch für einen Großteil der arbeitslosen verheirateten Frauen vermutet werden, daß zur beruflichen Arbeit alternative Rollendipositionen von reproduktionsbezogener Arbeit und damit ein Sozialkontext zur Verfügung stehen, die deren strukturelle Lage weit treffender charakterisieren als das amtliche Prädikat "arbeitslos" (vgl. 4.4.1. und HEINEMANN 1980).

Das Ungleichgewicht zwischen Standard der Teilnahme am Erwerbsleben und der Perzeption des aktuellen sozialen Status wird so nicht immer als handlungsmotivierend erlebt: Die Arbeitslosen können je nach subjektiver Stärke der Tendenz zur Wiederherstellung des Gleichgewichts mit unterschiedlicher Intensität versuchen, der verschärften Konkurrenz mit anderen Arbeitsplatzbewerbern durch Spezialisierung zu entgehen, d.h. durch Erwerb neuer Qualifikationen, die ihre Konkurrenten nicht in der Weise besitzen. Alle Wiederbeschäftigungsbemühungen, bei denen die Arbeitslosen Konzessionen an den beruflichen Status etc. machen resp. berufliche Umschulungs- und Förderungsmaßnahmen absolvieren, wären darunter zu rechnen (Zur empirischen Untersuchung der Wiederbeschäftigungsbemühungen vgl. meine Diplomarbeit 1980, S. 143-151).

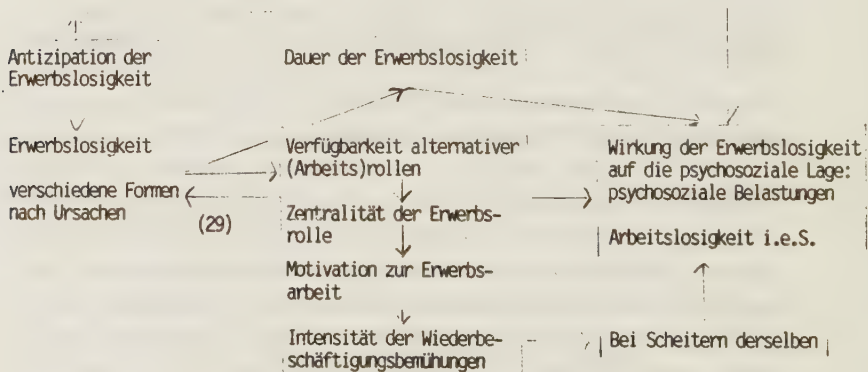
Was bisher für das Beispiel der durch familiale Arbeit weiterhin aktiven und damit sozial integrierten Frauen ausgeführt wurde, kann in ähnlicher Weise auch für andere zur Erwerbsarbeit komplementäre und alternative informelle Arbeitsrollen gelten. So vermuten KREUTZ et al. 1981a, daß durch die Ausführung von Arbeit in alternativen Projekten bei Erwerbslosen

"...die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit... zum Beispiel Passivität, Kontaktschwierigkeiten, Störungen des Selbstwertgefühls u.a. nachgewiesenermaßen auftretende Folgeerscheinungen zumindest vermindert werden... Andererseits kann durchaus angenommen werden, daß viele Arbeitslose, die Arbeitslosengeld, bzw. -hilfe beziehen, in alternativen Projekten mitarbeiten...und dort unter Umständen wertvolle Dienstleistungen v.a. im sozialen Bereich vollbringen" (KREUTZ et al. 1981a, S. 367).

In seiner Grobstruktur läßt sich der Zusammenhang zwischen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit wie im Schema 1 darstellen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die mit der Erwerbslosigkeit verbundenen psychosozialen Belastungen in erheblichem Grad streuen. Dem kaum merkbaren Wechsel bei kurzfristig Such- und Fluktuationsarbeitslosen (vgl. 1.4.2.) steht die Lage von Dauerarbeitslosen gegenüber.

Schema 1: Schematische Darstellung des Zusammenhangs von Erwerbs- und Arbeitslosigkeit



(29) Diese Wirkrichtung symbolisiert eine der zentralen Annahmen dieser Arbeit: die Bedeutung der Arbeitsorientierung als Einflußgröße für die Entstehung von Arbeitslosigkeit. (vgl. S. 52 f.)

Die hier vorgeschlagene Differenzierung zwischen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit ist nicht identisch mit der in den zwei Erhebungsmethoden des sozialstatistischen Merkmals Erwerbslosigkeit in der amtlichen Statistik (vgl. 2.1. und Übersicht 4), die beide nicht auf die psychosozialen Wirkungen der Erwerbslosigkeit abstellen (und damit auf den hier eingeführten Begriff "Arbeitslosigkeit"), sondern auf mit Hilfe von massenstatistischen Erhebungsinstrumenten erfaßbare objektive Indikatoren.

Wenn im Fortgang der Arbeit der Begriff "Arbeitslosigkeit" zuweilen trotzdem synonym zu "Erwerbslosigkeit" und dichotom zu "Arbeitslosigkeit im engeren Sinn" verwendet wird, weil der in der volkswirtschaftlichen und arbeitsmarkttheoretischen Diskussion meist zur Bezeichnung der hier gemeinten Erwerbslosigkeit verwendete Begriff "Arbeitslosigkeit" aufgegriffen wird, geht der veränderte Bedeutungsinhalt aus dem Kontext hervor oder wird kenntlich gemacht.

Was hier intendiert ist, ist ja nicht die Einführung neuer Worthülsen, sondern die Differenzierung der zwei sozialen Sachverhalte, die in der politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Diskussion fast immer vermischt werden.

1.4.2. Ein Vorschlag zur Typologie verschiedener Formen von Erwerbslosigkeit auf Grundlage von DURKHEIMS "anormalen Formen der Arbeitsteilung"

Typologien des makrosozialen Phänomens "Erwerbslosigkeit", die auf die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen abstellen, gibt es in den volkswirtschaftlichen und arbeitsmarkttheoretischen Teildisziplinen in großer Anzahl und Vielfalt (vgl. NEUHAUSER 1978, S. 9 ff.; HAMM 1978, S. 69 ff.; BRINKMANN 1980/2, S. 213 ff.; SCHMID 1980, S. 30 ff.; etc.pp.). Zumeist unterscheiden sie Arbeitslosigkeit - der Begriff wird in diesem Abschnitt wie die oben definierte Erwerbslosigkeit verwendet - nach den vermuteten Ursachen in Friktions-, Fluktuations-, saisonale, konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit. Die traditionelle Typologie wurde in der Literatur mehrfach nach ihrer Aussagefähigkeit kritisiert (vgl. SCHMID 1980, S. 4 ff.); für die Einordnung dieser theoretischen "Richtung" wird verwiesen auf Abschnitt 1.2.4.

Stellte die im letzten Abschnitt getroffene Unterscheidung auf die Bedeutung der Erwerbslosigkeit für den individuellen psychosozialen Status je nach Zentralität der Erwerbsarbeits-Rolle ab, soll nun das makrostrukturelle Phänomen der Ausgliederung von Personen aus der Erwerbsarbeit hinsichtlich seiner Entstehungsbedingungen und damit seiner strukturellen Funktion oder Dysfunktion für die soziale Arbeitsteilung (vgl. 1.3.1.1.) differenziert werden. Die nachfolgende Typologie, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, ist bewußt stichwortartig abgefaßt; für die Ausführung der einzelnen Formen wird auf die entsprechenden Kapitel verwiesen, in denen auch Operationalisierungskonzepte diskutiert werden.

1.1. Fluktuationserwerbslosigkeit (vgl. 2.4. und 2.5.)

Sie stellt die typische, für das Funktionieren einer im ständigen Strukturwandel befindlichen, marktwirtschaftlich organisierten Arbeitsteilung unerläßliche funktionale Form von Erwerbslosigkeit dar (vgl. KREUTZ 1979, S. 52; BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT 1977, S. 12 ff.). Die Kategorie erscheint trennschärfer als die häufig inhaltsleer verwendete "strukturelle Arbeitslosigkeit" (vgl. BRINKMANN 1981/2, S. 222). Sie ist ebenfalls von dem Begriff "Strukturierung der Arbeitslosigkeit" zu unterscheiden, den ich im Folgenden verwende, wenn das Gewicht oder die Anteile bestimmter Personengruppen an der Gesamtheit der Arbeitslosen zur Debatte stehen. Wandlungen in der Zuordnung von Arbeitskräften zu Arbeitsaufgaben gehören zu den normalen und ständigen Erscheinungen einer Volkswirtschaft deswegen, weil die Rahmen- oder Umweltbedingungen wie etwa die Ressourcenausstattung, die Bedürfnisse, das technische Wissen etc. in ständigem Wandel begriffen sind. Aus der Diskrepanz zwischen traditioneller Struktur der Arbeitsteilung und verändertem Datenkranz entstehen Spannungen, die das Beschäftigungssystem durch die - meist nur kurzfristige - Reallokation von Arbeitenden auf neue Aufgaben löst (30).

(30) entfällt

Diese Form der Erwerbslosigkeit äußert sich als besondere Betroffenheit einzelner Wirtschaftszweige, Berufe und Regionen von Beschäftigungsschwierigkeiten, d.h. als strukturbedingtes Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt.

Das klassische Beispiel für den sektoralen Strukturwandel ist, daß im primären Sektor, d.h. vor allem in der Landwirtschaft, in den vergangenen drei Jahrzehnten Millionen Erwerbstätige freigesetzt wurden (vgl. 3.2.), die von der Industrie und dem Dienstleistungssektor absorbiert werden mußten, was auch lange Zeit aufgrund der Expansion dieser Branchen möglich war, im letzten Jahrzehnt aber zunehmend auf Grenzen der Vermarktung weiterer Arbeitsaufgaben trifft (vgl. 3.3.3.).

BÜSCHGES 1984 (S. 7) weist darauf hin, daß im Gefolge technologischer Innovationen zur Bewältigung des o.g. Strukturwandels durch die Betriebe eine "Umschichtung der Anforderungsprofile und Qualifikationsmuster" stattfindet, die mit Fluktuationserwerbslosigkeit für die Träger obsolet gewordener Qualifikationen verbunden ist (vgl. 2.4.).

Dies ist bereits ein Hinweis darauf, daß Ausmaß und Dauer dieser Form der Arbeitslosigkeit prinzipiell von der Mobilität der Arbeitskräfte im weitesten Sinn abhängig sind, also von ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, zwischen einzelnen Teilarbeitsmärkten zu wechseln, aber auch von den institutionellen Bedingungen dafür (vgl. SENGENBERGER 1975 und 4.4.4.).

Wenn sich die Wirtschaftsstruktur wandelt, können sich z.B. durch technische Neuerungen veränderte Qualifikationsanforderungen ergeben. Das Flexibilitätspotential wirkt als Regulativ, das verhindern kann, daß Arbeitsplätze unbesetzt bleiben. Ein Qualifikationsprofil drückt immer auch die Fähigkeit eines Arbeitnehmers aus, verschiedene Tätigkeiten auszuüben (z.B. kann ein Schlosser ohne längere Umschulung den Arbeitsplatz eines Mechanikers einnehmen).

Der Grad an Flexibilität ist strategisch unter den Bedingungen des Arbeitsmarktes veränderbar. Arbeitskräfte können sich zu größerer Mobilität angesichts geringer Arbeitsmarktchancen gezwungen sehen bzw. eine Situation der Arbeitskräfteknappheit zum "beruflichen Aufstieg" nutzen, indem sie Weiterbildungsmaßnahmen betreiben usw. Generell kann gesagt werden, daß Qualifikationen mit geringen Flexibilitätsspielräumen für ihre Besitzer einen Risikofaktor für die Gefährdung durch Arbeitslosigkeit darstellen.

1.2. Erwerbslosigkeit aufgrund von motivationalen Defiziten (vgl. 2.5.2.)

Die letzten Überlegungen führen auf eine Form der Erwerbslosigkeit, die auf subjektive Defizite der Betroffenen verweist, die zu ihrer marginalen Position im Beschäftigungssystem führen.

Eine für die bundesdeutsche Arbeitsmarktdiskussion wichtige Hypothese besagt, daß bestimmte Dispositionen der arbeitslosen Personen (eines dieser Merkmale ist die schon oben behandelte mangelnde Mobilität) deren schlechte Position auf dem Arbeitsmarkt begründen und somit verantwortlich für die Arbeitslosigkeit sind. Dabei werden in erster Linie Qualifikations- und Sozialisationsdefizite (vgl. auch WUGGENIG 1979) genannt. Belegt werden kann diese These mit der überdurchschnittlichen Betroffenheit der entsprechenden Personengruppen von Arbeitslosigkeit. (Vgl. ANBA 1983/3, S. 159)

Zwar ist die Strukturierung der Arbeitslosigkeit, d.h. ihre steigende Konzentration auf wenige Personengruppen, nicht von der Hand zu weisen, doch liegt ein logischer Fehlschluß vor, wenn die subjektiven Defizite allein den Grund für den Mangel an Arbeitsstellen abgeben sollen. Die genannten "Mängel" können auch in bestimmten Fällen nur darüber entscheiden, wem der Verlust eines Arbeitsplatzes zufällt, der aufgrund von Fehlleistungen des Beschäftigungssystems oder aufgrund eines gesamtwirtschaftlich funktionalen Strukturwandels am Arbeitsmarkt eingetreten sein kann.

Auf der anderen Seite ist - wie etwa die Diskussion um die schichten-spezifische Sozialisation zeigt - an der Ausbildung von solchen defizitären Individualmerkmalen in der individuellen Lebensgeschichte eine Vielzahl von restriktiv wirkenden Bedingungen in Familie, Schule und Betrieb beteiligt gewesen.

Vielfach äußert sich die Marginalität im Erwerbsstatus in wiederholter Mehrfach-Arbeitslosigkeit (vgl. 2.5.2.), was von amerikanischen Arbeitsmarktforschern als "Driften" zwischen Erwerbstätigkeit und informellen Arbeitsrollen interpretiert wurde, insofern nicht normativ abwertend zu behandeln ist.

1.3. Die Sucherwerbslosigkeit (vgl. 2.5.3.)

Auf diese ebenfalls mehr oder minder freiwillig gewählte Form der Erwerbslosigkeit (vgl. 2.1.2.2.3. und 2.5.3.) stellen insbesondere die "Job-Search-Theorien" ab (vgl. SCHMIDTBERG 1981, S. 44 ff.), Weiterentwicklungen des neoklassischen Grundmodells von der Wahl-freiheit des Individuums.

- Der Arbeitssuchende wählt demnach freiwillig den Arbeitslosenstatus, um auf dem heterogenen Arbeitsmarkt mit geringer Transparenz Informationen über alternative Arbeitsmöglichkeiten und Lohnhöhen zu gewinnen.
- Der Prozeß der Informationsbeschaffung erfordert Zeit und verursacht direkte Kosten und Opportunitätskosten in Form entgangener Einkommen abzüglich eventueller Alternativeinkommen, z.B. aus der Arbeitslosenversicherung.

Die Länge der freiwillig oder in Kauf genommenen Suchzeiten (vgl. 2.5.3.) hängt demnach ab vom institutionell gewährleisteten Grad an Arbeitsmarkttransparenz und der Höhe der Ertragsausfälle, insofern auch wesentlich von der sozialstaatlichen Absicherung. Ohne hier die Prämissen dieses individualistischen Ansatzes zu teilen (vgl. 1.2.4), kommt dieser Form auch in der heutigen Massen-Erwerbslosigkeit ein gewichtiger Anteil zu, der durch die statische Perspektive oft unterschätzt wird (vgl. 2.5.).

1.4. Ungleichgewicht zwischen demographisch bedingtem Wachstum der Erwerbsbevölkerung und Arbeitsplatzmöglichkeiten

Dieses Ungleichgewicht kann, wie die empirische Analyse für die Bundesrepublik zeigt (vgl. Kap. 2. und 4.1.-4.3.), zu wesentlichen Anteilen auf ein demographisch bedingtes Wachstum der Erwerbsbevölkerung über die Arbeitsplatzmöglichkeiten hinaus bedingt sein.

1.4.2.2. Die "anormalen Formen der Arbeitsteilung"

Gingen die bisher skizzierten Typen in einer idealtypisierenden Gegenüberstellung auf strukturell notwendige Veränderungen im Beschäftigungssystem resp. auf primär individuelle Handlungsdispositionen und Motivationen zurück oder aber auch auf ein übermäßiges demographisches Wachstum der Erwerbsbevölkerung, sollen nun unter Zugrundelegung der DURKHEIM'schen Typisierung der "anormalen Formen der Arbeitsteilung" (1977, S. 395-430) die Formen abstrahierend dargestellt werden, die dem in Kap. 2. diagnostizierten Ungleichgewicht zwischen Ansprüchen an das und Möglichkeiten des Beschäftigungssystems zugrunde liegen können.

2.1. Eine erste "anomische Form"

Eine im DURKHEIM'schen Bezugsrahmen anomische Form liegt vor, wenn das vermehrte Angebot an Erwerbsarbeit nicht auf das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung, sondern auf deren Verhaltensänderungen zurückgeht (vgl. 4.4.). Diesen gewachsenen Ansprüchen auf Erwerbsarbeitsplätzen stehen auf der anderen Seite restriktive Realisierungsmöglichkeiten gegenüber (vgl. Kap. 2.), die durch die erhöhte Erwerbsbeteiligung noch verschärft werden. In diesem Fall liegt ein Beispiel für "nicht-logische-Handlungen" - in der Paretianischen Terminologie (vgl. BOUDON 1980, S. 14 f.) - vor, d.h. für Handlungen, in denen subjektiv gewünschte und objektiv mögliche Zielorientierungen in Diskrepanz stehen (vgl. 4.4.4.1.). Hier zeigt sich die Bedeutung des bereits diskutierten Effekts der nicht-antizipierten sozialen Folgen absichtsvoller Handlungen.

Solche Fehleinschätzungen der Handlungssituation können also auch durch die zugrundeliegenden Interaktionssysteme selbst generiert werden und DURKHEIM's Analyse der Anomie (v.a. in: Le Suicide, 1897) ist eine Ausführung dieses Zusammenhangs (vgl. RAUB 1984, S. 198 ff.).

In den modernen arbeitsteiligen Gesellschaften mit organischer Solidarität ergibt sich ein neues soziales "Problem" daraus, daß die Beziehung von Individuum und Gesellschaft nicht so direkt ist wie in den primitiven Gesellschaften, sondern vielmehr über das Individualbewußtsein vermittelt ist. Die enge Verknüpfung von Sozialem und Individuellem geht dadurch verloren, beide Bereiche können auseinandertreten. Diese Problematik führt DURKHEIM zu dem Begriff der 'Anomie'.

Erklärt werden soll damit - der am "anomischen Selbstmord" vermutete - Zusammenhang des Auseinandertretens von individuellen Ansprüchen und Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung. Ein "plötzliches Anwachsen von Macht und Reichtum" und die damit einhergehenden veränderten Lebensbedingungen haben aus DURKHEIMS Sicht zur Folge, daß

"...das Modell, an dem sich die Bedürfnisse orientieren, nicht mehr das gleiche bleiben (kann; W.R.); denn es wandelt sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, da es ja den Anteil bestimmt, der einer jeden Gruppe von Produzenten zukommt. Die Hierarchie ist in Unordnung geraten, andererseits kann man eine neue nicht improvisieren. Es braucht Zeit, für Menschen und Dinge nach den geltenden Begriffen eine andere Rangordnung zu schaffen. So lange die so freigesetzten sozialen Kräfte nicht ihr Gleichgewicht gefunden haben, bleibt ihr jeweiliger Wert unbestimmt und für eine Zeitlang ist dann jede Regelung mangelhaft. Man weiß nicht mehr, was möglich ist und was nicht, was noch und was nicht mehr angemessen erscheint, welche Ansprüche und Erwartungen erlaubt sind und welche über das Maß hinausgehen. Es gibt dann nichts mehr, worauf man nicht Anspruch erhebt" (DURKHEIM 1973 zit. nach RAUB 1984, S. 199).

In diesem Sinn kann eine solche Gesellschaftsstruktur als "Struktur mit Frustrationseffekt" (vgl. BOUDON 1980, S. 100) verstanden werden: Sie "lockt die sozialen Agenten in eine Art soziale Falle hinein" (ebd.), indem sie die individuellen Ansprüche auf sozialen Aufstieg - und hier v.a. auf Teilnahme am Erwerbsleben - erhöht (vgl. 4.4.5.) - mit der Folge, daß die Ansprüche auf Erwerbsarbeit immer unrealistischer werden. Als vermittelndes "Bindeglied" ist dabei die kulturelle Wertorientierung zur Erwerbsarbeit anzusehen.

2.2. Erwerbslosigkeit als Ausdruck einer "anomischen Arbeitsteilung"

Mit der in 1.3. getroffenen Differenzierung verschiedener Arbeitsformen wurde zugleich eine leitende Fragestellung für die Hypothesen zur Entstehung von Arbeitslosigkeit angegeben. Die verschiedenen Formen innerhalb der sozialen Arbeitsteilung wurden nämlich nach dem Gesichtspunkt unterschieden, inwieweit die für sie idealtypisch gültigen Muster der Aufgaben- und Bedürfnisorientierung die Entstehung von Arbeitslosigkeit über sozial wertlose Arbeit, d.h. über ein Auseinanderfallen von Arbeit und "Bedürfnis" verhindern oder möglich machen (31).

Arbeitsteilung in DURKHEIMs Sinne bedeutet keinesfalls eine beliebige Form der Differenzierung und Spezialisierung, sondern Teilung der gemeinsamen gesellschaftlichen Funktion. Eine Funktion ist dabei eine Tätigkeit oder eine Gesamtheit von Tätigkeiten, die sich durch soziale Nützlichkeit und damit einen prinzipiell positiven sozialen Wert auszeichnet.

Nach DURKHEIM bestimmt sich der soziale Wert eines Produkts und der Arbeit aus

- dem Ausmaß der Anstrengung des Produzenten
- der Intensität der zu befriedigenden Bedürfnisse und
- der erwarteten Tauglichkeit für die Bedürfnisbefriedigung, g.h. auch der Qualität des Arbeitsprodukts.

"Dans une société donnée, chaque objet d'échange a, à chaque moment, une valeur déterminée que l'on pourrait appeler sa valeur sociale. Elle représente la quantité de travail utile qu'il contient; il faut entendre par là, non le travail intégral qu'il a pu couvrir, mais la part de cette énergie susceptible de produire des effets sociaux utiles, c'est-à-dire qui répondent à des besoins normaux. Quoique une telle grandeur ne puisse être calculée mathématiquement, elle n'en est pas moins réelle. On aperçoit même facilement les principales conditions en fonction desquelles elle varie; c'est, avant tout, la somme d'efforts nécessaires à la production de l'objet, l'intensité des besoins qu'il satisfait, et enfin l'étendue de la satisfaction qu'il y apporte" (DURKHEIM 1922, S. 376).

(31) Vgl. FN zu "Bedürfnis" in 1.3.1.4.

Geht man dem Ansatz von DURKHEIM 1922 (S. 376) folgend (vgl. auch KREUTZ 1979, S. 45) im Gegensatz zur Arbeitswerttheorie von dieser doppelten Bestimmung des sozialen Werts der geleisteten Arbeit nach Leistung des Produzenten und Nutzen für den Konsumenten aus, so kann Arbeitslosigkeit aufgrund sozial wertloser Arbeit auch durch beide Seiten zustandekommen. Inwieweit eine bestimmte Art Arbeit produktiv war und so ein Bedürfnis zu befriedigen imstande ist, bestimmt sich also sowohl nach dem Grad der Aufgabenorientierung des Arbeitenden als auch nach dem Grad der Bedürfnisorientierung der Arbeit. In dem Fall der für Gütermärkte geleisteten großbetrieblichen Erwerbsarbeit wird die Produktivität der Arbeit unter normalen Bedingungen am Markt durch den Preis gemessen und über die Sanktionen besserer und schlechterer Marktabsatz- und Gewinnchancen vermittelt hergestellt (32). Im Fall anom ischer Arbeitsteilung kommt es zu Störungen dieser Koordinationsfunktion des Markts (vgl. auch WIPPLER 1978, S. 166) oder zu Fehlleistungen der institutionalisierten Erwerbsarbeit.

Industrielle Krisen stellen so für DURKHEIM einen Beleg dafür dar, daß bestimmte soziale Funktionen nicht mehr aufeinander abgestimmt sind, so daß Unternehmen für ihre Produkte keine Nachfrage mehr finden und Arbeitskräfte aus dem System der Arbeitsteilung ausgeschlossen werden (DURKHEIM 1977, S. 411 ff.).

Hier liegt also eine Existenzbedingung für organische Solidarität nicht vor: Eine genügend entwickelte Regelung, die die Beziehungen der Funktionen innerhalb der Arbeitsteilung bestimmt. Inhalt dieser Regelung - so läßt sich aus den genannten DURKHEIMschen Ausführungen folgern - ist aber die Abstimmung des Einsatzes der gesellschaftlichen Arbeit auf die Verwendungsweisen, die von dem sich auf den Gütermärkten artikulierenden gesellschaftlichen Bedürfnis her gewünscht werden.

Im Gegensatz zu familialer Arbeit also zeichnet außerhäusliche, großbetrieblich organisierte Arbeit, die für anonyme Absatzmärkte geleistet wird (bei WEBER der Typus der Verkehrswirtschaft und kapitalmäßiger Rechnungs- und Betriebsführung) unter bestimmten anormalen Bedingungen die Möglichkeit von anom ischer Arbeitsteilung aus, d.h. eines Auseinanderfallens von Arbeit und Bedürfnis (vgl. DURKHEIM 1977, S. 396 ff.), von sozial wertloser

(32) Vgl. dazu die Ausführungen von A. SMITH über die "unsichtbare Hand des Markts" und in seinem Gefolge die Theorien der Nationalökonomie über die Koordinationsfunktion des Gleichgewichtspreises auf Gütermärkten.

Arbeit also, der dadurch die Grundlage entzogen wird, so daß sie (langfristig) vernichtet wird.

"Daraus folgt, daß jede Industrie für Verbraucher erzeugt, die über das ganze Land oder sogar über die ganze Welt verstreut sind. Dann besteht kein genügender Kontakt mehr. Der Erzeuger kann den Markt nicht mehr überschauen, nicht einmal gedanklich umfassen. Er kann sich nicht mehr die Grenzen vorstellen, da er sozusagen unbegrenzt ist. Dann fehlt der Produktion jeder Zügel und jede Regel. Sie tastet blind umher und im Lauf dieser Versuche tritt unweigerlich ein, daß das Maß bald in diesem und bald in jenem Sinn überschritten wird. Daher kommen jene Krisen, die periodisch die Wirtschaftsfunktionen stören. Die Zunahme der lokalen und begrenzten Krisen (nämlich die Konkurse) ist wahrscheinlich eine Wirkung dieser gleichen Ursache. In dem Maß, wie sich der Markt ausdehnt, erscheint die große Industrie".

"Diese neuen Bedingungen der Industriewelt verlangen natürlich eine neue Organisation" (DURKHEIM 1977, S. 412).

Die mit Erwerbsarbeit in großbetrieblicher Organisation gegebene Entkopplung von Arbeit und Bedürfnis beinhaltet also die Möglichkeit von gesellschaftlich sinnloser Arbeit. Bezugspunkt der Arbeit ist nicht mehr der empirisch bedürftige Mensch, wie in der Familie, sondern "generalisierte Bedürfnisse" von Aggregaten von Personen, die als "Marktlücke" gefaßt als Anlaß für eine Produktion genommen werden, die u.U. gar kein wirkliches Bedürfnis der Abnehmer trifft. Ob und inwieweit wirklich produktive Arbeit geleistet wurde, stellt sich dann erst ex post heraus, nachdem Waren nicht mehr abzusetzen sind und dies zu Produktionseinschränkungen zwingt. Die Entfernung der Erwerbsarbeit vom wirklichen Bedürfnis wird zusätzlich in dem Maß erlaubt und gefördert, wie diese durch spekulative Produktion auf Halde, d.h. Aufrechterhaltung einer vom Bedürfnis her sinnlosen Beschäftigung eine zeitlang kaschiert werden kann (vgl. 3.4. zum zunehmenden Anteil der für Beschäftigung (meist vom Staat und den Gewerkschaften) künstlich gestützten Arbeitsplätze .

Ob eine solche Emanzipation der Arbeit vom Bedürfnis eintritt, ist jedoch weder aus dem "Begriff" von Arbeit im Kapitalismus wie bei MARX (33), von Berufsarbeit oder von

(33) Vgl. die Behauptung einer Notwendigkeit der "Krise" im "Kapitalismus" bspw. bei MARX 1970, S. 457.

industriell-großbetrieblicher Arbeit deduzierbar. Die Frage bedarf empirischer Untersuchungen des Beschäftigungssystems mit der Fragestellung, an welchen Stellen in der Erwerbsarbeit und aus welchen Gründen statt produktiver Arbeit nur konsumtive Beschäftigung erfolgte, so daß Erwerbslosigkeit die Folge ist (vgl. 3.5. und 4.4.5.). Zentral dafür ist auch die Frage nach der entsprechenden Arbeitsorientierung.

Die möglichen Bedingungen für solche Fehlleistungen des Beschäftigungssystems, genauer: für unproduktive Arbeit sind äußerst vielfältig und von der Beschäftigungstheorie in verschiedenen Aspekten untersucht worden. Hier sollen deshalb nur zwei herausgegriffen werden:

Im DURKHEIM'schen Bezugsrahmen läßt sich die Entwicklung zur immer kürzeren Arbeitszeit (vgl. 3.1.), zum anderen zur hier nicht behandelten geringeren Arbeitsdichte pro Stunde als Tendenz zu einer anderen "pathologischen" Form der Arbeitsteilung, nämlich zur disfunktionalen Form der Arbeitsteilung im Betrieb (DURKHEIM 1977, S. 430 ff.) charakterisieren, als mangelnde Zuordnung von Funktionen im Betrieb (vgl. 3.1.2. zur Zunahme der disfunktionalen Teilung von Arbeitsplätzen).

Für die Gruppe der erwerbstätigen Frauen kann das effektiv angebotene Arbeitsvolumen und die Wirkungen auf die Arbeitsnachfrage von Unternehmen untersucht werden:

Kürzere Arbeitsdauer pro Woche (Teilzeitarbeit; 3.1.) und im Lebenszyklus, unterbrochene Phasenerwerbstätigkeit auf der einen Seite, kurze oder fehlende Berufsausbildung und Berufserfahrung (4.4.6.) auf der anderen Seite sowie ein überproportionaler Anteil von Fehlzeiten an den Soll-Zeiten - diese zeitlichen Beschränkungen des weiblichen Arbeitsvermögens ergeben sich v.a. aus dem Rollenkonflikt zw. Erwerbsarbeit und familialer Arbeit, d.h. aus dem Konflikt der verheirateten berufstätigen Frau und Mutter (4.4.6.). Sie konstituieren unter anderen Faktoren einen geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarkt für Frauen. Dieser als Bestandteil des sekundären Arbeitsmarktsegments, zeichnet sich v.a. durch ein erhöhtes Arbeitsmarktrisiko für Frauen aus: In diesem Fall wäre Erwerbslosigkeit das Resultat eines gestörten Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, ebenso wie im Fall des "anomistischen" Ansteigens der Erwerbsansprüche.

Ein wichtiges, auch in DURKHEIMS Zitat angesprochenes Kriterium für die Bedürfnisorientierung der betrieblich organisierten Arbeit ist die Betriebsgröße (vgl. 3.2.).

Soweit es sich um kleine Betriebe handelt, wie sie von selbständigen Kleinbauern und Handwerkern geführt werden, ist eine ähnliche Bedürfnisorientierung wie bei der Haus- und Familienwirtschaft anzunehmen: Produziert wird - abgesehen von Verzerrungen durch staatliche Eingriffe bzw. der Zuliefererproduktion für Großbetriebe - meist für einen kleinen überschaubaren Kreis von Kunden.

Im Fall von mittleren und Großbetrieben, die für anonyme Absatzmärkte produzieren, wird die Bedürfnisorientierung oder der soziale Nutzen der in ihr geleisteten Erwerbsarbeit außer von einer hinreichenden qualitativen Aufgabenerfüllung der abhängigen ausführenden Arbeit auch von bestimmten Leistungen der ökonomischen Elite abhängig, d.h. von ihren selbständigen Eigentümern und der sie ergänzenden disponierenden abhängigen Arbeit. Flexibilität und Innovation der Unternehmensführung müssen die Bedürfnisorientierung der von ihr abhängigen Erwerbsarbeit sicherstellen.

Die Bedeutung der qualitativen Zusammensetzung der ökonomischen Elite in "Rentiers" und "Spekulanten" für Innovationsfähigkeit und Bedürfnisorientierung von Erwerbsarbeit in Unternehmen

So scheint nicht nur hinsichtlich der Betriebsgröße eine Differenzierung innerhalb der erwerbsstatistischen Kategorie "Selbständige" angebracht, die keinesfalls eine in sich homogene Gruppe der "Kapitalisten" bilden, wie es z.B. bei OFFE 1977 (S. 24) in neomarxistischer Tradition nahegelegt wird.

Für meine Fragestellung, inwieweit eine bestimmte Arbeitsform die Potenz von Erwerbslosigkeit für ihren Träger in sich birgt resp. im Fall von Selbständigen für Fehlleistungen des Beschäftigungssystems

verantwortlich ist, erscheint die von PARETO (34) (und auch bei SCHUMPETER (35) ähnlich) vorgenommene Unterscheidung innerhalb der ökonomischen "Elite" zwischen "Rentiers" und "Spekulanten" geeignet. Wie unter allen Menschen gibt es für PARETO auch innerhalb der ökonomischen Elite diese zwei Typen von Handlungsdispositionen: Beim "kombinatorischen Typ" überwiegen "Residuen" (36) der "Kombination", d.h. Dispositionen zur Erneuerung, Veränderung und Spekulation.

Beim "persistenten Typ" überwiegen Residuen der "Persistenz der Aggre-gate", d.h. Handlungen auf Beibehaltung des jetzigen Zustands hin.

Dem entsprechen innerhalb der ökonomischen Elite

"die Spekulanten... 'deren Einkommen wesentlich variabel ist und von ihrer umsichtigen Gewandtheit im Auffinden von Verdienstquellen abhängt' und die Rentner ... 'deren Einkommen fix oder nahezu fix ist, das deshalb wenig von erfindungsreichen Kombinationen, die man sich einfallen lassen könnte, abhängt'" (PARETO's Traité §§ 2233-2234, zit. nach TOMMISSEN 1976, S. 221).

In seiner Theorie der "Zirkulation der Eliten" sieht PARETO im ständigen Wechsel ihrer Zusammensetzung von kombinatorischen zu persistenten Eliten eine historische Gesetzmäßigkeit. Wirtschaftliche Krisen bringen eine Veränderung der Proportionen innerhalb der Elite zugunsten der Rentiers bzw. des persistenten Handlungstyps mit sich.

Die Theorie von PARETO soll an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden. Die damit mögliche Unterscheidung von Typen von Selbständigen (die prinzipiell auch für beschäftigte Arbeitnehmer anwendbar ist) scheint jedoch als begrifflich-theoretischer Bezugsrahmen für eine weitere, hier nicht mögliche Analyse des Zusammenhangs der Produktion von Erwerbslosigkeit durch mangelnde Innovationsleistungen im Beschäftigungssystem und der Dominanz des persistenten Elements in der Unternehmerschaft (vgl. 3.2.4.2.) geeignet.

(34) PARETO's "Traité" zit. nach TOMMISSEN 1976 und KREUTZ/BOSS 1982, S. 490 ff.

(35) Vgl. SCHUMPETER 1950.

(36) "Residuen" nennt PARETO das Ensemble von sozial manifest gewordenen psychischen Konstanten, die das Handeln des Einzelnen bedingen und steuern.

Die qualitative Zusammensetzung der ökonomischen Elite ist natürlich mit den Kategorien und Erhebungsmethoden der amtlichen Sozialstatistik nicht unmittelbar zu erfassen. Die Annahme von Bürokratisierungstendenzen im Beschäftigungssystem ist folglich auf operational zugeordnete meßbare Variablen angewiesen (vgl. 3.2.4.2.).

2.3. Erwerbslosigkeit als Ausdruck einer "erzwungenen Arbeitsteilung"

Darin besteht ein letzter hier behandelter Typus der Erwerbslosigkeit, der in der weiteren Arbeit weitgehend ausgeklammert, deshalb an dieser Stelle am Beispiel der Marginalisierung ausländischer Erwerbspersonen ausgeführt werden soll.

Ihre Funktion für die soziale Integration erfüllt die Arbeitsteilung nach DURKHEIM nur, wenn sie nach dem Prinzip der Chancengleichheit resp. Leistungsgerechtigkeit geregelt ist. D.h.: Nur wenn der gesellschaftliche Platz, der jedem Arbeitenden im System der Position zukommt, ausschließlich von seiner Leistung, seinen Fähigkeiten und Neigungen bestimmt ist, vermag die Einbindung in die Arbeitsteilung das Gefühl der Zusammengehörigkeit hervorbringen. Wo nur mehr äußerer Zwang die Arbeitenden an ihre Funktion bindet, ist die Arbeitsteilung erzwungen und schafft keine organische Solidarität mehr (vgl. DURKHEIM 1977, 416 ff. und KREUTZ 1979, S. 39 ff.). Die Kategorie der "erzwungenen Arbeitsteilung" macht so bei DURKHEIM deutlich, daß die bloße Existenz von Regeln für die Arbeitsteilung allein nicht genügt, um die Gesellschaftsmitglieder zu integrieren: "Denn manchmal sind es die Regeln selbst, die die Ursache für das Übel sind" (1977, S. 416).

In diesem Sinn kann Erwerbslosigkeit als Ausdruck einer erzwungenen Arbeitsteilung angesehen werden, wenn ein Teil der Bevölkerung einem anderen, ohne daß dafür eine funktionale Notwendigkeit für die Arbeitsteilung vorliegen würde (vgl. den Typus 1.1.), den Ausschluß aus dem Beschäftigungssystem aufzwingt. Erwerbslosigkeit in diesem Sinn ist Ausdruck von sozialen Verteilungskämpfen um das zunehmend knappe Gut "Erwerbsarbeit" bzw. um die damit verbundenen sozialen Chancen und Gratifikationen.

Erzungen ist die Arbeitsteilung dann, wenn der Einzelne sich nicht nach seinen Kräften mit Aussicht auf Erfolg darum bemühen kann, eine von ihm gewünschte Position in der Arbeitsteilung, d.h. aber auch einen Arbeitsplatz zu erhalten, weil ein Teil der Bevölkerung einem anderen im Rahmen der Beschäftigungsmöglichkeiten

den Ausschluß aus der Arbeitsteilung aufzwingt. Wenn Gerechtigkeit im engeren Sinn bei DURKHEIM sich bezieht auf die Allokation von Individuen auf unterschiedlich attraktive Positionen innerhalb der Arbeitsteilung (ebd., S. 419), kann der Begriff hier auf die Verteilung von Arbeitsplätzen zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen erweitert werden.

M.E. greift die moderne Arbeitsmarkttheorie in ihren Segmentierungsansätzen des Arbeitsmarkts (vgl. die Zusammenfassung in 4.4.4.) eben diesen von DURKHEIM bereits 1893 beschriebenen sozialen Mechanismus in der Zuordnung von Arbeitsplätzen nach askriptiven Merkmalen und nicht nach Leistung auf.

"Quand le régime des castes a disparu juridiquement, il se survit à lui-même dans les mœurs, grâce à la persistance de certains préjugés, une certaine faveur s'attache aux uns, une certaine défaveur aux autres, qui est indépendante de leurs mérites. Enfin, alors même qu'il ne reste, pour ainsi dire, plus de trace de tous ces vestiges du passé, la transmission héréditaire de la richesse suffit à rendre très inégales les conditions extérieures dans lesquelles la lutte s'engage; car elle constitue au profit de quelques-uns des avantages qui ne correspondent pas nécessairement à leur valeur personnelle. Même aujourd'hui et chez les peuples les plus cultivés, il y a des carrières qui sont ou totalement fermées, ou plus difficiles aux déshérités de la fortune" (DURKHEIM 1922, S. 371 f.).

Empirisch ist der Strukturalisierungseffekt der Arbeitslosigkeit, v.a. in Phasen relativer Arbeitsmarkterholung (vgl. Kap. 2.3.) zu Lasten marginalisierter Gruppen von Erwerbspersonen (über Ausleseeffekte bei der Aus- und Einstellung) in verschiedenen Studien belegt (vgl. SCHMID 1980, SCHMIDTBERG 1981 und die Strukturanalysen des IAB).

So stellen sich Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt heraus, auf die sich die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit konzentriert: Frauen (vgl. 4.4.), niedrig qualifizierte Arbeitnehmer und immer mehr die "zweite Gastarbeitergeneration" und ältere Arbeitnehmer.

Als Resultat der verschärften Konkurrenz um die knapperen Arbeitsplätze kann im Unterschied zur verstärkten Spezialisierung, d.h. zum Erwerb neuer Qualifikationen bei funktionierender Arbeitsteilung (vgl. 1.3.1.3.) ein verstärkter Zusammenschluß der Beschäftigten untereinander gegen marginale Gruppen am Arbeitsmarkt erwartet werden. Dieser ist v.a. durch den Vorteil motiviert, der mit der Bildung von segmentierten Teilarbeitsmärkten und der Diskriminierung von Minoritäten, d.h. der Arbeitslosen im Verteilungsprozeß von Arbeit verbunden ist. Durch Vorenthalten von gleichen Chancen der (Wieder)beschäftigung und generelle soziale Segregation glauben die Arbeitsplatzbesitzer, ihren bedrohten sozialen Status in der Konkurrenz um Arbeitsplätze aufrechterhalten zu können (vgl. SCHMID 1980, S. 4 ff.).

Für die marginalisierten Gruppen kann man einen typischen Zusammenhang zwischen askriptiven Status- und Funktionszuschreibungen, geringem marktstrategischen Verteidigungspotential und daraus resultierender benachteiligter Arbeitsmarktlage konstatieren (vgl. auch KREUTZ/BOSS 1982).

Im theoretischen Konzept von Durkheim (vgl. 1977, S. 482) läßt sich eine solche Absicherung der Kerngruppen der Arbeitnehmerschaft vor Erwerbslosigkeit durch die "Bildung von Wir- und Fremdgruppen" (ebd.) mit der Logik der mechanischen Solidarität fassen. Wenn als Folge einer anomischen oder erzwungenen Arbeitsteilung mit der organischen Solidarität die Quelle der sozialen Integration zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung gefährdet ist, kommt es der Argumentation von DURKHEIM folgend (1977, S. 395 ff.) zu einer "Regression" auf eine Form des sozialen Zusammenhalts, wie sie für frühere Entwicklungsstufen einer weitgehend undifferenzierten Gesellschaft charakteristisch ist: die mechanische Solidarität, die Solidarität, die sich auf die Gleichheit oder Ähnlichkeit in gemeinsamen Merkmalen resp. Glaubensüberzeugungen und kollektiven Gefühlen gründet. Diese Form der sozialen Integration

ist nur möglich über die Betonung der Gleichheit von äußeren Merkmalen, die die Mitglieder einer "Wir-Gruppe" vor den Fremdgruppen auszeichnet. Wo der Zusammenhalt nicht mehr durch die komplementäre Zuordnung von Teilen eines Ganzen gesichert werden kann, muß die Erfindung von Feinden durch Stigmatisierung und deren Diskriminierung an die Stelle der organischen Solidarität treten (vgl. auch KREUTZ 1979).

Welche Gruppen marginalisiert werden, hängt neben deren Machtpotential und anderen Faktoren vor allem davon ab, auf welche Ursachen die Kerngruppen des Arbeitsmarktes die Arbeitslosigkeit attribuieren (vgl. KREUTZ/BOSS 1982, S. 495). Als Leitlinie für die Prozesse der Verantwortungsattribution kann angenommen werden, daß in einem weitgehend anonymen System, so wie es die Marktwirtschaft mit ihrer Pluralität von Entscheidungsträgern darstellt, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit von einem Subjekt auf das andere geschoben wird, bis sie am Ende an der Personengruppe hängenbleibt, die nicht mehr über die Macht verfügt, dieselbe weiter von sich abzuwälzen.

Technischer Fortschritt zum einen (vgl. 2.4.1.), Kapitalexport und Ausländerbeschäftigung zum anderen sind nun in verschiedenen empirischen Untersuchungen über die Rezeption und Kausalattribution der Arbeitsmarktlage durch die Bevölkerung und die betroffenen Arbeitslosen als zentrale Attributionsmuster nachgewiesen (vgl. BAHNMÜLLER 1977, GOLDBERG 1977, PINTAR 1978, HENTSCHEL 1977, S. 95; KREUTZ 1982, S. 485).

Eine solche Schuldzuweisung der Arbeitslosigkeit an die Ausländerbeschäftigung resp. den Arbeitsplatzexport kann - auch wenn sie in der tatsächlichen Entwicklung (vgl. 4.2.) empirische Indizien findet - im MANNHEIM'schen Sinn (vgl. KREUTZ 1983a) als ideologisch bezeichnet werden, weil sie von der internalen Attribuierung der Verantwortlichkeit auf etwaige eigene Defizite in Arbeitsorientierung o.ä. entlastet.

Die Analyse der Gründe des Ausländerzustroms macht nämlich deutlich, daß diese Prozesse nur eine Ausgleichsbewegung gegen eine asymmetrische Arbeitsplatz- und Wohlstandsverteilung im internationalen Maßstab darstellen.

Die Zuwanderung in die BRD ist Teil eines umfassenden Wanderungsstroms aus den südlichen Mittelmeerländern mit wachsender Erwerbsbevölkerung, hoher Arbeitslosigkeit und geringem Lebensstandard in die weiter entwickelten "nördlichen" Länder. Daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu beheben oder zumindest abzubauen wäre, indem der alte Verteilungszustand wiederhergestellt wird, ist nur für denjenigen eine zwingende Folgerung aus der empirischen Bestandsaufnahme, der an den Privilegien deutscher Arbeitnehmer im internationalen Beschäftigungssystem aus einer nationalistischen Orientierung heraus festhalten will. Dieser Orientierung zufolge soll die Bundesrepublik als eine Insel mit Bevölkerungsrückgang, zunehmender Kapitalausstattung und steigendem Lebensstandard gegen eine Umwelt mit wachsenden und ärmeren Bevölkerungen abgeschottet werden.

Die Diskriminierung der erwerbsfähigen Bewohner aus diesen Ländern setzt sich nun aber auch im westdeutschen Beschäftigungssystem fort: Hier nehmen ausländische Arbeitskräfte eine marginale Stellung, d.h. eine Position im sekundären Arbeitsmarktsegment ein (vgl. S. 456 f.), die eine hohe Gefährdung durch Arbeitslosigkeit beinhaltet.

Die Beschäftigung von Ausländern in zumeist un- und angelernten Tätigkeiten begünstigte den Aufstieg deutscher Arbeitskräfte mit Bildungsvorteilen auf attraktivere Arbeitsplätze und ermöglichte erst die drastische Verringerung der durchschnittlichen effektiven Arbeitszeit (vgl. 3.1.), erhielt damit ihre Privilegien in neuer, veränderter Form aufrecht. Durch diese marginale Stellung im Beschäftigungssystem sind Ausländer aber auch in besonderer Weise durch Arbeitslosigkeit betroffen. Der tatsächliche Umfang der Betroffenheit wird dabei

oft durch Rückwanderung und Untererfassung nicht registrierter Arbeitsloser verdeckt, legt man die offizielle gruppenspezifische Arbeitslosenquote zugrunde.

Die für Ausländer spezifische Arbeitslosenquote lag seit Beginn des Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt ständig über der Gesamtarbeitslosenquote (vgl. die Strukturanalysen der BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT). Im Februar 1982 betrug sie 12%, die von türkischen Arbeitnehmern 13,9% im Vergleich zu 8,2% Gesamtarbeitslosenquote (Nach: FREY 1982, S. 16).

BELLMANN errechnete (BELLMANN 1982, S. 141 ff.), daß in der Krise 1974/75 Ausländer 5 mal so stark vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden wie Inländer; ihr Anteil an den Verdrängten betrug ca. 40%.

Sowohl die Migrationsbewegungen in die Bundesrepublik als auch die im westdeutschen Beschäftigungssystem nachweisbare marginale Stellung ausländischer Arbeitnehmer sind als Ausdruck einer privilegierten Stellung deutscher Arbeitnehmer in der internationalen und nationalen Verteilung von materiellen Ressourcen und Entwicklungschancen zu interpretieren, die mittels einer nationalistisch orientierten Interessenvertretung, durch erzwungene Arbeitsteilung aufrechterhalten werden soll.

So lassen sich auch scheinbar inkonsistente Einstellungsmuster zu Ausländern miteinander vereinbaren: nach einer Allensbach-Untersuchung von 1982 befürchteten 53% der Unterschicht-Befragten (die wiederum von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen ist), daß die Türken an der derzeitigen oder künftigen Arbeitslosigkeit Schuld seien, 58% räumten aber gleichzeitig ein, daß "sie meist Arbeiten verrichten, die wir nicht tun wollen". (JUST D./MÜLHENS P.C. 1982, S. 35).

An Tendenzen zum selektiven Korporatismus der deutschen Gewerkschaften könnte gezeigt werden, wie die Kausalattribution der Arbeitslosigkeit auf die Ausländerbeschäftigung Auswirkungen in Form des Abwälzens des Beschäftigungsrisikos auf die marginale Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer hat (vgl. KREUTZ/BOSS 1982, S. 482). Die Widersprüchlichkeit des gewerkschaftlichen Engagements zur Ausländerfrage und die Gefahr einer zunehmenden Segmentierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist bereits von mehreren, auch gewerkschaftlich orientierten Autoren belegt worden (vgl. bes. KÜHNE 1982 und ESSER et al. 1980).

Sie weisen darauf hin, daß einer Kerngruppe voll in den Arbeitsmarkt integrierter inländischer Arbeitnehmer, die vollen gewerkschaftlichen Schutz gegen Entlassungen genießen, die Randgruppe ausländischer Arbeitnehmer gegenübersteht, die nur bedingt vertreten wird.

Die Reaktion der von der Praktizierung mechanischer Solidarität betroffenen ausländischen Arbeitnehmer dürfte die marginale Position von Arbeitsmigranten im Sozialsystem weiter verstärken (vgl. KREUTZ 1983c). Die ständige Unsicherheit, mit einer erzwungenen Rückkehr rechnen zu müssen, kann demnach für die Betroffenen auch bei prinzipieller Integrationsbereitschaft in die deutsche Kultur eine Art "double-bind"-Situation schaffen.

1.5. Vorschlag einer Typologie der dualen Arbeit: die Arbeitsformen im Schatten der offiziellen Statistik

Aufbauend auf die Unterscheidung von familialer und beruflicher, auf dem Arbeitsmarkt ausgetauschter Arbeit im Abschnitt 1.3. versuche ich im Folgenden Ansätze für eine erweiterte Typologie unterschiedlicher Arbeitsformen zu leisten, die einen begrifflichen Rahmen für die weitere deskriptive Darstellung der strukturellen Verschiebungen zwischen den Arbeitsformen im letzten Jahrzehnt darstellen kann (vgl. 3.3.). Einige Dimensionen der für familiale Arbeit besprochenen Arbeitsmuster finden sich nämlich auch in anderen Arbeitsrollen der "informellen Ökonomie" wieder.

Ich gehe dabei von der in den letzten Jahren in verschiedenen Disziplinen geführten Diskussion über das Konzept einer "Dualen Ökonomie" aus. Die soziologische, arbeitsmarkttheoretische, volkswirtschaftliche und wirtschaftsstatistische Diskussion über die Duale Ökonomie resp. Arbeit hat Ende der 70er Jahre eingesetzt und mehrere Fragestellungen verfolgt. Sie hat dementsprechend eine Vielzahl von unterschiedlichen Paradigmata und Typologien ausgebildet, von denen keine letztlich befriedigen kann. Freilich sind diese allesamt auf die notwendig eingeschränkte Fragestellung der jeweiligen Untersuchung zugeschnitten.

Begonnen hat die Diskussion nach meinem Kenntnisstand (zur neueren Diskussion über die "Alternativkultur" und bibliographischen Hinweisen vgl. auch KREUTZ et al. 1981a, S. 366-369) über die Frage des Verbleibs von Hochschulabsolventen in "neuen Grauzonen des Erwerbsverhaltens" außerhalb der Kategorien der Arbeitsamtstatistik (vgl. MERTENS 1980, S. 153 und das gesamte Heft Mitt. AB 1980/2), also über die Tragfähigkeit der Kategorien der amtlichen Statistik zur Erfassung neuer Arbeitsformen (vgl. 2.1.).

Die soziologische Diskussion bemühte sich v.a. um eine empirische Erhebung (vgl. KREUTZ 1981a, S. 365-366 und ders. 1984) der Unterscheidungsmerkmale der "alternativen" Tätigkeiten in "Alternativen Projekten" zur herkömmlichen Berufsarbeit, ihrer quantitativen Bedeutung und ihrer Motivationen. Oder sie versuchte eine idealtypisch-

spekulative Soziologie der "Neuen Selbständigen" als "alternative Entwicklungsmöglichkeiten beim gegenwärtigen Strukturumbruch hin zu einer nachindustriellen Gesellschaft" (Charakteristisch dafür VONDERACH 1980 und mit ihm eine Reihe von mit der "alternativen Arbeit" sympathisierenden Autoren wie ILLICH 1978, V. WEIZSÄCKER Ch. und E. 1978 und HUBER 1979). Das Kennzeichen der zuletzt genannten Diskussion ist die explizite Vermischung von normativen und analytischen Gesichtspunkten und die spekulative Annahme universaler Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und ihrer Arbeitsteilung, so daß über die euphorisierende Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten dieser neuen Arbeitsformen die empirisch-deskriptive Darstellung der tatsächlich realisierten alternativen Arbeitsmotivationen zu kurz kommt.

Daneben interessiert die VWL und Wirtschaftsstatistik (vgl. BUTTLER 1984 - eine Zusammenfassung findet sich bei CASSEL 1984, erstmals SCHMÖLDERS 1980) v.a. der Aspekt der durch die offizielle Statistik und Fiskalrechnung nicht erfaßten gesellschaftlichen Wertschöpfung und Arbeit, die in eine "Untergrundwirtschaft" (Schwarzarbeit) und eine "Selbstversorgungswirtschaft" unterschieden wird. Hier hat es wiederholt auch Versuche gegeben, die quantitative Bedeutung der Untergrundarbeit (vgl. FREY 1982) und Selbstversorgungsarbeit zu schätzen, die in 3.3.1. aufgegriffen werden.

Der Begriff "Duale Ökonomie" zielt auf die Unterscheidung zwischen einem formellen und einem informellen Sektor wirtschaftlicher Aktivität. Danach umfaßt ersterer die gesamte unselbständige und selbstständige Erwerbsarbeit, die in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingeht und staatlich registriert ist. Zum informellen Sektor werden dagegen Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft gerechnet (37), wobei die Unabhängigkeit dieses Bereichs von den Steuerungsmechanismen des Arbeitsmarkts als wesentliches Kennzeichen dient. Ausgangs-

(37) Der Begriff "Schattenwirtschaft" wird hier in dem umfassenden Sinn synonym zu "informelle Ökonomie" verwendet.

punkt dieser Diskussion war die Feststellung, daß sich in der amtlichen Statistik, die das geschaffene Sozialprodukt erhebt (VGR), nur ein Bruchteil der insgesamt geleisteten Arbeit widerspiegelt, die zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beiträgt. Die Arbeit der Hausfrau, die Tätigkeit des Hobbygärtners, die Nachbarschaftshilfe am Bau, die Arbeit von nicht-professionellen alternativen und therapeutischen Selbsthilfeprojekten, die Schwarzarbeit der "Arbeitslosen" - um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen - sie alle tragen zur Erstellung von Gütern und Dienstleistungen bei, ohne daß dies in die offizielle gesamtwirtschaftliche Erfolgsrechnung der Sozialprodukt-Erfassung eingeht.

"Immerhin dürfte sich der Wertschöpfungsanteil allein der statistisch nicht erfaßten Aktivitäten privater Haushalte in den westlichen Industrieländern auf 50-75 vH des jeweils ausgewiesenen Sozialprodukts belaufen" (CASSEL 1984, S. 1) (38).

So wie die offizielle volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den "materiellen Wohlstand" einer Gesellschaft zu gering veranschlagt, weil sie nur wirtschaftliche Umsätze auf dem Markt erfaßt (39), so wird auf der anderen Seite der wirkliche Umfang der Unterbeschäftigung durch die Arbeitsamtstatistik überschätzt (vgl. 2.1. und zum quantitativen Anteil der Arbeit in der Schattenwirtschaft 3.3.1.). Hier werden nämlich nur Personen gezählt, die eine der amtlich ausgewiesenen Arbeitsrollen als beschäftigte Arbeitnehmer, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige oder als "Arbeitslose" innehaben.

(38) Zu beachten ist, daß solchen Schätzungen, die hier nur interessieren, um einen Einblick in die Größenordnung zu geben, ein nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeschränkter Bezug von Wertschöpfung der Haushalte zugrundeliegt. Auch die "Neue Haushaltsökonomie" (vgl. MINCER 1980 und BECKER 1980), die erstmals die traditionelle Sichtweise des Haushalts als nur konsumierender und für den Arbeitsmarkt Arbeit anbietender Einheit überwindet und die Haushalte als Einheiten der Produktion ansieht, legt dabei einen auf die Hausarbeit im engeren Sinn restringierten Arbeitsbegriff zugrunde, der die Sozialisations- und Betreuungslleistungen der Familie ausklammert.

(39) Diese Erhebungsmethode bringt auch konträre Verzerrungseffekte mit sich: So wird bspw. die Beseitigung von Umweltschäden, sofern sie über den Markt abgewickelt wird, als Vermehrung des Wohlstandes verbucht, ihre Hervorbringung dagegen als externer Effekt der Produktion gar nicht erfaßt.

Nicht näher eingegangen werden soll an dieser Stelle auf die komplexen Ursachen für die zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des informellen Sektors der Arbeit und auf seine Entwicklungsperspektiven, die in der einschlägigen Diskussion einen breiten Raum einnehmen (vgl. be. VONDERACH 1980).

Die zunehmende Bedeutung der informellen Arbeit als Tendenz zur Befreiung von staatlichen Abgaben - und Regulierungsdruck auf der Basis immer kürzerer Arbeitszeit für die offizielle Erwerbstätigkeit, also die Verlagerung von Arbeit aus dem Licht der fiskalisch und bürokratisch erfaßten Wirtschaft in den Schatten der privaten Haushaltssphäre und privaten Selbstorganisationen oder in den erwerbswirtschaftlichen Untergrund, die damit aber auf der anderen Seite offiziell erfaßte "Arbeitslosigkeit" mit "produziert" (d.h. als solche erscheint), soll im Rahmen der Hypothesen zur Entstehung der Arbeitslosigkeit ausführlich behandelt werden (vgl. 3.3.).

Die neben den staatlichen Eingriffen genannten Ursachen umschließen ein weites Spektrum. Dieses umfaßt u.a.

- die wachsende Ausstattung der Haushalte mit Human- und Realkapital (vgl. z.B. JOERGES 1983, S. 251 ff.)
- den Verfall moralischer Standards, v.a. für die Entwicklung der Untergrundwirtschaft - vgl. BUTTLER 1984, S. 93 und kritisch dazu JANSEI 1984, S. 42
- den Wertewandel als Reaktion auf eine "Sinnkrise" der Arbeit - vgl. VONDERACH 1980, These 6, Seite 163 f. - resp. als "Unbehagen an der Modernität" - vgl. MAIER 1983, S. 65
- die Arbeitsmarktkrise im allgemeinen - VONDERACH 1980
- die speziell für junge Menschen resp. Hochschulabsolventen erschwerten Berufskarrieren
- und die Annahme eines in der "postindustriellen Gesellschaft" "knapper werdenden Volumens" an Erwerbsarbeit (40), das mit einem wachsenden Anteil an informeller Arbeit ersetzt wird - vgl. GERSHUNY 1981

(40) Zu dieser These vgl. die Argumente gegen DAHRENDORF in 1.1.

Kritisch angemerkt werden muß an diese Diskussion, insbesondere an die Thesen vom Wertewandel und vom "Übergang zur postindustriellen Gesellschaft" die häufig stattfindende Vermischung von deskriptiv-analytischen und normativen Gesichtspunkten. So wird etwa das subjektive Selbstverständnis der alternativen Projekte nicht weiter geprüft als ihre objektiven Merkmale verhandelt - v.a. bei VONDERACH 1980 (41).

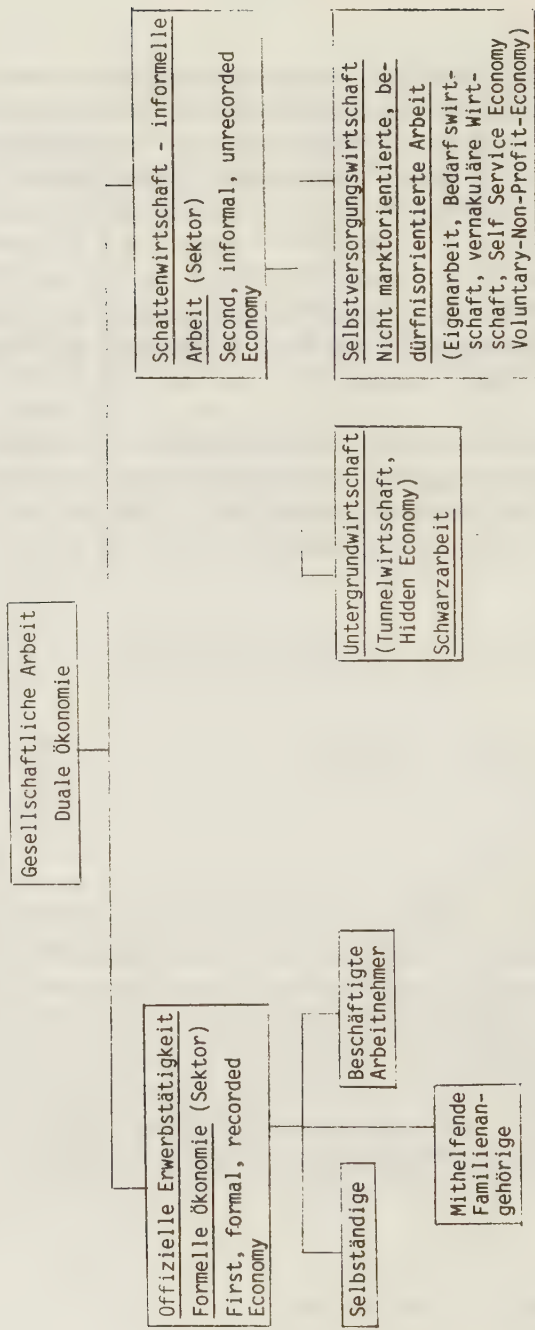
Zudem fällt die spekulative Annahme von unlinearen, irreversiblen und deterministisch verlaufenden Entwicklungsgesetzen der Teilung der Arbeit auf - vgl. VONDERACH 1980, These 1, S. 156-158 (42).

Was im Kontext meiner Fragestellung interessiert, ist zunächst eine um den informellen Sektor erweiterte Sichtweise der Arbeit und eine Differenzierung verschiedener Arbeitsformen, die unter diesen Begriff zusammengefaßt werden.

(41) Zur notwendigen Unterscheidung von subjektiven Selbstverständnis und objektiven Merkmalen alternativer Tätigkeiten vgl. KREUTZ et al. 1981a, S. 374-375 und ders. 1984 und MAIER 1983, S. 65 f.

(42) VONDERACH 1980 (S. 156) sieht in den "Neuen Selbständigen" "alternative Entwicklungsmöglichkeiten beim Strukturumbruch zur nachindustriellen Gesellschaft". Obwohl er sich gegen geschichts-deterministische Sichtweisen wendet: "Was sich durchsetzt, wird v.a. auch von Werthaltungen bestimmt werden, die sich in die Praxis umsetzen. Die Entwicklung kann unterschiedliche Richtungen einschlagen" (ebd.) ist seine eigene Prognose eines Strukturumbruchs, die er u.a. mit normativen Urteilen begründet ("ökologische Gefahren"), nichts anderes als Geschichtsphilosophie.

Übersicht 2: Untergliederung der gesellschaftlichen Arbeit (43)



(43) Unterstrichen sind dabei die von mir im weiteren verwendeten Begriffe, die mir am zweckmäßigsten hinsichtlich der Eindeutigkeit und Trennschärfe erscheinen.

Ausgangspunkt ist also die Zweiteilung der gesellschaftlichen Arbeit in einen offiziellen und einen schattenwirtschaftlichen Bereich: Die offizielle Erwerbstätigkeit umfaßt alle Arbeit, soweit sie gesetzlich geregelt, staatlich administriert und besteuert wird. Für diese Arbeit finden sich amtlich definierte und sozial anerkannte Rollen, die in der offiziellen Erwerbsstatistik nach der Teilnahme am Erwerbsleben unterschieden werden. Im nächsten Abschnitt soll dafür argumentiert werden, daß die offizielle Erwerbstätigkeit keineswegs eine in sich homogene Größe ist, vielmehr der unterschiedliche Erwerbsstatus auch verschiedene Muster der Arbeits- und Bedürfnisorientierung indizieren kann.

Das Ergebnis dieser Arbeit wird - sieht man von statistischen Erhebungsfehlern einmal ab, z.B. bei kleingewerblicher Produktion und Eigenverbrauch in der Landwirtschaft - im amtlich ausgewiesenen Sozialprodukt erfaßt.

Unter Schattenwirtschaft oder der informellen Arbeit lassen sich dagegen alle produktiven Aktivitäten zusammenfassen, die nicht in die Sozialprodukt-Rechnung eingehen. Sie stehen gleichsam im Schatten der offiziellen Wirtschafts- und Erwerbsstatistik. Für sie sind entweder überhaupt keine Arbeitsrollen sozial definiert wie für die Arbeit von Hausfrauen, weil das kulturelle Verständnis von Arbeit die Tätigkeit von Hausfrauen nicht als Arbeit versteht - vgl. 1.1.

Zum Teil passen die neuartigen, aus der Infragestellung der vorherrschenden Arbeitsrollen, Berufskarrieren und Erwerbszwecke entstandenen Eigendefinitionen von Arbeit nicht unter das Schema der Kategorien der Erwerbsstatistik, wie es für Tätigkeiten in alternativen nicht-professionellen oder semiprofessionellen Projekten zutrifft. Tätigkeiten der eben beschriebenen Art werden hier unter die Abteilung: Selbstversorgungswirtschaft zusammengefaßt, weil ihnen bestimmte Arbeitsmuster gemeinsam sind, wie noch zu begründen sein wird. Ihre "negative Identität" besteht darin, daß sowohl Arbeiten für den eigenen Bedarf in privaten Haushalten als auch in privaten Selbstorganisationen (sofern unentgeltlich dafür gearbeitet wird) den internationalen VGR-Konventionen entsprechend

von vornherein nicht als Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung ermittelt werden sollen (vgl. CASSEL 1984, S. 3 und BUTTLER 1984, S. 92). Sie bleiben bewußt außer Ansatz bei der amtlichen Statistik.

1.5.1. Typen und Erscheinungsformen der Untergrundwirtschaft (Schwarzarbeit): Arbeitsmuster in diesem Bereich

Anders verhält es sich mit der dadurch unterschiedenen Untergrundwirtschaft. Sie läßt sich definieren als:

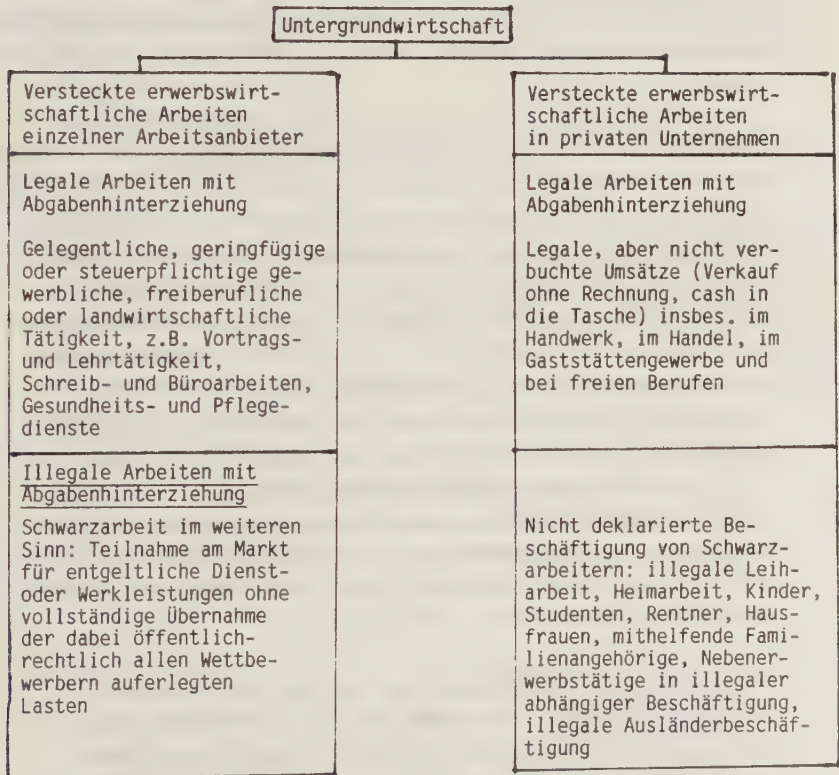
"That part of economic activity which contributes to value added and which should be included in national income according to national accounting conventions, but which is presently not registered by social measurement agencies" (FREY et al. 1982, S. 499).

Die Arbeitsrollen, die in diesem Bereich wahrgenommen werden und denen eine wachsende Bedeutung zukommt - vgl. 3.3.1. - sind also sozial und gesetzlich definiert, aber als Abweichung von gültigen gesetzlichen Normen. Die Arbeiten nehmen erwerbswirtschaftlichen, kommerziellen Charakter an im Unterschied zur Selbstversorgungs-Arbeit und sind mit der Hinterziehung von Steuern, Gebühren, Sozialversicherungsbeiträgen u.ä. verbunden. Sie entstehen als privatwirtschaftliche Ausweichstrategien aus dem Druck staatlicher Reglementierung der Arbeit.

Zu unterscheiden ist zwischen der Verletzung gültiger gesetzlicher Normen und den in der heutigen Gesellschaft der Bundesrepublik dominanten sozialen Normen. Es hat den Anschein - und die sich ausbreitende Schwarzarbeit ist ein Indiz dafür - daß die moralische Hemmschwelle für Arbeiten außerhalb des regulären Arbeitsmarktes immer niedriger geworden ist. Je mehr Menschen sie ausüben oder als Kunden auf unreglementierten, staatlich nicht verzerrten Märkten von ihr profitieren, desto mehr wird die soziale Diskriminierung von Schwarzarbeit aufgeweicht. Staatliche Normen werden damit in ihrer Gültigkeit allgemein in Frage gestellt. Zu den Gründen für diese Tendenzen zur gesellschaftlichen Anomie wird auf Abschnitt 3.1.1. und auf 1.4.2. verwiesen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, daß Schwarzarbeit sowohl von einzelnen Arbeitsanbietern ausgehen kann als auch von privaten Unternehmen und nennt die wichtigsten empirischen Erscheinungsformen. Nicht einbezogen werden sollen alle Aktivitäten, die reine Finanztransaktionen und Vermögenstransfers sind, und andere Einkommensquellen, die nicht auf Arbeitsleistungen beruhen (Firmendiebstahl, Unterschlagung).

Übersicht 3: Arbeiten in der Untergrundwirtschaft



Die Übersicht wurde mit einigen Modifikationen, v.a. mit der Einschränkung von wirtschaftlichen Aktivitäten auf Arbeiten von CASSEL 1984, S. 5 übernommen.

Die vorliegenden Ansätze zur quantitativen Erfassung des Umfangs dieser Schwarzarbeiten und ihrer Effekte auf die Beschäftigung im formalen Sektor sollen in 3.3.1. aufgegriffen werden.

Eine sozialwissenschaftliche Analyse der unterschiedlichen Arbeitsformen darf in der Einordnung der Schwarzarbeit nicht die öffentlichen Werturteile des "Entzugs von Steuergeldern" etc., was bis zum Vorwurf des "Parasitentums" geht, übernehmen. Die Schwarzarbeit, die von einzelnen Arbeitsanbietern außerhalb des regulären Markts geleistet wird, ist dabei vom illegalen Verleih oder Beschäftigung von Arbeitern, bes. Ausländern zu unterscheiden. Für letztere gilt, daß der nicht eindeutig definierte soziale Status von Ausländern von privaten Unternehmern ausgenutzt wird, um sie zu einer Arbeit ohne Arbeits- und Versicherungsschutz, meist auch zu einem geringeren als den marktüblichen Lohn zu zwingen.

Dagegen stellt die Arbeit von einzelnen Schwarzarbeitern, die beispielsweise nach Feierabend ihrer regulären Erwerbstätigkeit kleinere Reparaturen, Gartenarbeiten oder Renovierungen ausführen, eine ambigüäre Arbeitsform dar, die sowohl Eigenschaften regulärer Erwerbstätigkeit als auch von bedürfnisorientierter Arbeit der Selbstversorgungswirtschaft aufweist. Zwar steht der Erwerb von Zusatz-Geldeinkommen (oder der Tausch von Naturalleistungen - hier gibt es fließende Übergänge zur Nachbarschaftshilfe) im Vordergrund. Auf der anderen Seite verschaffen sich viele Schwarzarbeiter nach Abschluß ihrer abhängigen Erwerbsarbeit - für die sie immer weniger Zeit aufwenden müssen (vgl. 3.1.) - die Genugtuung autonom bestimmter Arbeit.

Darin eingeschlossen sind Zeitverwendungsstrukturen, wie sie für familiäre Arbeit oder allgemein bedürfnisorientierte Arbeit typisch sind: Arbeitszeit und -intensität werden nach inhaltlichen Anforderungen der Aufgabenbearbeitung festgelegt.

Die amerikanische Arbeitsmarktdiskussion hat darauf hingewiesen (vgl. HARRISON 1974 und BLUESTONE 1970 zit. nach ULLMANN 1979, S. 288), daß dieser Bereich der "Illegalen Ökonomie" für bestimmte subkulturelle Gruppen wie z.B. Ghattobewohner in den USA zu der

dominanten Einkommensquelle werden kann. In New York soll dies z.B. für schätzungsweise 7% der Bevölkerung zutreffen (zit. nach ebd., S. 289).

Die Arbeitsrollen, die sie dafür entwickeln, sind spezifisch für das Leben im Ghetto und beruhen auf dem Erwerb von Qualifikationen und Fähigkeiten, die außerhalb des regulären Ausbildungssystems durch die Sozialisation im Ghetto angeeignet wurden.

Dieser Hinweis kann die interkulturelle Variation der Ausprägung der beiden Bereiche: offizielle Erwerbstätigkeit und Untergrundwirtschaft deutlich machen. Wie stark der illegale Sektor in der Bundesrepublik mit dem formellen Sektor der Erwerbsarbeit verbunden ist, kann nur eine empirische Analyse zeigen.

1.5.2. Typen und Erscheinungsformen der eigeninitiierten, bedürfnisorientierten Arbeit

Im folgenden soll nun ein Überblick über Typen, wichtigste empirische Erscheinungsformen und Arbeitsmuster der unbezahlten Arbeit in der die Untergrundwirtschaft ergänzenden Selbstversorgungswirtschaft gegeben werden, die äußerst vielfältig sind und nahezu alle Lebensbereiche erfassen (44).

An diese Typologie wird angeknüpft, wenn in 3.3.2. und 3.3.3. versucht wird, einige Daten zum Umfang und zur Entwicklung des Anteils der unbezahlten Arbeit vorzustellen. Dort wird auch zu untersuchen sein, inwieweit in den letzten Jahren eine Verschiebung von bezahlter auf unbezahlte Arbeit stattgefunden hat, insbes. auch inwieweit alternative Projekte in der Lage sind, herkömmliche Erwerbstätigkeit zu ersetzen.

(44) Zurückgegriffen wird hier auf Anregungen in den jeweils nach verschiedenen Fragestellungen entwickelten Typologien bei CASSEL 1984, S. 4; KREUTZ 1981a, S. 374 und 378 und MAIER 1983, S. 68. Nicht zweckmäßig erscheint der Begriff "Neue Selbständige" von VONDERACH 1980 als Sammelbezeichnung für alternative Arbeiten, da hiermit eine bestimmte Rechts- oder Wirtschaftsform mit der Arbeit alternativer Selbstorganisationen identifiziert wird. Sinnvoll sind seine Überlegungen aber, um Übergänge dieser Arbeitsformen zur traditionellen Kategorie der Selbständigen deutlich zu machen.

Übersicht 4: Arbeiten in der Selbstversorgungswirtschaft: Nicht marktorientierte, bedürfnisorientierte Arbeiten

Selbstversorgungswirtschaft

Bedürfnisorientierte Arbeiten privater Haushalte: <u>Familiäre Arbeit</u> (vgl. 1.3.) und Arbeit in anderen Primärgruppen (Wohngemeinschaften, Nachbarschaften, Freundeskreise)	<u>Bedürfnisorientierte, unentgeltliche (nicht professionelle), eigeninitiierte Arbeiten privater Selbstorganisationen</u>
Alle Formen haus- und subsistenzwirtschaftlicher, nicht offiziell erfaßter Arbeit Haus- und Gartenarbeit Konsumarbeit (vgl. JOERGES 1983) Kindererziehung, Aus- und Weiterbildung Kinder-, Kranken- und Altenpflege Güter- und Dienstleistungsproduktion:	1. Reine Selbsthilfe Selbsthilfeaktivitäten von Eltern etc. therapeutische Selbsthilfe Behindertenselbsthilfegruppen 2. Freiwillige, unentgeltliche Leistungserbringung für Dritte in: Persönlichen sozialen Diensten: Alten-, Kranken- und Notfalldienste
z.B. ländlicher Hausbau, Eigenversorgung von Landkommunen Neu-, Um- und Ausbauten von Haus und Wohnung Reparaturen Büroarbeiten Beratung Beaufsichtigung in: kollektiver Leistungserbringung und -konsumtion durch und innerhalb der Primärgruppe (Selbstversorger) oder in Nachbarschaftshilfe oder aus Freundschaft	3. Alternative Projekte (45) im psychosozialen Dienstleistungsbereich, die auf unentgeltlicher Leistung beruhen Kinderläden, autonome Frauenhäuser, Bildungskurse durch alternative Projekte etc. 4. Alternative Projekte zur Produktion von Gütern Alternative Landwirtschaften, Bäckereien, Tischlereien etc. Arbeitsbeschaffung in Selbsthilfe - zur Selbstversorgung oder - zum nicht marktmäßigen Austausch mit anderen alternativen Projekten in einem informellen Wirtschaftskreislauf (Netzwerk) 5. "Traditionelle" Aktivitäten privater Selbsthilfeorganisationen (46) Nahversorgung (Einkaufsclubs, Bestellgemeinschaften) Transportleistungen (Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten, Bildung von Fahrgemeinschaften, Transportleistungen als Sozialdienst) Bauleistungen (Hausbau in genossenschaftlicher Hilfe, Renovierungen durch Wohngemeinschaften) Beratung und Bildung (Beratungszentren, Nachhilfezentren) Gestaltung der lokalen Umwelt (Müllsammelaktionen)

Ausgeschlossen wurden bei dieser Kategorisierung alle alternativen Projekte, deren Schwerpunkt auf der politischen Außenwirkung liegt (Hausbesetzerbewegung etc.), bei denen also nicht primär Ideen alternativer Arbeit im Vordergrund stehen.

Die Gemeinsamkeit all dieser Arbeiten in der Selbstversorgungswirtschaft sehe ich - wiederum ist die Unterscheidung idealtypisch und berücksichtigt nicht die besonders im zweiten Sektor zahlreichen Grenzfälle und Übergangsformen zur Untergrundwirtschaft und zur traditionellen Erwerbstätigkeit - darin, daß ihre Träger auf freiwilliger Basis unentgeltlich für sich selbst oder für Dritte tätig sind. Ihre Aktivitäten sind i.d.R. legal, steuerfrei und unterliegen zumindest keiner umfassenden staatlichen Administrierung über Fiskus und Arbeitsamt - im Gegensatz zur Untergrundwirtschaft.

Unter der unentgeltlichen Arbeit alternativer Projekte (vgl. die Arbeitsformen 3. und 4. in Übersicht 4) soll verstanden werden, daß die "Aktivisten" der Selbstorganisationen ihren Lebensunterhalt nicht aus dem Projekt bestreiten, also für ihn auf andere Ressourcen angewiesen sind (vgl. die Abgrenzung bei KREUTZ 1981a, S. 378 für "nicht-professionelle" und "reine Selbsthilfe-Projekte" gegen "professionelle- und semiprofessionelle Projekte").

-
- (45) Die vielfältigen Tätigkeitsfelder alternativer Projekte sollen hier nicht im einzelnen aufgelistet werden und deshalb nur grob nach Produktion von Gütern und psychosozialen Dienstleistungen unterschieden werden.

Zu einer detaillierten Auflistung vgl. KREUTZ 1981a, S. 379 ff. Die dort vorgelegte Definition von "alternativen Projekten" wird hier übernommen:

"Als 'alternativ' sollen i.F. auf Dauer gestellte Tätigkeiten (WEBER) bezeichnet werden, die das herkömmliche Berufs- und Erwerbssystem verlassen oder nur lose mit ihm verzahnt sind und mit alternativen Anspruch betreiben werden" (ebd., S. 374).

- (46) Die folgenden Tätigkeiten stellen auf mehr "traditionelle Aktivitäten privater Selbstorganisationen ab, um deutlich zu machen, daß solche Arbeit keineswegs eine "Entdeckung" alternativer Projekte ist.

Die vielfältigen Überschneidungen zwischen formellen und informellen Arbeit srollen werden allerdings an den zahlreichen Mischformen deutlich, die die in Übersicht 2 getroffenen idealtypischen Unterscheidungen in der Realität verwischen und relativieren.

War das von mir gewählte primäre Unterscheidungskriterium der Arbeit im Selbstversorgungsbereich die unentgeltliche Tätigkeit, so arbeiten in der Praxis natürlich viele alternativen Projekte und andere Selbstorganisationen gegen Bezahlung: Die Übergänge im Grad der Erwerbsbezogenheit zum Bereich der Erwerbsarbeit reichen von "semi-professionellen Projekten" (vgl. KREUTZ 1981a, S. 378), wo einige Personen z.T. unbezahlt arbeiten, die anderen ihren Lebensunterhalt daraus beziehen, bis zu "professionellen Projekten", die mit traditionellen Kleinunternehmen vergleichbar sind und in denen alle Mitarbeiter fast ausschließlich vom Projekt leben (z.B. Druckereien, Transportunternehmen). Wieweit diese Formen dann dem Bereich der Untergrundwirtschaft zuzuordnen sind, entscheidet sich am Grad der Erfassung und Reglementierung durch staatliche Institutionen (vgl. Übersicht 2).

VONDERACH 1980 subsumiert dieses Spektrum unter dem Begriff "Neue Selbständige", der für ihn sowohl "subsistenzwirtschaftlich-gemeinschaftsorientierte" als auch erwerbswirtschaftliche Formen umfaßt" (ebd.). Häufig finden sich in ein- und derselben Arbeitsorganisation auch beide Typen von Arbeit nebeneinander, so etwa wenn eine sonst gegen Bezahlung arbeitende Familienberatungsstelle für einkommensschwache Klienten unentgeltlich tätig wird.

Daß die meisten alternativen Projekte Mischformen aus bezahlter und unbezahlter Arbeit darstellen, war auch eines der zentralen Ergebnisse der methodisch abgesicherten, empirischen Untersuchung alternativer Projekte in der Bundesrepublik von KREUTZ 1984 und seinen Mitarbeitern FRÖHLICH und MALY (Die Befragungen mit nur teilweise standardisierten Interviews, die viel Platz für offene, explorative Fragen ließen, fanden 1982 statt).

Untersuchungsgebiet des Projekts waren die städtischen Ballungsräume Hannover und Nürnberg, in denen eine Grundgesamtheit von 420 bzw. 190 alternativen Projekten ermittelt wurde und davon insgesamt 83 befragt wurden. Als Definitionsmerkmale bei der Abgrenzung der Untersuchungseinheit wurden - in kritischer Reflexion der Einseitigkeiten von VONDERACH u.a. 'Sympathisanten' der Alternativprojekte - subjektive und objektive Merkmale verwendet:

"Zusätzlich wurden alle Projekte nach den folgenden ... Kriterien als alternativ oder nicht alternativ bzw. 'fraglich' eingeordnet: 1. Das Projekt mußte ein selbstinitiiertem Zusammenschluß sein...
2. Das Projekt... mußte zumindest mittelfristig eine auf Dauer gestellte Erwerbsfunktion für mindestens ein Mitglied haben.
3. Das Projekt muß seinen subjektiv vorhandenen alternativen Anspruch auch projektintern bzw. gegenüber der Außenwelt formuliert haben und vertreten" (KREUTZ et al. 1984, S. 268).

Im Unterschied zu meiner Typisierung der Arbeit in alternativen Selbstorganisationen als einer Form der Selbstversorgungswirtschaft, die unentgeltlich geleistet wird, wird in dieser Untersuchung davon ausgegangen (vgl. Kriterium 2), daß alternative Projekte zumindest für einen Mitarbeiter herkömmliche Erwerbsarbeit in der Funktion des Einkommenserwerbs ersetzen können.

Nur in diesem Fall kann die Mitarbeit in alternativen Projekten auch eine individuelle Alternative zur Erwerbslosigkeit sein: Alle anderen in Übersicht 4 aufgelisteten Arbeitsformen sind zwar für die gesellschaftliche Arbeitsteilung funktional, können aber für einzelne Individuen auf Grundlage einer weiterhin zentral über formelle Gütermärkte institutionalisierten Versorgung und damit des Angewiesenseins auf Geldleistungen nicht oder zumindest nur teilweise die Erwerbsfunktion moderner Erwerbsarbeit ersetzen. Wieweit alternative Projekte - als Mischformen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit - eine solche Erwerbsfunktion erfüllen können, wieweit sie damit für die Betroffenen eine Alternative zwischen formeller Arbeit resp. zum Angewiesensein auf staatliche Transferzahlungen darstellen, wird in 3.3.2. unter Rückgriff auf die eben vorgestellten Untersuchungsergebnisse darzustellen sein.

Die in Übersicht 4 vorgenommene Differenzierung in zwei Sektoren der Selbstversorgungswirtschaft: Arbeit in Primärgruppen und in Selbstorganisationen beruht auf dem Kriterium, ob die Gruppen, die Träger der Arbeit sind, primär aus der Motivation zu dieser Arbeit geschaffen wurden - wie z.B. alternative Projekte - sich die Sozialstruktur innerhalb dieser Gruppen also wesentlich auf die Arbeitsbeziehungen gründet (Sektor 2). Oder ob es sich um von vornherein existierende Primärgruppen (traditionelle Familien, die traditionelle Oikos-Hauswirtschaft (vgl. WEBER 1964, S. 90), die zum Teil immer noch auf dem Land existiert, aber auch Wohngemeinschaften, Nachbarschaften, Freundeskreise) handelt, deren Mitglieder in relativ intimen, vorwiegend emotional bestimmten, direkten und persönlichen Beziehungen stehen und in diesen Interaktionen immer auch Arbeit leisten (vgl. 1.3.1.). Natürlich gibt es wieder fließende Übergänge zwischen beiden Sektoren, etwa bei einer Landkommune.

1.5.3. Die für eigeninitiierte, bedürfnisorientierte Arbeit idealtypischen Arbeitsmuster

Charakteristisch für beide Sektoren - natürlich mit graduellen Abstufungen - sind die für familiäre Arbeit angegebenen (1.3.1.) idealtypisch gültigen Arbeitsmuster, die sie auch von der offiziellen Erwerbstätigkeit (und weniger stark von der Untergrundarbeit) unterscheiden. Die für meine Fragestellung nach Arbeits- und Bedürfnisorientierung wesentlichen Muster sind hier thesenförmig und überblicksartig zusammengefaßt. Eine Prüfung dessen, inwieweit diesbezügliche Ansprüche z.B. von alternativen Projekten tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, erscheint gerade aufgrund einiger euphorisierenden Darstellungen notwendig, kann hier aber nicht erfolgen.

Auch die oben vorgestellte methodisch versprechende empirische Studie von KREUTZ/MALY/FRÖHLICH 1984 über alternative Projekte kann gemäß der Befragungsmethode nur den subjektiv

vertretenen Anspruch der untersuchten Projekte darstellen und nicht prüfen, inwiefern dieser tatsächlich handlungswirksam ist. Gleichwohl können diese Untersuchungsergebnisse die im Folgenden dargestellten idealtypisierten Muster eigeninitiiertener Arbeit - zumindest teilweise - empirisch abstützen, auch wenn dort nur Arbeitsorganisationen untersucht wurden, die Mischformen zwischen bezahlter und unentgeltlicher Arbeit darstellten.

1. Nicht der zu erzielende Marktwert, sondern unmittelbar die Nützlichkeit der produzierten Güter und Dienstleistungen für den Eigenbedarf oder für die im selben Kontext stehenden Interaktionspartner sind der Anstoß für die und die primäre Motivation zur Arbeit. Dieses Muster wurde als Bedürfnisorientierung der Arbeit eingeführt. "Alternative Projekte" im Sektor 2 beanspruchen ebenfalls, bei der Produktion und dem Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen deren soziale Nützlichkeit und nicht den zu erzielenden Marktwert (47) in den Vordergrund zu stellen. Beispielsweise versuchen Alternativbetriebe in der Landwirtschaft, mit ökologischen Landbaumethoden umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte herzustellen. Die für Alternativprojekte im Raum Hannover und Nürnberg und damit für ähnliche städtische Ballungsräume repräsentative Untersuchung von KREUTZ et al. 1984 konnte als Antwort auf die Frage nach den "wichtigsten Vorteilen der Arbeit im Alternativprojekt" (Mehrfachnennungen waren möglich, ebd. S.265) eine durchgehende "Ablehnung der herkömmlichen Erwerbstätigkeit" (ebd.) feststellen. 42% der Projekte nannten als einen der wichtigsten Vorteile: "Etwas sinnvolles tun zu können/ etwas sinnvolles tun zu können, das nicht dem Staat/dem Kapital nützt" (ebd.). Dieser Vorteil steht an 4. Stelle in der Rangreihe der wichtigsten Vorzüge. Allerdings steht bei etwa 48% der untersuchten Projekte die ökonomische Motivation der Erwerbsfunktion im Vordergrund, während die Verfolgung alternativer gesellschaftspolitischer Ziele eher sekundär ist (MALY/PREISENDÖRFER 1983, S. 365).

(47) Damit soll nicht impliziert werden, daß Marktmechanismen per se nicht imstande wären, die Bedürfnisorientierung der Arbeit zu vermitteln. Vgl. 1.4.2.

Daß dieser Anspruch auf soziale Nützlichkeit zumindest ansatzweise auch eingelöst wird, geht aus der Branchenstruktur der untersuchten Projekte hervor: 16,8% der Projekte arbeiteten für "sozialberufliche Dienste" vgl. Typ 3 der Übersicht 4) (ebd., S. 273).

2. Die für die institutionalisierten Arbeitsrollen in der abhängigen Erwerbsarbeit charakteristische Trennung von Arbeit und sonstigem Leben ist tendenziell aufgehoben. Sofern die Arbeit innerhalb der eigenen Hauswirtschaft erfolgt (wie bei den meisten Tätigkeiten in Sektor 1) und innerhalb der Primärgruppen geleistet wird, gilt dies weitgehender als bei der Trennung von Arbeitsort und Haushalt, die für die meisten Tätigkeiten in Sektor 2 zutrifft.

Die sozialhistorische Lebensform, in der Arbeit und "Leben" bruchlos ineinander übergehen, ist die Oikos-Wirtschaft, eine subsistenzwirtschaftliche-großfamiliäre Produktions- und Reproduktionseinheit. In der Sozialstatistik dürfte diese Form am ehesten bei kleingewerblichen und -bäuerlichen Selbständigen aufzufinden sein.

Aber auch für modernere Arbeits- und Lebensformen wie für viele alternative Projekte kann man sagen:

"Mitunter gibt es gar keine räumliche Trennung zwischen der Arbeitsstätte und der Stätte des sonstigen Lebens und Zusammenlebens. Mitunter lassen sich Arbeitszeit und anderweitig verbrachte Zeit gar nicht recht auseinanderhalten" (VONDERACH 1980, S. 161).

Durch die Befragungsergebnisse der Studie von KREUTZ et al.

1984 (S.269) wird diese Vermutung allerdings relativiert:

"Eine ganzheitliche Lebensperspektive wird im alternativen Sektor offensichtlich seltener gesehen (d.h. die Aufhebung der Trennung von "Arbeit" und "Leben" bzw. Freizeit - die beiden diesbezüglichen Vorgaben befinden sich am Ende der Rangreihe). Es gibt ganz offensichtlich auch in der alternativen Szene eine ganze Reihe von Mitgliedern, die zwischen ihrer alternativen Arbeit und ihrer privaten Freizeit noch deutlich unterscheiden" (ebd.).

Nur 28% der Befragten sahen als einen der wichtigsten Vorteile "mit Leuten, die man mag, zusammenarbeiten und -leben zu können" (ebd.).

Eine solche Aufrechterhaltung einer gewissen Dichotomie zwischen Arbeit und sonstigem Leben gilt naturgemäß für Selbstorganisationen, die für den Zweck alternativer Arbeit ins Leben gerufen wurden, zumal für die hier untersuchten erwerbsbezogenen, stärker als für die Primärgruppen in Sektor 1.

3. Mit der tendenziellen Aufhebung der Trennung von Arbeit und Leben verbunden ist eine Art der Aufgabenbearbeitung, die Arbeitszeit und -intensität nicht nach äußerlichen Vorgaben, sondern verantwortlich gemäß inhaltlichen Anforderungen der Aufgabe bemißt. Der flexible Umgang mit der Arbeitszeit ist auch eines der wesentlichen Merkmale der alternativen Projekte. 50% der Befragten in der KREUTZ-Studie 1984 sahen als einen der wichtigsten Vorteile von alternativen Projekten, "selbst den Arbeitsrhythmus/die Arbeitszeit bestimmen zu können" (ebd.), was damit die häufigste Nennung war.

Diese Frage trennt zwar nicht scharf zwischen personen- und aufgabenorientierter Zeitverwendung, was allerdings auch in der sozialen Realität oft zusammenfällt. Zudem ist aus vielen Projekten bekannt, daß die relative Freiheit bei der Zeiteinteilung nicht zu einer Vernachlässigung der Arbeitsaufgabe führt, sondern eher zu ihrer gründlichen Erledigung verbunden mit überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten bis zu 70 Stunden wöchentlich genutzt wird.

Für alle Arbeiten in der Selbstversorgungswirtschaft trifft idealtypisch eine solche Arbeitsorientierung zu: Die Arbeiten werden mit Engagement und Anstrengung verrichtet, weil über die Reaktionen von Angehörigen des gleichen Sozialkontextes, d.h. über immaterielle Sanktionen, eine unmittelbare Rückkopplung der Bedürfnisbefriedigung auf den Arbeitenden erfolgt.

Die Konsequenz einer solchen Arbeitsorientierung und der Einheit von Arbeit und Haushalt ist ein hoher Grad der Ver-
ausgabung von Arbeit im Vergleich zu Ausgaben für Sachmittel

der Produktion. Die Arbeit einer Mutter, deren Arbeitszeit tendenziell 24 Stunden am Tag umfaßt, ist hier das Extrembeispiel. Im Unterschied dazu zeichnet sich Erwerbsarbeit - genauer die großbetrieblich organisierte - durch hohe und noch steigende Kapitalintensität und- nach meiner Hypothese - geringe und noch sinkende Arbeitsintensität aus (vgl. 3.1.).

4. Charakteristisch für all diese Tätigkeiten ist ihr geringer Grad an Professionalisierung, nicht an Spezialisierung. Letzteres muß gegen die in weiten Bereichen dieser Diskussion vorherrschende, euphorisierende und letztlich produktivitätskritische Hervorhebung "ganzheitlicher Arbeitsvollzüge" festgehalten werden (vgl. VONDERACH 1980, S. 161) (48). Die geringe Professionalisierung soll heißen: Qualifikationen und Fertigkeiten werden meist unabhängig von der formalisierten Ausbildung, oft im alltäglichen Lebenszusammenhang erworben. So kommt das Projekt von KREUTZ 1984 auch für alternative Projekte zu dem Befund:

"Akademiker und Fachhochschüler arbeiten in Alternativprojekten außerordentlich häufig ausbildungsfremd" (ebd., S. 272).

Die Einstellung der alternativen Projekte zur Spezialisierung scheint widersprüchliche Momente aufzuweisen: Auf der einen Seite bezeichnet zwar die Mehrheit der Befragten "die Herausbildung von Spezialistentum für bestimmte Aufgaben" als "nicht wünschenswert", auf der anderen Seite ist mit DURKHEIM bekannt, daß viele Arbeitsaufgaben ihrer Natur nach eine Teilung und Spezialisierung - und damit auch die Ausbildung von hierarchischen Strukturen in der Arbeitsorganisation - sachlich erfordern und diese Spezialisierung entgegen der eingedeckelten Ansprüche auch in alternativen Projekten praktiziert wird.

(48) Zu dem Einwand gegen eine solche Kritik an der Arbeitsteilung vgl. DURKHEIM 1977, S. 443 ff. und MAIER 1983, S. 78, der darauf hinweist, daß gerade die Projekte mit spezialisierten und qualifizierten Mitarbeitern die sind, die überleben.

Auch wenn für die meisten eigeninitiierten Arbeiten gilt, daß sie nicht auf Qualifikationen beruhen, die in der formalisierten Ausbildung vermittelt wurden, werden doch viele Fähigkeiten und Kenntnisse, die für die meist daneben betriebene Erwerbstätigkeit nötig sind, für die eigeninitiierten Arbeiten nutzbar gemacht (Beispiel: Handwerker bei der Nachbarschaftshilfe am Bau).

Der Katalog der Merkmale, der eigeninitiierte Arbeit von den anderen Bereichen gesellschaftlicher Arbeit unterscheidet, ist selbstverständlich nicht vollständig. Die in der Literatur zusätzlich oder ersatzweise genannten Merkmale: Wunsch nach Selbstorganisation und -verwaltung, neue Modelle der Interaktionsbeziehungen im Arbeitsprozeß, zur Regelung der Besitzverhältnisse, Forderung nach kleinen und überschaubaren Einheiten der Arbeitsorganisation, Verwendung umweltfreundlicher Produktionsverfahren, Sympathie für gesellschaftskritische Bewegungen etc. pp. stellen jedoch marginale Aspekte für meine Fragestellung dar.

1.5.4. Die Verflechtung beider Sektoren der dualen Arbeit: Mischformen der Arbeit und Fluktuation der Individuen zwischen formellen und informellen Arbeitsrollen

An der "Mischform" der erwerbsbezogenen alternativen Projekte wurde bereits deutlich, daß die oben vorgenommene Zuordnung charakteristischer Arbeitsmuster zu den beiden Sektoren der Arbeit in der Wirklichkeit so rein nicht auftritt. Schon die Arbeit, die im "Untergrund" geleistet wird, wies ja Elemente der eigeninitiierten Tätigkeit auf. Dies gilt auch - und hierin ist der Begriff von VONDERACH treffend - für viele Tätigkeiten, die in der Erwerbsstatistik unter die Kategorie der Selbständigen, also unter eine institutionalisierte Arbeitsrolle subsumiert sind (vgl. nächsten Abschnitt). Entgegen der These von VONDERACH und dem aktuellen Interesse für "alternative Projekte" lassen sich diese Arbeitsmuster nicht nur bei "alternativen" "Neuen" Selbständigen, sondern auch bei Teilen der traditionellen Selbständigen auffinden, insbesondere die Merkmale der aufgabenorientierten Arbeitsorientierung.

Die Verflechtung der beiden Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit wird nicht zuletzt auch an dem Nebeneinander von verschiedenen, d.h. formellen und informellen Arbeitsrollen auf der Ebene der handelnden Personen - in der Terminologie PARSONS' auf der des Handlungssystems - deutlich (vgl. 1.2.). Die bisher getroffenen und in den Übersichten dargestellten analytischen Unterscheidungen bezogen sich ja, um die strukturelle Funktion der informellen Arbeit deutlich zu machen, auf die im sozialen System vorgeformten Rollenmuster der Arbeit sowie auf das kulturelle System, das bestimmte, nämlich erwerbsbezogene Arbeitsformen (für erwachsene Männer) zur Norm erhebt. Die Personen als Handlungsträger vereinen und kombinieren in ihrem Rollen-Set aber in der Regel eine Vielfalt von Arbeitsrollen, nämlich sowohl institutionalisierte als registrierte Erwerbstätige als auch informelle, sofern sie eigeninitiierte Arbeit in privaten Haushalten oder Selbstorganisationen oder verheimlichte Schwarzarbeit leisten.

Für die individuelle Kombination von Erwerbsarbeit und bedürfnis-orientierter Arbeit in privaten Haushalten ist dieser Zusammenhang evident (vgl. 1.3.), auf seine strukturelle Funktion für die berufliche Sozialisation und Reproduktion der Individuen ist hingewiesen worden. Die Aufrechterhaltung subsistenzwirtschaftlicher Arbeitsformen in der Haus- oder Familienwirtschaft neben der offiziellen Erwerbstätigkeit überlebt so nicht nur innerhalb der Kategorie der abhängigen Arbeitnehmer mit hauseigener Landwirtschaft.

Die Tätigkeit der meisten erwerbstätigen Personen auch in der modernen Industriegesellschaft im Tagesablauf läßt sich als fortlaufende Fluktuation zwischen verschiedenen Arbeitsrollen auffassen.

Damit ist dem Träger der verschiedenen Arbeitsrollen zugleich die Aufgabe gestellt, die sich daraus ergebenden unterschiedlichen und zum Teil konfligierenden Verhaltenserwartungen miteinander zu vermitteln und im personalen Handeln zu integrieren.

In einigen Fällen kann es zu einem Inter-Rollenkonflikt kommen, so etwa wenn die verheiratete erwerbstätige Frau vor der Schwierigkeit steht, zugleich den institutionalisierten Erwartungen der Erwerbs-

tätigkeit als auch dem in familialer Arbeit geforderten Muster der zeitaufwendigen und -flexiblen Aufgabenbearbeitung nachzukommen. So wird auf der personalen Ebene der makrosoziale Konflikt einer Störung des Verhältnisses beider Bereiche der Arbeit verhaltenswirksam. Dieser Konflikt kann individuell durch unterschiedliche Rollenkalküle bewältigt werden. Die häufig gewählte Rollendistanzierung muß Auswirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung in Familie und Erwerbstätigkeit haben und trägt so mit zu dem besonderen Beschäftigungsrisiko der Frauen bei (vgl. 4.4.6.).

Auch für die meisten in alternativen Projekten Mitarbeitenden trifft das Nebeneinander von formellen, statistisch erfaßten Rollen (Erwerbstätiger, "Arbeitsloser" (also dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehender), Nicht-Erwerbsperson, z.B. in Ausbildung Stehender) und der eigeninitiierten Tätigkeit im Projekt zu.

KREUTZ et.al. legten ihrer Studie über alternative Projekte die Fragestellung zugrunde:

"Inwieweit können diese Tätigkeiten die Subsistenz sichern, inwieweit ist ein Pendeln zwischen herkömmlichen Erwerbsformen und alternativen Tätigkeiten, also eine "duale" Lebensweise notwendig, inwieweit sichern direkte oder indirekte Subventionen und Umverteilungseinkommen den Unterhalt beim Ausüben alternativer Tätigkeiten?" (KREUTZ et al. 1981a, S. 365).

Für die Form von nicht-professionellen Projekten (vgl. Übersicht 4) liegt das Angewiesensein der Mitarbeiter auf zusätzliche Einkommensquellen wie Ausbildungszuschüsse, Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, Nebentätigkeiten im formellen Bereich auf der Hand. Aber auch wenn sie aus der alternativen Arbeit einen Teil ihres materiellen Lebensunterhalts bestreiten, werden viele an ihr Beteiligten den Behörden gegenüber als Studenten, Arbeitslose oder Nicht-Erwerbspersonen in Erscheinung treten.

Die meisten im psychosozialen Dienstleistungsbereich tätigen alternativen Projekte sind zudem auf staatliche Subventionen angewiesen.

"Nur die wenigsten der Projekte, die präventive Sozialarbeit und Gesundheitsvorsorge betreiben, sind allerdings ohne staatliche Subventionen auf Dauer lebensfähig" (MAIER 1983, S. 71).

Wieweit semi- oder vollprofessionelle alternative Projekte (vgl. die Abgrenzung auf S. 93) für die in ihnen Mitarbeitenden eine Erwerbs- und damit Unterhaltsfunktion erfüllen können, wieweit also diesem in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung expandierenden Bereich die Funktion eines Auffangens der Erwerbslosigkeit zukommt, wird in 3.3.2. näher untersucht.

1.6. Selbständige und Mithelfende Familienangehörige als Zwischenstufen zwischen Erwerbstätigkeit und familialer Arbeit

Wie in Kap. 1.3. ausgeführt wurde, gibt es weder eine einheitliche Arbeitsorientierung noch Bedürfnisorientierung, die für alle Erwerbsarbeit zutrifft. Insbesondere in bezug auf den Status im Erwerbsleben: selbständig, mithelfend in der Familie, abhängig beschäftigt, auf den Arbeitsort: häuslich - außerhäuslich und auf den Grad der Erwerbsbindung scheinen Differenzierungen angebracht. Keinesfalls lassen sich die Arbeitsmuster, wie die berufssoziologischen Veröffentlichungen von BECK-GERNSHEIM 1981 und OSTNER 1979 es nahelegen, dichotomisieren in eine Aufgabenorientierung, wie sie der Hausarbeit und sozialhistorisch der "auf Eigenverbrauch bezogenen traditionellen bäuerlichen Lebensweise" zueigen ist, und eine instrumentelle Orientierung, wie sie für "Berufsarbeit" und historisch für die "auf den Markt bezogene industrielle Warenproduktion" charakteristisch ist.

"Beruf als Erscheinungsform und Folge marktorientierter Warenproduktion ... verweist auf eine Wirtschaftsweise, die den Gesichtspunkt der Selbstversorgung, die unmittelbare Orientierung am täglichen Lebensbedarf, ausschließt; Erzeugung und Verbrauch treten auseinander - die (berufliche) Arbeit wird vornehmlich "Gelderwerbsquelle", Ertragsquelle..." (OSTNER 1979, S. 20).

Vielmehr bezeichnen diese beiden Arbeitsmuster gleichsam die Extreme eines breiten Kontinuums, auf dem verschiedene Arbeitsformen innerhalb des informellen Sektors (vgl. letzten Abschnitt) und ebenso innerhalb der in sich differenzierten formellen Erwerbstätigkeit angeordnet sind.

1.6.1. Versuch einer Unterscheidung verschiedener Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit nach Bedürfnisorientierung und Aufgabenorientierung der Arbeit - ihre Bedeutung für potentielle Erwerbslosigkeit

Im folgenden wird im Anschluß an WEBER 1964 (insbes. § 15, S. 82 ff.) und in Modifikation von WILLMS 1983 a eine Typologie der Arbeitsformen

im formellen Sektor der Erwerbstätigkeit vorgeschlagen. Sie bietet
den methodischen Vorzug gegenüber den bisher getroffenen Unterscheid-
ungen von beruflicher und familialer Arbeit, daß ihre Kategorien
auf die Einteilung der amtlichen Berufszählungs- und Erwerbsstatistik,
die seit 1882 im Deutschen Reich systematisch erhoben wird, zu be-
ziehen sind. Damit kann eine Analyse des sozialen Wandels in der
Struktur der Arbeitsformen - deren zentrale Entwicklungslinien hier
als Vermarktung der Arbeit bezeichnet werden sollen (49) und die als
eine bisher kaum beachtete Einflußgröße für die Entstehung von Er-
werbslosigkeit (über die Vernichtung eines großen Teils an unbezahl-
ten Arbeitspositionen von mithelfenden Familienangehörigen) vermutet
wird - auf die Massendaten der amtlichen Statistik zurückgreifen
(3.2.). Damit werden spekulative Annahmen über "Entwicklungsgesetze"
der gesellschaftlichen Arbeitsteilung überflüssig.

Die folgenden Ausführungen sind Hypothesen zur Bedeutung des unter-
schiedlichen Erwerbsstatus für die Produktion von Erwerbslosigkeit
innerhalb der jeweiligen Arbeitsform. Sie sollen der empirischen
Erfassung der Struktur der Arbeitsformen in 3.2. vorangestellt wer-
den, da auch eine deskriptive Darstellung nicht ohne ein leitendes
analytisches Interesse bei der Auswahl aus der Fülle der verfüg-
baren statistischen Daten über den Arbeitsmarkt auskommt.

(49) Zu den Gegentendenzen einer Rückverschiebung innerhalb der Struktur von bezahlter auf unbezahlte Arbeit vgl. 3.3.

Übersicht 5: Typologie der Arbeitsformen im formellen Bereich (vgl. 1.5.) der Erwerbstätigkeit

Arbeitsort Allokationsprinzip	Haus- oder Familien- wirtschaft	Betrieb
familial	Selbständige Mithelfende Familien- angehörige	Selbständige, soweit familial vermittelt
		Hausgewerbeteilnehmende Heimarbeiter (50)
marktvermittelt	Häuslich Dienende Gewerbehilfen in Hausgemeinschaft	Abhängig Beschäftigte: sonstige Arbeiter, Angestellte, Beamte Selbständige, soweit markt- vermittelt

Die zwei der Typologie zugrundegelegten Dimensionen lassen sich wie folgt ausführen:

1. Wird die Arbeit innerhalb der eigenen Haus- oder Familienwirtschaft ausgeübt oder im Rahmen eines vom Haushalt getrennten Betriebes? Von WEBER wird die Trennung von Arbeitsort und Haushalt als Kennzeichen einer auf Marktwirtschaft beruhenden Bedarfsdeckung verstanden (vgl. WEBER 1964, S. 78). Die Einheit von Arbeitsort und Haushalt kennzeichnet die traditionelle bäuerliche, handwerkliche und kleingewerbliche Lebensweise, die sich bis heute in Randbereichen der ansonsten vorwie-

(50) Diese beiden Kategorien werden in der Erwerbsstatistik seit 1933 unter den Oberbegriff der Arbeiter subsumiert. Die Zahl der Heimarbeiter wird zur Zeit nicht mehr gesondert erhoben. Obwohl es sich bei diesen Arbeitsformen um Tätigkeiten handelt, die für Bedürfnisse von Absatzmärkten und nicht von Angehörigen des gleichen Sozialkontextes produzieren, dürften sie hinsichtlich der Arbeitsorientierung, bes. der Zeitverwendungsstrukturen, eine Zwischenstellung zwischen familialer und der Arbeit abhängig Beschäftigter einnehmen.

gend großbetrieblich-industriellen Arbeitsorganisation erhalten hat.

2. Findet die Allokation, d.h. die Zuordnung von Personen zu den Arbeiten oder in der Terminologie von WEBER 1964 (S. 82) die

"...besondere Art von

Verteilung und Verbindung menschlicher Leistungen zum Zweck der Güterbeschaffung" durch

- "autonome Orientierung an Marktlagen für Berufsleistungen" (ebd., S. 104), d.h. marktvermittelt oder durch
- "heteronome Zuteilung von Leistungen" innerhalb der Familie aufgrund askriptiver Kriterien, d.h. familiär vermittelt statt?

Die Einordnung der Mehrzahl der Selbständigen in die Kategorie familial/Betrieb erscheint insofern berechtigt, als diese Gruppe aufgrund des Eigentums an Arbeitsmitteln zum großen Teil der Notwendigkeit des Anbietens von Leistungen auf dem Arbeitsmarkt enthoben ist und die selbständige Führung eines Betriebes sich auch heute noch in den meisten Fällen, so v.a. bei den Eigentümern landwirtschaftlicher und handwerklicher Betriebe, die einen großen Anteil der Selbständigen stellen, über die askriptive Zuteilung dieser Position im Rahmen der Herkunftsfamilie, etwa über das Erbe, vermittelt.

Die Kategorisierung der Erwerbsarbeits-Formen nach den Kriterien Arbeitsort und Allokationsprinzip stellt auf die bereits der Unterscheidung von beruflicher und familialer Arbeit zugrundegelegten Arbeitsmuster ab.

Die räumliche Einheit von Arbeitsort und Haushalt sowie das familiäre Allokationsprinzip werden hier als operationale Definitionen für das Überwiegen von Elementen der Bedürfnis- resp. Aufgabenorientierung der Arbeitsform verstanden, deren Charakteristika für die familiäre Arbeit angegeben wurden.

Diese zwei Dimensionen sind wiederum für das potentielle Risiko von Erwerbslosigkeit für seine Träger relevant, wie es durch die jeweilige Arbeitsform hervorgebracht wird (51).

(51) Daß im Gefolge des sektoralen Strukturwandels der Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft stark zurückging und damit auch die Zahl der hier konzentrierten mithelfenden Familienangehörigen, kann als exogener Einfluß verstanden werden, der nicht aus der bestimmten Arbeitsform hervorgeht.

Die räumliche Einheit von Arbeitsort und Haushalt indiziert den Ausführungen von WEBER folgend eine dahinterstehende Logik des Arbeitens, die sich in der familiären bzw. der informellen Arbeit in der Selbstversorgungswirtschaft wiederfindet. Gearbeitet wird für die Bedürfnisse der Haushaltsgemeinschaft (52) (Selbstversorger) resp. für einen umgrenzten Markt auf niedriger Stufenleiter (53), so daß eine Produktion, die am "Bedürfnis" vorbeigeht - idealtypisch - schon im Ausgangspunkt verhindert wird.

Die für "kleine Selbständige" und mithelfende Familienangehörige "typische" Arbeitsorientierung - Gemeinsamkeiten mit familialer Arbeit

Auch in der Arbeitsorientierung liegen immer der idealtypischen Unterscheidung folgend charakteristische Unterschiede für die nach Arbeitsort und Allokationsprinzip kategorisierten Arbeitsformen vor.

Die Erwerbsarbeit in der Haus- und Familienwirtschaft - sowohl von mithelfenden Familienangehörigen als auch von den allerdings im Verschwinden begriffenen beschäftigten Arbeitnehmern (54) - sowie die Arbeit von familiär vermittelten Selbständigen v.a. in kleinen Betrieben zeichnet sich durch eine der familiären Arbeit strukturell ähnliche aufgabenorientierte Arbeitsorientierung aus. Die Elemente dieses Musters sind

- der Abbau der räumlichen und zeitlichen Trennung von Arbeit und sonstigem Leben, zum Teil Ineinander-Übergehen von Erwerbsarbeit und familialer Arbeit

(52) Bei der Kategorie häuslicher Arbeitsplatz/abhängig beschäftigt liegt das auf der Hand.

(53) Ähnlich wie bei der bedarfskunden-orientierten Auftragsproduktion der zünftischen Handwerker der spätmittelalterlichen Städte, die sozialhistorisch die Zwischenstufe zwischen archaischer bäuerlicher Selbstversorgung und industrieller Produktion für den Markt darstellt (WEBER 1964).

(54) Für die Arbeit der "persönlich Dienenden" dürfte wohl am ehesten die von WEBER angenommenen Typen der "traditionalen" und "affektuellen" "Arbeitswilligkeit" zutreffen (WEBER 1964, S. 91)..

- Arbeitszeit und -intensität werden nach den inhaltlichen Anforderungen der Aufgabe festgelegt und nicht nach äußeren Vorgaben. Die Modalitäten der Arbeitsverausgabung hängen nicht von kontraktuellen Vereinbarungen zwischen den Arbeitsmarktparteien ab.

Die "Appropriation von Beschaffungsmitteln" (WEBER 1964, S. 113) und "Eigenverfügung über den Arbeitshergang" bei selbständigen Eigentümern von Betrieben - soweit sie nicht nur als Rentiers ein mehr oder weniger fixes Einkommen aus dem bloßen Besitz ziehen, sondern mit der Führung des Betriebs beschäftigt sind -

"...bedeutet eine der stärksten Quellen schrankenloser Arbeitsneigung"(ebd).

WEBER sieht darin den "letzten Grund" für die Fortexistenz der kleinen Eigentümer in der großbetrieblich-industriellen Arbeitsorganisation. Der Geltungsbereich der folgenden These läßt sich auf Eigentümer kleiner Handwerks- und Gewerbebetriebe ausdehnen:

"Dies ist der letzte Grund der außerordentlichen Bedeutung des Klein- und zwar insbesondere: des Parzellenbetriebs in der Landwirtschaft, sowohl als Kleineigentümer, wie als Kleinpächter ... Das sehr starke Arbeits-Mehr, welches der ...Kleinbauer in den Betrieb steckt, und die Einschränkung der Lebenshaltung, die er sich im Interesse der Behauptung seiner formalen Selbstständigkeit auferlegt, verbunden mit der in der Landwirtschaft möglichen haushaltsmäßigen Nutzung von erwerbsmäßig, also im Großbetrieb, nicht verwertbaren Nebenerzeugnissen und "Abfällen" aller Art, ermöglicht seine Existenz gerade wegen des Fehlens der Kapitalrechnung und der Beibehaltung der Einheit von Haushalt und Betrieb" (S. 113 f.)

Das oben zusammengefaßte Muster der Aufgabenorientierung geht nicht nur auf die Einheit von Haushalt und Betrieb resp. auf die damit oder mit dem Status "selbständig" korrespondierende Eigenverfügung über den Arbeitshergang zurück. Es resultiert auch aus den spezifischen familiären Interaktionsstrukturen, in die Arbeit v.a. von mithelfenden Familienangehörigen (meist: jugendliche Söhne und Töchter, Ehefrauen von Selbständigen, oft auch unverheiratete Frauen in der Hauswirtschaft), aber auch von Selbständigen (die z.B. Erben eines Bauernhofs sind) eingebunden ist. Ähnlich wie bei familialer Arbeit bringen hier - wiederum idealtypisch - die weitgehend emotionalen, aber auch traditionalen Beziehungen (vgl. WEBER 1964,

S. 17 f.) innerhalb der (Groß)familie die für familial vermittelte Erwerbsarbeit charakteristische Orientierung an der Aufgabe hervor.

1.6.2. Der historische Wandel der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit

Die historischen Entwicklungstendenzen einer zunehmenden Vermarktung der Arbeit, die keineswegs unilinear und irreversibel verlaufen, schließen nicht nur die Verschiebung von unbezahlter Arbeit im Bereich der Selbstversorgungswirtschaft auf bezahlte Erwerbsarbeit ein. Sie bestehen auch in einer Verschiebung innerhalb der Struktur der Erwerbsarbeit.

Die Typologie in Übersicht 5 erlaubt es, diesen Prozeß anhand der Berufszählungs- und Erwerbsstatistik für das letzte Jahrzehnt empirisch-deskriptiv nachzuvollziehen (vgl. 3.2.). Die zunächst nur quantitativ dargestellten Umstrukturierungen zwischen häuslicher und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit, zwischen Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen und beschäftigten Arbeitnehmern spiegeln qualitative Transformationen innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wider, wenn die oben aufgestellten Hypothesen über die Zuordnung bestimmter Arbeitsmuster zu bestimmten Formen von Erwerbsarbeit einen Aspekt der sozialen Realität erfassen. Eine Dimension dieses Wandels in der gesellschaftlichen Arbeit liegt in dem mit der Vermarktung der Arbeit wachsenden Risiko von Erwerbslosigkeit.

Einen Eindruck von der quantitativen Dimension des säkularen Wandels in der Struktur der Erwerbsarbeitsformen im Deutschen Reich, bzw. der Bundesrepublik (55) geben folgende Zahlen:

Im Deutschen Reich waren 1882 (56) 68% aller Erwerbstätigen unselbstständige, abhängige Arbeitnehmer und 32% selbständig und mithelfende Familienangehörige (57).

(55) Bei solchen Zahlen müssen die unterschiedlichen Erhebungsmethoden und -konzepte beachtet werden (vgl. WILLMS 1980, S. 11 ff.). Sie erlauben nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit.

(56) Der Zeitpunkt der ersten (einheitlichen und differenzierten) amtlichen Berufszählung, die als Vollerhebung durchgeführt wurde. Die mithelfenden Familienangehörigen wurden in den ersten Zählungen bis 1925 systematisch untererfaßt; deshalb wird ihre Zahl für 1882 meist - so auch hier - geschätzt.

(57) Zahl nach TILLY 1982, S. 277.

Im Jahresdurchschnitt 1983 betrug der Anteil der letzteren Kategorie nur noch 13%, d.h. ca. ein Drittel des Anteils von vor einem Jahrhundert, im Verhältnis zu 87% abhängigen Arbeitnehmern unter den Erwerbstätigen (58).

Noch weit eklatanter stellt sich der soziale Wandel in der Struktur der Arbeitsformen für die Erwerbstätigkeit von Frauen dar:

Tab. 1: Der Anteil der häuslichen und familial vermittelten Arbeitsformen an der Erwerbstätigkeit von (verheirateten und allein-stehenden) Frauen im Vergleich von 1882, 1950 und 1982 (59) in v. Hundert

	1882	1950	1982
Persönlich Dienende	17,9	9,0	1,7 (Hauswirt-schaftl. Berufe)
Mithelfende	40,7	32,0	7,0
Selbständige	12,3	7,6	4,9
Insgesamt	70,9	48,6	13,6

Auf die Bedeutung dieses Strukturwandels der Arbeitsformen für die Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen hat WILLMS 1983a (S. 50) hingewiesen:

Die außerhäusliche Verlagerung der Arbeitsplätze ließ ein wesentli-ches Hindernis für eine langfristige, kontinuierliche Erwerbsbetei-ligung von verheirateten Frauen verschwinden. Die Vermarktung der Arbeit war damit eine wesentliche historische Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Ehe und Erwerbstätigkeit für Frauen (vgl. 4.4.).

(58) Eigene Berechnung nach Zahlen der BA in: BACH et al. 1983, S. 333.

(59) Zahlen bis 1950 nach den amtlichen Berufszählungen (Vollerhebungen) zit. nach WILLMS 1983a, S. 51. Zahlen für 1982 aus: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 97. In dieser Quelle war die Kategorie "persönlich Dienende" nicht verfügbar und wurde deshalb durch die fast deckungsgleiche "hauswirtschaftliche Berufe" ersetzt.

Der Einbezug eines Großteils der erwerbsfähigen Bevölkerung (zu dem Begriff vgl. 2.1.2.2.) in außerhäusliche und marktvermittelte Arbeitsplätze, damit der Rückgang von Arbeitsformen, für die Bedürfnis- und Aufgabenorientierung charakteristisch sind, kann also als ein Indikator für die Modernität einer Gesellschaft verstanden werden. Daß dieser Vermarktungsprozeß keineswegs ein unilineares irreversibles Entwicklungsgesetz ist, sondern von einer Vielzahl von Einflußgrößen unterbrochen, beschleunigt oder gebremst wird, wird an dem Überblick über die Entwicklung im letzten Jahrhundert deutlich. Das Jahr 1950 bildet in bezug auf die Modernität der Erwerbsstruktur einen "Rückschritt" hinter die Vorkriegszeit (für die die Zahlen hier nicht ausgewiesen sind). Der kriegsbedingte Rückgang an Nachfrage nach abhängiger Erwerbsarbeit wurde zu einem großen Teil durch die Aufnahme der "überschüssigen" Erwerbsbevölkerung durch "vormoderne" subsistenz- und hauswirtschaftliche Arbeitsplätze aufgefangen. Dieses Beispiel macht deutlich, wie singuläre historische Ereignisse und politische Eingriffe sozialhistorische Entwicklungslinien durchbrechen.

2. Deskription der Entwicklung des Ungleichgewichts im formalen Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik 1973 - 1983 mit Hilfe von amtlichen statistischen Daten und Entwicklung von zentralen Fragestellungen für einen soziologischen Zugang zur Erklärung einiger Entstehungsbedingungen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit
- 2.1. Die Erfassung der Erwerbslosigkeit in der amtlichen bundesdeutschen Statistik: Eine kritische methodologische Reflexion der unterschiedlichen Erhebungsinstrumente und -konzepte und ihrer Brauchbarkeit für eine differenzierte Analyse der Arbeitslosigkeit
- 2.1.1. Die Abhängigkeit der Begriffsdefinition und des Erhebungskonzepts für Erwerbslosigkeit von der Fragestellung

Die oft beklagte (1) Schwierigkeit, wissenschaftlich eindeutige Kriterien für die Abgrenzung des Begriffs Erwerbslosigkeit zu finden (2), die allgemein anerkannt wären und einer einheitlichen massenstatistischen Erhebung des Merkmals zugrundegelegt werden könnten, geht nicht nur auf den noch mangelhaften Stand der Theoriebildung zurück. Weit mehr zeugt die Vielfalt der Paradigmata und der darauf gründenden Erhebungsmethoden - seien sie nun in der amtlichen Statistik durchgeführt oder nur programmatisch vorgeschlagen - von unterschiedlichen Fragestellungen der mit dem Arbeitsmarktgeschehen befaßten Einzelwissenschaften und theoretischen Konzeptionen innerhalb derselben. So kann auch nicht erwartet werden, daß es eine allgemein gültige "objektive" Angabe über die Zahl der Erwerbslosen (resp. Arbeitslosen) geben könnte, wie es die politisch-ideologische Diskussion über die allmonatlich in Nürnberg von der BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (im weiteren BA) bekanntgegebenen "neusten Arbeitslosenzahlen" suggeriert.

(1) Vgl. zusammenfassend dazu ESENWEIN-ROTHE 1978.

(2) Hier wie i.F. wird der Begriff Erwerbslosigkeit wie in Abschnitt 1.4.1. ausgeführt in Unterscheidung zur Arbeitslosigkeit im engeren Sinn verwendet.

Diese wie jede andere erhobene oder geschätzte Zahl der Erwerbslosigkeit ist gebunden an eine spezifische Fragestellung, an ein bestimmtes kulturell normiertes und/oder interesegeleitetes Verständnis der darin verwendeten Begriffe und schließlich an ein mit methodologischen Vorzügen und Mängeln behaftetes Erhebungsinstrument und -konzept. Dies muß bei der theoretischen Interpretation der Zahlen stets mit bedacht werden.

Aus der Fülle theoretisch möglicher Problemstellungen lassen sich drei Betrachtungsweisen herausgreifen (vgl. SCHOMAKER 1978, S. 6ff.), die nicht identisch mit den die amtliche Statistik leitenden Fragestellungen sind (vgl. 2.1.2.).

Die beiden ersten, zumeist in der volkswirtschaftlichen Beschäftigungstheorie eingenommenen stellen nicht auf die Betroffenheit von Personen, sondern auf den makroökonomischen Sachverhalt der Unterbeschäftigung ab.

In der vergangenheitsbezogenen ökonomischen Betrachtungsweise heißt die Frage etwa: Wieviele Menschen haben während eines bestimmten Zeitraums ihren Arbeitsplatz verloren?

Bei der zukunftsbezogenen ökonomischen Perspektive dagegen stellt man sich die Frage:

Wieviele Personen sind in einem Land ohne Erwerbsarbeit, obgleich sie bereit und in der Lage sind zu arbeiten? Dazu gehören nicht mehr wie noch im 1. Ansatz die aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, dafür aber alle die, die nach einer Unterbrechung wieder oder das erste Mal Erwerbsarbeit suchen. Nicht zu berücksichtigen sind die Personen, die zwar arbeitslos gemeldet sind, aber keine Arbeit suchen. Dies ist gleichzeitig die Frage, wieviel Arbeitsplätze theoretisch geschaffen werden müßten (oder besetzt), um "Vollbeschäftigung" zu erreichen, Sie stellt auf angenommene Fehlleistungen des Beschäftigungssystems ab und legt damit implizit oder explizit eine bestimmte Norm für Vollbeschäftigung zugrunde:

"Das Ziel Vollbeschäftigung beinhaltet die Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren, d.h. die Verwirklichung eines möglichst hohen Ausnutzungsgrads des jeweiligen Angebots an Arbeits- und Kapitalleistungen" (SCHNEIDER 1977, S. 480).

Wie jedoch das Ziel "möglichst hoher Ausnutzungsgrad des Angebots an Arbeitsleistungen" zu operationalisieren und mit welchen Meßmethoden eine mangelhafte Zielerreichung diagnostiziert werden kann, darüber herrscht in der wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Diskussion Uneinigkeit. Konsens besteht jedoch darüber, daß die von der BA errechneten Arbeitslosenquoten (Anzahl der registrierten Arbeitslosen im Verhältnis zur abhängigen Erwerbsbevölkerung) den Grad der Unterbeschäftigung nur mangelhaft anzeigen können und etwa durch die Zahl der Kurzarbeiter ergänzt werden müssen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der sich gemäß seiner Aufgabenstellung für den "nicht ausgenützten Teil des Arbeitskräftepotentials" (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1966, S. 41 f.) interessiert, kommt bei Zugrundelegung dieses Ansatzes auf das Resultat:

- "Die Statistik der Arbeitslosen weist nur einen Bruchteil der tatsächlichen Beschäftigungseinbußen aus ... Der nicht ausgenutzte Teil des Arbeitskräftepotentials und damit die Unterbeschäftigung nimmt auch zu,
- wenn ausländische Arbeitskräfte keine Beschäftigung mehr finden und zeitweilig in ihre Heimatländer zurückkehren;
 - wenn Arbeitswillige mangels Beschäftigung aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ohne sich arbeitslos zu melden...
 - ...
 - wenn jemand, der bisher nicht erwerbstätig war, von der Arbeitssuche abgehalten wird, weil offenkundig Arbeitsgelegenheiten fehlen" (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1966, S. 41 f.).

Die hier angesprochene Problematik der Erfassung des Personenkreises von zwar erwerbsarbeitswilligen, aber nicht beim Arbeitsamt registrierten Erwerbslosen soll unter 2.1.2. (zu 4) näher beleuchtet werden. In dem hier zitierten Gutachten des SACHVERSTÄNDIGENRATS wird der Personenkreis sehr weit gefaßt, stammt es doch aus einer wirtschaftlichen Periode, in der auch eine weitgehende Vollbeschäftigungsnorm noch realisierbar schien.

Die volkswirtschaftlich orientierte Diskussion legt bei dieser Perspektive der quantitativen Erfassung der "Unterbeschäftigung" eine bestimmte Soll-Vorstellung für den Grad der Auslastung des menschlichen Produktionsfaktors in abhängiger Erwerbsarbeit zugrunde, die sie aus dem übergeordneten Ziel der gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung durch Wachstum des formellen Sektors der Wirtschaft legitimiert. Im Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) vom Juni 1969 wird dieses Ziel so kodifiziert:

"Die Maßnahmen nach diesem Gesetz sind im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darauf auszurichten, daß ein hoher Beschäftigungsstand erzielt und aufrechterhalten, die Beschäftigungsstruktur ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird" (§ 1 des AFG, zit. nach BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 1979, S. 33).

In diese Norm gehen aber als Prämissen mittlerweile zunehmend umstrittene Werturteile über die Legitimität des Wachstums des formellen Sektors der Wirtschaft und der Erwerbsarbeit ein.

Explizit wird diese Wertorientierung, die bestimmte Formen von Arbeit anderen gegenüber höher einstuft, dann, wenn die berufliche Eingliederung von verheirateten Frauen als eine Maxime für die Maßnahmen der BA gesetzlich fixiert wird:

"Maßnahmen ... haben insbesondere dazu beigetragen, daß ... Frauen, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarkts erschwert ist, weil sie verheiratet oder aus anderen Gründen durch häusliche Pflichten gebunden sind oder waren, beruflich eingegliedert werden" (§ 2 Abs. 5, zit. nach ebd.).

Berufliche, am Markt angebotene Arbeit wird implizit als primäre Weise der Identitätsverwirklichung und Entwicklung sozialer Kompetenzen dargestellt und überhöht, Arbeit, die im Kontext der Familie geleistet wird, als Schranke für Erwerbsarbeit, als "häusliche Pflicht" abgewertet. Meine noch auszuführende These ist, daß das AFG von 1969 ein Ausdruck des seit Ende der 60er Jahre einsetzenden kulturellen Wandlungsprozesses verschiedener Arbeitsrollen in den politischen Institutionen der Bundesrepublik ist (vgl. 4.4.5.2.).

Solche gesetzlich kodifizierten Normen, auf die die BA als Träger der Arbeitsvermittlung und statistischen Erfassung der Erwerbslosen verpflichtet ist, prägen damit auch die bei der Erhebung zugrundegelegten Konzepte und Kategorien, insbes. die Abgrenzung der auch im SVR-Gutachten angesprochenen Kategorie "Stille Reserve" (vgl. dazu 2.1.2.2. zu 4).

Nun läßt sich gegen eine solche normativ orientierte Perspektive, die bspw. von der "Eingliederung möglichst aller verheirateter Frauen in die Erwerbstätigkeit" ausgeht, prinzipiell nichts einwenden, wenn der normative Bezug als solcher kenntlich gemacht wird. Ideologisch wird eine solche Perspektive immer dann, wenn die eigenen Werturteile über die Höherrangigkeit der Erwerbsarbeit als objektiv gültige Handlungsmotivationen dem Erhebungsobjekt untergeschoben werden und mit den so geschaffenen Kategorien von eigentlich erwerbsarbeitswilligen, aber "resignierten" Erwerbspersonen ein schein-objektiver Befund über den "tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit" erzielt wird.

Ein Beispiel für solche Tendenzen in der einschlägigen Diskussion scheint mir die Erstellung von NOLL vorgeschlagenen "sozialen Indikatoren für den Arbeitsmarkt" zu sein (NOLL 1978, S. 112 ff.). NOLL geht aus von der Ergänzungsbedürftigkeit der herkömmlichen Arbeitsmarktstatistiken, deren vorherrschende Orientierung die "Dokumentation von Marktvorgängen" sei, d.h. "die quantitative Erfassung von Arbeitsmarktungleichgewichten" und fordert stattdessen

"...Maße zu benennen, die es erlauben, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des als Beschäftigungssystem bezeichneten institutionellen Netzes im Hinblick auf die entsprechenden gesellschaftlichen Werte und politischen Ziele oder letztlich die Bedürfnisse des Individuums zu beurteilen" (NOLL 1978, S. 124).

Die hier vorgenommene Gleichsetzung von "gesellschaftlichen Werten" in bezug auf Teilnahme am Erwerbsleben und "Bedürfnissen des Individuums" ist aber so absolut wohl nicht haltbar, was aus der in 1.5. dargelegten Gegenüberstellung der Vielzahl der informellen Arbeitsrollen und der dominanten Norm der Erwerbsarbeit hervorgeht.

Diese Vermischung setzt sich bei ihm im Entwurf von "idealen Indikatoren" für "die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts" im bezug auf die "Realisierung von Beschäftigungswünschen" (ebd., S. 127) fort. Hier nimmt er einen Typus der "latenten Arbeitslosigkeit" an, für den als idealer Indikator gelten soll:

"Nicht-Erwerbstätige, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, aber unter den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen und infrastrukturellen Bedingungen dazu nicht in der Lage sind" (ebd.).

Problematisch scheint mir daran zu sein, wie ein latenter Wunsch nach Erwerbstätigkeit objektiv erhoben werden kann, wenn er nicht verhaltenswirksam wird und ob damit nicht der Ineinsetzung von Werturteil des Forschers und Wunsch des Befragten der Weg bereitet ist. Dies ist die Schwierigkeit aller Schätzung des Erwerbspersonenpotentials, die neben den tatsächlichen Erwerbspersonen auch Personen einschließen soll, deren Wunsch, in das Erwerbsleben einzutreten, nicht verhaltensrelevant wird.

Wichtiger für meine Untersuchung ist die dritte neben den beiden erstgenannten Fragestellungen, welche auf den makroökonomischen Sachverhalt der Arbeitsplatzvernichtung resp. -defizits abzielen. SCHOMAKER nennt sie die "soziale Betrachtungsweise":

"Wieviele Menschen sind zu einem Zeitpunkt von Arbeitslosigkeit direkt betroffen?" (SCHOMAKER 1978, S. 9).

Doch auch bei dieser Betrachtungsweise ergibt sich, anders als es SCHOMAKER nahelegt, je nach dem verwendeten Begriff für Arbeitslosigkeit eine andere quantitative Dimension derselben. Auf jeden Fall muß unterschieden werden zwischen dem

- sozialstatistisch operationalisierbaren, weil formalisierten Erwerbslosenstatus und der
- Bedeutung dieses formellen Status für die psychosoziale Lebenslage der davon Betroffenen (vgl. 1.4.1.).

Inwiefern der formelle Erwerbsstatus "erwerbslos" mit Arbeitslosigkeit, d.h. mit deren typischen psychosozialen Belastungen verknüpft ist, kann nicht direkt aus den sozialstatistisch erhobenen Daten gefolgert werden: Die Verknüpfung dürfte nach den Ausführungen über

die Vielfalt der Arbeitsrollen (1.3, 1.5, 1.6), die Unterscheidung zwischen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit (1.4.1.) und der Heterogenität der sozialen Lage Erwerbslosigkeit insbesondere abhängen von der

- Verfügbarkeit alternativer Rollen, v.a. Arbeitsrollen
- Zentralität der Erwerbsarbeitsrolle
- Arbeitsmotivation und der sich daraus ergebenden
- Intensität der Wiederbeschäftigungsbemühungen (vgl. Schema 1 in 1. und 4.1.)

Alle diese Variablen, die über den Umfang der Arbeitslosigkeit entscheiden, entziehen sich aber einer direkten Messung durch die amtliche Statistik (vgl. 2.1.2.). Der wichtigste Grund dafür liegt darin, daß dort nur "objektive" Daten, nicht aber Wertorientierungen und Einstellungen erhoben werden (3).

Zudem wird ein großer Teil der in den Arbeitsämtern registrierten Informationen bspw. über die Intensität der Wiederbeschäftigungsbemühungen von dort erfaßten Arbeitslosen anhand von Indikatoren wie regionaler und beruflicher Mobilität, Ablehnung von Vermittlungsvorschlägen etc. aus Datenschutz- u.a. Gründen nicht ausgewertet und verfügbar gemacht.

(3) Dieses Defizit der amtlichen Statistik war einer der Gründe für die Einrichtung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) durch das ZUMA in Mannheim, einer zweijährlich seit 1980 stattfindenden Umfrage mit einem repräsentativen Querschnitt der über 18-jährigen Deutschen im Bundesgebiet. Hier werden neben Struktur- und Verhaltensdaten auch Wertorientierungen und Einstellungen, so auch die Arbeitsorientierung erhoben. Wegen der Einschränkung der Population auf über 18-jährige Deutsche und des Berichtszeitraums auf die 80er Jahre sind diese Daten jedoch für die hier angestellte Analyse des Arbeitsmarkts seit 1973 nicht geeignet. Allerdings werden Teilergebnisse zur empirischen Abstützung der Hypothesen zur Arbeitsorientierung herangezogen (vgl. S. 51 f.).

So ist eine differenzierte quantitative Erfassung der Arbeitslosigkeit im engeren Sinn angewiesen auf repräsentative empirische Studien über registrierte Arbeitslose neben der amtlichen Statistik (4) bzw. über wichtige Subpopulationen wie die im Jahr 1978 durchgeführte repräsentative empirische Erhebung über als arbeitslos registrierte Frauen (5), die bereits im Erhebungskonzept das Interesse auf Variablen wie die relative Bedeutung von Erwerbsarbeit im Vergleich zu Alternativrollen richten.

Zum anderen können die von der BA jeweils für Mai und September herausgegebenen Strukturanalysen der Bestände an registrierten Arbeitslosen (resp. der Zu- und Abgänger in und aus diesem Status) sowie differenzierte, auf den Massendaten beruhende Meßkonzepte wie die dynamische Analyse von Bewegungsgrößen näherungsweise Hinweise über den Umfang der Arbeitslosigkeit im engeren Sinn liefern (vgl. 2.5.).

Ein solches Verfahren ist auf Hypothesen über den Zusammenhang der oben genannten theoretischen Variablen der Erwerbsarbeitsorientierung mit in der amtlichen Statistik erhobenen personenbezogenen Merkmalen verwiesen.

Bevor die Tauglichkeit der amtlichen Statistik für eine solche differenzierte Erfassung der sozialen Lage Arbeitslosigkeit ausgelotet wird, sollen zunächst die in der Bundesrepublik existierenden wich-

-
- (4) Davon gibt es für die Bundesrepublik bisher zwei, allerdings schon einige Jahre zurückliegende:
Die Repräsentativbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von 6.063 Erwachsenen aus dem Herbst 1975, die im September 1974 arbeitslos gemeldet waren, deren Ergebnisse Chr. BRINKMANN 1976 zusammengefaßt und die Studie des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen aus Köln (ISO) über 1300 Arbeitslose und einer ebenso großen Vergleichsstichprobe von Erwerbstätigen aus ausgewählten Arbeitsamtsbezirken Nordrhein-Westfalens aus dem Jahr 1976 (Zusammenfassung von PINTAR 1978) stellen m.E. die bislang methodisch am besten abgesicherten Studien (genügend große Stichprobe, repräsentative Auswahl, Vergleichsstichprobe, standardisierte Umfrage) aus der BRD zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit dar.
- (5) Vgl. HEINEMANN 1980 und 4.4.1.

tigsten massenstatistischen Datenquellen über Erwerbslose, die Arbeitslosenzählung der Bundesanstalt für Arbeit und die Erwerbslosenstatistik des Statistischen Bundesamts vergleichend vorgestellt werden (6). Der Schwerpunkt soll neben der Darstellung auf einer kritischen methodologischen Reflexion der dort verwendeten Erhebungsinstrumente und -konzepte liegen, insbesondere im Hinblick auf die Angemessenheit der zugrundegelegten theoretischen Definitionen für Erwerbslosigkeit und auf die Entsprechung von deren Bedeutung mit den gemessenen Variablen (Validität) (7). In Zahlenvergleichen der registrierten Erwerbs- und Arbeitslosigkeit werden die durch unterschiedliche Erhebungskonzepte bedingten Abweichungen dargestellt.

-
- (6) Auf die Darstellung der in der Bundesrepublik in den Jahren 1951, 1960 und 1970 erfolgten Volks- und Berufszählung, die als Totalzählungen nach dem gleichen (Erwerbspersonen)konzept wie der Mikrozensus (Repräsentativstatistik) den Status "Erwerbslosigkeit" erfaßt haben, soll hier nicht eingegangen werden. Diese Daten sind nämlich für den hier interessierenden Zeitraum 1973-1983 nicht brauchbar. Zu den Unterschieden in der Abgrenzung des Erwerbslosenstatus zwischen dem Mikrozensus seit 1968 und den Volkszählungen vgl. ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 30.
- (7) Für die Erfüllung der Anforderung der Validität durch ein empirisches Erhebungsinstrument ist nach allgemein geteilter wissenschaftstheoretischer Auffassung seine Objektivität (seine Ergebnisse dürfen nicht von individuellen Eigenschaften der Benutzer abhängen) und Zuverlässigkeit (das Instrument muß unter den gleichen Bedingungen auch gleiche Ergebnisse bringen) logisch vorausgesetzt. Insbesondere die Objektivität der amtlichen Erhebung der Erwerbslosigkeit soll daher überprüft werden.

2.1.2. Die Erfassung der Erwerbslosigkeit in der Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (BA) und im Mikrozensus des Statistischen Bundesamts

2.1.2.1. Die Datenquellen: Mikrozensus und Arbeitsmarktstatistik

In der Bundesrepublik (8) stellen der Mikrozensus (9) des Statistischen Bundesamts und die Arbeitsmarktstatistik der BA die zwei wichtigsten Datenquellen für die massenstatistische Erfassung der Erwerbslosigkeit dar. Beide Instrumente arbeiten mit verschiedenen Datenquellen - Stichprobenerhebungen bei Haushalten im Mikrozensus und Total-Karteiauswertungen der registrierten Arbeitslosen im Arbeitsamt - verschiedenen Definitionen und Abgrenzungen der Erwerbslosigkeit (MZ) bzw. Arbeitslosigkeit (Arbeitsmarktstatistik) und verschiedenen Erhebungskonzepten, die im folgenden dargestellt werden sollen.

Der Mikrozensus (MZ) (10) ist eine jährliche Stichprobenerhebung des Statistischen Bundesamts für eine bestimmte Berichtswoche, meist die letzte im April (Woche ohne Feiertage). Er wird als Repräsentativbefragung der (deutschen und ausländischen) "Bevölkerung und des Erwerbslebens" im Bundesgebiet mit einem Auswahlatz von 1% durchgeführt. Das entspricht einer Befragung von 230.000 Haushalten (ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 30).

(8) In einer Reihe von Ländern, insbes. in den USA, werden die amtlichen Arbeitslosenzahlen nur durch monatliche Haushaltsstichproben vergleichbar mit dem MZ ermittelt. Für internationale Vergleiche sind daher stets die national unterschiedlichen Erhebungsverfahren zu beachten. Wendet man diese auf ein- und denselben Arbeitslosenbestand wie 1975 auf die Erwerbslosen in der BRD an, entstehen erhebliche Abweichungen bis zu fast 800.000 Personen bei einer offiziell registrierten Arbeitslosenzahl von 1.074.000 (vgl. Tab. 3 bei ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 41).

(9) Der MZ liefert seit Oktober 1957 neue Ergebnisse über das Erwerbsleben, d.h. sowohl Daten über Erwerbstätigkeit (vgl. SPERLING 1959) als auch über Erwerbslosigkeit. Bei der Erfassung der Erwerbstätigkeit kann er die bis 1957 verwendeten Teilstatistiken des Erwerbslebens weitgehend ersetzen und wird von mir in Kap. 2 ebenfalls herangezogen, da in Vergleichen für denselben Berichtszeitraum die Zahlen des MZ weitgehend bestätigt wurden (vgl. ebd.), zum anderen sein besonderer Vorzug für die Erwerbsstatistik die Unabhängigkeit von Verwaltungsbegriffen und rechtlichen Definitionen ist.

(10) Für die Darstellung des MZ vgl. STEIGER 1983, S. 211f., STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 95 und ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 30 ff.

Bei der Interpretation der Zahlen ist also der Unsicherheitsbereich durch einen nicht unbeträchtlichen Stichprobenfehler (insbesondere bei schwach besetzten Tabellenfeldern) zu beachten. Bei den vorgestellten Ergebnissen handelt es sich nämlich stets um hochgerechnete Zahlen:

"Die Basis für die Hochrechnung bilden die Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung ... Dabei ist zu beachten, daß die Bevölkerungsfortschreibung mit zunehmenden zeitlichen Abstand zur letzten Volkszählung Abweichungen aufweist, die in erster Linie auf nicht erfolgte Abmeldungen, insbes. von Ausländern, zurückzuführen sind. Derartige Abweichungen - erfahrungsgemäß meist Überhöhungen - wirken sich bei der Anpassung des MZ an die Eckzahlen der Bevölkerungsfortschreibung auch auf die Stichprobenergebnisse aus" (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 95).

ESENWEIN-ROTHE folgert daraus, daß zwar für die Gesamtzahlen der Stichprobenfehler noch berechenbar sein mag, die Fehlermarke bei disaggregierten Angaben jedoch kaum abzuschätzen sei (ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 32).

Gleichwohl erlaubt der MZ bei einer Erwerbslosenzahl von fast immer mindestens einer Million seit 1973 und einem Auswahl satz von 1% in den meisten Fällen noch signifikante Strukturangaben für die Erwerbslosen in tiefer Gliederung.

Zu beachten ist weiterhin die eingeschränkte Tauglichkeit der Zeitreihen des MZ für Längsschnittuntersuchungen: Die erfaßten Personengruppen stimmen aufgrund der Rotation eines Teils der Haushalte (ein Viertel wird in jedem Jahr neu ausgewählt) und von Geburten und Sterbefällen, Zu- und Fortzügen nicht total überein, wie es für echte Verlaufsuntersuchungen in bezug auf betroffene Personen erforderlich wäre. Solche Verlaufsergebnisse aus dem MZ für bestimmte Zeiträume sind gleichwohl verfügbar, da identisch mit der EG-Arbeitskräftestichprobe für einige Jahre (bspw. für den Vergleich 1977-76, 1979-78, 1981-80 vgl. MAYER 1981, S. 245), in der Angaben aus einer 0,5% Unterstichprobe zusammengeführt wurden und so z.B. der Erwerbsstatus für die Individuen verglichen werden konnte. Ein

solches Verfahren ist für die Analyse der Verfügbarkeit von Alternativrollen für Erwerbslose geeignet. Hier wird auch in differenzierter Weise die Arbeitssuche der Erwerbslosen erhoben.

Ansonsten erlauben die Zeitreihen der Erwerbslosen in ihrer Gesamtheit bzw. nach bestimmten Merkmalen untergliedert, durchaus Aussagen über die Entwicklung des Aggregats Erwerbslosigkeit im Zeitverlauf.

Der Mangel des Berichtswochenkonzepts im MZ besteht v.a. darin, daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen v.a. aufgrund der im Jahresverlauf schwankenden und im April vergleichsweise niedrigen saisonalen Arbeitslosigkeit (abgesehen von sonstigen Schwankungen der Arbeitsmarktlage im Jahresverlauf) unterschätzt wird, wenn sie als Durchschnittszahl für das ganze Jahr interpretiert wird. Nach dem Saisonbereinigungsverfahren der Deutschen Bundesbank beträgt die mittelfristig übliche Differenz zwischen den Extremen im Jahresverlauf Januar und September rund 370.000 (vgl. SCHOMAKER 1978, S. 18), die Berichtswoche Ende April liegt jedoch in etwa in der Mitte zwischen diesen Extremen.

Die einzige regelmäßig als Totalzählung durchgeführte Statistik für Erwerbslose ist die Arbeitsmarktstatistik der BA.

Die üblicherweise in der politisch-ideologischen Diskussion verwendeten "Arbeitslosenzahlen" werden wie die Erwerbslosenzahlen des MZ nicht im Hinblick auf eine der Fragestellungen unter 2.1.1., sondern als verwaltungstechnische Bestandsaufnahme monatlich auf Grundlage der Karteien der Arbeitsämter erhoben. Als arbeitslos registriert wird dabei nur, wer in der Bundesrepublik wohnt, sich beim Arbeitsamt meldet, um wieder in eine abhängige Erwerbsarbeit vermittelt zu werden und we der krank noch erwerbstätig ist - unabhängig davon, ob er zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung berechtigt ist oder nicht.

Damit ist noch unabhängig von einer näheren Untersuchung des zugrundegelegten theoretischen Begriffs von Arbeitslosigkeit und seiner Operationalisierung (vgl. folgenden Abschnitt) der zentrale Mangel dieser Statistik für wissenschaftliche Zwecke angegeben: Die empirische Erhebungstechnik basiert nicht auf einem analytisch interessierten theoretischen Modell, das erlaubt, die erhobenen Daten dementsprechend zu interpretieren. Vielmehr beruhen die Definition für "Arbeitslosigkeit" und das Erhebungskonzept auf dem übergeordneten Interesse der Vermittlung der Erwerbsarbeit-Suchenden in abhängige Beschäftigungsverhältnisse, worauf die Arbeitsämter gesetzlich nach §§ 13-24 des AFG verpflichtet sind. Die in FN 7 explizierten wissenschaftstheoretischen Anforderungen an ein Erhebungsinstrument sind daher von vornherein nur beschränkt einlösbar.

Damit soll nicht bestritten werden, daß die Erhebungskonzeption für "Arbeitslosigkeit" für die Zwecke der amtlichen Statistik und bes. für das Vermittlungsinteresse durchaus zweckmäßig ist und daß damit auch eine valide Erfassung des entsprechend definierten sozialen Status "Arbeitslosigkeit" erfolgt. Eine "Verwendung" der solcherart erfaßten Arbeitslosen muß dabei allerdings im Bewußtsein dessen erfolgen, welchen Begriff von "Arbeitslosigkeit" man damit zugrundegelegt hat.

Wie die Zahlen des MZ sind auch die üblicherweise verwendeten Daten der BA Stichtagsdaten von Bestandsmassen, hier für das Ende eines jeden Monats (zur Einschränkung der Tauglichkeit von Bestandszahlen und Erweiterung um Bewegungsgrößen vgl. 2.5.). Aus diesen Zahlen werden die für Zeitreihen interessierenden (vgl. 2.3.) Jahresdurchschnittszahlen der Bestandsmassen an "Arbeitslosen" gebildet, die die monatlichen Bewegungen zwischen den Beständen innerhalb des Jahres natürlich nicht wiedergeben, aber für mittel- und langfristige Trends aussagekräftig sind.

2.1.2.2. Ein Vergleich der Erhebungskonzepte für Erwerbslosigkeit im MZ und in der Arbeitsmarktstatistik - ihre Brauchbarkeit für eine differenzierte Erfassung der Arbeitslosigkeit

Definition des Stat. Bundesamts 1983 a.S. 96:	Arbeitsamtsstatistik Wer "arbeitslos ist" ...	Mikrozensus Wer "erwerbslos" ist...
Abgrenzung für das Merkmal T. Bezugsgröße im Erhebungsrahmen	"Person ohne dauerhaftes Arbeitsverhältnis, die als Arbeitssuchender beim Arbeitsamt registriert ist"	"Person ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Ar- beitsstelle bemüht, unabhängig davon, ob sie beim Ar- beitsamt als Arbeitsloser gemeldet ist"
2. <u>Erwerbsfähigkeit</u> - nach Alter - nach körperlichen Voraussetzungen	Abhängig beschäftigte Erwerbspersonen	alle Erwerbspersonen
3. <u>Angestrebte Arbeit</u>	muß 15 - unter 65 Jahre sein darf nicht arbeitsunfähig sein	muß älter als 15 Jahre sein, keine Altersgrenze nach oben; darf nicht arbeitsunfähig sein
3.1. nach dem zeitlichen Umfang 3.2. nach der Art der Arbeitssuche Erhebung der Arbeitssuche Intensität der Wiederbeschäfti- gungsbegehren	abhängige Erwerbsarbeit im Betrieb oder als Heimarbeiter, darf keine Ausbildungsstelle suchen mindestens 20 Wochenstunden und über 3 Monate muß der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamts zur Verfügung stehen objektiv: Registratur in Kartei nicht erhoben	abhängige und selbständige Erwerbsarbeit kann auch ausschließlich Ausbildungsstelle suchen keine zeitlichen Limits Meldung bei Arbeitsamt und/oder Suche durch private Vermittlung oder eigene Bewerbung; kann Arbeitssuche bereits abgeschlossen haben subjektiv: Absichtsbezeugung der Befragten dito.
4. Aktueller sozialer Status 4.1. Aktuelle Ausübung von Erwerbsarbeit	darf nicht in Beschäftigungsverhältnis oder in nur kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnis (weniger als 20 Wochenstunden) (§ 102 AfG) stehen darf kein Teilnehmer an Arbeitsbeschäftigungs- maßnahmen oder Vollzeitmaßnahmen zur beruf- lichen Fortbildung sein muß sofort verfügbar sein, darf nicht in schulischer Ausbildung stehen	darf keine einzige St unde erwerbstätig sein
4.2. Verfügbarkeit für angestrebte Erwerbsarbeit		muß nicht sofort verfügbar sein, kann in schulischer <u>Ausbildung stehen</u>

In der Übersicht ist mit der Unterstreichung angegeben, in welchem Erhebungskonzept der betreffende Personenkreis jeweils umfassender definiert ist.

Aus der Übersicht wird deutlich, wie in beide Erhebungskonzeptionen bestimmte definitorische Festlegungen der zur Klassifizierung als "arbeitslos" resp. "erwerbslos" verwendeten Merkmale eingehen. Festlegungen sind nötig, was unter

- Arbeitsfähigkeit
- Arbeitswilligkeit
- Bemühen um Arbeit und
- aktuellen Defizit an Arbeit

verstanden werden soll.

Sie entstehen auf der Grundlage von kulturellen Wertorientierungen und interessen gebundenen normativen Vorstellungen über Arbeit resp. Arbeitslosigkeit. In diesem Sinn sind bei beiden Erhebungskonzeptionen Verzerrungen der Objektivität zu vermuten.

Die beiden Definitionen gemeinsame normative Vorentscheidung ist ein eingeschränktes Verständnis von Arbeit als formeller Erwerbsarbeit (vgl. 1.1.). Damit zielt die Erhebung in beiden Fällen nicht auf Arbeitslosigkeit im engeren Sinn, so wie sie in 1.4.1. von Erwerbslosigkeit unterschieden wurde, also auf die Bedeutung der Erwerbslosigkeit für die psychosoziale Lage der Betroffenen. Insofern die konkreteren und einschränkenden Merkmale

- Verfügbarkeit alternativer Arbeitsrollen
- Zentralität der Erwerbsarbeits- Rolle
- Intensität der Wiederbeschäftigungsbemühungen (vgl. die Ausführungen zur "sozialen Betrachtungsweise" in 2.1.1.) in keinem Konzept in die theoretische Definition von "erwerbslos" bzw. "arbeitslos" eingehen und deshalb auch nicht direkt erhoben werden, kann das Ausmaß der Arbeitslosigkeit im engeren Sinn auch nicht mit dem offiziell erhobenen Umfang der Erwerbslosigkeit übereinstimmen. Diese dürfte daher wahrscheinlich, wenn nicht durch eine theoretisch mögliche Unterschätzung der Erwerbslosigkeit durch die amtliche Statistik kompensiert, weit geringer sein, als es die offiziellen Zahlen wiedergeben.

I.F. soll nun näher auf die Werthaltigkeit der in die Erhebungskonzepte eingegangenen und unterschiedlich operationalisierten Definitionsmerkmale eingegangen und dabei dargestellt werden, welche Personengruppen damit jeweils über- bzw. untererfaßt werden (soweit dies nicht aus der Unterstreichung in Übersicht 6 unmittelbar hervorgeht).

2.1.2.2.1. Die Bezugsgröße im Erhebungsrahmen

Der MZ geht bei der Erfassung der Erwerbslosen vom Erwerbspersonenkonzept aus (11). Dieses untergliedert die (Wohn)bevölkerung nach der Teilnahme am Erwerbsleben und nicht wie früher das an der ständischen Gliederung der Gesellschaft interessierte "Konzept des Hauptberufs" nach Berufen oder das sozialpolitisch interessierte und heute parallel gebräuchliche "Unterhaltskonzept" nach der überwiegenden Quelle des Lebensunterhalts. Die "Erwerbslosen" sind hierin neben den "Erwerbstätigen" als Teilgesamtheit in der Bezugsgröße "Erwerbspersonen" enthalten (vgl. Übersicht 1 in 1.4.1.). Das sind alle

"...Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet ... die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Abhängige) unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit" (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 95).

"Die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und mithelfende Familienangehörige) oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben" (ebd.).

Aus dieser sehr weitgehenden Definition der Beteiligung am Erwerbsleben unabhängig von geleisteter Arbeitszeit und vorwiegenden Lebensunterhalt geht bereits hervor, daß hiermit die Zentralität der Erwerbsarbeitsrolle innerhalb des Rollensets von Individuen nicht erfaßt wird.

(11) Vgl. die Übersicht 1 in 1.4.1. und die Kritik daran. Das Erwerbspersonenkonzept wird heute für die Arbeitsmarktstatistik in fast allen Staaten verwendet.

Die Arbeitsmarktstatistik geht dagegen von der Zuordnung der "Arbeitslosen" zur Bezugsgröße "abhängige Erwerbspersonen" aus, einer Teilgesamtheit der Kategorie "Erwerbspersonen" (vgl. Übersicht 1). So bezieht die allmonatlich berechnete Arbeitslosenquote die registrierten Arbeitslosen auch nur auf die abhängig Beschäftigten (Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende). Dies steht im Gegensatz zu den Empfehlungen des International Labor Office (ILO), die der Berechnung der Arbeitslosenquote in anderen Staaten zugrundeliegen. Hier wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf die Bezugsgröße der Gesamtheit der Erwerbspersonen (12) bezogen. Dies ist ein Verfahren, das gemessen an der Aufgabe des Indikators, nicht realisierte Beschäftigungswünsche anzuzeigen, folgerichtig erscheint, weil auch Selbständige Erwerbsarbeit ausführen. Der Grund für das abweichende Verfahren in der Bundesrepublik liegt wieder im übergeordneten Arbeitsvermittlungsinteresse der BA: Selbständige und mit helfende Familienangehörige treten normalerweise nicht auf dem Arbeitsmarkt als Arbeitssuchende auf. Der Einbezug der Beamten in die abhängigen Erwerbspersonen, die ein relativ geringes Beschäftigungsrisiko haben, erscheint dann allerdings als problematisch.

2.1.2.2.2. Die Definition der Erwerbsfähigkeit

Wer zu dem Personenkreis der demographisch und sozio-institutionell Erwerbsfähigen gehört, ist nur zu einem geringen Teil durch biologische Voraussetzungen festgelegt (vgl. 4.1.). Weit wichtiger sind institutionelle, dem sozialen Wandel unterliegende Bedingungen einer Gesellschaft wie die Mindestdauer einer allgemeinen Schulbildung und der Beginn des Rentenalters. Diese Normen führen zur Einschränkung der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Arbeitsmarktstatistik auf die Altersgruppe 15-65. Wie durch unterschiedliche normative Behandlung der Erwerbsfähigkeit ein Teil der Arbeitslosen aus der Arbeitsmarktstatistik verschwindet, führt KARR am Vergleich der 60er und 70er Jahre aus:

(12) Ein weiterer Grund für die eingeschränkte Vergleichbarkeit der nationalen Arbeitslosenquoten.

"...Ursachen, die die Altersstruktur der Arbeitslosen in den Sechziger Jahren zu der in den Siebziger Jahren hin veränderten:

Ein nicht unerheblicher Teil der Veränderung resultiert allein aus Maßnahmen, die die statistische Gesamtheit tangierten. Genannt sei hier insbesondere das Finanzänderungsgesetz vom 1.1.1968, das praktisch zum Ausscheiden des Großteils der über 65-jährigen Arbeitslosen aus der Arbeitslosenstatistik führt" (KARR 1977, S. 349).

So kann die einfache Umdefinition des formellen Status von bisher "Arbeitslosen" erfolgen, indem die gesetzliche Ruhestandsgrenze vorverlegt wird, ohne daß sich am wirklichen Status der Betroffenen etwas geändert hätte. Ähnliches gilt für die Festlegung der Kriterien für Erwerbsunfähigkeit innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung.

2.1.2.2.3. Das Abgrenzungsmerkmal "angestrebte Arbeit"

Nach der Arbeitsmarktstatistik wird nur als Arbeitsloser registriert, wer ein Beschäftigungsverhältnis als abhängige Erwerbsperson eingehen will. Diese Einschränkung ist wiederum Ausdruck der Vermittlungsaufgabe des Trägers der Statistik, die hier in die Kategorienbildung eingeht. Eine solche Operationalisierung der Variablen Erwerbslosigkeit kann indes das Kriterium der Validität nicht einlösen, da die Heterogenität der Erwerbsstruktur nicht in diese Teilgesamtheit davon aufgelöst werden kann (vgl. 1.6.). Angesichts der zunehmenden Bedeutung der "Neuen Selbständigen" wird evident, daß hier die Kategorienbildung der amtlichen Statistik dem Wandel im Erwerbsverhalten in der Gesellschaft nachhinkt.

Nicht zuzustimmen ist daher auch der Auffassung STIEFELs:

"...man kann nur dort wirklich von Arbeitslosigkeit sprechen, wo die menschliche Arbeitskraft marktmäßig angeboten wird... Damit ist eine Begrenzung der Arbeitslosigkeit auf unselbstständige Erwerbstätige gegeben" (STIEFFEL 1979, S. 10).

Brauchbar scheint aus den genannten Gründen im Hinblick auf Validität die Abgrenzung in der Erwerbslosenstatistik zu sein.

Zudem werden in der Arbeitsmarktstatistik Jugendliche nicht erfaßt, die über das Arbeitsamt ausschließlich eine Ausbildungsstelle suchen, obgleich Auszubildende in der Bezugsgröße "Abhängige Erwerbspersonen" eingeschlossen sind. Von einem analytischen Standpunkt aus erscheint die Zuordnung dieser Gruppe von Jugendlichen zu den am Erwerbsleben Teilnehmenden auch als sinnvoll (vgl. KREUTZ 1981b, S. I).

BACH et al. vermuten, daß gerade in den letzten Jahren angespannter Arbeitsmarktlage so ein großer Teil von Jugendlichen untererfaßt ist (BACH et al. 1983b, S. 329).

Zu 3.1. Zeitlicher Umfang der angestrebten Arbeit

Die Nicht-Bindung der angestrebten Erwerbstätigkeit an einen zeitlichen Mindestumfang ist zwar mit der obigen Definition von Erwerbspersonen konsistent, erfaßt damit aber gerade nicht die Bedeutung des Beschäftigungswunsches für die soziale Lage. Auch Personen, die nur einige Stunden in der Woche und/oder nur kurzfristig erwerbstätig sein wollen, die also nur einen geringen Grad an Erwerbsbindung aufweisen, gelten damit als "erwerbslos". Für diese Gruppe muß demnach auch die Einordnung in meine Kategorie "Arbeitslosigkeit im engeren Sinn" insofern problematisiert werden, als der geringe Grad an Erwerbsbindung ja oft Resultat einer Bindung an dazu alternative Arbeitsrollen ist.

Folgt man den Grundannahmen der mentalen Inkongruenztheorie (TAZELAAR/WIPPLER 1982, S. 2c ff.), wird Unzufriedenheit, die subjektive Folge mentaler Inkongruenzen, als Voraussetzung der psychosozialen Belastungen der Arbeitslosigkeit nur dann auftreten, wenn ein Standard vorliegt, der einen entsprechenden Wunsch nach Teilnahme am Erwerbsleben beinhaltet. Dies muß für diese Gruppen von Erwerbslosen jedoch in Frage gestellt werden (vgl. 1.4.1.).

Die Bindung an einen Mindestumfang von 20 Wochenstunden (die Teilzeitarbeit einschließt) und von 3 Monaten in der Definition "arbeitslos" ist zwar mehr oder weniger willkürlich, kann jedoch zumindest annähernd die Zentralität der Erwerbsarbeits-Rolle indizieren.

Zu 3.2. Art der Arbeitssuche

Es liegt auf der Hand, daß alle Erwerbslosen, die die Arbeitssuche unabhängig von der Vermittlung über das Arbeitsamt betreiben, in der Arbeitsmarktstatistik auch nicht als "Arbeitslose" erfaßt werden. So gefährdet das Prinzip der Freiwilligkeit der Arbeitslos-Meldung die Vollständigkeit der Erfassung. Dieser Personenkreis wird dagegen in der Erwerbslosenstatistik mit einbezogen.

Der Anreiz zum Registrieren-Lassen beim Arbeitsamt ist insbesondere bei allen Personengruppen gering, die damit keinen Anspruch auf Unterstützung durch das Arbeitsamt erhalten. So wirkt sich erneut die Kopplung von administrativen und statistischen Funktionen in der Hand eines Trägers negativ auf die Vollständigkeit der Erhebung aus.

Nicht anspruchsberechtigt auf Leistungen nach dem AFG sind insbesondere Jugendliche nach Abschluß der allgemeinen Ausbildung - einer der Gründe für die Untererfassung von Jugendlichen in der Arbeitslosenstatistik (vgl. zu: 4.2.).

(Zur Problemgruppe der "entmutigten" Arbeitssuchenden, die sich nicht mehr beim Arbeitsamt registrieren lassen vgl.: Zu 4.).

Der Untererfassung dieser Personenkreise steht die Übererfassung all derer gegenüber, die sich beim Arbeitsamt registrieren lassen, ohne primär an einer Erwerbsarbeit-Aufnahme interessiert zu sein. Dafür gibt es verschiedene Motive, in unterschiedlichen Formen - berechtigt oder unberechtigt - Leistungen aus dem sozialen Netz in Anspruch nehmen zu können (vgl. dazu ANBA 1977/8/S. 901 f.).

- Nicht an einer Erwerbsarbeit-Aufnahme interessierte Absolventen der schulischen Ausbildung (vgl. 2.1.2.2.3.), die sich durch eine Aushilfstätigkeit in den Semesterferien resp. (bis 1982 gültig) durch Ableistung des Wehr- oder Ersatzdienstes Ansprüche auf Leistungen des Arbeitsamtes aufgebaut haben.

- Rentenansprüche durch Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit wird unter bestimmten Bedingungen als Ausfallzeit bei der Rentenversicherung anerkannt, auch wenn Arbeitslosenunterstützung oder -hilfe nicht mehr gezahlt werden. Ehefrauen und andere Neben-Erwerbstätige, die keine ununterbrochene Beschäftigung über ihr ganzes Erwerbsleben suchen, bleiben daher zuweilen jahrelang in den Karteien der Verwaltung arbeitslos und bauen sich so einen beitragslosen Rentenanspruch auf.
- Ein ähnliches Motiv ist die Übernahme der Beiträge zur Krankenversicherung durch die Arbeitsverwaltung
- Lohnsteuervorteile durch Arbeitslosigkeit: Arbeitslosengeld und -hilfe sind einkommensteuerfrei. Zeiten, in denen Bürger diese Leistungen beziehen, werden beim Lohnsteuerjahresausgleich oder bei der Einkommenssteuererklärung wie Zeiten ohne Einkommen behandelt. Arbeitslose, die nicht das volle Kalenderjahr arbeitslos waren, erhalten erhebliche Steuerrückzahlungen. Bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit und hohem Arbeitslohn kann das Nettoeinkommen eines Arbeitslosen (Arbeitslosengeld und Steuerrückzahlung) das Nettoeinkommen eines vergleichbaren durchgängig beschäftigten Arbeitnehmers erreichen oder gar übertreffen.

Die BA kommt in dem zitierten Bericht zu dem resignierenden Ergebnis, es bestünde keine Möglichkeit

"...über die quantitative Bedeutung dieser Form der Arbeitslosigkeit genauere Aussagen zu machen" (ANBA 1977/8/S. 901).

Zwar erfolgt die Erhebung des in der theoretischen Definition von "arbeitslos" angegebenen Merkmals "Arbeitssuche" objektiv durch Auswertung der Karteien der Arbeitsämter, während die Erwerbslosenerhebung ohne Rückgriff auf objektive Indikatoren es den Befragten völlig überläßt, durch eine subjektive Absichtsbezeugung sich als "bemühend um eine Arbeitsstelle" einzustufen. In welche Richtung jedoch die Verzerrung des tatsächlichen Umfangs an Erwerbslosigkeit in beiden Konzepten ausschlägt, kann entgegen weit verbreiteter Auffassung in der einschlägigen

Literatur (vgl. SCHOMAKER 1978, S. 10ff. und SCHETTKAT 1983, S. 238), die stets von einer weniger restriktiven Abgrenzung in bezug auf dieses Merkmal in der Erwerbslosenstatistik ausgehen, nicht eindeutig entschieden werden.

Aufgrund der Antworttendenz des social-desirability-Effekts kann sich nämlich eine nicht überprüfbare Zahl von nach der theoretischen Definition eigentlich Erwerbslosen als "erwerbstätig" oder als "Nicht-Erwerbspersonen" einstufen, um tatsächlichen oder vermeintlichen Stigmatisierungsprozessen zu entgehen (13). Damit kann die Restriktivität der Merkmalsdefinition kompensiert werden. Auch die Zahl der "Erwerbslosen" gibt also den Umfang der wirklichen Erwerbslosigkeit nicht mit genügender Gültigkeit wieder.

Das beiden Operationalisierungen von "Erwerbsarbeits-Suche" gemeinsame Problem ist, daß weder durch die Registratur in der Arbeitsamtkartei noch durch die subjektive Absichtsbezeugung die tatsächlichen Wiederbeschäftigungsbemühungen, also die für die Kategorisierung als erwerbslos, und noch mehr für die als arbeitslos (vgl. 1.4.1.) relevante Verhaltensdimension erhoben wird. Nur bei einem hinreichenden Ausmaß derselben ist die Einstufung in die offizielle Kategorie "Erwerbsloser" im Gegensatz zu "Nicht-Erwerbspersonen" sinnvoll. Und nur dann sind die für Arbeitslose im engeren Sinn typischen psychosozialen Belastungen aufgrund des verweigerten Wunsches nach Aufnahme von Erwerbsarbeit zu erwarten (vgl. Schema 1 in 1.4.1. und 2.1.1. zur "sozialen Betrachtungsweise").

Zur Übererfassung der freiwilligen Erwerbslosigkeit - Versuch einer operationalen Definition und Schätzung

Durch diese Mängel des Erhebungskonzepts wird also in beiden Fällen die Erwerbslosigkeit um den Personenkreis der "freiwillig Erwerbslosen", die in die Kategorie "Nicht-Erwerbspersonen" eingeordnet werden müßten, überschätzt (vgl. BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT 1977, S. 3).

(13) Zur Bedeutung der Leugnung ihrer sozialen Identität durch einen beträchtlichen Anteil Arbeitsloser vgl. meine Diplomarbeit 1980, S. 180 ff.

Auch für die alljährlich stattfindende Überprüfung der Arbeitsgesuche von v.a. Dauerarbeitslosen beim Arbeitsamt reicht i.d.R. die "Rückmeldung" der Angeschriebenen, deren Arbeitssuche nicht weiter überprüft wird. Auch der Fall von Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe (nach § 119, Abs. 1, Nr. 2-4 AFG) resp. das Erlöschen des Leistungsanspruchs (nach § 119, Abs. 3 AFG) (vgl. BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT...1979, S. 86 f.) wegen Ablehnung einer angebotenen zumutbaren Arbeit (oder einer beruflichen Förderungsmaßnahme) führt nicht zur Streichung des Betreffenden aus der Arbeitslosenkartei. Immerhin kann die Zahl dieser Fälle näherungsweise für die Ausschließung dieses Personenkreises aus den Arbeitssuchenden herangezogen werden, auch wenn die gesetzliche und von den Arbeitsämtern interpretierte Definition von "zumutbarer Arbeit" wieder dem sozio-institutionellen Wandel unterliegende Normvorstellungen eingehen.

Im Jahr 1982 betrug die Gesamtzahl dieser Fälle (die größer als die Zahl der Personen ist) 42.129 (eigene Berechnung nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 215). Das ist bei einer Jahresdurchschnittszahl von 1.833.000 registrierten Arbeitslosen (Personen) ein Anteil von maximal 2,3% Personen.

Auch die freiwillige Aufgabe einer Erwerbsarbeit, die in § 119, Abs. 1, Nr. 1 so definiert ist:

"Hat der Arbeitslose das Arbeitsverhältnis gelöst oder durch ein vertragswidriges Verhalten Anlaß für die Kündigung des Arbeitgebers gegeben und hat er dadurch vorsätzlich oder grobfahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt..."
BUNDESMINISTER...1979, S. 86).

kann hilfsweise als ein Indikator für eine Form freiwilliger Erwerbslosigkeit resp. für eine geringe Intensität an Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung (nicht jedoch für die Intensität an Wiederbeschäftigungsbemühungen - Sucharbeitslosigkeit!) herangezogen werden (vgl. 1.4.1.).

Aufgrund solcher Normverletzungen gab es im Jahr 1982 insbes. 266.097 Fälle von Sperrzeiten. Das entspricht einem Anteil von 7% an den ins-

gesamt 1982 zugegangenen 3.707.000 Arbeitslosenfällen (14) (Eigene Berechnung nach ANBA 1983, S. 215 und 9).

Ein noch höherer Anteil dieser Form von Erwerbslosigkeit ergibt sich nach den konzeptionell anders erhobenen Daten des MZ: Von den 972.000 erwerbslosen Personen vom April 1977 hatten 9,6% selbst gekündigt, von den verheirateten Frauen dieser Gesamtheit sogar 16,5% (Eigene Berechnung nach MAYER 1979, S. 28). Letzteres verweist auf die relativ geringere Zentralität der Erwerbsarbeits-Rolle bei diesen verheirateten Frauen.

Das Unterlassen einer Prüfung der tatsächlichen Bereitschaft zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit führt in der Arbeitslosenstatistik zur Übererfassung bestimmter Personenkreise, die gar keine Erwerbsarbeit suchen, wie etwa Teilen der Saisonarbeitslosen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, in der Land- und Forstwirtschaft wird am Ende einer Saison das Personal ganz oder teilweise entlassen. Das Arbeitslosengeld stockt der Arbeitgeber häufig auf, um die Arbeitskräfte für die nächste Saison zu halten.

2.1.2.2.4. Das Abgrenzungsmerkmal "aktueller sozialer Status" - die Erfassung von alternativen (Arbeits)rollen

Hiermit ist zugleich die Verfügbarkeit alternativer Arbeitsrollen thematisiert, die entscheidend für die Bedeutung der Erwerbslosigkeit für die psychosoziale Lage ist (vgl. 1.4.1.).

(14) Beide Größen sind aufgrund von Mehrfachbetroffenheit nicht identisch mit der Zahl der betroffenen Personen. Auf der anderen Seite wird das Ausmaß der freiwilligen Aufgabe von Erwerbsarbeit durch diesen Indikator, der nur die Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen erfaßt, unterschätzt. Der Rückgriff auf diesen Indikator ist auf jeden Fall problematisch, erscheint jedoch notwendig, weil in der Arbeitslosenbestandsstatistik der Grund für den Verlust der Erwerbsarbeit nicht direkt erhoben wird.

Zunächst folgt aus dem weitgehenden Verzicht auf die Prüfung der tatsächlichen Arbeitssuche durch das Arbeitsamt, daß mit dem formellen Status "Arbeitslosigkeit" durchaus die Weiterführung einer Erwerbstätigkeit in der Untergrundwirtschaft (vgl. 1.5. und 3.3.1.), v.a. in den weniger kontrollierten Bereichen als Selbständiger oder als mithelfender Familienangehöriger vereinbar ist. Aber auch Arbeitnehmer können Arbeitslosenunterstützung beziehen und dennoch weiter arbeiten, z.B. als Leiharbeiter oder sie versäumen bewußt, dem Arbeitsamt eine neue Beschäftigung anzuzeigen.

Ein Sonderfall ist die Beschäftigung von Angehörigen: Der Arbeitgeber, der seine Frau beschäftigt, entläßt sie z.B. zum Schein in regelmäßigen Abständen. Da sich das Arbeitslosengeld nach den in den letzten 3 Monaten vor der Arbeitslosigkeit erreichten Nettoeinkommen richtet, wird für diese Zeit jeweils das Einkommen angehoben. Die Ehegattin arbeitet trotz gemeldeter Arbeitslosigkeit weiter.

Bis zu einem bestimmten Umfang, nämlich bis zu 20 Wochenstunden, ist die weitere Ausführung von Erwerbsarbeit sogar gesetzlich mit dem Status "arbeitslos" vereinbar. In diesem Fall dürften die psychosozialen Belastungen der Arbeitslosigkeit entsprechend vermindert sein.

Ein wichtiger Unterschied beider Erhebungskonzepte liegt in der Ausführung des Merkmals: Verfügbarkeit für eine Erwerbsarbeitsstelle.

Die an der Vermittlungsabsicht orientierte Arbeitsamtstatistik legt hier ein restriktiveres Kriterium an als die Erwerbslosenstatistik, wonach auch aktuell noch etwa in schulischer Ausbildung stehende Personen als erwerbslos gelten.

Der Anteil der nicht sofort für eine Erwerbsarbeit verfügbaren Erwerbslosen (die folglich mit derselben Angabe beim Arbeitsamt nicht als arbeitslos registriert wurden) lag im April 1977 bei 14,9% (Frauen: 15,7%) (nach MAYER 1979, S. 29).

Daß die Verfügbarkeit in der Arbeitslosenerhebung nur ein Postulat ist, das auch hier nicht näher geprüft wird, geht daraus hervor, daß 87% (!) der Erwerbslosen, die angegeben hatten, insbesondere durch Vermittlung des Arbeitsamts einen Arbeitsplatz zu suchen, sich in der Woche nach dem Erhebungsstichtag als nicht verfügbar bezeichneten (ebd.).

Die unterschiedliche Abgrenzung der Merkmale für Verfügbarkeit führt insbesondere für Jugendliche zu einer erheblichen Abweichung der erhobenen Zahlen:

"Die Zahl der im Mikrozensus als "erwerbslos" ausgewiesenen Jugendlichen belief sich z.B. im April/Mai 1976 auf 136 Tsd., während in der Statistik der Arbeitsverwaltung lediglich 85 Tsd. arbeitslose Jugendliche aufgeschienen waren" (WUGGENIG 1979, S. 7).

Für den April 1977 (resp. Mai) lagen die Zahlen für unter 20-jährige ähnlich (Zahlen nach MAYER 1979, S. 23):

Aus dieser Altersgruppe wurden 159.000 Erwerbslose und 87.000 Arbeitslose erhoben. Diese Abweichung dürfte, anders als WUGGENIG (ebd., S. 8) und die meisten anderen Autoren es vermuten (sie schließen auf einen resignativen Verzicht auf Arbeitslosmeldung), hauptsächlich auf die Übererfassung der rund 43.000 in dieser Altersgruppe noch in schulischer Ausbildung Stehenden in der Erwerbslosenstatistik und die Untererfassung der nur eine Ausbildungsstelle Suchenden in der Arbeitslosenstatistik zurückgehen.

Nicht in die Arbeitslosenzählung eingeschlossen werden auch alle Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung (vgl. zu deren wachsenden Anteil an den "Erwerbstätigen" 3.4.).

In diesem Fall ist wie bei allen alternativen Rollen, in denen sich als "arbeitslos" oder "erwerbslos" definierte Personen befinden, zu unterscheiden, ob die Integration in diese gesellschaftliche Position nur die Funktion einer mehr oder weniger zwangsweisen

"Verwahrung" hat oder den Betreffenden neue Möglichkeiten der personalen Identität und eine sinnvolle Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (vgl. 1.3.) erschließt, die ja über den formellen Sektor der Erwerbsarbeit weit hinausgeht. In letzterem Fall kann nicht von Arbeitslosigkeit in engerem Sinn gesprochen werden, auch wenn der betreffende Personenkreis in der offiziellen Statistik meist als solcher erfaßt ist.

Diese Alternative kann in keinem Fall ohne empirische Prüfung der jeweiligen Alternativrolle (die hier freilich nicht erfolgen kann) spekulativ entschieden werden.

Im ersten Fall läge eine Untererfassung der Erwerbslosigkeit vor. Es ist sogar zu vermuten, daß die Zuweisung von eigentlich "Arbeitslosen" in solche staatlich künstlich geschaffenen und subventionierte, nicht selbständig lebensfähige "Erwerbsarbeitsplätze" auch die latente Funktion einer statistischen Manipulation der "Arbeitslosen"zahlen erfüllen kann. In jedem Fall bilden die so künstlich Beschäftigten einen Teil der "Arbeitslosigkeit" nach der in 2.1.1. ausgeführten Perspektive des Defizits an Erwerbsarbeit.

2.1.2.2.5. Eine kritische Diskussion der Kategorie "Stille Reserve" im Hinblick auf ihre Werthaltigkeit

Diese Unterscheidung zwischen den beiden Funktionen von Alternativrollen muß auch bei allen anderen Teilgruppen der "Arbeitslosen" bzw. "Erwerbslosen" durchgeführt werden. Eine Tenzenz der politisch-ideologischen und arbeitsmarkttheoretischen Diskussion ist es nun, alle Personengruppen, die zum Erhebungszeitpunkt alternative Rollen ausführen, undifferenziert als Arbeitslose, und sofern sie nicht als solche erfaßt sind, als "entmutigte, aber potentiell Arbeitssuchende" oder als "Stille Reserve" einzustufen. Ihre Größenordnung wird für 1978 von Chr. BRINKMANN 1978 (S. 188) auf 700.000 Personen geschätzt.

Als deren Teilgruppen werden insbesondere genannt:

- verheiratete Frauen, die weiter Erwerbsarbeit ausführen würden, aber bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage resigniert haben
- Jugendliche, die gar nicht erst mit einer Erwerbstätigkeit beginnen, sondern weiter die Schule besuchen oder im elterlichen Betrieb oder Haushalt mithelfen
- "unfreiwillige" Frührentner
- Gastarbeiter, die in ihr Herkunftsland heimkehren.

Für die Erfassung des Anteils der erzwungenen Remigration von ausländischen Erwerbspersonen daran, um den die offizielle Arbeitslosenquote die tatsächlich produzierte Erwerbslosigkeit unterschätzt, gibt es nach m.E. kein taugliches methodisches Instrumentarium bisher.

Die erzwungene Remigration kann sowohl auf administrative Maßnahmen (Nichtverlängerung der Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis, Rückkehrprämien, Beschränkung des Zuzugsalters von Kindern etc.) als auch darauf zurückgehen, daß Ausländer aufgrund der für sie geschaffenen marginalen Position im Beschäftigungssystem (vgl. 1.4.2.) sich in Alternativ-Rollen in ihren Heimatländern (die meist erzwungen sind und keine produktive Arbeit beinhalten) drängen lassen. Die statistische Erwerbslosenzahl in der Bundesrepublik wird so durch den Export von Arbeitslosigkeit in deren Herkunftsländer "bereinigt".

FRANZ 1978 (S. 2 ff.) schätzt die Untererfassung dieses Anteils der Arbeitslosigkeit dadurch, daß er von dem Maximum der Nicht-EG-Ausländerbeschäftigung im 3. Quartal 1972 (ca. 1,9 Mio. Personen) in den folgenden Quartalen die "saisonübliche" Remigration (den Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre) abzieht und den verbleibenden mit den tatsächlichen Bestand an ausländischen Nicht-EG-Arbeitnehmern vergleicht. Das ergibt erhebliche Abweichungen der offiziellen von der so korrigierten Arbeitslosenquote um einen zusätzlichen Anteil von 1,7% bei einer offiziellen Quote von 4,7% im Jahresdurchschnitt 1975 (FRANZ 1978, S. 3).

Ein alternatives methodisches Verfahren zur näherungsweise Schätzung liegt in Untersuchungen von Abgänger-Stichproben aus registrierter Arbeitslosigkeit hinsichtlich des Verbleibs nach dem Abgang, wie sie bspw. von EGLE/LEUPOLDT 1977 für 6.672 Personen im Erhebungsjahr 1976 durchgeführt wurden. Danach beendeten 16,6% der nicht mehr als arbeitslos registrierten Männer den Status "Arbeitslosigkeit" nicht durch "Arbeitsaufnahme, Krankheit, Aus- oder Weiterbildung, Rente", sondern aus "sonstigen Gründen", nach Vermutung der Autoren v.a. re-migrierte Arbeitsmigranten.

Die Problematik all dieser Verfahren (vgl. 2.1.1.), die in ähnlicher Weise auch für die anderen Teilgruppen der "Stillen Reserve" verwendet werden, liegt darin, daß mit solchen Trend-Extrapolationen oder kategorialen Erfassungen des formellen sozialen Status von Abgängern aus registrierter Arbeitslosigkeit keine differenzierte Prüfung der Alternativrolle im Hinblick auf die obige Fragestellung möglich ist.

Auf keinen Fall ist in der Interpretation eine einfache Gleichsetzung der Daten über die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen mit dem analytischen Befund: "Entmutigung", also "eigentlich Arbeitsloser" zulässig, wie - stellvertretend für eine Tendenz in der einschlägigen Arbeitslosigkeits-Literatur - bei MAYER 1981, S. 235, ENGELN-KEFER 1980 und SCHETTKAT 1983:

"...Arbeitslose verschwinden nach einiger Zeit aus der Statistik, weil sie entmutigt sind:
"So waren bspw. im September 1974 22% aller arbeitslosen Frauen wieder ausschließlich im Haushalt tätig" (ENGELN-KEFER 1980 zit. nach SCHETTKAT 1983, S. 243).

Für eine alternative Interpretation solcher Daten über den Verbleib von "arbeitslosen" verheirateten Frauen - entsprechendes gilt für Jugendliche und Frührentner - sprechen theoretische Überlegungen (vgl. 1.4.1. und 4.4.1.) und empirische Befunde (vgl. HEINEMANN 1980/1/S. 329 ff.): Die Aufgabe des Status "Arbeitsloser" durch Rückzug der Meldung beim Arbeitsamt ist demnach nur die Aufhebung kognitiver Inkonsistenzen, die mit dem Auseinanderklaffen von tatsächlich längst angenommener und akzeptierter alternativer Arbeitsrolle und offizieller Statuszuschreibung verbunden waren.

Eine ähnliche normative Orientierung der Wertung von Erwerbsarbeit liegt auch den Schätzungen des "Arbeitskräfte-Potentials" (das registrierte Arbeitslose und "Stille Reserve" einschließt) zugrunde (vgl. zu diesen Verfahren G. BRINKMANN 1981/2/S. 207 ff.). So berechnet der Sachverständigenrat die "potentiell Arbeitssuchenden", indem er einen linearen Trend durch die Quoten der Erwerbspersonen legt. Wie die Deskription der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung zeigt (4.4.), gibt es jedoch keinen solchen linearen Trend. Vielmehr ist die Erwerbsbeteiligung insbesondere des zur Diskussion stehenden zentralen Personenkreises der "verdeckt Arbeitslosen", der verheirateten Frauen, starken soziokulturellen Wandlungen unterworfen (vgl. 4.4.). Mit dem Datenmaterial in 4.4. wird auch die in den Berechnungen des "Arbeitskräftepotentials" zusätzlich getroffene Annahme einer "Erwerbsfunktion" widerlegt, die den resignativen Rückzug von verheirateten weiblichen Erwerbspersonen bei schlechter Konjunktur aus dem Arbeitsmarkt postuliert. Solche Annahmen, die damit stets auch zu einer Überschätzung der "Stillen Reserve" gelangen, können durch die empirische Entwicklung der zunehmenden Erwerbsbeteiligung gerade seit dem Beginn der Arbeitsmarktkrise 1974 nicht gestützt werden (vgl. 4.4.4.1.).

Die wichtigsten als arbeitslos registrierten oder unter der Kategorie "Stille Reserve" zusammengefaßten Personengruppen mit alternativen Arbeitsrollen: verheiratete Frauen, Jugendliche, Frührentner wurden bereits im Abschnitt zum Strukturaspekt der Arbeitslosigkeit 1.4.1. behandelt.

2.1.2.2.6. Abweichungen der erfaßten Erwerbslosen und "Arbeitslosen" in einigen Zahlenvergleichen

Das unterschiedliche Erhebungskonzept der beiden Quellen für eine statistische Erfassung der Erwerbslosen (vgl. Übersicht 6) führt wie bereits dargestellt dazu, daß bestimmte Teilgruppen nur in der einen oder anderen Statistik enthalten sind. Die für die in diesem Kapitel beabsichtigte Deskription zentraler Entwicklungslinien

der Erwerbslosigkeit seit 1973 mit Hilfe beider amtlicher Datensysteme interessierende Frage ist nun, in welchem Maß sich daraus Abweichungen der tatsächlich erfaßten Gesamtheit von Erwerbslosen ergeben oder anders: wie die bereits dargestellte im Erhebungskonzept liegende systematische Über- und Untererfassung bestimmter Personenkreise (gemessen am Maßstab einer begriffsadäquaten Abbildung des Status Erwerbslosigkeit) sich in den erhobenen Daten auswirkt.

Übersicht 6 macht deutlich, daß das Konzept des Mikrozensus (MZ) die Abgrenzungsmerkmale für "Erwerbslosigkeit" in allen Fällen - außer dem einen der "aktuellen Ausübung von Erwerbsarbeit" - umfassender definiert als die Arbeitsamtstatistik. Demnach wäre auf den ersten Blick auch ein größerer Umfang der erhobenen "Erwerbslosen" zu erwarten als der registrierten "Arbeitslosen":

In der folgenden Tabelle wird ein Zahlenvergleich für die Gesamtheit der erfaßten Erwerbslosen resp. Arbeitslosen in dem hier interessierenden 9-Jahreszeitraum 1973-1982 (15) angestellt, um diese Vermutung zu prüfen. Dabei ist - vgl. 2.1.2.1.) der unterschiedliche Erhebungszeitpunkt zu beachten. Die sonst für Zeitreihen üblichen Jahresdurchschnittszahlen der Arbeitsamtstatistik würden diesen Zahlenvergleich aufgrund der Abweichungen des Jahresdurchschnitts von dem Umfang der Erwerbslosigkeit in der Berichtswoche des MZ Ende April verzerren (siehe die entsprechenden Zeilen in der Tabelle). Die Arbeitslosenzahlen vom Ende April liegen nämlich in dem 9-Jahreszeitraum mit Ausnahme der Jahre 1975-1978 v.a. aufgrund der dann unterdurchschnittlichen saisonellen Arbeitslosigkeit stets unter dem Jahresdurchschnitt, wobei die Abweichungen zwischen 1000 (1979) und 123.000 (1982) schwanken.

(15) Der April 1982 ist der Zeitpunkt der letzten aus dem MZ verfügbaren Daten. Die Zahlen des Statistischen Bundesamts vom April 1983 waren für diese Arbeit noch nicht verfügbar.

Tab. 2: Vergleich des Gesamtumfangs der jeweils Ende April erhobenen Erwerbslosen (MZ) und Arbeitslosen (Arbeitsamtstatistik) in 1000

Ende April des Jahres (16)	1973 (17)	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Erwerbslose (MZ)	1	190	381	918	944	931	852	766	1045	1560
Arbeitslose (Arbeits- amtstatistik)	2	241	517	1087	1094	1000	875	825	1146	1710
Differenz von 2-1	3	51	136	169	149	69	23	59	101	150
Differenz von 2-1 als Prozentsatz der Arbeitslosen (2)	4	21%	26%	16%	14%	7%	3%	7%	9%	9%
Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen(18)	5	273	582	1074	1060	993	876	889	1272	1833

(16) Nur in Ausnahmefällen fällt die Berichtswoche des MZ in den Anfang Mai.

(17) Die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab 1974 mit denen von 1973 und früher ist durch die unterschiedliche Art der Anpassung und Hochrechnung auf die fortgeschriebene Wohnbevölkerung eingeschränkt (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b).

(18) Zahlen für Erwerbslose nach ebd., S. 98; für Arbeitslose nach ANBA/1983/Sondernr., S. 33. Für den Vergleich der Erwerbslosen- und Arbeitslosenwerte siehe auch 2.3.1, Schaubild 5 und 6.

Die Tabelle zeigt erhebliche Abweichungen in der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen, die entgegen der ursprünglichen Vermutung stets über der Zahl der erhobenen Erwerbslosen liegen. Der relative Anteil der Abweichungen am Umfang der registrierten Arbeitslosen reicht von 3% 1979 bis 26% 1974. Der absolute Betrag der Abweichungen schwankt von 23.000 im Jahr 1979 bis 169.000 im Jahr 1975. In den letzten zwei Berichtsjahren pendelte er sich bei knapp 10% ein. Auffällig sind die Unterschiede in den Jahren 1973-1976.

Diese Divergenz im gesamten 9-Jahreszeitraum kann nicht allein auf den Stichprobenfehler der hochgerechneten MZ-Zahlen zurückgehen. Auch wenn dafür das vom STATISTISCHEN BUNDESAMT eingeräumte Richtmaß für die Größenordnung der Zufallsfehler bei einer hochgerechneten Personenzahl von ca. einer Million (seit 1975) von $\pm 1,5\%$ zuträfe (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983c, S. 8), würde der sich daraus ergebende Schwankungsbereich bei ca. einer Million Erwerbslosen seit 1975 allenfalls 30.000 betragen und könnte die effektiven Abweichungen von meist über 100.000, die zudem ausschließlich im negativen Bereich liegen, nicht erklären.

Widersprochen werden muß mit diesen Daten den häufig in der Literatur anzutreffenden Befunden von einer annähernden Deckungsgleichheit der absoluten Höhe der "Erwerbslosigkeit" und "Arbeitslosigkeit", etwa bei SCHETTKAT 1983, S. 238 und bei MAYER 1979, S. 23.

"Wie Tab. 1 zeigt, sind die Ergebnisse für Erwerbslose und Arbeitslose trotz der oben dargestellten Definitionsunterschiede ... hinsichtlich der absoluten Höhe ... sehr ähnlich" (ebd.).

"Tab.1: Erwerbslose (MZ) im April 1977 insges. 972.000 - Arbeitslose (Arbeitsamtstatistik) im Mai 1977 946.000" (ebd. S. 24)

Dieser meinen Daten widersprechende Befund kommt bei MAYER nur durch die Auswahl unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte des MZ und der Arbeitsamtstatistik zustande, der natürlich keine strenge Vergleichbarkeit erlaubt. Ende April im Berichtszeitraum des MZ lag nämlich die Zahl der registrierten Arbeitslosen erheblich höher als im Mai und betrug 1.039.000 (nach ANBA 1983/Sondernummer, S. 33). Damit er-

gibt sich die in meiner Tabelle 2 für 1977 ausgewiesene positive Differenz der Arbeitslosen- zur Erwerbslosenzahl von 67.000, die mit dem Trend konsistent ist.

Weil der Stichprobenfehler des MZ die Abweichungen allein nicht erklären kann, ist zu klären, auf welche systematische Übererfassung in der Arbeitslosenstatistik gegenüber den im MZ ausgeschlossenen Personenkreis die Divergenzen zurückgehen.

- Offenbar bedeutend ist das relative Gewicht der Übererfassung der registrierten Arbeitslosen, die aktuell in einem kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnis stehen (vgl. Übersicht 6 auf S.127). Sie werden, sofern sie das dem Interviewer angeben, nicht als Erwerbslose gezählt. Das letztgenannte Erhebungskonzept dürfte daher das Merkmal Erwerbslosigkeit - und zumal die Arbeitslosigkeit i.e.S. - adäquater abbilden als die umfassende Definition der Arbeitslosenstatistik.
- Zu vermuten ist, daß der tatsächliche aktuelle soziale Status als Erwerbsloser durch die MZ-Befragung weniger verzerrt dargestellt wird als durch die Meldung als "Arbeitsloser" beim Arbeitsamt. Die vielfältigen Motivationen, sich dort zu melden, ohne wirklich erwerbslos zu sein, sind umfassend dargestellt worden. Die Registrierung von "Arbeitslosen" ist nicht identisch mit einer Prüfung der tatsächlichen Wiederbeschäftigungsbemühungen der Gemeldeten. Anders als die Arbeitsamtstatistik ist die Mikrozensus-Befragung nicht gekoppelt mit der Erlangung von Leistungsansprüchen. Sieht man von der Verzerrung des social-desirability-effects ab, so gibt die im MZ vorgenommene Selbsteinstufung als "erwerbslos" den wirklichen sozialen Status deshalb wahrscheinlich realistischer wieder. Diese Hypothese müßte allerdings unabhängig von der hier nur möglichen Plausibilitätsargumentation etwa durch Befragungsstudien über die im Mikrozensus und die in der Arbeitslosenstatistik erfaßten Personen noch geprüft werden.
Ein Beispiel dafür wäre der Fall von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, die beim Arbeitsamt als arbeitslos, weil arbeitssuchend gemeldet sind, zugleich aber einer Erwerbsarbeit nachgehen und dies auch im MZ angeben.

- Die extremen negativen Abweichungen der Erwerbslosenzahlen in den Jahren 1973-1976 (s. Tab.) könnten z.T. auf den in diesen Jahren des Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt dominanten Verzerrungseffekt der Verheimlichung der Erwerbslosigkeit gegenüber dem Interviewer im MZ herrühren (vgl. S.135). Stigmatisierungsprozesse von Erwerbslosen in der Gesellschaft sind nämlich dann eher zu erwarten, wenn Erwerbslosigkeit kein potentiell für jede Erwerbsperson mögliches "normales" Schicksal ist und die gültige soziale Norm der Erwerbstätigkeit noch nicht durch jahrelange Millionenarbeitslosigkeit aufgeweicht ist (vgl. 2.3.3.1.).

Nähere Aufschlüsse über systematische Über- oder Untererfassungen kann neben einem Vergleich der Gesamtzahlen ein Vergleich der Ergebnisse für Erwerbslose und Arbeitslose hinsichtlich der Struktur liefern.

Hinsichtlich des Geschlechts ergeben sich bspw. für den Berichtszeitraum Ende April 1977 folgende Unterschiede in der Erfassung der "Erwerbslosigkeit" bzw. "Arbeitslosigkeit":

Tab.2*: Erwerbslose und Arbeitslose im April 1977 nach Geschlecht in Tausend (19)

	Erwerbslose (MZ)	Arbeitslose	Differenz	
			abs.	in %
Männer	504	523	19	4%
Frauen	468	516	48	9%

Das bedeutet, daß für den Zeitpunkt April 1977 sich 48.000 oder 9% der als arbeitslos registrierten Frauen sich im Mikrozensus nicht als erwerbslos bezeichneten. (Allerdings ist kein personenbezogener Vergleich möglich). Dies scheint eine weitere Bestätigung für meine These zu sein, daß die Meldung insbesondere ver-

(19) Zahlen des MZ nach MAYER 1979, S. 24 und der Arbeitsamtstatistik nach ANBA 1983/Sondernummer, S. 33.

heirateter Frauen als arbeitslos beim Arbeitsamt häufig inkonsistent mit ihrem tatsächlichen sozialen Status ist, der durch die Integration in alternative familiäre Arbeitsrollen charakterisiert ist. Der Übergang eines Anteils von ungefähr 20% von als arbeitslos gemeldeten Frauen in den formellen Status als "Nicht-Erwerbsperson" (vgl. S.142) ist dann nicht als Übergang in die "Stille Reserve" zu interpretieren, deren Umfang damit als zu hoch angesetzt erscheint, sondern zumindest zu einem Teil als die Aufhebung kognitiver Inkonsistenzen zwischen offiziellem und tatsächlichen sozialen Status.

Zusätzlich ist ein Teil der Übererfassung der arbeitslosen Frauen auf die mit dem "Arbeitslosenstatus" zu vereinbarende Erwerbstätigkeit von weniger als 20 Wochenstunden zurückzuführen.

Eine weitere Aufgliederung der Ergebnisse für Erwerbslose und Arbeitslose in bezug auf weitere Strukturmerkmale muß auf die jeweils für den Mai und September herausgegebene Strukturanalyse der Arbeitslosen(bestände) durch die BA zurückgreifen. Damit stellt sich erneut das Problem unterschiedlicher Berichtszeitpunkte für die Vergleichbarkeit.

Allerdings waren ca. 90% der für Ende Mai 1977 in der Strukturanalyse nachgewiesenen "Arbeitslosen" 1 Monat oder länger arbeitslos (nach MAYER 1979, S. 24) und demzufolge auch in der Berichtswoche des MZ (unter Berücksichtigung der dargestellten Abweichungen) enthalten.

Wie bereits in 2.1.2.2.4. dargestellt, waren in der Erwerbslosenstatistik von April 1977 43.000 noch in schulischer Ausbildung stehende Erwerbslose übererfaßt. Zieht man diese Zahl sowie die 10.000 Fälle der erfaßten Erwerbslosen, die ihre Arbeitssuche bereits abgeschlossen haben und in Kürze eine Erwerbsarbeit aufnehmen, noch von der Gesamtzahl der erfaßten Erwerbslosen ab, so fällt der Überzeichnungseffekt der Arbeitsamtstatistik, d.h. die Differenz zwischen der Arbeitslosenzahl und der Zahl der ihrem aktuellen sozialen Status nach tatsächlich Erwerbslosen noch gravierender aus.

Im Gegensatz zu den Jugendlichen ist bei den über 55-jährigen die Zahl der "Arbeitslosen vom Mai 1977 mit 102.000 erheblich höher als die der Erwerbslosen vom April 1977 mit 85.000 (Zahlen nach ebd.) - und zwar trotz der nicht beschränkten Altersgrenze im Erhebungskonzept des MZ (vgl. 2.1.2.2.2.).

Ein großer Teil dieser Divergenz dürfte auf die Übererfassung der über die "natürliche Fluktuation" bzw. über die Ausnützung der "59er-Regelung" aus den Betrieben ausgeschiedenen älteren Arbeitnehmer in der Arbeitsamtstatistik zurückgehen, die nur noch zu einem geringen Teil tatsächlich eine neue Erwerbsarbeit suchen.

Das Arbeitsamt übernimmt nach dieser Regelung für ein Jahr für 59-Jährige den "Unterhalt" und führt die Betreffenden formell als "Arbeitslose", bis sie dann als 60-Jährige die flexible Altersgrenze und den formellen "Ruhestand" erreicht haben (20). Ihrem faktischen sozialen status nach sind sie eher als Nicht-Erwerbspersonen einzuordnen und dürften sich auch in der Befragung des MZ so einstufen.

Zieht man die erfaßte Dauer der (bisherigen) "Erwerbslosigkeit" bzw. "Arbeitslosigkeit" als Vergleichskriterium heran, ergibt sich, daß die Erwerbslosen nach der Definition des MZ durchschnittlich länger eine neue Erwerbsarbeit gesucht haben als die Arbeitslosen. 235.000 Dauererwerbslose (vgl. 2.3.3.3.) (12 Monate und mehr erwerbslos) stehen 171.000 Dauer-"Arbeitslosen" gegenüber (Zahlen nach ebd.). Offenbar wird die wirkliche bisherige Dauer der Erwerbslosigkeit (bis zum Stichtag) in der Arbeitsamtstatistik unterschätzt, da viele Personen sich bereits vor der offiziellen Registrierung als Erwerbslose beim Arbeitsamt über eigene Wiederbeschäftigungsbemühungen eine neue Arbeit gesucht haben (vgl. 2.1.2.2.3.).

(20) Diese Zweckentfremdung der Arbeitslosenversicherung für den Unterhalt von real gar nicht mehr Arbeitslosen war ein wesentlicher Grund für die Gesetzentwürfe zur Vorruhestandsregelung für diese Personengruppe seit 1983.

Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die durchschnittliche Dauer der "Arbeits-" und der "Erwerbslosigkeit und damit die davon abhängigen psychosozialen Belastungen (vgl. Schema 1) in beiden Erhebungssystemen auf der Grundlage von Stichtagsstatistiken überschätzt wird, da der Anteil der kurzzeitigen Such- und Fluktuationsarbeitslosigkeit hier verglichen mit Bewegungsdaten unterrepräsentiert ist (vgl. 1.4.2. und 2.5.).

Als Resümée des Zahlenvergleichs für das Jahr 1977 (das wegen der relativ geringen Gesamtabweichung von 67.000 Personen herangezogen wurde) kann festgehalten werden, daß etwa 80-90% der im MZ als "Erwerbslose" und in der Arbeitsamtstatistik als "Arbeitslose" erfaßten Personen fast identisch sind.

Legt man als Maßstab für die Validität der Erhebung einen i.S. der Ausführungen auf S. 54 ff. differenzierten Begriff von Erwerbslosigkeit zugrunde, der ausschließt

- die aktuelle Ausübung von (Teilzeit)erwerbsarbeit als beschäftigter Arbeitnehmer oder von Erwerbsarbeit als Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger
- die freiwillige langfristige Bindung an eine familiäre Arbeitsrolle als Hausfrau oder im Ruhestand (22)
- die Integration in eine "rezeptive" Rolle als Schüler/Student in der allgemeinen Ausbildung
- die unmittelbar bevorstehende Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

so überzeichnen beide Erhebungen den Umfang der tatsächlichen Erwerbslosigkeit. In dem Beispiel für 1977 beträgt der absolute Umfang der demnach als "arbeitslos" übererfaßten 120.000 - das ist ein Anteil von rd. 11% der in der Arbeitsamtstatistik erfaßten Gesamtheit der registrierten Arbeitslosen.

-
- (21) Die folgenden Abgrenzungsmerkmale fassen Erwerbslosigkeit noch weiter als Arbeitslosigkeit im engeren Sinn (vgl. 1.4.1.), da ja beispielsweise die Intensität der Wiederbeschäftigungsbemühungen gar nicht erhoben wird. Auf der anderen Seite wird ein Teil von gezwungenermaßen in Alternativrollen gedrängten Erwerbslosen nicht als solche erfaßt.
 - (22) Zur Notwendigkeit der Differenzierung der Funktion der Alternativrolle siehe 2.1.2.2.5.

2.2. Zur Konzeptualisierung der weiteren deskriptiven Analyse: Globale Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung der Erwerbsarbeit Suchenden und der Nachfrage der Erwerbsarbeit

2.2.1. Die Fragestellung für die Deskription: Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung des Angebots an und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit

In den folgenden Abschnitten wird nun versucht, unter Zugrundelegung des in Kap. 1. ausgeführten begrifflich-theoretischen Bezugsrahmens den Verlauf der Erwerbslosigkeit in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik in seinen wichtigsten Phasen und Entwicklungslinien zu beschreiben. Dafür soll an die Zeitreihen der vorliegenden amtlichen massenstatistischen Daten der Arbeitsstatistik der BA und der Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamts angeknüpft werden. Ihre Kategorien und deren operationale Definitionen wurden im letzten Abschnitt einer kritisch-methodologischen Reflexion unterzogen, die v.a. auf ihre kulturelle Prägung und normative Orientierung abstellte. Sie hat ergeben, daß mit den amtlichen Erhebungskonzepten eine präzise begriffsadäquate Abbildung der von mir skizzierten analytisch reflektierten und differenzierten Begriffe von Erwerbslosigkeit und zumal von Arbeitslosigkeit im engeren Sinn kaum möglich ist.

Gleichwohl kann eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, die in einer makrosoziologischen Perspektive auf die Funktionsfähigkeit des formellen Beschäftigungssystems (vgl. 1.2.) (23) abstellt, nicht auf das umfangreiche amtliche Datenmaterial verzichten, wenn sie nicht wie ein

(23) Zu dem Begriff der im Beschäftigungssystem institutionell ausdifferenzierten formellen Erwerbsarbeit, deren Erscheinungsformen massenstatistisch zugänglich sind (vgl. 1.3.). Das Beschäftigungssystem umfaßt - wie aus der Unterscheidung der Allokationsprinzipien für Erwerbsarbeit hervorgeht - nicht nur die auf dem Arbeitsmarkt getauschte abhängige Erwerbsarbeit, sondern auch die weitgehend familial vermittelte Arbeit von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen (1.6.). In diesem Sinn gilt die deskriptive Darstellung der Erwerbslosigkeit auch nicht nur wie häufig in der volkswirtschaftlich orientierten Literatur den Dysfunktionen des Arbeitsmarkts, sondern etwaigen Fehlleistungen des gesamten Beschäftigungssystems.

teil der traditionell mit "Arbeitslosigkeit" befaßten sozialwissenschaftlichen Literatur begriffsnominalistisch spekulieren will. Sie muß dabei jedoch die konzeptuellen Schwächen, insbes. die vermutliche Überzeichnung des tatsächlichen Umfangs der Erwerbslosigkeit mitreflektieren.

Für die weitere Darstellung interessiert Erwerbslosigkeit als Merkmal einer Gesellschaft, hier der Bundesrepublik in der letzten Dekade. Diese wird in ihrer Struktur wesentlich durch verberuflichte, auf dem Arbeitsmarkt getauschte, in industriell-bürokratischen Großorganisationen geleistete Arbeit bestimmt. In ihr ist zumindest für erwachsene Männer - und zunehmend auch für Frauen (4.4.5.) - die Ausföhrung von Erwerbsarbeit die kulturelle Norm, und sie legitimiert sich zentral über Leistungsgerechtigkeit bei der Verteilung sozialer Positionen innerhalb der Arbeitsteilung. Deshalb nimmt auch die Diskussion der Allokationsfunktion des Beschäftigungssystems einen solchen zentralen Platz in der politologisch-ideologischen und wissenschaftlichen Diskussion ein.

Die deskriptive Darstellung der Entwicklung der Erwerbslosigkeit i.F. stellt also auf die Funktionen des formellen, institutionalisierten Beschäftigungssystems, auf das Defizit an Erwerbsarbeitsplätzen für Erwerbsarbeit Suchende ab. Erwerbslosigkeit ergibt sich ex definitione - damit ist noch keine Erklärung antizipiert oder normative Vorstellung einer Vollbeschäftigung aller Erwerbsarbeit Suchenden impliziert - wenn die Erwerbsarbeit Suchenden oder - anbietenden nicht durch das Beschäftigungssystem aufgenommen werden können, d.h. durch eine entsprechend große Nachfrage nach Erwerbsarbeit Beschäftigung finden. Oder anders formuliert, um die Reziprozität der Austauschbeziehung deutlich zu machen: Erwerbslosigkeit ergibt sich aus dem Ungleichgewicht der Zahl derer, die auf einen Erwerbsarbeitsplatz Anspruch erheben und dem begrenzten Angebot an solchen Plätzen durch das Beschäftigungssystem zum gleichen Zeitpunkt. "Nachfrage" und "Angebot"

sollen sich nicht nur auf die am Arbeitsmarkt im engeren Sinn getauschte abhängige Erwerbsarbeit beziehen (auch wenn diese fast 90% der gesamten Erwerbsbevölkerung ausmacht - siehe Tab. 1), sondern aufgrund der in Kap. 1. angestellten prinzipiellen Überlegungen auf die gesamte Erwerbsarbeit unabhängig vom Erwerbsstatus. Nur bei einem solch umfassend konzipierten Ungleichgewicht tritt nämlich für einen Teil der Bevölkerung Erwerbslosigkeit ein (24). Die Überwindung der in der Literatur vorherrschenden Beschränkung auf den Teilbereich der abhängigen Arbeit erscheint nicht zuletzt deshalb notwendig, weil den Bereichen der selbständigen und mithelfenden Arbeit von Familienangehörigen ein bedeutendes Gewicht in der Beschäftigungskrise seit 1973 zukommt, das bisher kaum beachtet wurde (vgl. 3.2.).

2.2.2. Zur Aussagekraft der offiziellen Arbeitslosenquote. Arbeitslosenquoten im historischen Vergleich in Deutschland

Eine solche Perspektive ist aussagekräftiger und aufschlußreicher als die meist in der öffentlichen Diskussion verwendete Darstellung der Entwicklung der Erwerbslosigkeit mit Hilfe von Zeitreihen der offiziellen Arbeitslosenquoten. Nicht nur, daß hier ein strukturell bedeutsamer Anteil der Erwerbsarbeit ausgeklammert wird (vgl. 2.1.2.2.1.), so daß eine Veränderung der Arbeitslosenquote auch einen Strukturwandel der Erwerbspersonen in Richtung auf eine Vermarktung der Arbeit durch eine Bewegung im Nenner anzeigen kann, statt eine Veränderung der Nachfrage nach Erwerbsarbeit zu indizieren.

Die allgemeine Problematik dieser Beziehungszahl liegt darin, daß Bewegungen des Zählers (registrierte Arbeitslose) und des Nenners (abhängige Erwerbspersonen ohne Soldaten) in der ausgewiesenen Quote nicht mehr unterschieden werden können.

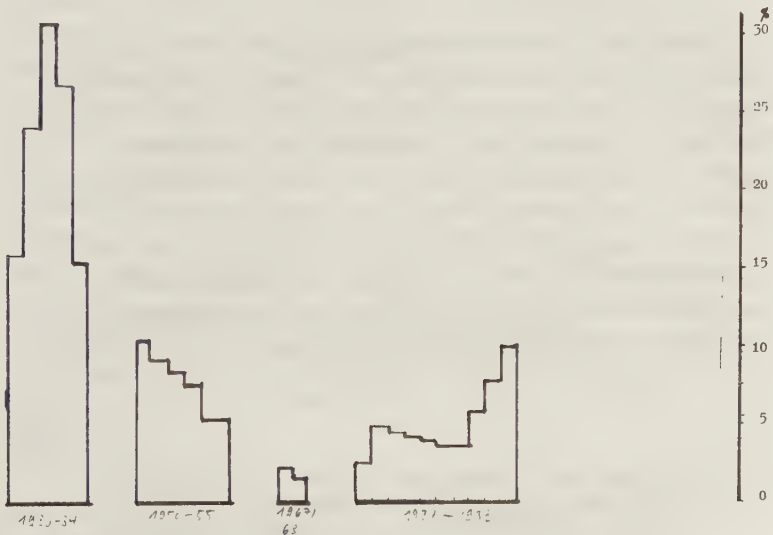
(24) Vgl. die Kritik an der Bezugsgröße "abhängige Erwerbspersonen" im Konzept der Arbeitsmarktstatistik in 2.1.2.2.1.

Inbesondere kann ein Beschäftigungseffekt am Arbeitsmarkt durch den Übergang von Erwerbspersonen in den Status von "Nicht-Erwerbspersonen" oder umgekehrt eine Fehlleistung des Arbeitsmarkts durch einen Anstieg der Erwerbsarbeit Suchenden suggeriert werden.

Gleichwohl ist diese Verhältniszahl dazu tauglich, einen ersten Eindruck von der Größenordnung der Arbeitsmarktkrise im historischen Vergleich in Deutschland zu geben.

Schaubild 1 zeigt die vier herausragenden Einbrüche am Arbeitsmarkt in Deutschland in einem Vergleich der absoluten Höhe und macht deutlich, daß das Problem der Millionenerwerbslosigkeit auch in der Bundesrepublik kein völlig neuartiges historisches Phänomen ist. Die Nachkriegserwerbslosigkeit, bedingt v.a. durch Millionen Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer, wurde nach einigen Jahren von dem Allokationsmechanismus des Arbeitsmarkts bewältigt.

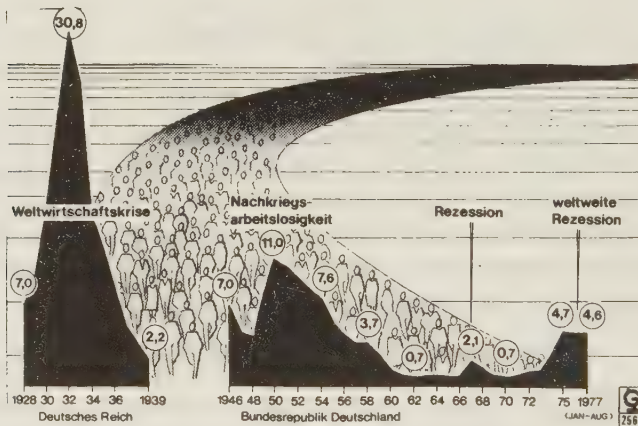
Schaubild 1: Offizielle Arbeitslosenquote in ausgewählten Jahren im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik (25)



(25) Zahlen für 1930-1968 nach SCHOMAKER 1978, S. 14, für 1974-1982 nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 8, für 1983 vorl. Ergebnis (9,3%) aus eigenen Berechnungen nach BACH et al. 1983b, S. 333.

Schaubild 2 ist aus den Informationen zur Politischen Bildung übernommen (26) und stellt auf einen 50-Jahreszeitraum in Deutschland ab.

Schaubild 2: Arbeitslosenquote von 1928-1977 in Deutschland



Gegenüber den Zeitreihen der Arbeitslosenquoten weist die hier gewählte Perspektive den methodischen Vorzug auf, daß Erwerbslosigkeit als resultierende Lücke aus der Entwicklung der Erwerbsarbeit Suchenden und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit durch das Beschäftigungssystem sichtbar wird. Damit wird ausgewiesen, in welchem Maß und in welchen Phasen Erwerbslosigkeit auf einen Zuwachs an Erwerbsarbeits Suchenden - der mit einem Wachstum an Erwerbsarbeitsplätzen einhergehen kann - oder auf einen Rückgang der Bereitstellung von Erwerbsarbeitsplätzen durch das Beschäftigungssystem zurückgeht.

(26) übernommen aus: Informationen zur Politischen Bildung 177/78: Wirtschaft, Konjunktur, Wachstum, Strukturwandel. Hg.: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, Bonn.

In der Zeitreihendarstellung werden so drei unterschiedliche Phasen in der Beschäftigungsentwicklung von 1973-1983 identifiziert und beschrieben. Die Entwicklung der Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit verläuft nämlich keineswegs spiegelbildlich zueinander, sie können sich vielmehr voneinander ablösen, wie die folgende Darstellung zeigt. Die kurzschlüssige normative Gleichsetzung von Erwerbslosigkeit mit ihrer Interpretation aus Fehlleistungen des Beschäftigungssystems wird damit konzeptuell ausgeschlossen. Erwerbslosigkeit ergibt sich nicht nur aus einem Rückgang der Erwerbstätigkeit, sondern auch dadurch, daß Zuwächse der Erwerbsarbeit Suchenden nicht mehr völlig vom Beschäftigungssystem aufgenommen werden können.

2.2.3. Niveau- und Strukturaspekt der Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit

Die zunächst in 2.3. vorgenommene Darstellung stellt auf das Niveau-Ungleichgewicht von Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit im Beschäftigungssystem ab, aus dem sich das absolute Niveau der Erwerbslosigkeit ergibt, und noch nicht auf den strukturellen Wandel der Angebots- und Nachfragegrößen im Beschäftigungssystem (3. und 4.). Mit dieser Perspektive ist jedoch im Gegensatz zur volkswirtschaftlich orientierten Beschäftigungstheorie (vgl. SCHMID 1980, S. 29 ff.) noch keine Zuordnung des Niveau-Ungleichgewichts zu einem bestimmten Typus von Arbeitslosigkeit, d.h. Ursachenkomplex, impliziert. So schließt die traditionelle volkswirtschaftliche Typologie von einem Niveau-Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zurück auf die Typen der "wachstumsdefizitären" und "konjunkturellen" Arbeitslosigkeit, die beide von Fehlleistungen des Beschäftigungssystems aufgrund eines Nachfragedefizits auf den Gütermärkten herkommen. Eine solche definitorische Festlegung des beobachteten Sachverhalts auf einen bestimmten Typus von Erwerbslosigkeit soll hier nicht getroffen werden.

Die Beschreibung der Entwicklung der Struktur von Angebot an (4.) und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (3.) nach bestimmten

Strukturvariablen schließt sich an die Darstellung des auf einem relativ hohen Aggregationsniveau angesetzten Niveau-Ungleichgewichts an. Die Notwendigkeit dieser doppelten Perspektive ergibt sich aus der zentralen Annahme, daß weder das Angebot an Erwerbsarbeit noch die nachgefragte, also tatsächlich eingesetzte Erwerbsarbeit in sich homogene Größen sind, wie es die klassische und neoklassische volkswirtschaftliche Beschäftigungstheorie postulieren (27), wenn sie bspw. von der Substituierbarkeit beliebiger Arbeitsanbieter ausgehen.

Vielmehr gehen meine Hypothesen zur Entstehung der Erwerbslosigkeit von der Annahme einer Wirkung der Struktur des Erwerbsarbeits-Angebots (insbes. verheirateter Frauen) auf die Entstehung eines Niveau-Ungleichgewichts im Beschäftigungssystem aus.

Erwerbslosigkeit ergibt sich als Krise der Erwerbsarbeit meinem Ansatz zufolge nicht einfach als Resultat eines quantitativen Überhangs der Erwerbsarbeit Suchenden über das Arbeitsplatzangebot. Die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials insgesamt und der Erwerbsneigung bestimmter sozialer Gruppen wird aufgefaßt als zunehmende Verschiebung von unbezahlter zu bezahlter Arbeit, die auch Auswirkungen auf die qualitative Seite der geleisteten Arbeit und damit auf das Arbeitsplatzangebot hat. Insofern erweist sich die getrennte Behandlung von Arbeitsangebot- und -nachfrage in der ökonomischen Arbeitsmarkttheorie bzw. die Reduzierung auf die quantitative Seite der Marktseiten als unzureichend.

Insbesondere kann unter Rückgriff auf theoretische Ansätze der Segmentierung des Arbeitsmarkts nach dualen Prinzipien aus der

(27) Erst in den letzten Jahrzehnten zunächst in den USA und dann auch in der BRD intensiver diskutierten Ansätze des segmentierten Arbeitsmarkts (vgl. SCHMID 1980 und SCHMIDTBERG 1981 und historisch als einer der ersten in der Bundesrepublik SENGENBERGER 1975) rücken von der klassischen Prämisse der Einheitlichkeit des Arbeitsangebots ab und richten ihr Interesse auf die Selektions- und Strukturierungsprozesse bei der Entstehung von Erwerbslosigkeit für bestimmte marginale Teilgruppen des Arbeitsmarkts. Ihre Ergebnisse wurden in Kap. 1.4.2. in Verknüpfung mit dem DURKHEIM'schen Konzept der mechanischen Solidarität aufgegriffen.

Besonderheit des weiblichen Arbeitsvermögens, das auf dem Arbeitsmarkt angeboten wird, und der Wechselwirkung zu betrieblichen Ein- und Ausstellungsstrategien die besondere Betroffenheit von Frauen durch Arbeitslosigkeit deutlich gemacht werden. So kann am Beispiel der Frauenerwerbsarbeit gezeigt werden, daß Erwerbsarbeit nicht beliebig ausgedehnt werden kann (vgl. 4.4.6.).

2.2.4. Operationale Definition von "Angebot an" und Nachfrage nach Erwerbsarbeit". Zur Datensituation

Wie sind nun die theoretischen Variablen: "Angebot an" und "Nachfrage nach Erwerbsarbeit" sinnvoll operational zu definieren und welche in der amtlichen Statistik erhobenen Variablen können dafür verwendet werden?

Dazu müssen zunächst die methodologischen Ansprüche für eine Zeitreihenanalyse über den Zeitraum 1973-1983 (1982) festgelegt werden.

Für die Beschreibung mittelfristiger Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem scheinen Zeitreihen der Jahresdurchschnittszahlen der Erwerbstätigen, Erwerbslosen etc. am ehesten geeignet (vgl. 2.1.2.1.). Insbesondere die kurzfristigen, saisonüblichen Veränderungen der Erwerbstätigkeit und damit auch der Erwerbslosigkeit innerhalb eines Jahres - z.B. die starken Ausschläge der "Arbeitslosen"zahlen in den Wintermonaten - sind dafür nicht von Bedeutung. Das vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vgl. BACH et al. 1983b, S. 326 und 333) meist angewendete Verfahren der Saisonbereinigung, das die Monatsoriginalwerte der Arbeitslosenzahlen von Dezember bis incl. März um die mittelfristig saisonüblichen Abweichungen deziemierte, die Werte von April bis November erhöht, ist für meine Zwecke eines Überblicks über verschiedene Phasen der Beschäftigungsentwicklung in einem größeren Zeitraum nicht notwendig.

Allerdings sind dafür die für eine bestimmte Berichtswoche, meist die im Ende April, erhobenen Daten des Mikrozensus über das Erwerbsleben (vgl. 2.1.2.1.) nur eingeschränkt tauglich. Wie Tabelle 2 zeigt, übertreffen die Jahresdurchschnittszahlen für registrierte Arbeitslose die Werte für Ende April im Zeitraum 1973-1983 mit der Ausnahme der Jahre 1975-1978 mit einer Spannweite bis zu 126.000. Ähnliches dürfte die Zahl der im Jahresdurchschnitt nicht erhobenen Erwerbslosen gelten. Die umgekehrte Abweichung trifft für die Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt gegenüber denen im April zu.

So stellt das STATISTISCHE BUNDESAMT fest:

"Das Berichtswochenkonzept, wie es dem MZ zugrundeliegt, d.h. die Einbeziehung aller in der Berichtswoche bestehenden Erwerbstätigkeiten, auch der in diesem Zeitraum begonnenen und/oder beendeten, sowie die Anpassung der bei der Erhebung ermittelten Daten an die Eckzahlen der - mit zunehmenden Abstand zur letzten Volkszählung unsicherer werdenden und erfahrungsgemäß überhöhten - Bevölkerungsfortschreibung führen neben anderen Gründen dazu, daß die Gesamtzahl der Erwerbstätigen nach dem MZ jeweils über der aus allen verfügbaren statistischen Quellen ermittelten durchschnittlichen Erwerbstätigenzahl... des Jahres liegt" (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 7f.).

Aus diesen Gründen wird seit 1975 an einem integrierten Gesamtsystem der Erwerbsstatistik gearbeitet, das die Repräsentativstatistik des MZ mit der Arbeitslosen- und Beschäftigtenstatistik der BA abstimmt. Letztere besteht in der Totalerhebung aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und bezieht rund drei Viertel aller Erwerbstätigen ein. Zusätzlich werden sämtliche verfügbare erwerbsstatistischen Unterlagen für die Teilbereiche des Erwerbslebens (z.B. monatliche Bauberichterstattung, Personalbestandsmeldungen der Bundesbahn und Bundespost, kurzfristige Statistik im verarbeitenden Gewerbe) einbezogen. Dafür werden folgende Anpassungsrechnungen nötig:

"Die aus einer Berichtswoche stammenden Hochrechnungswerte der 1vH-Mikrozensus-erhebung müssen an die Fortschreibungszahlen der Wohnbevölkerung angepaßt werden, die beim Statistischen Bundesamt zusammenlaufen; außerdem wird eine Abstimmung mit dem Nachweis der unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen in den Tabellen der BA erforderlich. Die in der Beschäftigtenstatistik der BA fehlenden Zahlen für "Beamte" müssen aufgrund der Personalstandsstatistiken des öffentlichen Dienstes ... geschätzt werden.

Die Zahlen für Selbständige und für unbezahlt mithelfende Familienangehörige müssen sowohl nach den MZ-Ergebnissen als auch gemäß den in den Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Handel, Produzierendes Gewerbe usw.) veranstalteten Zensen "fortgeschätzt werden" (ESENWEIN-ROTHE 1978, S. 36).

Die so aus den Daten jener Total-, Teil- oder Stichprobenerhebungen geschätzten Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen sind im Gegensatz zu den meisten verwendeten Basisstatistiken dann nicht mehr zeitpunkt-, sondern auf den Zeitraum eines Jahres bezogen und so für die hier intendierten Zeitreihen brauchbar (vgl. dazu ebd., S. 25 ff. und STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 9). Gleichwohl handelt es sich nicht um Bewegungsdaten (vgl. 2.5.), sondern um Bestandsgrößen. Die dafür erforderlichen Zahlen ab 1973 werden von STATISTISCHEN BUNDESAMT v.a. in den zweijährlich erscheinenden "Langen Reihen zur wirtschaftlichen Entwicklung" ausgewiesen (STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) 1982, die aktuellste Auflage, deren Reihen bis 1981 reichen).

2.2.4.1. Die operationale Definition des "Angebots an Erwerbsarbeit" (28)

Nach diesen Bemerkungen über die zur Verfügung stehenden Daten läßt sich die theoretische Variable "Angebot an Erwerbsarbeit" sinnvoll operational definieren. Sie soll folgende von der integrierten Erwerbsstatistik erhobenen resp. geschätzten Personengruppen umfassen:

- Alle in dem betreffenden Zeitraum aktuell Erwerbstätigen, d.h. alle Personen, die während dieses Zeitraums in einem Arbeitsverhältnis ala abhängig Erwerbstätige, Selbständige oder als mithelfende Fa-

(28) Dieser Begriff entspricht dem von mir sonst verwendeten "Erwerbsarbeit Suchenden". Damit sind alle Personen gemeint, die Anspruch auf einen Arbeitsplatz im formellen Beschäftigungssystem stellen, gleich ob dieser realisiert ist oder nicht. Er ist deckungsgleich mit dem Begriff "Erwerbspersonen" der amtlichen Erwerbsstatistik (vgl. 2.1.2.2.1. und Übersicht 1 in 1.4.1.). Der in der Arbeitsmarktdiskussion v.a. vom IAB verwendete Begriff "Erwerbspersonenpotential" (vgl. 2.1.1. und 2.1.2.2.5.) oder ähnliche "Arbeitskräftepotential" umfaßt über den Umfang des von mir vorgeschlagenen Begriffs hinaus noch die "Stille Reserve".

milienangehörige arbeiten, unabhängig davon, ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder Nebentätigkeit handelt und unabhängig vom zeitlichen Umfang.

In diesem weit gefaßten Erwerbstätigkeitsbegriff sind auch folgende Teilgesamtheiten enthalten:

- Den Beamten, einer solchen Unter-Kategorie der abhängig Erwerbstätigen werden die Berufssoldaten und Wehrpflichtigen zugeordnet (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 11). Auch die nicht in einem proportionalen Leistungsentgelt gezahlte Arbeit von Soldaten im Grundwehrdienst ist aufgrund der prinzipiellen theoretischen Überlegungen zum Arbeitsbegriff (vgl. 1.3.) sowie des institutionalisierten Charakters dieser Arbeitsrolle sinnvoll als Erwerbsarbeit zu interpretieren, wenn auch mit ähnlich spezifischen Arbeitsmustern, wie unter 1.5. dargestellt.
- Der Kategorie "Abhängige" werden die Auszubildenden in kaufmännischen, technischen und gewerblichen Lehrberufen zugeordnet, die in einer praktischen Berufsausbildung stehen. Theoretisch sinnvoll ist die Einordnung dieser Gruppe von Jugendlichen bzw. zunehmend Jung-Erwachsenen in die Kategorie "Erwerbstätige" insofern, als im Gegensatz zum rezeptiven Lernen in der formalisierten allgemeinen Ausbildung getrennt von der beruflichen Praxis hier die direkte Einübung produktiver Arbeitsverrichtungen und damit eine Form von Arbeit stattfindet (29).
- Ebenfalls als abhängig Erwerbstätige gezählt werden alle Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Inhaber von staatlich gestützten Erwerbsarbeits-Plätzen (Zur Problematik dieser Kategorisierung, die eine differenzierte Betrachtung der Struktur der Erwerbstätigen in 3.4. nötig macht vgl. 2.1.2.2.4.).

(29) Zur Differenzierung zwischen "Jugendlichen" und "Jungerwachsenen" und der Problematik des fehlenden Praxisbezugs der allgemeinen Ausbildung vgl. KREUTZ 1980b, bes. S. 26 ff.

- Zusätzlich zu den im Berichtszeitraum eine Erwerbstätigkeit ausübenden Personen zählen die Erwerbslosen (nach meinem in 1.4.1. dargestellten Begriff) zu dem "Angebot an Erwerbsarbeit". Die konzeptuellen Schwächen beider amtlicher Erhebungsmethoden für diese Gruppe sind in 2.1.2. umfassend dargestellt worden; die sich daraus ergebende Überzeichnung der tatsächlichen Erwerbslosigkeit - so in der Arbeitslosenstatistik um rund 10% - scheint wahrscheinlich.

Trotzdem werden aus den o.g. Gründen die Jahresdurchschnittszahlen der von der BA registrierten Arbeitslosen für den Umfang der Erwerbslosigkeit verwendet; jedoch sind diese Zahlen nur mit all den zusammengefaßten Vorbehalten zu interpretieren.

- Im Vergleich zu den Jahresdurchschnittszahlen der Erwerbstätigen (der integrierten Erwerbsstatistik) und der registrierten Arbeitslosen sollen die Zeitreihen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen, die nach dem Berichtswochenkonzept jeweils Ende April bzw. Anfang Mai des Jahres erfaßt und hochgerechnet wurden (MZ), gegenübergestellt werden. Dies deshalb, weil die Erwerbslosenstatistik insgesamt gesehen wahrscheinlich ein realistischeres Bild von der Erwerbslosigkeit zeichnet (vgl. 2.1.2.2.6.).

2.2.4.2. Die Problematik der Kategorie "Stille Reserve" als Teilgesamttheit des "Angebots an Erwerbsarbeit"

Problematisch ist v.a. die Frage, ob die "Stille Reserve", wie sie vom IAB definiert und geschätzt wird (vgl. Beitr. AB 1979/42, S. 107-112 und Beitr. AB 1981/56) mit in die Erwerbsarbeit Suchenden einbezogen werden soll oder nicht (30).

Zuzustimmen ist sicher dem Ausgangspunkt der Diskussion über die Stille Reserve, daß es erwerbsarbeitswillige Personen gibt, die

(30) Vgl. FN 4 und bes. 2.1.2.2.5.

sich bei schlechterer Arbeitsmarktlage vorübergehend entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückziehen oder andere, die bei der Arbeitssuche das Arbeitsamt nicht einschalten. Dieser Personenkreis ist in der registrierten Arbeitslosigkeit nicht erfaßt.

Auf der anderen Seite müssen gegen das Konzept der "Stillen Reserve" einige Einwände vorgebracht werden:

- Dieser Personenkreis müßte im Prinzip in der Erwerbslosenstatistik erfaßt werden, sieht man einmal von Verzerrungen durch vermutete Stigmatisierungsprozesse ab, die aber besonders bei verheirateten erwerbslosen Frauen als wenig bedeutsam anzusehen sind (vgl. HEINEMANN 1980, S. 330). Die Erwerbslosenzahl fällt jedoch im Vergleich zur registrierten Arbeitslosenzahl durchweg deutlich geringeraus (vgl. 2.1.2.2.6.). Insofern wird die Nichterfassung des o.g. Personenkreises wahrscheinlich durch entgegengerichtete systematische Fehler der Arbeitsamtstatistik überkompensiert.
- Bedeutung und Umfang des "Entmutigungseffekts" (discouraged worker effect) durch eine schlechte Arbeitsmarktlage (31) werden in der Literatur kontrovers diskutiert (vgl. 4.4.4.1.). Inwieweit die Erwerbsbeteiligung der Frauen tatsächlich durch eine schlechtere Arbeitsmarktlage in den letzten 10 Jahren zurückging, wird ebenfalls dort (4.4.4.1.) dargestellt.

(31) Der Effekt wurde in der klassischen Arbeit von BOWEN/FINEGAN 1969 empirisch bestätigt. Empirische Evidenzen finden sich auch in einer Studie von SCHMID 1980 (S. 143 ff.) der bei einem Vergleich von Arbeitsamtbezirken eine negative Korrelation zwischen Arbeitslosenquoten und Frauenerwerbsquoten beim "städtischen Typ der Marginalbeschäftigung" (im Gegensatz zum Vorwiegen des "Zusatzbeschäftigungseffekts" bei höherer Gesamtarbeitslosigkeit im Fall von ländlichen strukturschwachen Arbeitsamtbezirken) feststellen konnte. Zu den empirischen Befunden zum Entmutigungseffekt vgl. auch BLACEJCZAK 1981 in Beitr. AB 1981/56/S. 283 ff.

- Dem Entmutigungseffekt entgegengesetzt ist der Effekt der Hortung von Erwerbsarbeit (32) gerade bei knapper werdenden Erwerbsarbeitsplätzen. Die Ansprüche auf Teilnahme am Erwerbsleben werden trotz oder gerade wegen der angespannten Arbeitsmarktlage, in der der Besitz eines Arbeitsplatzes immer mehr zu einem begehrten Gut wird, aufrechterhalten oder sogar aktiviert. Das IAB gesteht die Existenz eines solchen Zusatzbeschäftigungseffekts zu, hält aber an einem positiven Saldo wegen des Überwiegens des Entmutigungseffekts und des Nicht-Einschaltungs-Effekts fest (vgl. KLAUDER 1981, S. 3 und Beitr. AB 1979/42/S. 108 ff.).
- Das vom IAB angewandte (vgl. ebd., S. 44) Verfahren zur Schätzung des Umfangs der Stillen Reserve, eines Teils des damit abzustimmenden Erwerbspersonenpotentials (Erwerbspersonen + Stille Reserve), geht von vergangenen demographischen Veränderungen (Bevölkerungswachstum, Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur) und trendmäßigen Entwicklungen im spezifischen Erwerbsverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen aus, die für Prognosezwecke in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Die Ermittlung und Fortschreibung des Erwerbspersonenpotentials orientiert sich dabei v.a. an den in Hochkonjunkturjahren wie 1970 zu beobachtenden Werten, also an der maximal realisierten Erwerbsbeteiligung (Globale peak-to-peak-Methode). Die "Stille Reserve" ergibt sich dann als durch die schlechten Arbeitsmarktchancen induzierte Abweichung der effektiven Erwerbsbeteiligung einzelner Gruppen und der potentiellen trendmäßigen. Unterstellt wird dabei ein rezessionsbedingter Aufbau der Stillen Reserve, also ein Überwiegen des Entmutigungseffekts. Die Einwände gegen dieses Verfahren wurden bereits (in 2.1.2.2.5.) zusammengefaßt.

Nicht eingeschlossen in dem IAB-Konzept des "konjunkturellen Potentials" und seiner Schätzung ist die von einigen Autoren (vgl. 2.1.1. und FREISBERG 1981, S. 46 ff.) verwendete umfassendere Kategorie eines "latenten Erwerbspotentials". So umfaßt für

(32) Der in der Arbeitsmarktdiskussion eingeführte Terminus "Zusatzbeschäftigungseffekt" (additional worker effect) zielt hauptsächlich auf die eingeschränkte ökonomische Motivation zur Aufnahme von Erwerbsarbeit durch verheiratete Frauen im Fall der Erwerbslosigkeit des Ehemanns.

FREISBERG 1981 (S. 48) das "tatsächliche oder latente Arbeitskräftepotential" von Frauen im Unterschied zum "konjunkturellen" alle arbeitsfähigen Frauen von 15-65, d.h. alle, die nicht in allgemeiner Ausbildung stehen, berufs- oder erwerbsunfähig sind, vorzeitiges Altersruhegeld beziehen oder länger krank sind; also zusätzlich zum konjunkturellen Potential alle Frauen, die erst langfristig ihr Arbeitsrollen-Verständnis ändern müßten, um für Erwerbsarbeit "mobilisierbar" zu sein. Die normative Orientierung einer solchen Konzeptualisierung von "Arbeitskräftepotential", die in der Soll-Vorstellung einer totalen Vermarktung aller Frauenarbeit besteht, liegt auf der Hand.

Andere Autoren (vgl. KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977, S. 51) wollen den Geltungsbereich der Stillen Reserve auf alle Erwerbstätigen ausdehnen,

"...deren Tätigkeit ... nicht ihren Fähigkeiten oder Neigungen entspricht" (ebd.).

Damit verliert die Kategorie jedoch noch mehr an empirischer Signifikanz und Trennschärfe und ist so für meine Fragestellung unbrauchbar.

Auf das einzig methodisch versprechende Verfahren zur Feststellung einer Stillen Reserve gegenüber der Schätzung mit Hilfe von hypothetischen Makrorelationen des Erwerbslebens, die Befragung von Einzelpersonen, insbes. die Befragung von Abgängern aus der registrierten Arbeitslosigkeit in den Status von "Nicht-Erwerbspersonen" nach ihren Gründen, wurde bislang weitgehend verzichtet. Nach der Konzeptualisierung des IAB (vgl. Beitr. AB 1979/42/S. 108) ist der Begriff "Stille Reserve" primär "makroökonomisch definiert":

"Wesentlich ist nicht die ... Frage, ob eine konkrete Person aktiv um Arbeit nachsucht, denn charakteristisch ist gerade eine 'Entmutigung' angesichts vorausgegangener aussichtsloser Bemühungen um Arbeit" (ebd.)

Fraglich ist, ob mit einem so weit gefaßten Begriff von Stiller Reserve, für den die tatsächliche Motivation zur Erwerbsarbeit

von Einzelpersonen zurücktritt hinter Vermutungen für das Erwerbsverhalten von Gruppen oder Kohorten, die hier interessierende Variable "Erwerbsarbeit Suchende" begriffsadäquat erfaßt wird.

Aus den genannten Gründen soll die vom IAB ausgewiesene Stille Reserve und das davon abgeleitete "Erwerbspersonenpotential" (vgl. BACH et al. 1983b, S. 333) bzw. deren Nettoveränderungen zunächst nicht für die Darstellung der Entwicklung des "Angebots an Erwerbsarbeit" verwendet werden. Für die in 2.3.2. vorgenommene Erweiterung des Konzepts um diese Größen gelten die hier dargestellten methodischen Vorbehalte.

2.2.4.3. Operationale Definition der "Nachfrage nach Erwerbsarbeit"

Die Leistungsfähigkeit oder Kapazität des formellen Beschäftigungssystems, d.h. das Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen oder die Nachfrage nach Erwerbsarbeit läßt sich in zwei Komponenten untergliedern:

- Die Zahl der tatsächlich besetzten Erwerbsarbeitsplätze. Sie stimmt mit der oben näher charakterisierten Variable "aktuelle Erwerbstätige" überein.

Nicht unterschieden werden soll mit dieser Meßgröße für das realisierte Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen zwischen den verschiedenen möglichen Ursachen für seine Veränderungen. Ob das realisierte Angebot also zurückging,

- weil sich die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze aufgrund einer unzureichenden Kapitalinvestitionstätigkeit vermindert hat oder
- weil an und für sich bereitstehende Arbeitsplätze nur nicht besetzt (und auch nicht als offene Stellen gemeldet) wurden, da ein vorübergehender Nachfragemangel die Unternehmen dazu führte, ihre vorhandenen Sachkapazitäten nicht voll auszulasten, kann also der verwendeten Meßgröße nicht entnommen werden.

Damit ist auch eine undifferenzierte Interpretation des Rückgangs der Erwerbstätigen-Zahlen als Arbeitsplatzvernichtung oder Rückgang des Arbeitsplatzpotentials nicht möglich - eine Vernichtung von tatsächlich nachgefragter Erwerbsarbeit drückt sich aber darin sehr wohl aus.

Jede weitere Zuordnung bestimmter Anteile dieses Rückgangs zu bestimmten Ursachen wie: wachstumsbedingtes Defizit an Arbeitsplätzen versus konjunkturbedingte Minderauslastung der Sachkapazitäten, ist auf Hypothesen über die ursächlichen Bedingungen des Rückgangs der Nachfrage nach Erwerbsarbeit angewiesen.

In dem Streit über die Anteile von "konjunktureller Arbeitslosigkeit" und "Defizit an Arbeitsplätzen" (33) gehen dementsprechend Werturteile, d.h. Präferenzen für eine "nachfrage-" oder "angebotsorientierte" Sichtweise der Erwerbslosigkeit und Optionen der Beschäftigungspolitik ein. Daraus und aus unterschiedlich konzeptualisierten Schätzverfahren erklären sich dann auch die starken Abweichungen in den Schätzungen.

So vermutete der SACHVERSTÄNDIGENRAT für den Rückgang der abhängig Beschäftigten im Zeitraum 1973-1976 um 1,3 Millionen (34) Anteile von 500.000 aus konjunkturellen Gründen nicht besetzten Arbeitsplätzen und einen Anteil von 800.000 Defizit an Arbeitsplätzen.

Anders konzeptualisierte Schätzungen des IFO-Instituts und des IAB gelangen zu entsprechenden Anteilen von 700.000 bzw. 200.000 (Beitr. AB 1979/42/S. 85) an der Teilgesamtheit der um 0,9 Mio. verminderten Anzahl von beschäftigten Arbeitnehmern in der verarbeitenden Industrie.

Neben den konzeptuellen Mängeln in der Berechnungsmethode des Arbeitsplatzpotentials ist v.a. die eindeutige Zuordnung dieser zwei möglichen Typen des Rückgangs der Erwerbstätigen zu den jeweils dafür angegebenen Ursachen: Konjunktur vs. Wachstumsdefizit nicht möglich. Denn

(33) Vgl. dazu Beitr. AB 1979/42/S. 83-85; SVR 1981, S. 152 und KLAUS 1982, S. 596

(34) Zahl nach Beitr. AB 1979/42/S. 83. Sie weicht von der von mir genannten Differenz von 967.000 für die Differenz der Jahresdurchschnitte erheblich ab. Jedoch kommt es in diesem Kontext auf die absolute Höhe des Rückgangs weniger an.

auch ein hoher Anteil eines strukturell bedingten Defizits an Arbeitsplatzpotential bedeutet nicht - wie wachstumsorientierte Ökonomen daraus folgern (vgl. BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT 1977, S. 10 und SACHVERSTÄNDIGENRAT 1981, Zi. 144), daß nur das Wachstum der für den Markt bzw. den Staat geleisteten Arbeit weiter ausgedehnt werden muß.

Die einfache auf der vergangenen Entwicklung beruhende Trendextrapolation: Die Investitionen müßten um x % pro Jahr, das Brutto-sozialprodukt um y % jährlich wachsen, um das Arbeitsplatzpotential um z % zu steigern und den Arbeitsmarkt zu entlasten, ist insbesondere deswegen nicht zutreffend, weil sie die Rückwirkungen der Ausdehnung der Erwerbsarbeit auf die Lebensfähigkeit der damit geschaffenen Arbeitsplätze, die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials und der Kapitalintensität der Arbeitsplätze außer Acht läßt.

- Richtet sich die Fragestellung der Ermittlung des Umfangs der Erwerbslosigkeit auf die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze, die geschaffen oder besetzt werden müßten, um jeden Erwerbslosen mit einem Arbeitsplatz auszustatten (vgl. die in 2.1.1. besprochene "zukunftsbezogene ökonomische Perspektive"), so ist die Hinzuziehung der offenen Erwerbsarbeits-Stellen zu den besetzten Arbeitsplätzen (Erwerbstätige) sinnvoll.

Die BA erfaßt allerdings nur den Umfang der bei ihr von Arbeitgebern gemeldeten offenen Stellen, zudem aufgrund der übergeordneten Vermittlungsaufgabe nur die am Arbeitsmarkt für abhängig Beschäftigte angebotenen.

So müßte bei einem - im Zeitverlauf natürlich schwankenden - Einschaltungsgrad der Arbeitsämter von rund 40% (vgl. SCHOMAKER 1978, S. 18) zu den von der BA ausgewiesenen Jahresdurchschnittszahlen der offenen Stellen noch die Zahl der nicht gemeldeten offenen Stellen (Zahl der gemeldeten mal 1,5) hinzuaddiert werden. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitsämter auch nicht kontrollieren (können), ob der gemeldete Arbeitskräftebedarf tatsächlich besteht. Deswegen beschränke ich mich auf die Wiedergabe der Originalwerte der Offenen Stellen.

Soll dagegen die Menge der Erwerbslosen (operational: registrierte Arbeitslose) als Teil der Erwerbspersonen deutlich gemacht werden, der an dem in Anspruch genommenen Arbeitsplatzangebot des Beschäftigungssystems nicht partizipiert, so ist es sinnvoll, auf die Hinzuziehung der offenen Stellen zu verzichten.

2.2.5. Zum Beobachtungszeitraum

Die statistische Basis für die Darstellung der Entwicklung des Beschäftigungssystems sind zunächst Bestandsgrößen der Erwerbspersonen, -tätigen und -losen und ihre jährlichen Nettoveränderungen. Dies ist für einen Überblick über die globale Entwicklung des Aggregats Erwerbslosigkeit durchaus ausreichend. Nichts ausgesagt ist damit über die umfangreichen Prozesse im Beschäftigungssystem, die als Bewegungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Positionen im Erwerbsleben zu den beobachteten Nettoveränderungen führen. Deshalb werden im Abschnitt 2.5. die Zeitreihen der Bestandsgrößen durch solche Bewegungsdaten ergänzt, um die Dynamik des Arbeitsmarktgeschehens sichtbar zu machen.

Nach der Diskussion der methodologischen Ansprüche an die Zeitreihenanalyse, die operationale Definition der theoretischen Variablen und der Darstellung der Datenlage ist es notwendig, einen geeigneten Beobachtungszeitraum für die Deskription zu definieren. Aus mehreren Gründen erscheint der 10-Jahreszeitraum von Anfang 1973 bis Ende 1982 (35) als sinnvoll:

- Wie aus Schaubild 1 und 2 hervorgeht, fällt die krisenhafte Entwicklung des Beschäftigungssystems in die letzten 10 Jahre der Bundesrepublik, sieht man von der strukturell andersartigen Nachkriegsarbeitslosigkeit ab. Zwar überschreitet die Zahl

(35) Soweit aktuelle Daten, auch aus Schätzungen, für das Jahr 1983 zur Verfügung stehen, sollen sie mit einbezogen werden, zumal sich 1983 die ersten Anzeichen für eine "Wende" der Arbeitsmarktentwicklung ergeben haben (vgl. BACH et al. 1983).

der registrierten Arbeitslosen (die i.F. soweit nicht anders vermerkt für die Erwerbslosen nach meiner Definition verwendet wird) bereits im Januar 1967 die 500.000-Marke (mit 621.000) (alle Zahlen aus ANBA 1983/Sondernr., S. 32 ff.). Doch konnten die offenbar damals funktionsfähigen Allokationsmechanismen der Märkte (und der Arbeitsmarktpolitik) die Arbeitslosenzahl schon bald wieder bis auf 174.000 (im Sept. 1968) drücken. In den folgenden Jahren 1969 bis einschließlich 1973 lag die offizielle Arbeitslosenquote wie schon vor der kurzen Rezession 1966/67 stets bei ca. 1%.

Insofern erscheint es sinnvoll, das Jahr 1973 als Ausgangspunkt und zur Kontrastierung mit der darauf folgenden Beschäftigungskrise bis in die Gegenwart zu verwenden.

Im Jahr 1973, dem letzten Hochkonjunktur- (oder besser Überhitzungs)jahr, stieg die Arbeitslosigkeit erstmals saisonbereinigt an: Im Dezember erreichte sie erstmals wieder fast die Marke der halben Million, auch wenn der Jahresdurchschnitt noch bei 273.000 lag (vgl. zum folgenden groben Überblick Tab. 3 und die Schaubilder 3 und 4).

- 1974 kann als Jahr des schockartigen Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt angesehen werden: Der Jahresdurchschnitt an registrierten Arbeitslosen lag mit 582.000 mehr als doppelt so hoch wie 1973. Allein in den 3 Monaten von Ende Sept. 1974 bis Ende Dezember wurden fast 400.000 Arbeitslose mehr gezählt.

1975-1977 überschritt diese dann die Millionengrenze, und fiel von 1978-1980 nicht mehr bedeutend darunter. Im Jahr 1981 lag der Jahresdurchschnitt bereits wieder darüber, 1982 hatte er die 2 Millionengrenze fast erreicht, im letzten Jahr um eine Viertelmillion überschritten. 1983 verflachte sich allerdings der seit 1980 zu beobachtende ununterbrochene Anstieg der Arbeitslosenzahlen, was von einigen Autoren und v.a. von politologisch-ideologisch interessierter Seite bereits als Wende auf dem Arbeitsmarkt interpretiert wird. Die neuesten Zahlen für Ende Januar 1984 weisen den bisherigen Höchst-

stand der registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik von 2.539.000 aus. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,2% (Nach SZ vom 3.2.1984, S. 33).

An der noch weit mehr als die Beschreibung der vergangenen Entwicklung von Interessen und Normen geleiteten Diskussion über die Prognose der Arbeitsmarktentwicklung, die notwendig spekulativ verläuft und durch erwiesene Fehlprojektionen in der Vergangenheit nicht erschüttert werden kann (vgl. 2.3.2.2.), will sich diese Arbeit jedoch nicht beteiligen.

- Zusammenfassend kann also die letzte Dekade als ein Zeitraum charakterisiert werden, in der auf dem Erfahrungshintergrund einer in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre weitgehend realisierten Vollbeschäftigung 1974/75 ein schockartiger Einbruch im Beschäftigungssystem erfolgte. In der Folgezeit, insbesondere in den letzten 3 Jahren, "gewöhnte" man sich an jahresdurchschnittliche Arbeitslosenbestände von mindestens einer Million (36).

Eine genaue Darstellung der Entwicklungslinien und Phasen in diesem Zeitraum auf Grundlage der dargestellten Konzeptualisierung und mit Hilfe der geschilderten Datenquellen ist Aufgabe des nächsten Abschnitts.

2.3. Gesamtüberblick über die Entwicklung der Erwerbslosigkeit 1973-1983

2.3.1. Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigkeit

Ein globaler Überblick über die Entwicklung des Aggregats Erwerbslosigkeit soll zunächst mit den in den vorhergehenden

-
- (36) Dieser grob skizzierte Verlauf der Entwicklung der Erwerbslosigkeit schlägt sich unter Zugrundelegung der Theorie der relativen Deprivation (vgl. WUGGENIG 1980) nieder in unterschiedlichen Mustern der Perzeption der Arbeitsmarktlage im Phasenverlauf, die empirisch belegt werden konnten (vgl. INFRA-TEST SOZIALFORSCHUNG 1980). Diese für die Fragestellung einer durch Massenerwerbslosigkeit möglich werdenden soziopolitischen Desintegration der Gesamtgesellschaft vielversprechende Perspektive soll in dieser Arbeit jedoch nicht weiterverfolgt werden.

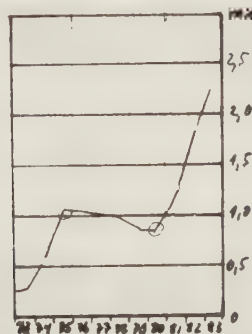
Abschnitten zusammengefaßten methodischen Vorbehalten anhand der Zeitreihen der absoluten Jahresdurchschnittszahlen für die Bestände der registrierten Arbeitslosen erfolgen.

Tab. 3: Die Entwicklung der Jahresdurchschnittszahlen der registrierten Arbeitslosen im Bundesgebiet von 1973-1983 (37) in Tausend

1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258

Die graphische Darstellung dieser Zeitreihen wird hier wie im folgenden vorgenommen, weil sie anschaulich die Gliederung der Entwicklung in verschiedene Phasen und andere Besonderheiten zum Ausdruck bringt. Es ist allerdings zu beachten, daß z.B. bei Jahresdurchschnittszahlen (und analog bei monatlichen Daten für jeden Monat) für jeden Jahreszeitraum nur ein Punkt in einem derartigen Diagramm definiert ist. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Punkte zu einem Streckenzug verbunden, der jedoch nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß es sich um eine mehr oder weniger willkürliche Verbindung einzelner def. Punkte handelt.

Schaubild 3: Die Entwicklung der Jahresdurchschnittszahlen der registrierten Arbeitslosen von 1973-1983 (nach Tab. 3).

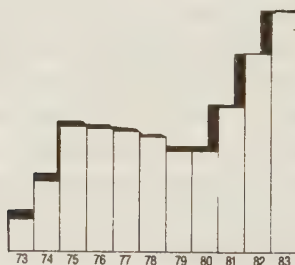


37) Zahlen für 1973-1982 nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 32 f., für 1983 vorläufige Zahl nach WISTA 1984/1/2°.

Deutlich erkennbar sind die drei Phasen der Entwicklung der Erwerbslosigkeit, die im folgenden näher dargestellt werden sollen.

Diese sind ebenfalls erkennbar in der Entwicklung der Beziehungszahl: Arbeitslosenquote, die hier trotz der in 2.2.2. zusammengefaßten methodischen Vorbehalte anhand eines Stabdiagramms dargestellt werden soll. Es zeigt im großen und ganzen die Parallelität zu der Entwicklungslinie des Zählers, der registrierten Arbeitslosen.

Schaubild 4: Entwicklung der Jahresdurchschnittsquoten der registrierten Arbeitslosen 1973-1983 (38)



Im folgenden sollen nun nach der im letzten Abschnitt konzeptualisierten Perspektive die Zeitreihen der Jahresdurchschnittszahlen der registrierten Arbeitslosen im Vergleich mit den Zeitreihen der sie hervorbringenden Variablen "Angebot an" und "Nachfrage nach Erwerbsarbeit" dargestellt werden (39).

(38) Zahlen für 1973-1982 nach ANBA 1983/Sondernr./S. 34 f., für 1983 vorläufige Zahl nach WISTA 1984/1/S. 19.

(39) Zur Operationalisierung dieser Variablen und zur Datenlage vgl. den vorhergehenden Abschnitt 2.2.4.

Tab. 4: Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit als Lücke zwischen Angebot an Erwerbsarbeit (Erwerbspersonen: Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose) und Nachfrage an Erwerbsarbeit (Erwerbstätige) von 1973-1983. Jahresdurchschnitte in Tausend

Jahresdurchschnitt	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Erwerbspersonen (Summe aus 2 und 3)	1 27195	27147	26884	26651	26577	26692	26915	27191	27395	27501 ^P	27445(41)
davon:											
Erwerbstätige (40)	2 26922	26565	25810	25591	25547	25699	26039	26302	26123	25668 ^P	25187(41)
registrierte Arbeitslose (17)	3 273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258(43)

(40) Ergebnisse einer Schätzung für den Jahresdurchschnitt, die unter Mitbenutzung von Statistiken für die Teilbereiche des Erwerbslebens aufbaut auf Zahlen der Volkszählung, des IZ sowie der Beschäftigungsstatistik der BA. S. hierzu auch 2.2.4. übernommen aus: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 98. p: Vorläufige Zahlen.

(41) Vorläufige Zahlen des STATISTISCHEN BUNDESAMTS nach WISTA 1984/5/S. 404 für den Jahresdurchschnitt 1983.

(42) Zahl nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 32 f. gerundet.

(43) Vorläufige Zahl nach WISTA 1984/1/S. 2^e Die Werte für 1983 sind durch den unterschiedlichen Berichtszeitpunkt von Erwerbstätigen und Arbeitslosen mit Vorbehalt zu interpretieren.

Im Vergleich zu den geschätzten Jahresdurchschnittsdaten der Erwerbsstatistik bzw. der Jahresdurchschnittszahlen der registrierten Arbeitslosen werden nach demselben Konzept der Darstellung die Zeitreihen der Daten des Mikrozensus für den Berichtszeitpunkt Ende April/Anfang Mai der Jahre 1973-1982 (1983) wiedergegeben (44). Auch hier wurden nur die Daten für Erwerbstätige und Erwerbslose (vgl. 2.1.) erhoben. Die Berichtsgröße "Erwerbspersonen" errechnet sich definitionsgemäß aus der Summe ihrer Teilgesamtheiten.

(44) Für den MZ waren keine Ergebnisse verfügbar. Anstelle dessen wird hier für Anfang Juni 1983 der in der Arbeitskräfte-Stichprobe der EG erhobene Wert für Erwerbstätige ausgewiesen (Erwerbslose wurden dort nicht erhoben) (nach: STATISTISCHES BUNDESAMT zit. nach SZ vom 7.5.1984, S. 2). Diese Erhebung geht nach dem selben Konzept und Definitionskriterien wie der MZ, allerdings nur mit einem Stichproben-Auswahlsatz von 0,5% vor.

Tab. 5: Entwicklung der im Mikrozensus erhobenen Erwerbslosigkeit als Lücke zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen von 1973-1982. Jeweils Bestandsgrößen für Berichtswochen im Ende April oder Anfang Mai. In Tausend

Ende April/Anf. Mai	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 (44)
Erwerbspersonen (Summe aus 2 und 3)	1 27257	27234	25878	26696	26885	26952	27199	27640	27992	28335	
Erwerbstätige	2 27066	26853	25960	27752	25884	26021	26347	26874	26947	26774	26500
Erwerbslose	3 190	381	918	944	972	931	852	766	1045	1560	

Schaubild 5: Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit als Lücke zwischen Angebot an Erwerbsarbeit (Erwerbspersonen: Erwerbstätige (nach der integrierten Erwerbsstatistik + registrierte Arbeitslose) und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (Erwerbstätige) von 1973-1983. Jahresdurchschnitte Nach Tab. 4

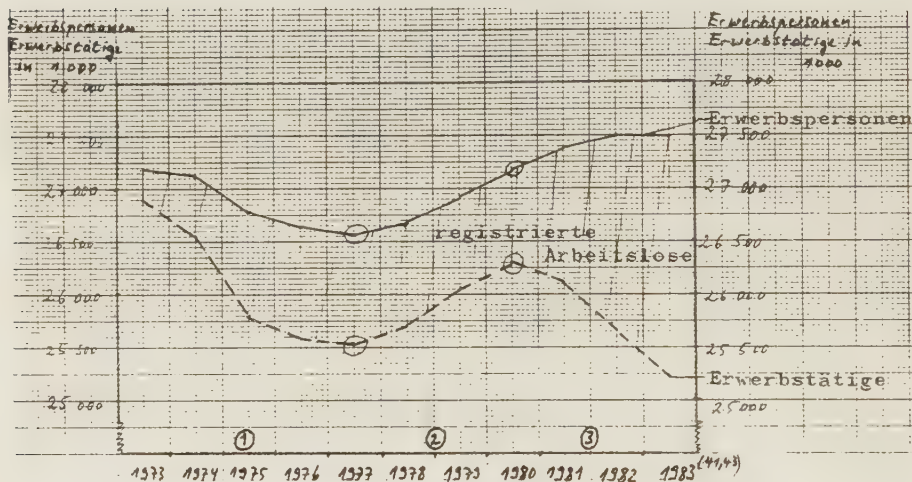
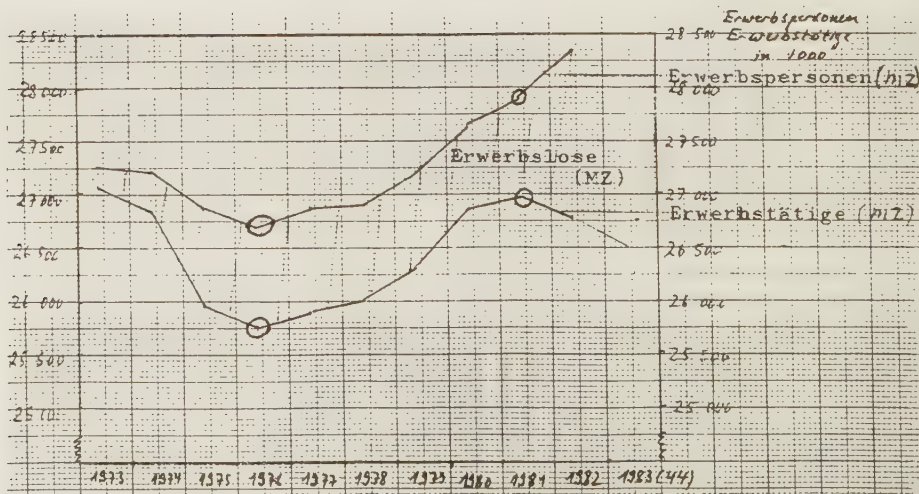


Schaubild 6: Entwicklung der im Mikrozensus erhobenen Erwerbslosen als Lücke zwischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige nach dem MZ + Erwerbslose nach dem MZ) und den Erwerbstätigen nach dem MZ. Jeweils Bestandsgrößen für Berichtswochen im Ende April/Anfang Mai. (Tab. 5)



Zu beachten ist für die Zahl der Erwerbstätigen (und damit auch der Erwerbspersonen) nach der integrierten Erwerbsstatistik (Jahresdurchschnitte - Tab. 4), daß die Werte im Jahr 1983 aufgrund der Ergebnisse verschiedener Bereichszählungen und neuerer Angaben aus der Beschäftigtenstatistik revidiert wurden. Die Erwerbstätigen sind - ebenso wie im MZ-Konzept - nach dem Inländerkonzept definiert und erhoben (alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, also auch Ausländer) und nicht nach dem in anderen Statistiken (bspw. des IAB) verwendeten Inlands- oder Beschäftigungsorkonzept.

Bei dem Kurvendiagramm 6 ist zu beachten, daß es sich bei den zugrundegelegten Meßzahlen um Bestandsgrößen handelt, die genau genommen nur für die Berichtswochen des MZ gelten. Dies erklärt einen Teil der Abweichungen beider Kurvendiagramme auf S. 178.

Deutlich zu erkennen ist für den gesamten Berichtszeitraum die schmalere Lücke zwischen Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit nach der Erhebungskonzeption des Mikrozensus gegenüber der graphischen Darstellung in Schaubild 5, da in Schaubild 5 der Jahresdurchschnitt der registrierten Arbeitslosen, in Schaubild 6 die Erwerbslosen für Ende April/Anfang Mai der Jahre dargestellt wurden. Die Gründe für diese Abweichung wurden in 2.1.2.2.6. ausführlich dargestellt.

Auffällig sind weiterhin die Abweichungen in den Werten für Erwerbstätige bes. nach 1977, die nach der Erhebungskonzeption des MZ stets höher liegen als nach den geschätzten Jahresdurchschnittszahlen in Schaubild 5. Ein Teil dieser Differenz geht wiederum auf die saisonbedingte Zunahme der Erwerbstätigenzahlen Ende April gegenüber dem Jahresdurchschnitt zurück. Allerdings sind die starken Abweichungen für 1980-1983, in denen die Erwerbstätigenzahl nach dem MZ (Arbeitskräfte-Stichprobe) die geschätzte Jahresdurchschnittszahl um 572.000, 824.000, 1.106.000 und 1.313.000 übertraf, damit nicht völlig zu erklären.

Neben den systematischen Fehlern der MZ-Konzeption (vgl. 2.2.4.) ist auch der Stichprobenfehler der 1vH-Repräsentativerhebung der Erwerbstätigkeit als eine Ursache der Abweichung zu vermuten. Das STATISTISCHE BUNDESAMT 1983b, S. 14 ff. gibt in seiner Fehlerrechnung zur 1%-MZ-Stichprobe für die Merkmale "Erwerbspersonen" und "Erwerbstätige" (45) einen relativen Standardfehler von 0,7% an. Das kann bei einer Größenordnung von maximal 28 Mio. zu maximalen Abweichungen von rund ± 200.000 führen.

Aufgrund dessen und der Mängel des Berichtswochenkonzepts (vgl. 2.2.4.) geben die Daten der integrierten Erwerbsstatistik den Verlauf der Erwerbstätigkeit wahrscheinlich exakter wieder.

Jedoch sind in beiden Kurvendiagrammen, wenn auch mit geringfügig unterschiedlich datierten Wendepunkten, die drei charakteristischen Phasen der Entwicklung des Beschäftigungssystems von 1973 bis zur Gegenwart zu erkennen (vgl. Tab. 8):

1. Vom Jahresdurchschnitt 1973 ab sinken Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit gleichzeitig bis zu einem ersten Tiefstand im Jahresdurchschnitt 1977.

2. Im Zeitraum 1977 (JD) - 1980 kann das Beschäftigungssystem einen Teil der wachsenden Zahl von Erwerbsarbeit Suchenden durch ein ebenfalls mit einem Netto-Zuwachs von 755.000 steigendes Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen integrieren. Trotzdem sinkt die registrierte Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum nur um 181.000 (Differenz der Jahresdurchschnitte), da die Zahl der Erwerbsarbeit Suchenden ebenfalls kräftig mit einem Netto-Zuwachs von 614.000 Personen steigt.

3. Das Wachstum der in das Erwerbsleben drängenden Bevölkerung setzt sich auch nach 1980 fort. Der Netto-Zuwachs bis zum Jah-

(45) Die Größenordnung des Stichprobenfehlers hängt im wesentlichen von ihrem Umfang ab. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5.000, d.h. für weniger als 50 Personen in der Stichprobe geht er über 20% hinaus, so daß die Ergebnisse nur noch geringen Aussagewert haben.

resdurchschnitt 1983 (vgl. FN 41) beträgt rund 250.000 Personen. Seit 1980 (JD) sinkt jedoch zudem das Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen erheblich ab - vom Jahresdurchschnitt 1980 bis zum JD 1983 um über eine Million (1.115.000). Das Resultat ist, daß sich die Schere zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen, also zwischen Anforderungen an das und der realisierten Leistungsfähigkeit des Beschäftigungssystems immer weiter öffnet. So wächst die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in diesem Zeitraum um 1.369.000 Mio. auf über 2 Mio. 1983.

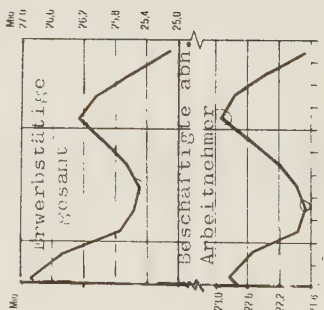
Diese für die gesamte Erwerbstätigkeit grob beschriebene und in 3 Phasen untergliederte Entwicklungslinie findet sich auch für den wichtigsten Bereich der formellen Erwerbsarbeit, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragte abhängige Erwerbsarbeit wieder, deren Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit ja fast 90% ausmacht.

Dies geht aus einer vom SACHVERSTÄNDIGENRAT 1983 herausgegebenen Tabelle und dem entsprechenden Schaubild hervor, die hier in dem interessierenden Ausschnitt übernommen werden.

Tab. 6: Entwicklung der Erwerbstätigen und der beschäftigten Arbeitnehmer darunter nach dem Inländerkonzept von 1973-1983. Jahresdurchschnitte in 1.000 (46)

Jahresdurchschnitt	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 (48)
Erwerbstätige insges.	26922	26565	25810	25591	25547	25699	26039	26302	26104 ⁽⁴⁷⁾	25622	25082
Beschäftigte abhängige Arbeitnehmer darunter	22906	22640	22014	21939	22029	22264	22659	22986	22850	22387	21856

Schaubild 7: Entwicklung der Erwerbstätigen und der beschäftigten Arbeitnehmer darunter nach dem Inländerkonzept von 1973-1983. Jahresdurchschnitte. Nach Tab. 6



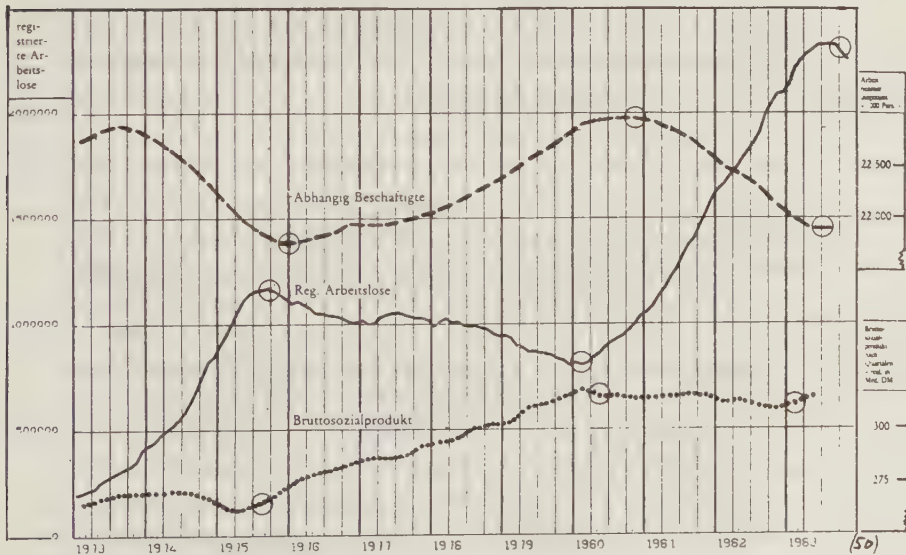
(46) Zahlen nach SACHVERSTÄNDIGENRAT 1983, S. 294.

(47) Die Zahlen für Erwerbstätige 1981 und 1982 weichen von denen vom STATISTISCHEN BUNDESAMT 1983 ausgewiesenen und in meiner Tab. 4 wiedergegebenen ohne erkenntliche Gründe geringfügig ab.

(48) Schätzung des SACHVERSTÄNDIGENRATS für das erste Halbjahr 1983.

Genauere Informationen über den Zeitpunkt der Phasenwendepunkte sind nur aus der Entwicklung der saisonbereinigten Monatswerte (vgl. S. 159) ersichtlich, wie sie bspw. vom IAB (BACH et al. 1983b, S. 331) für die abhängig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen errechnet wurden. Vom IAB wird daher das folgende Schaubild 8 übernommen, das den 1. Wendepunkt für die Entwicklung der abhängig Beschäftigten für Ende 1975, den Wendepunkt zwischen Phase 2 und 3 für Ende 1980 erkennen läßt.

Schaubild 8: Entwicklung der saisonbereinigten Zahlen der registrierten Arbeitslosen und der abhängig Beschäftigten sowie des realen Bruttosozialprodukts (in Preisen von 1976, zusätzlich arbeitstäglich bereinigt) von 1973 bis 1983 (49)



(49) Übernommen aus BACH et al. 1983b, S. 331.

(50) Siehe nächste Seite.

Die Entwicklung des im Schaubild dargestellten realen Bruttosozialprodukts interessiert für die hier vorgeschlagene Perspektive nicht weiter. Die Relevanz dieser Einflußgröße für den Verlauf der (abhängigen) Erwerbsarbeit und der registrierten Arbeitslosen, die in der öffentlichen und volkswirtschaftlichen Diskussion als sehr hoch eingeschätzt wird, muß nämlich angesichts des Kurvendiagramms 8 insbes. für die 3. Phase 1980-1983 in Frage gestellt werden. Für den letzten Zeitraum beträgt nämlich der Saldo der jährlichen Zuwachsraten des BSP (real) ca. + 1,5% (1980: + 1,8%, 1981: - 0,2%, 1982: - 1,1%, vorläufige Ergebnisse nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 13, 1983: + 1% geschätzte Zahl nach BACH et al. 1983b, S. 335).

Im selben Zeitraum sank die Zahl der abhängig Beschäftigten um ca. eine Million (vgl. Tab. 6).

Auch für die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und registrierter Arbeitslosigkeit ist eine Abkopplung der Entwicklungslinien bei der Größen zu beobachten, die durch klassische wachstumsorientierte Erklärungsversuche nicht aufzuklären ist:

-
- (50) Die von BACH et al. 1983b (S. 327) getroffene Diagnose, "daß die Abwärtsbewegung der (abhängigen) Erwerbstätigenzahl insgesamt saisonbereinigt ... zur Jahresmitte 1983 ausgelaufen ist" beruht auf geschätzten Daten für diesen Zeitraum. Die vom STATISTISCHEN BUNDESAMT 1984 (S. 12) veröffentlichten Zahlen weisen im Gegensatz dazu für den wichtigen Teilbereich der insgesamt (selbständig und abhängig) Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe einen allerdings deutlich schwächer gewordenen Rückgang der so definierten Erwerbstätigkeit auf. Die entsprechenden Meßzahlen der saisonbereinigten Werte für die Monate Januar bis Oktober 1983 bezogen auf den Basiswert 1980 = 100 betragen: 91,9; 91,5; 91,2; 90,8; 90,6; 90,3; 90,0; 89,9; 89,8; 89,7. Auch die dort ausgewiesenen (nach einem anderen, nämlich dem "Berliner Verfahren") saisonbereinigten Werte für die registrierten Arbeitslosen stützen zwar den vom IAB angenommenen Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl seit Sept. 1983, weisen aber für Dezember 1983 wieder einen schwachen Anstieg aus (ebd., S. 10).

So blieben die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten der Jahre 1976 und 1977 trotz eines in dieser Phase starken Wachstums des realen Bruttosozialprodukts (Veränderung gegenüber dem Vorjahr; in Preisen von 1976) von 5,6% resp. 2,8% (nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1982, S. 196 f.) auf einer gegenüber 1975 nur um 0,1% veränderten Höhe von 4,6 resp. 4,5%.

Die weitgehende Entkopplung des offiziellen Wirtschaftswachstums und der Nachfrage nach abhängiger Erwerbsarbeit bestätigt den hier gewählten Ansatz der Suche nach Einflußgrößen für die Krise der Erwerbsarbeit jenseits des traditionellen wachstumsorientierten Paradigmas.

Die sogar schwach negative Korrelation zwischen Wachstum des formellen Sektors der Wirtschaft (zur Problematik seiner Messung vgl. S. 83) für die Phase 1980-1983 und der Entwicklung der Erwerbstätigkeit berechtigt auf jeden Fall nicht zu dem zuweilen in der beschreibenden Wirtschaftsstatistik (vgl. ANDERSON et al. 1980, S. 148 ff.) und der Volkswirtschaftstheorie angewendeten Verfahren der Zerlegung der Zeitreihen von Arbeitsmarktgrößen in die mittel- und langfristig wirksamen Komponenten des "Trends" und der "Konjunktur", die den Ursachenkomplexen: langfristige bzw. zyklisch schwankende Entwicklung des Bruttosozialprodukts zugeordnet werden.

2.3.2. Erwerbslosigkeit als Resultat der Entwicklung von Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit

Nachdem in den bisherigen Tabellen und Schaubildern Angebot an und Nachfrage nach Erwerbsarbeit stets so konzipiert wurden, daß die Zeitreihen-Werte für die operational definierten Größen: Erwerbstätige, registrierte Arbeitslose (bzw. Erwerbslose) direkt aus den Ergebnissen der amtlichen Statistik übernommen werden konnten, soll nun auf die in 2.2.4. begründete Konzeptualisierung der Angebots- und Nachfragegrößen im Beschäftigungssystem übergegangen werden.

Die Nachfrage nach Erwerbsarbeit wird also erweitert um die Jahresdurchschnittszahlen der beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen (S. 169).

Das Angebot an Erwerbsarbeit, das bisher als "Erwerbspersonen" (Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose) definiert wurde, wird ergänzt um die Arbeitsmarktgröße "Stille Reserve", wie sie vom IAB konzipiert (vgl. 2.2.4.2.) und berechnet wird. Von der Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamts wird dieser Personenkreis den "Nicht-Erwerbspersonen" zugerechnet. Wird er wie hier vorgeschlagen als nicht eindeutig entschiedener sozialer Status zwischen Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbspersonen interpretiert, führt das zur Erweiterung der Erwerbspersonen zum Erwerbspersonenpotential.

Zu beachten ist, daß das absolute Niveau der Erwerbspersonen auch durch eine Stille Reserve von maximal 610.000 Personen im Jahr 1982 (vg. Tab. 7) kaum tangiert wird, beträgt ihr relativer Anteil am gesamten Erwerbspersonenpotential doch nur maximal 2,2% (bei einer Erwerbspersonenzahl von 27,5 Mio.). Die Konzeptualisierung und eher vorsichtige Berechnung des Potentials des IAB wird hier aufgegriffen, weil unter den vorliegenden Alternativen methodisch immer noch am meisten für sie spricht, insbes. was seine Abgrenzung vom "latenten Erwerbspersonenpotential" betrifft.

Alternative (ökonometrische) Schätzverfahren, die zu einem größeren Umfang der Stillen Reserve gelangen, wie etwa bei BLAZEJCZAK 1981 gehen nicht nur von fragwürdigen makroökonomischen Funktionen des Erwerbsverhaltens aus, sondern auch von durchweg zu niedrig angesetzten Zahlen der tatsächlichen Erwerbspersonen als Ausgangsmaterial. So lag die dort ausgewiesene Zahl für 1975 bspw., dem Jahr der größten dort angegebenen "Stillen Reserve" von 570.000 Personen, um 486.000 Personen zu niedrig (BLAZEJCZAK 1981, S. 292). Von daher dürfte die Abweichung der potentiellen von der tatsächlichen "Erwerbspersonenzahl" durchweg weniger drastisch ausfallen als angenommen.

Trotz des Aufgreifens des IAB-Konzepts wird die dort zugrundegelegte Prämisse eines globalen konjunkturellen Entmutigungseffekts insbesondere für die Teilgruppe der verheirateten Frauen - wegen der An-

nahme des Überwiegens anderer entgegengerichteter Einflußgrößen (wie etwa des Ansteigens der Scheidungsquoten - vgl. 4.4.) - nicht geteilt, so daß die Zahlenwerte hier v.a. dargestellt werden, um einen Vergleich ihrer Entwicklung mit der der methodisch besser fundierten Größe "Erwerbspersonen" zu ermöglichen.

Wie Schaubild 9 zeigt, wird die Entwicklungslinie der Erwerbspersonen in ihrem charakteristischen Phasenverlauf durch die Hinzuziehung der Stillen Reserve kaum tangiert, sondern nur in ihrem Niveau geringfügig nach oben verschoben. Für den Vergleich der Anteile ist jedoch der Verzerrungseffekt durch die unterbrochene Achse zu beachten.

Tab. 7: Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit (Erwerbspersonenpotential) und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (Erwerbstätige + Offene Stellen) von 1973-1983. Jahresdurchschnitte in 1.000 (51)

Jahresdurchschnitt	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Angebot an Erwerbs- arbeit: Erwerbsperso- nenpotential (52)	1 27351	27353	27226	27074	27052	27180	27361	27626	27907	28111 ^P	28133 ^P (41)
Erwerbspersonen	2 27195	27147	26884	26651	26577	26692	26915	27191	27395	27501 ^P	27445 ^P (41)
Erwerbstätige (53)	3 26922	26565	25810	25591	25547	25699	26039	26302	26123	25668 ^P	25187 ^P (41)
Registrierte Ar- beitslose (54)	4 273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258 ^P (43)
Stille Reserve (55)	5 156	206	342	423	475	488	446	435	512	610 ^P	688 ^P
Gesamte Nachfrage nach Erwerbsarbeit (56)	6 27494	26880	26046	25826	25778	25945	26343	26610	26331	25773 ^P	25263 ^P (41)
Offene Stellen (57)	7 572	315	236	235	231	246	304	308	208	105	76 ^P (58)

(51) Inländerkonzept

(52) Eigene Berechnung als Summe aus Zeile 2 und 5.

(53) übernommen aus Tab. 4.

(54) übernommen aus Tab. 4.

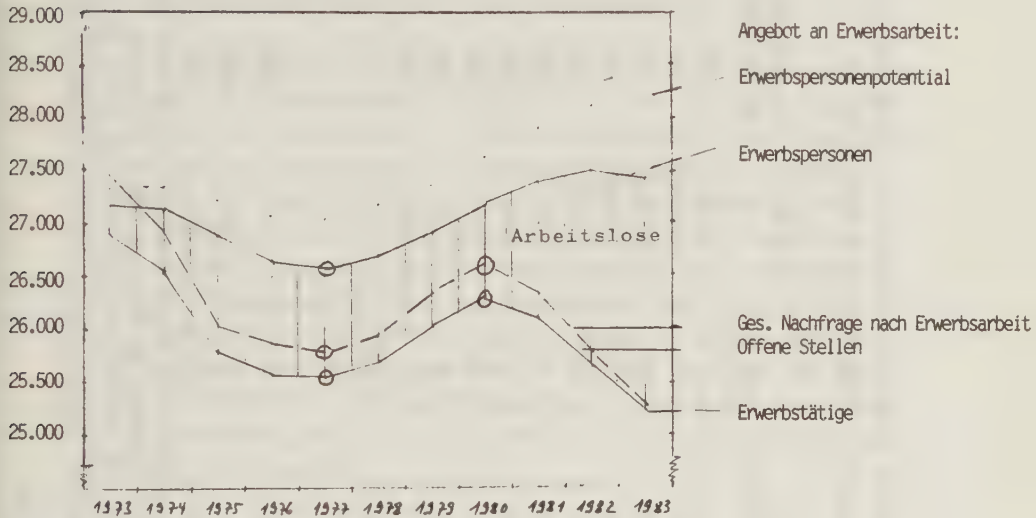
(55) Zahlen für 1973 und 1974 übernommen aus: BACH et al. 1982, S. 8. Hier wurde zum letzten Mal das absolute Niveau der Stillen Reserve aus-
gewiesen. Aufgrund der z.Z. stattfindenden Revision des Erwerbspersonenpotentials und der Stillen Reserve im TAB (bis Sommer 1984) werden
seitdem nur die Differenzen gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen, die von der Revision nach Auskunft des IAB kaum tangiert werden. Im übrigen
wird davon hauptsächlich die Struktur der Stillen Reserve (zwischen Deutschen und Ausländern), nicht aber ihr Niveau betroffen. Die absolu-
ten Zahlen ab 1975 werden hier daher aus den für 1974 übernommenen Sockelbetrag und den in BACH 1983 angegebenen modifizierten Differenzen
gegenüber den Vorjahreszahlen ab 1975 errechnet.

(56) Eigene Berechnung als Summe aus Zeile 3 und 7.

(57) übernommen aus SACHVERSTÄNDIGENRAT 1983, S. 68, Quelle BA.

(58) Vorläufige Zahl nach WISTA 1984/12

Schaubild 9: Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit (Erwerbspersonenpotential) und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (Erwerbstätige + offene Stellen) von 1973-1983. Jahresdurchschnitte in Tsd. Nach Tab. 7



Für die Analyse der Zeitreihen der Beschäftigungsentwicklung, insbes. für die nähere Beschreibung der 3 Phasen, sind die Nettoveränderungen in den betreffenden Zeiträumen gegenüber dem Vorjahr aufschlußreich. Sie errechnen sich als Differenzen zwischen den Originalwerten (aus Tab. 7). In dem unteren Abschnitt der Tabelle 8 sind die für die weitere Analyse vor allem interessierenden Nettoveränderungen in den drei Phasen zusammengefaßt.

Tab. 8: Nettoveränderungen des Angebots an Erwerbsarbeit (Erwerbspersonenpotential) und der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (Erwerbstätige und offene Stellen) gegenüber dem Vorjahr 1974-1983. In Tausend.

Veränderung geg. dem Vor- jahr in 1.000	Erwerbspersonen- potential (60)	Erwerbspersonen	davon: Erwerbstätige	Registrierte Arbeitslose	Stille Reserve	Gesamte Nachfrage nach Erwerbsarbeit	Offene Stellen
	1	2	3	4	5	6	7
1974	+ 2	- 48	- 357	+ 309	+ 50 (59)	- 614	- 257
1975	- 127	- 263	- 755	+ 492	+ 136 (61)	- 834	- 79
1976	- 152	- 233	- 219	- 14	+ 81 (59)	- 220	- 1
1977	- 22	- 74	- 44	- 30	+ 52 (61)	- 48	- 4
1978	+ 128	+ 115	+ 152	- 37	+ 13	+ 157	+ 15
1979	+ 181	+ 223	+ 340	- 117	- 42	+ 398	+ 58
1980	+ 265	+ 276	+ 263	+ 13	- 11	+ 267	+ 4
1981	+ 281	+ 204	- 179	+ 383	+ 77	- 279	- 100
1982	+ 204 ^p	+ 106 ^p	- 455 ^p	+ 561	+ 98 ^p	- 558 ^p	- 103
1983 ^p	+ 22	- 56 ⁽⁴¹⁾	- 481 ⁽⁴¹⁾	+ 425	+ 78	- 510 ⁽⁴¹⁾	- 29
Veränderungen in den 3 Phasen:							
1. 1973-1977 (JD)	- 299	- 618	- 1375	+ 757	+ 319	- 1716	- 341
2. 1977-1980 (JD)	+ 574	+ 614	+ 755	- 141	- 40	+ 832	+ 77
3. 1980-1983 ² (JD)	+ 507	+ 254 ⁽⁴¹⁾	- 1115 ⁽⁴¹⁾	+ 1369	+ 253	- 1347	- 232

(59) Für 1974 wurde die Angabe für die Stille Reserve übernommen aus BACH et al. 1982, S. 8, da in den Mitt. AB 1983/4 die Zahl dafür nicht ausgewiesen wurde. Ebenfalls für 1976, da hier eine inkonsistente Zahlenangabe bei BACH et al. 1983a, S. 333 vorliegt.

(60) Die Differenzen errechnen sich aus der Summe der Veränderungen der Erwerbspersonen in Spalte 2 und der Stillen Reserve in Spalte 5. Sie stimmen mit den Zahlen für die Differenzen des Erwerbspersonenpotentials ab 1975 aus BACH et al. 1983a, S. 333 weitgehend überein. Diese Daten werden durch die zur Zeit im IAB stattfindende Revision des absoluten Niveaus des Erwerbspersonenpotentials nach Auskunft des IAB kaum berührt.

(61) Zahlen für den Zeitraum ab 1975 nach BACH et al. 1983b, S. 333.

2.3.2.1. Die drei Phasen im Zeitraum von 1973-1983

I.f. soll nun anhand der bisher vorgestellten Daten und Schaubilder, bes. der Tabellen 4 und 8 und der Schaubilder 5 und 9 - eine genauere Beschreibung der drei Phasen geleistet werden.

Die Entwicklung des Umfangs des Aggregats "registrierte Arbeitslosigkeit" wird in Schaubild 9 deutlich als verbleibende Lücke zwischen dem realisierten Angebot an Erwerbsarbeit und der realisierten Nachfrage nach Erwerbsarbeit. Fügt man den erhobenen Erwerbspersonen noch die geschätzte Stille Reserve hinzu, deren Umfang von 156.000 1973 auf 688.000 im Jahresdurchschnitt 1983 anwuchs, erkennt man, daß das gesamte aggregierte Erwerbspersonenpotential (von Deutschen und Ausländern) fast denselben Phasenverlauf aufweist wie die Berichtsgröße "Erwerbspersonen". Auch die Zahl der offenen Stellen (Maximum 1973: 572.000, Minimum 1983: 76.000) verschiebt das absolute Niveau der Erwerbsarbeit-Nachfrage nur geringfügig nach oben, insbesondere seit 1980, als ihr Umfang kontinuierlich von 308.000 auf 76.000 absank.

Für die Lücke zwischen den Gesamtgrößen von Angebot und Nachfrage nach Erwerbsarbeit, die das Defizit an Arbeitsplätzen für die Beschäftigungswünsche aller Erwerbsarbeit Suchenden indiziert, gilt insofern der gleiche Phasenverlauf wie nach dem ersten Konzept. Allerdings ist der Gesamtbetrag dieses Defizits von 1974-1980 um rund 100.000-200.000 größer, als es die registrierte Arbeitslosigkeit ausweist. In der 3. Phase seit 1980-1983 wächst diese Divergenz aufgrund der um 232.000 sinkenden offenen Stellen und der um 253.000 gestiegenen Stillen Reserve auf einen Differenzbetrag von ca. 600.000.

2.3.2.1.1. Die erste Phase 1973-1977 (Jahresdurchschnitt)

läßt sich mit dem Merkmal: Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit bei leichtem Rückgang der Erwerbsarbeit Suchenden kennzeichnen.

Der Beginn des Einbruchs in der Nachfrage an Erwerbsarbeit läßt sich für die Jahresmitte 1973 ansetzen: Seitdem sinkt, wie aus Schaubild 8 ersichtlich, die saisonbereinigte Zahl der abhängig Beschäftigten ab: Die Differenz der Jahresdurchschnitte 1973-1974 betrug 266.000 (nach Tab. 6). Für die gesamten Erwerbstätigen belief sich der Rückgang sogar auf 357.000 (Tab. 8). In einem Vergleich mit dem Beschäftigungseinbruch 1966/67 kommt der SACHVERSTÄNDIGENRAT 1974 in einem Vergleich der Beschäftigungsentwicklung verschiedener Branchen in den zwei Zeiträumen zu dem Ergebnis, daß dieser Einbruch im Arbeitskräftebedarf stärker als damals von den "strukturell bedingten Anpassungsschwierigkeiten einzelner Branchen" bestimmt ist (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1974/S. 56), und darunter v.a. der arbeitsintensiven Branchen: Textil- und Bekleidung. Diese Branchen waren v.a. wegen ihres hohen Lohnkostenniveaus gegenüber ausländischen Anbietern immer weniger konkurrenzfähig und so zu Entlassungen gezwungen. Auf die weitere Darstellung und Diskussion der vom SVR und von der Literatur genannten kausalen Faktoren für den Beschäftigungseinbruch (besonders die anhaltende Verschlechterung der Unternehmenserträge aufgrund sprunghaft gestiegener Preise für Energie und Rohstoffe sowie der hohen Lohnkostenabschlüssen) (vgl. auch BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT 1977, S. 16) soll in diesem deskriptiven Teil nicht eingegangen werden.

Im gleichen Zeitraum sinkt die Zahl der Erwerbspersonen um 48.000 (Tab. 8). Rechnet man die geschätzten 50.000 Personen dazu, die in die "Stille Reserve" gingen, bleibt das gesamte Erwerbsarbeit suchende Potential nahezu konstant (62).

Auch während des Jahres 1975 kommt es das ganze Jahr über (saisonbereinigt) zu einem starken Abbau der abhängig Beschäftigten (vgl. Schaubild 8) um ca. 500.000 Personen (Abnahme

(62) Im Gegensatz zu der kontroversen, nicht näher begründeten Angabe des SVR eines um 160.000 Personen niedrigeren Arbeitskräftepotentials (ebd., S. 58).

des Jahresdurchschnitts 1975 gegenüber Vorjahr: 626.000) bis zum Minimum des Jahres 1975. Noch stärker: mit 755.000 Personen ist der Einbruch bei den gesamten Erwerbstätigen. Auch die Zahl der offenen Stellen reduziert sich weiter um 79.000 auf nun 236.000, ein Niveau, das sie bis 1983 nicht mehr wesentlich überschreiten.

Demgegenüber steht ein kräftiger Rückgang der Erwerbsarbeit Suchenden (Erwerbspersonen: - 263.000), zur einen Hälfte wegen des negativen Außenwanderungssaldos der Erwerbspersonen um ca. 180.000 (nach REYHER 1980, S. 511) im Lauf des Jahres 1975 (vgl. auch STATISTISCHES BUNDESAMT 1976, S. 231), zur anderen Hälfte wegen des Überwiegens des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben, sei es durch Eintritt in den Ruhestand oder durch den Übergang in die Stille Reserve (Nettozuwachs im Jahresdurchschnitt + 136.000). Die gesamte Erwerbsquote ging dadurch von April 1974 - Mai 1975 von 43,9% auf 43,4% nach MZ-Daten zurück (ebd.).

Nochmals sei betont, daß der letztgenannte Wechsel des Erwerbsstatus nur eine Annahme darstellt, und die hohe Zahl v.a. durch das am Anstieg der registrierten Arbeitslosen um 492.000 orientierte Berechnungsverfahren zustandekommt.

Die Erwerbslosenstatistik registrierte für den Zeitraum April 1974 bis Mitte Mai 1975 einen Zuwachs in ähnlicher Größenordnung von 537.000.

1975 kann auch als der Zeitraum betrachtet werden, in dem es durch den weltweiten Rückgang der Beschäftigung in allen entwickelten westlichen Industriegesellschaften zu einer Selbstverstärkung der Erwerbslosigkeit durch protektionistische Tendenzen im Welthandel kommt. Versuche, die Beschäftigungskrise auf "schwächere" Länder abzuwälzen, können nämlich zu der nicht intendierten Folge der Verstärkung der einheimischen Arbeitsmarktkrise führen.

So gab es nicht nur in der Bundesrepublik 1975 eine sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,6% im Jahr 1974 auf 4,7% - auch in Frankreich stieg der Anteil der Arbeitslosen von 2,9% auf 4,9%, in Großbritannien von 2,7% auf 4,4% und in den USA von

5,6% auf 8,5 % (63).

Aufgrund des starken Rückgangs der Erwerbsarbeit Suchenden kommt es bereits im 3. Quartal 1975 zum Wendepunkt (Maximum) in der Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen mit Erreichen der Millionengrenze (vgl. Schaubild 8) und in den Jahren 1976 und 1977 zu einem leichten Rückgang um 14.000 resp. 30.000 Personen. Dagegen nimmt die Nachfrage nach abhängiger Erwerbsarbeit erst mit dem Jahreswechsel 1975/76 wieder zu - ein Beispiel für die Ablösung der Entwicklungslinien von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.

In den Jahren 1976 und 1977 kommt es also bereits wieder zu einem geringen Anstieg der Nachfrage nach abhängiger Erwerbsarbeit auf dem Arbeitsmarkt (JD 1977 gegenüber JD 1975: + 15.000) Dagegen sinkt die Zahl der gesamten Erwerbstätigen im selben Zeitraum - wenn auch weniger kräftig als 1974-1975 - nochmals um 263.000 ab bis auf ihr Minimum im JD 1977 mit 25.547 Mio. Auch die Zahl der offenen Stellen erreicht in diesem Zeitraum ihr vorläufiges Minimum, und damit auch die gesamte Nachfrage nach Erwerbsarbeit mit 25.778 Mio.

Aus Schaubild 7 ist sinnfällig zu erkennen, daß der Wendepunkt in der Entwicklung der Nachfrage nach abhängiger Erwerbsarbeit zwischen Phase 1 und 2 um ca. ein Jahr früher als der der Nachfrage nach Erwerbsarbeit insgesamt, nämlich bereits im JD 1976 liegt.

Der Grund für diese Divergenz liegt in der in Abschnitt 3.2. noch näher zu analysierenden, vom Arbeitsmarkt in gewisser Weise unabhängigen Entwicklung der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, die von der positiven Arbeits-

(63) Alle Zahlen aus: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1978, Tab. 76. Wegen der unterschiedlichen Berechnungsmethoden sind die Zahlen der verschiedenen Länder nur bedingt vergleichbar.

marktentwicklung 1976-1980 kaum tangiert wurde und offenbar von langfristigen Entwicklungstrends dominiert wird. So fiel zwischen dem JD 1976 und 1977 die Zahl der Selbständigen noch einmal um 23.000 von 2.402 Mio. auf 2.379 Mio. Die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen, die im gesamten Zehnjahreszeitraum 1973-1983 um 614.000 auf 884.000 fiel, sank vom JD 1976 bis 1977 um 111.000 (Zahlen nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 98).

Die gesamten Nettoveränderungen (per Saldo) im Beschäftigungssystem in der 1. Phase 1973-1977 (JDe) sind aus Tab. 8 zu entnehmen:

1.375 Mio. Personen weniger können in das Beschäftigungssystem integriert werden, das entspricht ca. 5% der realisierten Kapazität von 1973. Nimmt man die stark gesunkenen offenen Stellen dazu, ist die gesamte Nachfrage nach Erwerbsarbeit um 1.716 Mio. Personen gesunken. Das hohe Aggregationsniveau und die konzeptuellen Mängel der Erwerbsstatistik machen jedoch Vorbehalte bei der Interpretation dieser Daten notwendig.

Diese Veränderung in der Nachfrage nach Erwerbsarbeit, die als beginnende Entmarktung der Arbeit interpretiert werden kann, führte dazu, daß im JD 1977 757.000 Personen gegenüber JD 1973 mehr als arbeitslos Registrierte aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossen waren.

Die Erwerbslosenstatistik weist für die Differenz April 1977 - April 1973 die gleiche Größenordnung der Zunahme von Erwerbslosen (von 782.000 Personen) aus. Es kann vermutet werden, daß die zunehmende Annäherung der Erwerbslosenzahlen an die der registrierten Arbeitslosen von 1974-1977 bis auf eine Differenz von rd. 60.000 im Jahr 1977 auch auf die mit Anhalten der Millionenerwerbslosigkeit über 3 Jahre hinweg gehende Abnahme der Verzerrungen bei der Befragung Erwerbsloser durch vermutete Stigmatisierungsprozesse von Arbeitslosen zurückgeht.

Entlastet wurden die Anforderungen an das Beschäftigungssystem durch das Überwiegen der Fälle des Ausscheidens von Personen aus dem Erwerbsleben gegenüber den Neueintritten in dasselbe (64).

Seit Beginn des Jahres 1974 bis ungefähr zum Ende 1977 wird die Entlastung des Erwerbsarbeit suchenden Potentials v.a. durch zwei Faktoren spürbar:

- Erstmals im Jahr 1974 kommt es nach einem seit 1960 ununterbrochenen Zustrom von ausländischen Erwerbspersonen (vgl. 4.3.) im Gefolge des Anwerbestopps im Herbst 1973 zu einer Umkehr des Wanderungssaldos (Saldo von Zu- und Fortzügen) von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland. Dieser negative Wanderungssaldo hält bis Ende 1977 an und kehrt sich dann erneut um. Insgesamt kam es also zu einer Abnahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials, das 1973 mit 2.6 Mio. seinen Höchststand erreicht hatte.

Die jährlichen Neuzugänge zum Erwerbspotential, die in der "Arbeitskräfte-Gesamtrechnung" als Bewegungsgrößen erfaßt werden (vgl. 2.5.), werden also zu einem immer geringeren Teil von Brutto-Zugängen aus dem Ausland bestimmt: Im Lauf des Jahres 1973 machten diese noch 30% aller Zugänge in das Beschäftigungssystem aus, im Lauf des Jahres 1977 dagegen nur noch 14% (nach REYHER 1980, S. 512).

- Die Einführung der flexiblen Altersgrenze 1973 entlastet das Erwerbsarbeit-Angebot v.a. der älteren Männer (vgl. 4.2.). Dies schlägt sich in den Bewegungsgrößen der AGR in einer sprunghaften Zunahme der Abgänge aus dem Erwerbspersonenpotential im Lauf der Jahre 1974 und 1975 in den Ruhestand um 70.000 und noch einmal um 23.000 gegenüber dem Jahreszeitraum 1973 nieder (REYHER 1980, S. 511).

(64) Auf die starke Entlastung des Arbeitsmarkts im Zeitraum 1970-1977 durch den Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung um 1.185.000 Personen, die den Anstieg der registrierten Arbeitslosenzahlen in Grenzen hielt, weist auch SCHETTKAT 1983 hin. Freilich dürfen dessen Ergebnisse nicht auf die strukturell völlig andersgearteten Phasen 1977-1980 bzw. 1980-1983 extrapoliert werden.

Dieser institutionelle Eingriff in das Erwerbsverhalten ist neben einer Altersstruktur, durch die mehr ältere Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als jüngere das erwerbsfähige Alter erreichen, der wichtigste Grund für das Absinken der gesamten Erwerbsquote (Verhältnis der Erwerbspersonen: Wohnbevölkerung) der deutschen Bevölkerung. Sie sank von 1960-1976 nach MZ-Daten von 47.7% auf 43.4%. Dadurch ging von 1960-1976 die Zahl der deutschen Erwerbspersonen um 2 Mio. zurück (65). Die entstehende Lücke im deutschen Beschäftigungssystem wurde durch die erst 1973 gestoppte Abwerbung ausländischer Erwerbspersonen geschlossen (vgl. 4.3.1.2.).

Zu beachten ist jedoch, daß der Rückgang der Erwerbsquote bis 1976 der zahlenmäßige Saldo verschiedener institutioneller, demographischer und Verhaltenskomponenten der Erwerbsbeteiligung ist. D.h. den genannten Komponenten der Entlastung des Erwerbspersonenpotentials steht die trotz des Einsetzens des Rückgangs der Nachfrage nach Erwerbsarbeit weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen gegenüber (vgl. 4.4.).

Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1973-1977 nahm so die Zahl der Erwerbspersonen um 618.000 ab (66).

Greift man die (problematischen) Schätzungen des IAB zur Stillen Reserve auf, erkennt man, daß die Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen per Saldo ungefähr zur Hälfte der Stillen Reserve zugeflossen ist: Sie wuchs in den Jahren von 1973-1977 um 319.000 Personen mit einer zeitlichen Verzögerung zum Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit, so daß das Erwerbspersonenpotential nur um 299.000 Personen zurückging.

(65) Nach MERTENS 1982, S. 35

(66) Bei der Interpretation all dieser Daten ist zu beachten, daß es sich nicht um personenbezogene Statistiken handelt, sondern die Aussageeinheiten die Aggregate des Beschäftigungssystems sind. So werden auch nur Daten über die Fälle der Wechsel des Erwerbsstatus etc. angegeben, nicht aber die Zahl der betroffenen Personen, die wegen Mehrfachbetroffenheit stets geringer ist als die der Fälle. Zudem sind nur die saldenmäßigen Nettoveränderungen zwischen den Konten des Erwerbslebens ausgewiesen.

Mit dieser Schätzung wird - ungeachtet ihrer Größenordnung - deutlich, daß die Verhaltenskomponente der Erwerbsbeteiligung d.h. die zunehmende Orientierung v.a. verheirateter Frauen (67) zur Aufnahme von Erwerbsarbeit auch oder gerade bei einsetzender Entmarktung der Arbeit auch in dieser ersten Phase bedeutsamer ist, als es die offiziellen Daten über die Erwerbspersonen vermuten lassen: Deren starker Rückgang kam v.a. durch die Überlagerung der zunehmenden Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen durch die negativen Außenwanderungssalden (68) und die sinkende Erwerbsbeteiligung der Männer in diesem Zeitraum bis 1977 zustande.

Seit 1977 bis in die jüngste Vergangenheit kam es auch bei diesen Komponenten der Erwerbsbeteiligung zu einer Umkehr der Entwicklung, so daß deren Kompensationswirkung wegfiel.

Zieht man die Bewegungsdaten der AGR hinzu (vgl. 2.5.), die die Struktur der Zugänge zum Erwerbspersonenpotential deutlich machen, erkennt man, daß die Zugänge aus dem Konto der "übrigen Nicht-Erwerbspersonen", d.h. vor allem Frauen, die ihren sozialen Status als Hausfrauen wechseln, ihrem absoluten Umfang und ihrem relativen Anteil nach beträchtlich sind. Im Lauf der Jahre 1974, 1975, 1976, 1977 traten so 452.000, 519.000, 406.000, 346.000 und 417.000 Personen aus diesem Status neu in das Erwerbsleben ein (69). Der re-

-
- (67) Die verheirateten Frauen v.a. mittlerer Altersjahrgänge stellen die klassische Gruppe der Stillen Reserve dar, da ihre Orientierung zur Erwerbsarbeit am stärksten dem sozio-institutionellen Wandel unterliegt und sie im Hinblick auf ihren Erwerbsstatus häufig Inkonsistenzen aufweisen. Ihr Anteil an der deutschen Stillen Reserve wird von einem Autorenkollektiv im IAB auf ca. 50% geschätzt (Beitr.AB 1979/42/S. 110). Der Anteil dürfte jedoch wahrscheinlich noch höher liegen, da dort auch sachwidrig Gruppen zur Stillen Reserve gerechnet werden wie ältere Arbeitnehmer im Vorruhestand (ebd., S. 111), die nach ihrem tatsächlichen sozialen Status und ihrer Erwerbsorientierung aus dem Erwerbsleben endgültig ausgeschieden sind. Das Kriterium der Einordnung in die Stille Reserve hebt dort explizit nicht auf den sozialen Status der entsprechenden Gruppe ab, sondern auf den Arbeitsplatzbedarf: "Im Wiederaufschwung dürfte die Erwerbsbeteiligung in den nachrückenden Jahrgangskohorten wieder auf den ursprünglichen Trend ansteigen" (ebd.).
- (68) Für die Differenz der Jahresdurchschnitte wird vom IAB eine Größenordnung von 365.000 Personen angegeben, um die das ausländische Erwerbspersonenpotential gesunken ist (nach BACH et al. 1982, S. 8).
- (69) Die Eintritte in das Erwerbsleben sind hier definiert als Zugang auf eines der Konten "Erwerbstätigkeit", "Registrierter Arbeitsloser" oder "Stille Reserve". Zahlen ab 1979 für die AGR waren nicht verfügbar. Alle Zahlen aus: REYHER 1980, S. 511 f.

lative Anteil dieses Personenkreises an allen Zugängen zum Erwerbsleben lag damit bei einem guten Viertel: 1974: 27%, 1975: 31%, 1976: 25%, 1977: 22%, 1978: 25%. Noch deutlicher werden die Zugänge aller Frauen in das Erwerbsleben von dieser Gruppe der aus dem Hausfrauen-dasein Ausscheidenden bestimmt:

Die Anteile an allen weiblichen Neuzugängen in das Erwerbsleben aus dieser Gruppe betrugen

1974: 49%, 1975: 48%, 1976: 45%, 1977: 40%, 1978: 44%.

D.h.: Fast die Hälfte aller Frauen, die zusätzlich in das Beschäftigungssystem integriert werden wollen, rekrutiert sich aus dem sozialen Status: Hausfrau - und nicht aus den übrigen "Konten" der "schulichen Ausbildung" und der "Zuzüge aus dem Ausland".

2.3.2.1.2. Die 2. Phase 1977-1980 (Jahresdurchschnitt)

ist durch eine gleichzeitige Zunahme von Erwerbsarbeit Suchenden und Nachfrage nach Erwerbsarbeit mit annähernd gleichen Zuwachsraten (im Schaubild 9 fast parallele Kurven) gekennzeichnet. Das Beschäftigungssystem kann den größten Teil der zusätzlich Erwerbsarbeit Suchenden (614.000), darunter auch 40.000 aus der Stillen Reserve in das Erwerbsleben Eintretenden, mit der zusätzlichen Bereitstellung von Arbeitsplätzen integrieren.

Die tatsächlich besetzten Erwerbsarbeitsplätze wachsen um 755.000, die gesamte Nachfrage nach Erwerbsarbeit sogar um 832.000. Noch markanter ist die Zunahme für die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragte Arbeit. Sie wuchs im JD 1980 gegenüber dem JD 1976 noch mehr, nämlich um 1.047 Mio. Ihr Maximum lag zeitlich (vgl. Schaubild 8) im 4. Quartal 1980. Dagegen setzte sich der Trend der Abnahme der nicht auf dem Arbeitsmarkt getauschten Arbeit auch in der 2. Phase fort: Ihr Rückgang betrug ca. 200.000.

Diese Daten sind ein eindrucksvoller Beleg, daß auf die letzte Dekade bezogene Thesen in der politisch-ideologischen und z.T. auch wissenschaftlichen Diskussion über eine globale Arbeitsplatzvernichtung durch den technischen Fortschritt etc. sachlich nicht haltbar sind.

Vielmehr weist die Datenlage auf die weitgehende Funktionsfähigkeit des Beschäftigungssystems - zumindest in dieser Phase - hin, auch ein wachsendes Potential von Erwerbsarbeit Suchenden zu integrieren. Interpretationen wie die eines globalen Versagens der Allokationsmechanismen der Märkte, insbes. des Arbeitsmarkts oder einer globalen Arbeitsplatzvernichtung durch den technischen Fortschritt gehen somit an der Empirie vorbei.

Im Gegensatz dazu kann vorbehaltlich einer weiteren Spezifizierung des Aggregats Erwerbslosigkeit der nur bescheidene Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit um 141.000 in dieser Phase v.a. auf den starken Anstieg der Erwerbsarbeit Suchenden um 614.000 zurückgeführt werden. Dieser kam v.a. durch die folgenden Faktoren zustande:

- Der Rückgang des ausländischen Erwerbspersonenpotentials, der bis Ende 1977 anhielt, setzte sich seit Beginn 1978 nicht mehr fort: Im Lauf des Jahres 1978 kam es erstmals zu einem positiven Außenwanderungssaldo ausländischer Erwerbspersonen von 50.000 (REYHER 1980, S. 511). In der Folgezeit war bis Ende 1981 der Wanderungssaldo stets positiv (vgl. Schaubild und 4.3.).
- Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung verschiebt sich zunehmend, so daß starken nachwachsenden Jahrgängen schwach besetzte abgehende Altersjahrgänge gegenüberstehen (vgl. 4.2.). Im Lauf des Jahres 1978 traten bspw. fast 900.000 Personen aus der schulischen Ausbildung in das Erwerbsleben ein - 150.000 mehr als im Jahr 1973, während zugleich 70.000 weniger aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand wechselten (Eig. Ber. nach ebd.).
- Die wichtigste Verhaltenskomponente für die Zunahme der Erwerbsarbeit Beanspruchenden besteht weiterhin in der trotz anhaltend schlechter Arbeitsmarktchancen steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen (vgl. 4.4.).

Mit dem Vordringen der "neuen Selbständigen" (vgl. VONDERACH 1980) vollzieht sich zugleich ein Wandel im Allokationsprinzip: Während die traditionelle Rekrutierungsform der alten Selbständigen in Landwirtschaft, Handwerk und Handel die Besitzvererbung war, gelangen die "neuen Selbständigen" meist unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu der "freigewählten" selbständigen Tätigkeit.

3.3. Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen in der sozialen Arbeitsteilung von 1973 bis 1983 - Gegentendenzen zur Vermarktung

Im Abschnitt zur Verkürzung der effektiven Erwerbsarbeitszeit (3.1.4.) wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese nicht ein knapper werdendes Erwerbsarbeitervolumen indizieren muß, sondern vielmehr Ausdruck einer veränderten Teilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen ihren formellen und informellen Sektoren sein kann. In dem Maß wie Arbeit auf den informellen Sektor verschoben wird, steht für die Arbeitnehmer im institutionalisierten Beschäftigungssystem weniger Arbeit zur Verteilung zur Verfügung. Das Anwachsen der Erwerbslosigkeit in der letzten Dekade wäre demnach nur der statistische, verzerrte Ausdruck für eine Rückverschiebung von Arbeit in die Sektoren im Schatten der öffentlichen Statistik, d.h. in den Bereich selbstorganisierter Arbeit im Haushalt (vgl. 3.3.3.), in alternativen Arbeitsorganisationen (3.3.2.) oder in den erwerbswirtschaftlichen Untergrund (3.3.1.). In welchem Maß die statistisch erfaßte Erwerbslosigkeit tatsächlich gesellschafts-Arbeitslosigkeit abbildet, ist daher weitgehend eine Frage von deren normativen Behandlung (vgl. 2.1.). Im Abschnitt 3.3. soll also versucht werden, vorliegende empirische Befunde zur Schätzung des Umfangs der Arbeit außerhalb des formellen Beschäftigungssystems zu systematisieren und für meine Fragestellung auszuwerten. Insbesondere sollen dabei einige Hypothesen zu der Beziehung zwischen offizieller Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Bedeutung von selbstorganisierter Arbeit vorgeschlagen werden. In diesem Zusammenhang wird auch versucht, eine Größenordnung des Anteils der Erwerbslosigkeit zu schätzen, der durch Schwarzarbeit zu erklären ist.

Insbesondere bei der Schwarzarbeit, aber auch bei der Arbeit im Haushalt und in privaten Selbstorganisationen stellt sich dabei das prinzipielle Problem, ein Phänomen messen zu wollen, das sich der empirischen Erfassung zumal durch staatliche Stellen entziehen will. Versuche zur quantitativen Einschätzung sind daher auf die Spuren angewiesen, die bspw. die Schwarzarbeit im Kreislauf der formellen Wirtschaft hinterläßt, von denen dann auf ihren Umfang indirekt "zurück-

Für die Jahre 1981 und 1982 betrug die jeweilige Zunahme der Erwerbspersonenzahl 204.000 und 106.000, 1983 ging sie erstmals leicht zurück. Noch stärker waren aufgrund des Aufbaues der Stillen Reserve die Zuwächse im Erwerbspersonenpotential mit 281.000, 204.000 und 22.000.

1981 ergab sich der Zuwachs der Erwerbspersonen noch zu einem guten Teil aus dem positiven Außenwanderungssaldo, der bis Ende des Jahres anhielt und im Zeitraum April 1980 - Mai 1981 nach den MZ-Daten 231.000 Personen betrug (nach WiSta 1983/3/S. 212). Mit knapp 70.000 Personen erreichte der Zustrom deutschstämmiger Aussiedler 1981 einen Höhepunkt (nach BACH et al. 1983a, S. 6).

Im Berichtsjahr des MZ bis April 1982 reduzierte sich der Außenwanderungssaldo auf gut 100.000 Personen und blieb während des gesamten Jahres 1982 negativ. Der Zustrom von deutschen Aussiedlern darunter verringerte sich im Jahr 1982 auf 50.000 Personen. Der Saldo der Fortzüge von Ausländern erhöhte sich im 1. Hj. 1982 auf 32.000 Personen (nach BACH et al. 1983a, S. 6).

Zu beachten ist jedoch, daß sich diese Zahlen auf die Wohnbevölkerung insgesamt und nicht nur auf die Erwerbspersonen beziehen. Für 1981 und 1982 wird vom IAB deshalb noch eine Zunahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials um jeweils 50.000 angenommen (BACH et al. 1982, S. 8).

1983 setzte sich der Netto-Abwanderungseffekt ausländischer Arbeitnehmer mit ihren Familien verstärkt fort (nach: BACH et al. 1983b, S. 329). Auch der SVR 1983 (S. 67) schließt sich der Schätzung des IAB einer Abnahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials um 50.000 an.

Nach den neusten Angaben der BA (74) ist jedoch eher von einer Konstanz der ausländischen Erwerbsbevölkerung für 1983 auszugehen: Rund 104.000 ausländische Arbeitnehmer waren 1983 in ihre Heimat zurückgekehrt, für 101.000 - v.a. für bereits hier ansässige Jugendliche - hatte die BA neue Arbeitsbewilligungen erteilt.

In der 3. Phase wächst jedoch v.a. die Zahl der deutschen Erwerbsarbeit Suchenden, so daß deren Erwerbspersonenpotential trotz des rückläufigen Zustroms ausländischer Arbeitnehmer bis einschließlich 1983 ansteigt:

1981 um rd. 230.000, 1982 um rd 150.000 und auch 1983 um rd. 22.000 (75).

In den drei Jahren bis 1983 hat sich also der Anstieg aller und auch der deutschen Erwerbsarbeit Suchenden - sowohl an der erhobenen Größe der Erwerbspersonen (hier gibt es 1983 sogar einen leichten Rückgang) als auch an der geschätzten des Potentials gemessen - deutlich verlangsamt.

Unter anderem dürfte die verstärkte Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen durch ältere Arbeitnehmer über 60 dazu beigetragen haben.

So sank vom Mai 1981 bis April 1982 die Erwerbsquote der 60-65-jährigen Männer von 44,5% auf 43,6% (nach WiSta 1983/3/S. 213).

Dies trug dazu bei, daß der seit Beginn 1980 ununterbrochene Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl (vgl. Schaubild 8) in der Jahresmitte 1983 zum Stillstand kam.

Ein Teil dieser Entwicklung ist jedoch auf eine statistische Verzerrung der Arbeitslosen- und damit Erwerbspersonenzahl zurückzuführen. Die breite öffentliche Diskussion über die erforderlichen Ausbildungsplätze und das tatsächliche Mehrangebot von 30.000 Lehrstellen 1983 (SVR 1983, S. 72) dürften dazu geführt haben, daß viele Jugendliche, die sich sonst um einen Arbeitsplatz bemühten, sich beim Arbeitsamt ausschließlich um einen Ausbildungsplatz bewarben. Auf diese Weise werden sie aber sinnwidrig nicht als Arbeitslose und daher auch nicht als Erwerbspersonen gezählt (vgl. 2.1.2.2.3.).

(75) Diese Zahlen ergeben sich aus einer Subtraktion der oben angegebenen Daten für das ausländische Erwerbspersonenpotential von dem in Tab. 8 angegebenen Zahlen für das gesamte Potential.

Eine kurzschlüssige Identifikation dieser aktuellen Entwicklung mit einer nun überwundenen Krise der Erwerbsarbeit, wie sie in der politisch-ideologischen Diskussion zuweilen vorgenommen wird, ist aufgrund der Datenlage sachlich nicht gerechtfertigt, da sie die aktuelle Entlastung von seiten der Erwerbsarbeit Suchenden außer Acht läßt. Freilich ist auch die globale These einer Abnahme der Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen deutschen Bevölkerung "seit einigen Jahren" (SVR 1983, S. 67) insbes. für die weibliche Bevölkerung, problematisch.

Für die Seite der Nachfrage nach Erwerbsarbeit zeigt das Schaubild 9, daß die kräftigen Gewinne im Beschäftigungssystem der späten 70er Jahre in der 3. Phase mehr als verloren gingen: Der Verlust an besetzten Arbeitsplätzen für alle Gruppen betrug 1,115 Mio. Für abhängig Beschäftigte beträgt die Schätzung des SVR 1983 (vgl. Tab. 6) ca. 1,1 Mio. Verlust. Wie aus Schaubild 8 ersichtlich, ist der Abbau der abhängigen Beschäftigung schon bereinigt und geschätzt Mitte 1983 zum Stillstand gekommen. Noch drastischer fällt der Rückgang der gesamten Nachfrage nach Erwerbsarbeit (einschl. offener Stellen) mit über 1,3 Mio aus.

V.a. das Jahr 1982 zeigt einen deutlichen Abbau von 558.000 angebotenen Arbeitsplätzen, und dies obwohl die Betriebe stark in Arbeitszeitverkürzungen auswichen (vgl. 3.1.).

Auch 1983 setzte sich dieser Abbau mit 510.000 fort, obwohl verschiedene Sonderfaktoren, v.a. die staatlich finanzierten und damit quasi künstlich aufrechterhaltenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein immer größeres Gewicht an der gesamten Erwerbstätigkeit erhielten (vgl. 3.4.) und so das statistische Bild der Erwerbstätigkeit aufhellten.

2.3.2.2. Problematik und Werthaltigkeit von Prognosen der Entwicklung des Beschäftigungssystems - Einige Beispiele für Fehlprognosen

Auf die in der Arbeitsmarktdiskussion einen breiten Raum einnehmenden Projektionen der künftigen Entwicklung soll hier nicht nur wegen der thematischen Eingrenzung dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Normative und interessenengeleitete, zudem meist implizite Prämissen bestimmen diese Diskussion noch weit mehr als die Interpretation der vorliegenden Daten über die vergangene Entwicklung.

Die zahlreichen Fehlprognosen der Vergangenheit - etwa durch die in den 70er Jahren zur Blüte gekommene "Bildungsökonomie" zum "objektiven gesellschaftlichen Bedarf an Akademikern" - sollten für die Sozialwissenschaften Anlaß sein, solchen Zukunftsprojektionen skeptisch gegenüberzutreten. Daß solche bes. im "Social Demand Approach" zugrundegelegten Größen eine normative Konstruktion der Wissenschaftler sind, erwies sich spätestens dann, als die darauf gegründete staatliche Bildungsplanung in den 70er Jahren Milliarden für das Bildungswesen investierte und eine Menge von Qualifikationen produzierte (z.B. Lehrer), denen auf der anderen Seite kein tatsächliches geistiges (Bildungs)bedürfnis in diesem Ausmaß gegenüberstand. In diesem Fall erweist sich die Erwerbslosigkeit in bestimmten Berufsgruppen (etwa von Lehrern und Psychologen) als Resultat einer an Soll-Größen orientierten Bildungsplanung, die ein wirkliches Wachstum der dafür unterstellten Bedürfnisse aber nicht zu steuern vermag (vgl. 3.4.).

Als Beispiel für die häufigen Fehlprognosen der Arbeitsmarktentwicklung sei hier nur die im IAB vorgeschlagene Schätzung des deutschen Erwerbspersonenpotentials für 1984 aus dem Jahr 1976 angeführt: Damals wurde mit einem Wert von + 80.000 Personen gerechnet (nach BACH et al. 1983b, S. 332), Ende 1983 dagegen mit einem um 50.000 höheren Wert.

Alle Bestimmungsgrößen des Erwerbspersonenpotentials sowie der Nachfrage an Erwerbsarbeit folgen eben weder einem berechenbaren Trend noch einem Entwicklungsgesetz der Ver- oder Entmarktung der Arbeit. Sie reagieren vielmehr auf den in keiner Weise prognostizierbaren soziokulturellen Wandel und institutionelle Eingriffe in das Erwerbsleben.

Dies beginnt bei der demographischen Struktur und somit bei dem generativen Verhalten der deutschen Bevölkerung, das in den letzten Jahrzehnten einem starken, keineswegs unilinearen Wertwandel unterlag - und deshalb auch in der genannten Fortschreibung aus dem Jahr 1976 unterschätzt wurde.

Noch weniger einzuschätzen ist der Wanderungssaldo der Fort- und Zuzüge, der insbes. davon abhängt, inwieweit sich eine restriktive Ausländerpolitik mit Zuzugsbeschränkungen für Familienmitglieder und von seiten der deutschen Bevölkerung Tendenzen zur Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer (vgl. 1.4.2.) durchsetzen. Auf der anderen Seite zeigt der völlig unerwartete Zustrom von Deutschen aus dem Gebiet der DDR, der für 1984 auf 30.000 (meist erwerbsfähige) Personen geschätzt wird, wie selbst Prognosen für eine kurze Zeitspanne den manchmal rapiden sozioinstitutionellen Wandel verfehlen können.

In bezug auf die Erwerbsbeteiligung der deutschen Bevölkerung stellen die im Lauf des Jahres 1983 aufgekomenen und dann rasch verabschiedeten Pläne für die Vorverlegung der Ruhestandsgrenze auf 58 Jahre ein ähnliches Beispiel dar. Welche weitere Entwicklung schließlich die in vergangenen Prognosen stets unterschätzte Erwerbsbeteiligung der Frauen und der gesamten Wohnbevölkerung nehmen wird, ist ebenso ungewiß. Allerdings dürfte wahrscheinlich die Entlastung der Erwerbsbeteiligung durch die erhöhte Bildungsbeteiligung jüngerer Jahrgänge in den 60er und 70er Jahren weniger bedeutsam werden, wie es die Entwicklung der letzten Jahre bereits anzeigt (vgl. 4.4.).

Ebenso problematisch ist die Prognose der Nachfrageseite, weil hier (vgl. S.169) besonders die Extrapolation eines in der Vergangenheit aufgefundenen und auch hier schon problematischen Zusammenhangs von Wachstumsentwicklung des formellen Sektors und der Zunahme der Nachfrage nach Erwerbsarbeit nicht zulässig ist. Die Rückwirkung qualitativer Veränderungen in der angebotenen Arbeit - sei es durch mangelnde Arbeitsqualität oder durch eine noch drastischere Verkürzung der Wochenarbeitszeit wie in der vom DGB beabsichtigten 35-Stunden-Woche - auf die Lebensfähigkeit der Erwerbsarbeitsplätze wird durch solche Trendextrapolationen nicht berücksichtigt.

2.4. Die These von der "technologischen Arbeitslosigkeit" im Lichte der empirischen Befunde

2.4.1. Verbreitung und ideologische Funktion dieser Kausalattribution für Arbeitslosigkeit

Auf der anderen Seite ist der negative Beschäftigungseffekt des Einsatzes neuer Technologien in der Vergangenheit v.a. in den Massenmedien und von seiten der Gewerkschaft stark überzeichnet worden, wie es das Schlagwort von der "technologischen Arbeitslosigkeit" markant ausdrückt.

So brachte eine Repräsentativ-Umfrage über die Einstellung der Bevölkerung zur Technik und Mikroelektronik in Österreich vom Juni 1982 (76) das Ergebnis, daß 73% der Befragten dem Statement "Technischer Fortschritt gefährdet Arbeitsplätze" "genau" oder "eher" zustimmten (77) (REICHARDT 1982, S. 436). Für die Bundesrepublik Deutschland ergaben sich bei Repräsentativumfragen ähnliche Größenordnungen. Insbesondere für Studenten ist die technologische Entwicklung als zentrale Kausalattribution für die allgemeine Arbeitslosigkeit in empirischen Untersuchungen belegt. So ergab eine von WUGGENIG et al. 1978 an allen wissenschaftlichen Hochschulen Niedersachsens durchgeführte schriftliche Befragung (N = 2350; Stichprobe nach einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsauswahl) (WUGGENIG 1980, bes. S. 38-57), daß dieses Attributionsmuster verbreiteter als alle anderen Kausalzuschreibungen für Arbeitslosigkeit war: Mehr als die Hälfte der Befragten sahen darin, also in den technik-geprägten industriegesellschaftlichen Strukturen die Hauptursache für die Erwerbslosigkeit (ebd., S. 39). Dieses Attributionsmuster trifft zusammen mit einer ebenfalls in der Befragungsstudie nachgewiesenen enormen Überzeichnung der Gefahr von

(76) Die Umfrage wurde unter Leitung von Prof. REICHARDT/Wien mit einer Sample-Größe von N=1000 bundesweit bei Personen ab 16 Jahren durchgeführt. Vgl. REICHARDT 1982, S. 425 ff.

(77) Demgegenüber stand der "Jobkiller-Effekt" bei einer ebenfalls von REICHARDT durchgeführten Expertenbefragung eher im Hintergrund der für die Zukunft im Zusammenhang mit der Anwendung der Mikroelektronik erwarteten Probleme (ebd., S. 433).

Arbeitslosigkeit für ihre Berufsperspektive: Ein Viertel der Studenten hielt langfristige Arbeitslosigkeit nach Studienabschluß für die wahrscheinliche Alternative (ebd., S. 13). Dieses Maß an Antizipation von Arbeitslosigkeit übertrifft bei weitem die reale Gefährdung: 4 Jahre später, Ende September 1982, lag die gruppenspezifische Arbeitslosenquote für Hoch- (und Fachhochschul)absolventen mit 4% rd. bei der Hälfte des Prozentsatzes der allgemeinen Arbeitslosenquote (7,8%) (nach ANBA 1983/3/S. 161).

Der technische Fortschritt ist neben dem Kapitalexport und der Ausländerbeschäftigung (vgl. 1.4.2.) in verschiedenen Untersuchungen als dominantes Attributionsmuster für die Verursachung der heutigen Erwerbslosigkeit auch bei den betroffenen Arbeitslosen belegt. Beide Attributionsmuster: Technikskeptizismus und Ausländerfeindlichkeit haben ihre Grundlage in der aktuellen Entwicklung des Arbeitsmarkts insbes. in der 3. Phase, wie sie an der "Oberfläche" perzipiert wird. Sie treffen aber nicht die tiefer liegenden Ursachen für den in den letzten Jahren verstärkten Ersatz menschlicher Arbeit durch moderne Technologien v.a. aufgrund mangelhafter Qualität der Arbeitsausführung und für den seit Jahren anhaltenden Arbeitsplatzexport.

Sie lassen sich interpretieren als Ausdruck einer Strategie der Verteidigung der eigenen privilegierten Position als deutscher Arbeitnehmer mit einer sicheren Beschäftigung im internationalen und nationalen Maßstab (vgl. 1.4.2. zur "erzwungenen Arbeitsteilung").

Die häufig vorgenommene Kausalattribution der Störung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf den technischen Fortschritt läßt sich für die Gruppe der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, auch an der hier überdurchschnittlich häufigen Sympathie für die Partei "Die Grünen" ablesen:

So stuften sich nach der neuesten repräsentativen Arbeitslosenstudie vom Februar 1983 (78) rund doppelt so viele Arbeitslose als Wähler der Grünen ein (11,1%) als in der gesamten Wahlbevölkerung. Dies

(78) Zahlen nach PROJEKTGRUPPE WAHLFORSCHUNG 1983, S. 177 ff.
Die Interviewer der Projektgruppe Wahlforschung an der Universität Osnabrück befragten im Auftrag des STERN in 36 von 141 Arbeitsamtbezirken einen repräsentativen Querschnitt der Arbeitslosen (2049 Interviews). Befragungszeitraum: 7-11. Februar 1983.

sind Personen, die sich im etablierten Parteienspektrum nicht repräsentiert sehen und die technik-kritische Grundhaltung der "Grünen" vermutlich akzeptieren.

Diese Daten stützen die Annahme von KREUTZ und BOSS 1982, S. 494, derzufolge Anpassungsschwierigkeiten wie erfahrene Arbeitslosigkeit Veränderungen in den Grundhaltungen gegenüber Wandel hervorrufen können (vgl. 1.4.2. zum Bezugsrahmen des residuentheoretischen Ansatzes von PARETO). So tritt zur schon vermutlich vorhandenen Ablehnung des technischen Fortschritts im Fall des heutigen "Rentiers mit sicherem Arbeitsplatz" (ebd.) die Bejahung gesellschaftspolitischen Wandels, was inkonsistente Einstellungssyndrome zum Wandel hervorbringt.

2.4.2. Die These im Licht einiger empirischer Befunde - Zunahme der abhängigen Arbeitsplätze von 1976-1980. Die Fallbeispiele der Mikroelektronik und der Roboterisierung

Aus dem hier vorgelegten Datenmaterial zur Nachfrage nach Erwerbsarbeit, insbesondere zum Beschäftigungszuwachs um 755.000 in der 2. Phase bis Ende 1980 (bzw. um 1.047 Mio. abhängige Arbeitsplätze von 1976-1980 - s. Tab. 6) geht nun hervor, daß der technische Fortschritt keineswegs global Arbeitsplätze vernichten muß, wie es diese vielfach in der Öffentlichkeit, v.a. von gewerkschaftlicher Seite vorgebrachte Kausalattribution für Arbeitslosigkeit behauptet. Soweit - insbesondere in der 3. Phase ab 1980 - ein zunehmender Ersatz menschlicher Arbeit durch Technik stattfand, sind die Ursachen dafür in der Qualität und im Faktorpreis der angebotenen Arbeit zu vermuten. Jedoch ist auch für diese Phase eine undifferenzierte Interpretation der ausgewiesenen Daten zum Rückgang der Erwerbstätigkeit als globale Arbeitsplatzvernichtung nicht zulässig. Diese Zahlen belegen nur, wieviele Arbeitsplätze weniger besetzt wurden, gleich aus welchen Gründen (vgl. 2.2.3.4.).

Zudem ergibt sich statistisch der Beschäftigungsabbau aus dem Saldo der unterschiedlich auf die Anzahl der Beschäftigten wirkenden Änderungen. Unter den für seine Höhe und Richtung maßgeblichen Entwick-

lungen stellen die Prozeßinnovationen in der Arbeit nur eine Einflußgröße unter vielen dar, so daß eine eindeutige Zurechnung des Beschäftigungsrückgangs seit 1980 (vgl. Schaubild 9) als Wirkung des technischen Fortschritts unzulässig ist.

Die Einschätzung der globalen quantitativen Beschäftigungsveränderungen (80), die auf den technischen Fortschritt oder auf eine begrenzte Technik wie die Mikroelektronik zurückgehen, bereitet deswegen methodische Schwierigkeiten (vgl. DOSTAL 1982, S. 451). Dafür müßten alle anderen Strukturveränderungen in der Arbeitsteilung, die auf den Beschäftigungsstand wirken, insbesondere die Marktentwicklung der Branchen, in denen neue Techniken verstärkt eingesetzt werden, als Rahmenbedingungen konstant gesetzt werden.

Bei einem Rückblick auf die Jahre 1978-1982 (81) und der pragmatischen Beschränkung auf das in der aktuellen öffentlichen Diskussion der Arbeitsplatzvernichtung im Mittelpunkt stehende Fallbeispiel der Mikroelektronik zeigt sich, daß die globalen Beschäftigungsverände-

(80) Die öffentliche Diskussion stellt meist die Personalfreisetzungen durch den technischen Fortschritt in den Vordergrund. Dessen Beschäftigungswirkungen lassen sich jedoch nicht auf diese Dimension reduzieren, sondern sind weit komplexer (vgl. DOSTAL 1982, S. 451). Sie umfassen ebenso Neu-Eintritte und innerbetriebliche Umsetzungen sowie qualitative Veränderungen am Arbeitsplatz, die jedoch nicht diskutiert werden sollen.

(81) Ich folge hier dem methodischen Vorgehen von DOSTAL 1982, S. 447 ff. und der von ihm vorgeschlagenen Auswahl der Wirtschaftsgruppen, "in denen die Mikroelektronik eine besondere Rolle hätte spielen können". Die Wahl eines anderen Untersuchungszeitraums (bei DOSTAL 1976-1980) begründet sich

1. aus der Erweiterung um den Zeitraum 1980-1982, in dem dem Einsatz der Mikroelektronik eine größere Rolle zukam
2. aus dem Bezug auf die in der Beschäftigungsstatistik der BA ausgewiesenen Zeitreihen der "sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer". Deren Erhebungskonzeption liefert wahrscheinlich gültigere Ergebnisse als die bei DOSTAL verwendeten überhöhten MZ-Daten. Zusätzlich sind zur Einordnung der Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts in den betroffenen Wirtschaftsgruppen die Gesamtveränderungen der abhängigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer angegeben. Allerdings dürfte auch diese Erhebungskonzeption die Beschäftigungszunahme im Zeitraum überhöht wiedergeben, weil darin die Beitragsbemessungsgrenze für die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern geändert wurde. Dadurch fällt die Zunahme für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer mit + 475.000 sehr viel höher aus als die Zunahme für den Vergleich der Jahresdurchschnitte 1978-1982 aller beschäftigten Arbeitnehmer mit nur + 123.000 (vgl. Tab. 6). Für die hier primär interessierenden Abweichungen bestimmter Sektoren von der durchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung dürfte diese Differenz jedoch nicht zu großen Verzerrungen führen.

rungen sehr viel differenzierter abgelaufen sind, als die einschlägigen Prognosen und Diagnosen es darstellten.

Die durch den Einsatz von Mikroelektronik vor allem betroffenen Wirtschaftsgruppen hatten zwar mit einer Ausnahme einen überdurchschnittlichen Beschäftigungsabbau zu verzeichnen, der auch kräftiger ausfällt als in dem von DOSTAL dargestellten Zeitraum bis April 1980 (ebd., S. 448). Auf der anderen Seite verläuft die Entwicklung parallel zur allgemeinen Beschäftigungstendenz der 2. Phase bis Ende 1980 und der 3. Phase (Abbau ab 1980) diskontinuierlich.

Zudem muß bei diesen Daten beachtet werden, daß die Beschäftigungsabnahme in einer Branche nicht notwendig Freisetzungen indiziert - ebenso können Betriebe einen Branchenwechsel vollzogen haben.

Überraschend ist v.a., daß die vielfach in der Technologiediskussion vorgebrachte Behauptung, die Beschäftigung im gesamten Druckereigewerbe wäre durch die Einführung von Computern und modernen Lichtsatz stark ausgedünnt worden, durch die Daten widerlegt wird. 1978-1982 gab es hier sogar noch einen Beschäftigungsanstieg um 1,4%. Ähnliches gilt für die Berufsgruppe der Bürofachleute und -hilfskräfte, die durch die Einführung der EDV keineswegs global freigesetzt wurden, sondern per Saldo zwischen April 1976 bis April 1980 einen Zuwachs von 15% verzeichneten (ebd., S. 448).

Auf der anderen Seite geht der Beschäftigungsabbau in so heterogenen Wirtschaftszweigen wie den genannten nicht nur auf technologische Innovationen, sondern auch auf andere Faktoren wie etwa die deutsche Werftkrise (-7,6% Beschäftigungsabbau) zurück, deren Gründe vorrangig in der Qualität der Arbeit zu suchen sind.

Tab. 9: Sektorale Beschäftigungsveränderungen vom März 1978 bis Juni 1982 in Wirtschaftsgruppen, in denen die Mikroelektronik eine Rolle hätte spielen können (82)

Wirtschaftsgruppe	Absolute Abnahme der Beschäftigten	Abnahme in % der im März 1978 Beschäftigten
Stahl- und Leichtmetall-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	- 40.000	- 1,7 %
darunter: Schiffbau	- 5.000	- 7,6 %
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Uhren	- 33.000	- 2,7 %
Herstellung von EDV-Anlagen und Büromaschinen	- 3.000	- 4,0 %
Herstellung von Zellstoff, Papier und Papierverarbeitung, Buchbinderei	- 6.000	- 3,6 %
Druckerei, Vervielfältigung	+ 3.000	+ 1,4 %
Deutsche Bundespost	+ 37.000	+19,0 %
Alle Wirtschaftszweige (auch nicht genannte) zusammen	+ 475.000 (bis März 1980: + 938.000; seitdem: - 463.000	+ 2,4 %

Der Anteil, der durch die Mikroelektronik im besonderen, durch technische Innovationen im allgemeinen induzierten Personalfreisetzungseffekte am gesamten Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit, der zwischen den Jahresdurchschnitten 1978 bis 1982 31.000 betrug und im gesamten Untersuchungszeitraum 1973-1983 1.735 Mio. betrug, dürfte daher erheblich geringer sein, als es durch die politisch-ideologische Diskussion bisher dargestellt wurde. Relativ bedeutender fällt dagegen der Anteil des konventionellen sektoralen Strukturwandels bzw. der Verschiebung innerhalb der Struktur der Erwerbsarbeit aus (vgl. 3.2.).

(82) Vgl. FN (81). Zahlen nach ANBA 1983/Sondernummer, S. 12 f.

Das geht auch aus einer Gegenüberstellung der Veränderungen im Beschäftigtenstand der Berufsabschnitte für den Zeitraum Mai 1973 bis April 1982 auf Grundlage der MZ-Daten hervor, die eher vom konventionellen Strukturwandel bzw. eher von technischen Innovationen tangiert wurden.

Tab. 10: Veränderung der Erwerbstätigen nach ausgewählten Berufsabschnitten von 1973-1982 in Tausend (83)

Berufsabschnitt	Erwerbstätige insges. 1973	1982	Veränderung 1982 geg. 1973 in %
<u>Veränderung eher aufgrund konventionellen Strukturwandels</u>			
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1.967	1.386	- 29,5 %
Bergleute, Mineralgewinnler	156	127	- 18,7 %
<u>Veränderung eher aufgrund von technischen Innovationen</u>			
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	251	212	- 15,5 %
Elektriker (einschl. Elektrogeräte-, Elektroteilemontierer)	769	746	- 3,1 %
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe (84)	2.013	2.057	+ 2,2 %
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	4.774	5.297	+ 11,0 %
Insges. (auch nicht genannte)	27.066	26.774	- 1,1 %

Zusammenfassend kann also gesagt werden:

Zwar kommt es durch den technischen Fortschritt zu Umschichtungen in der Beschäftigtenstruktur (vgl. 1.4.2.):

Arbeitsplätze werden an verschiedenen Stellen im Beschäftigungssystem abgebaut, v.a. da, wo neue Techniken besonders stark eingesetzt werden.

(83) Zahlen nach WiSta 1983/8/S. 615

(84) Die Auswahl der darüber genannten Berufsgruppen lehnt sich an DOSTAL 1982, S. 448 an.

Im Gefolge davon kommt es auch zu der strukturell notwendigen Fluktuations-Erwerbslosigkeit für Berufsgruppen, deren Qualifikationen veralten, die allerdings meist vorübergehend und kurzfristig ist. Dieser Anteil der Erwerbslosigkeit ist jedoch notwendig, um in einer Übergangsphase strukturelle Anpassungsprozesse an neue Arbeitsverfahren zu bewältigen. Die Träger der obsolet gewordenen Qualifikationen werden eine Zeitlang - bei entsprechender beruflicher und/oder regionaler Mobilität - jedoch meist nur kurze Zeit erwerbslos. Die Alternative zu dieser Fluktuations-Erwerbslosigkeit, die hier die Allokationsfunktion der Zuordnung der Personen zu neuen produktiven Tätigkeiten regelt, wäre die institutionell abgesicherte Schein-Beschäftigung von Trägern von Qualifikationen, die keine produktive Arbeit mehr leisten. Ein solches - teilweise praktiziertes - Arbeitsbeschaffungsprogramm (vgl. 3.4.) kann die faktische Arbeitslosigkeit dieser Gruppen aber nur vorübergehend kaschieren.

Der Freisetzung von veralteten Qualifikationen gegenüber steht die Möglichkeit, daß die eingesparten Arbeitskräfte an anderen Stellen, oft im selben betrieblichen Kontext, wieder eingesetzt werden können, sofern sie flexibel für eine solche neue Arbeitsaufnahme sind. Diese Möglichkeit wird durch die positiven Wirkungen des technischen Fortschritts auf die Nachfrage nach Erwerbsarbeit selbst geschaffen (85).

Ein Fallbeispiel für Personaleinsparungen durch technische Innovationen, die keineswegs identisch sind mit gleich hohen Personalfreisetzungen, stellt der ebenfalls im Zentrum der Technologiediskussion stehende Einsatz von Industrierobotern dar.

In Japan, einem Land, in dem 1982 schätzungsweise (86) die Hälfte des gesamten Weltbestands an Industrierobotern der 2. Generation

(85) Natürlich stehen solche Aussagen in bezug auf die Beschäftigungswirkung des technischen Fortschritts unter dem starken Vorbehalt, daß dieser Einfluß nicht durch intervenierende Variablen überlagert wird, was für die 3. Phase, also die Jahre 1980-1983 ja zweifellos zutrif. Was hier interessiert, ist jedoch nicht die quantitative Dimension der Wirkung, sondern der Hinweis darauf, daß es Evidenzen gegen den technischen Fortschritt als "Jobkiller" gibt.

(86) Alle Zahlen nach WOLFSTEINER 1983, S. 167 ff.

von 20.000 und 5 mal so viel wie in der Bundesrepublik eingesetzt waren, und das auch insgesamt in technologischen Innovationen im Arbeitsbereich wegweisend ist, gibt es seit Jahren keine mit der BRD vergleichbare Beschäftigungskrise:

1982 lag die offizielle Arbeitslosenquote für Japan bei ihrem bisherigen Höchststand von 2,4%, für die Bundesrepublik bei 7,5 % (87).

Das JAPAN LABOR BULLETIN, März 1983, S. 5 (zit. nach ebd., S. 170) kommt zum Befund, daß durch die Roboterisierung besonders in der Auto-industrie zwar im Durchschnitt je Roboter und Schicht etwa 0,7 Arbeiter eingespart wurden auf der anderen Seite jedoch durch die Kompensation der arbeitsplatzschaffenden Effekte:

durch die Produktion von Robotern, den internationalen Nachfragezuwachs durch gestiegene Produktivität der japanischen Arbeit und indirekte Beschäftigungseffekte per Saldo keine Arbeiter freigesetzt wurden.

Für die Bundesrepublik liegen die Schätzungen hinsichtlich des Personaleinsparungseffekts bspw. nach einer Untersuchung des Roboter-Einsatzes im VW-Werk 1982 zwar mit einer Einsparung von 4-5 Personen im Zweischicht-Betrieb höher (ebd., S. 167), jedoch sind auch hier kompensierende arbeitsschaffende Wirkungen v.a. durch verbesserte Marktchancen durch automatisierte flexible Arbeitssysteme möglich. Von der Freisetzungsgefahr sind v.a. un- und angelernte Arbeiter der Serienfertigung betroffen. Eine wichtige Bedingung für den verstärkten Ersatz von Menschen durch Maschinen, die zunehmende Fehleranfälligkeit der menschlichen Arbeit, müßte näher analysiert werden.

Ein bisher nicht genannter arbeitsplatzschaffender Effekt von technischen Innovationen, bes. der Mikroelektronik, liegt in den dadurch möglichen Produktinnovationen (vgl. REICHARDT 1982), die zusätzliche gesellschaftliche Arbeit erfordern.

Allerdings können die zwei Aspekte des technischen Fortschritts und bes. der Mikroelektronik ungleichzeitig wirksam werden: Während wichtige Produktivitätssteigerungen durch Prozeßinnovationen in Automations-, Transport- und Lagertechnik sich schon heute deutlich bemerkbar machen und

(87) Nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 82.

so menschliche Arbeit durch Technik ersetzt wird, schlagen wichtige Produkt innovationen erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch (88).

Eine Divergenz, die langfristig für die Arbeitsplatzneutralität des technischen Fortschritts spricht, wäre historisch keineswegs neu: Sie entspricht vielmehr geschichtlichen Erfahrungen für alle wichtigen Basisinnovationen des industriellen Zeitalters (Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektrizität) (89). Stets folgte dem Einsetzen der Basisinnovation eine Destabilisierungsphase, die auch mit der Freisetzung von Arbeitskräften verbunden war, die jedoch abgelöst wurde von einer Phase sozialer Prosperität auf höherem Niveau als früher.

Allerdings dürfte besonders die Basisinnovation Mikroelektronik nicht nur quantitative Änderungen, sondern auch langfristig einen qualitativen Wandel der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit sich bringen, und zwar innerhalb der Struktur der Arbeitsformen (vgl. DOSTAL 1982, S. 453 ff.). Die für die abhängige Erwerbsarbeit in Industriegesellschaften charakteristische Festlegung von Arbeitszeit, -ort und -inhalten, die insbes. durch gewerkschaftliche Regelungen institutionalisiert wurden, können durch die mit der Mikroelektronik gegebene Flexibilisierung menschlicher Arbeitsvollzüge in Frage gestellt werden. Technisch möglich wären bspw. Formen der "elektronischen Heimarbeit" und neue Formen der Selbständigkeit im Rahmen der eigeninitiierten, bedürfnisorientierten Arbeit, aber auch neue Formen innerhalb der Erwerbsarbeit. Diese neuen Arbeitsformen zeichnen sich bes. durch orts- und zeitflexiblen Arbeitseinsatz aus und ermöglichen so die individuell differenzierte und aufgabenorientierte Gestaltung von Arbeitsvollzügen.

Wieweit allerdings solche Möglichkeiten besonders gegen Widerstände der Kollektivorganisation der abhängigen Arbeitnehmer, die als Massenorganisation an der gleichförmigen Regelung der Arbeit interessiert ist, wirksam werden, kann schlechterdings nicht prognostiziert werden.

(88) vgl. dazu die Studien zu den Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts von PROGNOSE/MACKINTOSH 1979 und IFO/ISI/INFRATEST in Beitr. AB 1980/42.2./S. 97 und 122 ff.

(89) Siehe dazu die Theorien von SCHUMPETER und KUSNETZ.

2.5. Merkmale der Erwerbslosigkeit seit 1973 auf Grundlage einer Unterscheidung verschiedener Formen der Erwerbslosigkeit nach ihrer Funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung und differenzierter Meßmethoden

2.5.1. Unterscheidung von verschiedenen Formen der Erwerbslosigkeit nach ihrer (Dys)funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Die Schwäche der statischen Bestandszahlen der offiziellen Statistik. Die Aussagekraft von Bewegungsgrößen für eine differenzierte Analyse der Erwerbslosigkeit nach ihren Ursachen, bes. für die Mobilität des sozialen Status Erwerbslosigkeit

Die bisherige empirische Darstellung ging von einer Konzeptualisierung aus, in der die Veränderung der jährlichen Durchschnittszahlen der Bestandsmassen an registrierten Arbeitslosen als Resultat der Entwicklung der Bestandsgrößen: Erwerbspersonen(potential) und Erwerbstätigkeit aufgezeigt wurde. Für einen Überblick über das Auseinanderlaufen von Anspruch an das und Leistungen des Beschäftigungssystems war diese Perspektive und die zugrundegelegte Konzeption der Erhebung von Bestandsmassen auch durchaus zweckmäßig (90).

Für eine Reihe von Fragestellungen, insbesondere für eine differenzierte Analyse des sozialen Status "Erwerbslosigkeit" nach seinen Ursachen und damit seiner Funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vgl. 1.4.2.) reicht die statische Perspektive der Erhebung von Bestandsmassen in der Arbeitsamtstatistik (vgl. 2.1.2.1.) jedoch nicht aus:

Ein- und dieselbe Bestandzahl an registrierten Arbeitslosen kann nämlich theoretisch zwei strukturell völlig andersartige Formen der Erwerbslosigkeit und damit (Dys)funktionen für die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vgl. 1.4.) verbergen:

(90) Um die Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials darzustellen, wurde auch bereits auf die Strömungsgrößen und Bewegungsdaten der AGR zurückgegriffen.

Es kann sich entweder um einen monolithisch festgelegten Block einer dauerhaft und erzwungnermaßen aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausgeschlossenen Randgruppe von Arbeitslosen handeln oder im anderen Extremfall um das Resultat einer ständigen Fluktuation von sehr kurzfristig und freiwillig Sucherwerbslosen zwischen dem Status Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit, die in der Momentaufnahme des Stichtages als Millionenarbeitslosigkeit erscheint.

Im ersten Fall läge dem strukturell-funktionalen Konzept von DURKHEIM zufolge eine Form von "erzwungener Arbeitsteilung" vor (vgl. 1.4.).

Im zweiten - komplementären - Extremfall bleiben diese Konsequenzen für die soziale Integration aus: Erwerbslosigkeit entsteht hier durch die freiwillige Aufgabe von Erwerbsarbeitsplätzen durch Personen, die innerhalb des Erwerbssystems attraktivere Positionen anstreben: Sucherwerbslosigkeit. Oder sie entsteht durch die für Marktwirtschaften strukturell notwendige Neu-Allokation von Individuen auf Arbeitsaufgaben im Gefolge des permanenten strukturellen Wandels in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der bei entsprechender Flexibilität von Arbeitsangebot und -nachfrage meist nur mit einer kurzen Dauer der Nicht-Beschäftigung verbunden ist und dem Individuum wie beim ersten Typ der Such-Erwerbslosigkeit neue Entwicklungsmöglichkeiten bieten kann: Fluktuations-Erwerbslosigkeit (vgl. 1.4.2.).

Solche Anpassungsprozesse können natürlich auch erzwungen sein und auf Fehlleistungen des Beschäftigungssystems zurückgehen, für die es vielfältige Ursachen (vgl. 1.4.) gibt.

Die Wirklichkeit der Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik ist mit keinem dieser Extremfälle deckungsgleich, sondern beinhaltet Anteile aus allen genannten, nach ihren Ursachen und ihrer strukturellen Funktion differenzierten Typen der Erwerbslosigkeit.

Für 1978 schätzt REYHER 1980 (S. 499), daß 70% des Bestands an Arbeitslosen nicht mehr identisch mit dem Bestand ein Jahr zuvor sind.

Methodisch folgt daraus, daß die Bestandszahlen der Millionen- bzw. seit 1982 Zwei-Millionen-Erwerbslosigkeit auf keinen Fall als ein starrer Block von dauerhaft Arbeitslosen interpretiert werden dürfen. Sie und ihre bisher analysierten Nettoveränderungen entstehen vielmehr, wie empirische Analysen zeigen, als Saldo von umfangreichen Bewegungen in das und aus dem Beschäftigungssystem und innerhalb desselben, deren jährliches Ausmaß weit über dem Durchschnittbestand an Arbeitslosen liegt. Deshalb ist für die Analyse der Erwerbslosigkeit als einer (Dys)funktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Ergänzung um eine dynamische Perspektive nötig, die als Ausgangseinheiten Stromgrößen im Beschäftigungssystem hat, also Wechsel des individuellen Erwerbsleben-Status, bes. der Zugänger in und der Abgänger aus Arbeitslosigkeit. Diese Bewegungszahlen sind dann nicht mehr wie die Bestandszahlen auf einen Stichtag (91), sondern auf einen Zeitraum, meist ein Jahr, bezogen.

Einen Versuch, die üblichen Bestandsgrößen über Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose mit solchen Bewegungszahlen zu verknüpfen, stellt die "Arbeitskräfte-Gesamt-Rechnung" des IAB dar (vgl. REYHER 1980). Sie weist in der bisher vorgelegten Fassung für den Zeitraum Anfang 1970 bis Ende 1978 die jeweiligen Jahresanfangs- und endbestände der 10 dort unterschiedenen Statusarten (Aggregate im Beschäftigungssystem) und die dahinterstehenden Zu- und Abgänge aus. Einige ihrer Ergebnisse wurden bereits bei der Beschreibung der Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials (92) verwendet. Seit 1980 erhebt die BA auch die Zugänge in und Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit nach Strukturmerkmalen.

Deren Strukturen können sich nämlich von denen der registrierten Bestände außerordentlich unterscheiden, was auch faktisch zu-

(91) Die in 2.3. verwendeten Jahresdurchschnitte, insbes. für die Erwerbstätigen, waren bereits im strengen Sinn keine Stichtagdaten mehr, sondern auf den Zeitraum eines Jahres bezogen (vgl. 2.2.4.).

(92) Die in 2.2.4.2. zusammengefaßten methodischen Vorbehalte gegen die auch hier verwendeten Konten der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotentials, deren Schätzungen auf problematischen Modellannahmen beruhen, gelten weiterhin.

trifft. Dies ist der Fall, wenn einem Kern von Dauerarbeitslosen (1. Fall), der in den Bestandszahlen überrepräsentiert ist, ein hoher Anteil von kurzfristig Such- und Fluktuations-Erwerbslosen (2. Fall) gegenübersteht, die die Strukturen der Zu- und Abgänger aus registrierter Arbeitslosigkeit dominieren.

Daß das Beschäftigungssystem und bes. dessen zentrale Institution, der Arbeitsmarkt, die oben bestimmte Allokationsfunktion auch bei permanent hohen Arbeitslosenbeständen weitgehend erfüllen und einer Vielzahl von Personen - darunter auch einem hohen Anteil von Such-Erwerbslosen - neue Positionen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vermitteln, wird erst durch die dynamische Perspektive deutlich.

REYHER 1980 (S. 503) schätzt die gesamte Zahl aller Arbeitsplatzwechsel (d.h. -neubesetzungen) für das durchaus repräsentative Jahr 1976 im Beschäftigungssystem auf rund 11 Millionen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 3,9 Mio. Zugängen in Erwerbstätigkeit, 2,2 Mio. Einstellungsvorgängen im Zug des zwischenbetrieblichen Arbeitsplatzwechsels und nochmals rund 5 Mio. aufgrund innerbetrieblichen Wechsels von Positionen.

Diese Größenordnung bei einem durchschnittlichen Arbeitslosenbestand von ca. einer Million zeigt die enorme Flexibilität des Beschäftigungssystems. Durch solche Allokationsprozesse bewältigt es auf der einen Seite weitgehend den strukturellen Wandel in der Arbeitsteilung - etwa infolge von Veränderungen in der Nachfragestruktur oder von technischen Innovationen (vgl. 2.4.). Auf der anderen Seite vermittelt und eröffnet es den beteiligten Individuen neue Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Bei einer breit angelegten Ausbildung, die für verschiedene Berufe und Tätigkeiten qualifiziert und entsprechender Mobilitätsbereitschaft auf seiten von Arbeitsangebot und -nachfrage sind solche Anpassungsvorgänge, auch wenn sie nicht auf freiwilligen Entscheidungen beruhen, auch ohne individuelle Krisen zu bewältigen.

Einige v.a. amerikanische Arbeitsmarkttheoretiker haben solche Beobachtungen sogar dazu geführt, in solchen Umschlagprozessen das zentrale Phänomen des Arbeitsmarkts zu sehen. Die hierauf beruhende "Job-Search-" (vgl. 1.4.) und "Labor-Turnover-Theory" hat diese Dimension des Arbeitsmarkts zum Gegenstand.

"Anders als bei der üblichen Betrachtungsweise wird nicht mehr das stabile und fortdauernde Arbeitsverhältnis als die Regel, und die Stellensuche, die Arbeitslosigkeit und die unbesetzten Stellen als die Ausnahme betrachtet, sondern im "labor-turn-over" wird das zentrale Phänomen des Arbeitsmarkts gesehen" (FREIBURGHaus 1976, zit. nach SCHMIDTBERG 1981, S. 48).

Greift man aus den Aggregaten des Beschäftigungssystems das der registrierten Arbeitslosigkeit heraus, erkennt man auch hier die enorme Bedeutung der Umschlagprozesse:

Im Jahr 1982 standen 3,7 Mio. Zugängen in die Arbeitslosigkeit (Jahressumme) immerhin 3,2 Mio. Abgänge aus diesem Status gegenüber (BACH et al. 1983, S. 343). Im Jahr 1983 meldeten sich ebenfalls 3,7 Mio. Fälle neu arbeitslos und sogar 3,6 Mio. am Arbeitsamt ab (BA zit. nach SZ vom 5./6. Januar 1984, S. 29).

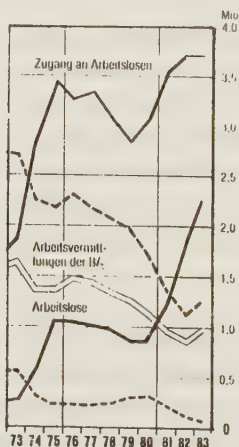
Diese Daten belegen, daß auch bei der Zwei-Millionen-Erwerbslosigkeit die Mobilität, die mit dem sozialen Status Erwerbslosigkeit verbunden ist, außerordentlich hoch ist. Registrierte Arbeitslosigkeit ist also auch in der heutigen Beschäftigungskrise keine gesellschaftliche Position, in der die Betroffenen ohne Aussicht auf Erfolg in der Reintegration in das Erwerbsleben dauerhaft ausgeschlossen sind. Umgekehrt weist die hohe Zahl von Zu- und Abgängen bzgl. dieses Status auf einen weiterhin hohen Anteil von kurzfristig Such- und Fluktuationserwerbslosen hin.

Aufschlußreich für die annähernde Ermittlung der Anteile dieser Formen von Erwerbslosigkeit ist nach der obigen Ausgangsüberlegung zu den 2 denkbaren Extremfällen (völliger Austausch der Bestände oder völlige Konstanz) das quantitative Verhältnis der Neuzugänge in registrierte Arbeitslosigkeit zu den Jahresdurchschnittszahlen der Bestände.

Tab. 11: Verhältnis der Jahressummen an Neuzugängen in registrierte Arbeitslosigkeit zu den Jahresdurchschnittszahlen an registrierten Arbeitslosen von 1973-1983 in 1000. (93)

Jahr	Jahresdurchschnitt der Bestände an Arbeitslosen (93) 1	Zugang an Arbeitslosen (Jahressumme) (93) 2	Verhältnis von 1 : 2 (Eig.Ber.) 3
1973	273	1.877	0,15
1974	582	2.795	0,21
1975	1.074	3.450	0,31
1976	1.060	3.256	0,33
1977	1.030	3.315	0,31
1978	993	3.081	0,32
1979	876	2.844	0,31
1980	889	3.084	0,29
1981	1.272	3.531	0,36
1982	1.833	3.707	0,49
1983	2.258 (94)	3.700 (95)	0,61

Schaubild 10: Verhältnis der Jahressummen an Neuzugängen in registrierte Arbeitslosigkeit zu den Jahresdurchschnittszahlen an registrierten Arbeitslosen von 1973-1983 (nach:SVR 1983)



(93) Zahlen nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 8 f.

(94) Nach: WISTA 1984/1/S. 2*

(95) BA nach SZ vom 5./6. Jan. 1984, S. 29

Aus Tab. 11 und Schaubild 10 ist deutlich zu erkennen, daß das Verhältnis von Neuzugängen in Arbeitslosigkeit zu den Jahresdurchschnittszahlen der Bestände an Arbeitslosen sich zwischen 1973, einem Jahr relativer Arbeitsmarktstabilität, und der Beschäftigungskrise seit 1974 sowie in der letzten dritten Phase der Krise deutlich verändert hat:

Für das Jahr 1973 und ähnlich für die davorliegenden weist der hohe Anteil an Neuzugängen im Verhältnis zum Jahresdurchschnittbestand auf einen hohen Anteil an kurzfristigen Such- und Fluktuations-Erwerbslosen hin.

Seit Einbruch der Beschäftigungskrise 1974/75 und besonders in der dritten Phase seit 1981 werden die jährlichen Anfangsbestände an Arbeitslosigkeit jedoch weit weniger ausgetauscht als vorher. Dementsprechend ist die Dauer der Arbeitslosigkeitsfälle gewachsen (vgl. 2.5.3.) und der relative Anteil der kurzfristigen Such- und Fluktuations-Erwerbslosen gesunken.

Aus den Daten über die jährlichen Summen an Neu-Zugängen in Arbeitslosigkeit läßt sich auch die Gesamtbetroffenheit durch Erwerbslosigkeit in der Beschäftigungskrise seit Beginn des Jahres 1974 ermitteln.

So ergibt die Summe aller Zugänge in Arbeitslosigkeit seit Beginn 1974 bis Ende 1983 32.762 Mio. Arbeitslosenfälle (96). Rechnet man den Anfangsbestand von 486.000 vom Ende Dezember 1973 (97) hinzu, ergeben sich 33,248 Millionen Fälle, in denen eine geringere Anzahl von Personen in den letzten 10 Jahren von der Beschäftigungskrise betroffen wurden und sich arbeitslos meldeten. Jedoch darf diese Zahl aufgrund der Mehrfachbetroffenheit vieler Personen in diesem Zeitraum (die umso wahrscheinlicher wird, je länger der Zeitraum ist) nicht mit der Gesamtzahl der betroffenen Personen gleichgesetzt werden. Über diese Größe wird in der BA keine ausgewertete Statistik geführt. KARR 1983 (ebd.) schlägt deshalb vor, hilfsweise zur Schätzung der Zahl der be-

(96) Nach KARR 1983, S. 277 abzüglich der 220.000 Neuzugänge, die für 1983 zu viel geschätzt wurden.

(97) Nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 33.

troffenen Personen die Summe der arbeitslosen Leistungsempfänger heranzuziehen, die in der BA seit 1976 personenbezogen erfaßt werden. Eine Extrapolation dieser Daten auf den gesamten 10-Jahres-Zeitraum ergibt, daß seit Beginn 1974 rund 11,6 Mio. Personen in rund 22,3 Mio. Fällen Arbeitslosengeld oder -hilfe erhielten. Berücksichtigt man zudem, daß nach der IAB-Repräsentativbefragung vom Herbst 1976 93% der befragten Arbeitslosen irgendwann einmal Unterstützung des Arbeitsamts bezogen hatten (was mit zunehmender Dauer für jeden Arbeitslosen wahrscheinlicher wird), und überträgt man dieses Verhältnis auf die 11,6 Mio. Leistungsempfänger, ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 12,5 Millionen Personen, die ein oder mehrmals in der Beschäftigungskrise seit 1974 durch Arbeitslosigkeit selbst betroffen wurden.

Anders als in den 60er und frühen 70er Jahren ist also die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit eine verbreitete gesellschaftliche Erfahrung, die von einer großen Zahl von Erwerbspersonen mindestens einmal in ihrem Erwerbsleben gemacht wurde.

Gemessen an der Zahl der gesamten Erwerbspersonen in dem Zeitraum von 1974-1983, die von KARR 1983 (ebd.) nach methodisch plausiblen Überlegungen auf rund 41 Millionen geschätzt wird, wurde im selben Zeitraum gut jeder Dritte (genau jeder 3,28te) der Erwerbspersonen ein- oder mehrmals von Erwerbslosigkeit betroffen.

Der (vorübergehende) Ausschluß aus dem Beschäftigungssystem, der sehr heterogene Ursachen haben kann, tangiert damit nicht nur Randgruppen von marginalen Erwerbspersonen, auf die das Risiko von Erwerbslosigkeit abschiebbar ist (vgl. Kap.1.4.2 sondern auch mit zunehmender Dauer der gesamten Krise der Erwerbsarbeit ihre Kerngruppen. Die auf dem Hintergrund von stabilen Erwerbskarrieren entstehenden Stigmatisierungsprozesse von Arbeitslosen dürften daher im Maß, in dem Erwerbslosigkeit zum gesellschaftlich "normalen Schicksal" wird, an Bedeutung verlieren.

2.5.2. Mehrfacharbeitslosigkeit - ein Maß für die Marginalität der Erwerbsarbeits-Rolle

Wenn in dem 10-Jahres-Zeitraum der Beschäftigungskrise rund 33 Mio. Fällen von Arbeitslosigkeit eine Zahl von 12,5 Mio. betroffenen Personen gegenübersteht, erklärt sich diese Divergenz durch die Mehrfachbetroffenheit bestimmter Personen. Sie kann als (annäherndes) Maß für die Stabilität der Wiedereingliederung von Arbeitslosen und damit für die Marginalität der Erwerbsarbeits-Rolle angesehen werden. Damit ist jedoch noch keine kausale Interpretation angegeben, ob diese Marginalität auf konstanten Individualmerkmalen wie Nationalität, Alter, gesundheitlichen Behinderungen etc., auf motivationalen Defiziten wie einer schwächeren Orientierung zur Erwerbsarbeit oder auf Marginalisierungsprozessen (vgl. 1.4.2.) beruht. Vielmehr sind all diese Fälle möglich.

Es liegt auf der Hand, daß es keinen einheitlichen Faktor für Mehrfacharbeitslosigkeit gibt, sondern dieser umso höher wird, je länger man den Untersuchungszeitraum wählt, da damit für einen ehemals Arbeitslosen die Wahrscheinlichkeit steigt, erneut arbeitslos zu werden.

Für die letzte Dekade ergibt sich aus den o.g. Zahlen eine durchschnittliche Mehrfacharbeitslosigkeit von 2,68 Fällen pro Person. Solche Durchschnittswerte sind jedoch aufgrund der großen Streuung der zugrundeliegenden Verteilungen nicht sehr aussagekräftig.

Für einen Ein-Jahreszeitraum von 10/75 bis 9/76 stellten EGLE/LEU-POLDT 1977 (S. 463) eine durchschnittliche Mehrfacharbeitslosigkeit von 1,54 bei einer Abgängerstichprobe fest ($N = 6.672$). D.h. bei 3 Mio. Zugängen an Arbeitslosen in einem Jahr handelt es sich um etwa 2 Mio. betroffene Personen. Besonders betroffen von wiederholter Arbeitslosigkeit waren v.a. Ausländer (1,74) (vgl. 1.4.2.) und Personen ohne Berufsausbildung (1,66).

Die Gruppe unter den Erwerbslosen, die sich durch häufigen Wechsel zwischen Beschäftigung und Erwerbslosigkeit auszeichnet, also durch instabile Beschäftigung, ist in den traditionellen Strukturanalysen der Bestände an Arbeitslosen kaum auszumachen. Sie sind ihrer Häufigkeit entsprechend nur in den Zu- und Abgängen adäquat vertreten, was methodisch auf die Notwendigkeit von Verbleibstudien und Strukturanalysen von Abgängerstichproben verweist.

Der Anteil der Erwerbslosen mit langfristiger Instabilität der Beschäftigung ist bes. bei wenig Qualifizierten und Jugendlichen nicht zu unterschätzen: Dies geht aus einer repräsentativen Studie über den Verbleib von im November 1977 aus der Arbeitslosigkeit abgegangenen Personen hervor (98): Im Lauf der anschließenden 4 Jahre konnten 24% dieser Personen im Erwerbsleben nicht wieder dauerhaft Fuß fassen, d.h. sie wurden erneut mehrfach arbeitslos.

Der amerikanische Sozialpsychologe TIFFANY beschreibt in seinem Buch "The Unemployed " 1970 diesen Typus des Erwerbslosen, der sich durch eine instabile Erwerbsarbeitsrolle auszeichnet. Die Mehrfachbetroffenheit dieser Personengruppen durch Erwerbslosigkeit geht auf ihre häufige Fluktuation zwischen verschiedenen Arbeitsrollen im formellen und informellen Sektor (vgl. 1.5.3.) zurück: Die Erwerbsarbeitsrolle ist für diese Gruppe also nur marginal (vgl. Schema 1 zu 1.4.1.).

TIFFANY ermittelt den Anteil dieser Personen mit instabiler Beschäftigung an den gesamten Erwerbslosen allerdings durch ein methodisch fragwürdiges Verfahren:

Er geht von der bisher niedrigsten Arbeitslosenquote in den USA von 1944 aus, die 1,2% betrug und bezieht diese Quote dann auf die Zahl der 1968 in den USA Erwerbstätigen von ca. 84 Mio.: Das ergibt 1.080.000 Personen, die nach seiner These aus wirklichen ökonomischen Gründen arbeitslos sind (ebd., S. 13 ff.). Der verbleibende Rest von ca. 1 Mio. Arbeitslosen ist - so der Schluß - deshalb arbeitslos, weil er entweder zu häufigem Jobwechsel neigt oder ein "work avoidance behaviour" (ebd., S. 32) zeigt. Auch wenn seinem Ausgangspunkt zuzu-

(98) Nach BÜCHTEMANN 1983

stimmen ist - der sich jedoch v.a. Besonderheiten des Arbeitsmarkts in den USA verdankt - daß v.a. bei ethnischen Minoritäten und anderen Ghattobewohnern eine Kumulation von Belastungen und Orientierungen vorliegt, die sich auf die Disposition zur Erwerbsarbeit negativ auswirken, ist seine Schlußfolgerung, in der er strukturelle Ursachen in Fehlleistungen des Beschäftigungssystems definitorisch ausschließt, doch äußerst fragwürdig.

2.5.3. Dauer der Erwerbslosigkeit - ein operationales Kriterium für verschiedene Formen der Erwerbslosigkeit

In Schema 1 wurde die Dauer der Erwerbslosigkeit als eine entscheidende Variable dargestellt, die über das Ausmaß der mit Arbeitslosigkeit im engeren Sinn verbundenen psychosozialen Belastungen entscheidet. Dieser Zusammenhang wird in der theoretischen Literatur zu den psychosozialen Wirkungen der Arbeitslosigkeit angenommen und ist auch durch empirische Befunde belegt (99).

Das Interesse dieser Arbeit richtet sich jedoch nicht auf die Wirkungen für die Betroffenen, sondern auf eine Analyse der Erwerbslosigkeit nach ihrer Funktion für die gesellschaftliche Arbeitsteilung bzw. ihrer Entstehung aus deren Störungen, was eine Differenzierung verschiedener Formen der Erwerbslosigkeit nach ihren Ursachen nötig macht. Auch dafür läßt sich - wie in Schema 1 angedeutet wird - die individuell unterschiedliche Dauer annäherungsweise als operationales Kriterium verwenden, wenn von den Massendaten der amtlichen Statistik ausgegangen wird.

Dauert der Abschluß der Erwerbslosigkeitsphase im individuellen Verlauf nämlich nur kurz, kann dies als Indikator für die Dominanz der Formen der Such- und Fluktuations-Erwerbslosigkeit, die in 2.5.1.

(99) Vgl. BRINKMANN Chr. 1976 und PINTAR 1978

beschrieben wurden, gelten. Erwerbslosigkeit ergibt sich hier als individuell relativ unproblematische Übergangsphase aus den üblichen Arbeitsplatz-Suchfristen oder aus dem Wechsel in neue Tätigkeiten. Welche Zeitdauer als kurzfristig anzusehen ist, kann jedoch nicht objektiv festgestellt werden, sondern unterliegt gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Die konventionelle Definition in der Literatur geht von einer Frist bis zu drei Monaten aus.

Im Gegensatz dazu würde eine langfristige Arbeitslosigkeit, die nach der Konvention bei einem Jahr beginnt, die Vermittlungsschwierigkeiten dieser Erwerbslosen ausdrücken, die wiederum wie die Mehrfachbetroffenheit auch vielfältige Ursachen, sowohl motivationale als auch erzwungene, haben kann (vgl. 1.4.2.). Eine längere Durchschnittsdauer der Erwerbslosigkeit würde gemäß den Überlegungen in 2.5.1. einen festen Bestand an immer stärker ausgesiebten (strukturalisierten) Erwerbslosen anzeigen.

Die eindeutige Zuordnung einer längeren Dauer zu einem bestimmten Typus ist jedoch kaum möglich, da z.B. bei freiwillig Such-Erwerbslosen eine Verlängerung der Suchfristen etwa durch eine bessere sozialstaatliche Absicherung oder höheres Anspruchsniveau auch zu einer längeren abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit führt. Diese ist aber auch in diesem Fall ein Ausdruck von Friktionen in der Allokation von Arbeitskräften und -aufgaben, die nicht notwendig auf Fehlleistungen des Beschäftigungssystems oder auf objektive Benachteiligungen zurückgehen müssen.

Die verschiedenen in der Arbeitsmarktstatistik verwendeten Maße für die "Dauer der Arbeitslosigkeit" eignen sich nun jeweils nur für bestimmte Fragestellungen:

Vorsicht bei der Interpretation ist geboten bei der meist in der öffentlichen Diskussion verwendeten "durchschnittlichen Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit". Bei den jährlich an einem Stichtag im

Mai und September durchgeführten Strukturanalysen der Arbeitslosen-bestände erhebt die BA auch die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit. Die hiervon berechneten Mittelwerte geben die bis zum jeweiligen Zähltag im Durchschnitt erlebte Zeit der Arbeitslosigkeit an. Sie vermitteln allerdings in dreifacher Weise ein verzerrtes Bild von der eigentlich gesuchten Dauer der Arbeitslosigkeit:

1. Letztere wird um die noch vom Zähltag an zu durchlaufende Arbeitslosigkeitsdauer unterschätzt.
2. Nicht erfaßt wird durch die Erhebung der Bestände an einem Stichtag die überwiegend kurzen Verweildauer in Arbeitslosigkeit aller Personen, die vor dem Stichtag aus dem Kreis der Arbeitslosen ausscheiden. Hieraus ergibt sich eine enorme Überschätzung der Arbeitslosigkeitsdauer aller Arbeitslosen. Umgekehrt sind die langfristig Arbeitslosen in den Beständen des Stichtags in der Größe überrepräsentiert.
3. Eine weitere Überschätzung der Arbeitslosigkeitsdauer ergibt sich aus einer deutschen Besonderheit in der Erfassungskonzeption der bisherigen Dauer:

"...geht man in der BA vom Zeitpunkt der erstmaligen Arbeitslosenmeldung aus, die einer Nichtarbeitslosigkeitsperiode von mindestens 13 Wochen folgt. Personen, die mehrere kurzfristige Beschäftigungsperioden oder auch andere Arten der Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit (z.B. Schulbesuch, Tätigkeit als Hausfrau, Krankheit) zwischen erster und letzter Arbeitslosmeldung aufweisen, erscheinen somit in der offiziellen Statistik tendenziell als Langfrist-arbeitslose, obwohl es sich überwiegend um kurzfristige Arbeitslose mit instabilen Beschäftigungsverhältnissen handelt" (EGLE 1978, S. 7).

Aus den unterschiedlichen Strukturen für Bestände an Arbeitslosen einerseits und Abgängern aus Arbeitslosigkeit andererseits ergibt sich also die Notwendigkeit getrennter Informationen für diese Aussageeinheiten. Dementsprechend muß zwischen der bisherigen Arbeitslosigkeitsdauer bis zu einem Stichtag und der abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsdauer, die auf die Abgänger aus Arbeitslosigkeit bezogen ist, unterschieden werden.

Größenmäßig übertrifft die durchschnittliche Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit aufgrund der Überrepräsentation von Dauerarbeitslosen in den Beständen stets die durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen Arbeitslosigkeit:

Für 1977 ergibt sich z.B. eine bisherige Dauer von 7,9 Monaten, dagegen eine abgeschlossene Dauer von nur 3,5 Monaten (ebd., S. 8).

Mit den beiden Meßgrößen werden die verschiedenen Dimensionen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit in einem Querschnitt deutlich (vgl. 2.5.1.):

Die relativ hohe durchschnittliche Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit (die wegen Punkt 1 noch unterschätzt wird) weist auf die Wiedereingliederungsprobleme besonderer Personengruppen hin, die aber nicht die Mehrzahl aller betroffenen Erwerbslosen ausmachen. Dagegen macht die dazu relativ kurze abgeschlossene durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer aller Arbeitslosen, die über Abgängerstichproben ermittelt wird, wie die dynamische Perspektive insgesamt deutlich, daß auch in der Millionenerwerbslosigkeit der späten 70er Jahre die kurzfristige Such- und Fluktuationserwerbslosigkeit dominiert.

Allerdings sind diese Durchschnittszahlen in zweierlei Hinsicht beschränkt aussagefähig:

1. Der Durchschnittswert in beiden Berechnungsmethoden gibt die Anteile der kurzfristigen und langfristigen Erwerbslosigkeit, also die Streuung der Bestands- bzw. Abgangsmassen nach ihrer Verweildauer, nicht wieder.

So betrug für Personen, deren Arbeitslosigkeit im Mai/Juni 1982 endete, die durchschnittliche abgeschlossene Dauer 6 Monate (alle Zahlen nach ANBA 1983/3/S. 165).

Dabei betrug der Anteil der Kurzzeit-Arbeitslosen in den Abgängen 37,6%, der Anteil der Dauer-Arbeitslosen 9,3% (eig. Ber. nach ebd., S. 166).

Diese Daten stützen den in 2.5.1. gefällten Befund, daß ein erheblicher Teil (über ein Drittel) der insgesamt betroffenen Erwerbslosen auch in der 3. Phase nur kurzfristig aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossen war.

Im Gegensatz dazu waren Ende September 1982 in den Arbeitslosenbeständen (bisher zurückgelegte Dauer) die Dauerarbeitslosen mit 21,3% stark überrepräsentiert, was auf die Strukturalisierungsprozesse zu Lasten bestimmter Personengruppen verweist.

Unter den Abgängern aus Arbeitslosigkeit waren ausgebildete Arbeitnehmer gegenüber den beruflich unqualifizierten mehr in der Lage, die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit kürzer zu halten: Sie waren durchschnittlich nur 5,5 Monate arbeitslos, unter 20-Jährige sogar nur 4,5 Monate.

Letzteres relativiert die vielfach in der öffentlichen Diskussion erhobene Behauptung von einer Dauerarbeitslosigkeit von Jugendlichen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn. Die kurze Dauer kann möglicherweise auf die vorsorgliche Arbeitslosmeldung von Schulabgängern zurückgehen, die schon eine Lehrstelle in Aussicht haben.

Bei den Dauerarbeitslosen (bisher zurückgelegte Dauer) konzentrieren sich dagegen die Personengruppen mit den Risikofaktoren für Arbeitslosigkeit.

2. Aufschlußreich für die hier zentrale Zeitreihenanalyse ist auch die starke Variation der Dauer der Arbeitslosigkeit (nach beiden Berechnungsmethoden) während der Phasen der Beschäftigungskrise.

Bereits in 2.5.1. wurde ja anhand des Verhältnisses von Gesamtbetroffenheit und Bestandszahlen an Arbeitslosen auf den Wandel der qualitativen Zusammensetzung der Erwerbslosigkeit hingewiesen. Der Anteil kurzfristiger Such- und Fluktuations-Erwerbslosigkeit sank besonders in der 3. Phase stark ab. Dieser Befund wird auch durch die Zeitreihen für die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit gestützt.

Zunächst sei dies an der Entwicklung der bisher zurückgelegten Dauer der Arbeitslosigkeit für die Bestände an Arbeitslosen gezeigt.

Tab. 12: Entwicklung der durchschnittlichen, bisher zurückgelegten Arbeitslosigkeitsdauer des Bestandes an Arbeitslosen von Ende September 1973 bis Ende September 1982. In Monaten. (100)

Ende September

1973	5,0
1974	4,5
1975	6,0
1976	7,4
1977	7,9
1978	8,6
1979	8,3
1980	7,6
1981	7,4
1982	8,5

Eine ähnliche Zunahme im Zeitverlauf, insbes. in der 2. und 3. Phase zeigt die durchschnittliche abgeschlossene Dauer.

Tab. 13: Entwicklung der durchschnittlichen abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit zum jeweils angegebenen Zeitpunkt der Abgänger aus Arbeitslosigkeit. In Monaten. (101)

Anfang der 70er Jahre (102)	2
Durchschnitt der Jahre	
1974 (103)	2,5
1976	3,7
1977	3,5
1979	3,4
Mai 1982 (104)	6,0
Mai 1983 (105)	7,2

(100) Nach ANBA 1983/3/S. 165. Auf die Überschätzung der durchschnittlichen Dauer durch die konzeptuellen Schwächen der deutschen Arbeitsmarktstatistik wurde oben (Pkt. 3) hingewiesen. Für 1977 wurde bspw. der Anteil der kurzfristig Arbeitslosen an dem Gesamtbestand Ende Sept. mit 41,5% um 6,6% zu gering eingeschätzt. Vgl. EGLE 1977, S. 7.

(101) Für diese Zeitreihe waren nur Punkt-Informationen aus verschiedenen Quellen verfügbar. Bis 1980 waren Informationen nur aus Abgänger-Stichproben erhältlich, da erst seitdem von der BA eine regelmäßige Strukturanalyse der Abgänger vorgenommen wird. Jedoch stellen auch diese Untersuchungen für Ende Mai 1982 und 1983 nur Stichprobenerhebungen gemessen an allen Bewegungsvorgängen während des Jahres dar.

FN 102 bis 104 siehe nächste Seite.

Auffällig bei beiden, auf verschiedenen Konzeptualisierungen beruhenden Zeitreihen ist die jeweils nur kurz unterbrochene Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit seit Einbruch der Beschäftigungskrise und mit ihrem Verlauf.

Dies läßt sich mit dem wachsenden Anteil von Dauerarbeitslosen und dem niedriger werdenden von Kurzarbeitslosen erklären. So nahm nach der bisher zurückgelegten Dauer vom September 1975 bis September 1982 der absolute Umfang der 1-2 Jahre Arbeitslosen um 229%, der über 2 Jahre Arbeitslosen gar um 760% zu, während der Gesamtbestand an Arbeitslosen nur um 81% stieg und die Arbeitslosen unter 1 Monat sogar nur um 32% zunahmen (nach ANBA 1983/3/S. 165).

Besonders im Zeitraum September 1981 bis September 1982 kam es zu einer zunehmend stärkeren Besetzung der Kategorien von Dauer-, d.h. schwer vermittelbaren Arbeitslosen (Zunahme von 90% geg. dem Vj.).

Bemerkenswert ist auch, daß in der Aufschwungphase am Arbeitsmarkt 1977-1980 (vgl. 2.3.1.2.) die durchschnittliche Dauer der zurückgelegten Arbeitslosigkeit auffällig höher als beispielsweise im Jahr des Einbruchs am Arbeitsmarkt 1975 war. Diese zweite Phase wird also durch die höheren Anteile von schwer vermittelbaren Arbeitslosen an den gesamten Beständen charakterisiert. Offenbar fallen gerade in einer Phase wieder zunehmender Erwerbstätigkeit die Strukturalisierungs- und Marginalisierungsprozesse zu Lasten bestimmter Erwerbspersonengruppen (vgl. 1.4.2.) stärker ins Gewicht. Dadurch bleiben diese länger im Bestand.

In der gleichen Phase ab 1976-1979, in der die durchschnittliche bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit der Bestände aus diesem Grund anstiegt, geht die durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen Arbeitslosigkeit aufgrund der nur in den Abgängern adäquat repräsentierten Such- und Fluktuations-Erwerbslosen leicht zurück.

(102) Nach einer Schätzung in BACH et al. 1983b, S. 343.

(103) Zahl für 1974 und 1979 nach einer Schätzung in: SVR 1979, S. 64; für 1976 und 1977 nach EGLE 1978, S. 8.

(104) Zahl für 1982 nach BACH et al. 1983b, S. 343, für 1983 Schätzung nach KARR 1983, S. 279.

Insbesondere in der 3. Phase ab 1980 spiegeln sich die höheren Anteile von Dauerarbeitslosen aber auch in der aus o.g. Gründen aussagekräftigeren Zeitreihe für die durchschnittliche abgeschlossene Dauer für alle Abgänger wieder.

Dieser empirische Befund der zunehmenden durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit, die bei relativ rückläufigen, seit 1981 auch absolut stagnierenden Neu-Zugängen in Arbeitslosigkeit (vgl. Tab. 11, Schaubild 10 und 2.5. 1.) für die hohen und wachsenden Arbeitslosenbestände vorrangig verantwortlich ist - bes. für die letzten 2 Jahre - kann auch noch anders plausibel interpretiert werden.

Offenbar ist dafür auch neben dem o.g. Faktor ein verändertes Verhalten der Erwerbslosen bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung maßgeblich. Im Mai 1983 hatte nur noch jeder 10. innerhalb eines Monats einen Arbeitsplatz gefunden, jeder 7. hatte länger als ein Jahr warten müssen (vgl. SVR 1983, S. 63) und die durchschnittliche Dauer einer abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsphase betrug 7,2 Monate (105).

Im Verlauf der Beschäftigungskrise hat sich also die durchschnittliche Suchzeit der Arbeitslosen 1983 gegenüber 1974 ungefähr verdreifacht (s. Tab. 13) und damit wesentlich zu den steigenden Arbeitslosenbeständen der Jahre 1982 und 1983 beigetragen. Der Anteil der Erwerbslosigkeit, der auf Strukturdiskrepanzen zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage zurückgeht, die eine rasche Wiedereingliederung verhindern, dürfte deshalb besonders in den letzten beiden Jah-

(105) Diese Angaben beziehen sich auf alle Abgänger, von denen ca. 2/3 in eine Beschäftigung überwechselten (ANBA 1983/3/S. 166). Unter den wieder in das Erwerbsleben Eingegliederten lag die durchschnittliche abgeschlossene Arbeitslosigkeitsdauer niedriger, was aus der Überrepräsentation der Kurzzeit-Arbeitslosen (43,1% geg. 37,6%) und der Unterrepräsentation der Dauerarbeitslosen (5,0% geg. 9,3%) relativ zur Grundgesamtheit aller Abgänger hier von Mai/Juni 1982 resultiert. (Eig. Ber. nach ebd.)

ren einen großen Teil der Erwerbslosigkeit ausmachen. Zu einem Teil dürften diese Strukturdisparitäten auf ein gestiegenes Anspruchsniveau bei der Beschäftigungssuche der Arbeitslosen zurückgehen, das noch während der Erwerbstätigkeit bei ungestörter Arbeitsmarktentwicklung aufgebaut wurde, und damit auf die Form "anomalistischer Arbeitslosigkeit" (vgl. 1.4.2.) hinweisen.

Einen kleinen Ausschnitt aus diesem "freiwillig" erwerbslosen Personenkreis erfaßt die Arbeitsamtstatistik mit den Leistungsempfängern, denen wegen Ablehnung einer angebotenen zumutbaren Arbeit die Unterstützung gesperrt wurde. Ihr Anteil am gesamten durchschnittlichen Arbeitslosenbestand betrug 1982 2,3% (ebd.).

Daß ein großer Teil der Erwerbslosigkeit in der 3. Phase auf Fehlleistungen des Beschäftigungssystems zurückgeht, von denen einige Entstehungsbedingungen in Kap. 3 analysiert werden, wird damit auf der anderen Seite nicht bestritten.

3. Die Entwicklung von Niveau und Struktur der Erwerbsarbeit im Strukturwandel der sozialen Arbeitsteilung 1973-1983. Fehlleistungen im Beschäftigungssystem als mögliche Einflußfaktoren für die Entstehung der Erwerbslosigkeit

3.1. Die tatsächlich geleistete Erwerbsarbeitszeit

3.1.1. Der Rückgang der Erwerbsarbeitszeit als deskriptiver Indikator für die Produktivität der Erwerbsarbeit und Verschiebungen innerhalb der sozialen Arbeitsteilung

An die Beschreibung des Niveaus - Ungleichgewichts im formellen Beschäftigungssystem zwischen den Aggregaten: Erwerbstätigkeit (Nachfrage nach Erwerbsarbeit) und Angebot an Erwerbsarbeit schließt sich in diesem und im letzten Kapitel die Disaggregation dieser Größen, d.h. die Beschreibung der Entwicklung von deren Struktur an.

Der qualitative Wandel in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der Bundesrepublik, insbes. die wechselnde Verteilung von Arbeiten zwischen formellen und informellen Bereichen, deren statistisch verzerrter Ausdruck die "registrierte Arbeitslosigkeit" oft ist, wird nämlich erst dann näher faßbar, wenn die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach zusätzlichen Strukturmerkmalen beschrieben ist.

Ein zentraler deskriptiver Indikator für die Kennzeichnung dieser qualitativen Veränderungen der Arbeit wird hier in der Entwicklung der Arbeitszeit gesehen, die in der registrierten Erwerbstätigkeit abgeleistet wird. Mit ihm können empirische Hinweise darauf gewonnen werden, inwieweit in der letzten Dekade Verschiebungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen institutionalisierten und informellen Bereichen der Arbeit stattgefunden haben. Arbeitszeitverkürzungen bedeuten nämlich in vielen Fällen nicht einfach, daß dieselbe Arbeitsaufgabe jetzt mit produktiveren Methoden sachgerecht in kürzerer Zeit erledigt werden kann, sondern können vielmehr auf eine sachlich ungenügende Aufgabenerfüllung verweisen - legt man die prinzipiellen Überlegungen zur Aufgabenorientierung in der Arbeit zugrunde (vgl. S. 42). Die des öfteren

angeführte Kompensation der gesunkenen Arbeitszeit durch den "induzierten Produktivitätseffekt" könnte bei Unterschreitung einer gewissen Minimalgrenze nicht mehr eintreten bzw. in ihr Gegenteil umschlagen (vgl. 3.1.2.). Die Konsequenz davon wäre aber einerseits die Vernichtung des nachfragewirksamen Bedürfnisses für das Produkt der Erwerbsarbeit. Andererseits würde an die Stelle der Erwerbsarbeit, da die soziale Notwendigkeit der Arbeitsaufgabe ja weiterhin erhalten bleibt, erzwungenermaßen zusätzliche Arbeit im informellen Bereich jenseits der Erwerbstätigkeit treten. Der Zuwachs an Erwerbslosigkeit wäre dann ein statistischer Reflex auf eine Verschiebung von bezahlter auf unbezahlte Arbeit.

Allerdings können die hier verwendeten amtlichen statistischen Erhebungsmethoden der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit durch den Mikrozensus (MZ) und die Beschäftigtenstatistik die tatsächlich produktiv verwendete Zeit in der Erwerbstätigkeit nicht direkt und unverzerrt wiedergeben. Denn auch die Ermittlung der effektiven Wochen- oder Jahresarbeitszeit je beschäftigten Arbeitnehmer auf Grundlage der Beschäftigtenstatistik bzw. ergänzender Teilstatistiken des Erwerbslebens (1) und der "von den Erwerbstätigen durchschnittlich in der Berichtswoche tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden" durch den MZ hebt zwar auf den Unterschied zwischen normativer und faktisch am Arbeitsplatz zugebrachten Arbeitszeit, aber noch nicht darauf ab, wieweit diese Arbeitsstunden tatsächlich mit produktiver Arbeit oder z.T. mit "heimlicher Freizeit" während der Arbeitszeit gefüllt waren. Die dort erfaßten krankheitsbedingten Ausfallstunden stellen jedenfalls nur einen Ausschnitt aus dem tatsächlichen Absentismus innerhalb der Erwerbstätigkeit dar (vgl. 3.1.1.4.). Auf diese qualitative Dimension der Arbeitszeit, die in der tatsächlichen Dichte der Arbeit während der am Arbeitsplatz zugebrachten Zeit besteht, wird in 3.3.2. eigens eingegangen.

(1) Einen Überblick über die in der Bundesrepublik verwendeten Statistiken mit Angaben über Arbeitszeiten der Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten, von denen hier die wichtigsten ausgewählt wurden, gibt Übersicht 3 in WiSta 1984/2/Sonderdruck/S. 18.

Ebenfalls nicht durch die hier verwendeten Erhebungskonzepte meßbar ist die subjektiv empfundene Dauer der Arbeit, die sich von der objektiven Länge der Arbeitszeit ablösen kann. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die damit verbundenen qualitativen Veränderungen innerhalb der Arbeit kann die stundenmäßig verkürzte Arbeit gleichwohl als länger empfunden werden und mehr psychosomatische Belastungen hervorrufen als die "objektiv" längere.

Die hier gewählte Perspektive, unter der die Arbeitszeit interessiert, richtet sich also auf die Aufteilung des gesellschaftlichen Zeitpotentials auf den Verwendungsber eich der institutionalisierten Arbeit und nicht auf die Aufteilung des knappen Guts Zeit zwischen alternativen Verwendungen aus der Perspektive des Individuums (2). Für die zuletzt genannte Perspektive sind eher rollentheoretische Ansätze bei der Analyse der Verwendung des Zeitbudgets geeignet.

Demgegenüber interessieren nach der oben umrissenen Fragestellung hier zunächst die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, die von allen Erwerbstätigen im Zeitraum seit 1973 aufgewendet wurden. Für die Aussageeinheiten: Erwerbstätige insges. bzw. beschäftigte Arbeitnehmer gibt es dabei charakteristische Differenzen, die getrennte Informationen für beide Grundgesamtheiten nötig machen.

3.1.1.1. Bestimmungsgrößen der tatsächlichen Arbeitszeit der beschäftigten Arbeitnehmer. Normative und faktische Arbeitszeit

Die wöchentliche, jährliche und während des ganzen Erwerbslebens geleistete Arbeitszeit der Beschäftigten ist von einem Geflecht unter-

(2) Eine solche Sichtweise wird von den Modellen des Arbeitsangebots in der VWL eingenommen, die die Menge an angebotener Erwerbsarbeitszeit "berechnen" wollen. Die dort zugrundegelegte Dichotomie einer Wahlentscheidung zwischen den Alternativen Arbeitszeit oder Freizeit geht allerdings an der Auflösung dieser Dichotomie in der gesellschaftlichen Praxis vorbei (vgl. S. 3) - einmal abgesehen davon, das die totale Wahlfreiheit bei der institutionalisierten Festlegung der Arbeitszeit eine unrealistische Modellannahme ist.

schiedlicher normativer Regelungen mit verschieden starker Verbindlichkeit geregelt, die die aufgabenorientierte flexible Zeitverwendung bei der Arbeit stark einengen.

Vom Gesetzgeber festgelegt ist ein bestimmter Rahmen für die Lebensarbeitszeit (3) durch die Schulpflicht sowie durch die Altersgrenze von 65 bei Männern und 62 bei Frauen für die Bezugsberechtigung von Altersruhegeld. Mit der flexiblen Altersgrenze und der vor kurzem beschlossenen Möglichkeit des Vor-Ruhestands für 58-Jährige eröffnet er individuelle Wahlmöglichkeiten für den Abschluß der Beschäftigung im Lebenslauf. Auch bzgl. der Wochen- und Tagesarbeitszeit der abhängigen Arbeitnehmer gibt der Staat mit Arbeitszeit- und Gewerbeordnung nur einen relativ weit gefaßten Rahmen vor. Zur Zeit gilt immer noch dies aus dem Jahr 1938 stammende AZO, die eine 48-Stunden-Woche festschreibt - eine Norm, die von der faktischen Arbeitszeit längst ausgehöhlt ist.

Ausgestaltet und weiter eingeengt wird der gesetzliche Rahmen v.a. durch Regelungen der Tarifparteien bes. über die wöchentliche Arbeitszeit und den Jahresurlaub. Solche kollektiv für Millionen von Beschäftigten geltenden Vereinbarungen werden nach den normativen Vorstellungen der Massenorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände festgesetzt, die solche Regelungen vielfach als strategische Positionen ihres Interesseneinflusses behaupten wollen, und abstrahieren damit von individuellen Interessenlagen und Arbeitszeitoptionen. Dies gilt sowohl in bezug auf die Beschäftigten als auch auf die in den Arbeitgeberverbänden oft ungleich repräsentierten Klein- und

(3) Der Anteil der Verringerung der Lebensarbeitszeit am Rückgang des gesamten Arbeitsvolumens in der letzten Dekade wird unter 4.2. analysiert, da sie auf die Anzahl der insgesamt Erwerbsarbeit Suchenden wirkt, während hier nur die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen und ihre Veränderungen Gegenstand sind.

Mittelbetriebe unterschiedlicher Branchen (4).

Die tariflichen Vorgaben einer standardisierten und immer kürzeren Arbeitszeit bestimmen zu einem wesentlichen Anteil das Arbeitsmuster der abhängigen Erwerbsarbeit (vgl. 1.3.): Die Aufgabenorientierung der Arbeit kann so mit einer standardisierten, für Millionen von Individuen und Tausende von Betrieben gültigen Arbeitszeit in Konflikt geraten. Eine Feinabstimmung des Arbeitseinsatzes auf die geforderte Aufgabe, sowohl hinsichtlich Qualität als auch Quantität, ist dadurch oft nicht möglich.

Auf der anderen Seite dürfte eine stärkere Normierung der Arbeitszeit für die Gruppe der ausführend Arbeitenden vom Organisationsziel her geboten sein, was Schranken für eine weitere Arbeitszeitflexibilisierung setzt: Nach der Untersuchung von HEINZE et al. 1982 sind flexible, selbstbestimmte Muster der Zeitverwendung v.a. im

-
- (4) Die in der diesjährigen Tarifrunde verhandelten Vorschläge zur Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit sind ein Zeichen für einen Wandel in diesem Bereich. Inwiefern die in der diesjährigen gewerkschaftlichen Kampagne verfolgte Verknappung des Erwerbsarbeits-Volumens durch die 35-Stunden-Woche, die der Flexibilisierung entgegengesetzt ist, den tatsächlich heterogenen Präferenzen der Beschäftigten entspricht, soll hier nicht näher diskutiert werden. Aus neueren, methodisch abgesicherten Repräsentativbefragungen geht allerdings hervor, daß die aktuellen Streiks durch die IG-Metall und die IG-Druck und Papier zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche an den dominanten Arbeitszeit-Präferenzen der von ihnen "Vertretenen vorbeigehen" (vgl. BRINKMANN Chr. 1983, S. 106 ff. und WSI-Mitt. 1983/10). Diese Befunde sprechen damit ebenfalls für die hier vertretene These einer weiterhin vorliegenden Zentralität der Beschäftigungsorientierung im Rollenset der Erwerbstätigen im Gegensatz zu der vielfach behaupteten Freizeit-Orientierung. Nach einer Untersuchung der Universität Bielefeld von 1981 (nach ebd., S. 107) hatten 11% der befragten vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer Präferenzen für längere Arbeitszeiten als 40 Stunden, und nur 20% der befragten Arbeitnehmer ließen bei der realistischen Frageformulierung, die den Einkommensverzicht bei kürzerer Arbeitszeit mit einbezog, den Wunsch nach Wochenarbeitszeitverkürzung erkennen (WIESENTHAL et al. 1983, S. 586).

oberen Bereich der Betriebshierarchie verbreitet, weil sich hier das Organisationsziel auf Identifikation und Loyalität der leitenden Angestellten stützen kann (vgl. 3.1.3.). Dagegen stellt die relativ starre Zeitnormierung für den unteren Statusbereich der abhängig Beschäftigten eine Form dar, wie der Betrieb sich in Reaktion auf die fragliche Aufgabenidentifizierung Kontrollmöglichkeiten in bezug auf die Arbeitsvorgänge eröffnet. Wieweit diese zeitliche Kontrolle in bezug auf die tatsächlich produktiv geleistete Arbeitszeit tatsächlich stattfindet, ist jedoch eine andere Frage.

Im Rahmen der durch tarifliche Vereinbarungen festgelegten Norm der "Regelarbeitszeit" ("tarifliche Vorgaben") können die Arbeitsplatz- und Arbeitsanbieter die tatsächliche Arbeitszeit durch Überstunden oder Kurzarbeit variieren und den jeweiligen Arbeitserfordernissen bzw. Mehrarbeitspräferenzen der Arbeitnehmer anpassen.

Die tatsächliche Arbeitszeit der Beschäftigten ergibt sich, wenn man von den tariflichen Vorgaben der Arbeitszeit (einschließlich der Mehrarbeitsstunden) die Ausfallzeiten durch Krankenstand sowie durch Schlechtwetter, Arbeitskampf und Teilzeitarbeit abzieht. Die aus verschiedenen Gründen verursachten Ausfallzeiten sind also für die Diskrepanz zwischen normativer und faktischer Arbeitszeit verantwortlich. Ihr Ausmaß ist daher ein Indikator für die Anomie in diesem Bereich.

Diese in Tab. 14 ausgewiesenen Ausfallzeiten aus der kalendarisch möglichen Jahresarbeitszeit sind dabei nicht identisch mit den später eigens untersuchten individuellen Fehlzeiten, die im Gegensatz zu den staatlichen und tariflichen Normierungen und zu Ausfallzeiten aus betrieblichen Gründen z.B. aufgrund von Schlechtwetter unmittelbar durch individuelle Handlungsmotivationen bzw. Arbeitsunfähigkeit bedingt sind. Für letztere schlägt SALOWSKY von Institut der Deutschen Wirtschaft 1983 folgende Definition vor:

"Individuelle Fehlzeiten sind definiert als Abwesenheit vom Arbeitsplatz, die weder durch gesetzliche (Feiertage) noch durch tarifliche (Urlaub) oder konjunkturelle Gegebenheiten (Kurzarbeit) begründet werden kann. Sie werden verursacht durch Krankheit, Kur, Unfallfolgen, Mutterschutzfristen, Sonderurlaub sowie - allgemein - durch entschuldigtes und unentschuldigtes Fehlen".

Über die so definierten individuellen Fehlzeiten wird in der Bundesrepublik im Unterschied zu anderen Ländern keine amtliche Statistik geführt. Zwar machen die Ausfallzeiten wegen Krankheit den größten Anteil (80%) der Fehlzeiten am Arbeitsplatz aus; sie sind folglich in Spalte 4 von Tab. 14 erfaßt. Inwiefern Ausfallzeiten wegen Kur, Unfallfolgen und Mutterschutz im so registrierten Krankenstand von Tab. 14 mitenthalten sind, hängt von deren nicht einheitlichen normativen Behandlung ab. Pro tanto reduzieren die restlichen 20% Fehlzeiten auch die in Spalte 6 von Tab. 14 ausgewiesenen Mehrarbeitsstunden und verzerren damit das statistische Bild der tatsächlichen Überstunden. Der Anteil der Fehlzeiten wegen "Fehlens" an den gesamten Fehlzeiten (5%) dagegen dürfte in der amtlichen Arbeitszeit-Statistik wahrscheinlich gar nicht auftauchen, weil er informell im Betrieb behandelt wird.

3.1.1.2. Der Rückgang der tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitszeit der Beschäftigten seit 1973: Wachsende Diskrepanz zwischen Norm und faktischer Arbeitszeit

Die tatsächliche, für den Zeitraum eines Jahres ermittelte Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer (in der Gesamtwirtschaft), die i.F. für den Zeitraum 1973-1983 ausgewiesen werden soll, setzt sich also aus den verschiedensten institutionellen und Verhaltenskomponenten der Wirtschaftssubjekte zusammen, deren relatives Gewicht an der seit drei Jahrzehnten festzustellenden globalen Arbeitszeitverkürzung unterschiedlich ist.

Tab. 14: Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle abhängigen Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1973-1983 im Vergleich zu 1960 (5)

Jahre	Tarifliche Vorgaben:				Krankenstand in Arbeits- stunden	krank- standsbe- stehende reiniqne Jahresar- beitszeit	Mehrarbeits- stunden* pro Woche	Ausfallstunden durch				Teil- zeit- effekt	Summe	Tatsäch- liche jährli- chen Ar- beits- zeit**	Verän- derung der tat. Arbeits- zeit täglich bereinigt
	tarif- licher Jahres- urlaub	tarif- liche Arbeits- zeit	3	4				5	6	7	8				
Spalte	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	in % geg. Vorjahr		
1960	44,56	15,52	2123,83	115,14	2008,69	2,10	0,09	5,17	0,01	20,05	25,33	2078,3	-		
1973	40,91	23,04	1852,99	115,91	1737,08	2,99	0,90	9,24	0,19	53,53	63,87	1800,2	- 1,2		
1974	40,74	23,68	1831,88	111,43	1720,45	2,73	5,99	5,19	0,38	52,53	64,09	1771,6	- 1,2		
1975	40,33	24,28	1810,89	100,44	1710,46	2,34	18,71	4,92	0,03	54,47	78,13	1731,5	- 2,4		
1976	40,25	24,73	1838,54	106,41	1732,13	2,41	6,04	8,00	0,19	55,08	69,31	1766,5	- 0,3		
1977	40,23	25,23	1818,33	105,13	1713,19	2,25	4,89	6,99	0,01	58,85	70,75	1738,0	- 0,8		
1978	40,19	25,92	1802,84	109,14	1693,70	2,21	3,89	9,37	1,47	58,07	72,82	1714,0	- 1,8		
1979	40,16	26,66	1789,65	113,58	1676,07	2,25	1,90	12,01	0,17	59,07	73,14	1696,9	- 0,7		
1980	40,13	27,33	1789,36	115,24	1674,12	2,00	3,24	9,79	0,05	58,88	71,95	1685,4	- 1,0		
1981	40,10	27,98	1779,61	108,71	1670,95	1,89	7,41	12,53	0,02	60,99	80,95	1668,8	- 1,2		
1982(1)	40,07	29,00	1779,90	95,81	1684,07	1,64	15,90	6,97	0,01	62,00	84,88	1668,3	- 0,5		
1983(2)	40,04	29,30	1775,37	86,22	1690,15	1,51	18,20	6,00	-	64,70	88,90	1665,0	- 0,2		

1) vorläufig 2) Schätzung

* über die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit unter Berücksichtigung der nicht in den Spalten ausgewiesene Ausfallzeiten.

** geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

(5) Zahlen nach BACH et al. 1983 b, S. 341

Anschaulicher als die tatsächliche jährliche Arbeitszeit, bes. im Kontext der aktuellen Diskussion um die 35-Stunden-Woche, ist die auf eine Woche umgerechnete durchschnittliche effektive Arbeitszeit. Die Zahlen dafür ergeben sich nach eigenen Berechnungen aus der tatsächlichen jährlichen Arbeitszeit (vorletzte Spalte) dividiert durch die kalendarisch möglichen 52,43 Wochen.

Tab. 15: Durchschnittliche effektive Wochenarbeitszeit für alle abhängigen Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1973 bis 1983 im Vergleich zu 1960. In Stunden

1960	39,6
1973	34,3
1974	33,8
1975	33,0
1976	33,7
1977	33,1
1978	32,7
1979	32,4
1980	32,1
1981	31,8
1982	31,8
1983	31,8

Von 1960 bis 1983 ist also die tatsächliche durchschnittliche Jahresarbeitszeit für alle abhängig beschäftigten Arbeitnehmer - die wichtigste Gruppe unter den Erwerbstätigen - um 1/5, d.i. 413 Std. zurückgegangen; im 10-Jahreszeitraum 1973 bis 1983 um 7,5%, d.i. 135 Stunden. Besonders drastisch war der Rückgang der effektiven jährlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten im Jahr 1975 mit rd. 40 Stunden, davon 21 Stunden durch tarifliche Veränderungen. Das IAB sieht in diesem Rückgang 1975 eine wichtige Entlastungswirkung auf die sonst noch weiter steigende Zahl von Arbeitslosen: Statt 1 Mio. wären damals - rein rechnerisch bei gleichbleibender Arbeitszeit (vgl. nächsten Abschnitt) - 1,3 Mio. erwerbslos geworden (KÜHLEWIND 1983, S. 15).

Im gesamten Zeitraum der Beschäftigungskrise ging die Erwerbslosigkeit also im Durchschnitt jährlich um 1% zurück. Diese jahresdurchschnittliche Veränderungsrate entspricht dem Trend seit 1950: Im Vierteljahrhundert danach betrug die jährliche Abnahme der effektiven Arbeitszeit 0,9% (KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977, S. 47).

Die effektive durchschnittliche Wochenarbeitszeit hat sich so von der Norm des 40-Stunden-Standards, der seit 1966/67 für die meisten Wirtschaftsbranchen gültig ist (SVR 1983, S. 76) immer weiter abgelöst. Daß sie seit 1981 bis in das Jahr 1983 nur noch 31,8 Wochenstunden betrug, ist ein Aspekt, der in der aktuellen Diskussion um die 35-Stunden-Woche bisher kaum Beachtung fand. Die Norm der 40-Stunden-Woche wird durch die laufende Überschreitung durch Mehrarbeitsstunden und Unterschreitung durch entgegengesetzte Ausfalleffekte so immer mehr als Maß der Arbeit entwertet.

Welche Auswirkungen auf die Verbindlichkeit von Normen und auf die Arbeitsorientierung die wachsende Diskrepanz zwischen Norm und faktischer Arbeitszeit hat und ob - wie nach DURKHEIM zu erwarten wäre - Tendenzen zur Anomie und damit zur Auflösung organischer Solidarität eintreten können, ist mit diesem empirischen Befund allerdings nicht hinreichend zu klären.

Seit Beginn der Beschäftigungskrise hat das Gewicht der tariflichen Komponente an der Verkürzung der gesamten Arbeitszeit deutlich abgenommen: Die tarifliche Wochenarbeitszeit verringerte sich nur noch wenig um rund 0,9 Stunden im Vergleich zu 3,65 Stunden Abnahme im Zeitraum 1960-1973. Seit 1979 kam die Reduzierung der durchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit praktisch zum Stillstand (Veränderungsrate pro Jahr 1974-1980: -0,6%; 1980-1982: -0,2%).

1983 hatten sich nahezu alle Wirtschaftszweige an eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden angepaßt.

Seit 1870 wurde damit die reguläre Wochenarbeitszeit um rd. die Hälfte gesenkt (1870: 78 Stunden nach: BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 203).

Deutlicher fällt innerhalb der tariflichen Komponente der Arbeitszeit die Verlängerung des Jahresurlaubs um rd. 6,5 Tage aus, so daß fast allen Arbeitnehmern 1983 ein sechswöchiger Jahresurlaub zustand. Zum Vergleich: Im Jahr 1982 betrug der durchschnittliche Jahresurlaub der japanischen Beschäftigten 8,6 Urlaubstage im Vergleich zu 29 Urlaubstagen der deutschen Arbeitnehmer (zit. nach NÜRNBERGER NACHRICHTEN vom 8./9. Januar 1983).

Diese beiden Effekte zusammengekommen, erreichten die Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren eine Senkung der tariflichen Jahresurlaubszeit von 1853 auf 1775 Stunden (vgl. Tab. 14).

Stark an der Reduzierung der effektiven jährlichen Arbeitszeit beteiligt war auch der Rückgang an Überstunden (vgl. FN zu Tab. 14): So wurden 1973 noch durchschnittlich 3 Stunden pro Woche von jedem Arbeitnehmer über die tarifliche Wochenarbeitszeit hinaus gearbeitet; bis 1983 gingen die Überstunden auf die Hälfte zurück. Immerhin leistete auch noch 1983 durchschnittlich jeder Arbeitnehmer freiwillig über die tariflichen Vorgaben hinaus 64 Stunden als Mehrarbeit ab. Bei insges. 21,856 Mio. Arbeitnehmern (s. Tab. 6) ergibt das eine Summe an Stunden, die - die qualitative Dimension einer Umverteilung unberücksichtigt und eine effektive wöchentliche Arbeitszeit von 31,8 Stunden zugrundegelegt - für 837.000 Arbeitsplätze für nicht Beschäftigte, also für rd. 1/3 aller Erwerbslosen, ausreichen würde. D.h.: Trotz des Rückgangs an Mehrarbeits-Stunden seit 1973 belegen die Daten eine Spaltung der Gesellschaft in vom Arbeitsplatz ausgeschlossene Erwerbslose und Arbeitsplatz-Besitzer, die gegenläufig zur Senkung der tariflichen Arbeitszeit freiwillig mehr Zeit im Betrieb verbringen und damit das "Gut" Erwerbsarbeit für sich monopolisieren.

Den Betrieben wird die Anordnung von Überstunden im Vergleich zu einer Neu-Einstellung von Erwerbslosen häufig dadurch nahegelegt, daß der in den 70er Jahren stark ausgebaute Kündigungsschutz (für mindestens 6 Monate in einem Betrieb Beschäftigte) die flexible Anpassung der Personaleinstellung an die Auftragslage nicht zuläßt. So können sozial motivierte gesetzliche und tarifliche Normen, die die Beschäftigung sichern sollen, die unintendierte Folge hervor-

bringen, daß gerade dadurch die Verteilung der Arbeitszeit zwischen Erwerbstätigen und -losen noch ungleichmäßiger erfolgt als vorher.

3.1.1.3. Der Anteil der individuellen Fehlzeiten an der Norm dis- crepanz. Zentrale Einflußgrößen

Der zeitliche Verlauf der Ausfallstunden durch "Krankenstand" (Spalte 4 in Tab. 14), d.h. ihr Rückgang von 116 Stunden im "Vollbeschäftigungsjahr" 1973 um 31 Stunden auf 85 Stunden im Jahr 1983, bes. in der Zeit seit Beginn 1982, und ihr Anstieg in der 2. Phase 1978-1980, zeigt deutlich, wie die Definition von "Krankheit" sich wandelnden gesellschaftlichen Normen unterliegt, so etwa einem veränderten individuellen Gesundheitsbewußtsein (vgl. SALOWSKY 1980, S. 21). So verändern Arbeitnehmer vermutlich im Interesse der Sicherung ihrer Arbeitsplätze bei einer vermuteten stärkeren Arbeitsplatzgefährdung ihre Maßstäbe für Krankmeldungen.

Diese Tendenz zeigt sich auch in einem anderen Indikator: Während im Jahresdurchschnitt 1980 noch 5,7% der Arbeitnehmer von ihren Hausärzten krank geschrieben wurden, sank diese Quote 1982 auf 4,7%. Dadurch veränderte sich auch die gesamtgesellschaftliche Abwesenheitsquote: Tag für Tag waren 250.000 mehr Arbeitnehmer als 2 Jahre zuvor an ihrem Arbeitsplatz (Zahlen nach "DER SPIEGEL" 1982/13.12./S. 67).

Zu dieser Veränderung des Krankenstands hat neben der gewandelten normativen Bewertung von "Krankheit" auch die Verdrängung von gesundheitlich Behinderten aus dem Beschäftigungssystem beigetragen: Ende September 1982 betrug die Zahl der gesundheitlich eingeschränkten Arbeitslosen 384.000 (ANBA 1983)/3/S. 170). In die gleiche Richtung wirkt das verstärkte Ausscheiden von älteren Arbeitnehmern vor Erreichen der Ruhestandsgrenze.

Über die Struktur des Krankenstandes macht die amtliche Statistik keine Angaben. Aus anderen Quellen aus dem Jahr 1978 geht hervor,

daß rund 34% aller Arbeitsunfähigkeitsfälle höchstens eine Woche, weitere 31% maximal 2 Wochen dauern (SALOWSKY 1980, S. 21). Das bedeutet, daß der Arbeitgeber in rund 93% der Fälle die Kosten für die Lohnfortzahlung zu tragen hat.

Nähere Aufschlüsse über die Struktur der individuellen Fehlzeiten im Zeitverlauf seit 1979 und ihre Bedingtheit durch Faktoren wie Branchenzugehörigkeit und Größe der Betriebe, berufliche Stellung und Qualifikation, Geschlecht und Nationalität der Arbeitnehmer, geben die für 1979, 1981 und 1982 vom INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT durchgeführten Repräsentativbefragungen von 265 Unternehmen der privaten Industrie und des Dienstleistungssektors mit rund 20% der dort beschäftigten Arbeitnehmer (vgl. SALOWSKY 1980, S. 19 und INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983b). Dabei ist zu beachten, daß Untersuchungsmethode (unternehmensbezogene Befragung) und Aussageeinheit von der amtlichen Statistik in Tab. 14 differieren: So wurde z.B. der weniger krankheitsbetroffene öffentliche Dienst nicht einbezogen.

Aufgrund der an die internationalen Richtlinien angepaßten Definition (s.o.) ist damit auch ein Vergleich der Fehlzeitenquote (Anteil der Fehlzeiten je Arbeitnehmer) (6) in % an der gesamten Soll-Arbeitszeit (vertraglich vereinbarte Normalzeit - vgl. Spalte 3 in Tab. 14) für verschiedene Industrieländer möglich.

-
- (6) I.F. werden stets Durchschnittswerte für Arbeitnehmer mit bestimmten Merkmalen angegeben. Bei der Interpretation ist wie bei allen Mittelwerten Vorsicht gegeben, da gerade die Fehlzeiten interindividuell stark streuen: Hohe Ausfallzeiten relativ weniger Arbeitnehmer können damit einen allgemeinen Absentismus aller Arbeitnehmer suggerieren, den diese Meßzahl jedoch nicht beinhaltet.

Tab. 16: Fehlzeiten je Arbeitnehmer in Prozent der Sollarbeitszeit
(7)

Ursachen der Abwe- senheit	Bundesrepublik Indu- strie	Indu- strie und Dienst- leist.	Niederlande Industrie und Dienst- leist.	Italien Industrie	Schweden Industrie	USA Industrie u. Dienst- leist.	Japan Industrie u. Dienst- leist
	1979	1979	1979	1978	1978	1978	1977
Krankheit	6,9	6,3		7,09			
Kur	0,4	0,4	10,0		10,7	2,3	0,94
Mutterschaft	0,3	0,3		1,14			
Unfall	0,4	0,3		0,69			0,23
entschuld. Fehlen	0,3	0,3					
unentschuld. Fehlen	0,1	0,1	2,0	1,66	3,1	1,2	0,78
	8,4	7,7	12,0	10,58	13,8	3,5	1,95

Der Höhe der Fehlzeiten entsprechend fiel auch die effektive durchschnittliche Wochenarbeitszeit für diese Länder 1979 höchst unterschiedlich aus. Die Abweichungen des für die Bundesrepublik angegebenen Werts von 31,6 Stunden von 0,8 Stunden von dem in Tab. 15 ausgewiesenen Wert erklärt sich durch die Unterschiede in der Erhebungseinheit und die Nicht-Berücksichtigung der Überstunden in dieser Konzeption.

Tab. 17: Durchschnittliche effektive Wochenarbeitszeit 1979 in verschiedenen Industrieländern (8)

Bundesrepublik Deutschland	31,6
Niederlande	31,3
Italien	31,9
Schweden	30,0
USA	35,0
Japan	38,8

(7) Übernommen aus: SALOWSKY 1980, S. 13, Tab. 1.

(8) Übernommen aus ebd., S. 15.

Im internationalen Vergleich lagen die deutschen Arbeitnehmer damit am unteren Ende: Die japanischen Arbeitnehmer arbeiteten 1979 jährlich rund 400 Stunden, die amerikanischen rund 200 Stunden mehr als die bundesdeutschen.

Aus diesen Daten ist eine starke Streuung in den Fehlzeiten zwischen den ausgewählten Industrieländern ersichtlich: Während in Schweden die durchschnittlichen Fehlzeiten pro Arbeitnehmer 250 Stunden betrugen, gingen in Japan von der Soll-Arbeitszeit nur 40 Stunden verloren. An dieser Stelle soll weder auf Ursachen noch auf eine Bewertung der zugrundeliegenden unterschiedlichen sozialen Absicherung eingegangen werden. Für die Fragestellung meiner Arbeit ist dieser internationale Vergleich allerdings insofern interessant, als im vergleichsweise starken Absentismus deutscher Arbeitnehmer eine Bedingung für internationale Konkurrenz Nachteile der deutschen Wirtschaft bzw. für die zunehmende Arbeitsplatzverlagerung in das Ausland liegen kann.

Für den Zeitverlauf der Fehlzeiten sind Daten aus den o.g. Repräsentativbefragungen der Unternehmen nur für die Jahre 1979, 1981 und 1982, also für die 3. Phase der Beschäftigungskrise verfügbar.

Tab. 18: Entwicklung der jährlichen Fehlzeiten für Arbeitnehmer in Industrie und privaten Dienstleistungssektor von 1979 bis 1982

	in Stunden	In % der Soll-Arbeitszeit
1979 (9)	151	7,7
1981 (10)	133	7,5
1982 (10)	120	7,0

(9) Nach ebd., S. 13 ff.

(10) Nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983b.

Die Tabelle bestätigt den schon anhand des zeitlichen Verlaufs des Krankenstandes vermuteten Befund, daß mit der seit 1978 stark wachsenden Arbeitslosigkeit der Absentismus am Arbeitsplatz zurückging. Allerdings änderte sich dadurch die Stellung im internationalen Vergleich (vgl. Tab. 17) nur wenig.

Im weitem sollen nun die Ausfall-Faktoren, die für die Fehlzeiten mit verantwortlich waren, soweit sie in den zitierten Untersuchungen spezifiziert wurden, nach ihrem Anteil an der Gesamt-Fehlzeit ausgewiesen werden. Daten hierüber liegen nur für die Erhebung im Jahr 1979 vor:

Tab. 19: Ausfallgründe in Prozent der Gesamtfehlzeit nach Betriebsgrößen (1979) (11)

Betriebe mit ...Beschäftigten	10-199	200-999	1000-4999	5000 und mehr
Krankheit	80,9	82,2	81,0	79,6
Kur	6,0	5,3	6,3	5,3
Mutterschaft	4,1	3,7	4,4	4,2
Unfall	6,1	5,0	4,3	5,1
Entschuldigtos Fehlen	2,0	3,3	3,3	4,4
Unentschuldigtes Fehlen	0,9	0,7	0,9	1,4

Der Schwerpunkt der Fehlzeiten liegt also eindeutig im "Krankenstand", wobei dessen Unterscheidung zu "Kur", "Mutterschaft" und "Unfall" oft nicht eindeutig ist.

Immerhin rund 4%, dem entsprechen 6 Stunden pro beschäftigten Arbeitnehmer (Männer und Frauen) betrug 1979 die Fehlzeit aufgrund von Mutterschaftsurlaub; damit fiel dieser Faktor fast ebenso stark aus wie die Unfallfolgen.

(11) Übernommen aus: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983b.

Dies ist eine Dimension der eingeschränkten zeitlichen Verwendbarkeit des Erwerbsarbeitsvermögens von Frauen, die - wenn nicht direkt über die Entlassung der schwangeren Frauen - so doch vermittelt über die Rekrutierungsstrategien von Unternehmen als Reaktion auf den Mutterschutz ein besonderes Erwerbslosigkeitsrisiko für Frauen hervorbringen kann (vgl. 4.4.6.). Die sozialstaatliche Absicherung von werdenden Müttern kann somit die unintendierte soziale Folge eines höheren Erwerbslosigkeits-Risikos der geschützten Personengruppen mit sich bringen.

Auch die gesamten Fehlzeiten waren für Frauen sowohl 1979 als auch 1981 deutlich länger als für Männer. Dies kann - bei Anerkennung von anderen Einflußfaktoren als ein Versuch v.a. der verheirateten Frauen interpretiert werden, durch Distanzierung von der betrieblichen Arbeitsrolle den Interrollenkonflikt zwischen familialer und Erwerbsarbeit zu bewältigen (vgl. 4.4.6.): So fehlten weibliche Arbeitnehmer 1981 doppelt so oft wie ihre männlichen Kollegen, und dies trotz ihrer stärkeren Konzentration auf Angestelltentätigkeiten (denen relativ geringere Fehlzeiten zukommen) (nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983b). Den höchsten Fehlzeitenanteil hatten 1979 wie 1981 Arbeiterinnen im Straßenfahrzeugbau mit über 14% je Person.

Auch hinsichtlich des beruflichen Status (gemessen an der Dichotomie: Arbeiter - Angestellte) streuen die Fehlzeiten beträchtlich: Die Ausfallzeiten-Quote der männlichen Arbeiter lag 1981 um 2-6% höher als die der männlichen Angestellten (ebd.): Je höher die Stellung in der betrieblichen Hierarchie ist, desto stärker ist offenbar die innere Verbundenheit mit dem Organisationsziel, so daß bspw. die individuellen Abgrenzungen für Krankheit rigider ausfallen.

Umgekehrt kann der stärkere Absentismus in den unteren beruflichen Positionen darauf hindeuten, daß die organische Solidarität für diese Gruppe bereits erschüttert ist und verstärkter Absentismus eine Art Fluchtreaktion aus der als ungerecht erlebten Arbeitswelt darstellt. Auch die höhere Unfallgefährdung in Arbeiterberufen erklärt einen Teil der Streuung.

Aus Tab. 19 geht bereits hervor, daß der Faktor "Betriebsgröße" positiv mit dem Anteil an dem durchschnittlichen individuellen Fehlzeiten der Beschäftigten korreliert, der sich aus dem Absentismus im engeren Sinn (entschuldigtes und unentschuldigtes Fehlen) ergibt.

Der sprunghafte Anstieg des Absentismus in Betrieben mit über 5.000 Beschäftigten könnte ein weiteres Indiz für die an anderer Stelle (vgl. 3.2.4.2.) ausgeführte Vermutung sein, daß eine großbetriebliche Arbeitsorganisation mit der für sie charakteristischen Anonymität der Interaktionsstrukturen tendenziell die Verantwortlichkeit der Arbeitenden schwächt. Vermutlich dürfte die formelle und informelle Kontrolle durch Kollegen und Vorgesetzte in kleinen Arbeitsgruppen und Betrieben stärker sein, so daß ein fernbleibender Arbeitnehmer jede Ausfallzeit direkt persönlich verantworten muß und sie daher sorgfältiger auf ihre Notwendigkeit prüft. Auf der anderen Seite können in sehr großen Betrieben informelle Gruppen ein größeres Gewicht gegenüber der Betriebsleitung und damit auf die Orientierung des Arbeitsverhaltens des einzelnen Arbeitnehmers erhalten, als dies in Kleinbetrieben der Fall ist, wo sich vielfach formelle und informelle Beziehungen verstärken.

Dies könnte die signifikante Abweichung der durchschnittlichen gesamten Fehlzeitenquote je beschäftigten Arbeitnehmer zum Teil kausal interpretieren, die für Betriebe mit weniger als 200 Arbeitnehmern 1979 bei 6,5%, in Betrieben mit mehr als 5.000 Beschäftigten dagegen bei 8,6% lag (ebd., S. 31).

In den bisherigen Ausführungen zu den individuellen Fehlzeiten wurden diese wie die daraus sich neben anderen Faktoren ergebende gesamte effektive Arbeitszeit als ein Indikator für die Produktivität der beschäftigten und bezahlten Arbeit verstanden. Ein im internationalen Vergleich relativ hohes Ausmaß an individuellen Fehlzeiten je Beschäftigten bedeutet demnach, daß in diesem Grad zwar Beschäftigung von Arbeit und ihre Bezahlung erfolgt, aber dem keine produktive Gegenleistung gegenübersteht. Damit ist nichts über die Kausalattribution der mangelnden Produktivität antizipiert. Wie bereits ausgeführt, kann Absentismus auch auf objektive individuelle Arbeitsbehinderungen zurückgehen oder eine Verlaufsform von Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und -inhalt sein.

In jedem Fall aber bedeuten diese Ausfallzeiten aus der Norm-Arbeitszeit einen Produktionsausfall oder auf der anderen Seite einen zusätzlichen Kostenaufwand für die Unternehmen: Für 1982 wurden deren gesamte Aufwendungen für diese Fälle auf rund 37 Mrd. DM geschätzt, einschließlich der indirekten Kosten wie Mehrzahlung von Überstunden etc. sogar auf das Doppelte dieser Summe (nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983b).

3.1.2. Die Zunahme der Teilung von Arbeitsplätzen (Teilzeitarbeit).

Die damit gegebene Möglichkeit einer dysfunktionellen Arbeitsteilung und Entstehung von Erwerbslosigkeit.

Die Vernachlässigung der qualitativen Dimension der Arbeitsteilung bei Modellrechnungen der Beschäftigungseffekte durch Arbeitszeitverkürzung

Der Rückgang der Ausfallstunden durch Krankmeldung von 1973 bis 1983 (vgl. Tab. 14) wird allerdings bei weitem wettgemacht durch die Zunahme der Teilzeitarbeit (12) (s. Spalte 10 in Tab. 14). Umgerechnet auf den einzelnen Arbeitnehmer betrug der Ausfall von Arbeitsstunden aus der Jahres-Regelarbeitszeit durch den "Kurzarbeit-Effekt" 1983 18,2 Stunden gegenüber 0,9 Stunden 1973. Dem absoluten Gewicht nach bedeutsamer ist der Ausfall durch den "Teilzeit-Effekt": Er betrug 1983 64,7 Stunden gegenüber 53,5 Stunden 1973. Dabei dürften diese Angaben nur einen geringen Ausschnitt der Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen in geringfügiger unregelmäßiger Beschäftigung, Zeitverträgen, Honorarbeziehungen, Werkverträgen und Projekten abbilden, die zum großen Teil in statistisch nicht erfaßten Grauzonen der Erwerbsarbeit resp. der Arbeit im Untergrund (vgl. 3.3.1.) ausgebildet wurden.

Dies wird bestätigt durch jüngst veröffentlichte Daten des Bundesverbandes Zeitarbeit (zit. nach NN vom 15.5.1984/S. 6): Danach finden jährlich fast 200.000 Personen in Form von Zeitarbeit auf rund 40.000

(12) Deren Definition erfaßt alle regelmäßige, freiwillige Arbeit (also nicht Kurzarbeit), die sich durch eine wesentlich kürzere als die allgemein übliche Arbeitszeit auszeichnet. Vgl. TERJET 1977, S. 312.

Arbeitsplätzen vorübergehend Arbeit. Die Angebote der Zeitarbeits(vermittlungs)unternehmen würden vermehrt von qualifizierten Erwerbspersonen genutzt, die nur einen befristeten Zeitraum im Jahr einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen. Davon unterscheidet sich die im weiteren besprochene traditionelle Teilzeitarbeit durch ihre Regelmäßigkeit während des Jahresablaufs.

Allerdings lag der Zeitraum der gewichtigsten Zunahme der Teilzeitarbeit bereits in der Periode 1960-1975: Lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den beschäftigten Arbeitnehmern 1960 noch bei 2,6%, erreichte er 1975 bereits 8,3% (nach: TERIET 1977, S. 311). Die Zahl der weiblichen Teilzeitbeschäftigten stieg in diesem Zeitraum rund um das Vierfache auf 1,622 Mio. (nach BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 211). Trotzdem hat die Teilzeitarbeit trotz insgesamt rückläufiger Erwerbstätigkeitsentwicklung seit 1973 - auch in der 3. Phase - stetig zugenommen (vgl. SVR 1983, S. 76 und STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 76).

Nach der abweichenden Erhebungskonzeption der "sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer" (vgl. FN 81 in Kap. 1), in der Teilzeitbeschäftigte unterrepräsentiert sind (und nach der keine Zeitreihen verfügbar waren) waren 1982 20% der erfaßten weiblichen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt und 0,9% der erfaßten Männer, (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 106), insbes. im Handel, den Dienstleistungen und im öffentlichen Dienst.

Allerdings konnte die sich in den letzten 10 Jahren verlangsamende Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze bei weitem nicht Schritt halten mit der Nachfrage nach solchen Stellen bes. durch verheiratete Frauen. So gab es im Jahresdurchschnitt 1982 238.000 Arbeitslose, die ausschließlich an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert waren - das entspricht einem Anteil von 29% aller arbeitslosen Frauen - während dafür auf der anderen Seite nur 9.100 Stellen als offen gemeldet waren (ANBA 1983/3/S. 163).

Die zeitliche Beschränktheit des weiblichen Erwerbsarbeitsvermögens, der bis 1973 durch die enorme Vervielfachung der Teilzeitarbeits-

plätze Rechnung getragen werden konnte, schlägt sich hier also, nachdem die vorläufigen Grenzen der Ausweitung von Teilzeitarbeit offensichtlich erreicht sind, in einem besonderen Erwerbslosigkeits-Risiko für diese Frauen nieder.

Der beliebigen Ausdehnung von Teilzeitarbeitsplätzen stehen nämlich sachliche Schranken in den Anforderungen vieler Arbeitsaufgaben entgegen. Diese sind nicht beliebig, je nach der Zahl der auf einen Arbeitsplatz Anspruch Erhebenden teilbar, sondern nur in Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen der Aufgabenstruktur: Sofern innerhalb eines betrieblichen Arbeitsplatzsystems zeitliche Abhängigkeiten bestehen, die ihrerseits interdependente Zeitzwänge schaffen, kann damit eine Gleichförmigkeit der Arbeitszeiten der Mitarbeiter erforderlich sein. Am ehesten dürften solche zeitlichen Abhängigkeiten zwischen Arbeitsplätzen noch im Bereich der Sachgutherstellung für ausführende Arbeiten durch die Bildung von Zwischenlagern abfederbar sein. Dagegen sind verantwortungsvolle Aufgaben, bes. solche der Unternehmensführung in sich nur schwer teilbar. Dies gilt auch in hohem Maß für den Bereich der Dienstleistungen, für die ständige Arbeitsbereitschaft erfordert ist (vgl. 1.3.), der auseinanderklaffende Teilzeitrhythmen widersprechen können.

Werden Teilzeitarbeitsplätze trotz dieser Aufgabenstruktur eingeführt, sind Rückwirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung unvermeidbar.

Dieser Fall ist ein prototypisches Beispiel dafür, wie nach der DURKHEIM'schen Analyse der Teilung der Arbeit in Unternehmen durch ein Weitertreiben der Zergliederung über ihre sachlichen Erfordernisse und Möglichkeiten hinaus nur noch eine Zerstörung des funktionellen Gesamtzusammenhangs der Arbeit erreicht wird (vgl. S. 68 und 71 zur dysfunktionellen Arbeitsteilung und DURKHEIM 1977, S. 430 ff.).

"Wenn nun die gelieferte Arbeit nicht nur nicht bedeutend ist, sondern auch noch nicht genügend, dann ist es natürlich, daß die Solidarität nicht nur weniger vollkommen ist, sie bleibt auch mehr oder weniger ganz aus. Das passiert in den Unternehmen, wo die Aufgaben derart geteilt sind, daß die Tätigkeit eines jeden Mitarbeiters unter das Niveau sinkt, die sie normalerweise haben müßte. Die verschiedenen Funktionen sind dann zu sehr unzusammenhängend, als daß sie sich genau aufeinander einspielen und im gleichen Schritt marschieren könnten. Daher kommt die Zusammenhanglosigkeit, die man hier feststellen kann" (DURKHEIM 1977, S. 433).

Eine solche anormale Form der Arbeitsteilung vermag zwar die Beschäftigungswünsche von mehr Arbeitssuchenden kurzfristig zu befriedigen, allerdings nur zu dem Preis einer Gefährdung der Funktionalität der Arbeitsteilung und damit der Qualität der Aufgabenerfüllung, wie sie von Abnehmern der Ware oder Dienstleistung erwartet wird. Bedürfnisvernichtung und Rückgang der Nachfrage, damit die Gefährdung der künstlich vervielfältigten Arbeitsplätze wären das Resultat. Im gleichen Maß, in dem aus der funktionellen Arbeitsteilung ein Mechanismus zur Neuschaffung von Beschäftigungsplätzen wird, wird die aus einer funktionierenden Arbeitsteilung naturwüchsig entstehende organische Solidarität geschwächt (vgl. 1.3.) und vermittelt darüber die Aufgabenorientierung der Arbeitenden weiter gefährdet.

Ein weiteres Beispiel für die Störung der Arbeitsteilung durch die seit 1960 um 7,8 Stunden gesunkene Wochenarbeitszeit liegt in dem damit gesunkenen Auslastungsgrad der immer teurer werdenden Sachanlagen. Die Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten könnte nämlich nur durch eine entsprechende Ausdehnung der Schichtarbeit auf mehr Arbeitsplätze wettgemacht werden, was aber bei weitem nicht in dem Maß der Fall ist. Gegenwärtig liegt so der Auslastungsgrad der Anlagen bei durchschnittlich 75%.

Je weniger also die effektive Nutzzeit der Maschinen mit der natürlich fließenden Zeit durch Verkürzung der effektiven Arbeitszeit und abnehmende Dichte der Arbeit in dieser Zeit zusammenfällt, desto höher wird die Belastung der Produktion durch Kapitalzinsen. Diese wiegt umso höher, je höher die Kapitalintensität eines Arbeitsplatzes ist. In dem fraglichen Zeitraum hat aber die Ausstattung der

Arbeitsplätze mit immer teureren Maschinen etc. drastisch zugenommen.

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen oder die Präferenz von Unternehmen für die Ausdehnung von Überstunden statt Neueinstellungen kann so die Folge der Senkung der effektiven Wochenarbeitszeit sein.

Alternativ können die Unternehmen auf die aus der Verkürzung der effektiven Arbeitszeit sich ergebenden wachsenden Arbeitskosten pro Stunde auch durch die Erhöhung der Intensität des Arbeitens (z.B. durch Reorganisation der Betriebsabläufe) reagieren, also der "versteckten Arbeitslosigkeit" im Betrieb begegnen, statt die statistisch ausgewiesene Erwerbslosigkeit zu mildern. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, warum die pro Beschäftigten verkürzte Arbeitszeit nicht notwendig im selben Umfang zur Verteilung an Erwerbslose zur Verfügung steht.

Die soeben angeführten qualitativen Dimensionen der Arbeitsteilung machen deutlich, wie durch die Einrichtung von Teilarbeitsplätzen im Besonderen, durch die Verkürzung der effektiven Wochenarbeitszeit im Allgemeinen die Zuordnung von Funktionen in der betrieblichen Arbeitsteilung gestört werden kann bzw. die Produktivität der gesamten betrieblichen Arbeit gefährdet werden kann. Darin können also mögliche kausale Faktoren für die Entstehung eines Teils der Erwerbslosigkeit in der Bundesrepublik seit 1974 vermutet werden (13).

Daß die qualitative Struktur der Arbeitsaufgaben eine beliebige Teilbarkeit von Arbeitsplätzen nicht zuläßt, ist auch der wichtigste Einwand gegen die naiven, ausschließlich auf Quantitäten fixierten Modellrechnungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen (und damit Reduktion der Erwerbslosigkeit) durch die Kürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit (vgl. dazu auch: WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT 1983). Solche Modelle gehen im - oder

(13) Damit wird auf der anderen Seite nicht ausgeschlossen, daß Teilzeitarbeit in vielen Fällen die Feinabstimmung des Arbeits-einsatzes auf betriebliche Erfordernisse erlaubt und der Standard-Arbeitszeit auch bzgl. der Arbeitsintensität und der Fehlzeiten überlegen sein kann (vgl. SVR 1983, S. 76).

explizit von der Größe "gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen" aus, die sich ex-post als Produkt aus der Zahl der Erwerbstätigen mal deren durchschnittlichen tatsächlichen Arbeitszeit ergibt. Daraus wird gefolgert, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei Konstanz des Arbeitsvolumens die proportionale Neubeschäftigung eines Teils der bisher Erwerbslosen ermöglicht. So soll bspw. die Einführung der 35-Stunden-Woche mehr als 900.000 neue Erwerbsarbeitsplätze schaffen.

Einmal abgesehen davon, daß die beachtlichen Mehrkosten für Anwerbung, Einarbeitung und Aufsicht für neue Arbeitskräfte und andere hier nicht weiter interessierende Mehrbelastungen für Unternehmen (14) in dieser Rechnung nicht berücksichtigt werden, wird der oben dargestellte qualitative Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und produktiver Arbeitsteilung mit seiner Rückwirkung auf die Lebensfähigkeit der Arbeitsplätze, also auf die "verteilbare" Gesamtmasse des Arbeitsvolumens gar nicht erst thematisiert. Ein Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Unmöglichkeit eines durchgehenden 3-Schicht-Betriebs bei einer täglichen 7-Stunden-Arbeitszeit.

Auch hinsichtlich des Aggregats "Angebot an Erwerbsarbeit" wird sachlich unberechtigt eine Einheitlichkeit und damit Substituierbarkeit unterschiedlicher Arbeitsanbieter unterstellt. Eine generelle Arbeitszeit-Verkürzung kommt einer künstlichen Verknappung des Faktors Arbeit und damit auch bestimmter knapper Qualifikationen gleich. So warnt das Jahresgutachten 1978 des SVR davor:

"...daß bei einer Arbeitszeitverkürzung Stellen für qualifizierte Arbeiten wegen des Mangels an Fachkräften gar nicht besetzt werden könnten, auch wenn sie (die Unternehmen (d.V.) es wollten. Möglicherweise muß deshalb die Produktion eingeschränkt werden und es kann sein, daß Produktionsmöglichkeiten, die besonders qualifizierte Arbeitskräfte erfordern, ungenützt bleiben" (SVR 1978, S. 263).

(14) So weist der WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT BEIM BUNDESWIRTSCHAFTS-MINISTERIUM 1983 (S. 4) darauf hin, daß auch bei einer proportionalen Lohnsenkung ein Teil der Lohnnebenkosten wie betriebliche Sozialleistungen und Krankenversicherung pro Beschäftigten konstant bleiben und so die Arbeitskosten pro Stunde zunehmen.

Zwar sind auch bei dem neuen Standard einer 35-Stunden-Woche zur Anpassung an betriebliche Erfordernisse Überstunden möglich, doch dürften die schon jetzt beachtliche Diskrepanzen zwischen normativer und faktischer Arbeitszeit und damit anomistische Tendenzen in der Arbeitsteilung dadurch noch zunehmen.

3.1.3. Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit von Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängigen Arbeitnehmern im Vergleich (Mikrozensus): Ein Indikator für unterschiedliche Arbeitsmuster

Wie in 1.6. ausgeführt, unterscheidet sich die Arbeit von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen idealtypisch v.a. hinsichtlich der aufgabenorientierten Zeitverwendungsstruktur von der Arbeit von abhängigen Arbeitnehmern. Dies wird v.a. daran deutlich, daß sie in weit geringerem Ausmaß institutionellen vereinheitlichenden Regelungen unterliegt, die wie bei der Tätigkeit von abhängig Beschäftigten die Flexibilität der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit einengen. So besteht ihr Arbeitsprozeß idealtypisch in der Einheit aufgabenorientierter und persönlicher Produktionsrhythmen.

Damit verbunden ist, daß diese Gruppe unter den Erwerbstätigen auch nicht in dem Maß statistisch erfaßt ist wie die Arbeitnehmer, so daß für Informationen über die tatsächliche Arbeitszeit der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen als einzige Datenquelle der Mikrozensus (MZ) verfügbar ist (vgl. 2.1.).

Das Berichtswochenkonzept des MZ (vgl. 2.1.2.1.) bringt allerdings eine Überhöhung der tatsächlichen, durchschnittlich im Jahr aufgetragenen Arbeitszeit mit sich, insofern die Berichtswoche Ende April/Anfang Mai für die meisten Erwerbstätigen in eine urlaubsfreie Zeit fällt, die Ausfallstunden durch Urlaub also nicht repräsentativ für alle Wochen erfaßt sind. Dies führt dazu, daß die im MZ ausgewiesenen von den Arbeitnehmern durchschnittlich in der Berichtswoche geleisteten Arbeitsstunden für 1982 mit rund 38 Stunden

um rund 6 Stunden über dem Wert aus Tab. 15 liegen, der für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit des ganzen Jahres aussagekräftig ist (15).

Ungeachtet dieser Überhöhung des absoluten Niveaus erlaubt die MZ-Konzeption aufgrund der Disaggregation der Daten nach Geschlecht, Stellung im Beruf und in den Wirtschaftsbereichen gültige Querschnittsvergleiche zwischen diesen Gruppen der Erwerbstätigen und Einblicke in die zeitliche Entwicklung seit 1973. Die Objektivität der gesamten Daten wird allerdings durch Verzerrungseffekte der Befragung, bes. durch solche der "sozialen Erwünschtheit", vermutlich tendenziell in Richtung auf eine Überhöhung der tatsächlichen Arbeitszeit verzerrt.

Tab. 20: Entwicklung der von den Erwerbstätigen (Männer und Frauen) durchschnittlich in der Berichtswoche (Ende April/Anfang Mai) tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden (vorwiegende Erwerbstätigkeit bei Mehrfacherwerbstätigkeit) nach der Stellung im Beruf von 1973 bis 1982 (16)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Selbständige	54,9	54,0	53,7	54,1	53,0	54,3	53,1	53,6	53,3	52,7
Mithelfende Familienangehörige	43,4	43,2	43,4	43,8	41,4	43,4	41,8	41,6	40,4	40,7
Beamte	41,8	41,0	39,9			40,0	39,6	40,1	39,5	39,7
Angestellte	39,7	39,2	38,2	38,5	38,3	38,3	38,0	38,0	37,5	37,6
Arbeiter	39,6	38,6	37,8			38,0	37,9	38,1	37,5	37,4
Insgesamt	41,4	40,6	39,8	40,1	39,7	40,0	39,6	39,7	39,1	39,1

Die Zeitreihe nach der MZ-Konzeption weist also für die Entwicklung 1973 bis 1982 für alle Erwerbstätigen, und ähnlich für jede einzelne Stellung im Beruf, eine fast ebenso große Abnahme, nämlich

(15) Ebenfalls verzerrend i.S. einer Überhöhung wirkt sich die Beschränkung auf die "vorwiegende" Erwerbstätigkeit bei Mehrfach-Erwerbstätigkeit aus (s. nächsten Abschnitt).

(16) Nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 100.

um 2,3 Stunden, der tatsächlichen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit aus wie Tab. 15 für die Wochenarbeitszeit der abhängig Beschäftigten (2,5 Stunden Abnahme). Dies bestätigt die Zuverlässigkeit der oben interpretierten Daten zur Arbeitszeitverkürzung.

Auffällig sind im Querschnittsvergleich für jedes Jahr die Differenzen in der tatsächlichen Arbeitszeit zwischen Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen einerseits und abhängigen Arbeitnehmern andererseits und innerhalb der letzten Kategorie die Abstufungen zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern: So arbeiteten in der Berichtswoche im April 1982 Selbständige nach ihren eigenen, durch den MZ nicht nachgeprüften Angaben im Durchschnitt 52,7 Stunden in der Woche, das sind 15,3 Stunden mehr als im Durchschnitt die Arbeiter, mithelfende Familienangehörige immerhin noch durchschnittlich 40,7 Stunden, d.h. 3,3 Wochenstunden mehr als Arbeiter.

Damit werden die in 1.6. (vgl. S. 109 ff.) skizzierten Hypothesen über die für Selbständige und mithelfende Familienangehörige idealtypisch gültige aufgabenorientierte Zeitverwendung gestützt, die nicht wie im Fall von abhängig Beschäftigten durch institutionelle und kontraktuelle Regelungen eingeengt ist. Insbesondere trifft dies für Selbständige in der Landwirtschaft zu: Sie arbeiteten in der Berichtswoche 1982 durchschnittlich 61,9 Stunden (17), was die These von WEBER bestätigt, daß die "Appropriation von Beschäftigungsmitteln" und die "Eigenverfügung über den Arbeitshergang" für selbständige Landwirte eine der "stärksten Quellen schrankenloser Arbeitsneigung" bedeutet (vgl. S. 110).

Innerhalb der Gruppe der abhängigen Arbeitnehmer waren die Arbeiter am kürzesten in der Berichtswoche aller ausgewiesenen Jahre tätig: so in der Berichtswoche 1982 mit durchschnittlich 37,4 Stunden im Vergleich zu den Angestellten mit 37,6 Stunden und zu den Beamten

(17) Die besonderen Arbeitsanforderungen in der Landwirtschaft, die den Aufgaben für familiäre Arbeit strukturell ähnlich sind (zeitlich unaufschiebbare Bedürfnisse) spiegeln sich in einer für alle Erwerbstätigen in diesem Bereich außergewöhnlich langen Arbeitszeit mit durchschnittlich 49,7 Stunden - (im Vergleich zu 39,1 Stunden insgesamt) wieder (ebd.).

mit 39,7 Stunden. Unter allen Erwerbstätigen sind es also die Arbeiter, für die in tariflichen Regelungen durch die Massenorganisation Gewerkschaft seit jeher die im Vergleich zu anderen beruflichen Stellungen kürzesten Wochenarbeitszeiten durchgesetzt wurden.

Differenziert man die Angaben zur Arbeitszeit aus dem Mikrozensus nach dem Geschlecht, bestätigt sich die bei der Diskussion der Teilzeitarbeit ausgeführte Vermutung, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen bes. durch die Zunahme der Teilzeitarbeit weit stärkeren zeitlichen Restriktionen unterworfen ist als die der Männer: 1982 betrug die durchschnittlich in der Berichtswoche von allen weiblichen Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit 34,5 Stunden im Vergleich zu 42 Stunden bei den Männern (ebd., S. 99 f.).

Tab. 21: Entwicklung der von den weiblichen Erwerbstätigen durchschnittlich in der Berichtswoche (Ende April/Anfang Mai) tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden (vorwiegende Erwerbstätigkeit bei Mehrfacherwerbstätigkeit) nach der Stellung im Beruf von 1973 bis 1982 (18)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Selbständige	47,3	46,4	46,8	46,7	44,7	46,2	44,9	45,0	43,9	42,9
Mithelfende Familienangehörige	43,2	42,9	42,9	43,4	41,0	43,3	41,5	41,4	40,3	40,7
Beamte	38,2	36,2	36,5			36,2	35,8	36,0	35,1	35,1
Angestellte	36,6	36,1	35,3	34,5	34,2	35,2	34,8	34,8	34,2	34,2
Arbeiter	33,8	33,2	32,6			32,8	32,6	32,7	32,0	32,0
Insgesamt	37,0	36,5	35,9	36,0	35,4	35,8	35,2	35,2	34,4	34,5

(18) Nach: ebd., S. 100.

3.1.4. Möglichkeit und Nutzung von Mehrfach-Erwerbstätigkeit auf Grundlage der Erwerbsarbeitszeitverkürzung: Die Hortung des Guts Erwerbsarbeit

Eine Wirkung der Verkürzung der effektiv geleisteten Wochenarbeitszeit (auf durchschnittlich 31,8 Wochenstunden 1982) (vgl. Tab. 15) liegt in der vermehrten Möglichkeit zur zusätzlichen Erwerbsarbeit-Aufnahme in der wachsenden Freizeit. Sie wird auch z.T. genützt und produziert bzw. reproduziert so über die individuelle Akkumulation des Guts Erwerbsarbeit Erwerbslosigkeit für andere ("erzwungene Arbeitsteilung" - vgl. S. 74 ff.).

Die Zweit-Anbieter einer Erwerbsarbeit können gegenüber den Erwerbslosen dabei ihre bessere Konkurrenzposition aufgrund der materiellen Absicherung durch ihre Erstbeschäftigung ausnützen und die Erwerbslosen mit Dumping-Konditionen unterbieten.

Die seit 1960 im Durchschnitt für alle abhängigen Arbeitnehmer um 7,8 Stunden reduzierte Wochenarbeitszeit (vgl. Tab. 15) wird also in vielen Fällen nicht für Freizeit-Tätigkeiten verwendet (es sei denn für eine wachsende Rezeption von Massenmedien und die Zurückdrängung familialer Kommunikation) (19), wie es die Protagonisten einer weiteren Arbeitszeitverkürzung unterstellen, sondern in vielen Fällen zur Aufnahme von zusätzlicher Arbeit im weitesten Sinn. Im englischen Sprachgebrauch wird dieses Phänomen als "moonlight ing" bezeichnet.

Die statistisch erfaßte Mehrfach-Erwerbstätigkeit bildet dabei nur einen kleinen Ausschnitt aus der durch Erwerbsarbeitszeitverkürzung möglich gewordenen Zusatzarbeit.

Immerhin beträgt die Zahl der im MZ für April 1982 (20) ausgewiese-

(19) Vgl. die Daten zum Ausmaß der Freizeit und zur Nutzung der gewonnenen Zeit für Massenmedien-Rezeption in dem Vergleich von Belgien und Peru bei RESZÖHAZY 1970.

(20) Nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 60. Zeitreihen für dieses Merkmal werden dort nicht ausgewiesen.

nen Personen, die zwei Erwerbstätigkeiten ausübten, insgesamt 455.000. Bezogen auf die 1,71 Mio. registrierten Arbeitslosen zur gleichen Zeit (ANBA 1983/3), macht dies einen Anteil von 27% an Erwerbsarbeitsplätzen aus, die rein rechnerisch ohne Hortung des Guts Erwerbsarbeit durch Erwerbslose besetzt werden könnten. Allerdings ist der Anteil von Nebenerwerbslandwirten mit fast 60% an den Doppel-Erwerbstätigen sehr hoch (eig. Ber. nach ebd.). D.h. ein Teil dieser akkumulierten Arbeitsplätze ist - weil gebunden an persönliches Eigentum - nicht beliebig verteilbar.

Diese Daten belegen, daß das durch die Arbeitszeitverkürzung der letzten 10 Jahre freigesetzte Erwerbsarbeits-Volumen von den Beschäftigten "durch die Hintertür" teilweise wieder in Anspruch genommen wird, so daß die damit in Verbindung gebrachten Beschäftigungseffekte abgeschwächt werden. Dies ist ein weiterer Grund für die Unhaltbarkeit einer Umrechnung der ex-post-Gleichung des Arbeitsvolumens (s. vorletzten Abschnitt).

Die starke Verbreitung der Mehrfach-Erwerbstätigkeit, selbst wenn man nur ihren statistisch registrierten Ausschnitt zugrundelegt, läßt auf die kaum geschwächte Dominanz arbeitsgesellschaftlicher Wertorientierungen unter vielen Erwerbstätigen schließen - im Gegensatz zur vielfach behaupteten Dominanz einer Freizeitorientierung.

Wie aus den bereits referierten globalen Daten zum Erwerbsverhalten (vgl. 2.3.2.1.3.) geht auch aus diesen empirischen Befunden hervor, daß die Teilnahme am Erwerbsleben nach wie vor - und gerade im Gefolge der Beschäftigungskrise - entgegen den Vermutungen über eine Erosion arbeitsgesellschaftlicher Werte eine zentrale Wertorientierung, allerdings mit gewandelten Inhalten, ist: Vermehrte Freizeit wird von einem großen Teil der Arbeitnehmer zu Zweitbeschäftigungen genutzt und nicht für eine Intensivierung von Interaktionen in der Freizeit. Erwerbsarbeit wird offensichtlich im Maß der Infragestellung der Sicherheit eines Erwerbsarbeitsplatzes zu einem umso mehr begehrten immateriellen Gut, das eher individuell gehortet als solidarisch mit Erwerbslosen geteilt wird. Solche

Ausgrenzungen von Erwerbslosen von der Teilnahme am Erwerbsleben sind - im theoretischen Bezugsrahmen von DURKHEIM (vgl. 1.3. und 1.4.) - die Folge einer Erosion der organischen Solidarität: An deren Stelle tritt die mechanische Solidarität der Arbeitsplatz-Besitzer, die ihre privilegierte Stellung durch individuelle Akkumulation von Erwerbsarbeit: Zweitbeschäftigung und Überstunden und vermittelt über Diskriminierung marginaler Erwerbspersonen verteidigen.

Den größeren Anteil der durch die Arbeitszeitverkürzung möglich gewordenen Zusatzarbeit der Beschäftigten dürften allerdings unregelmäßig ausgeführte Nebentätigkeiten in statistisch nicht erfaßten Grauzonen der Erwerbsarbeit bzw. in der Schwarzarbeit (vgl. 3.3.1.) bilden. Die Wirkung dieser Formen von Zusatzarbeit auf die Verteilung des gesamten Arbeitsvolumens zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen tritt jedoch hier ebenfalls ein.

Die Ausdehnung der Arbeit im gesamten informellen Bereich (vgl. 3.3.) hat in der anhaltenden Verkürzung der Erwerbsarbeit ihre Grundlage und Notwendigkeit. Die Verschiebung eines Teils des Arbeitsvolumens vom formellen zum informellen Bereich innerhalb der sozialen Arbeitsteilung wird also zum Teil erzwungen durch ungenügende Aufgabenerfüllung der formellen Erwerbsarbeit (vgl. 3.3.3.) infolge der Arbeitszeitverkürzung. Zum anderen schafft letztere erst für viele Beschäftigte die individuelle Möglichkeit zu mehr Schwarzarbeit und "bedürfnisorientierter" Arbeit in der "Freizeit" (vgl. 3.3.3.).

Umgekehrt geht davon ein weiterer Rückgang der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Erwerbsarbeit, also ein weiterer Impuls für die Entstehung von Erwerbslosigkeit aus.

Auf einen letzten qualitativen Effekt vermehrter Freizeit aufgrund verkürzter Erwerbsarbeitszeit sei am Rande verwiesen: Er besteht in den Verschiebungen innerhalb der Nachfragestruktur in Richtung auf typische Massenbedürfnisse für die Freizeit, wie etwa Mehr-Konsum von Massenmedien und Mehr-Urlaub (vgl. SCHULZ 1979, S. 242 f.). Letztere Nachfrage fließt aber zu einem beträchtlichen Teil nicht der inländischen, sondern vielmehr der ausländischen Erwerbsarbeit zu.

3.2. Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit von 1973 bis 1983: Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige Arbeit. Eine bisher vernachlässigte Entstehungsbedingung der Erwerbslosigkeit

3.2.1. Die Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit: Die Definitionen der amtlichen Statistik. Die unbezahlte Erwerbstätigkeit von mithelfenden Familienangehörigen. Die Heterogenität innerhalb der Kategorie "Selbständige"

Eine wesentliche Dimension des qualitativen Wandels der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der Bundesrepublik, die mit zur Entstehung von Erwerbslosigkeit beiträgt, wird von mir in den Veränderungen in der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der formellen, also statistisch erfaßten Erwerbstätigkeit gesehen, und zwar in der Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige Beschäftigung.

Die auf abhängige Erwerbsarbeit und im Besonderen auf Industriearbeit konzentrierte arbeitsmarkttheoretische Diskussion hat diese Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit bisher weitgehend vernachlässigt (21). "Arbeitslosigkeit" wird in der öffentlichen und Teilen der wissenschaftlichen Diskussion fast immer mit der sozialen Lage von abhängig Beschäftigten assoziiert. Dabei rechtfertigt allein der bedeutende quantitative Anteil der Erwerbslosigkeit, die durch die Vernichtung von Arbeitsmöglichkeiten von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den letzten 10 Jahren entstand, eine eigenständige Befassung mit diesem Teilbereich der Erwerbsarbeit.

In der bisherigen Beschreibung der Erwerbslosigkeit seit 1973 war er im Aggregat der "Erwerbstätigkeit" mit eingeschlossen (vgl. FN 23 in Kap. 2 und S. 154) und noch nicht differenziert behandelt. Die gesamte Konzeptualisierung des Kap. 2 stellte auf

(21) Ähnlich verhält es sich mit der arbeits- und berufssoziologischen Diskussion, deren zentrales Forschungsinteresse v.a. in den 60er und 70er Jahren v.a. der abhängigen Industriearbeit galt. Dabei enthält WEBERS "Wirtschaft und Gesellschaft" von 1921 bereits wichtige Aussagen über die unterschiedlichen Arbeitsformen innerhalb der Erwerbsarbeit (vgl. 1.6.).

das Ungleichgewicht im System der gesamten Erwerbsarbeit, also nicht nur auf die Diskrepanz der Arbeitsmarkt-Größen im engeren Sinn ab.

Im einleitenden Kapitel 1.6. (vgl. Übersicht 5 und S. 105 ff.) wurde im Anschluß an WEBER 1964 und WILLMS 1983 eine Typologie von Arbeitsformen im formellen Sektor nach dem Erwerbsstatus vorgeschlagen. Bedürfnis- und Aufgabenorientierung der Arbeit, wie sie für "kleine Selbständige" und mithelfende Familienangehörige eigentümlich sind, wurden in einem idealtypischen Verfahren umrissen. Im Abschnitt 3.1.3. wurde anhand der tatsächlich aufgewendeten Wochenarbeitszeit nach der beruflichen Stellung ein empirischer Befund zur Abstützung dieser Hypothesen dargestellt.

Die im weiteren verwendeten amtlichen Statistiken des Erwerbslebens des MZ (vgl. 2.1.2.) und der integrierten Erwerbsstatistik (vgl. 2.2.4.), welche für nicht-abhängige Erwerbsarbeit v.a. auf dem MZ aufbaut, gehen bei der Erhebung der Erwerbstätigkeit nach der "Stellung im Beruf" (oder synonym "im Erwerbsleben") von folgenden definitorischen Unterscheidungen aus:

"Unter der 'Stellung im Beruf' wird die Zugehörigkeit zu einer der folgenden Kategorien verstanden:

Selbständige: Zu diesen gehören tätige Eigentümer, Miteigentümer, Pächter, selbständige Handwerker, selbständige Handelsvertreter usw., also auch die freiberuflich Tätigen, nicht jedoch Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereichs selbständig disponieren können...

Mithelfende Familienangehörige: Mithelfende Familienangehörige sind i.d.R. Haushaltsmitglieder, die, ohne Lohn oder Gehalt zu empfangen, in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb des Haushaltsvorstandes oder eines anderen Haushaltsmitgliedes mitarbeiten und auch keine Sozialversicherungspflichtbeiträge entrichten. Hierzu gehören ferner Personen, die im Betrieb eines nicht im gleichen Haushalt wohnenden Familienangehörigen arbeiten" (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 11).

Diese Kategorien des "Erwerbspersonenkonzepts" fassen seit 1950 die Definitionskriterien für selbständige und mithelfende Erwerbstätigkeit relativ weit, unabhängig von der tatsächlichen Arbeitszeit (die im Durchschnitt jedoch über der der abhängig Beschäftigten liegt - vgl. 3.1.3.) und der Bedeutung der Erwerbstätigkeit für den Lebensunterhalt (22).

Spezifikum der mithelfenden Arbeit von Familienangehörigen innerhalb der Erwerbsarbeit ist ihr unbezahlter Status. Ähnlich wie Hausfrauen (vgl. 1.3.1.2.) tauschen sie ihre produktive, in die Familienwirtschaft integrierte Tätigkeit gegen den rechtlich und moralisch gültigen Versorgungsanspruch durch das meist in der Landwirtschaft oder im Handwerk tätige, selbständige Familienoberhaupt, der diesen aus seinem eigenen Erwerbseinkommen bestreitet. Ebenso wie bei der unbezahlten Hausarbeit und anders als bei der Anstellung von Beschäftigten wird hier also gesamtgesellschaftlich mehr produktive Arbeit im Verhältnis zum damit getauschten Geldeinkommen geleistet. Dieser Gesichtspunkt wird für Störungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung relevant (vgl. 3.3.3.).

Aus der amtlichen Definition für selbständige Erwerbstätigkeit geht bereits die Heterogenität dieses sozialen Status hervor, in dem nach der sozialen Stellung des Ausführenden in der sozialen Schichtung und dem Tätigkeitsfeld höchst unterschiedliche Arbeitsformen zusammengefaßt werden.

-
- (22) Darin liegt auch die Differenz zu früheren Erhebungskonzeptionen durch die reichsdeutsche Erwerbsstatistik. (WILLMS 1980, S. 18* und 1983a, S. 20 f.). Diese schränkte in ihrem "Konzept des Hauptberufs" bis 1925 Erwerbstätigkeit auf den "Stand" ein, "auf den hauptsächlich die gegenwärtige Lebensstellung beruht". Dies führte zur Untererfassung v.a. der gelegentlichen Beschäftigungsverhältnisse von Frauen. Auch die Arbeit von Dienstmädchen, Köchinnen, Kindermädchen etc. (vgl. Übersicht 5 - Kategorie: Hauswirtschaft/marktvermittelt) wurde bis dahin nicht als Erwerbsarbeit gezählt. Ähnlich wurden auch die mithelfenden Familienangehörigen bis nach dem 2. Weltkrieg von der Statistik vernachlässigt oder oft nicht von "Arbeitern" getrennt, weil die zugrundeliegende normative Orientierung (vgl. 2.1.) die quantitativ bedeutende Arbeit im Rahmen der Familienwirtschaft nicht als Erwerbstätigkeit verstand. Auch in der heutigen Erwerbsstatistik sind die v.a. für Frauen typischen Formen der unregelmäßigen und Teilzeit-Erwerbstätigkeit (z.B. Heimarbeit) - die Verlaufsmuster des Konflikts zwischen familialer und Erwerbsarbeit sind - nur unvollkommen erfaßt und bilden so eine Grauzone des Erwerbsverhaltens zwischen formellen Bereichen und Schwarzarbeit.

Sie umfaßt die Eigentümer und Pächter von landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitsstätten, die die Leitungsfunktionen selbst ausüben, ebenso wie "Rentiers", deren Einkommen ihnen aus ihrem bloßen Eigentum und nicht aus deren produktiver Anwendung zufließt (vgl. S. 72 ff. zur Unterscheidung der wirtschaftlichen Elite zwischen "Rentiers" und "Spekulanten").

Ein wie in jenem Abschnitt zugrundegelegter analytischer Gesichtspunkt zur Unterscheidung innerhalb der ökonomischen Elite wird von der amtlichen Definition nicht eingenommen. Die reichsdeutsche Berufsstatistik hatte für den Personenkreis der "Rentiers", die im wesentlichen von fixen Kapitalerträgen ohne produktive Tätigkeit leben, noch die Kategorie der "berufslosen Selbständigen" zur Verfügung (vgl. WILLMS 1980, S. 17*).

Ebenso enthalten sind in der heute gültigen statistischen Kategorie selbständige Handwerker und Kleinbauern (vgl. S. 109 ff.), für die in den meisten Fällen die familiäre Zuteilung dieser Position und darauf gründende typische Arbeitsmuster angenommen werden können, (vgl. Übersicht 5 auf S. 107 Kategorie "Selbständige, soweit familial vermittelt"): 1971 bspw. waren 90% der Landwirte selbst Söhne von Landwirten, 43% der Selbständigen stammten aus Familien von Selbständigen (WILLMS 1983a, S. 27).

Auch die freiberuflich Tätigen wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Schriftsteller werden in dieser Kategorie erfaßt.

3.2.1.1. Arbeitsmuster der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in einer idealtypisierenden Perspektive. Eine empirische Abstützung: Orientierung zur beruflichen Verantwortung bei Selbständigen in den ALLBEN 1980 und 1982

Angeichts der Vielschichtigkeit der so klassifizierten sozialen Lage ist evident, daß die in 1.6. zusammengefaßten, für nicht-abhängige Erwerbsarbeit idealtypisch gültigen Arbeitsmuster auch nur in Abstufungen und in Annäherung an die soziale Realität zutreffend sein können.

Als die für meine These zentral interessierende Gemeinsamkeit der Arbeit von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen kann ihr weitgehender Entzug aus kollektiven, nivellierenden Regelungen von Arbeitszeit und -inhalt gelten, wie sie für die Arbeit von Beschäftigten von den Verbänden der Arbeitsmarkt-Parteien festgemacht wurden (vgl. 3.1.3.) (23).

Dieser Entzug läßt potentiell Raum für aufgabenorientierte Arbeitsmuster, die bes. über die Einbindung des Arbeitenden in familiäre Strukturen verhaltensrelevant werden.

Wieweit die in 1.6. zusammengefaßten Hypothesen zur Differenzierung der Arbeitsorientierung nach der beruflichen Stellung für die Erwerbstätigen in der Bundesrepublik empirisch zutreffend ist, kann und soll im Rahmen dieser Arbeit nicht durch entsprechende Untersuchungen geprüft werden. Deswegen soll an dieser Stelle nur ein empirischer Befund aus den für die über 18-jährigen Deutschen repräsentativen ALLBEN der Jahre 1980 und 1982 (zur Datenquelle vgl. FN 3 auf S. 120) herangezogen werden (vgl. PREISENDÖRFER 1983a, S. 150-164), die im Hinblick auf die berufliche Verantwortungsorientierung von Vollerwerbstätigen von PREISENDÖRFER 1983 sekundäranalytisch ausgewertet wurden.

Die Orientierung gegenüber beruflicher Verantwortung (wie sie dort konzipiert wurde) kann als eine zentrale Dimension des bereits skizzierten Musters der Aufgabenorientierung der Arbeit (vgl. S. 40 ff.) verstanden werden.

In den ZUMA-ALLBEN 1980 und 1982 wurde die Orientierung zur beruflichen Verantwortung durch folgende Items operationalisiert:

"Frage: Auf diesen Kärtchen steht Verschiedenes über die berufliche Arbeit und den Beruf. Für wie wichtig halten Sie persönlich diese Merkmale für die berufliche Arbeit und den Beruf? Benutzen Sie bitte auch diesmal die Skala von 1(=unwichtig) bis 7(=sehr wichtig) für Ihre Antwort".

(23) Darin ist auch der wesentliche Grund zu vermuten, warum sich die Gewerkschaft der Ausweitung dieser Arbeitsformen außerhalb ihres Einflßbereichs entgegengesetzt hat.

"Aufgaben, die viel Verantwortungsbewußtsein erfordern" (ebd., S. XXXII).

Die von den Befragten bekundete Bereitschaft, verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen, ist zwar nicht deckungsgleich mit der tatsächlich in der Arbeit praktizierten Verantwortung, kann jedoch als wichtige Voraussetzung für das tatsächliche verantwortungsbewußte Arbeitsverhalten interpretiert werden. Wie bei PREISENDÖRFER wird die theoretische Variable "Verantwortung" hier als Merkmal der Tätigkeit konzeptualisiert, und nicht als das subjektive Pendant auf seiten des Positionsinhabers "Verantwortlichkeit" (ebd., S. 11). Die von ihm vorgeschlagene Operationalisierung der "objektiven Verantwortung" in der Arbeit durch die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Schäden im Fall von Arbeitsfehlern (ebd., S. 106) zielt auf eine ähnliche Dimension der Arbeit wie die Konzeptualisierung der hier zugrundegelegten Variable "Aufgabenorientierung". Erfäßt werden soll die sachgerechte und damit produktive, bei wachsender Kapitalintensität des Arbeitsplatzes wichtiger werdende, Sachschäden des Arbeitsmittels oder Qualitätseinbußen des Arbeitsprodukts vermeidende Ausführung der Arbeit.

Ein solcherart als Tätigkeitsmerkmal konzeptualisierter Verantwortungsbegriff wird allerdings durch die in den ALLBEN erfragte personen- und nicht arbeitsbezogene, selbstzugeschriebene Verantwortung nicht valide erfaßt. Gleichwohl können dessen Ergebnisse Hinweise auf die tatsächlich in der Erwerbsarbeit praktizierte Verantwortung und damit Aufgabenorientierung der Arbeit in Abhängigkeit von hier ebenfalls verwendeten Variablen geben.

Die ALLBUS-Ergebnisse zur Abhängigkeit der Verantwortungsorientierung von der beruflichen Stellung stützen nun die obigen Vermutungen über die Dominanz von aufgabenorientierten Arbeitsmustern bei Selbständigen:

Während von allen Vollerwerbstätigen berufliche Verantwortung 1980 von 66 und 1982 von 62,3% für "wichtig" bzw. "sehr wichtig" (auf

einer 7-Skala) gehalten wurde, übertrafen die Selbständigen diesen Durchschnitt um 8,9% bzw. 1982 um 13,6% (ebd., S. 159) (24).

Unter den Selbständigen wiederum werteten am deutlichsten diejenigen berufliche Verantwortung auf, die in diese Stellung ohne formellen (Hochschul)abschluß gelangten: 77,8% 1980 bzw. 80,7% 1982 dieser Selbständigen hielten sie für mindestens wichtig bei der Arbeit. Dies könnte die vermutete besondere Ausprägung der Aufgabenorientierung bei (kleinen) Selbständigen bestätigen, die über die familiäre Zuteilung der Position auf ihren Arbeitsplatz alloziert werden (vgl. S. 109 ff.).

3.2.2. Der Wandel in der Struktur der Arbeitsformen innerhalb der Erwerbstätigkeit von 1973 bis 1983: Verschiebung von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit auf abhängige Beschäftigung

Im folgenden soll nun für den Zeitraum 1973-1983 (1982) anhand der Zeitreihen, die die integrierte Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamts ausweist, der absolute Rückgang der Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen als das wesentliche Element des Wandels der Erwerbsstruktur dargestellt werden.

Tab. 22: Der Rückgang von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 1973-1982 nach dem Inländerkonzept. In 1000 (25).

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Selbständige	2518	2487	2445	2402	2379	2361	2372	2161	2326	2329
Mithelfende Familienangehörige	1498	1438	1351	1250	1139	1074	1008	955	920	884

(24) Die kontroverse Interpretation des Befunds, daß die signifikant überdurchschnittliche Verantwortungszuschreibung nur legitimatorische Funktionen für die höheren beruflichen Positionen erfüllt, ist allerdings nicht völlig auszuschließen.

(25) Nach: STAT. BUNDESAMT 1983a, S. 98. Die Erwerbstätigenzahlen für 1971-1981 wurden in der vom STAT. BUNDESAMT revidierten Fassung wiedergegeben. Vgl. FN 40 auf S. 175.

Für 1983 schätzt der SVR 1983 (S. 67), daß die Zahl der Selbständigen kaum noch zurückgegangen ist. Das IAB weist - bei geringfügig abweichendem absoluten Niveau in den Jahren seit 1981 - für 1983 einen nur noch schwachen Rückgang der nicht abhängigen Erwerbstätigkeit von 14.000 aus (vgl. BACH et al. 1983b, S. 333).

Auf Grundlage dieser Originaldaten ergeben sich nach eigenen Berechnungen folgende interessante Ergebnisse:

Zwischen den Jahresdurchschnitten 1973, dem Beginn des Rückgangs der gesamten Erwerbstätigkeit und 1982 nahm die Zahl der Selbständigen kontinuierlich, mit Ausnahme der Jahre 1979 und 1982, von 2,5 Mio. auf 2,3 Mio. um 189.000 ab. Das entspricht 7,5% des Stands von 1973. Die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen nahm im selben Zeitraum kontinuierlich und noch weit drastischer ab, nämlich von 1,5 Mio. auf 0,9 Mio. um 614.000. Das sind 41% des Ausgangsstands von 1973 (26).

Insgesamt verloren also im Nettoeffekt in 803.000 Fällen (27) zwischen 1973 und 1982 Personen ihren Arbeitsplatz als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige. Im Vergleich dazu waren es für den Saldo der 3 gegenläufigen Phasen im Zeitraum 1973-1982 (vgl.

(26) Die Datenquelle, auf die die wiedergegebene Statistik beruht, der MZ, gibt für die mithelfenden Familienangehörigen geringfügig, für die Selbständigen etwas stärker abweichende Werte an (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 99). Die Veränderungstendenz geht jedoch auch aus den dort angegebenen Zahlen hervor: So nahm nach dem MZ 1982 die Zahl der Mithelfenden gegenüber 1981 um 8,2% ab, gegenüber 1976 sogar um 30% (WiSta 1983/31/S. 216). Für die Selbständigen ermittelte der MZ 1982 erstmals wieder einen Anstieg um 58.000 gegenüber dem Vorjahr, was auf den jungst einsetzenden Wandel im Erwerbsverhalten v.a. von Jungerwachsenen hindeuten kann.

(27) Die Erwerbsstatistik erlaubt nur Aussagen über die Netto-Veränderungen der Aggregate zwischen den jeweiligen Jahresdurchschnitten, nicht über den Verlauf der Veränderungen zwischen den jeweiligen Zeitpunkten (vgl. 2.3.3.1.). Auch Aussagen über die Gesamtbetroffenheit von Personen sind nicht möglich, da dieselben Personen bspw. mehrfach eine Tätigkeit als Selbständiger beginnen und beenden können.

2.3.2.1.) nur 451.000 abhängig Beschäftigte (das entspricht einem Rückgang von 20% seit 1973).

Der Anteil des Rückgangs aller nicht abhängigen Erwerbsarbeit am gesamten Rückgang der Erwerbstätigkeit im 9-Jahres-Zeitraum der Krise der Erwerbsarbeit um 1,254 Mio. betrug also 64%.

Im Gegensatz zur phasenmäßig unterschiedlichen Entwicklung der abhängigen Erwerbsarbeit verlief der Rückgang der nicht vermarkteten Erwerbsarbeit nahezu kontinuierlich, also auch unabhängig von Schwankungen des formellen Wirtschaftswachstums. Dies deutet darauf hin, daß es sich nicht um eine temporäre Fluktuation, sondern um einen langfristigen Trend des sozialen Wandels der Struktur der Arbeitsformen im formellen Bereich handelt (vgl. die Zusammenfassung des säkularen Wandels in 1.6.2.).

Vergleicht man die Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen seit 1925 (vgl. FN 21) bis 1970 (nach: BRINKMANN G. 1981/Bd. 1/S. 83), sank der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen von 16% auf 10% (1982: 9% - eig. Ber. nach Tab. 22); der der mithelfenden Familienangehörigen von 17% auf 6% (1982: 3% - eig. Ber.), während der Anteil der abhängig Beschäftigten von 67% auf 85% stieg.

Der Trend ist auch in den Ergebnissen der Totalerhebungen der Volks- und Berufszählung aus den Jahren 1961 bis 1970 abzulesen (vgl. WiSta 1973/10/S. 592). Die Zahl der Selbständigen hatte 1970 demnach gegenüber 1961 um 20,6%, die der mithelfenden Familienangehörigen sogar um 37,7% abgenommen, während die Zunahme der Beamten um 25,3% und der Angestellten um 27,7% auf eine starke Tertiarisierung der abhängigen Beschäftigung hindeutet (vgl. 3.4.).

Aufgrund des überdurchschnittlichen Rückgangs der Selbständigen und mithelfenden Erwerbsarbeit verschob sich von 1973-1982 auch die Erwerbsstruktur weiter: Der Anteil der selbständigen und mithelfenden unbezahlten Arbeitsformen an der gesamten Erwerbsarbeit ging in Fortsetzung des säkularen Trends weiter zurück: Kamen 1973 auf einen Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen 5,7 abhängig Beschäftigte, waren es 1982 bereits 7,0.

3.2.3. Der Wandel der Erwerbsstruktur als Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit: Zunehmende Belastung des Arbeitsmarkts durch Vermarktung der Erwerbsarbeit. Die qualitative Dimension dieses Wandels: Verschiebung im Verhältnis zwischen produktiver, z.T. unbezahlter Arbeit und bezahlter, abhängiger Arbeit

Aus den o.g. Daten geht hervor, wie bedeutend der Anteil des Rückgangs der selbständigen und v.a. der mithelfenden Erwerbsarbeit an der Entstehung der Massenerwerbslosigkeit seit 1974 in der Bundesrepublik war (Netto-Zuwachs an registrierten Arbeitslosen von 1973 bis 1982: 1,56 Mio.).

Zwar ist zu beachten, daß die Personen, die aus nicht-abhängigen Arbeitsplätzen ausscheiden, nicht zu 100% in den Status von Erwerbslosen überwechselten. Gerade bei Selbständigen war der Rückgang in den Altersgruppen über 60 nach den MZ-Daten besonders stark und von daher ist eine teilweise Entlastung des Arbeitsmarkts durch den Übergang in den Ruhestand anzunehmen (Allerdings wuchs im selben Zeitraum die Zahl der gesamten Erwerbsarbeit-Suchenden per Saldo um 306.000 - vgl. Tab. 4).

Der immer noch beträchtliche Rest der aus selbständiger oder mithelfender Erwerbstätigkeit freigesetzten Personen drängte auf den Arbeitsmarkt, um abhängige Erwerbsarbeit zu suchen und verdrängte - sofern dies gelang - andere Personen in die Erwerbslosigkeit. Der auch in der letzten Dekade noch wirksame Vermarktungsprozeß der Erwerbsarbeit vernichtete also in dem 9-Jahreszeitraum für rund 0,8 Mio. Personen Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen der eigenen Familienwirtschaft oder als Selbständige. Die Bedeutung der abnehmenden Arbeitsplätze des Arbeitsmarkts im engeren Sinn, wo im gleichen Zeitraum im Nettoeffekt 0,451 Mio. Arbeitsplätze verloren gingen, die in der öffentlichen Diskussion immer im Mittelpunkt steht, wird damit in eine neue Größenordnung gerückt.

Der durch die Vermarktung dieser Arbeitsformen bewirkte quantitative Zuwachs an Beschäftigungsansprüchen auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch nur die eine Dimension, worin der Wandel der Erwerbsstruktur zur Hervorbringung von Erwerbslosigkeit beiträgt. Ebenso wichtig dafür ist der qualitative Wandel in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der sich in ersterem nur manifestiert (vgl. 1.6.).

Wenn die in 1.6. zusammengefaßten Vermutungen über die je nach der Stellung im Erwerbsleben unterschiedlichen Arbeitsmuster zutreffen (vgl. 3.2.1.1.), bedeutet die Zunahme der Abhängigen-Quote an der Gesamtbeschäftigung einen Rückgang von Arbeitsformen, für die Aufgaben- und Bedürfnisorientierung überwiegen. Damit wächst für das gesamte Beschäftigungssystem das Risiko von anomistischer Arbeitsteilung (vgl. 1.4.) und Erwerbslosigkeit - in dem Maß, wie in der immer bedeutenderen abhängigen Arbeit statt produktiver Tätigkeit nur konsumtive Beschäftigung erfolgt.

Eine Dimension dieses Wandels in der Arbeitsteilung besteht dabei in der durch den drastischen Rückgang der mithelfenden Arbeit von Familienangehörigen bewirkten Verschiebung im Verhältnis zwischen insgesamt geleisteten Arbeitsvolumen und beanspruchten Geldeinkommen, das von einer relativ wachsenden Zahl von Beschäftigten gefordert wird.

Die vergangenen 32 Jahre von 1950 bis 1982 und insbes. die letzte Dekade in der Bundesrepublik waren Zeiträume, in denen sich in historisch einzigartiger Geschwindigkeit ein Wandel in der Arbeitsteilung und hier v.a. in der Erwerbsstruktur vollzog (vgl. MÜLLER 1983a, S. 7). Seit 1950 ging der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen, der wie bereits 1925 (BRINKMANN, G. 1981, 1/S. 83) bei 16% lag, auf 9% im Jahr 1982 zurück. Das relative Gewicht der mithelfenden, unbezahlten Arbeit ging ebenfalls von 16% 1950 (1925: 17%) sogar auf 3% 1982 zurück. Die letzten 30 Jahre und für mithelfende Familienangehörige besonders die letzte Dekade waren also eine Phase außerordentlich hoher inter- und intragenerationeller Mobilität im Erwerbsstatus.

Für die Frauen (vgl. 4.4. und Tab. 1) ist diese Umschichtung der Arbeitsformen noch sehr viel dynamischer vor sich gegangen als für Männer. Der verspätete Einbezug des Großteils der Frauen in abhängige, außerhäusliche Arbeitsverhältnisse ist als cultural lag gegenüber der säkularen Vermarktung zu interpretieren und wurde deshalb im Vergleich zu den Männern in sehr viel kürzerer Zeit nachgeholt.

Damit trifft für diese Phase zu, was DURKHEIM als Bedingung für die Entstehung von anom ischer Arbeitsteilung (vgl. 1.4.) am Beispiel der ersten "industriellen Revolution" als raschen Strukturbruch der Arbeitsteilung ausführt:

"Tiefe Veränderungen sind in sehr kurzer Zeit in der Struktur unserer Gesellschaften eingetreten. Sie haben sich mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß vom segmentären Typus befreit, wofür die Geschichte kein anderes Beispiel bietet. Folglich ist die Moral, die diesem Sozialtypus entsprach, zurückgegangen, ohne daß sich die neue genügend rasch entwickelt hat, um den Raum zu füllen, den die andere in unserem Bewußtsein leer gelassen hat. ... Andererseits haben die Funktionen, die sich im Verlauf des Umschwungs voneinander getrennt haben, keine Zeit gehabt, sich einander anzupassen; das neue Leben, das sich plötzlich losgelöst hat, hat keine Zeit gehabt, sich zu organisieren..." (DURKHEIM 1977, S.449).

Die Qualität dieses raschen Strukturwandels der Arbeitsformen läßt sich grob als Vermarktung innerhalb der Erwerbsarbeit zusammenfassen: Die Chancen der Verwertung beruflicher Fähigkeiten werden für zunehmend mehr Personen zum bestimmenden Merkmal für ihre Güterversorgung, ihre Lebensstellung und ihr inneres Lebensschicksal (vgl. WEBER 1964, § 24 zur "freien Berufsteilung").

Mit der Durchsetzung des Allokationsprinzips "Arbeitsmarkt" verbunden war ein Prozeß der Segmentalisierung des Lebenszusammenhangs (28), der Trennung der Bereiche von Familie und Erwerbsarbeit und

(28) PARSONS und SMELSER zeigten in ihrer strukturell-funktionalen Untersuchung über "Economy and Society" 1956, wie das ökonomische System als eigenständiges Handlungssystem aus dem umfassenden Lebenszusammenhang ausdifferenziert wird.

damit der Auflösung der unmittelbaren Einheit von Produktion und Konsum durch den familienintegrierten Arbeitsort.

Alle Momente des von WEBER analysierten Rationalisierungsprozesses der Arbeit: die zunehmende Durchsetzung von zweckrationalen Beziehungen durch die Herauslösung der Arbeit aus dem familiären Zusammenhang, die zunehmende großbetriebliche Arbeitsorganisation, die Durchsetzung rationaler Rechnungs- und Betriebsführung bei immer mehr Selbständigen, der zunehmende Einsatz von Technik bedeuten nun keineswegs, daß damit eine Emanzipation der Arbeit vom Bedürfnis notwendig ist (vgl. 1.4.). Für eine funktionierende Arbeitsteilung, also für die Vermeidung von Erwerbslosigkeit, werden vielmehr neue Bedingungen relevant (vgl. S. 70 ff.).

3.2.4. Einflußgrößen für den Rückgang an selbständiger und mithelfender Erwerbsarbeit

Die zentralen statistisch faßbaren Einflußgrößen für den starken Rückgang der Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen liegen v.a. in zwei Dimensionen des eben skizzierten Wandels der Arbeitsteilung:

1. im Rückgang der Erwerbstätigkeit, die im "primären Sektor", v.a. in der Landwirtschaft eingesetzt wurde und
2. im damit korrespondierenden Wandel der Struktur der Betriebsgröße, der einen qualitativen Wandel innerhalb der Kategorie "Selbständige" indiziert.

3.2.4.1. Der absolute und relative Abbau der Arbeit in der Landwirtschaft

Vom Rückgang an 189.000 selbständigen Existenzen zwischen 1973 und 1982 (s. Tab. 22) ging ein Anteil von 160.000 auf den Wirtschaftsbereich "Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei"

zurück (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 98). In diesem Bereich lag die Abnahme der selbständigen Erwerbstätigkeit mit 24% weit über dem Durchschnitt von 7,5%. Der Bereich der Dienstleistungen bot sogar 65.000 Personen mehr die Möglichkeit zur Unternehmensgründung (ebd.).

Begleitet war der Rückgang von selbständigen Kleinbauern in dieser Zeit von einem entsprechenden Rückgang der ihnen mithelfenden Familienangehörigen um 377.000 (ebd.).

So betrug der Rückgang der gesamten Erwerbstätigkeit im Bereich Landwirtschaft von 1973 bis 1982 542.000 (ebd.).

Die Veränderung des Verhältnisses von unbezahlter mithelfender und selbständiger Arbeit zur bezahlten abhängigen Arbeit läßt sich damit auch im sektoralen Strukturwandel der Beschäftigung wiederfinden. Erwerbsarbeit im primären Sektor, wo traditionell der Form von Arbeit für die eigene Versorgung und der Mithilfe von Familienangehörigen eine höhere Bedeutung zukommt als bei der Arbeit im gewerblichen Sektor oder im Dienstleistungsbereich wurde konstant, auch über die Phase der Zunahme der gesamten Erwerbsarbeit 1977-1980, abgebaut.

Tab. 23: Die Entwicklung des Anteils der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Erwerbstätigkeit von 1950-1982 in% (29)

Jahr	
1950	24,6
1960	13,7
1965	10,7
1970	8,5
1973	7,1
1982	5,4

(29) Zahlen bis 1973 nach eig. Ber. nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 5, ab 1973 nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 98.

Welchem Wirtschaftsbereichen der sektorale Strukturwandel der Beschäftigung in den letzten 10 Jahren zugutekam, weist die auf MZ-Daten (30) beruhende folgende Tabelle aus.

Tab. 24: Vergleich des Erwerbstätigenanteils der Wirtschaftsbereiche zwischen April 1972 und April 1982(31)

Wirtschaftsbereich	1972	1982
	%	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	7,2	5,0
Produzierendes Gewerbe	48,1	43,8
Handel und Verkehr	17,8	17,7
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	26,9	33,5
Insgesamt	100,0	100,0

Jeder 3. Erwerbstätige arbeitete im April 1982 also für Dienstleistungen, während dieser Anteil noch vor 10 Jahren bei rund 27% lag. Ab 1970 gingen die absoluten Zuwächse in der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik nur noch in diesen Bereich, während die Industrie auch absolut an Erwerbstätigen verlor. Auf den wachsenden Anteil der Beschäftigung für den Staat unter den Zuwächsen für Dienstleistungen wird in 3.4. näher eingegangen.

In dem enormen Zuwachs des Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungssektor reflektiert sich u.a. die mit der Frauenarbeit (vgl. 4.4.) expandierende Verlagerung von Produktion in der Familie in das erwerbswirtschaftliche System, ohne daß damit ein problemloser quantitativer Ausgleich und eine Äquifunktionalität von beiden Formen von Arbeit behauptet werden sollen (Im Gegenteil: vgl. 3.3.3.).

(30) Diese weisen zwar für das absolute Niveau des Aggregats Erwerbstätigkeit überhöhte Werte aus (vgl. 2.2.), sind aber für Informationen über die relativen Anteile im Querschnittsvergleich und deren Veränderungen durchaus aussagefähig.

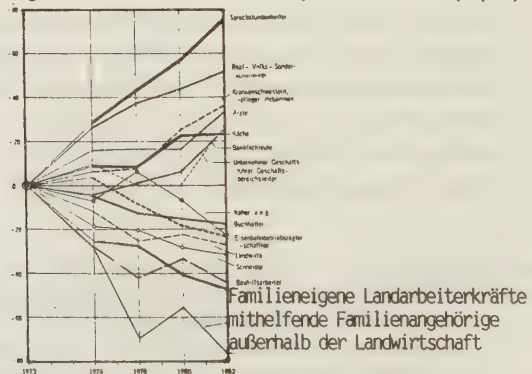
(31) Übernommen aus WiSta 1983/3/S. 216.

Dieser sektorale Strukturwandel der Erwerbstätigkeit läßt sich an der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Berufsordnungen im hier interessierenden Zeitraum 1973-1982 nachweisen (vgl. auch SVR 1983, S. 295, Tab. 17). Die MZ-Konzeption erlaubt eine solche Disaggregation der Erwerbstätigkeit nach ihrer beruflichen Gliederung.

Tab. 25: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Berufsordnungen und -abschnitten im primären Sektor und im Dienstleistungsbereich von 1973 bis 1982 (32)

	Netto-Veränderungen 1982 gegenüber 1973 in %
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	- 29,5 %
Familieneigene mithelfende Landarbeitskräfte	- 47,0 %
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft	- 76,0 %
allgem. Dienstleistungsberufe	+ 49,5 %
Sozial- und Erziehungsberufe	+ 38,7 %

Schaubild Nr.11: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Berufsordnungen in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich von 1973-1982 (nach MZ-Daten) (33)



- (32) Als Ausschnitt z.T. übernommen aus WITSA 1983/8/S. 615. Angaben für Berufsordnungen eig. Ber. nach ebd., S. 617.
 (33) Übernommen aus: ebd., S. 617.

Tab. 25 und Schaubild 11 zeigen den drastischen Rückgang der Erwerbsarbeit in landwirtschaftlichen Berufen und die ebenso drastische Zunahme der abhängigen Beschäftigung in den "neuen Dienstleistungen" seit 1973. Während in diesem Zeitraum der Erwerbstätigenstand in den haushaltsintegrierten persönlichen Dienstleistungen weiter zurückging (vgl. Tab. 1), im Handel und Verkehr, in den traditionellen personenbezogenen außerhäuslichen Dienstleistungen und in der öffentlichen Verwaltung eher stagnierte, beschäftigten der Staat (34) bzw. "Organisationen ohne Erwerbscharakter" in zunehmendem Maß mehr Personen in den neuen, d.h. wohlfahrts- und bildungsstaatlichen Dienstleistungen (vgl. 3.4.).

Der hier mit einigen Daten belegte Wandel der sektoralen und berufsstrukturellen Verteilung soll wiederum für einen zugrundeliegenden qualitativen Wandel in der sozialen Arbeitsteilung stehen: Arbeit in der Landwirtschaft, geleistet von kleinen Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, weist nämlich - einmal abgesehen von verzerrenden Eingriffen des Staats bspw. durch Mindestpreis-Garantien innerhalb des EG-Agrarmarkts - strukturelle Analogien zu den Arbeitsaufgaben und -mustern unbezahlter familialer Arbeit auf (vgl. 1.3.1.2.): Ihr Arbeitsgegenstand sind wie in jenem Fall unaufschiebbare, immer wiederkehrende, durch natürliche Abläufe bestimmte Notwendigkeiten, die ein anderes Bearbeitungs muster verlangen als die großbetriebliche Herstellung von Waren. Analog wie bei familialer Arbeit ist die Arbeit auch hier unmittelbar auf "Bedürfnisse" bezogen und mit ihnen rückgekoppelt - wieder abgesehen von Verzerrungen der Produktion durch staatliche Ankaufstellen für Garantiemengen.

Der Rückgang der Arbeit in diesem Bereich ist also der Tendenz nach gleichbedeutend mit dem Schwinden aufgaben- und bedürfnisorientierter Arbeitsformen.

(34) Mit diesem Begriff wird i.F. kürzelhaft die Definition der amtlichen Statistik "Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen" bezeichnet.

3.2.4.2. Zunehmende Konzentration der Erwerbsarbeit auf sekundäre Großorganisationen: Tendenzen zur Bürokratisierung und Überwiegen des "persistenten Elements". Gegentendenzen in den letzten Jahren

Im Konzentrationsprinzip, einem Strukturmerkmal des o.g. Vermarktungsprozesses, ist die zweite wesentliche Einflußgröße für den absoluten und relativen Rückgang der Selbständigen und der von ihnen abhängigen mithelfenden Familienangehörigen zu sehen.

In zunehmendem Maß wird die moderne Arbeitswelt von sekundären Großorganisationen bestimmt und die alten primärgruppenhaften Einheiten wie kleine Handwerks- und landwirtschaftliche Betriebe verschwinden mit ihren selbständigen Eigentümern und deren mithelfenden Familienangehörigen (35).

Der Wandel der Betriebsgrößenstruktur hängt eng mit dem dargestellten Abbau der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft zusammen. Gab es 1949 noch 1,554 Mio. Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 0,5-10 ha nahm deren Zahl bis 1973 (dem letzten Jahr, worüber noch Daten verfügbar waren) auf 682.000 ab, die der Betriebe mit 100 und mehr ha von 2971 jedoch auf 3.598 zu (nach: STATISTISCHES JAHRBUCH für die Bundesrepublik Deutschland 1974, S. 160, zit. nach SCHÄFERS 1976, S. 154).

Bezogen auf die gesamte Wirtschaft ist ein ähnlicher Konzentrationsprozeß zu belgen: Waren 1882 noch rund 64% aller Erwerbstätigen in Arbeitsstätten mit maximal 5 Personen beschäftigt (36), waren 1970 nach den aktuellsten verfügbaren Daten der letzten Arbeitsstättenzählung (37) nur noch 2,5% aller Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft in Ein-Mann-Betrieben und 19,5% in 2-9-Mann-Unternehmen beschäftigt.

(35) KREUTZ 1980b (S. 4 ff.) hat darauf hingewiesen, daß in dieser Spannung zwischen den gegensätzlichen Verhaltenshorizonten der Primärgruppen und der sekundären Großorganisationen auch eine immer wichtiger werdende - krisenhafte - Vermittlungsaufgabe für die Jugendphase liegt.

(36) Nach ZEI FANG 1981, S. 110, zit. nach MÜLLER 1983 a, S. 6.

(37) Zit. nach BRINKMANN, G. 1981/1/S. 87.

Dagegen vereinigten 1970 die Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten 31,2% aller Erwerbstätigen auf sich (BRINKMANN, G. 1981/1/ S. 87). Gegenüber 1961 war die Anzahl aller Unternehmen um 284.000 gesunken (ebd.). Dies betraf fast ausschließlich die Ein-Mann-Unternehmen, also die Vernichtung der Arbeitsmöglichkeiten von Selbständigen.

In der Privatwirtschaft hat also der Konzentrationsprozeß die Vermarktung der Arbeit vieler ehemals Selbständiger hervorgebracht.

Neben den Großunternehmen in der Privatwirtschaft ist es die Ausweitung des öffentlichen Dienstes v.a. in den 70er Jahren (vgl. 3.4.), die zur Dominanz von bürokratischen Großorganisationen in der Erwerbsarbeit geführt hat. 1982 arbeiteten 18% aller beschäftigten Arbeitnehmer für den Staat (eig. Ber. nach: SVR 1983, S. 295).

Das Größenwachstum der Organisationen der Erwerbsarbeit und damit die Herausbildung von bürokratischen Tendenzen auf der einen Seite, die damit bewirkte Verdrängung von kleinen Arbeitsstätten mit ihren selbständigen Eigentümern samt Familienangehörigen dürfte sich nach der oben referierten Datenlage auch zwischen 1973 und 1983 fortgesetzt haben. Im produktiven Gewerbe gab es 1982 gegenüber 1973 52.000 weniger Selbständige, im Handel 42.000 weniger (eig. Ber. nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 98).

Der Wandel der Betriebsstruktur bringt nicht nur die Vermarktung der Arbeit der Zwischenstufen zwischen abhängiger Erwerbsarbeit und familialer Arbeit und damit zusätzliche Belastungen des Arbeitsmarkts über eine Vergrößerung des Erwerbsarbeits-Angebots mit sich. Diese Verschiebung auf abhängige Arbeit in großbetrieblichen Organisationen bedeutet auch die Herauslösung von immer mehr gesellschaftlicher Arbeit aus Arbeitsplätzen, die um den Kern eines Familienhaushalts organisiert waren (vgl. 1.6.).

Was der Konzentrationsprozeß für die qualitative Zusammensetzung der ökonomischen Elite bedeutet, die in einer Marktwirtschaft hauptsächlich von den privaten Eigentümern der Arbeitsmittel, aber auch in zunehmendem Maß von öffentlichen Arbeitgebern gebildet wird, darüber sind in 1.4. zu den begrifflich-idealtypischen Unterscheidungen von "Rentiers" und "Spekulanten" einige Vermutungen angestellt worden (vgl. S. 72 ff.). Danach spricht - nach dem Ansatz von PARETO - einiges dafür, daß die wirtschaftliche Krise seit 1974 nicht nur einen absoluten Rückgang von Selbständigen, sondern damit auch einen qualitativen Wandel des Zusammenhangs der ökonomischen Elite involvierte.

Die zunehmende Größe der ihrer Zahl nach geringer werdenden Unternehmen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich könnte auf eine Zunahme des "Rentier-Typs" in der Unternehmensführung, also des "persistenten Handlungstyps" in der ökonomischen Elite hindeuten. Für die hier interessierende Fragestellung hieße das: Die Unbeweglichkeit von bürokratischen Großorganisationen, die Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit zunehmend dominieren, v.a. des Staats als größtem Arbeitgeber, verhindert tendenziell die in einer Marktwirtschaft notwendige Flexibilität in der Abstimmung zwischen Produktion und Bedürfnis und führt so zu fehlgeleiteter, unproduktiver Arbeit und zu dem Risiko von Erwerbslosigkeit als Ausdruck dieser "anomistischen Arbeitsteilung" (vgl. Kap. 1.4. - "Form" 2.3.).

Im DURKHEIM'schen Konzept läßt sich die Bedeutung von Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Unternehmensführung für das Funktionieren der Arbeitsteilung folgendermaßen charakterisieren:

Spezialisierung, d.h die Variation und Differenzierung von Produkten und Produktionsmethoden einerseits, von Qualifikationen andererseits sind die Mechanismen, die es den Individuen und Organisationen in der Arbeitsteilung erlauben, den Druck wachsender

Konkurrenz zu bewältigen, indem sie neue Positionen in der Arbeitsteilung schaffen (vgl. S. 62 ff.). Produkt- oder Prozeßinnovationen, die es Unternehmen gestatten, ihre Position in der Arbeitsteilung zu behaupten oder zu verbessern, sind dafür ebenso Beispiele wie das Erlernen neuer oder erweiterter Qualifikationen durch Arbeitnehmer, was ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Im weiteren soll dieser Anpassungsmechanismus auf Betriebe beschränkt werden, die in der modernen Arbeitswelt die familiäre und familienwirtschaftlich integrierte Erwerbsarbeit zurückgedrängt haben.

Wenn Variation und Differenzierung der Leistungen in einem umfassenden Sinn - auch im Rahmen der Analyse von PARSONS - die Verhaltensmechanismen sowohl der Organisationen als auch der einzelnen Handlungsträger im Beschäftigungssystem sind, um in einer sich stets wandelnden Umwelt zu überleben (vgl. BÜSCHGES 1984, S. 1), bedarf es dazu einer elementaren Fähigkeit, auf die PARETO mit seiner Definition des "kombinatorischen Elements" abzielte (vgl. S. 73).

Das Ausfüllen einer sinnvollen produktiven Position in der Arbeitsteilung, die nicht durch bloße Machtansprüche abgesichert ist, die einen produktiven Beitrag überflüssig machen, hängt damit am Vorhandensein dieser Innovationsfähigkeit.

"Die Eröffnung neuer, fremder oder einheimischer Märkte und die organisatorische Entwicklung vom Handwerksbetrieb und der Fabrik zu solchen Konzernen wie dem US-Steel illustrieren den gleichen Prozeß einer industriellen Mutation - wenn ich diesen biologischen Ausdruck verwenden darf -, der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft. Dieser Prozeß der schöpferischen Zerstörung ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum. Darin besteht der Kapitalismus und darin muß auch jedes kapitalistische Gebilde leben" (H.v.m.) (SCHUMPETER 1975, S. 137 f.).

Die hier vorgelegte These ist nun, daß der oben grob skizzierte säkulare Modernisierungsprozeß der Erwerbsarbeit, der zur Konzentration der Arbeit auf immer weniger und größere Organisationen führt, damit zugleich ein wesentliches Innovationshemmnis schafft.

Auf diese Weise können - wie auch KREUTZ/BOSS 1982 (S. 494) vermutet haben - in einer bestimmten Bedingungskonstellation verschiedene Dimensionen des sozialen Wandels miteinander in Konflikt geraten: Die großbetriebliche Arbeitsweise, die einhergeht mit einem zunehmenden Staatsanteil (vgl. 3.4.), kann die für weitere produktive Arbeit notwendige Innovationsfähigkeit dadurch blockieren, daß sie die Dominanz des "Rentier-Typs" in der Unternehmensführung fördert. So kann die Bejahung technischen Fortschritts durch die Arbeitgeber (vgl. ebd.) durchaus mit einer innovationshemmenden Praxis zusammengehen.

Die historische Entwicklung der Technologieförderung im letzten Jahrzehnt, die Versäumnisse im internationalen Vergleich v.a. zu den USA und Japan, könnten den hier vermuteten Zusammenhang zwischen Bürokratisierung von Großorganisationen der Arbeit und Innovationshemmnissen teilweise belegen.

Im den im letzten Abschnitt beschriebenen Dimensionen des Vermarktungs- und Bürokratisierungsprozesses der Arbeit in den letzten 30 Jahren wird freilich nur eine Entwicklungslinie und nicht ein universelles "irreversibles" Entwicklungsgesetz der Arbeit deutlich.

Wie die Daten der integrierten Erwerbsstatistik seit 1982 andeuten (vgl. 3.2.2.), ist seitdem ja der Prozeß des Rückgangs der Selbständigen zum Stillstand gekommen. Die MZ-Daten weisen für den April 1982 sogar einen Anstieg um 58.000 Selbständige aus (vgl. Wista 1983/3/S. 216). In engerem Zusammenhang steht diese Entwicklung mit der Zunahme "alternativ organisierter" Arbeit (vgl. 3.3.2.). Offenbar hat sich die Orientierung zur Erwerbsarbeit v.a. unter den von den Arbeitsmarktproblemen betroffenen Berufsanfängern geändert. Immer mehr, v.a. junge Menschen streben in den letzten Jahren - z.T. erfolgreich - wieder die Arbeitskarriere als Selbständiger an (vgl. MERTENS 1980, S. 151). Dies nicht zuletzt wegen der Persönlichkeit und Aufgabenorientierung mehr Raum gebenden Arbeitsmuster, die diese Arbeitsform auszeichnen.

V.a. im Jahr 1979 kommt es zu einem kräftigen Anstieg der Nachfrage nach Erwerbsarbeit um 340.000, einschließlich der offenen Stellen um 398.000. Der SVR 1979 weist darauf hin (S. 58 ff.), daß in einigen Branchen, bes. in den Bauberufen, der weitere Aufschwung durch Engpässe im Angebot an nachgefragten Qualifikationen behindert wurde. In 62 von 328 Berufsgruppen, v.a. bei Facharbeitern, gab es im Mai 1979 einen Überhang der offenen Stellen über die entsprechende Zahl der Arbeitslosen. D.h., daß der Anteil der Erwerbslosigkeit, der nicht auf ein globales Defizit der Nachfrage, sondern auf Strukturdiskrepanzen zwischen Nachfrage und Angebot an Arbeit zurückgeht, zunehmend ins Gewicht fällt. Allerdings liegt die Zunahme der insges. gemeldeten offenen Stellen auf 304.000 im JD nur um 68.000 über dem Rezessionsjahr 1975.

2.3.2.1.3. Die 3. Phase 1980-1983 (JD): Erhöhte Erwerbsbeteiligung und Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit - Zunehmende Schere zwischen Ansprüchen an und Möglichkeiten des Beschäftigungssystems

In der 3. Phase setzt sich das Wachstum der in das Erwerbsleben drängenden Bevölkerung fort, wenn auch mit fallenden Zuwachsraten und nur mit dem halben Zuwachs der 3-Jahresphase davor mit 254.000 (70) (vgl. Schaubild 9) - gemessen an der Zahl der erhobenen Erwerbspersonen. Zählt man allerdings das mit 253.000 geschätzte starke Wachstum der Stillen Reserve dazu (71), fällt der Anstieg des gesamten Erwerbspersonenpotentials mit 507.000 fast so deutlich aus wie in Phase 2.

Das abweichende Bild, das die Erwerbsstatistik des Mikrozensus (vgl. Schaubild 5 und 6) von der Zunahme der Erwerbspersonen im Jahr 1982 gibt (+ 343.000 im April 1982 gegenüber Mai 1981 im Vergleich zu + 106.000 vom JD 1982 zum JD 1981 in der integrierten Erwerbsstatistik) kommt v.a. durch die konzeptuellen Schwächen bei der MZ-Erhe-

(70) Alle aktuellen Zahlen für 1982, bes. für 1983 und damit auch die Differenzbeträge stehen unter den angegebenen Vorbehalten der Vorläufigkeit.

(71) Die Schätzungen für die Stille Reserve fallen v.a. wegen der Orientierung am Zuwachs der registrierten Arbeitslosen (um 1.369 Mio. Personen) so hoch aus. Allerdings verschiebt sich das Verhältnis der Zuwächse registrierter und verdeckter Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Phase 1 deutlich zugunsten der registrierten.

bung der Erwerbstätigkeit zustande, die für diese überhöhte Werte und damit auch eine um 282.000 geringere Abnahme der Erwerbstätigkeit im Jahr 1982 ausweist. Diese Verzerrung der Erwerbspersonenzahl ist auch bei der Interpretation der MZ-Angaben zur gesamten (v.a. die demographische Komponente darstellenden) Erwerbsquote zu berücksichtigen, die immerhin die Tendenz richtig wiedergibt: Danach stieg der Anteil der Erwerbsarbeit Suchenden an der gesamten Wohnbevölkerung von 43,4% im Jahr 1976 auf 46,0% im Jahr 1982 an (72).

Neben der am stärksten in das Gewicht fallenden demographischen Komponente der veränderten Altersstruktur und der weiter erhöhten Erwerbsbeteiligung der Frauen ist erstmals seit 1977 auch ein Ansteigen der Erwerbsquote der erwerbsfähigen (15-65-jährigen) Männer zu beobachten:

War sie v.a. durch Einführung der flexiblen Altersgrenze von 1970-1977 von 89,1% auf 82,0% gesunken, ließ deren Wirkung in der 2. und 3. Phase deutlich nach, was bis 1982 sogar zu einem leichten Anstieg auf 83,0% führte (73).

Auch bei den Männern kann also seit 1977 eine erhöhte Erwerbsbeteiligung beobachtet werden.

Das Erwerbsverhalten der Bevölkerung löst sich so von den Möglichkeiten des Beschäftigungssystems seit 1980 immer mehr ab, die Schere zwischen Anspruch an und Leistungen des Beschäftigungssystems öffnet sich immer mehr (Schaubild 9). Das Resultat ist eine Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit um 1.369 Mio. bis auf über die 2-Millionengrenze. Nur durch den starken Anstieg der Erwerbsarbeit Suchenden ist es zu erklären, daß 1983 die registrierte Arbeitslosigkeit doppelt so hoch lag wie 1975, obgleich die Zahl der abhängig Beschäftigten annähernd gleich niedrig war (vgl. Schaubild 8).

(72) Nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 7.

(73) Diese Zahlen beruhen auf einem Vergleich der konzeptuell problematischen MZ-Daten der jeweiligen Jahre. Die relativen Veränderungen werden jedoch durch das insges. höhere Niveau der Erwerbspersonenzahl gegenüber der integrierten Erwerbsstatistik nur unbedeutend verzerrt.

geschlossen" werden kann. Sie müssen daher ihrer Natur nach ungenau sein und geben normativen Orientierungen von Forschern und Institutionen viel Raum.

3.3.1. Die Entstehung eines staatlich nicht verzerrten Arbeitsbereichs: Entwicklung der Untergrund-Arbeit als "Produktion" von offizieller Erwerbslosigkeit

Die folgende Darstellung der Entwicklung der informellen, selbstorganisierten Arbeit im letzten Jahrzehnt geht von dem kategorialen Rahmen und der Typologie der Arbeitsmuster aus, die in Kap. 1.5. entworfen wurden. Zunächst soll - parallel zur Gliederung in jenem Kapitel - das Wachstum der Untergrund-Arbeit untersucht werden (vgl. 1.5.1.). Mit der Arbeit im Haushalt und in privaten Selbstorganisationen ist ihr gemeinsam, daß sie in kaum institutionalisierter Form außerhalb des Beschäftigungssystems verausgabt und daher auch nicht von der amtlichen Arbeitsstatistik erfaßt wird. Im Unterschied zu den letztgenannten Formen liegt ihr aber primär eine erwerbswirtschaftliche Motivation zugrunde. D.h. sie bleibt größtenteils gegen Geld-, häufig auch gegen Naturalleistungen getauschte Arbeit. Im Unterschied zur formellen Beschäftigung wird sie jedoch nicht auf den regulären Güter- bzw. Arbeitsmärkten getauscht, sondern auf informellen Märkten und ist so dem Zugriff und der Kontrolle von staatlichen Institutionen und Verbänden der Arbeitsmarkt-Parteien entzogen. In diesem Sinn sind die Arbeitsrollen im Untergrund der offiziellen Wirtschaft (zur Typologie der Erscheinungsformen vgl. Übersicht 3, S. 89) soziale Handlungsformen, die sich den gesetzlich kodifizierten Normen, insbes. der Verpflichtung der Zahlung von Steuern und Sozialabgaben, aber auch den vielfältigen institutionellen und betrieblichen Normierungen von Arbeitsinhalt, -zeit und -bedingungen entziehen, gleich ob dies die manifeste oder latente Funktion der Schwarzarbeit ist.

3.3.1.1. Schwarzarbeit als Tendenz zur Anomie und als Ausdruck der Suche nach neuen Arbeitsformen

Die gesellschaftlich zentralen ökonomischen Regelungsinstanzen - die offiziellen Märkte, der Staat und die Arbeitgeber- und -nehmerverbände können also die Funktionen der Koordination und Orientierung des wirtschaftlichen Handelns nur noch unzureichend erfüllen. Historisch ist dieser Prozeß des Normverfalls stets in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen oder von Kriegen beobachtet worden. Die Entstehung eines informellen Wirtschaftssektors neben der offiziellen Planwirtschaft in Staaten mit zentral gelenkter Wirtschaft wäre ein anderes Beispiel.

Auch die - im letzten Jahrzehnt zunehmende - Erosion der Normen, die Schwarzarbeit als Abweichung definieren, geht auf eine sozialkulturelle Situation der Arbeitsmarktkrise zurück, in der traditionelle Arbeitsrollen und Berufskarrieren für viele Menschen, bes. Berufsanfänger in Frage gestellt wurden. Die Neudefinition von Arbeitsrollen in vielfacher individueller Lebenspraxis, sei es durch unmittelbare Verletzung der Normen wie Schwarzarbeit oder durch Entwicklung von eigenständigen Arbeitsrollen in den "Grauzonen der Erwerbsstatistik", sind individuelle Ausweichstrategien aus dem als krisenhaft perzipierten Arbeitsmarkt.

Auf Schwarzarbeit könnte damit der von DURKHEIM entworfene Analyse-Rahmen zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Krisen und Anomie anwendbar sein.

Am sozialhistorischen Phänomen des Anstiegs der Selbstmordrate in wirtschaftlichen Krisenzeiten - und in Zeiten der Hochkonjunktur - stellte sich DURKHEIM die Frage, wie eine scheinbar nur individuell bedingte Handlung wie der Selbstmord diese "kollektive Regelmäßigkeit" aufweisen kann (DURKHEIM 1973 (1897)). Er unterscheidet drei Arten von Selbstmord, die jeweils eine andere Problematik des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft beleuchten: den egoistischen, den altruistischen und den anomischen Selbstmord. DURKHEIMs besonderes Interesse gilt dem anomischen Selbstmord. Der Zustand der Anomie ist im "Suicide" umfassender definiert als in der "Division du Travail Social".

Während "anormale Arbeitsteilung" in dem letztgenannten Werk nur eine anormale Form neben der "erzwungenen" und der "dysfunktionalen" Arbeitsteilung bezeichnet (vgl. 1.4.), bedeutet "Anomie" im "Suicide" generell Regellosigkeit, was für den Einzelnen Ziel- und Orientierungslosigkeit bewirkt. Alle drei "anormalen Formen der Arbeitsteilung" können zu diesem Zustand sozialer Anomie, also zum Rückgang in der integrativen Kraft des Sozialen führen.

"Wenn in der Gesellschaft Störungen auftreten, sei es infolge schmerzhafter Krisen oder auch infolge günstiger aller allzu plötzlicher Wandlungen, ist sie zeitweilig unfähig, dieser Funktion (Autorität zu zeigen) zu genügen; und daher kommen dann die plötzlichen Steigungen der Kurve der Selbstmordrate..." (DURKHEIM 1973, S. 287 f.).

Die soziale Ordnung versagt also darin, die individuellen Bedürfnisse auf ein erfüllbares Maß zu begrenzen (vgl. ebd., S. 102). Die im Fall von Wirtschaftskrisen nötig werdende Anpassung der Wünsche an die geringer werdenden Beschäftigungsmöglichkeiten erfordert einen Sozialisationsprozeß, der eine gewisse Zeit beansprucht (vgl. S. 66 ff. zur "ersten anormalen Form" der Erwerbslosigkeit). So lange fallen aber die individuellen Erwartungen nach Beschäftigung mit den Möglichkeiten des Beschäftigungssystems auseinander. Die Infragestellung bislang anerkannter Normen, wie z.B. mit der Ausführung einer Arbeitsstelle auch einen finanziellen Beitrag zu den Solidargemeinschaften der Versicherungen zu leisten, das Geltendmachen von Beschäftigungsansprüchen, die jetzt in illegalen Arbeitsverhältnissen verfolgt werden und anderen Personen im Beschäftigungssystem ihren Arbeitsplatz streitig machen, können als historisch-konkrete Erscheinungsformen der von DURKHEIM abstrakt analysierten Anomie vermutet werden.

Die Verschiebung von Arbeit in den Untergrund der Erwerbswirtschaft allein als Normverfall zu begreifen, hieße jedoch, die Ambivalenz von abweichendem Verhalten zu verkennen. Nimmt das

deviante Verhalten, wie i.F. gezeigt, eine bestimmte Häufigkeit und Verteilung in der Bevölkerung an, handelt es sich nicht nur um einen Verfall von bisher gültigen, sondern auch um die Entstehung von neuen Normen. DURKHEIM hat auch auf diese Funktion der Normabweichung für den Wertwandel aufmerksam gemacht:

"Wie oft ist das Verbrechen wirklich bloß eine Antizipation der zukünftigen Moral?" (DURKHEIM zit. nach BERNSDORF 1979, S. 20).

Die Ausbreitung der Untergrundarbeit wie auch der Arbeit in privaten Selbstorganisationen ist aber nicht, wie oft behauptet wird (vgl. VONDERACH 1980) als Abkehr von arbeits- und leistungsgesellschaftlichen Werten zu interpretieren, sondern vielmehr als Füllen der auch hier meist anerkannten Prinzipien mit neuen Inhalten jenseits der etablierten Institutionen und Normierungen der Erwerbsarbeit.

Das Bisherige zusammenfassend läßt sich festhalten:

Das soziale Phänomen, daß immer mehr Menschen versuchen, ihre Arbeit selbst als Schwarzarbeiter zu organisieren, entsteht aus einer Wechselwirkung des sozialkulturellen Wandels in der Arbeitsteilung und individuellen Handlungen. Wachsende Erwerbslosigkeit erzwingt auf der einen Seite, immer kürzere effektive Wochenarbeitszeit auf der anderen Seite (vgl. 3.1.) befördert die Suche nach neuen Arbeitsformen, für die auch der Bruch von gesetzlichen und moralischen Normen in Kauf genommen wird. Die veränderten sozialen Bedingungen "treffen sich darin" mit dem Bedürfnis, außerhalb etablierter Arbeitsorganisationen - und oft getragen von dem Gefühl, darin sinnlose Arbeit zu leisten, eigenverantwortlich produktive Arbeit zu suchen.

3.3.1.2. Drei typische Formen der Untergrundarbeit. Einige Schätzungen zu ihrem Umfang. Schwarzarbeit als Ausweichversuch aus staatlichen Verzerrungen des "sozialen Werts der Arbeit"

Die bisher genannten Entstehungsbedingungen treffen in unterschiedlichem Maß für die verschiedenen Formen der Arbeit im Untergrund zu (vgl. Übersicht 3, S. 89), von denen i.F. die illegale Beschäftigung

von Arbeitnehmern durch Unternehmen ausgeklammert werden soll. Im wesentlichen sind die drei typischen Gruppen zu unterscheiden (vgl. METTELSIEFEN 1982, S. 150):

1. Die sekundär Beschäftigten, d.h. die, die offiziell als Erwerbstätige registriert sind, im Untergrund aber einer zusätzlichen Beschäftigung nachgehen. Darunter wiederum können Arbeitnehmer und selbständig Tätige, letztere v.a. im Handel, Handwerk und Gaststättengewerbe und bei freien Berufen unterschieden werden. Für die Gruppe der Arbeitnehmer, insbes. die anwachsende Gruppe der Teilzeitbeschäftigten, ist die Senkung der effektiven Arbeitszeit auf rund 32 Stunden 1982 eine wesentliche Bedingung für diese Zusatzarbeit.

Die Übergänge der Schwarzarbeit von "Selbständigen" zu alternativen Projekten v.a. in handwerklicher Produktion und Reparaturleistungen, die oft nur lebensfähig sind, weil sie einen Teil der Abgaben hinterziehen oder gar nicht als "Betriebe" behördlich gemeldet sind, sind hier fließend.

2. Die irregulär Beschäftigten: Diese Arbeitnehmer sind gegenüber dem Arbeitgeber oder Arbeitsamt als krank oder arbeitslos gemeldet, gehen aber zugleich einer damit illegalen Arbeit mit Abgabenhinterziehung nach.
3. Die verdeckt Beschäftigten: Sie rekrutieren sich aus den Nicht-Erwerbspersonen, besonders aus dem Kreis der Hausfrauen (rund 90% aller Putzhilfen dürften ohne Quittung arbeiten) (vgl. ebd., S. 149), Studenten und Rentnern. Viele Mitarbeiter alternativer Projekte dürften unter diese Gruppe zu subsumieren sein (vgl. VONDERACH 1980, S. 165). Nur, weil sie formell weiterhin ihre Rolle als Student, Arbeitsloser etc. weiterführen, erhalten sie darauf bezogene Transferzahlungen.

Die zunehmende Schwarzarbeit als Verschiebung eines Teils des Arbeitsvolumens aus großbetrieblichen Arbeitsorganisationen heraus ist wie alle selbst organisierte Arbeit gebunden an bestimmte Voraussetzungen

in der Eigenart der auszuführenden Arbeiten. Verbreitet ist sie in allen Wirtschaftsbereichen, in denen eine hohe Arbeitsintensität im Vergleich zu einem niedrigen Kapitalaufwand nötig ist, also bes. im Handwerk und bei der Bereitstellung arbeitsintensiver Dienstleistungen.

"Although hidden activities may not be large in relation to total GDP, their omission may seriously distort particular components of the national accounts. As regards the industry composition of value added, almost all activities may be understated to some extent by the omission of the hidden economy, but the effects are likely to be most serious for service activities, notably distribution and business and personal services and for construction" (BLADES 1982, S. 29).

Die spekulativen und oft interessengeleiteten Schätzungen der Schwarzarbeit im Handwerksbereich, die in diesem Zusammenhang zitiert werden, bewegen sich in der Größenordnung von ca. 10% des offiziellen Gesamtsatzes der gesamten Handwerkerschaft (vgl. METTELSIEFEN 1982, S. 150).

Schwarzarbeit im Baubereich findet v.a. in Form illegaler Leiharbeit und Ausländerbeschäftigung statt. Der Umfang letzterer wird vom Internationalen Arbeitsamt Genf 1977 auf rund 200.000 - 300.000 Personen geschätzt (nach FREY 1982, S. 157).

Der statistisch ausgewiesene Rückgang von 1,91 Mio auf 1,75 Mio. Beschäftigte im Baugewerbe von 1973-1982 (eig. Ber. nach SVR 1983, S. 295), also um rund 160.000 Beschäftigte, die Freisetzung von ebenso vielen Arbeitslosen könnte teilweise durch diese verstärkte illegale Ausländerbeschäftigung zustande kommen.

Auf welche Weise kann nun der Umfang der gesamten Untergrundarbeit näherungsweise ermittelt werden? Aufgrund ihrer Eigenart, sich der statistischen Registrierung zu entziehen, sind nur nicht-objektive und präzise Verfahren, also spekulative Schätzungen möglich.

Von FREY 1982 (S. 158 ff.) und METTELSIEFEN 1982 werden die vier möglichen Ansatzpunkte einer empirischen Erfassung mit ihren konzeptuellen Schwächen diskutiert, von denen hier der für meine Fragestellung wichtigste herausgegriffen werden soll:

Der Ansatz, der die Arbeitsmarkt-Verhältnisse betrachtet (FREY 1982, S. 169) geht davon aus, daß ausschließlich im Untergrund Arbeitende als Nicht-Erwerbspersonen erfaßt werden. Eine niedrige und/oder abnehmende Erwerbsquote kann daher Hinweise auf den Umfang des Untergrundsektors geben:

So betrug in Italien 1975 die Erwerbsquote (vgl. 4.2.; Verhältnis von Erwerbspersonen zur Wohnbevölkerung) nur 35% im Vergleich zu durchweg höheren Erwerbsquoten vergleichbarer Industrieländer, bspw. zu 43,4% in der Bundesrepublik und 48% in Japan. Macht man die problematische Unterstellung von vergleichbaren Bedingungen der Erwerbstätigkeit in diesen Ländern, folgt daraus, daß ein beachtlicher Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung in Italien - rund 6 Mio. werden geschätzt - schwarz arbeiten (nach ebd.). Allerdings sind damit alle sekundär und irregulär Beschäftigten (s.o.) noch nicht erfaßt.

So problematisch dieser Ansatz auch ist, sein Ausgangspunkt dürfte stimmig sein:

Je geringer die zeitliche Beanspruchung einer Gesellschaft durch formelle Erwerbsarbeit ist, desto höher ist wahrscheinlich der Anteil der Untergrundarbeit.

D.h.: Sowohl die Senkung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit je Beschäftigten auf ca. 32 Stunden als auch der Anstieg auf rund 2,25 Mio. registrierte Arbeitslose 1983 als auch die Verkürzung der Lebens-Erwerbsdauer, d.h. Freisetzung von gesamtgesellschaftlich gesehen mehr Schülern und Studenten und mehr Rentnern von Erwerbsarbeit stellen positive Voraussetzungen für die Aufnahme einer schwarzen Beschäftigung dar.

Ob diese zeitlichen Voraussetzungen so genützt werden, hängt von der Orientierung der fraglichen Personen zur Aufnahme von zusätzlicher illegaler Arbeit ab.

Die statistisch ermittelten Zahlen an Erwerbspersonen dürften daher auf jeden Fall ein verzerrtes Bild von der wirklichen Beschäftigung wiedergeben:

Nach einer Veröffentlichung der ILO wurde die Zahl der schwarz Arbeitenden 1977 in der Bundesrepublik auf rund 700.000 Personen geschätzt (ebd., S. 157), wobei das Schätzverfahren nicht angegeben wurde. Das hieße, daß bei einer registrierten Arbeitslosigkeit von damals rund einer Million das Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit um ein Vielfaches überschätzt wird. Weitergehende Folgerungen wie etwa die, daß 70% der registrierten Arbeitslosen zugleich schwarz arbeiten oder die einer zeitlichen Entsprechung des Arbeitsvolumens im formellen und im Untergrundbereich sind auf Grundlage dieser Daten nicht möglich. Erinnert sei daran (vgl. S. 138), daß das Arbeitsamt das Vorliegen alternativer Arbeitsrollen für die Registrierung von Arbeitslosen weitgehend nicht prüft. Auch der in Kap. 2.1. angestellte methodenkritische Vergleich zwischen MZ- und Arbeitsamt-Zahlen für "Arbeitslose", der ergab, daß viele "registrierte Arbeitslose" sich im MZ selbst als "nicht erwerbslos" einstufen, deutet auf eine große Zahl von Schwarzarbeitern unter den registrierten Arbeitslosen hin.

Andere, methodisch nicht weiter erläuterte Schätzungen wie etwa die des Zentralverbands des Deutschen Handwerks - einer Institution, die wahrscheinlich am stärksten von Schwarzarbeit betroffen ist und daher zu einer Überschätzung von deren Ausmaß neigen dürfte - stellen einen Anteil von rd. 2,5% des Bruttosozialprodukts für 1977 zur Diskussion, der durch Schwarzarbeit der formellen Erwerbsarbeit verloren geht. Überträgt man diesen Anteilwert auf die Bezugszahl aller abhängigen Erwerbspersonen, kommt man auf den freilich spekulativen Wert von ebenfalls 2,5%, um den die offizielle Arbeitslosenquote von 4,5% das Ausmaß der wirklichen Unterbeschäftigung zu hoch einschätzte.

Deutlich mehr Berechnungen liegen für die USA ebenso wie für Länder wie Italien vor. Für die USA reichen die Schätzungen des dem Fiskus entzogenen nationalen Produkts bis zu 27% des ausgewiesenen Bruttosozialprodukts (vgl. BLADES 1982, S. 29), wobei hierin auch illegale Arbeiten wie Drogenhandel etc. mit enthalten sind.

Die Datenlage in diesem Bereich erweist sich nach einer Sichtung der einschlägigen Literatur als höchst unbefriedigend. Dazu kommt, daß auch die wenigen referierten Schätzwerte das zugrundegelegte Verfahren nicht explizieren und so nach ihrer methodischen Tauglichkeit zu prüfen wären. Alle hier vermuteten Folgerungen zum Zusammenhang von Schwarzarbeit und Erwerbslosigkeit beruhen damit nur auf einer ungesicherten Datenbasis.

Auch die Analyse der Wirkungszusammenhänge zwischen formeller und Untergrundarbeit ist so gut wie nicht entwickelt (vgl. METTELS IEFEN 1982, S. 159): So ist unklar, welche von beiden theoretisch denkbaren Beziehungen: Substitutionalität oder Komplementarität überwiegen. Damit ist auch unsicher, wie der Beschäftigungseffekt der Schwarzarbeit zu veranschlagen ist. Zu vermuten ist allerdings, daß die Verdrängung von regulären Anbietern durch solche, die ihre Ware oder Dienstleistung unverzerrt durch staatliche Abgaben offerieren können, stärker als der konträre Effekt ausfällt. Dieser bestünde in einer zusätzlichen Nachfrage nach produktiven Vorleistungen, Hilfsgütern etc., die der formellen Beschäftigung zugute kommt. So spricht einiges dafür, daß die in der Bundesrepublik einige Hunderttausende umfassende Schwarzarbeit eine Vielzahl von institutionalisierten Arbeitsplätzen besonders in den o.g. Wirtschaftsbereichen gefährdet hat und dies weiter tut.

Dies beruht v.a. auf der größeren Attraktivität von auf schwarzen Märkten angebotenen Produkten und Dienstleistungen gegenüber den auf formellen Arbeits- und Gütermärkten getauschten Objekten. Hierin liegt auch die wesentliche, im letzten Jahrzehnt immer stärker wirkende Entstehungsbedingung für die zunehmende Verlagerung von Arbeit aus den staatlich reglementierten und belasteten Märkten in schwarze und unverzerrte Märkte.

Alle Austauschakte, die sich auf den regulären Märkten vollziehen, unterliegen der steuerlichen Erfassung und Belastung: Der Konsument zahlt automatisch Umsatz-, Mehrwert- oder andere indirekte Steuern.

Ebenso wird der Zutritt auf den formellen Arbeitsmarkt an die Entrichtung von direkten Steuern und Sozialabgaben gebunden. Aus der Reduktion des Preises durch den Entzug aus der staatlichen Abgabenverpflichtung begründet sich die ökonomische Attraktivität von Arbeitsleistungen und Produkten, die auf schwarzen Märkten angeboten werden, sowohl für den Konsumenten als auch für den Arbeitsanbieter.

Geht man von der DURKHEIM'schen Bestimmung des sozialen Werts der Arbeit bzw. des Produkts aus (vgl. S. 68 f.), wird dieser durch die o.g. staatlichen Eingriffe, soweit sie ein bestimmtes Maß überschreiten, in verschiedener Weise verfälscht:

Die überhöhte staatliche Belastung kann den Arbeitsanbieter dazu motivieren, entweder seine ganze Arbeitskraft; insbes. aber die Mehrarbeit nur noch auf schwarzen, d.h. echten Märkten anzubieten. Die entsprechende, individuell rationale Ausweichstrategie des Konsumenten bei staatlich überhöhten Preisen ist das Übergehen auf schwarz angebotene Produkte und Leistungen, insbes. bei Lohn- und damit lohnsteuerintensiven Handwerksleistungen.

In beiden Fällen ist die Vernichtung von formeller Erwerbsarbeit die Folge, weil das natürliche Gleichgewicht zwischen produktiver Arbeit und Bedürfnis, das bei einer bestimmten Leistung einen entsprechenden Preis zu zahlen bereit ist und so diese Arbeit weiter beschäftigt, durch die staatlichen Eingriffe gestört ist. Bedürfnis und Arbeit werden so auf Märkte umgelenkt, wo dieser Kreislauf noch funktioniert.

Seit Beginn der 60er Jahre und besonders im letzten Jahrzehnt ist nun die durchschnittliche Belastung des einzelnen Arbeitnehmers mit Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zu seinem Gesamtbruttoeinkommen von rund 18% (METTELSIEFEN 1982, S. 158) auf rund 33% im Jahr gewachsen (IFO-Untersuchung, zit. nach SZ vom 17.2.1984/ S. 25).

Einige Ursachen für diese Verzerrung des Preises der Erwerbsarbeit und ihrer Produkte werden in 3.4. diskutiert. So trägt der Versuch staatlicher Institutionen, Beschäftigung selbst verstärkt in die Hand zu nehmen oder künstlich zu stützen, vermittelt über die Preisverzerrungen zur Arbeitslosigkeit bei.

Bemißt man die gesamtgesellschaftlichen Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum gesamten Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen, ergibt sich im Zeitraum 1960 bis 1982 ein Anstieg von 33,3% auf 42,5%, von 1973-1982 immerhin noch eine Zunahme um 2,2% (nach Daten des SVR 1983, S. 325).

Für das Mehrangebot an Arbeitsleistungen über die tarifliche Regelarbeitszeit hinaus wichtig ist nicht die individuelle durchschnittliche, sondern die individuelle Grenzbelastung, die angibt, was dem durchschnittlichen Arbeitnehmer von jeder zusätzlich verdienten Mark übrigbleibt. Dieser Wert hat 1983 nach der zitierten IFO-Untersuchung (ebd.) 57,2% erreicht und ist in den letzten Jahren ebenfalls enorm angestiegen. Diese Belastung trägt wesentlich zur Perzeption des einzelnen Arbeitnehmers bei, insbes. beim Mehrangebot seiner Arbeitsleistung einen dem Ausmaß seiner Anstrengung nicht entsprechenden, ungerechten Preis zu erzielen.

Dies reflektiert sich in der Zunahme des subjektiven Überlastungsgefühls der Bürger durch staatliche Abgaben: Im Jahr 1959 erklärten 25% der Befragten in einer repräsentativen Erhebung, sie müßten "zuviel" Steuern entrichten, im Jahr 1978 waren es über 56% (FREY 1982, S. 158).

Das immer mehr verbreitete Gefühl, die entsprechenden staatlichen Normen seien nicht gerecht, ist einer der wichtigsten Faktoren, die zur diskutierten Auflösung der subjektiven Bindung an diese Normen beitragen. Soziale Akzeptanz und normative Gültigkeit treten auseinander. Auch DURKHEIM hat im Kapitel über die "erzwungene Arbeitsteilung" in der subjektiv perzipierten Verletzung der Leistungserechtigkeit eine der wesentlichen Entstehungsbedingungen der Anomie gesehen:

"La spontanéité parfaite n'est donc qu'une conséquence et une autre forme de cet autre fait: l'absolue égalité dans les conditions extérieures de la lutte. Elle consiste, non dans un état d'anarchie qui permettrait aux hommes de satisfaire librement toutes leurs tendances bonnes ou mauvaises, mais dans une organisation savante ou chaque valeur sociale, n'étant exagérée ni dans un sens ni dans l'autre par rien qui lui fût étranger, serait estimée à son juste prix" (DURKHEIM 1922, S. 371).

Daß das subjektive Belastungsgefühl und die Schwarzarbeit als Reaktion darauf nicht durch eine bestimmte objektive Steuerbelastung determiniert ist, wird am Beispiel Italiens deutlich: Obgleich letztere hier im Gegensatz zu den meisten OECD-Ländern relativ niedrig ist (32% 1975 Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 38% in der BRD; nach FREY 1982, S. 161), ist Italiens "lavoro nero" das Beispiel für die Dualisierung der gesellschaftlichen Arbeit in einen formellen und einen Untergrund-Sektor.

Der Arbeitnehmer legitimiert sich durch das Verwerfen der als ungerecht perzipierten Norm zu ihrer Übertretung, um seine Arbeitsleistung auf schwarzen, d.h. echten Märkten anzubieten und dort einen gerechten Preis dafür zu erzielen. Für den Konsumenten der schwarz angebotenen Güter und Dienstleistungen ergibt sich damit ein Preis, der mit dem sozialen Wert stärker übereinstimmt als der staatlich verzerrte Preis auf regulären Märkten.

Die Kehrseite dieses normabweichenden Verhaltens ist allerdings, daß die schwarz Arbeitenden und Konsumierenden in den Genuß aller Vergünstigungen und Leistungen des Sozialstaates kommen, ohne hierfür einen angemessenen, von ihren Mitbürgern aufzubringenden Preis zu zahlen. Die Finanzwissenschaft kennt dafür den Begriff der "schwarzen Free-Rider".

Ähnliches, was bisher über die Abgabenbelastung durch den Staat und den damit interdependenten Normverfall ausgeführt wurde, gilt auch für die im formellen Arbeitssektor gültigen Regulierungen der Arbeitszeit (vgl. 3.1.1.1.) und -bedingungen. Hier liegt der Anreiz für die schwarzen Arbeitsanbieter v.a. im Umgehen von produktivitätshemmenden Normierungen.

"Für die Unternehmer liegt der Anreiz vor allem darin, sich mit der Rekrutierung aus dem flexiblen Schattenarbeitspotential billige Arbeitskräfte besorgen und rechtliche Arbeitsschutz- und Arbeitszeitverordnungen sowie Einstellungs- und Kündigungsvorschriften umgehen zu können. Speziell im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe können sich hierdurch Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten ergeben, die sich angesichts der restriktiven staatlichen Reglementierung der offiziellen Beschäftigungsverhältnisse nicht eröffnet hätten" (METTELSIEFEN 1982, S. 157).

Es läßt sich zusammenfassen: Schwarze, dem staatlichen Abgaben- und Regulierungsdruck entzogene Arbeit kann sich und ihr Produkt zu einem Preis anbieten, der dem wirklichen sozialen Wert näherkommt. Sie wird in der Bundesrepublik von einigen hunderttausend Personen ausgeführt, die vielfach in der amtlichen Statistik als "Arbeitslose" oder "Nicht-Erwerbspersonen" erscheinen. Die offizielle Arbeitslosenquote überschätzt somit das wirkliche Ausmaß an Arbeitslosigkeit in der Gesellschaft. Schwarzarbeit ergibt sich in der Bundesrepublik wie in anderen europäischen Ländern v.a. aus dem Ausweichen der Arbeitenden vor zunehmenden staatlichen Abgabendruck aus der formellen Ökonomie, während die soziale Funktion dieses Sektors in den USA als soziales Lernfeld umgekehrt in der Unterstützung des Übergangs von subkulturellen Minderheiten in den formellen Arbeitssektor und damit in der sozialen Integration liegen dürfte.

3.3.2. Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit II: Die Rückverschiebung auf (teilweise) unbezahlte, informelle Arbeit

3.3.2.1. Die Entwicklung der eigen initiierten Arbeit in alternativen Projekten: Einige Daten zu ihrem Umfang

Die folgende Darstellung zentraler empirischer Untersuchungsergebnisse zur Entwicklung der informellen, eigeninitiierten und unentgeltlichen Arbeit in "alternativen Projekten" (zur Definition vgl. Kap. 1.5.2., bes. FN 45) in den letzten Jahren legt den kategorialen Rahmen und die Typologie der Erscheinungsformen und Arbeitsmuster in "Selbstversorgungsbereich der Arbeitsteilung" zugrunde, die in Kap. 1.5.2. (bes. Übersicht 4, S. 92) angegeben wurden. Im Unterschied zur Schwarzarbeit soll als das gemeinsame Merkmal der eigeninitiierten, bedürfnisorientierten Arbeit - sowohl in Haushalten als auch privaten Selbstorganisationen - verstanden werden, daß sie nicht primär aus der Motivation zur Erlangung von Geldeinkommen heraus erfolgt, also auch ihr Produkt nicht primär zum Verkauf auf Gütermärkten dienen soll. Vielmehr steht die Nützlichkeit der produzierten Güter oder Leistungen für die im selben sozialen Kontext stehenden Interaktionspartner im Vordergrund. Dieser kann dabei von der Kernfamilie bis zum "sozialen Netzwerk" miteinander verbundener alternativer Projekte in einem quasi informellen Markt reichen.

Die Arbeit in alternativen Projekten wurde in der Typologie in Übersicht 4 zunächst auf den Teilbereich der unbezahlten, bedürfnisorientierten, eigeninitiierten Arbeit in Selbstorganisationen eingeschränkt. Diese Typenbildung in Kap. 1.5., die vor allem auf typische Arbeitsmuster alternativer Projekte abstellte und zur empirischen Abstützung einige Ergebnisse der Studie von KREUTZ et al. 1984 heranzog, mußte wie jede idealtypisierende Betrachtungsweise von der Vielfalt der in der sozialen Realität anzutreffenden Arbeits- und ihren zahlreichen Mischformen abstrahieren. Insbesondere der Bereich der alternativen Projekte ist mit den traditionellen Formen der (Schwarz)arbeit, die an anderer Stelle behandelt werden, auf das engste über solche Misch-

formen verzahnt: Konventionelle, erwerbsorientierte, also "professionelle" und "semiprofessionelle" Formen finden sich unter den mit alternativen Anspruch betriebenen Projekten ebenso wie traditionelle, im vorigen Abschnitt behandelte Schwarzarbeit, wenn auch die sozialen Schichten, aus der diese Arbeitsformen sich rekrutieren, von den traditionellen "alten Selbständigen" ebenso wie von den traditionellen Schwarzarbeitern abweichen. Die Träger und Mitarbeiter in alternativen Projekten führen zudem vielfach eine "duale Lebensweise": Gegenüber der amtlichen Statistik treten sie so als Erwerbstätige, "Arbeitslose" oder in Ausbildung stehende Personen auf, während sie zugleich im eigeninitiierten Projekt mitarbeiten.

Ein mögliches Ordnungskriterium für die Vielfalt der Typen alternativer Projekte, das auf dieser empirischen Beobachtung beruht, besteht in der Unterscheidung, ob der alternative Anspruch in der Arbeit (vgl. 1.5.2.) die Merkmale der von MANNHEIM 1929 vorgeschlagenen begrifflichen Komplemente "Ideologie" oder "Utopie" trägt (vgl. MALY/PREISENDÖRFER 1983, S. 363 ff.).

"Das Charakteristische von Ideologien besteht nun gemäß MANNHEIM darin, daß von ihnen keine verändernden Einwirkungen auf die Seinsordnung zu erwarten sind, daß sie vielmehr auf eine stete "Reproduktion der bestehenden Lebensordnung wirken (vgl. S. 169)...Das ideologische Bewußtsein transzendiert zwar die bestehende Realität, die Inkongruenz zwischen Vorstellungen und Realität motiviert jedoch nicht zu Handlungen, die tatsächlich auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zielen"...

"Im Unterschied zu Ideologien sind Utopien nach MANNHEIM all jene seinstranszendenten Vorstellungen, die die Kraft haben, 'die bestehende Seinswirklichkeit durch Gegenwirkung in der Richtung der eigenen Vorstellung: zu transformieren' (S. 173). Utopien sind Denkmodelle, die zu seinsverändernden Handlungen motivieren und die auch eine reale Durchsetzungschance haben" (MALY/PREISENDÖRFER 1983, S. 363).

Der von alternativen Projekten artikuliert alternative Anspruch der Eigenhilfe und Emanzipation von bürokratisch staatlicher Fürsorge und vom herkömmlichen Erwerbssystem kann nun in dem Maß als ideologisch und unglaublich angesehen werden, wie er mit der Alimentierung der Mitarbeiter durch eben diese Institutionen verbunden ist. Dies trifft deshalb auch für die (zahlreichen) Fälle zu, in denen sich die

Projekte nicht aus der eigenen Arbeit finanzieren, sondern auf fremde Quellen angewiesen sind.

In der folgenden Darstellung einiger Daten zum Umfang und Beschäftigungseffekt alternativer Projekte werden die Mischformen zur traditionellen Erwerbsarbeit mit einbezogen, und zwar aus zwei Gründen:

Nur soweit zumindest einige der an Selbstorganisationen Mitarbeitenden zumindest Teile ihres Lebensunterhalts aus der eigeninitiierten Arbeit bestreiten können, kommt diese Arbeitsform als praktische Alternative zur herkömmlichen Erwerbstätigkeit bzw. zur Erwerbslosigkeit - in der MANNHEIM'schen Terminologie als realisierbare "Utopie" - in Betracht. Eben diesen Aspekt der Absorption, Kompensation und Hervorbringung von registrierter Erwerbslosigkeit stellt aber meine Arbeit in den Mittelpunkt. Deshalb werden im folgenden exemplarisch für alle Selbstorganisationen (in Übersicht 4) solche alternativen Projekte behandelt, die zumindest für einzelne Mitarbeiter Erwerbsfunktionen übernehmen können.

Zudem liegen hierzu seit 1979 (vgl. die Übersicht bei KREUTZ 1981a, S. 370) eine Reihe von allerdings meist explorativen empirischen Untersuchungen vor, die deren quantitative Verbreitung in der Bundesrepublik zu schätzen versuchen. Die einzige bislang methodisch abgesicherte Studie zum Umfang und Beschäftigungseffekt alternativer Projekte von KREUTZ et al. 1984 wurde in 1.5.2. bereits vorgestellt.

Die Arbeitsmarktforschung führte für diesen Bereich, in dem soziale Realität der Arbeit und ihre öffentlich-amtliche Erfassung zunehmend auseinanderklaffen, den Begriff der "Grauzonen" des Arbeitsmarkts ein (vgl. MERTENS 1980). Sie ging dabei von dem ungeklärten sozialen Verbleib eines großen Anteils von Hochschulabgängerkohorten der letzten Jahre aus (vgl. SCHLEGELMILCH 1983, S. 385 ff.). VONDERACH 1983 (S. 394) hat darauf hingewiesen, daß nicht nur die traditionellen Kategorien der Erwerbsstatistik die neuen Arbeitsformen in ihren neuen Dimensionen nicht zu fassen vermögen, sondern auch "...Total-

erhebungen oder Repräsentativbefragungen dort am wenigsten (fassen), wo am meisten "Grauzone" herrscht".

Dies vermag aber das Defizit an harten empirischen Daten in diesem Bereich nicht zu rechtfertigen.

Die Lücken, die die amtliche Statistik über den Umfang der alternativen Arbeit offenläßt, zum Teil bewußt, weil die unentgeltliche Arbeit nicht als Beitrag zum Sozialprodukt versteht, zum Teil gegen die eigene Absicht, weil sich (teilweise) schwarzarbeitende Personen ihr entziehen, gestatten somit kein umfassendes, annähernd genaues Bild über den Umfang der Arbeit in alternativen Projekten, bes. über die Zahl der darin neu geschaffenen Positionen in der sozialen Arbeitsteilung, die den Arbeitsmarkt langfristig entlasten können.

Ein solcher quantitativer Überblick ist daher zunächst angewiesen auf die Schätzungen, die in den wenigen, meist explorativen Untersuchungen und in den meist nicht standardisierten, eher qualitativ verfahrenenden, oft aus teilnehmender Beobachtung entstandenen Studien vorgenommen wurden.

Erschwerend für die Aussagekraft und die Vergleichbarkeit der Schätzungen hinzukommt, daß die zugrundegelegten Aussageeinheiten fast immer unterschiedlich abgegrenzt wurden, so daß die oben angegebenen Mischformen einmal einbezogen, ein ander Mal ausgeschlossen wurden. Zusätzliche Probleme bereitet die Ermittlung der Zahl der an Selbstorganisationen mitarbeitenden Personen, da jene sich durch eine hohe Mitgliederfluktuation auszeichnen.

Für 1978 schätzte HUBER, selbst ein Mitbegründer eines Berliner Projekts, ca. 300 professionelle, ca. 1.000-1500 "semi-professionelle" (vgl. KREUTZ 1981a, S. 378 und meine Kategorie 3, Übersicht 4) oder "duale Projekte" und wenigstens 3.000, eventuell sogar mehr als 12.000 "soziale Projekte" in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin (38)

(38) HUBER J. 1979: Bunt wie der Regenbogen - Selbstorganisierte Projekte und alternative Ökonomie in Deutschland in: ders. (Hg.) 1979: Anders arbeiten anders wirtschaften, Frankfurt/M S. 11-121, zit. nach KREUTZ 1981a, S. 369.

Die letzte Kategorie deckt sich der Absicht nach in etwa mit der von mir verwendeten: "informelle, eigeninitiierte und unentgeltliche Arbeit in alternativen Projekten und anderen privaten Selbstorganisationen" (vgl. Kategorien 1, 2, 5 in Übersicht 4). Schätzungen für die letzte Kategorie sind wahrscheinlich am schwersten möglich. Nur höchstens ein Fünftel der gesamten alternativen Projekte dient also als materielle Existenzgrundlage für alle Mitarbeiter: Nur für diesen Kreis ist daher auch eine Entlastung staatlicher Transferzahlungen und des Arbeitsmarkts in vollem Umfang anzunehmen.

Die Schätzung des Stattdachs 2, Berlin 1980 ergab 11.000 bis 12.000 alternative Projekte und ca. 80.000 aktive Mitarbeiter für die Bundesrepublik und West-Berlin (zit nach ebd.). Auch HUBER 1980 (Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, S. 29; zit. nach MAIER 1983, S. 66) kommt für 1980 nach nicht explizierten Abgrenzungskriterien auf die Zahl von 11.500 alternativen Projekten im Bundesgebiet und West-Berlin und ebenfalls auf 80.000 Mitarbeiter. Allein die Zahl der "reinen Selbsthilfegruppen" (Kategorie 1 in Übersicht 4) schätzen KICKBUSCH et al. 1981 auf 5.000-10.000 (39).

So vage und uneinheitlich die bisher zitierten Schätzungen auch sind, aus ihnen ist immerhin zu entnehmen, daß der Umfang der alternativen, eigeninitiierten Arbeit im Vergleich zum formellen Beschäftigungssystem und auch im Vergleich zur erfaßten "Arbeitslosigkeit" eine bescheidene Größe darstellt. Die Chancen der alternativen Bewegung, die Arbeitsrealität grundlegend zu ändern, sind daher als gering anzusehen.

Eine von den bisher zitierten Schätzungen abweichende Definition alternativer Projekte legt die bereits erwähnte (vgl. S. 94 ff.), für die Großräume Hannover und Nürnberg repräsentative empirische Studie von KREUTZ et al. 1984 zugrunde: Hier wurden nur Selbstorganisationen

(39) KICKBUSCH I. et al. 1981: Gemeinsam sind wir stärker. Selbsthilfegruppen und Gesundheit. Selbstdarstellungen - Analysen - Forschungsergebnisse. Frankfurt/Main, S. 133ff. Zit. nach ebd.

einbezogen, die zumindest mittelfristig eine Erwerbsfunktion für mindestens ein Mitglied haben (vgl. KREUTZ et al. 1984, S. 268), also nur semi- und vollprofessionelle Projekte.

Durch ein Studium verschiedener Quellen der alternativen Szene in den beiden Untersuchungsregionen kamen KREUTZ et al. auf die Schätzung von 420 alternativen Projekten im Raum Hannover bzw. auf 190 im Raum Nürnberg (Alle folgende Daten: ebd., S. 271). Multipliziert man diese Zahlen mit den gefundenen durchschnittlichen Mitgliederzahlen ergeben sich für Hannover rd. 3.400, für Nürnberg rd. 1.200 aktive in alternativen Selbstorganisationen Mitarbeitende.

"Bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung bedeutet dies einen Anteil von 0,1% (Nürnberg) bzw. 0,35% (Hannover), bezogen auf die Erwerbsbevölkerung in den jeweiligen Regionen macht der Anteil alternativ Tätiger 0,25% bzw. 0,79% aus". (ebd., S. 271).

Diese für 1982 gültigen Schätzungen könnten die von HUBER 1978 angenommene Zahl von rd. 1.800 alternativen, zumindest teilweise erwerbsbezogenen Projekten für die gesamte Bundesrepublik in der Größenordnung durchaus abstützen. Allerdings kann für die "Zentren" der Alternativszene in Berlin und Frankfurt ein größerer Umfang als in Hannover und Nürnberg angenommen werden. Auch dürfte der Umfang alternativer Arbeit in den vier Jahren bis 1982 angewachsen sein.

Gleichwohl dürfte auch für die gesamte Bundesrepublik zutreffen, daß nur ein geringer Bruchteil (unter 1%) der erwerbsfähigen Bevölkerung in Arbeitsrollen des alternativen Sektors integriert ist. Rechnet man den für Nürnberg gefundenen Prozentsatz von 0,1% der Wohnbevölkerung auf das gesamte Bundesgebiet um, erhält man eine Zahl von maximal 60.000, die im alternativen Sektor arbeiten.

Auch im Vergleich zur Gesamtzahl der statistisch erfaßten Selbständigen nimmt sich die Zahl der alternativen, professionellen Projekte bescheiden aus: Waren 1980 2,361 Mio. Selbständige durch das STATISTISCHE BUNDESAMT registriert (1983 a, S. 98), macht daran auch die hoch gegriffene Zahl von 60.000 alternativen "neuen Selbst-

ständigen" nur einen Anteil von rd. 2,5% aus.

Den in Abschnitt 3.2.4.2. skizzierten Prozeß der Konzentration der Erwerbsarbeit auf Großorganisationen und damit einhergehenden Rückgang der Selbständigen um 189.000 innerhalb der letzten 10 Jahre hat die Ausbreitung der alternativen, selbstorganisierten Arbeit nach den hier vorliegenden Schätzungen jedenfalls nicht umkehren können. Deshalb scheint es auch überzogen, wie VONDERACH 1980 von einer "Tendenzwende" hin zu mehr Selbständigkeit zu sprechen, auch wenn die MZ-Daten vom April 1982 einen Anstieg der registrierten Selbständigkeit um 58.000 gegenüber einem Jahr vorher melden. Die erfaßte Selbständigkeit dürfte dabei nur einen kleinen Ausschnitt aus den oft (teilweise) schwarz arbeitenden professionellen Projekten bilden.

3.3.2.2. Die Konzentration der alternativen Arbeit auf bestimmte Subgruppen der Erwerbsbevölkerung. Ihr eingeschränkter Beschäftigungseffekt

Konzentriert ist die Arbeit in alternativen Projekten auf bestimmte Alters- und Bildungsgruppen: vor allem zwischen 20 und 30 Jahre alte Personen, die nach abgeschlossener oder oft auch abgebrochener Schul-, Hochschul- und Lehrausbildung keinen ausbildungsadäquaten Ausbildungsplatz finden (wollen). Sie finden sich besonders in Städten einer bestimmten kulturellen und sozialen Prägung. Die regionalen Strukturmerkmale, die die Entwicklung alternativer Projekte befördern, bestehen nach der Untersuchung von KREUTZ et al. 1984 (S. 272) zum Beispiel in der "Größe der Studentenpopulation, des 'Sympathisantenmarkts', dem Vorhandensein öffentlich initiierten 'alternativer' Kulturpolitik" etc.

So schätzt das Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin 1981 die Zahl der in alternativen Projekten aktiven Mitarbeiter allein in West-Berlin auf 10-15.000 (zit. nach KREUTZ 1981a, S. 371).

Alternative Landwirtschaften, also die Rückkehr vieler Jugendlicher zum Landleben, bilden hierzu einen Gegentrend. So konnte die Studie KREUTZ 1984 für die Großräume Hannover und Nürnberg feststellen:

"In beiden Regionen waren durchaus nennenswerte Anteile an der Gesamtzahl der Projekte in Mittel- und Kleinstädten und auf dem Land angesiedelt." (ebd., S. 268).

Die Mitglieder solcher Selbstorganisationen rekrutieren sich aber meist aus derselben sozialen Basis wie in den städtischen Gruppen.

Auch die Konzentration der in alternativen Projekten Mitarbeitenden auf bestimmte Bildungsgruppen konnte in der Studie nachgewiesen werden: Rund 39% der Befragten (N = 166) gaben an, ein Uni- oder Fachhochschulstudium zu absolvieren oder absolviert zu haben. Dagegen hatten nur 22,5% aller Befragten eine Berufsausbildung absolviert oder begonnen (ebd., S. 271 f.).

Unter den Hochschulabgängern wiederum sind die Absolventen von sozial- und geisteswissenschaftlichen und Lehramtsstudiengängen stark überrepräsentiert (ebd.). In bezug auf die Arbeitsaufgaben alternativer Projekte bedeutet dies, daß der Großteil der in ihnen Arbeitenden ausbildungsfremd oder unterqualifiziert arbeitet.

Zu diesem Personenkreis liegt auch eine explorative Studie von SCHLEGELMILCH 1983 (S. 385 ff.) vor: Sie hat 57 nach dem Schneeball-System ausgewählte Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in Berlin befragt, die nach ihren Studienabschluß bereits seit längerem in der "Grauzone des Arbeitsmarkts" ausbildungsfremd und "unterqualifiziert" in selbstorganisierten Kneipen, Frauenbuchläden, Taxiunternehmen etc., oft auch unregelmäßig arbeiten.

Die wie in der Hannover/Nürnberg-Studie festgestellte fachspezifische Struktur der Befragten: Konzentration auf geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Fächer und Lehramtsstudiengänge zeigt, daß das veränderte Erwerbsverhalten hier zumindest zum Teil Reaktion auf die verschlechterten Arbeitsmarktchancen für einige Qualifikationen war, die in den 70er Jahren jenseits vom "wirklichen gesellschaftlichen Bedarf" im Übermaß ausgebildet wurden.

Eine zweite, deutlich größere Gruppe der Befragten stellt allerdings mehr subjektive Widerstände gegen die zum Teil bereits in eigener Erfahrung erlebten Arbeitsplätze im etablierten Erwerbssystem als objektive Arbeitsmarktprobleme in den Vordergrund ihrer Motivation zur Arbeit in der Grauzone (ebd., S. 387 f.).

Überraschend an der Studie von SCHLEGELMILCH ist, daß fast alle befragten Hochschulabgänger ihre gegenwärtige Arbeitsrolle als eine auf maximal 5 Jahre begrenzte Übergangslösung betrachten (ebd., S. 389 f.). Offenbar wirken das Erreichen einer bestimmten Altersgrenze, die Notwendigkeiten der Familie und die Frage der sozialen Absicherung als "subjektive Zwänge", die die "unterqualifiziert" und jenseits normaler Berufskarrieren Arbeitenden veranlassen, langfristig doch eine Integration in das herkömmliche Erwerbssystem, wenn auch oft aus Selbständiger zu planen.

Daraus könnte die Schlußfolgerung zu ziehen sein, daß die Arbeitsmöglichkeiten in diesem Bereich des alternativen Sektors nur für eine relativ eng umgrenzte soziale Schicht mit den o.g. Merkmalen, und auch für diese meist nur für eine Übergangsfrist zwischen Ausbildungsabschluß (bzw. -abbruch) und formeller Erwerbstätigkeit Beschäftigung schaffen, also aus dem Beschäftigungssystem Ausgeschlossenen Arbeit vermitteln, die sie von staatlichen Lohnersatzleistungen und der Suche nach Erwerbsarbeitsplätzen unabhängig machen.

In der zitierten Studie von SCHLEGELMILCH sind es meist Hochschulabgänger, die teils in Reaktion auf Arbeitsmarktprobleme, teils in Ablehnung bestimmter Berufsanforderungen Freizeit und Privatsphäre bevorzugen und bei verringerten materiellen Ansprüchen und Vermeidung familiärer Versorgungsverantwortung sich mit meist unregelmäßiger und Teilzeitarbeit in der Grauzone begnügen.

Eine solche "Alternativ"beschäftigung stellt deshalb für die Mehrheit der erwerbsfähigen Bevölkerung auch keine wirkliche Alternative zur formellen Erwerbstätigkeit bzw. zum Status "Arbeitsloser" dar. Der von den in diesem Bereich Arbeitenden propagierte alternative Anspruch dient wohl eher der Wirklichkeitsverdeckung als der Motivation zu Handlungen, die die Arbeitswirklichkeit verändern.

Von dieser Gruppe der "Aussteiger" ist die Gruppe derer zu unterscheiden, die aus dem gleichen sozialen Kontext stammen und entweder eine Tätigkeit als Selbständiger oder Mitarbeiter im formellen oder alternativen Sektor planen oder betreiben und für die tendenziell die in 1.5.3. besprochenen aufgabenorientierten und zeitintensiven und -flexiblen Arbeitsmuster zutreffen. Auch in diesen Fällen werden jedoch neue Arbeitsplätze nur unter Preisgabe von verschiedenen mit formeller Erwerbsarbeit verbundenen Privilegien und "Absicherungen" geschaffen: Dies reicht von der Aufgabe eines abgesicherten Tariflohns von Erwerbstätigen (der vom Arbeitsresultat abgekoppelt ist) bis hin zur Absicherung gegen Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, für die dann nicht mehr die Solidargemeinschaft der Versicherten aufkommt, sondern der Einzelne selbst verantwortlich ist.

Soweit die in alternativen Projekten, die von KREUTZ et al. 1984 befragt wurden, Mitarbeitenden daraus überhaupt ein Geldeinkommen bezogen, lag es für 26% der Fälle unter 600,-DM monatlich und für weitere 31% unter 1200,-DM (ebd., S. 271).

Ob solche Arbeitsplätze außerhalb des institutionalisierten und gewerkschaftlich abgesicherten Erwerbssystems mit den Präferenzen und Wertorientierungen des vermutlich dominanten "Rentier-Typs" unter den Arbeitnehmern vereinbar sind, kann in Frage gestellt werden.

VONDERACH und andere Autoren ziehen daraus die Konsequenz, daß der alternative Arbeitssektor auf sich allein gestellt keine Perspektive besitzt (1983, S. 397).

Die Kehrseite der Forderung nach "flankierender Unterstützung" der Selbstorganisationen "durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des Staates" (vgl. HEGNER 1983, S. 615) liegt allerdings darin, daß sie auf eine ähnliche Finanzierung unproduktiver Schein-Beschäftigung hinauslaufen könnte, wie dies schon heute für einen Bereich der Arbeitsmarktpolitik der Fall ist (vgl. 3.4.).

Denn die Produktivität sowohl reiner Selbstversorgungsarbeit im informellen Sektor als auch von alternativen, professionellen Projekten

in der Grenzzone zwischen formellen und informellen Sektor hat ihren Maßstab in der weitgehenden Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen:

Lebensfähig muß die Arbeit im informellen Sektor auf Grund ihrer spezifischen Problemlösungskapazitäten sein, die sich der etablierten Markt- und Staatsversorgung entziehen. In bestimmten Bereichen menschlicher Existenz ist der Bedarf an Gütern und Leistungen besser durch reziproken Naturaltausch und selbstorganisierte, nicht marktorientierte Arbeit zufriedenzustellen. In diesem Sinn ist die Dualisierung der Arbeit strukturell notwendig und diese Notwendigkeit durch die Gegentendenzen zur Vermarktung und Bürokratisierung der Arbeit in den letzten Jahren auch wieder historisch evident geworden. Eine - auch noch programatisch geforderte - Subventionierung alternativer Arbeit aus öffentlichen Händen und damit letztlich aus dem herkömmlichen Erwerbssystem würde den alternativen Anspruch zur bloßen Ideologie im MANNHEIM'schen Sinn (vgl. MALY/PREISENDÖRFER 1983 und KREUTZ 1983a, S. 325 ff.) ohne einen gesellschaftsverändernden Impetus herabsetzen.

Eine andere Frage ist, inwieweit Arbeitsmöglichkeiten in den Selbstorganisationen die als Produkt der Erwerbsarbeit geschaffene "Arbeitslosigkeit" auffangen und kompensieren können.

Aus der Konzentration von alternativen Arbeitsplätzen auf bestimmte Subgruppen der Erwerbsbevölkerung, nämlich bestimmte Bildungs- und Altersgruppen im städtischen Milieu, folgt zunächst, daß die Funktion, Erwerbslosigkeit aufzufangen, auch auf diese Gruppen beschränkt ist: VONDERACH 1980 (S. 165) äußert die Vermutung:

"Insgesamt gesehen wird ein nicht unbedeutender Teil der genannten Alters- und Bildungsgruppen im spezifischen städtischen Milieu der eigeninitiierten Existenzweise zuzurechnen sein und damit einen bemerkbaren Arbeitsmarktfaktor darstellen."

Die Studie von KREUTZ et al. 1984 konnte diese Vermutung zumindest teilweise bestätigen:

"Für den Teilarbeitsmarkt dieser Personengruppe (der Absolventen geistes- und sozialwissenschaftlicher Studiengänge - d. V.) hat die alternative Szene tatsächlich eine Entlastungsfunktion... Viele Mitglieder alternativer Projekte haben bereits eine Reihe von Jobs und häufig vergebliche Versuche, herkömmliche Arbeitsplätze in ihrem Ausbildungsberuf zu finden, hinter sich. In dieser Situation kann die alternative Tätigkeit ein stabilisierender Faktor sein" (KREUTZ et al. 1984, S. 272).

44% der in den befragten Projekten Beschäftigten waren schon mindestens einmal beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet; das ist ein Maß der Betroffenheit, das weit über dem Durchschnitt der Bevölkerung (ca. 30%) liegt, trotz des relativ jungen Alters und damit der geringeren Lebensalter-wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden (vgl. S. 227).

Die Entlastungsfunktion besteht zum einen darin, erwerbslose Hochschulabsolventen bzw. -abbrecher, seien sie als arbeitslos gemeldet oder nicht, zu beschäftigen bzw. das Arbeitsangebot auf diesen ohnehin überfüllten Teilarbeitsmärkten zu entlasten.

Wie oben bereits ausgeführt, stellt Arbeit in diesem Bereich aber für die meisten jungen Akademiker nur eine Übergangsphase dar, die nur in einer bestimmten Phase des Lebenszyklus bzw. bei Vorliegen entsprechender Wertorientierungen in Kauf genommen wird.

Für einige Individuen kann alternative Arbeit auch eine Übergangsphase zur Tätigkeit als Selbständiger sein:

"Sie (die Alternativszene - d.V.) verschafft ihren Mitgliedern zusätzliche Erfahrungen und Qualifikationen, z.B. auf handwerklichem, organisatorischem und kaufmännischem Gebiet (Das Ergebnis alternativer Tätigkeit wird in manchen Fällen der durchaus erfolgreiche und durchaus etablierte 'Neue Selbständige' sein)" (KREUTZ et al. 1984, S. 272).

In beiden Fällen: der Überbrückung der Erwerbslosigkeitsphase für Jungakademiker oder der Vorbereitung einer selbständigen Tätigkeit im traditionellen Erwerbssystem weist der alternative Anspruch eher die Momente einer "Ideologie" im Gegensatz zur "Utopie" (s.o.) auf. Sie dient nämlich im ersten Fall eher der Verdeckung von individuellen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, im zweiten löst sich der alternative Anspruch mit zunehmendem ökonomischen Erfolg auf.

Die wichtigste Einschränkung für den Beschäftigungseffekt alternativer Arbeit liegt darin, daß nur ein Teil der alternativen Projekte nur einem Teil der Mitarbeiter den Erwerb von Einkommen garantieren kann. Nur semi-professionelle bzw. professionelle Projekte vermögen in diesem Sinn herkömmliche Erwerbstätigkeit zu ersetzen bzw. die Mitarbeiter von Arbeitslosenunterstützung unabhängig zu machen.

Nach der Studie von KREUTZ und Mitarbeitern 1984 waren nur 64% der befragten, schon nach diesem Kriterium ausgewählten Projekten in der Lage, einem oder mehrerer ihrer Mitglieder Unterhaltszahlungen zu gewähren (ebd., S. 271).

Bezogen auf die Gesamtheit aller, auch unentgeltlich arbeitender alternativer Projekte schätzte HUBER 1979 den Anteil der Projekte mit Erwerbsfunktion auf rund ein Fünftel.

Bei der Ermittlung der Erwerbsfunktion von alternativen Projekten stellt sich natürlich die Schwierigkeit, den Anteil der Sachleistungen, der hier oft sehr hoch ausfällt und in diesem Umfang Geldeinkommen überflüssig macht, einzuschätzen. Dies resultiert aus dem ambigüen Charakter dieser Arbeitsform, die zwischen Selbstversorgung und Erwerbstätigkeit angesiedelt ist.

In dem von KREUTZ et al. 1984 ermittelten Projekten mit Erwerbsfunktionen beträgt die durchschnittliche Mitgliederzahl 9 und die durchschnittliche Zahl von Leistungsempfängern aus dem Projekt 3.

"Dieses Zahlenverhältnis bedeutet mithin folgendes:
Erst die nicht bezahlte, ehrenamtliche, sozusagen vorberufliche Arbeit von 6 Personen schafft die Voraussetzungen für die bezahlte Erwerbsarbeit von weiteren 3 Personen. Es wäre äußerst interessant, einmal den herkömmlichen Sektor mit diesem Ansatz zu betrachten: Auch dort wird ja nicht bezahlte, vorberufliche Arbeit geleistet, man denke etwa an Hausfrauenarbeit.

Auf der anderen Seite wird hier deutlich, daß die Arbeitsmarktwirkung von alternativer Arbeit tatsächlich weit geringer ist als die Zahl der alternativ Tätigen möglicherweise erwarten ließ: Erwerbstätigkeit können nur knapp zwei Drittel der Projekte überhaupt bieten, und diese wiederum nur für ein Drittel der in ihnen aktiv Tätigen" (ebd., S. 271).

Damit reduziert sich die Zahl der rd. 4.600 in den Räumen Hannover und Nürnberg alternativ Arbeitenden auf rd. 1.200 (eig. Ber. nach diesen Zahlen), um die der Arbeitsmarkt entlastet wird. Die Zahl der tatsächlich neu geschaffenen Positionen in der Arbeitsteilung, die ihre Inhaber vom Bezug alternativer Leistungen unabhängig machen, ist damit weit geringer als die Zahl der insgesamt in dem Sektor Beschäftigten.

Damit ergibt sich allerdings auch der empirische Hinweis darauf, daß mit der Ausdehnung des alternativen Sektors, in dem der Anteil unbezahlter Arbeit größer als der der bezahlten Arbeit ist, auch gesamtgesellschaftlich eine Rückverschiebung von bezahlter auf unbezahlte Arbeit stattfindet. Offenbar ist dies eine Gegentendenz zur Vermarktung immer größerer Anteile der Arbeit (vgl. 3.2. und 4.4.), die mit dem wachsenden Erwerbsarbeitsangebot auch wachsende Erwerbslosigkeit hervorbringt. In den daraufhin zunehmenden informellen Sektoren der Arbeit wird dann offenbar das ursprüngliche Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit wiederhergestellt.

Die nächsten Abschnitte werden anhand ausgewählter Daten skizzieren, wie die Rückverschiebung auf unbezahlte Arbeit in den anderen Sektoren der informellen Arbeit, der Arbeit im privaten Haushalt, verläuft.

3.3.3. Gegentendenzen zur Vermarktung der Arbeit III:

Grenzen der Vermarktung familialer Arbeit und Erwerbslosigkeit als mögliche Konsequenz einer Störung des komplementären Verhältnisses von Erwerbsarbeit und bedürfnisorientierter Arbeit

Die arbeitsörtlich im privaten Haushalt und seiner unmittelbaren Umgebung, sozialstrukturell in der Familie und anderen Primärgruppen (Wohngemeinschaften, Nachbarschaften, Freundeskreise) geleistete Arbeit ist die historisch und "logisch" primäre Form informeller bedürfnisorientierter Arbeit (vgl. 1.3.1. und Übersicht 4, S. 92). Die Hauswirtschaft als Urtypus der bedürfnisbezogenen Ökonomie wurde bereits bei ARISTOTELES als "Oikonomid" dem erwerbswirtschaftlichen Handeln ('Chrematistike') gegenübergestellt (40). In Kapitel 1.3.1. wurden familiale und berufliche, auf dem Arbeitsmarkt getauschte Erwerbsarbeit als die zwei verschiedenen und komplementären Modi in der Arbeitsteilung besprochen.

Diese Aufspaltung und Dualisierung der Arbeit ist das sozialhistorische Resultat der Herausbildung betrieblicher Großorganisationen in einem bis heute anhaltenden Prozeß, an welche die Familie immer mehr an Funktionen der Güter- und Dienstleistungsproduktion abgab. Die formelle und beschäftigte Erwerbsarbeit wurde so zur gesellschaftlich dominanten Form der Arbeitsverausgabung. Auf ihr basierte fortan die Messung des sozialen Wohlstands und der wirtschaftlichen Wertschöpfung (vgl. S. 83).

Die in privaten Haushalten geleistete Arbeit wird ebenfalls an dieser Norm gemessen und als "Nicht-Arbeit", "Freizeit" oder "Konsum" aus der zu erfassenden gesellschaftlichen Wertschöpfung ausgeklammert:

"In particular, home decorating and maintenance, servicing and repair of vehicles, making and mending garments, cooking, cleaning and "housework" in general are all to be excluded except in the rare instances where the producers also sell some of their output. Value added should be imputed when an interior decorator paints his own kitchen or a tailor makes a dress for his wife, but not if the tailor does the painting or the decorator does the dress-making" (BLADES 1982, S. 30).

(40) Vgl. ARISTOTELES 1965: Politik I, 3, Taschenbuchausgabe, Reinbek.

Ausnahmen dagegen bilden nur die Fälle, in denen innerhalb der Hauswirtschaft von Familienunternehmen "fixes Kapital" wie landwirtschaftliche Gebäude etc. geschaffen wird (ebd.). Auch bauliche Erweiterungen und Verbesserungen von Wohnungen und Häusern, die in privaten Haushalten vorgenommen werden, müßten den OECD-Richtlinien entsprechend im Bruttosozialprodukt eingeschlossen werden, was jedoch meßtechnisch kaum zu realisieren ist.

Wenn auch die familiäre Arbeit den Prototypus der Arbeit in diesem Bereich darstellt, ist diese keineswegs darauf beschränkt, sondern findet im Rahmen aller Primärgruppen statt. Verwandtschaftliches und nachbarschaftliches Handeln bilden so die Basis des gesamten informellen Sektors. Nach Max WEBER ist der Nachbar

"...Nothelfer, und 'Nachbarschaft' daher Trägerin der 'Brüderlichkeit' in einem freilich durchaus nüchternen und unpathetischen, vorwiegend wirtschaftsethischen Sinne des Wortes. In der Form gegenseitiger Aushilfe, nämlich in Fällen der Unzulänglichkeit der Mittel der eigenen Hausgemeinschaft...geboren aus dem urwüchsigen Grundprinzip...heraus: 'wie du mir, so ich dir'" (WEBER 1964, S. 280).

Auf den Seiten 42 ff. wurde ausgeführt, warum auch die Vermarktung der Arbeit durch den Industrialisierungsprozeß die häusliche Arbeit aufgrund deren strukturell unersetzlichen Funktion nicht auflösen konnte.

Diese Funktion geht vor allem auf die für Arbeit in Primärgruppen charakteristischen Arbeitsmuster zurück: Arbeit im Rahmen von solchen Gruppen bleibt unmittelbar, oft sichtbar bezogen auf Interaktionspartner desselben sozialen Zusammenhangs: Exklusivität, Konstanz und Kontinuität der Arbeit insbes. der Frauen in der Familie sind so - idealtypisch - Garanten einer bedürfnisgerechten Versorgung, die durch Formen der Erwerbsarbeit nicht ersetzt werden kann. Diese Besonderheit der Hausarbeit wurde von einigen Autoren (vgl. WATZ 1976) im Begriff des "Dienstleistungs-Haushalts" gefaßt:

"'Dienste' für Personen, davon abgeleitet auf Güter, Ver- und Gebrauchsgegenstände bezogene Dienstleistungen 'Eigenarbeit' erbracht" (OSTNER/WILLMS 1983, S. 211).

Die in familialer Arbeit eingeschlossene, ihre Besonderheit ausmachende emotional/kommunikative Komponente ist es auch, die der Subsumtion dieser Arbeitsform unter die Prinzipien technisch/ökonomischer Rationalität und Nutzenmaximierung durch die (Neue) Haushaltsökonomie entgegensteht (vgl. MINCER 1980).

Die von der VWL vorgeschlagene Interpretation für die Präferenz von Wirtschaftssubjekten, Hausarbeit einem vermehrten Erwerbsarbeits-Angebot vorzuziehen, greift deshalb auch zu kurz:

"Die Zeit muß zwischen zwei Alternativen so verteilt werden, daß die Grenzkosten, gemessen durch den entgangenen Ertrag der anderen Alternative, gleich dem Grenzertrag der einen Alternative sind. Für die Verteilung der Arbeitszeit auf Hausarbeit und Erwerbsarbeit...bedeutet diese Maxime etwa, daß die Erwerbsarbeit solange auf Kosten der Hausarbeit ausgedehnt werden sollte, bis das Grenzarbeitseinkommen gleich den Grenzkosten für die Verlagerung der Hausarbeit auf Angestellte und Maschinen ist" (BRINKMANN G. 1981, 2, S. 46).

Worin der spezifische (Grenz)ertrag des Produkts von Hausarbeit besteht, vermag dieses mikroökonomische Modell des Entscheidungskalküls nicht anzugeben. Dieser entzieht sich eben auch einer Quantifizier- und Meßbarkeit in technisch-ökonomischen Rationalitätskriterien.

Die auf Seite 41-44 ausgeführten Hypothesen über die für bedürfnisorientierte, unbezahlte Arbeit charakteristischen Arbeitsmuster sollten auf die strukturelle Funktion der Arbeit im informellen Sektor für die Bedürfnisse des sozialen Lebens hinweisen.

Darauf baut eine zentrale These dieser Arbeit auf, die in diesem Kapitel ausgeführt und empirisch gestützt wird:

In der Störung der Komplementarität vermute ich eine Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit: Erwerbsarbeit - gleich, ob sie für privatwirtschaftliche oder staatliche Träger geleistet wird - kann bedürfnisorientierte, informelle Arbeit allgemein und insbesondere familiäre Arbeit aufgrund der für sie eigentümlichen Arbeitsmuster nur bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Jede weitergehende Verschiebung von unbezahlter auf bezahlte Arbeit hätte Konsequenzen für die damit implizierte Aufgabenerfüllung und die daraus mögliche Bedürfnisbefriedigung. Bedürfnisvernichtung und daraus resultierende Arbeitsvernichtung wären die Folgen eines solchen Prozesses. Erwerbsarbeit kann also nicht beliebig auf Kosten der bedürfnisorientierten Arbeit ausgedehnt werden, ohne daß sie sich selbst ihre Grundlage entzieht.

3.3.3.1. Die Rückverschiebung von bezahlter Arbeit auf unbezahlte Arbeit im Haushalt

Die hier vorgeschlagene strukturell-funktionale Perspektive geht also von der Annahme der Wechselwirkung der Subsysteme der gesellschaftlichen Arbeit aus. Demnach schlagen sich auch Veränderungen im formellen Sektor der Arbeit im Bereich der unbezahlten Arbeit nieder. Familiäre Arbeit ist nicht einfach - wie häufig angenommen eine Gegenstruktur zur Erwerbssphäre, sondern reagiert auf Veränderungen in der Erwerbsarbeit in Folge ihrer strukturellen Einbettung in den Gesamtzusammenhang der Arbeitsteilung.

Eine zentrale Dimension des Wandels im Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der letzten Dekade stellt die Rückverlagerung von Arbeit aus der offiziellen Erwerbsarbeit in den Haushalt dar. Ich schließe dabei an die Überlegungen von GERSHUNY 1982 und von JOERGE S 1983 an, der über das Phänomen unter dem Titel "Konsumarbeit" berichtet:

"...Rückverlagerung arbeitsförmiger Tätigkeiten aus dem industriellen System "diesseits des Markts" und "diesseits staatlicher Versorgungssysteme" in den häuslich-familiären Bereich..." (JOERGES 1983, S. 250).

Unter "Konsumarbeit" versteht JOERGES ein "System von Handlungsformen", das sich zwischen die Produktion von Gütern in der Erwerbsarbeit und ihren Konsum schiebt. Diese Definition umfaßt m.E. jedoch nur einen eingeschränkten Aspekt der im Haushalt geleisteten Arbeit (vgl. Übersicht 4). Ihr Geltungsbereich wird dann von ihm auch entgegen seiner Definition auf die Produktion von Gütern ausgeweitet, wenn er etwa auf die stark expandierenden Heimwerkerarbeiten in der Bundesrepublik verweist (ebd., S. 261): 1978 verarbeiteten demnach rund 10 Mio. Heimwerkerhaushalte Materialien im Wert von über 10 Mrd. DM jährlich in do-it-yourself-Arbeiten. Auch schränken sowohl JOERGES als auch GERSHUNY die "Konsumarbeit" bzw. "self-servicing-economy" auf den Bereich der sachbezogenen Dienstleistungenein, d.h., sie klammern entgegen dem hier verwendeten umfassenden Arbeitsbegriff (vgl. 3.1.) personenbezogene Dienstleistungen wie etwa Kinderbetreuung aus. Inwieweit auch für dieses Segment der Arbeit die These der Rückverlagerung aus sozialstaatlichen Institutionen in die Familie zutrifft, wird gesondert zu thematisieren sein (vgl. 3.4.).

Nach den Vermutungen von JOERGES und GERSHUNY kommt in solchen Beispielen ein langfristiger Trend zur Substituierung von über den Markt bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen durch unbezahlte Arbeit in den privaten Haushalten zum Ausdruck.

GERSHUNY 1983 (S. 83) unterscheidet zwischen zwei prinzipiell möglichen "Weisen der Versorgung" und stellt für das letzte Vierteljahrhundert eine zunehmende Verschiebung vom Kauf von Dienstleistungen auf unbezahlte Arbeit im Haushalt fest:

"...we can separate these alternative ways of satisfying needs into two categories, two alternative "modes of provision": "serviced" and "self-serviced". The purchased services satisfy final functions directly, while the goods are combined, often with unpaid labour, in a further process of production outside the money economy, again to satisfy final service functions.."

"... we see that the last quarter of a century has seen a rather regular pattern of the change in the mode of provision for some final service functions. In the domestic, entertainment and transport spheres, most households have shifted from a predominantly "serviced" to a predominantly "self-serviced" mode of provision. This change can be explained in part by technological developments (in the design and production of small electric motors, semiconductors, the

internal combustion engine), in part by the development of particular sorts of material infrastructure (electricity generating networks, road and telephone systems), and in part by economic pressures (particularly the rising relative cost of purchasing final services) which reflect the technological changes" (GERSHUNY 1983, S. 83).

Die zunehmende Erbringung von Dienstleistungen im Haushalt wird dabei durch technische Hilfsmittel unterstützt, die von der Gebrauchsgüterindustrie erworben wurden: Wäschereien werden durch Waschmaschinen substituiert, Kinos und Theater durch Fernsehen und Video, Transportarbeit, die früher in Form öffentlicher Verkehrsmittel konsumiert wurde, wird in Form privater Kraftwagen selbst erbracht etc. pp.

Daß die Ausstattung der privaten Haushalte zunehmend elektrische Geräte und Automaten für die Hausarbeit umfaßt und so die Rückverlagerung von Arbeit befördert, kann durch die laufenden Erhebungen der amtlichen Statistik ebenfalls belegt werden.

Tab. 2.6: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Zeitvergleich 1965-1970-1981 (41). In %.

	Haushaltstyp *		
	1965	1970	1981
Personenkraftwagen	30,2	51,0	83,8
Farbf Fernsehgerät	-	3,5	78,7
Kühlschrank	85,6	94,4	82,7
Tiefkühltruhe, -schrank	2,0	18,5	65,2
Geschirrspülmaschine	1,1	2,1	28,2
Küchenmaschine	19,5	20,5	37,8
Elek. Bügelmaschine (Heimbügler)	3,7	9,4	17,8
Waschvollautomat	19,8	37,5	79,8
Elek. Heimwerker	-	-	41,5

* Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen.

(41) Auszugsweise übernommen: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983 Tab. 25.

D.h. 84% der durchschnittlichen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen verfügten 1981 über einen PKW zur Eigenproduktion von Transportleistungen, 80% über einen Waschvollautomaten zur eigenen Erledigung der Wäsche.

Mit dieser zunehmenden Ausstattung der Haushalte mit "Investitionsgütern" zur Erbringung von selbstorganisierter Arbeit ist auch ein zunehmendes Gewicht dieses Ausgabenpostens unter den monatlichen Verbrauchsausgaben des durchschnittlichen Haushalts verbunden:

Von 1950 bis 1982 stieg der Anteil des Postens "Sonstige Güter für den Haushalt" von 4,5% auf 10% 1965, fiel dann aber kontinuierlich bis 1982 wieder auf 9,5% ab (ebd., Tab. 24). Dieser überraschende Befund wird später nochmals aufgegriffen.

Welche Rückschlüsse sind nun von der Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern auf Art und Umfang der Hausarbeit möglich? Ist mit der Verlagerung der Arbeitsinhalte vom Betrieb zurück in den Haushalt auch eine Zunahme des zeitlichen Umfangs der häuslichen Arbeit verbunden?

Näherungsweise Aufschlüsse darüber können nur Zeit-Budgetstudien geben, die jedoch auf die subjektiv gefärbten Angaben der Befragten angewiesen sind. Hier stellt sich insbes. das Problem (vgl. 1.1.) daß die Zuordnung derselben Tätigkeiten zur Vorgabe "(Haus)arbeit" oder "Freizeit" interindividuell nach bestimmten Merkmalen variiert. Dies dürfte für den Bereich der "Konsum"arbeit mit fließenden Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit von noch größerer Bedeutung sein.

GERSHUNY bezieht sich zur Abstützung seiner Hypothese eines Übergangs zur "self-servicing-economy" auf Zeitbudget-Studien, die für die USA zum Vergleich der Jahre 1920 und 1960 angestellt wurden (1983, S. 86 ff.). Er erklärt die dabei festgestellte Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit, die von durchschnittlichen amerikanischen Hausfrauen verwendet wurde, von rund 51 auf 54 Stunden pro Woche durch den wachsenden (Grenz)ertrag der Hausarbeit, der mit technischen Hilfsmitteln erzielt werden kann, im Vergleich zum Nutzen der Erwerbsarbeit.

So könnten arbeitssparende Haushaltsgeräte durchaus zu wachsender Hausarbeitszeit führen, wenn nämlich insgesamt die dadurch hervor-
gebrachte Versorgung verbessert wird.

Auch für Großbritannien führt er eine ähnliche Zunahme der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von Hausfrauen auf rd. 52 Stunden 1962 an (ebd., S. 87). In den 60er und 70er Jahren soll sie dagegen sowohl für die USA als auch für Großbritannien auf rd. 40 Wochenstunden gefallen sein. Für England konstatierten GERSHUNY und THOMAS 1980 eine Abnahme der Hausarbeitszeit um 12,1% (Frauen 14,0%) zwischen 1961 und 1974 (nach JOERGES 1983, S. 261 f.).

"For the 1960s and 1970s the data from the UK and USA studies agree that for both the middle and working class housewives, domestic work time has fallen still further, to something around 40 hours per week" (GERSHUNY 1983, S. 88).

Für die Bundesrepublik Deutschland waren analoge, repräsentative Zeitbudget-Studien für die Jahre 1953, 1966, 1968/69 und 1973/74 verfügbar (BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 196 ff.).

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit (eig. Ber. nach dortigen Angaben für die durchschnittliche Tagesarbeitszeit) von nicht-erwerbstätigen Ehefrauen nahm von 70 Stunden 1953 auf 52,5 Stunden 1968/69 ab (ebd., S. 197) und bis 1973 weiter auf 50,5 Stunden ab (S. 198).

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit für voll- und teilzeitbeschäftigten Ehefrauen sank von rd. 44 Wochenstunden 1953 auf 22,4 Wochenstunden 1968/69. Die Untersuchung für 1974 differenziert nicht zwischen den beträchtlichen Unterschieden in der Hausarbeitszeit von voll- und teilzeitbeschäftigten Ehefrauen und weist für deren Gesamtheit eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 39,5 Stunden aus (ebd.).

Leider liegen für den hier interessierenden Zeitraum ab 1973 keine Zeitbudget-Studien vor, zudem wurde seit 1953 die Hausarbeitszeit des Ehemanns und der Kinder nicht mehr erhoben, so daß die Daten für meinen Zweck nur beschränkt aussagefähig sind.

Immerhin sind aus diesem Material einige wegen der methodologischen Problematik von Zeitbudget-Studien vorsichtige Schlußfolgerungen möglich:

1. Der zunehmende Einsatz von "Kapitalgütern" im Haushalt, der belegt werden konnte, führt dazu, daß im Zeitverlauf immer weniger Zeit für Hausarbeit durchschnittlich von Frauen aufgewendet wurde. Dies ist mit der oben behaupteten Rückverlagerung der Arbeiten für den Haushalt durchaus vereinbar, weil auch mehr Arbeitsvorgänge mit diesen Mitteln in insgesamt kürzerer Zeit erbracht werden können. Zudem liegen für den aktuellen Zeitraum bis 1983 keine Daten vor. In diesem dürfte der vermutete Zusammenhang einer durch Restriktionen der Erwerbsarbeit erzwungenen Verlagerung von Arbeiten in den Haushalt aber am stärksten zutreffen,
2. Die gesamte durchschnittliche Hausarbeitszeit von Ehefrauen ist trotz der Mechanisierung der Hausarbeiten für 1973 (resp. 1974) mit 50,5 Stunden für nichtberufstätige Ehefrauen bzw. 39,5 Stunden für alle berufstätige Ehefrauen immer noch beträchtlich und liegt weit über der durchschnittlichen wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit von 34,3 Stunden (vgl. Tab. 15). Zudem sind in diesen restringierten Begriff von Hausarbeit alle bspw. mit der Sozialisation verknüpften Arbeitsaufgaben noch nicht oder nur teilweise enthalten (weitere Schlußfolgerungen s.a. 4.4.6.).
- 3.3.3.2. Die mit der Rückverschiebung verbundenen Effekte auf die Beschäftigung im formellen Sektor der Erwerbsarbeit. Einige exemplarische Daten zum Ungleichgewicht von familialer und Erwerbsarbeit

Das "ökonomistische", auf Erwerbsarbeit fixierte Denken in weiten Bereichen der Öffentlichkeit, aber auch der Diskussion in der Volkswirtschaftslehre (vgl. 1.2.4.) postuliert, daß die Verlagerung von unbezahlter Arbeit im privaten Haushalt auf bezahlte Erwerbsarbeit im Prozeß der säkularen Vermarktung der Arbeit konstante Wachstumschancen für die Erwerbsarbeit eröffnet. Während früher bspw. Hausfrauen für ihre Ehemänner die Wäsche erledigten, bügelten etc., werde dies jetzt in bezahlter Arbeit von Großwäschereien erledigt. Dieser Sektor des privaten

Dienstleistungsgewerbes wachse in dem Maß der außerhäuslichen Verlagerung solcher Arbeiten und die damit von einem Teil ihrer Arbeit entbundene Hausfrau erhalte Beschäftigungschancen im expandierenden Dienstleistungssektor. So sehr dieser Zusammenhang historisch für die Zunahme tertiärer Arbeitsformen und die steigende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen zugetroffen haben mag (vgl. nächsten Abschnitt und WILLMS 1983a, S. 49), so wenig gibt es ein allgemeines Gesetz der quantitativen Entsprechung von ersetzter Hausarbeit und potentielltem Wachstum der Erwerbsarbeits-Nachfrage, das dann auch noch in die Zukunft extrapoliert werden kann.

Vielmehr ist der im letzten Abschnitt behandelte Prozeß der Rückverlagerung der Arbeit aus Organisationen der Erwerbsarbeit in den Haushalt ein wichtiger Einwand gegen die Hypothese von ständig expandierenden Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Sektor. Im anschließendem Abschnitt wird schließlich zu untersuchen sein, wie diese Rückverlagerung und damit geringer werdende Beschäftigungsmöglichkeiten zumindest teilweise durch Restriktionen der Erwerbsarbeit, bspw. durch deren mangelnde Aufgabenerfüllung, erzwungen werden können.

Für die Analyse der Beschäftigungswirkungen der Rückverschiebung muß methodisch zunächst zwischen zwei konträren Effekten unterschieden werden:

1. In dem Maß, wie personen- und sachbezogene Dienstleistungen und Güterproduktion in die Familie rückverlagert wird, wird Erwerbsarbeit v.a. im Dienstleistungssektor bzw. in den entsprechenden Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes ersetzt.
2. "So to compensate for the job displacing effect of the substitution of self-servicing for the purchase of final services, we have a second sort of consequence - the direct generation of jobs in industries which supply commodities to self-servicing households. Obviously, one major part of this job generation was in the manufacturing sector. The self-servicing mode of provision of services requires that households buy consumer durables - which are in effect domestic capital - and materials, which are inputs to the informal production process" (GERSHUNY 1983, S. 84 f.).

Entsprechend zu den in Tab. 26 aufgeführten langlebigen Gebrauchsgütern wird also durch die Übernahme von Dienstleistungen in den Haushalt ein positiver Beschäftigungseffekt in den entsprechenden Industrien induziert, und zwar v.a. in der Produktion von PKWs, von "weißer Ware" für den Haushalt und von "brauner Ware" für die "Eigenproduktion" von Unterhaltung.

Da für die Eigenarbeit im Haushalt aber zusätzlich zu diesen Gebrauchsgütern auch noch "Hilfsgüter" wie Elektrizität, für die Eigenproduktion von Transportleistungen ein Straßensystem erforderlich sind, wird eine zusätzliche Beschäftigung auch in diesen sekundär betroffenen Wirtschaftssektoren stimuliert.

3. Wie hoch der Netto-Effekt aus beiden konträren Beschäftigungswirkungen ist, kann vorab einer empirischen Analyse nicht entschieden werden. Die von GERSHUNY hier geäußerte Vermutung, die Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt wäre zumindest in einer ersten Phase ein Motor für industrielles Wachstum, kann von ihm jedenfalls sachlich nicht belegt werden und bedarf des Verweises auf den fragwürdigen "Keynesianischen" Multiplikatorprozeß, dem jedem Nachfrageimpuls ein automatisches Wirtschaftswachstum zuordnet.

"The self-servicing trend can be seen as a sort of motor of economic growth, establishing or extending markets for consumer goods, and hence, through the Keynesian multiplier, extending demand, and accordingly employment, throughout the economy. It may be that this consequence, on employment via the level of effective demand, is more important than either the direct job displacing or the job generating consequences of self-servicing"(GER. SHUNY, 1983, S. 85 f.).

Im folgenden soll nun nicht versucht werden, wie in großen Bereichen der Volkswirtschaftslehre üblich, makroökonomische Modellfunktionen für diese Beschäftigungseffekte zu konstruieren, um daraus einen mathematisch schein-exakten Netto-Effekt auf die Beschäftigung zu "errechnen", sondern einige exemplarisch ausgewählte Daten zum strukturellen Zusammenhang zwischen Hausarbeit und darauf bezogener Erwerbsarbeit in der Vergangenheit für die Bundesrepublik auszuwählen.

Meine Hypothese, daß ein bestimmter Anteil der ab 1974 entstandenen Arbeitslosigkeit die Konsequenz von sinkenden Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Sektor aufgrund einer Störung des komplementären Verhältnisses von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist, kann nicht systematisch empirisch überprüft werden. Die vielfältigen, in der sozialen Realität miteinander verflochtenen Einflußgrößen, die zur Entstehung der Massenerwerbslosigkeit seit 1974 beitrugen, können in ihrer Wirkung nicht voneinander isoliert werden (vgl. S. 15). Die Kontrolle intervenierender Variablen für die kausale Interpretation statistischer Zeitreihen-Zusammenhänge bereitet für das außerordentlich komplexe Arbeitsmarktgeschehen unüberwindbare Schwierigkeiten, wie schon BOWEN/FINEGAN 1969 im Vorwort ihrer klassischen Studie feststellten.

"It soon became apparent, however, that in order to do a tolerably good job of isolating the effects of varying degrees of labor market tightness on participation rates, we would have to invest considerable effort in controlling for many other important variables. And, as we worked to develop more general models capable of explaining labor force decisions, we realized that there were many other relationships which were as interesting in their own right as the relationship we originally set out to study" (BOWEN/FINEGAN 1969).

Der methodologische Status der folgenden Daten zur Beschäftigungsentwicklung seit 1970 in ausgewählten Wirtschaftsabteilungen und -gruppen, die früher im Haushalt stattfindende Arbeit substituieren, ist daher sehr viel bescheidener als im Ideal der empirischen Überprüfung: Es sollen einige Hinweise auf empirische Evidenzen gegeben werden, die die Bedeutung der eben genannten sozialstrukturellen Einflußfaktoren für die Entstehung von Erwerbslosigkeit abstützen können.

1. Der Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Dienstleistungssektor durch die Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt

Eine unmittelbare Konsequenz der durch die zunehmende Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern möglich gewordenen Eigenproduktion von

Dienstleistungen ist die Abnahme an Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbsarbeit, die im Rahmen des Familienhaushalts vom abhängig Beschäftigten dienenden Personal erbracht wurde.

Nahm diese Arbeitsform noch 1882 einen Anteil von 18% an der Erwerbstätigkeit von Frauen ein, sank ihr Anteil bis 1982 auf 1,7% (vgl. Tab. 1). Für das Vereinigte Königreich berichtet GERSHUNY eine ähnliche Abnahme von einem Anteil von 8% an der gesamten Beschäftigung 1911 auf 0,7% in den 70er Jahren (GERSHUNY 1983, S. 84).

Als zweites Beispiel eines Ersatzes von Erwerbsarbeit im Dienstleistungssektor soll das bereits oben für die theoretische Überlegung verwendete Fallbeispiel der Verlagerung von Reinigungsarbeit im Haushalt in die außerhäuslichen Arbeitsplätze der Wirtschaftsgruppe "Wäscherei und Reinigung" (42) herangezogen werden.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die aus dieser Wirtschaftsgruppe freigesetzt wurden, stieg von 10.000 Ende September 1975 auf 19.000 Ende September 1982, also um 90% im Vergleich zu einem Anstieg der gesamten registrierten Arbeitslosigkeit um 81%. Davon waren 12.000 Frauen, die in dieser Wirtschaftsgruppe, wie fast in der gesamten übergeordneten Abteilung "Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt" (vgl. ebd.) die Mehrheit der Beschäftigten stellen.

In dieser Wirtschaftsabteilung, einer Gruppe des tertiären Sektors, die fast alle früher im Haushalt erbrachten Arbeiten umfaßt wie:

Beherbergung, Verpflegung, Kinder- und Altenbetreuung, Waschen und Reinigen, Körperpflege, Erziehung, Bildung und Ausbildung, gesundheitliche Betreuung o.a. nahm die registrierte Arbeitslosigkeit im genannten 7-Jahres-Zeitraum (43) bis September 1982 um 136% auf insgesamt 260.000 zu, also fast doppelt so stark wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Davon waren 173.000 Frauen, das sind 21% aller

(42) Nach der wirtschaftsfachlichen Ordnung der Arbeitsstatistik der BA in: ANBA 1983/3/S. 324.

(43) Daten über den in Kap. 2 zugrundegelegten 10-Jahres-Zeitraum seit Beginn der Beschäftigungskrise waren nicht verfügbar.

im September 1982 als arbeitslos registrierten Frauen (eig. Ber. nach ebd.).

Der Dienstleistungsbereich, der von 1961 bis 1977 die expandierende Frauenerwerbstätigkeit absorbierte (Kredit u. Versicherungsgewerbe + 64%, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen + 70%, andere Dienstleistungen + 48%) (nach LAPPE 1981, S. 265) und auch während der ersten Phase der Beschäftigungskrise bis 1977 noch die zunehmende Frauenerwerbslosigkeit in Grenzen hielt, konnte diese Funktion in der dritten Phase ab 1980 immer weniger erfüllen.

Anders als noch zu Beginn der Beschäftigungskrise 1974/75 (vgl. den Überblick über die 3 Phasen im Kap. 2.3.) wirkte die Entwicklung im Dienstleistungssektor dem allgemeinen Rückgang der Beschäftigung, besonders im Produktiven Gewerbe nicht mehr entgegen (vgl. ebd., S. 154). 1974 hatte die Zahl der gesamten Erwerbstätigen im tertiären Sektor noch um 1,0%, 1975 um 0,2% zugenommen, während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um 1,3 bzw. 2,8% zurückging. Im dritten Quartal 1982 ging die gesamte Beschäftigung jedoch erstmals auch im Dienstleistungsbereich zurück.

Damit scheint die Drei-Sektoren-Theorie von FOURASTIE widerlegt, die von einem ständig steigenden Kräftebedarf des Dienstleistungssektors aufgrund steigender Nachfrage ausgeht. Auch GERSHUNY kommt unter Ausnehmung der Bereiche Erziehung und Gesundheitswesen zu dem Resultat:

"But in general, throughout the developed world, expenditures on and employment in private "marketed" services have been proportionately falling"
(GERSHUNY 1983, S. 89).

GERSHUNY belegt diesen Verschiebungsprozeß in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch eine Analyse der Konsumstrukturen für Großbritannien: Mit Ausnahme des Bildungs- und Gesundheitswesens und im Gegensatz zu gängigen Vorstellungen habe der Konsum von Dienstleistungen in Relation zum Gesamtkonsum während der letzten 25 Jahre beträchtlich abgenommen.

Dies läßt sich auch für die Bundesrepublik empirisch abstützen, wenn man als Indikator die Entwicklung des Gesamtumsatzes aller Unternehmen des Handwerks, die fast alle güter- und personenbezogenen Dienstleistungen (ausgenommen die sozialen) erbringen (44). im Vergleich zu dem Gesamtumsatz der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe (incl. Bergbau) heranzieht.

Die letzte Handwerkszählung 1977 weist für den Zeitraum 1967 (dem Berichtszeitraum der vorletzten Zählung) bis 1976 eine Zunahme im Gesamtumsatz von 95% aus (STATISTISCHES BUNDESAMT 1982, S. 110). Im selben Zeitraum stieg der Gesamtumsatz der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (incl. Bergbau) (45) um 141%, der der Elektrotechnischen Industrie, die zum großen Teil Haushaltgeräte produziert, sogar um 169% (eig. Ber. nach ebd. S. 91 f.).

D.h., daß das Gewicht der außerhäuslichen Dienstleistungs-Arbeit im Zeitraum bis 1976 (neuere Zahlen liegen nicht vor) innerhalb der sozialen Arbeitsteilung eher abgenommen hat.

Gerade in den tertiären Bereichen war zudem in den letzten Jahren eine zunehmende Kapitalisierung z.B. aufgrund des Einsatzes von EDV-Technik zu beobachten mit den entsprechenden Folgen für abnehmenden spezifischen Arbeitskräfteeinsatz (vgl. 2.4.).

Zudem beginnt offenbar zunehmend der Zusammenhang in der Arbeitsteilung zu wirken, der oben skizziert wurde: Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor im weitesten Sinn stagniert seit einiger Zeit und kann so den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit nicht länger kaschieren (vgl. 3.4.).

Darin und in den o.g. Daten zum Beschäftigungsrückgang im nicht-öffentlichen Sektor kommt zum Vorschein, daß auch und gerade die Nachfrage

(44) Hier sind im einzelnen folgende Gewerbebezüge erfaßt: Bau- und Ausbaugewerbe, Metall-, Holz-, Bekleidungs-, Textil und Leder, Nahrungsmittelgewerbe, Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege, sowie Chemisches und Reinigungsgewerbe, Glas-, Papier-, Keramisches und sonst. Gewerbe. Gliederung nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1982, S. 110.

(45) Hierin ist der ebenfalls stark, allerdings etwa im selben Verhältnis angestiegene Exportumsatz enthalten.

nach Dienstleistungen Sättigungsgrenzen unterliegt. Auch OSTNER/WILLMS 1983 (S. 215) kommen zum empirischen Befund einer Nicht-Entsprechung von ersetzter Hausarbeit und vermehrter Nachfrage nach außerhäuslichen Dienstleistungen.

Eine zunehmende Divergenz von ersetzter Hausarbeit und ersetzender Erwerbsarbeit wird also dadurch hervorgebracht, daß Arbeit aus dem Dienstleistungsbereich auf die Gebrauchsgüterproduktion (Bsp.: Haushaltsgeräte) und komplementär dazu zurück in den Haushalt verlagert wird. Arbeit, die in Wäschereien und Reinigungen erledigt wurde, wird wieder in den technisierten, mit einer Waschmaschine ausgestatteten Haushalt zurückverlagert.

2. Der Beschäftigungseffekt der Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt auf die betreffenden Gebrauchsgüterindustrien: Verschiebung der Nachfrage auf weniger arbeitsintensive Branchen

Dies induziert in einer ersten Phase eine entsprechende Mehrnachfrage nach Erwerbsarbeit in den entsprechenden langlebigen Gebrauchsgüterindustrien - v.a. nach Frauenerwerbstätigkeit aufgrund der spezifisch erwünschten Qualifikationsstruktur.

GERSHUNY weist auf das starke Wachstum der Branchen in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik hin, in denen Kraftfahrzeuge, langlebige Haushaltsgeräte und "braune Ware" hergestellt werden, um die positive Beschäftigungswirkung der Rückverlagerung von Arbeit in den Haushalt deutlich zu machen (1983, S. 88).

Allerdings treten auch im Bereich der langlebigen Konsumgüter (z.B. für Waschmaschinen, Kühlschränke, Uhren, Autos etc.) bald Sättigungstendenzen in der Nachfrage ein, so daß die Neuproduktion zunehmend nur noch dem Ersatzbedarf dient (vgl. SCHMID 1980, S. 133).

Ein Fallbeispiel für diesen Zusammenhang ist die Geschichte des Haushaltsgeräte - Herstellers AEG, der im Zeitraum 1974-1982 von ursprünglich 170.500 weltweit Beschäftigten 50.000 Personen entlassen mußte (nach: WOLF, W. in KONKRET 1982/8).

Auch GERSHUNY gesteht ein (1983, S. 88), daß wir möglicherweise am Ende der Phase angekommen sind, in der durch den Neubedarf an langlebigen Gebrauchsgütern zusätzliche Erwerbsarbeit nachgefragt wurde. Dazu trägt v.a. der Umstand bei, daß wie aus Tab. 26 ersichtlich in den 80er Jahren der Neubedarf der Haushalte an solchen Gütern fast zu 100% gesättigt ist. Dies ist auch an dem empirischen Befund ablesbar, daß seit 1965 der Anteil der Haushalts-Ausgaben für diese Güter, die zunehmend dem Ersatzbedarf dienen, wieder abgesunken ist.

Doch auch für die Periode, in der einem Rückgang der Beschäftigung in den genannten Dienstleistungssektoren eine Mehrnachfrage nach Haushalt-"Kapitalgütern" und damit nach Erwerbsarbeit in den entsprechenden Gebrauchsgüterindustrien gegenüberstand, scheint ein quantitativer Ersatz bzw. sogar die Überkompensation, wie GERSHUNY annimmt (ebd., S. 84), unwahrscheinlich.

Die Nachfrage nach Leistungen der Erwerbsarbeit verschiebt sich nämlich weg von den arbeitsintensiven Handwerksbetrieben, die die sachbezogenen Dienstleistungen anbieten, auf die kapitalintensiven Sektoren den Verarbeitenden Gewerbes.

1976, im Jahr der letzten Handwerkszählung (vgl. S. 334), produzierten insgesamt 3,906 Mio. Beschäftigte im Handwerk (STATISTISCHES BUNDESAMT 1982, S. 107) einen Gesamtumsatz von 276.970 Mio. DM (ebd. S. 109), d.h. jeder Beschäftigte einen jährlichen Umsatz von 70.903 DM (eig. Ber.). Dagegen waren für den selben Umsatz, und d.h. für das selbe Arbeitsprodukt im gleichen Jahr im gesamten Verarbeitenden Gewerbe umgerechnet nur 2,303 Mio. Beschäftigte notwendig (eig. Ber. nach ebd., S. 77 und 92). Das heißt: Während eine bestimmte Nachfrage nach Dienstleistungen im Handwerk 100 Beschäftigten die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit bot, konnte die neue Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern wie PKWs etc. auch bei einem wertmäßig gleichem Umfang nur 59 Beschäftigten in der Industrie Arbeit verschaffen (eig. Ber.).

Dies scheint ein Beispiel für eine allgemeine Tendenz zu sein, die der Vermarktung der Arbeit vermutlich Schranken setzt:

Die Nachfrage verschiebt sich von arbeitsintensiven Produkten immer mehr auf konventionelle Massenware, zu deren Produktion relativ weniger Arbeit eingesetzt werden muß. Kaufte früher die Mehrheit der Konsumenten z.B. bestimmte Möbel bei Tischlern etc., sind diese heute zunehmend durch die hochtechnisierte Möbelindustrie verdrängt, die zur Herstellung des "gleichen", allerdings minderwertigen Produkts unverhältnismäßig weniger Erwerbsarbeit beschäftigt.

3. Das Ungleichgewicht von ersetzter Hausarbeit und Erwerbsarbeit in bestimmten Verbrauchsgüterindustrien

Abschließend soll ein Beispiel für den "Ersatz" von Haus- durch Erwerbsarbeit herangezogen werden, an dem die Annahme eines Ungleichgewichts zwischen ersetzter Hausarbeit und neugeschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbstätige besonders deutlich wird. Es betrifft nicht wie oben die Industrien zur Herstellung von Haushaltskapitalgütern (Gebrauchsgüter), sondern die Verbrauchsgüterindustrien wie das Textil- und Bekleidungsgewerbe. Hier setzte die "Sättigung" der Nachfrage bereits früher ein, als die Gebrauchsgüterindustrien (in den 50er und 60er Jahren) noch ihren Aufschwung nahmen. So waren dann auch die Verbrauchsgüterindustrien, die früher im Haushalt erstellte Güter wie Textilien und Kleidung herstellten, vom Beschäftigungseinbruch in der ersten Phase der Beschäftigungskrise 1973-1976 am stärksten betroffen. Der Rückgang in der Beschäftigung, gemessen am Stand im September 1973 betrug 16% im Vergleich zu 11% in der gesamten Industrie (nach: DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSSTAG 1977, S. 54).

Unter den Verbrauchsgüterindustrien fiel der Beschäftigungsrückgang am deutlichsten in den Wirtschaftsgruppen aus, die ursprünglich familiäre Arbeit substituieren:

Der Beschäftigungsstand im Bekleidungsgewerbe ging vom letzten Hochkonjunkturjahr 1970 bis 1976 um 27% zurück (gesamte Verarbeitende Industrie: -13%) (nach: LAPPE 1981, S. 270), im Zeitraum März 1978

bis Juni 1982 um 16% (allgemeine Entwicklung aller Wirtschaftsabteilungen: + 2%) (46). Ähnliches gilt für die Beschäftigung in der Textilverarbeitung (Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von März 1978 bis Juni 1982 um 19% - eig. Ber. nach ebd.) und für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Zumindest im Fall des Bekleidungsgewerbes ging der Beschäftigungsabbau nicht auf den Rationalisierungseffekt, sondern auf ein insgesamt verringertes Produktionsvolumen zurück: Stieg das effektive Nettoproduktionsvolumen der gesamten Verarbeitenden Industrie von 1970 bis 1976 noch um 12%, nahm es in der Bekleidungsindustrie um 6% ab (nach: LAPPE 1981, S. 270).

Nach einer vom DIHT im Herbst 1976 für die Industriebetriebe repräsentativen Unternehmensbefragung gaben 15,3% der Textilunternehmen und 17,4% der Bekleidungsunternehmen im Vergleich zu 11,3% aller befragten Industrieunternehmen einen voraussichtlich dauerhaften Nachfragemangel als primären Grund für ihre Beschäftigungsverringerung an (DIHT 1977, S. 55) (47).

Neben der gerade in diesen arbeitsintensiven Branchen häufigen Arbeitsplatzverlagerung in das Ausland sind es m.E. die von mir vermuteten Schranken der Ersetzbarkeit der familialen Hausarbeit durch außerhäusliche Erwerbsarbeit, die die Ausdehnung der Erwerbsarbeit neben anderen Faktoren begrenzen. D.h., daß auf der anderen Seite zunehmend solche Arbeit in den privaten Haushalt rückverlagert wird.

3.3.3.3. Die besondere Betroffenheit von Frauen durch Erwerbslosigkeit als Resultat ihrer Konzentration auf strukturell schrumpfende Erwerbsarbeits-Sektoren

Vom Rückgang der Nachfrage, die sich auf die strukturell schrumpfenden Branchen wie Textil- und Bekleidungsgewerbe richtet, sind in

(46) Nach ANBA 1983/Sondernummer/S. 12 f. Vgl. zur Erhebungseinheit S. 212.

(47) Der DEUTSCHE INDUSTRIE- UND HANDELSTAG führte im Herbst 1976 für den SVR in 8.871 Industriebetrieben, in denen rd. 49% aller in der Industrie Beschäftigten arbeiteten, eine Umfrage über deren Gründe für ihren Beschäftigungsabbau zwischen 1973 und 1976 durch.

erster Linie die hier über dem Durchschnitt der gesamten Erwerbsarbeit beschäftigten Frauen betroffen.

Die Ursachen für eine solche Konzentration weiblicher Beschäftigter auf schrumpfende Wirtschaftsgruppen sollen hier nicht näher dargestellt werden (vgl. WILLMS 1983b, S. 148 ff., BECK-GERNSEIM 1981 und LAPPE 1981). Es ist jedoch zu vermuten und auch durch die Datengrundlage abzustützen, daß der Strukturwandel der sozialen Arbeitsteilung in einer ersten Phase zunächst mit der Verlagerung von Hausarbeit in Erwerbsarbeitsplätze der Ver- und Gebrauchsgüterindustrien und in die oben genannten Dienstleistungsbereiche Erwerbsmöglichkeiten und -anreize für die von Hausarbeit entlasteten Hausfrauenschuf. Dies wurde wahrscheinlich durch die hier erwünschte und v.a. bei Frauen vermutete Qualifikationsstruktur gefördert.

Besonders der seit Mitte der 60er Jahre zu beobachtende Einbezug der Ehefrauen in die Erwerbsarbeit (vgl. 4.4.) wurde durch deren verstärkte Beschränkung auf spezifisch weibliche Erwerbsbereiche erreicht. So schlugen sich die besonderen familiären Bedingungen, aus denen die neuen Arbeitskräfte kamen, in der "Konstruktion" besonderer Arbeitsplätze im Erwerbssystem für sie nieder.

So wuchs die Frauenquote unter den Angestellten im Bekleidungs- und Textilgewerbe von 26% 1882 auf 58% 1970 (Daten nach den entsprechenden Voll-Berufszählungen, die zuletzt 1970 stattfanden), unter den Arbeitern sogar von 49% auf 87% im selben Zeitraum, in der Textilindustrie unter den Angestellten von 3% auf 43%, unter den Arbeitern von 43% auf 62%. Ähnliches gilt für die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie (alle Zahlen nach WILLMS 1983b, S. 148).

"Insgesamt wird Arbeit im Textil- und Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe wie auch in der Nahrungsmittelindustrie, als Arbeit in strukturell schrumpfenden Erwerbszweigen immer mehr zur Sache der Frauen... Frauen bleiben in strukturell schrumpfenden Branchen, die von den Männern als Arbeitern schon früh (aber mittlerweile auch als Angestellte) verlassen wurden" (ebd.).

Das Ergebnis dieses Prozesses war, daß sich Frauenerwerbsarbeit in den Wirtschaftsgruppen konzentrierte, die ihren Aufgaben nach

strukturelle Ähnlichkeiten mit früher in der Familie erbrachter Arbeit aufwies.

Tab. 27: Verteilung der weiblichen und männlichen abhängigen Erwerbspersonen auf Wirtschaftsbranchen 1970 in% (Auszug aus Tab. 2 in WILLMS 1983b, S. 136; eigene Kategorisierung)

	Frauen	Männer
<u>Verbrauchsgüterindustrie:</u>		
Leder-, Textil-, Bekleidungsgewerbe	9,8	2,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3,9	3,4
<u>Personen- und gemeinschaftsbezogene Dienstleistungen:</u>		
Handel	17,5	8,0
Reinigung	1,4	0,3
Persönliche Dienstleistungen	6,1	1,2
Gesundheitswesen	8,4	1,3
Bildungswesen	5,2	2,3
Insgesamt	54,3	18,9

In einer zweiten Phase des Strukturwandels der Arbeitsteilung in den 70er Jahren, die im letzten Abschnitt charakterisiert wurde, machten sich dann zunehmend Sättigungstendenzen in der Nachfrage nach den Leistungen dieser Branchen als Resultat der Grenzen in den Problemlösungskapazitäten von Erwerbsarbeit geltend.

So birgt die zunehmende Verlagerung aller Arbeit aus der Familie heraus in Arbeit, die für den Markt resp. für staatliche Institutionen erfolgt (bspw. Kinderbetreuung in Kindergärten und Horts als Folge zunehmender Frauenarbeit; vgl. 3.4.) das Risiko von Erwerbslosigkeit in sich.

Die von Protagonisten der Frauenerwerbsarbeit häufig vorgebrachte These, daß in dem Maß, wie reproduktionsbezogene Arbeit in der Familie durch Erwerbsarbeit abgebaut wird, neues Bedürfnis geschaffen wird, das sich jetzt auf staatliche Institutionen resp. auf den Markt richtet und in dem Maß auch sinnvolle Arbeit außerhalb der Familie induziert, trifft so nicht zu und zeugt von einem sachlich wenig begründeten Glauben in die Äquifunktionalität und Omnipotenz von Staat und Markt gegenüber familialer Arbeit.

Aufgrund ihrer Konzentration in strukturell schrumpfenden Branchen waren die Frauen die Hauptleidtragenden des damit einhergehenden Freisetzungsprozesses. Bei einer Arbeitslosenquote insgesamt von 4,7% im Jahr 1975 und einer frauenspezifischen von 5,4% (nach ANBA 1983/Sondernummer, S. 9) lag bspw. die Arbeitslosenquote für weibliche Beschäftigte des Bekleidungsgewerbes bei 8,5%.

Das Faktum, daß weibliche Erwerbspersonen seit 1970, und besonders stark ausgeprägt in den Phasen relativer Arbeitsmarktstabilität wie 1977-1980, stets in höherem - oft fast doppelt so hohen - Ausmaß wie männliche Erwerbspersonen von registrierter Arbeitslosigkeit betroffen waren (vgl. die Zahlen ebd., S. 9), könnte in dem eben skizzierten Zusammenhang eine theoretische Interpretationsmöglichkeit finden. Ihre Überrepräsentation in arbeitsintensiven Arbeitsbereichen, die ihre Wachstumsgrenzen erreicht haben, könnte einen Einflußfaktor für ihre stärkere Betroffenheit durch Erwerbslosigkeit neben anderen, noch zu analysierenden Faktoren (vgl. 4.4.6.) darstellen.

An den schlechteren Arbeitsmarktchancen von erwerbstätigen Frauen macht sich so vermutlich geltend, daß familiäre Arbeit ab einer gewissen Grenze nur unter dem Preis höherer Arbeitslosigkeit durch Erwerbsarbeit substituierbar ist.

3.3.3.4. Die Rückverschiebung von bezahlter Arbeit auf unbezahlte
familiäre Arbeit als mögliches Resultat mangelnder Auf-
gabenerfüllung der Erwerbsarbeit

Eine mögliche Ursache für die zunehmende Bedeutung der Arbeitsformen im Haushalt, also für die Rückverschiebung von bezahlter auf unbezahlte Arbeit, die - wie bereits dargestellt - einen Rückgang der Arbeitsnachfrage im formellen Sektor zum Resultat hatte, kann in den Restriktionen liegen, denen die Arbeit im formellen Sektor unterworfen ist. JOERGE S 1983 bespricht diesen Zusammenhang anhand der von ihm so genannten "Ausbeutungshypothese":

"Organisationen der Erwerbsarbeit lasten den Haushalten also gemäß dieser Hypothese Leistungen an, die sie selbst unter veränderten technisch-ökonomisch-politischen Randbedingungen nicht (mehr) erbringen, sei es aus Gründen der Rentabilität, sei es zur Wahrung anderer Interessenlagen" (ebd., S. 256).

In meiner Arbeit soll eine Konkretisierung dieser Hypothese als Beitrag zur Erklärung eines Teils der Erwerbslosigkeit herangezogen werden:

Eine Rückverschiebung von Arbeit in den Haushalt wird vom industriell-bürokratischen Kernsystem in dem Maß erzwungen, wie die Qualität der Aufgabenerfüllung durch Erwerbsarbeit, damit auch die der angebotenen Leistung abnimmt (vgl. 3.1.). Die Vernichtung des darauf gerichteten Bedürfnisses als Nachfrage auf dem Gütermarkt bringt in Interaktion mit anderen Einflußfaktoren die Erwerbslosigkeit der an der Produktion beteiligten Arbeitnehmer hervor. Erwerbslosigkeit stellt hier aber nur den amtlich statistischen und verzerrten Ausdruck für eine anders geartete Verteilung der Arbeit zwischen den beiden Sektoren der dualen Arbeit, damit auch keine Arbeitslosigkeit im engeren Sinn dar.

Zur Illustration dieses Zusammenhangs ein aktuelles Beispiel:

In 3.1. wurde dargestellt, wie durch das Sinken der effektiven Arbeits-

zeit, die in der Erwerbsarbeit durchschnittlich aufgewendet wurde, die Aufgabenerfüllung und damit der soziale Wert der Arbeit beeinträchtigt werden kann.

Wenn bspw. die Deutsche Bundespost im Zug der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung für ihre Mitarbeiter Nachtleerungen der Briefkästen 1984 eingestellt hat, bedeutet dies im Resultat eine Verschiebung der Arbeit aus einer Organisation der Erwerbsarbeit zurück in den Haushalt. An diesem bleibt nun die Aufgabe hängen, einen dringlichen Brief nachts zur Hauptpost zu befördern. Abgeschoben kann diese Aufgabe auf die von Haushalten erbrachte Arbeit in diesem Fall aufgrund ihres spezifischen Musters der Zeitverwendung (vgl. JOERGES 1983, S. 224).

Aus den in 1.3. gegenübergestellten Arbeitsmustern von bedürfnisorientierter unbezahlter und bezahlter Arbeit läßt sich also die Hypothese folgern, daß bestimmte Arbeiten ein Bearbeitungsmuster verlangen, wie es nur der familialen und nicht der vermarkteten Arbeit möglich ist, allein schon, was die geforderte Zeitflexibilität bei diesen Aufgaben betrifft. Zu diesen Arbeiten dürften alle schon behandelten Fallbeispiele von personen- und sachbezogenen Dienstleistungen zählen, wie sie sowohl innerhalb der Familie als auch von Erwerbsarbeit erbracht werden können: Ob die Wäsche bspw. innerhalb der Familie oder von Wäschereien/Reinigungen erledigt wird, dürfte aufgrund der qualitativen Eigenart dieser Arbeitsaufgabe ebenso wenig gleichgültig sein, wie es einen Unterschied ausmacht, ob Kinder zentral von der Familie oder im Kindergarten oder -hort erzogen werden. Die Vernichtung des Bedürfnisses, das sich auf die ungenügende Leistung der Erwerbsarbeit richtet, und die dadurch bewirkte Vernichtung von Arbeitsplätzen im privaten oder staatlichen tertiären Sektor wären dieser Hypothese folgend die Konsequenzen einer Aufblähung der Erwerbsarbeit über ihre Möglichkeiten hinaus. Dieser Teil der Erwerbslosigkeit ist der für meine Arbeit zentralen Annahme zufolge die Konsequenz einer Störung des komplementären Verhält-

nisses von unbezahlter und bezahlter Arbeit.

Wie weit mit dieser Hypothese die heute vorliegende Erwerbslosigkeit in bestimmten Sektoren (v.a. von Frauen) erklärt werden kann, ist natürlich eine Frage, die nur durch weitere systematische empirische Forschung, die bisher kaum stattgefunden hat, näherungsweise beantwortet werden kann.

Dieser Zusammenhang wird jedoch von der in der Beschäftigungsdiskussion dominanten Sichtweise, die Arbeit primär unter einem quantitativen Aspekt behandelt und deshalb die rechnerische Ersetzbarkeit von unbezahlter durch bezahlte Arbeit postuliert, nicht erkannt, weil er aus der dort nicht weiter interessierenden qualitativen Unterschiedlichkeit der Arbeitsmuster in beiden Sektoren hervorgeht. Auch da, wo die Volkswirtschaftslehre ihre traditionelle Auffassung vom Haushalt als der nur konsumierenden Einheit aufgibt und ihn als "letzte produktive Einheit der Volkswirtschaft" bespricht, die das Produkt der Erwerbsarbeit durch Zusatz von Arbeit bis zur Genußreife führt, wird die Eigenart der darin wirksamen Arbeitsorientierung weitgehend ausgeblendet. Diese Ausblendung ist die Voraussetzung für die darauf gründende und in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion verbreitete Auffassung von der beliebigen Vermehrbarkeit der Nachfrage nach Erwerbsarbeit.

3.4. Die Verschiebung von Erwerbsarbeit innerhalb des formellen Arbeitssektors auf den öffentlichen Bereich als ein Aspekt des Strukturwandels der sozialen Arbeitsteilung 1973-1983

Ging es im vorhergehenden Abschnitt 3.3. um die Rückverschiebung von Arbeit auf nicht-vermarktete und nicht-institutionalisierte Sektoren der Arbeit, soll in diesem Teil die Verschiebung der abhängigen Beschäftigung auf den öffentlichen Sektor im letzten Jahrzehnt als einer der bedeutsamsten Aspekte des Strukturwandels der sozialen Arbeitsteilung behandelt werden. Inwieweit diese Verschiebung ein Faktor für die möglicherweise zeitverschobene Entstehung von Erwerbslosigkeit ist, soll im nächsten Abschnitt anhand zweier exemplarischer Fehlentwicklungen des Beschäftigungssystems dargestellt werden.

In diesem und im nächsten Abschnitt wird also zugleich die im Kap. 2 für den Zeitraum 1973-1983 mit amtlichen Daten dargestellte Aggregatgröße der Nachfrage nach Erwerbsarbeit (vgl. S. 167 ff.) einer qualitativen Differenzierung unterzogen. In dem für die Darstellung des globalen Arbeitsmarkt-Ungleichgewichts, das zu einem bestimmten Zeitpunkt vorliegt, durchaus aussagefähigen Aggregat werden nämlich die qualitativen Unterschiede zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen nicht erfaßt. Für deren langfristige Lebensfähigkeit und damit auch für ein langfristiges Arbeitsmarkt-Gleichgewicht macht es aber einen entscheidenden Unterschied aus, ob mit ihnen sozial sinnvolle, weil produktive Arbeit geleistet wird oder nicht. Von der amtlichen Statistik als "Erwerbstätigkeit" registrierte Beschäftigung kann damit durchaus einen Bestandteil an "Arbeitsplätzen" enthalten, in denen die eigentlich vorhandene Arbeitslosigkeit nur verdeckt wird, ähnlich wie in planwirtschaftlich organisierten Ländern die Beschäftigung aller mit Arbeitslosigkeit einhergehen kann.

Hier wird wiederum deutlich, weshalb die in der Beschäftigungsdiskussion übliche Betrachtungsweise, die das Arbeitsmarktgeschehen auf die quantitativen Marktseiten reduziert, durch eine Perspektive, die auf die Produktivität der geleisteten Arbeit abstellt, ergänzt werden muß.

3.4.1. Die Ausdehnung des geplanten Sektors der Beschäftigung

Die Interaktion zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen Staat und privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaft ist von den volkswirtschaftlichen Disziplinen unter den verschiedensten Gesichtspunkten in extenso behandelt worden. Im Unterschied dazu sind die vorliegenden soziologischen Theorieansätze bisher für diesen Gegenstandsbereich, besonders für die Folgewirkungen staatlicher Eingriffe in das Beschäftigungssystem im Hinblick auf Produktivität und Lebensfähigkeit der Arbeitsplätze, nach meinem Kenntnisstand kaum fruchtbar gemacht worden. Im Abschnitt 1.4. wurde bereits versucht, den Ansatz von DURKHEIM auf die Analyse der gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme zu beziehen. Im folgenden soll nun skizziert werden, wie auch die erstmals 1935 erschienenen Überlegungen von Karl MANNHEIM zur Verschiebung von geplanten und ungeplanten Bereichen in der industriellen Gesellschaft den theoretischen Rahmen von DURKHEIMS Analyse ergänzen und es ermöglichen könnten, die kontraproduktiven Effekte von staatlichen Eingriffen in das Beschäftigungssystem theoretisch zu identifizieren. Ich verweise im übrigen auf das gesamte Heft 4/5 1983 der ANGEWANDTEN SOZIALWISSENSCHAFTEN, in dem die Fruchtbarkeit des MANNHEIM'schen Konzepts für die Weiterentwicklung verschiedenster aktueller soziologischer Theoriekonzepte ausgeführt wird (48). An diese MANNHEIM-Interpretation schließe ich mich im weiteren - ohne auf seine Schriften dazu ausführlicher einzugehen - an und verweise darauf, daß diese Lesart von MANNHEIM zwar durch die zitierten Stellen gedeckt wird, MANNHEIMS Position zur Planung aber durchaus vielschichtig ist, da er sich auch durchaus für das Prinzip der Planung in bestimmten Bereichen ausgesprochen hat. In diesem Sinn können die folgenden exkursartigen Überlegungen nur die Richtung andeuten, in die eine weitere Forschung gehen müßte.

(48) I.F. beziehe ich mich, auch zur Wiedergabe der Zitate von MANNHEIM auf den philologisch sorgfältigen Aufsatz von KREUTZ 1983b in diesem Heft. Er zitiert MANNHEIMS Schrift "Man And Society in an Age of Reconstruction" in der 1958 in Darmstadt erschienenen deutschsprachigen Rückübersetzung im kritischen Vergleich mit der deutschen Originalfassung von 1935.

3.4.1.1. Staatliche Eingriffe in das Beschäftigungssystem als Beispiel für den historischen Prozeß der Ersetzung ungeplanter durch geplante Verhaltensweisen. Die Schranken der Ausdehnung staatlich geplanter Arbeitsplätze

MANNHEIM stellt demnach in der moderenen industriellen Gesellschaft einen historischen Prozeß der zunehmenden Ersetzung ungeplanter, über den Wettbewerb vermittelter Vorgänge durch geplante Verhaltensweisen fest. Die folgenden Überlegungen können nun verdeutlichen, warum ab einem bestimmten Stadium das Wachstum der staatlich angebotenen bzw. subventionierten Beschäftigung die Produktivität der Arbeitsplätze in Frage stellen kann:

"In einem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, in dem die geplanten Prozesse gleichsam kleine Inseln in einem weitgehend ungeplanten Gesamtgeschehen darstellen, war und ist es möglich, daß geplante Prozesse und das Spiel von ungeplanten Handlungen, das immer wieder Gleichgewichtszustände erzeugt, nebeneinander bestehen können und ohne große Reibung ein Funktionieren der Gesamtgesellschaft gewährleisten. Das Wachstum der geplanten Teilsysteme führt aber dazu, daß dieses relativ harmonische Nebeneinander nicht mehr möglich wird".

"Mannheim nimmt also an, daß eine Gesellschaft, in der geplante Prozesse überwiegen, Spannungen zwischen Planung und laissez-faire-Handeln impliziert, die letzten Endes die Stabilität grundlegend in Frage stellen" (KREUTZ 1983b, S. 432).

Wie kann nun die Stabilität der Beschäftigung durch staatliche Eingriffe behindert werden?

Strukturwandlungen einer Volkswirtschaft gehören zu den normalen Erscheinungen ihrer Entwicklung (zur Fluktuations-Erwerbslosigkeit vgl. S. 62 f.). Für die Bewältigung dieser Anpassungsprozesse ist eine ausreichende Flexibilität sowohl der Produktion als auch des Beschäftigungssystems notwendig. Diese Dynamik wird im Normalfall der funktionierenden Arbeitsteilung und bei einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung durch Güter- und Arbeitsmärkte garantiert, die die im Wettbewerb stehenden Einzelinteressen zu einem "bestmöglichen Ergebnis" für das Gesamtsystem zusammenfügen.

Durch die Zurückdrängung des Wettbewerbsprinzips durch staatliche Eingriffe kann nun die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsplätze bzw. Qualifikationen an die neue Datenlage (vgl. S. 63) in Mitleidenschaft gezogen werden.

"Unter den vielen sozialen Beziehungen ist das Gegensatzpaar der miteinander in Streit liegenden Prinzipien des freien Wettbewerbs und der Regulierung in unserem Zeitalter der sozialen Wandlungen von ganz besonderer Bedeutung... Ungeplante und durch natürliche Auslese regulierte Felder einerseits und zielbewußt organisierte Bereiche andererseits können nur solange reibungslos nebeneinander bestehen, als die Bereiche des Ungeplanten überwiegen. Je größer der Bereich und die zeitliche Erstreckung der Gesellschaftsprozesse werden, die nach einem Plan funktionieren, umso schwieriger lassen sich diese in eine normal ungeregelte Gesellschaft einbauen... Einmal werden die individuellen Elemente durch jede Planung verhärtet und verlieren ihre Anpassungsfähigkeit und zweitens wird die Chance für eine individuelle Umstellung und Anpassung auch in den noch nicht geplanten Bereichen immer geringer" (MANNHEIM 1958, zit. nach KREUTZ 1983b, S. 433 f.).

"Daß jedes auf Einzelziele durchdachte Element in seiner Anpassungsfähigkeit leidet, wenn es in den Freiraum der Konkurrenz und der Selektion kommt, das kann man sowohl an Institutionen als an Lebewesen aufweisen. Es ist eine allgemeine Erfahrung aus der Wirtschaftskrise, daß in ihr kleine Wirtschaftseinheiten, industrielle Kleinunternehmen und kleine Läden besser bestehen können als umstellungsunfähige große Gebilde" (S. 102 f. des deutschen Urtextes, zit. nach ebd., S. 434).

Diese Überlegungen scheinen den Kern dessen zu treffen, wie durch die Bürokratisierung von Organisationen der notwendige Strukturwandel behindert werden kann. MANNHEIM nennt im einzelnen zwei Gründe:

Erstens verlieren die individuellen Elemente durch die langfristige Planung jede Anpassungsfähigkeit: Bspw. können einmal neu eingestellte Beamte bei einem Rückgang des darauf bezogenen Bedarfs nicht einfach gekündigt werden. Oder die staatlich subventionierten Arbeitsplätze von schrumpfenden Branchen werden dadurch künstlich aufrechterhalten (vgl. 3.5.1.), ohne daß ihr Beitrag in der Arbeitsteilung sinnvoll wäre.

Zweitens wird auch für den weiterhin marktmäßig organisierten Sektor der Wirtschaft die Anpassungsfähigkeit erschwert, wenn der staatliche Anteil an der Gesamtbeschäftigung immer mehr wächst.

Dies kann m.E. auch daran liegen, daß Arbeitsplätze nur in dem Ausmaß sinnvoll durch den Staat bereitgestellt werden können, wie diese Bedürfnisse auch sinnvollerweise durch die kollektive Nutzung von Mitteln befriedigt werden können.

Was in Abschnitt 3.3.3.2 am Beispiel der familiälen Hausarbeit erläutert wurde, dürfte auch für die anderen Arbeitsformen im Sektor der unbezahlten Arbeit zutreffen. So hat in den letzten Jahren eine intensive sozialwissenschaftliche und öffentliche Diskussion darüber eingesetzt (49), inwieweit die sozialen Dienstleistungen des Staats, die Nachfrage nach Erwerbsarbeit schaffen, er-gänzungsbedürftig durch Formen der privaten Nachbarschafts- und Selbsthilfe etc. oder ob sie gar ersetzungsbedürftig sind. So sehr in diese Diskussion Parteipolitik und die Sachzwänge schrumpfender Staatsfinanzen eingehen, ihr Ausgangspunkt dürfte auch hier in der Nicht-Ersetzbarkeit von Arbeitsformen des informellen Sektors durch sozialstaatliche Fürsorge liegen. Die vielfältigen Formen eigeninitiiert^{er} Arbeit besonders im psychosozialen Dienstleistungsbereich lassen sich so als Reflex auf strukturelle Defizite institutiona-lisierter sozialer Versorgung interpretieren.

In anderen Gesellschaften, bspw. der US-amerikanischen, ist aufgrund ihrer besonderen sozialhistorischen Tradition und Entwicklung der Dualismus beider Formen von Arbeit: des "Professional" und des "Community Concepts" (50) eine größere Selbstverständlichkeit als in der Bundesrepublik, wo gemessen an der kulturellen Norm der Erwerbsarbeit entsprechende Arbeitsformen von Selbstorganisationen als "alternative Projekte", d.h. als abweichendes Arbeitsverhalten etikettiert werden. Die einschlägige Diskussion ist ein Beispiel für den einsetzenden kulturellen Wandel im Bereich der Arbeitsnormen.

(49) Vgl. das Buch von J. STRASSER über die Grenzen des Sozialstaats.

(50) Ich folge hier den Ausführungen von Prof. WARREN/Rochester. Mit letzterem ist eine Form von Selbsthilfe durch Nachbarschaften u.a. Selbstorganisationen z.B. im Ghetto gemeint.

In welchem Maß Aufgaben wie die der Kinder- und Altenbetreuung und -pflege, der Erziehung etc. nur durch unbezahlte Arbeit in Primärgruppen zu erfüllen sind, diese Arbeit also nicht durch Erwerbsarbeit für staatliche Träger (z.B. städtische Kindergärten) ersetzbar ist, was zugleich Schranken für eine Ausweitung der diesbezüglichen (staatlichen) Dienstleistungen und die dafür nachgefragte Arbeit vorgibt, ist eine Frage, die theoretisch nicht eindeutig geklärt werden kann. Es ist jedoch zu vermuten, daß der Rückgang der Beschäftigung im staatlichen Dienstleistungsbereich seit einigen Jahren hier eine seiner Grundlagen hat.

Selbstverständlich soll hiermit nicht behauptet werden, daß jegliche Beschäftigung für öffentliche Institutionen per se unproduktiv wäre: Die Finanzwissenschaft hat ja in ihrer Theorie der öffentlichen Güter umfassend dargelegt (vgl. RECKTENWALD 1980), warum bestimmte Bedürfnisse sinnvollerweise mit kollektiv genutzten Hilfsquellen zu befriedigen sind.

Davon als Fehlentwicklung zu unterscheiden ist die Ausdehnung der staatlichen Beschäftigung über die Grenzen produktiver Arbeit hinaus. Ausgangspunkt ist dabei die im letzten Abschnitt ausgeführte Vermutung, daß Arbeit nur bis zu einem bestimmten Ausmaß sinnvollerweise aus den Primärgruppen hinaus in Arbeit für den Markt bzw. staatliche Träger verwandelt werden kann. Wird dieses Ausmaß überschritten, und dies mit der explizit vorgebrachten Motivation, die Beschäftigung im öffentlichen Sektor um der Beschäftigung willen zur erhöhen (vgl. das KEYNES'sche Konzept der antizyklischen Beschäftigungspolitik und stellvertretend für viele GOTTIAN 1983), wird die Lebensfähigkeit dieser Positionen in der Arbeitsteilung nicht mehr durch ein Gleichgewicht von Arbeit und Bedürfnis, sondern nurmehr durch äußere Macht- und Finanzmittel aufrechterhalten.

3.4.1.2. Die empirische Entwicklung des Anteils der staatlich geplanten Beschäftigung im letzten Jahrzehnt

Wie hat sich nun im Zeitraum der Beschäftigungskrise seit 1973 der Anteil des öffentlichen Sektors an der gesamten Erwerbsarbeit entwickelt ?

Die Entwicklung der absoluten Zahl der beim Staat (hier in Übereinstimmung mit der Literatur definiert als: alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) beschäftigten Erwerbstätigen (die hier gleich ist mit der Zahl der abhängigen Arbeitnehmer) sei zunächst anhand folgender Tabelle dargestellt.

Tab. 28: Erwerbstätige (= beschäftigte Arbeitnehmer) im staatlichen Sektor von 1973-1982 (nach SVR 1983, S. 295) Jahresdurchschnitte

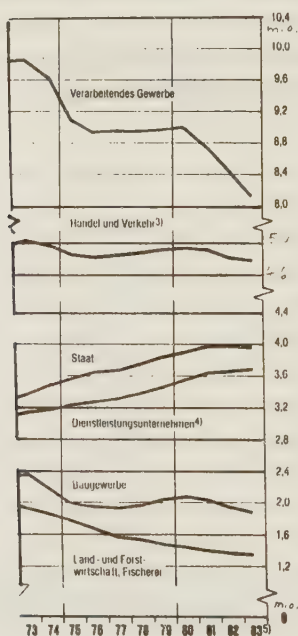
Jahr	
1973	3.367
1974	3.493
1975	3.576
1976	3.635
1977	3.660
1978	3.746
1979	3.847
1980	3.906
1981	3.971
1982	3.996

D.h.: im Vergleich zu einer Abnahme der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 1973-1982 (Jahresdurchschnitte) um 1,24 Mio. (vgl. Tab. 7, S. 188) weitete der Staat die Beschäftigung kontinuierlich auch während der Beschäftigungskrise auf fast 4 Mio. um 629.000 aus.

Dieser Umstand hielt die Abnahme der Erwerbstätigkeit und damit den Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit um 1,56 Mio. per Saldo der Jahre 1973 bis 1982 (vgl. Tab. 7) in Grenzen.

Die Entwicklung der Zahl der im Staatssektor Beschäftigten sei in folgendem Schaubild im Vergleich mit den anderen Wirtschaftsbereichen, die bis auf die Dienstleistungsunternehmen allesamt an Erwerbstätigen verloren, wiedergegeben.

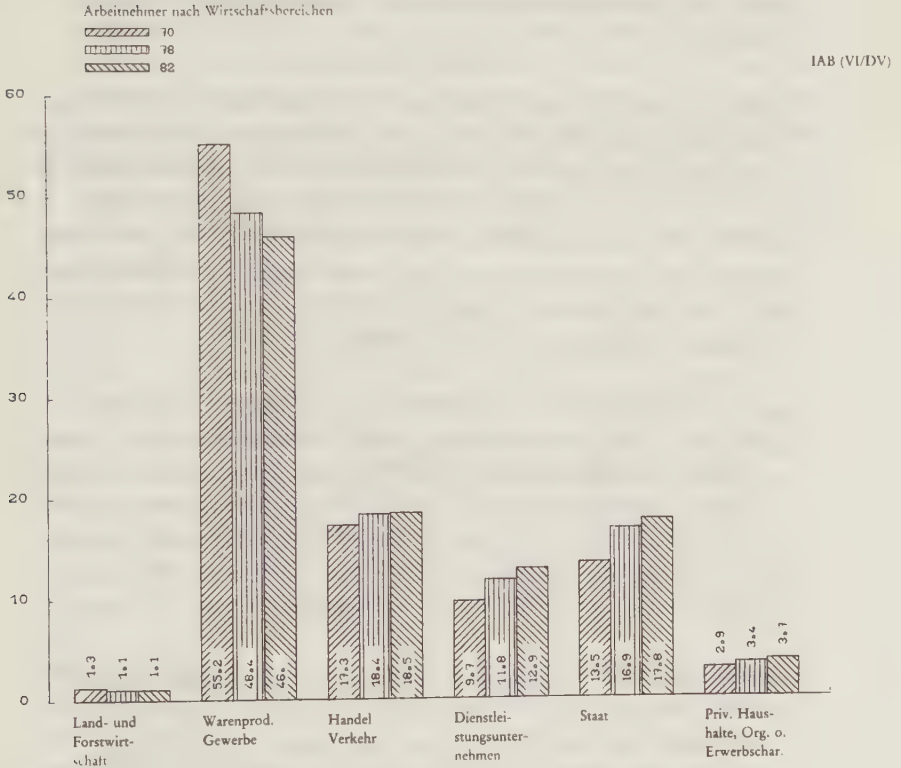
Schaubild 12: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1973-1983
(Auszug aus SVR 1983, S. 65)



1) Inland-Konzept (nach dem Beschäftigungsort) 2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 3) Einschließlich Markinlandsübermittlung 4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermittlung (einschl. Nutzung von Eigenheimwohnungen), sonstige Dienstleistungen 5) Eigene Schätzung

Diese absoluten Veränderungen in der Beschäftigung haben zu folgenden Umschichtungen innerhalb der sektoralen Beschäftigungsstruktur geführt.

Schaubild 13: Struktur der beschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen (Wirtschaft insgesamt = 100%) (Auszug aus BACH et al. 1983b, S. 329, SB 3)



Die starke Verschiebung in der sektoralen Beschäftigtenstruktur in den 70er Jahren vom warenproduzierenden Gewerbe auf Dienstleistungsunternehmen und den Staat betrifft insbes. die deutschen Arbeiter und Angestellten. Ein gegenüber 1968 doppelt so hoher Anteil von ihnen,

nämlich 17% gegenüber 8%, arbeitete nach eigener Einstufung 1978 für den Staat (51) . Interessant bei dieser repräsentativen Befragung ist die Abweichung der subjektiven Einstufung von den Kriterien der amtlichen Statistik (vgl. ebd., S. 76 ff.):

Für die im halböffentlichen Sektor Beschäftigten (bspw. Sparkassen oder kirchliche Kindergärten) stellt sich deren Arbeit abweichend von den Erhebungskriterien der amtlichen Statistik, aber zugleich auch die soziale Realität treffender, ebenfalls als öffentlicher Dienst dar.

Diese Umstrukturierungen wurden zu einem erheblichen Teil durch die zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Industrie ermöglicht: Zwischen 1961 und 1972 entzog das dem Verarbeitenden Gewerbe allein 1 Mio. in der Regel inländische Arbeitskräfte (vgl. SCHMID 1980, S. 182) und schuf so erst zusammen mit der gewaltigen tatsächlichen Arbeitszeitverkürzung der deutschen Beschäftigten die "notwendigkeit" der Ausländerbeschäftigung, die jetzt in den 80er Jahren die sozialen Folgeprobleme für den Arbeitsmarkt aufwirft.

Die zweite Gruppe, der die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung zugute kam, waren die Frauen: Für sie wurden v.a. im Bildungs- und Gesundheitswesen zunächst Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen (vgl. KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977, S. 74), familiäre Arbeit damit in öffentliche Arbeitsplätze verlagert. So stieg der Frauenanteil unter den Beamten von 10% im Jahr 1960 auf 16% im Jahr 1980 (nach: IAB-Kurzbericht vom 10.1.1983).

Dieser Strukturwandel spiegelt sich auch in den Berufskategorien wieder, wie sie in den MZ-Erhebungen (vgl. 2.1.2.) zugrundegelegt werden: Die Zahl der Erwerbstätigen in Sozial- und Erziehungsberufen hatte 1982 gegenüber 1973 um 38,7%, in den Gesundheitsdienstberufen um 17,9% zugenommen (nach: WiSta 1983/8/S. 613 ff.).

(51) Nach: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 1980, S. 74. Befragt wurden in dieser repräsentativen Studie von INFRA-TEST-SOZIALFORSCHUNG 1968 und 1978 voll- und hauptberufliche Deutsche, nämlich 905 Arbeiter und 1.051 Angestellte (vgl. ebd., S. 4).

Nach diesem globalen Überblick soll nun die öffentliche Beschäftigungsentwicklung genauer in Interaktion mit der allgemeinen Beschäftigungskrise verfolgt werden:

In der Phase der Prosperität nach 1970 wurde bei vollen öffentlichen Kassen und durch entsprechend attraktive Löhne und Gehälter weit mehr Beschäftigte für den öffentlichen Dienst angezogen, als nachhaltig beschäftigt werden konnten. Da für diesen Bereich ein weitgehender Kündigungsschutz gilt, ist der Allokationsmechanismus von Ein- und Ausstellungen hier außer Kraft gesetzt. Die Anpassungsfähigkeit an Veränderungen der wirtschaftlichen Datenlage geht damit verloren. In diesem Umstand zieht der WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT BEIM WIRTSCHAFTSMINISTERIUM (1977, S. 1114) auch einen zentralen Einwand gegen eine beschäftigungspolitisch motivierte Erhöhung des öffentlichen Personals, die den sich wandelnden öffentlichen Bedarf außer Acht läßt:

"Es wird manchmal vorgeschlagen, daß der Staat in solchen Bereichen, in denen ein zusätzlicher Bedarf an öffentlichen Leistungen besteht, die an sich erst in den nächsten Jahren geplante Erhöhung der Beschäftigung teilweise schon jetzt vornimmt. Der Beirat warnt vor einer solchen Politik. Einstellungen im öffentlichen Dienst sind in der Regel irreversibel. Die Formulierung des öffentlichen Bedarfs setzt politische Entscheidungen und Prioritätssetzungen voraus. Diese können sich, wie auch die Erfahrung zeigt, in wenigen Jahren ändern. Man kann diese Prioritätssetzungen nicht aus beschäftigungspolitischen Gründen vorwegnehmen" (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT 1977, S.1114).

Die unmittelbare Wirkung der raschen Expansion der Staatsausgaben in den 70er Jahren war zunächst, einen frühzeitigeren Beschäftigungseinbruch zu verhindern. Die Ausgabenquote des Staats (Ge-
bietskörperschaften und Sozialversicherungen), d.h. der Anteil des Staatsverbrauchs, der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen und der öffentlichen Subventionen und Transferzahlungen (52) am

(52) Hier wird auf die problematischen, aber üblichen Meßgrößen der Wirtschaftstätigkeit in der VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTRECHNUNG zurückgegriffen. Zu ihren Definitionen vgl. bspw. WOLL 1976, S. 237 ff.

gesamten Bruttosozialprodukt stieg drastisch von 37,9% 1970 auf 48,1% 1975 (nach: KOMMISSION... 1977, S. 72). Allein 1973 stiegen die Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften um mehr als 10,5% (vgl. GROSSER 1979, S. 11). Unter den verschiedenen Ausgabenarten wurden die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte am stärksten gesteigert, nämlich fast verdoppelt (vgl. KOMMISSION... 1977, S. 75). Darunter wiederum war der Anteil der Ausgaben für das Schul-, Hochschul- und Gesundheitswesen am stärksten gestiegen (ebd., S. 74).

Die von den politischen Institutionen auch explizierte Motivation für diese starke Expansion der für den Staat geleisteten Arbeit war die Vorstellung einer prinzipiellen Planbarkeit des "gesellschaftlichen Bedürfnisses" bspw. nach Bildung über Jahrzehnte hinaus, der durch die weitgehend irreversible Expansion der Beschäftigung im Bildungswesen und die Werbung von Studenten für das Lehramtstudium Rechnung getragen werden sollte. Das langfristige Ergebnis dieser Politik ist die aktuelle Lehrerarbeitslosigkeit. Die Bildungsplanung des Staats war an Soll-Größen orientiert, die das wirkliche gesellschaftliche Bedürfnis nach Bildung nicht erfassen konnten. Das für die Beschäftigung von allen ausgebildeten Lehrern unterstellte Wachstum an immateriellen, differenzierten Bedürfnissen hat nicht stattgefunden, so daß das Auseinanderfallen von Arbeit und Bedürfnis Arbeitslosigkeit produziert. Beträchtliche Fehlinvestitionen in human capital sind so die Folge.

Zunächst jedoch spiegelte die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch die öffentlichen Ausgaben und die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung eine wirtschaftliche "Scheinblüte" und scheinbar stabile Beschäftigungslage vor.

Im Herbst 1974 - die Zahl der abhängig Beschäftigten war im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr schockartig um 266.000 zurückgegangen - sahen sich die Gebietskörperschaften erstmals mit drastischen Steuermindereinnahmen konfrontiert. Sie begannen in einigen Bereichen mit einer Sparwelle, d.h. Stellenkürzungen und Einstellungssperren, die dazu führten, daß sich bis zum Jahresdurchschnitt 1975 die öffentliche Beschäftigung nur noch um 83.000 ausweitete (vgl. Tab. 28), was bei weitem nicht ausreichte, um den Rückgang

der gesamten Beschäftigung um 626.000 zu kompensieren.

Aus Schaubild 12 ist ersichtlich, daß der Beschäftigungseinbruch 1974 und 1975 besonders stark das Verarbeitende Gewerbe betraf: Zwischen April 1974 und Mitte Mai 1975 weist der MZ einen Rückgang der hier Beschäftigten um 596.000 aus (nach: WiSta 1976/4, S. 233). Im gleichen Zeitraum stieg die öffentliche Beschäftigung nur um 49.000, was zusätzlich mit der Zunahme bei den "übrigen Dienstleistungen" (vgl. Schaubild 12) von 40.000 bei weitem zu wenig war, um dem Einbruch entgegenzuwirken.

Damit soll nicht einer beschäftigungspolitisch motivierten antizyklischen Personalpolitik das Wort geredet werden. Vielmehr setzte sich unter dem Diktat der leeren Kassen die Einsicht durch, daß die Expansion öffentlicher Beschäftigung an strukturell gegebene Grenzen stößt.

Zwar wurden in den gesamten 70er Jahren im öffentlichen Dienst über 1 Mio. Stellen neugeschaffen, davon allein fast 400.000 für Akademiker (vgl. SVR 1983, S. 65).

Auch konnte das staatliche Konjunkturstützungsprogramm, das durch ein starkes Haushaltsdefizit erkaufte wurde, für die Jahre 1978 bis 1980 (vgl. die zweite Phase der Beschäftigungsentwicklung 1977 bis 1980 mit ihrem Zuwachs an Erwerbstätigen mit 755.000 - siehe Tab. 8, S. 190) noch einmal die zurückgehende private Nachfrage ersetzen und so sowohl private als auch staatliche Beschäftigung stimulieren, auch wenn der Zuwachs an besetzten Arbeitsplätzen nicht ausreichte, um die wachsende Erwerbsbevölkerung zu "versorgen". Diese Phase wird in der Literatur deswegen oft als kurzfristige "Scheinblüte" bezeichnet, die die strukturelle Beschäftigungskrise durch wachsenden Staatsinterventionismus nur kurzfristig überdecken konnte.

In der dritten Phase ab 1980, insbes. ab 1982 machte sich dann bemerkbar, daß der öffentliche Sektor der Beschäftigung nicht weiter zu expandieren war:

1982 stieg die Zahl der Beschäftigten im gesamten öffentlichen Sektor nur noch um 25.000 (vgl. Tab. 28) gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1981; der MZ weist für den Vergleich der April-Daten 1981/82 der

Beschäftigten allein beim Staat einen Zuwachs von 68.000 aus, der den drastischen Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe um 300.000 im gleichen Zeitraum bei weitem nicht kompensieren konnte (Daten nach: WiSta 1983/3, S. 215). Die neuesten, in der EG-Arbeitskräftestichprobe vom April 1983 ähnlich wie im MZ erhobenen Daten weisen für die Erwerbstätigenzahl bei "Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen" (diediewichtigsten, aber nicht ausschließlich Träger öffentlicher Beschäftigung sind) wie für den Jahreszeitraum April 1981/April 1982 wieder eine Abnahme von 0,2% aus (vgl. WiSta 1984/5, S. 404). Lediglich die Zahl der Beamten nahm bis April 1983 nochmals um 0,3% oder 7.000 geringfügig zu (ebd. S. 405), was jedoch gegenüber dem Rückgang der abhängig Beschäftigten von 433.000 nicht ins Gewicht fiel.

Dieser durchaus uneinheitliche Verlauf der öffentlichen Beschäftigungsentwicklung in der letzten Dekade scheint die oben angegebenen Vermutungen zu bestätigen. Danach gewinnen die geplanten Bereiche der Beschäftigung ein zunehmendes Gewicht gegenüber den ungeplanten privatwirtschaftlichen Sektoren, stoßen dann aber in ihrer Expansion auf strukturelle Schranken.

Auf jeden Fall erweisen sich deterministische, auf säkulare Zeiträume bezogene "Gesetzmäßigkeiten" über die Entwicklung des Staatsanteils an der Wirtschaft wie das sog. "WAGNER'sche Gesetz" einer fortlaufend absolut und relativ wachsenden Ausdehnung der Staats-tätigkeit (vgl. RECKTENWALD 1980b, S. 240 ff.) im Licht der Datensituation und auch des strukturellen Eingebundenseins des Staats in die gesellschaftliche Arbeitsteilung als wenig wissenschaftlich. Dies hat auch die empirische Prüfung des "Gesetzes" durch RECKTENWALD (ebd., S. 241) über den letzten Hundertjahrzeitraum ergeben.

3.4.2. Die Entwicklung des Anteils von staatlich gestützten Arbeitsplätzen innerhalb der Kategorie "Erwerbstätigkeit": Arbeitsbeschaffungs- und ähnliche Maßnahmen (54)

Während im letzten Abschnitt die Ausdehnung der öffentlichen Beschäftigung, die einen von den öffentlichen Institutionen definierten "gesellschaftlichen Bedarf" erfüllen sollte, behandelt wurde, soll nun eine Kategorie von "Arbeitsplätzen" in ihrer Entwicklung seit 1975 (53) dargestellt werden, die die öffentlichen Institutionen, allen voran die BA, explizit zum Zweck der Entlastung der Arbeitslosenzahl, also der Arbeitsmarktpolitik schaffen. Die Differenz zu den "normalen" öffentlichen Arbeitsplätzen bspw. im Bildungswesen liegt also darin, daß das Motiv, Beschäftigung als kompensatorische Maßnahme zur Arbeitslosigkeit zu schaffen, hier primär gegenüber anderen Motivationen ist und dies auch in den Verlautbarungen der BA expliziert wird (vgl. ANBA 1983/3/S. 181 ff. und BACH et al. 1983b, S. 343 f.).

Produktiv oder qualifizierend im Sinn einer Vorbereitung auf produktive Arbeit sind diese Maßnahmen: berufliche Fortbildung und Umschulung, Verbesserung der Vermittlungsaussichten nach § 41a AFG, Rehabilitation und allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (55) immer dann, wenn die für den Strukturwandel erforderliche Flexibilität (vgl. S. 63) durch solche "Beschäftigung" (worunter i.F. auch Maßnahmen

-
- (53) Der Einsatz arbeitsmarktpolitische n Instrumentariums datiert im wesentlichen seit diesem ersten Jahr der Millionenarbeitslosigkeit. Daten aus den Jahren 1973 und 1974 waren zudem nicht verfügbar.
- (54) Von der Kurzarbeit soll dabei abstrahiert werden, da es sich hier nicht um die Neuschaffung von Positionen in der Arbeitsteilung handelt. Ihre Entwicklung wurde bereits in Kap. 3.1. behandelt.
- (55) Von den ebenfalls von der BA finanziell über Eingliederungsbeihilfen, betriebliche Fortbildung und Umschulung, Einarbeitungsschutz und betriebliche Rehabilitation geförderten Arbeitsplätzen soll hier ebenfalls abgesehen werden, da sie zahlenmäßig gegenüber den allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weniger ins Gewicht fallen (vgl. ANBA 1983/3/S. 181).

der Fortbildung und Umschulung gezählt werden) gefördert wird. Auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die bspw. der Landschaftspflege oder sozialen Diensten zugute kommen, sonst oft vernachlässigten Arbeitsaufgaben, und v.a. den Problemgruppen am Arbeitsmarkt Gelegenheit geben, ihre beruflichen Kenntnisse aufzufrischen und zu erweitern, können durchaus sinnvolle Arbeitsmarktpolitik darstellen. Noch immer - auch und gerade bei zurückgehender Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts - gilt ja, daß Höherqualifizierung das Risiko von erneuter Erwerbslosigkeit mindert. Die Evaluation der Wirksamkeit solcher Maßnahmen muß Aufgabe empirischer Forschung sein.

In diesem Sinn müßten Modellrechnungen, die die Teilnehmerzahl an solchen Maßnahmen gleichsetzen mit der "Beschäftigungswirkung" resp. "Entlastung der Arbeitslosenzahl" (vgl. BACH et al. 1983b, S. 344) und die zusätzlich "sekundäre Beschäftigungswirkungen" hinzufügen, ergänzt werden durch eine empirische Prüfung der so geschaffenen Beschäftigung auf ihre Produktivität im weitesten Sinn, was ihre qualifikatorische Wirkung mit einschließt.

Ein möglicher Indikator für die Erfolgskontrolle von Arbeitsbeschaffungs- und ähnlichen Maßnahmen läge in dem Risiko der Teilnehmenden, nach Abschluß der Maßnahme erneut arbeitslos zu werden. Auch hierüber fehlen jedoch fundierte Untersuchungen. Die BA schätzt für 1982, daß sich nur zwischen 40 und 50% der Teilnehmer nach Abschluß einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nicht wieder arbeitslos meldeten, gegenüber 1981 ein um rund 10% gesunkener Anteil (ANBA 1983/3/S. 183). Auch die Analyse der Zugänger in registrierte Arbeitslosigkeit (vgl. 2.5.) weist für Mai/Juni 1982 6% aller Neu-Arbeitslosen aus, die innerhalb der letzten 3 Monaten vor Arbeitslosmeldung eine "künstliche Beschäftigung" im definierten Sinn innehatten. Auch hier stieg der Anteil um 2% (ebd.). Eine kausale Zuordnung des Risikos von erneuter Erwerbslosigkeit zur Variable "Teilnahme an Maßnahmen" ist jedoch nicht möglich.

Für solche Gruppen bleibt als einziger Effekt der Teilnahme, die negativen soziopsychologischen Wirkungen des Status als "Arbeitsloser" abwenden zu können:

"Für gegenwärtig schwer vermittelbare Arbeitslose und solche, denen auch mit einer beruflichen Qualifizierung nicht geholfen werden kann, bringt der gezielte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wenn auch wohl gegenwärtig häufig nur vor übergehend Beschäftigung und Einkommen, mit positiven materiellen wie immateriellen Wirkungen, zumindest für den einzelnen" (ANBA 1983/3/ S. 181).

Auf der anderen Seite wird in der zitierten IAB-Studie eine "sekundäre Beschäftigungswirkung" angenommen, die mit der Hälfte der Teilnehmerzahl an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen quantifiziert wird.

"Wegen der zusätzlichen Beschäftigung von Stammarbeitskräften und aufgrund von Einkommens-, Verbrauchs- und Vorleistungswirkungen ist die gesamte Beschäftigungswirkung höher, als es die Zahl der geförderten Arbeitnehmer anzeigt. Auch in anderen Wirtschaftszweigen werden hierdurch weitere Arbeitsverhältnisse geschaffen oder gesichert" (BACH et al. 1983b, S. 343).

Hier müßte m.E. eine empirische Prüfung eines solchen "Beschäftigungsmultiplikators" ansetzen, die sich zum anderen wegen der vielfältigen Verflechtung von Einflußgrößen im Beschäftigungssystem, die eine isolierte kausale Zurechnung erschweren, kompliziert gestaltet.

Wie hat sich nun der Anteil dieser von der BA _____ geschaffenen bzw. gestützten Positionen im Beschäftigungssystem von 1975 bis heute entwickelt?

Tab. 29: Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (56)

Jahr	Arbeitslose	Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung	Teilnehmer an allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
	Anzahl in 1.000	Anteil in vH der Arbeitslosen	Anzahl in 1.000 Anzahl in vH der Arbeitslosen
1973	273	101	2
1974	582	117	3
1975	1.074	127	16
1976	1.069	97	29
1977	1.030	65	38
1978	993	63	51
1979	876	73	51
1980	889	91	41
1981	1.272	111	38
1982	1.833	120	29
1983	2.258(57)	118(58)	47 (58)

Die Tabelle weist also für 1983 eine durchschnittliche Zahl von 165.000 Arbeitsplätzen aus, die vom Staat vollständig oder teilweise zum Zweck der Arbeitsmarktentlastung getragen werden: Gemessen an der für 1983 geschätzten durchschnittlichen Zahl an Erwerbstätigen von 25,187 Mio. (vgl. WiSta 1984/5, S. 404) ergibt das einen Prozentsatz von 0,66% an Arbeitsplätzen, um die die tatsächliche Erwerbstätigkeit zu hoch eingeschätzt wurde.

Entsprechend wurde die Arbeitslosenzahl um insgesamt 7,31% "entlastet". D.h. sie wäre, abgesehen von sekundären Effekten, um diesen Anteil höher ausgefallen, wenn der Staat nicht arbeitsmarktpolitisch "gegengesteuert" hätte.

(56) Werte für 1973 und 1974 nach Beitr.AB 1979/42, S. 26. Tab. bis 1982 übernommen aus: SVR 1983, S. 73 (Quelle IAB). Angegeben sind in allen Spalten die Jahresdurchschnittszahlen, also nicht die Gesamtzahl der im Jahr Betroffenen.

(57) Vorl. Zahl nach WiSta 1984/1, S. 24*.

(58) Schätzung von BACH et al. 1983 b.

(59) Eigene Berechnung.

Nachdem 1982 ein Einschnitt in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgrund der Sparmaßnahmen erfolgte, wurden diese Stellen 1983 wieder fast auf das Doppelte erweitert. Für 1984 rechnet die BA sogar mit 70.000 Arbeitslosen, die so aus der Statistik ausgeschieden (vgl. BACH et al. 1983b, S. 344).

Von den rd. 118.000 Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung im Jahresdurchschnitt 1983 waren nur rund zwei Drittel vorher arbeitslos (ebd.), deshalb ist die Entlastungswirkung der Arbeitslosigkeit hier geringer.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß insbesondere in den Jahren 1975 und 1978 bis 1980 ein beträchtlicher Anteil an den Arbeitslosen dadurch aus der Statistik ausschied und als "erwerbstätig" gezählt wurde (bis zu 15%) (vgl. Tab. 29), daß er an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnahm. Hierin sind die oben aufgeführten, nur durch staatliche Zuschüsse möglich gewordenen privatwirtschaftlichen Arbeitsplätze noch nicht erfaßt. Insbesondere die zweite Phase der relativen Arbeitsmarktstabilität 1978 bis 1980 wurde also nur über die verstärkte staatliche Zusatzbeschäftigung - bis zu 15% Anteil der registrierten Arbeitslosigkeit - erreicht. Eine Bewertung der Wirksamkeit solcher Maßnahmen für produktive Dienste bzw. Qualifikation von Arbeitnehmern kann mit diesem Datenmaterial natürlich nicht erfolgen.

3.5. Tendenzen zur künstlichen Beschäftigung innerhalb des formellen Arbeitssektors statt produktiver Arbeit:

Formen der anomischen Arbeitsteilung mit der Spätwirkung Erwerbslosigkeit

In diesem Abschnitt sollen auf DURKHEIMs strukturell-funktionalem Konzept der Analyse der sozialen Arbeitsteilung aufbauend Überlegungen zur Möglichkeit einer anomischen Arbeitsteilung im Abschnitt 1.4. (Form 2.3., S. 68 ff.) aufgegriffen werden, in der eine zentrale Entstehungsbedingung für Erwerbslosigkeit vermutet wurde.

Diese Form der Erwerbslosigkeit kann sich diesem Ansatz zufolge aus einem Auseinanderfallen von Arbeit im institutionalisierten Beschäftigungssystem und dem darauf bezogenen "Bedürfnis" ergeben, d.h. aus sozial wertloser, da unproduktiver Arbeit. In diesen Fällen erfolgt statt produktiver Arbeit nur konsumtive Beschäftigung, die eine Zeitlang quasi künstlich, ohne ein wirkliches Bedürfnis des Endverbrauchers zu befriedigen, aufrecht erhalten werden kann, indem die hier Beschäftigten im weitesten Sinn des Wortes auf Halde produzieren. Eine solche Schein-Beschäftigung kann zwar kurzfristig Individuen die Integration in das Beschäftigungssystem vermitteln, diese werden auch als "Erwerbstätige" erfaßt, nach einiger Zeit jedoch macht sich die Entfernung der Arbeit vom Bedürfnis "zwangsläufig" durch die Vernichtung solcher künstlich erhaltenen Arbeitsplätze geltend, so daß die Erwerbslosigkeit der vorher Beschäftigten das Resultat ist.

Im folgenden sollen nun wiederum mit Hilfe der amtlichen Erwerbsstatistik einige Hinweise darauf gegeben werden, an welchen Stellen im formellen System der Erwerbsarbeit im Untersuchungszeitraum 1973 bis heute statt produktiver Arbeit primär "künstliche Beschäftigung" erfolgte und inwieweit daraus Erwerbslosigkeit resultierte. Dabei ist keine Vollständigkeit intendiert; vielmehr sollen exemplarisch bestimmte institutionelle Fehlentwicklungen im Beschäftigungssystem aufgewiesen werden, die zur mangelnden Bereitstellung von gesellschaftlich sinnvollen und damit selbständig lebensfähigen Arbeitsplätzen führten.

Wie auf den Seiten 70 f. ausgeführt, ist in der modernen Erwerbsarbeit die in der Hausarbeit gegebene unmittelbare Einheit von Arbeit und "Bedürfnis" aufgelöst und ersetzt durch den Koordinationsmechanismus der Arbeits- und Gütermärkte, die die Allokation knapper Ressourcen auf die für die Präferenzen der Bedürfnisse sinnvolle Verwendungsweise regeln. Zum Auseinanderfallen von Arbeit und Bedürfnis und damit zur anomischen Arbeitsteilung kann es demnach kommen, wenn der Koordinationsmechanismus der Märkte versagt.

Im folgenden sollen nun einige Fälle für solche Fehlleistungen des Beschäftigungssystems in ihrer Entwicklung seit 1973 dargestellt werden, die vermutlich einen bestimmten Anteil der Erwerbslosigkeit seit dieser Zeit mit hervorgebracht haben.

Im Mittelpunkt wird dabei die von öffentlichen Institutionen "künstlich" geschaffene oder gestützte Beschäftigung stehen, die nur zu einem Teil sozial wertvolle Arbeit hervorbringt.

Einige der Ursachen für Unwirtschaftlichkeit im Staatssektor, d.h. für die Verschwendung von Arbeitsressourcen in der öffentlichen Beschäftigung, sind bereits in der Finanzwissenschaft ausführlich dargestellt worden (RECKTENWALD 1980, S. 157 bis 171). Sie reichen von der "Natur kollektiver Güter und Dienste", die die potentielle Verschwendung kollektiv genutzter Hilfsquellen nahelegen über die Trennung von Nutzer und Zahler bei öffentlichen Leistungen, den komplizierten Entscheidungsmechanismus, die fehlenden Anreize und Sanktionen für Effizienz im Verwaltungsapparat bis zu den systembedingten Anreizen zur öffentlichen Ausgaben- und Kostenexpansion und zur bürokratischen Schwerfälligkeit und Unkontrollierbarkeit von staatlichen Monopolisten. Auf diese Faktoren soll hier nur verwiesen werden (vgl. ebd.).

Ebenso marginal für meine Fragestellung sind hier die von Nationalökonomern diskutierten verschiedenen "wirtschafts- und sozialpolitischen Bedingungen" für die Hervorbringung von "struktureller Arbeitslosigkeit" seit 1973 (vgl. die Zusammenfassung bei HAMM 1978, S. 79 ff. und BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT 1977, S. 114 f. und KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL 1977, S. 72 ff.).

Insbesondere der Zusammenhang zwischen Expansion der Staatsausgaben über steigende Haushaltsdefizite, die in den 70er Jahren einerseits Inflation, andererseits eine Erhöhung der Kreditzinsen für die private Wirtschaft hervorbrachte und in beiden Fällen die Neuschaffung von privaten Arbeitsplätzen bremste, fällt in diesen Bereich der nationalökonomischen Theorie und wird dort extensiv behandelt. Auch der Zusammenhang zwischen Ausweitung der Staatsausgaben, Ansteigen der Steuer- und Abgabenbelastung des Anbieters von Erwerbsarbeit, Flucht in die Schwarzarbeit und damit Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen soll hier nicht behandelt werden. Im Kap. 3.3.1. wurde bereits dargestellt, wie der Staat auf diese Weise zur Verschiebung von formeller Arbeit auf Schwarzarbeit beiträgt.

In diesem Abschnitt soll anhand amtlicher Daten zum Verhältnis von Staat und Beschäftigung in verschiedenen Bereichen dargestellt werden, wie innerhalb des Sektors der formellen Arbeit eine Verschiebung auf potentiell unproduktive Arbeit stattfindet, die ihrerseits zur Produktion von Erwerbslosigkeit beiträgt bzw. die in Wirklichkeit höhere Arbeitslosigkeit nur durch Schein-Beschäftigung verdeckt.

In einem zweiten Schritt wird untersucht, wie sich diese Verschiebung innerhalb des privatwirtschaftlichen Sektors der Erwerbsarbeit in der letzten Dekade darstellt: Die zunehmenden und mit der Entwicklung der Erwerbslosigkeit parallel verlaufenden Konkurse und Insolvenzen, denen die spekulative Produktion auf Halbe vorausgeht, sind empirische Indikatoren, an denen sich das Versagen des Koordinationsmechanismus zwischen Arbeit und Bedürfnis festmachen läßt.

3.5.1. Die Entwicklung des Anteils an staatlich subventionierten Erwerbsarbeitsplätzen

Tendenzen zur Aufrechterhaltung von Beschäftigung gegen den notwendigen Strukturwandel

Bei der Darstellung der DURKHEIM'schen Kasuistik der anomischen Arbeitsteilung (vgl. S. 68 ff.) und von MANNHEIMs Interpretation zur Verschiebung von ungeplanten auf geplante Sektoren wurde bereits skizziert, wie eine Aufhebung des Steuerungsprinzips des Markts oder des Wettbewerbs durch staatliche Eingriffe zu Fehlentwicklungen im privatwirtschaftlichen Beschäftigungssystem führen kann.

Im Lauf des wirtschaftlichen Strukturwandels veralten ständig Produkte und Produktionsverfahren. In einem marktwirtschaftlichen System ist es der Preismechanismus, der die damit fällige Neuallokation von Arbeitskräften, d.h. Verteilung von Ressourcen auf die präferierten Verwendungsweisen vermittelt.

Erhaltungssubventionen in der Form von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen der öffentlichen Hände gehen von diesem sozialen Faktum aus und versuchen, die sozialen Folgen für die betroffenen Betriebe und Arbeitnehmer der schrumpfenden Branchen vorübergehend abzumildern. Sie werden allerdings zu Strukturkonservierungsprogrammen, wenn sie wie soziale Besitzstände, die - einmal gewährt - nicht mehr aufgegeben werden können, behandelt werden. Der Ruf nach solchen Subventionen wird dann mit der Motivation der Sicherung der Beschäftigung gegen die notwendige Umstellung erhoben, meist von Unternehmensleitungen in Kooperation mit der jeweiligen Branchen- oder Betriebsgewerkschaft. Die Verantwortung für die Folgen der eigenen Fehlinvestition resp. mangelnden Arbeitsproduktivität wird so auf den "Staat" abgeschoben, der

die unproduktiv gewordenen Arbeitsplätze aufrechterhalten soll. Die andere Seite dieser Strukturhaltungspolitik, die kurzfristig Beschäftigung um jeden Preis sichern will, ist der Aufbau von Überkapazitäten und Halden weit über die Aufnahmefähigkeit des Markts hinaus, was der Staat mit einem politisch subventionierten Preis "garantiert". Drohende Betriebsstillegungen verhindert er durch entsprechende Kredite und Bürgschaften, die eine immer neue Produktion auf Halde ermöglichen. Diese Politik vernachlässigt jedoch die langfristige Wirkung einer solchen Erhaltung von Arbeitsplätzen: Ab einem gewissen Punkt ist die Subventionierung, sei es aus finanziellen oder politischen Zwängen, nicht mehr auszuweiten und die lange Zeit unterbundenen und aufgestauten Anpassungsvorgänge müssen dann zeitlich konzentriert und in ihrem Umfang potenziert nachgeholt werden, und dies in einer Phase einer allgemeinen Beschäftigungskrise (vgl. dazu SVR 1979, S. 142 f. und ders. 1983, S. 229 ff. und HAMM 1980, S. 91).

Im theoretischen Rahmen von DURKHEIM geht die Anomie in der Arbeitsteilung in diesem Fall auf eine erzwungene Arbeitsteilung (S. 74 ff.) zurück.

Solche Positionen können sich nicht über den sozialen Nutzeffekt ihrer Arbeitsleistung, sondern nur über eine dem freien Wettbewerb entzogene privilegierte Positionen gegenüber den öffentlichen Instanzen aufrechterhalten.

Ein politisch subventionierter Preis verfälscht nämlich den sozialen Wert der Arbeitsleistung und erhält so auch unproduktiver Arbeit ihre Position in der Arbeitsteilung (vgl. DURKHEIM 1977, S. 425).

"...dürfen die tauschenden Individuen bei der Beurteilung dessen, was ihre Arbeit wert ist, keine andere Macht haben als jene, die sie aus ihrem sozialen Verdienst ziehen. Auf diese Weise entsprechen die Werte der Dinge genau den Diensten, die sie leisten, und den Mühen, die sie kosten." (ebd.)

Die "andere Macht", die Besitzer von subventionierten Arbeitsplätzen ausüben, erlaubt es ihnen, einen höheren "Preis" durchzusetzen, als er ihnen gemäß ihrer Leistung zusteht.

I.F. soll nun die Subventionen, d.h. Finanzhilfen und Steuervergün-

stigungen des Bundes und der Länder an die gewerbliche Wirtschaft (60) und die Landwirtschaft, seit 1976 bis 1982 (1980) dargestellt und diesen Zuschüssen die Bruttowertschöpfung der entsprechenden Wirtschaftsbereiche (61) gegenübergestellt werden.

Tab. 30: Subventionen (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) der öffentlichen Hände von 1976-1982 (1980)(62) im Vergleich zur Bruttowertschöpfung der subventionierten Wirtschaftsbereiche (63). In Mrd. DM.

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
I Finanzhilfen des Bundes	12,21	13,32	13,05	12,91	13,79	13,71	12,62
Landwirtschaft	3,19	2,68	2,76	2,83	2,92	2,38	2,26
Gewerbl. Wirtschaft (ohne Verkehr)	1,80	1,92	3,13	3,76	4,29	4,39	3,28
II Finanzhilfen der Länder	8,39	8,83	10,25	12,56	12,89	-	-
Landwirtschaft	1,57	1,26	1,35	1,58	1,62	-	-
Gewerbl. Wirtschaft (ohne Verkehr)	1,47	1,64	2,50	2,94	2,72	-	-
III Steuervergünstigungen	22,58	25,60	26,55	27,23	29,01	29,38	30,19
Landwirtschaft	1,40	2,77	2,45	2,25	1,77	1,14	0,94
Gewerbl. Wirtschaft (ohne Verkehr)	7,98	8,02	8,31	8,76	10,04	10,32	10,72
Summe aller Subventionen an die Landwirtschaft (64)	6,16	6,71	6,56	6,66	6,31	-	-
Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in jew. Preisen und Mrd. DM	30,54	31,36	31,95	30,57	30,52 ^D	-	-
Summe aller Subventionen an gewerbl. Wirtschaft (64)	11,25	11,58	13,94	15,76	17,05	-	-
Bruttowertschöpfung des Warenproduz. Gewerbes	499,92	529,55	562,79	611,53	640,46 ^D	-	-

(60) Ausgenommen werden dabei die im unmittelbaren öffentlichen Interesse liegenden Sektoren: Verkehr, Städtebau und Wohnungswesen. Daten für 1973-1975 und ab 1982 (1980) waren nicht verfügbar.

(61) Dabei stimmen die Vergleichsgrößen gewerbliche Wirtschaft (vgl. FN 60) und "Warenproduzierendes Gewerbe" nur grob überein.

(62) Zit. nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 30, Quelle: Subventionsberichte der Bundesregierung.

(63) Zit. nach ebd., Tab. 14.

(64) Eig. Ber.

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, daß die Absicht, Erhaltungssubventionen nur für einen vorübergehenden Zeitraum als Anpassungshilfen zu gewähren, kaum eingehalten wurde. Nur für die Landwirtschaft konnten die Subventionen seit ihrem Höchststand 1977 leicht abgebaut werden, was wahrscheinlich wesentlich zu den verstärkten Freisetzen von mithelfenden Familienangehörigen im Primärsektor (vgl. 3.2.4.) beigetragen hat. Gleichwohl erlaubten es die oft nach dem Gießkannen-Prinzip verteilten Beihilfen diesem Sektor, permanent höhere strukturelle Produkt-Überschüsse bis heute aufzubauen und so über das von der Intensität des "Bedarfs" her erwünschte Maß hinaus eine Scheinproduktion aufrecht zu erhalten (vgl. SCHMID 1980, S. 128). Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, wird die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs um rd. ein Fünftel überhöht dargestellt, da die Umsätze zu diesen Preisen nur durch hohe Subventionen möglich wurden. Die öffentlichen Aufkaufstellen treten nämlich bei Unterschreitung des Interventionspreises für landwirtschaftliche Produkte als quasi künstliche Nachfrage auf.

Geringer fällt der Anteil der öffentlichen Beihilfen und Steuervergünstigungen am Bruttowert, der vom Warenproduzierenden Gewerbe erarbeitet wurde, aus: Er betrug z.B. 1980 (vgl. Tabelle) rd. 2,66%. Die hier gewährten Subventionen stiegen allerdings in dem 5-Jahres-Zeitraum weit stärker als die Wertschöpfung an.

So stellt der SVR 1979 fest:

"Gemessen an der Größenordnung der Erhaltungssubventionen, die ja im Prinzip stets als vorübergehende Subventionen gedacht sind, erscheint das, was etwa in den Jahren 1977-1980 an Subventionen weggefallen ist oder wegfallen soll, außerordentlich gering" (SVR 1979, S. 143).

Hierin wird die beschäftigungspolitische Motivation der damaligen Bundesregierung zur Aufrechterhaltung einer allein nicht lebensfähigen Arbeit deutlich.

Besonders krass trifft dies für zwei Branchen des Warenproduzierenden Gewerbes zu, die einen großen Anteil der oben dargestellten Summen

für die gewerbliche Wirtschaft an Zuschüssen erhielten und die im folgenden exemplarisch behandelt werden sollen: die Eisen- und Stahlindustrie und der Schiffbau.

Die bundesdeutschen Werften mußten im Verlauf der 70er Jahre immer mehr an Weltmarktanteilen an den produktiveren Schiffbau in Fernost abtreten, der heute rd. 60% der weltweit benötigten Tonnage produziert. Von März 1978 bis Juni 1982 verlor der deutsche Schiffbau damit 5.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, das entspricht 7,6% bei einem allgemeinen Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum (vgl. Tab. 9, S. 214). Seit 1970 betrug die Abnahme sogar rd. 26.000 und allein im dritten Vierteljahr 1983 meldeten sich 2.000 Schiffbauer neu arbeitslos (SVR 1983, S. 65).

Die Reaktion der staatlichen Institutionen, die der Küstenregion Arbeitsplätze sichern wollten, war es, die im Wettbewerb nachhinkenden Werften durch Subventionen, Militärschiffbau und finanziell geförderte Fusionen künstlich am Leben zu erhalten. Die anstehenden Betriebstillegungen wurden so getarnt, die weltweit schon bestehenden Überkapazitäten wurden weiter vermehrt und die strukturell notwendige Fluktuations-Erwerbslosigkeit (vgl. S. 62 ff.) verhindert.

Ein strukturell ähnlicher, aber größenmäßig bedeutenderer Prozeß der Ersetzung von produktiver durch Scheinbeschäftigung lief in der Stahlindustrie ab.

Auch hier wurden, gefördert durch einen weltweiten Subventionswettbewerb (vgl. SVR 1983, S. 229 ff.) weltweit und auch in der Bundesrepublik Überkapazitäten aufgebaut. 1974 lag die bundesdeutsche Rohstahlerzeugung mit 53 Mio. Tonnen bei ihrem Höchststand. Die darauf folgende Senkung der Produktion bis auf 36 Mio. Tonnen im Jahr 1983 ließ die Auslastung der (Über)kapazitäten auf 54% fallen, was neue Kostenbelastungen für die Unternehmen bewirkte (Zahlen nach ebd.). Der Rückgang der Stahlerzeugung war jedoch immer

noch zu gering, gemessen an dem für reife Industriegesellschaften sinkenden spezifischen Stahlverbrauch und der rückläufigen Konjunktur.

Die Bedingungen für diese Entkopplung von Arbeit und Bedürfnis liegen, wie oben aus den Modellannahmen gefolgert wurde, in der Außerkraftsetzung des Marktmechanismus durch staatliche Mengensteuerung von Erzeugung, Absatz und Einfuhr, Setzung von künstlichen Mindest- und Garantiepreisen vor allem innerhalb der EG. So wurde der Wettbewerb geschwächt und die notwendig gewordene Kapazitätsanpassung verhindert bzw. verschoben.

Finanziert wurden diese Marktinterventionen durch eine v.a. seit Beginn der Beschäftigungskrise 1975 ausufernde Subventionspraxis: In der BRD wurden - oft in Reaktion auf die an nationalen Egoismen orientierte Subventionspraxis der anderen Stahlerzeuger-Länder - von Mitte 1975 bis Mitte 1983 rd. 3 Mrd. DM sektorspezifische Beihilfen gewährt, bis 1985 sind insgesamt 10,2 Mrd. DM bei der EG-Kommission notifiziert (vgl. ebd., S. 230). Der Anteil der Beihilfen an einer Tonne Stahl lag für die Bundesrepublik 1982 bei 61,- DM.

Der internationale Subventionswettlauf scheint ein klassisches Beispiel dafür zu sein, wie der Rückfall auf nationale Sonderinteressen in der existierenden internationalen Arbeitsteilung langfristig die sozial unerwünschte und unintendierte Folge mit sich bringt, die unproduktiv gewordene Überproduktion stets aufs Neue künstlich zu stützen.

Was mit der Motivation erfolgt, kurzfristig Beschäftigung in diesem Sektor zu erhalten, auch wenn dessen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung überhöht ist, schlägt damit um so stärker gegen diese Motivation aus. Nicht nur, daß bisherige Abnehmerländer ihre Einfuhr deutscher Erzeugnisse drosseln; die durch Subventionen erst

möglich gewordenen Überkapazitäten und Überproduktion lassen die Wettbewerbschancen über den fallenden Preis noch weiter sinken. So muß langfristig die Beschäftigung doch abgebaut werden, etwa in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie zwischen 1970 und 1983 rd. um ein Drittel.

Zusammenfassend lassen sich die grob skizzierten Entwicklungen der Krisenbranchen so interpretieren:

Der Versuch von Unternehmensleitungen, Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und von öffentlichen Institutionen, Beschäftigung in jedem Betrieb und im alten Umfang zu erhalten, kann die für den Strukturwandel nötige Fluktuations-Erwerbslosigkeit (vgl. S. 62 f.) zwar verhindern.

Der soziale Preis dessen ist eine erzwungene Arbeitsteilung (vgl. S. 74 ff.), die den Anteil der Branchen an der gesamten Beschäftigung überhöht festsetzt und langfristig zu immer größeren Verzerrungen führt. Dies wirkt sich über kurz oder lang in einer auch manifest und offiziell werdenden Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer der subventionierten Branchen aus.

3.5.2. Insolvenzbedingte Erwerbslosigkeit - eine Folgewirkung der anomischen Arbeitsteilung: Zahlungsunfähigkeit infolge spekulativer Produktion

Wenn die bisher skizzierten Hypothesen zu den Fehlentwicklungen im Beschäftigungssystem zutreffen, dann muß die vom gesellschaftlichen Bedarf getrennte spekulative Produktion und damit künstliche Beschäftigung im privaten Sektor der Wirtschaft an irgendeinem Punkt zu Zahlungsschwierigkeiten der betreffenden Unternehmen führen, da sie ihre Kosten aufgrund mangelnder Umsätze nicht mehr decken können. Diese Zahlungsschwierigkeiten können zwar kurzfristig durch private Kredite oder (weitere) staatliche Beihilfen

kaschiert werden. Langfristig jedoch wird diese spekulative Produktion zumindest in einigen Fällen zu Insolvenzen, d.h. zur Zahlungsunfähigkeit führen, die rechtlich folgendermaßen definiert wird:

"Rechtlich sind Konkursgründe: 1. Zahlungsunfähigkeit, das ist ein auf Mangel an Zahlungsmitteln beruhendes, nach außen erkennbares und voraussichtlich dauerndes Unvermögen eines Schuldners, seine fälligen Geldschulden zu erbringen..." (SELLIEN 1980, S. 2386).

Aus dieser Abgrenzung geht hervor, daß die i.F. referierte Insolvenzstatistik, die von dieser rechtlichen Definition von Insolvenz ausgeht, nur einen kleinen Ausschnitt der Unternehmensfälle erfaßt, die wegen unwirtschaftlicher Produktionsleistung bzw. der Entfernung vom Bedarf in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind. Vielfach wird ja - der letzte Abschnitt behandelt diese Fälle - die eigentlich notwendige Insolvenz durch staatliche Beihilfen etc. kaschiert.

Zu unterscheiden sind im Fall der Insolvenz zwei verschiedene Umgangsweisen:

1. Vergleichsverfahren werden zur Abwendung eines Konkurses "von unverschuldet in Not geratenen Schuldnern" eingeleitet, "wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse die Erfüllung einer Mindestquote und die Erhaltung des Unternehmens erwarten lassen" (ebd., S. 1833).

2. Dagegen ist der Konkurs "ein besonderes gerichtliches Vollstreckungsverfahren, das der Verwertung des gesamten, dem Schuldner... gehörenden pfändbaren Vermögens zum Zweck der gleichmäßigen Befriedigung aller an der Verpfändung teilnehmenden persönlichen Gläubiger dient" (ebd., S. 2376).

Betriebsstillegungen sind in beiden Fällen nicht notwendig damit verbunden. Vergleiche, also (Teil)Schuldenerlasse dienen ja gerade der Abwendung von Stillegungen, auch wenn es sich hier oft nur um ihre zeitliche Verzögerung handelt. Auch werden zuweilen im Zuge der Konkursverfahren v.a. größere Firmen ganz oder abteilungsweise aufgekauft, auch wenn sie danach meist nicht mehr für denselben

Absatzmarkt produzieren. Deswegen stehen den über Konkurse vernichteten Arbeitsplätzen auch neu errichtete gegenüber. Auf der anderen Seite aber gibt es auch ohne Vergleich- oder Konkursverfahren Betriebsstilllegungen, also z.B. die Schließung bestimmter Werke von Unternehmen, die insgesamt weiter solvent sind.

Nochmals sei darauf hingewiesen, daß die statistisch erfaßten Unternehmensinsolvenzen (65) nur die "Spitze des Eisbergs" der anomistischen Arbeitsteilung in diesem Bereich oder der unproduktiven, künstlichen Beschäftigung darstellen. Den Schätzungen etwa von KOHLHUBER 1983, daß der insolvenzbedingten Erwerbslosigkeit nur "untergeordnete Bedeutung" zukommt, ist daher mit dem Hinweis auf die Selektivität dieses empirischen Indikators zu begegnen.

I.F. soll nun die Statistiken aller und insbes. der Involvenzen von Unternehmen und freien Berufen (vgl. FN 65) im relevanten Zeitraum 1973 bis einschließlich 1983 referiert werden, bevor auf deren Beschäftigungswirkung i.e.S. eingegangen wird.

Tab. 31: Insolvenzen (Konkursverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist, plus Vergleichsverfahren)(66) von 1973 bis 1983 und registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt (67)

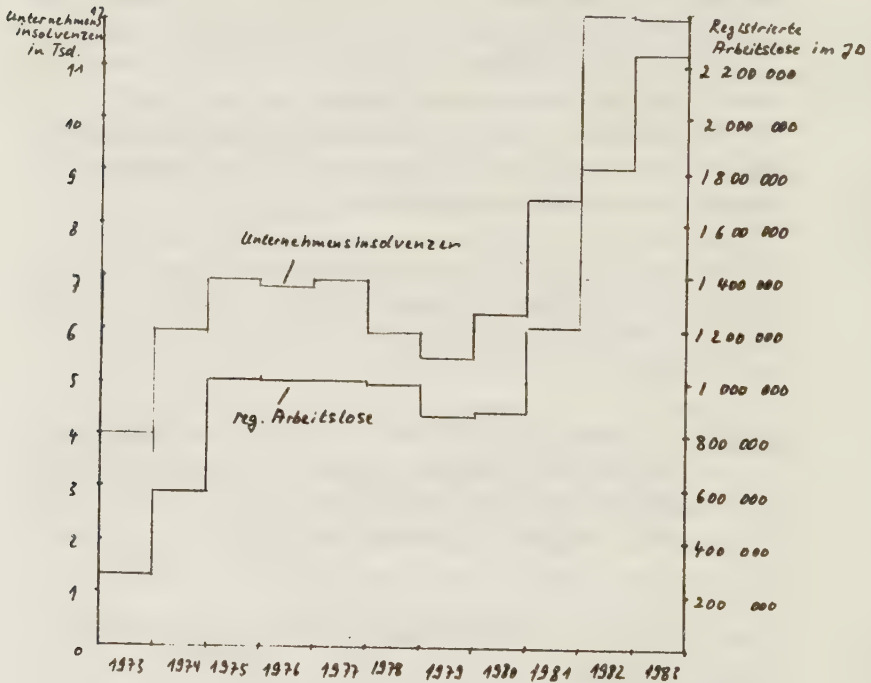
Jahr	Arbeitslose JD	Insolvenzen insgesamt	Unternehmen und freie Berufe insgesamt
1973	273	5.515	4.000
1974	582	7.722	5.976
1975	1074	9.195	6.953
1976	1060	9.362	6.808
1977	1030	9.562	6.929
1978	993	8.722	5.949
1979	976	8.319	5.483
1980	889	9.140	6.315
1981	1272	11.653	8.494
1982	1833	15.877	11.916
1983	2258	16.114	11.845

(65) I.F. werden sowohl Statistiken aller Insolvenzen ("übrige Gemeinschaftschuldner", also "Privatpersonen" eingeschlossen) als auch die für die Beschäftigungswirkung relevanten Insolvenzen von Unternehmen und freien Berufen vorgestellt, die den allergrößten Anteil an den gesamten Insolvenzen ausmachen.

(66) Zahlen bis 1982 nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 77. Zahlen für 1983 nach WiSta 1984/2/S. 119.

(67) Vgl. Tabelle 7.

Schaubild 14: Entwicklung der Insolvenzen von Unternehmen und freien Berufen (vgl. Tab. 31) und der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt (vgl. Tab. 7) von 1973 bis 1983



Aus der Tabelle und dem Schaubild ist ein nahezu paralleler Verlauf der Zeitreihen der Unternehmensinsolvenzen und der Bestandszahlen der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt ersichtlich. Zwischen 1973 und 1974 und zwischen 1974 und 1975, also im Zeitraum des Beschäftigungseinbruchs, stiegen die Unternehmensinsolvenzen (68) ebenso rapi de an wie die registrierten Arbeitslosenzahlen. Allerdings trägt dazu eine Änderung in der normativen

(68) Freie Berufe sind in dieser Kategorie eingeschlossen.

Behandlung der Unternehmensinsolvenzen bei: Mit Inkrafttreten des Gesetzes über das Konkursausfallgeld Mitte 1974 entstand nämlich für die Arbeitnehmer der fallierten Unternehmen eine neue Motivation, auch im Fall von vollständiger Masselosigkeit der Schuldner Konkursantrag zu stellen, da an die letzte Bedingung die Gewährung von Konkursausfallgeld geknüpft ist (vgl. KOHLHUBER 1983, S. 122). Auf der anderen Seite trägt diese gesetzliche Neuregelung eher zur vollständigen statistischen Erfassung der nur über die Gerichtsverfahren erfaßten Insolvenzen bei.

Ähnlich wie die Entwicklung der registrierten Arbeitslosenbestände zeigen die Jahre 1976 und 1977 im Schaubild 14 eine Konsolidierung auf einem hohen Niveau. In der zweiten Phase der Beschäftigungsentwicklung 1977 bis 1980 (JD) (vgl. 2.3.2.1.2.) gibt es einen leichten Rückgang beider Variablen. In der dritten Phase (vgl. 2.3.2.1.3.) seit dem Jahr 1981 kommt es abermals zu einem drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um 34,5% im Jahr 1981 und um 40,3% im Jahr 1982 (eig. Ber. nach Tab. 31') parallel zur starken Zunahme der Erwerbslosigkeit in diesem Zeitraum. 1982 erreichten die Zahlungsunfähigkeiten von Unternehmen damit mit 11.916 Fällen ihren Höchststand.

Das STATISTISCHE BUNDESAMT kommt aufgrund einer Analyse der saisonbereinigten Veränderungen der Monatswerte zwischen Anfang 1980 und Ende 1983 zu dem Ergebnis:

"Bei den Insolvenzzahlen dürfte der Höhepunkt Ende 1982 erreicht worden sein" (WiSta 1984/2/S. 119).

Im Lauf des Jahres 1983 fiel die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nämlich leicht um 71 ab, ganz im Gegensatz zu der 1983 nochmals stark angestiegenen Arbeitslosenzahl. Unter den 1983 fallierten Unternehmen befanden sich so bekannte wie Korf-Stahl, Hamburger Stahlwerke - was auf den Zusammenhang von subventionierten Krisenbranchen und Insolvenzrisiko verweist - und WIBAU AG. 1982 waren es vor allem die Haushaltgerätehersteller AEG und Bauknecht, die öffentliches Aufsehen erregten.

Gleichwohl weisen die Zeitreihen beider Variablen, wie aus dem Schaubild ersichtlich ist, über den gesamten 11-Jahres-Zeitraum eine starke positive Korrelation auf, was die Frage aufwirft, inwieweit dieser Zusammenhang kausal zu interpretieren ist.

Zunächst sollen jedoch noch einige Daten zur differenzierten Charakterisierung des Aggregats "Insolvenzen" genannt werden.

Nur bei etwa 15% der beantragten Konkursfälle kann laut STATISTISCHEN BUNDESAMT die gleichmäßige Verteilung des Vermögens der zahlungsunfähigen Schuldner an die Gläubiger erfolgen (ebd., S. 120). Der gesamte Forderungsbetrag belief sich 1983 auf rd. 12 Mrd. DM, dieser kann mangels Masse nur zu einem geringen Anteil befriedigt werden. Im Jahr 1983 waren mehr als drei Viertel aller insolventen Unternehmen jünger als acht Jahre (ebd., S. 122). Dies und die überdurchschnittliche Betroffenheit von Klein- und Mittelunternehmen weist darauf hin, daß mangelnde Erfahrung und unzureichende Eigenkapitalausstattung das Insolvenzrisiko tendenziell erhöhen. Allerdings ist der relativ geringe Anteil von Großunternehmen nicht als Falsifikation der in Kap. 3.2.4.2. entwickelten Hypothesen zum Zusammenhang vom Größenwachstum der Betriebe, Bürokratisierung und mangelnder Innovationsfähigkeit zu werten. Wie im vorigen Abschnitt am Beispiel der Werft- und Stahlgroßbetriebe ausgeführt und am Beispiel des über Bundesbürgschaften sanierten Betriebs AEG evident, kann die Abstützung durch den Staat in diesen Fällen zwar die Betriebsstillegung verhindern, allerdings nur um den Preis oft unproduktiver Beschäftigung.

Die branchenmäßige Verteilung der Insolvenzen hat sich über den Zeitverlauf kaum verändert (vgl. INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 77): Mit 17% im Jahr 1982 (eig. Ber. nach ebd.) nahm das Baugewerbe einen stark überproportionalen Anteil an den gesamten Unternehmensinsolvenzen ein (69), was hauptsächlich durch die hier stark

(69) Die Schwierigkeit beim Vergleich von Insolvenzen und branchenspezifischer Unternehmenszahl liegt darin, daß weder aktuelle noch voll vergleichbare Unternehmenszahlen vorliegen.

unterdurchschnittliche Eigenkapitalquote (von durchschnittlich 5,5% im Vergleich zu 20,5% im Gesamtdurchschnitt der Unternehmen 1981 - vgl. KOHLHUBER 1983, S. 127) bedingt sein dürfte. Handel und andere Dienstleistungen weisen zwar absolut die meisten Konkurse und Vergleiche auf, bezogen auf die Gesamtzahl der hier arbeitenden Unternehmen jedoch ist das Insolvenzrisiko in dieser Branche unter dem Durchschnitt (vgl. WiSta 1984/2/S. 122). Das gesamte Verarbeitende Gewerbe dagegen liegt über dem Durchschnitt. Besonders stark war 1983 mit 34% der Anstieg der Insolvenzen im Stahl- und Leichtmetallbau sowie im Straßenfahrzeugbau.

Wie ist nun die Beschäftigungswirkung dieser Unternehmensinsolvenzen quantitativ einzuschätzen; besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den zwei stark positiv korrelierenden Zeitreihen von Unternehmensinsolvenzen und registrierter Arbeitslosigkeit?

Dazu ist zunächst festzulegen, was unter Beschäftigungswirkung verstanden werden soll. Die Insolvenzstatistik (70) macht weder Angaben über die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer noch über die der betroffenen Arbeitsplätze, so daß angesichts rapide steigender Unternehmensinsolvenzen in den letzten Jahren eine Vielzahl oft kontroverser Quantifizierungsmodelle bezüglich der Beschäftigungswirkung aufgestellt worden ist (71).

So kamen bspw. die "Insolvenzanalysen" des VERBANDS DER VEREINE CREDITREFORM 1982 zu dem Ergebnis, daß 1981 und 1982 jeweils über 300.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz aufgrund von Insolvenzen verloren haben. Allerdings werden nicht alle dieser Betroffenen formell arbeitslos.

In meinem Ansatz interessiert jedoch weniger der Anteil der von Insolvenzen betroffenen Arbeitnehmer an den Zugängen in registrierte Arbeitslosigkeit als vielmehr die Zahlungsunfähigkeitsfälle als

(70) Eine Ausnahme stellt hier die Statistik in Bayern dar. Vgl. KOHLHUBER 1983, S. 124.

(71) Einen fundierten methodenkritischen Vergleich gibt KOHLHUBER 1983.

empirischer Indikator für solche Arbeitsplätze, die sozial wertlos geworden sind und die deshalb vernichtet werden. Damit geht aber das gesamtgesellschaftliche Angebot an Arbeitsplätzen, auch an solchen, die auch vor der Insolvenz unbesetzt waren, und damit die Aufnahmefähigkeit des Beschäftigungssystems zurück. Erst als Folgewirkung dieser anomistischen Arbeitsteilung entsteht - abgemildert durch die teilweise ~~Wieder~~beschäftigung der Betroffenen in anderen Stellen und Branchen - Erwerbslosigkeit.

In Unterscheidung zu KOHLHUBER 1983 (vgl. S. 126) und in Übereinstimmung mit den Modellprämissen von CREDITFORM sind die Freisetzungsgen im Vorfeld der Insolvenzen ebenfalls mit zu berücksichtigen, da sie zwar mit der rechtlich definierten Insolvenz nicht zusammenfallen, wohl aber Ausdruck derselben anomistischen Arbeitsteilung sind, die sich dann letztlich in der gerichtlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit manifestiert.

Unabhängig von diesem Einwand erscheinen die Modellprämissen bei KOHLHUBER durchaus als plausibel:

"Um zu einer Abschätzung über die maximalen Beschäftigungswirkungen von Unternehmensinsolvenzen zu gelangen, wird in der folgenden Modellrechnung davon ausgegangen, daß die gescheiterten Unternehmen die Gesamtheit aller wirtschaftlich aktiven Unternehmen hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl repräsentieren. Nachdem sowohl die Betriebsgröße, als auch die relative Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen charakteristische Branchenunterschiede aufweist, erscheint es zweckdienlich, diesen speziellen Verhältnissen Rechnung zu tragen und eine Differenzierung nach Wirtschaftszweigen vorzunehmen. Es wird also unterstellt, daß die Betriebsgröße selbst - abgesehen von branchentypischen Unterschieden - ohne unmittelbaren Einfluß auf die Insolvenzgefährdung ist, daß also primär aus der Branchenzugehörigkeit Auswirkungen in Gestalt unterschiedlicher Insolvenzgefährdung erwachsen" (KOHLHUBER 1983, S. 127).

KOHLHUBER errechnet also aus den zwei Faktoren: branchendurchschnittliche Betriebsgröße (72) und branchenspezifische Insolvenzhäufigkeit (s.o.), daß 1980 allerhöchstens 75.700, 1981 maximal 100.200 und 1982 maximal 136.200 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz aufgrund unmittelbarer Insolvenzfolgen verloren (ebd., S. 128). Würden diese vollständig formell arbeitslos, entspräche das für 1982 einen Anteil von 3,68% an den insgesamt 3,7 Mio. Zugängern in registrierte Arbeitslosigkeit (eig. Ber.). Tatsächlich ermittelte die BA aufgrund einer Repräsentativbefragung der zugegangenen Arbeitslosen im Mai/Juni 1982 und der Hochrechnung auf das ganze Jahr, daß etwa 130.000 Arbeitslose (das entspricht ungefähr der Zahl KOHLHUBERs) im Gefolge von Konkursen und anderen Betriebsstillegungen arbeitslos wurden (vgl. ANBA 1983/3, S. 174 f.). Auch die Zahl der Antragsteller auf Konkursausfallgeld (die höher als die der in der Folge Arbeitslosen liegt) lag für 1982 bei rd. 140.000 (ebd., S. 175), was die Tendenz der Schätzung von KOHLHUBER im Gegensatz zu der von CREDITREFORM stützt (300.000)

Allerdings beruhen solche Modellrechnungen stets auf willkürlich gewählten Prämissen.

Für einen weit höheren Anteil der Zahlungsschwierigkeiten im weitesten (nicht rechtlich eingeschränkten) Sinn und der Betriebsstillegungen an der Vernichtung von Arbeitsplätzen spricht:

- Neben den gerichtlich abgewickelten Konkursen werden auch in anderen Fällen Betriebe stillgelegt.
- Die negative Beschäftigungswirkung von Insolvenzen kann durch neue Kredite und staatliche Beihilfen in die Zukunft verschoben werden.
- Auch Entlassungen im Vorfeld der rechtlich festgestellten Insolvenzen fallen unter ihre Wirkungen.

Der Anspruch auf eine exakte quantitative Schätzung aufgrund dieser Annahmen soll jedoch hier nicht erhoben werden. Immerhin stützen die generellen Daten und letzten Überlegungen die Vermutung eines kausalen Zusammenhangs zwischen Insolvenz- und Arbeitslosigkeitsentwicklung.

(72) Er verwendet dabei allerdings die Unternehmenszahlen von 1978, die aufgrund der fortgeschrittenen Konzentration verzerrt sein dürften.

4. Die Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit 1973 bis 1983:
Tendenzen zur Vermarktung des Arbeitsangebots als cultural
lag angesichts des Rückgangs der Erwerbsarbeitsplätze

4.1. Fragestellung und Zusammenfassung der zentralen Hypothesen

Die empirische Deskription der Erwerbslosigkeit als Resultat der Arbeitsmarktentwicklung von 1973 bis heute in Kap. 2.3. ergab zwei Fragestellungen (vgl. S. 11):

1. Wo lassen sich Fehlleistungen des Beschäftigungssystems lokalisieren, die zur mangelnden Bereitstellung von langfristig nützlichen und lebensfähigen Arbeitsplätzen führen? Diese Fragestellung wurde im Kap. 3 auf Grundlage des theoretischen Rahmens von DURKHEIMS Analyse der Arbeitsteilung und von ausgewählten massenstatistischen Daten zur Entwicklung der Erwerbsarbeitsplätze innerhalb des strukturellen Kontextes der gesellschaftlichen Arbeitsteilung angegangen.
2. Welche Einflußfaktoren gibt es für den starken Zuwachs der Erwerbsarbeit-Suchenden im Zeitraum der Beschäftigungskrise, insbesondere seit dem Jahresdurchschnitt 1977, der per Saldo bis zum Jahresdurchschnitt 1983 868.000 gemessen an der Zahl der Erwerbspersonen und sogar 1,081 Mio. gemessen am Erwerbspersonenpotential betrug? (1) Eine Zuwendung zu der Marktseite des Erwerbsarbeits-Angebots ist v.a. deshalb geboten, weil nur so klar wird, warum selbst bei einer um 832.000 gestiegenen Nachfrage nach Erwerbsarbeitern im Zeitraum 1977 bis 1980 (vgl. Tab. 8) die registrierte Arbeitslosigkeit nur um 141.000 per Saldo zurückging. Auch der Umstand, daß diese 1983 mehr als doppelt so hoch als 1975 lag, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen nicht

(1) Seit dem Jahr 1978 gab es jährliche Nettozuwächse im Erwerbspersonenpotential von jeweils mindestens 130.000 Personen; erst ab 1983 wieder einen Rückgang in den Zuwächsen auf 22.000 Personen. Vgl. zu den Meßkonzepten und zur Deskription Kap. 2., besonders Tab. 8 und Schaubild 5, S. 178.

wesentlich unter dem Stand von 1975 lag, wird nur durch den Rückgriff auf die Angebotsseite einsichtig (vgl. Schaubild 5). Eine nähere Analyse der im Rahmen dieses Ansatzes als zentral angesehenen Einflußfaktoren für das wachsende Erwerbsarbeitsangebot ist die Aufgabe dieses abschließenden Kapitels.

Die hier intendierte Absicht einen soziologischen Zugangs liegt v.a. darin, die bisher in der Beschäftigungsdiskussion vernachlässigten Komponenten bei der Entwicklung beider Pole des Arbeitsmarkts herauszuarbeiten, die in der Interdependenz der Erwerbsarbeit mit anderen Arbeitsformen in der sozialen Arbeitsteilung begründet liegen. Das Vorliegen anderer wie der von der volkswirtschaftlichen Diskussion gesehenen Einflußgrößen für die sinkende Arbeitsnachfrage und das steigende Arbeitsangebot wird damit nicht bestritten, eine Generalerklärung für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit also nicht angestrebt.

Erwerbslosigkeit, verstanden als krisenhafte Erscheinung der Erwerbsarbeit, ergibt sich meinem Ansatz zufolge nicht einfach als Resultat eines quantitativen Überhangs der Erwerbsarbeit-Suchenden über das Arbeitsplatzangebot, wie er in Kap. 2 dargestellt wurde. Die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials insgesamt und der Erwerbsneigung bestimmter sozialer Gruppen wird vielmehr aufgefaßt als zunehmende Verschiebung von unbezahlter familialer Arbeit zu bezahlter Erwerbsarbeit in einem sozialen Wandlungsprozeß, die ihrerseits Rückwirkungen auf die qualitative Seite der geleisteten Arbeit (vgl. 3.1.2.) und damit auf das Arbeitsplatzangebot hat (2). Dennoch wurde im Aufbau der Arbeit die analytische Unterscheidung zwischen Einflüssen auf Arbeitsnachfrage (Kap. 3) und Arbeitsangebot (Kap. 4) beibehalten. In diesem Kapitel soll nun gleichsam aus der Perspektive des Angebots an Erwerbsarbeit die Interaktion zwischen unbezahlten und

(2) Insofern erweist die getrennte Behandlung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in der ökonomischen Arbeitsmarkttheorie resp. die Reduzierung auf die quantitative Seite der Marktseiten als unzureichend.

bezahlten Sektoren der sozialen Arbeit dargestellt und interpretiert werden.

Die zentrale These dieser Arbeit besagt: Das Ungleichgewicht im Beschäftigungssystem wurde - insbesondere im Zeitraum seit dem Jahresdurchschnitt 1977 - durch eine Aufblähung der Erwerbsarbeit über ihre strukturell vorgegebenen Grenzen hinaus, d.h. durch eine Störung des komplementären Verhältnisses zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit herbeigeführt. Das Erwerbsverhalten der Bevölkerung, d.h. die wachsende Zahl von Personen, die Anspruch auf einen Erwerbsarbeitsplatz erheben, löst sich seit diesem Zeitpunkt immer mehr von den Beschäftigungsmöglichkeiten des Erwerbssystems ab: Insbesondere seit 1980 (d.h. in der dritten Phase) öffnet sich die Schere zwischen Anspruch und Leistungen immer mehr (vgl. Schaubild 9).

Der Zustrom von Erwerbsarbeit-Suchenden speist sich neben den demographischen Faktoren v.a. aus zwei Quellen:

1. der Beschäftigung von Arbeitsmigranten und
2. der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit, die im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen soll.

Diese beiden Prozesse werden im Rahmen dieses Ansatzes verstanden als Ausdruck einer ähnlichen Verschiebung zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit:

So dürfte vermutlich neben anderen Wirkfaktoren die Erosion der sich selbst versorgenden, nicht vom Weltmarkt abhängigen Produktion in den Herkunftsländern und das Fehlen von produktiven, an der Landesentwicklung orientierten Investitionen den Zustrom von Erwerbsarbeit suchenden Arbeitsmigranten aus den unterentwickelten südlichen Ländern mit hervorbringen.

Die seit Mitte der 60er Jahre zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung dürfte vermutlich auf eine im Kern ähnliche Verschiebung innerhalb der fortgeschrittenen Industriegesellschaft zurückgehen: Die Motivation insbes. von verheirateten Frauen für das Gebären und Aufziehen von Kindern, d.h. aber auch für die damit notwendige familiäre Arbeit, wurde geschwächt und ersetzt durch die Motivation zur Teilnahme an den Interaktionsstrukturen des Beschäftigungssystems. Von 1960 bis

1982 stieg so die Erwerbsquote verheirateter erwerbsfähiger Frauen von 33% um fast ein Drittel auf 42%. Auch innerhalb des Aggregats Erwerbsarbeit ist diese Verschiebung von unbezahlter mithelfender Arbeit auf bezahlte abhängige Arbeit zu konstatieren (vgl. Kap. 3.2.2.). So ging bspw. der Anteil der unbezahlten Stellen von mithelfenden Frauen in der Erwerbsarbeit, die bezahlte Erwerbsarbeitsplätze erst möglich machen, von 32% 1950 auf 7% 1982 (gemessen an allen erwerbstätigen Frauen) zurück (vgl. Tab. 1).

Der Prozeß zunehmender Frauenerwerbsbeteiligung scheint ein typisches Beispiel für die negativen unbeabsichtigten Folgen individuellen Handelns zu sein: Die individuelle Motivation, die in den 70er und 80er Jahren viele verheiratete Frauen dazu führte, "sich in beruflicher Arbeit zu verwirklichen", führte über die Aggregation der individuellen Arbeitsangebote im Kontext mit anderen Faktoren zu einer solchen Überlastung der Aufnahmemöglichkeiten des Arbeitsmarkts, daß vermittelt über die schwächere Machtposition weiblicher Erwerbspersonen zunehmend ihre Erwerbslosigkeit die unbeabsichtigte Folge ihres Zutritts auf den Arbeitsmarkt war. Die Interdependenzen auf dem Arbeitsmarkt bringen so den für soziale Strukturen eigentümlichen Em ergenzeffekt vor (vgl. S. 12). Allerdings bedeutet das Vorliegen individueller Motivationen von Frauen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit nicht, daß diese ausschließlich aus rein individuellen Nutzenmaximierungsüberlegungen entstehen. Vielmehr dürften sie auf Basis eines gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses in der Wertorientierung zur Arbeit für die Individuen handlungswirksam werden (vgl. 4.4.5.2.). Diese These wird anhand von erwerbsstatistischen Daten und empirischen Befunden aus Befragungsstudien zur Erwerbsarbeitsorientierung von verheirateten Frauen belegt.

Diese Prozesse der Motivation zur (Wieder)aufnahme von Erwerbsarbeit, die seit den 60er Jahren anlaufen, sind bis in die Gegenwart kontinuierlich wirksam, auch bei dem bereits einsetzenden Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit seit 1974 bzw. insbes. seit 1980. Dies soll anhand spezifischer Daten für die Frauener-

werbstätigkeit und in kritischer Auseinandersetzung mit Theorien bezüglich der "industriellen Reservearmeeefunktion von Frauen" resp. des "Entmutigungseffekts" im zentralen Abschnitt dieses Kapitels dargestellt werden.

Offenbar handelt es sich bei der Schere zwischen vermehrtem Frauenarbeitsangebot und verringerten Arbeitsplätzen um den Typus des von OGBURN bereits 1922 analysierten Prozesses des "cultural lag" (3).

"Ich versuche jetzt jedoch, in vielen Fällen die Hypothese der kulturellen Phasenverschiebung anzuwenden, und fast immer war die unabhängige Variable eine wissenschaftliche Entdeckung oder eine technische Erfindung. So führte z.B. die Erfindung der Dampfmaschine zur Fabrik und erst danach zur Veränderung der Rechtsstellung der Frau. Bei den meisten Beispielen, die ich zu jener Zeit anführte, war der Ausgangspunkt eine technische Veränderung oder eine wissenschaftliche Entdeckung, und das nachhinkende 'adaptive' Kulturelement im allgemeinen eine gesellschaftliche Organisation oder eine Ideologie." (OGBURN 1957 in DUNCAN 1969, S. 139)

Der säkulare Prozeß der Vermarktung der Arbeit hat einen erst viel später einsetzenden Wandel in der funktionalen und wertmäßigen Stellung der Frau in der Arbeitsteilung der entwickelten industriellen Gesellschaften herbeigeführt: Das langsame Anlaufen der Motivationsprozesse durch den Wandel in der "nicht-materiellen Kultur" (4), d.h. der Wertorientierung zur Arbeit führte dann zu einer relativ starken Erhöhung der Erwerbsbeteiligung v.a. verheirateter Frauen, als die "materielle Kultur" bereits einen weiteren Entwicklungsschritt, jetzt aber in Richtung Entmarktung der Arbeit getan hatte (vgl. 3.3.). Anders formuliert: Frauen drängten gerade dann

(3) Vgl. z.B. OGBURN W.F. 1957 in DUNCAN 1969, S. 134 ff. über die "Theorie der kulturellen Phasenverschiebung"

(4) Die Scheidung zwischen materieller Kultur (Gesamtheit der Verhaltenskonfigurationen einer Gesellschaft, die in den Werkzeugen und Produkten und einem bestimmten Modus der Arbeitsteilung Gestalt annehmen) und nicht materieller Kultur (diese Verhaltenskonfigurationen werden in Wertvorstellungen und Ideen, wissenschaftlichen Vorstellungen und religiösen Überzeugungen "bewußt") spielt nach den Annahmen von OGBURN für die Deutung des sozialen Wandels insofern eine Rolle, als sich die verschiedenen kulturellen Variablen in unterschiedlicher Geschwindigkeit entwickeln können. (vgl. z.B. OGBURN 1957 in DUNCAN 1969, S. 139)

vermehrt in die Erwerbsarbeit, als sich bereits Tendenzen zur Rückverschiebung der Arbeit in die Bereiche der Haushalte und privaten Selbstorganisationen bemerkbar machten und aus diesem u.a. Gründen das Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen zurückging. Zunehmende Erwerbslosigkeit war und ist die soziale "Kost" dieser ungleichzeitigen Entwicklung der nicht-materiellen und materiellen Kultur. Daraus ist zu entnehmen, daß der soziale Wandel der Arbeitsteilung keineswegs unilinear und irreversibel verläuft, wie im geschichtsdeterministischen Denken behauptet, der "Entwicklungsrückstand" der nicht-materiellen Kultur gegenüber dem materiellen Sektor daher auch nicht im Sinn der Basis-Überbau-Dichotomie des Historischen Materialismus zu verstehen ist.

4.2. Bestimmungsfaktoren des Angebots an Erwerbsarbeit

In diesem Kapitel soll also auf die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen als einen Einflußfaktor auf das vermehrte Angebot an Erwerbsarbeit eingegangen werden, weil sich die bereits in Kap. 3 an der Nachfrage nach Erwerbsarbeit dargestellte Interdependenz zwischen formellen und informellen Arbeitsbereichen, hier zwischen bezahlter und unbezahlter familialer Arbeit, an dieser Komponente des Arbeitsangebots eindrücklich widerspiegelt.

Zunächst soll jedoch ein grober Überblick gegeben werden, welche Einflußgrößen überhaupt auf das Angebot an Erwerbsarbeit, genauer: auf das im Beschäftigungssystem angebotene effektive Stundenvolumen wirken und wie diese ihrerseits sozial bedingt sind. In Klammern ist angegeben, an welchen Stellen im Aufbau dieser Arbeit die Variable näher behandelt ist.

Die Zahl der Erwerbsarbeit suchenden Personen, deren Zeitreihen seit 1973 in Kap. 2.3. dargestellt wurden, ergibt sich also zum einen aus der erwerbsfähigen Bevölkerung (zu den sich wandelnden, sozial bedingten Definitionskriterien der Erwerbsfähigkeit vgl. 2.1.2.2.2.), zum anderen aus der Erwerbsbeteiligung dieser zur Erwerbsarbeit fähigen Bevölkerung, die durch die Beziehungszahl Erwerbsquote dargestellt wird. Diese hier operational als Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose) (5)/erwerbsfähige Bevölkerung (6) definierte Beziehungszahl wird in der amtlichen Statistik und zwar aufgrund der MZ-Daten berechnet (7).

Sie steht i.F. im Mittelpunkt der Deskription der Entwicklung des Arbeitsangebots, weil sich an dieser statistisch erfaßten Beziehungszahl deutlicher als am Zähler: an der absoluten Zahl der Erwerbspersonen (vgl. 2.3.) Tendenzen zur Ver- bzw. Entmarktung der Arbeit im Zeitverlauf ablesen lassen. Diese auf die erwerbsfähige Wohnbevölkerung bezogene Quote stellt nämlich dar, wie hoch der Anteil der nach Geschlecht und Familienstand weiter differenzierten jeweiligen Altersklasse ist, der Anspruch auf einen Platz im Beschäftigungssystem erhebt und nicht auf alternative Arbeitsrollen im informellen Sektor beschränkt ist.

Natürlich ist diese Operationalisierung auch mit einer Reihe von Problemen hinsichtlich Eindeutigkeit und Validität verbunden:

-
- (5) Zu den Meßkonzepten für die Variable "Angebot an Erwerbsarbeit" oder "Zahl der Erwerbspersonen" vgl. 2.2.4.
 - (6) Darunter wird in den statistisch errechneten Erwerbsquoten die Wohnbevölkerung (Ausländer eingeschlossen) von 15-65 verstanden. Verzerrt ist die Quote damit um den Anteil der v.a. unter den Selbständigen nicht seltenen Älteren als 65-Jährigen. Synonym damit ist die Kategorie "Erwerbsbevölkerung".
 - (7) Insbes. zwei Tatsachen beeinträchtigen die hier interessierende zeitliche Vergleichbarkeit der MZ-Erwerbsquoten: Der unterschiedliche Ausweis nach der Geburtsjahr- und Altersmethode und die uneinheitliche Einbeziehung der Soldaten in die Erwerbspersonen (vgl. THON 1981, S. 266 ff. in Beitr. AB 1981/56. In eine theoretisch sinnvolle Messung der Kategorie Erwerbstätige sollten jedoch Soldaten einbezogen werden. THON 1981 errechnet aus den im MZ erfaßten Primärdaten nach der Altersjahrmethode und Soldaten einschließende bereinigte Erwerbsquoten bis 1968 nach meiner Konzeption. Zu beachten ist, daß ab 1971 nur noch auf der Basis des MZ, also einer Stichprobenerhebung, geschätzte Zahlen für die Wohnbevölkerung (also den Nenner der Erwerbsquote) vorliegen.

1. Wie aus dem Schema 2 ersichtlich, müßte eigentlich auf das effektiv angebotene Stundenvolumen zurückgegriffen werden, um Ver- bzw. Entmarkungstendenzen der Arbeit darzustellen. Dies ist in Kap. 3.1. auch versucht worden. Ein Ergebnis war, daß die erhöhte Erwerbsbeteiligung v.a. von Frauen nur durch den rapiden Zuwachs an Teilzeitarbeitsplätzen und damit durch das Sinken des gesamten effektiven Stundenvolumens in der Erwerbsarbeit erreicht werden konnte.

Die dort verwendeten Daten gelten jedoch nur für abhängig beschäftigte Arbeitnehmer und werden nicht in der gleichen Gliederung nach Strukturvariablen wiedergegeben wie die hier zugrundegelegte Variable "Erwerbspersonen". Die folgenden Ausführungen stehen deshalb unter dem Vorbehalt, daß die Zahl der auf einen Erwerbsarbeitsplatz Anspruch erhebenden Personen nur ein mangelhafter Indikator für das gesamte Erwerbsarbeits-Volumen sind.

2. Die theoretische Variable "Erwerbspersonen", die den Zähler der Erwerbsquote bildet, wird in der MZ- und in der integrierten Erwerbsstatistik unterschiedlich definiert (vgl. 2.2.4.).

Welche Arbeitsformen als "Erwerbsarbeit" klassifiziert werden, was als "Arbeitslosigkeit" gezählt wird, hängt von der je nach Wertorientierung unterschiedlichen normativen Behandlung ab und ist keine objektive gegebene Größe. Die in 2.1.2.2.5. kritisch diskutierte geschätzte Größe "Stille Reserve", um die das Erwerbspersonenpotential die Zahl der Erwerbspersonen übersteigt, wird im weiteren nicht in die operationale Fassung des Arbeitsangebots einbezogen. Wie jedoch Tab. 8 und Schaubild 9 ausweisen, zeigt der Vergleich der Entwicklung von Erwerbspersonen und Erwerbspersonenpotential im Zeitverlauf seit 1973 die selbe Entwicklungslinie, wenn auch auf einem unterschiedlich hohem Niveau. Für die hier interessierende Veränderung der Erwerbsquote im Zeitverlauf dürfte die Unterscheidung von statistisch erhobener Erwerbspersonenzahl und geschätzter Potentialzahl daher relativ unbedeutend sein.

Der Anstieg der statistisch ausgewiesenen Zahl der Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit muß also nicht notwendig eine Verhaltensänderung indizieren. Vielmehr können auch Wandlungen in der

normativen Behandlung eine Verhaltensänderung suggerieren (vgl. 2.1.2.2.). Bspw. kann die steuerrechtliche Behandlung zur formellen Registratur von Frauen als "erwerbstätig" führen, ohne das sich ihr wirklicher sozialer Status geändert hat.

3. Häufig wird in der Arbeitsmarktdiskussion statt der hier definierten, auf die erwerbsfähige Wohnbevölkerung bezogene Erwerbsquote auch die globale Erwerbsquote: Erwerbspersonen/gesamte Wohnbevölkerung verwendet. Sie wird im weiteren jedoch nur zum Überblick am Rande herangezogen, da in ihr demographische und Verhaltensänderungen zusammenfallen und nicht unterschieden werden. Wie aus Schema 2 ersichtlich wird, wird die erwerbsfähige Bevölkerung v.a. durch demographische Komponenten wie die Altersstruktur der Bevölkerung und den Außenwanderungssaldo bestimmt.

Davon zu unterscheiden ist die Erwerbsbeteiligung dieser Teilgesamtheit der Wohnbevölkerung, die primär aus Verhaltenseinflüssen resultiert (8). Veränderungen der globalen Erwerbsquote sind deshalb für meine Fragestellung wenig aussagekräftig, da ein höherer Anteil von erwerbsfähigen Altersschichten von einer sozialstrukturellen Verschiebung innerhalb der Arbeitsteilung unterschieden werden muß.

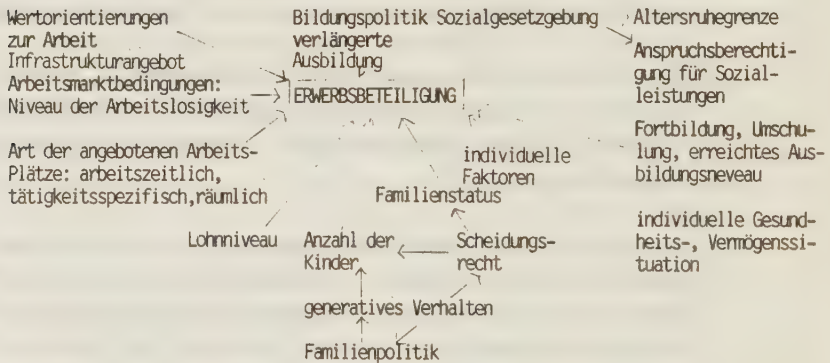
Demographische und Verhaltenskomponenten sind allerdings nicht immer voneinander zu isolieren: So etwa, wenn wie im hier interessierenden Zeitraum die höhere Scheidungsrate aufgrund veränderter familialer Orientierungen zu einer veränderten Familienstandsstruktur, dieser höhere Anteil von geschiedenen Frauen wiederum zu einer höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen insgesamt führt. Verschiedene Forscher wie etwa MÜLLER 1983 weisen auch auf den Kohorteneffekt hin, d.h. die Bedeutung der unterschiedlichen Prägung oder nach der MANNHEIM'schen Terminologie "Lagerung" verschiedener Generationen in unterschiedlichen Stadien des sozialen Wandels, der bes. bei Zeitreihenuntersuchungen zu beachten ist.

(8) Auch hier werden jedoch dem Willen der Individuen entzogene Einflüsse wie etwa gesundheitliche und anderen körperliche Behinderungen wirksam.

MÜLLER 1983b erklärt bspw. die steigende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten durch das größere demographische Gewicht der Heiratskohorten, die in der Zeit seit 1935 ihre Erwerbs-Sozialisationserfahrungen gemacht haben.

Auf die wie oben definierte Erwerbsbeteiligung oder Erwerbsquote wirken die unterschiedlichsten Einflußfaktoren ein, so daß die weitere Analyse notwendig selektiv vorgenommen werden muß. Angesichts der grundsätzlichen Interdependenz zwischen allen Faktoren wäre ein theoretisches Modell notwendig, in dem die Beziehungen zwischen den Variablen kausal begründet werden.

Schema 3: Einflußgrößen auf die Erwerbsbeteiligung



Keiner dieser Einflußfaktoren darf isoliert und verabsolutiert werden, wenn die variierende Erwerbsbeteiligung im Zeitverlauf "erklärt" werden soll. Tendenzen dazu hat es in der Arbeitsmarktdiskussion immer wieder gegeben, so etwa wenn OFFE 1979, S. 25 stellvertretend für eine ganze Fraktion in der Literatur den Übergang von erwerbsfähigen, aber nicht -tätigen Bevölkerungsgruppen in abhängige Beschäftigung primär von den "Arbeitsmarktchancen" bestimmt sieht. Diese These, die dem "Zusatzarbeiter-" und dem "Entmutigungseffekt" zugrundegelegt werden kann, ist bereits kritisch diskutiert worden (vgl. 2.1.2.2.5.).

4.3. Die Entwicklung des Angebots an Erwerbsarbeit 1973 bis 1983

4.3.1. Die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung seit 1973: Demographische Faktoren und Migrationseinflüsse

4.3.1.1. Gesamtüberblick

Wie aus Schema 2 ersichtlich, wird die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung) von zwei Einflußfaktoren bestimmt: Hier geht es zunächst um die natürliche Bevölkerungsentwicklung (dem Zusammenspiel von Geburten- und Sterbevorgang) und den Wanderungen über die Gebietsgrenzen, darstellbar durch Wanderungssaldo zwischen Zu- und Fortzügen. Wie groß die erwerbsfähige Bevölkerung ist, die überhaupt für Erwerbstätigkeit in Frage kommt, ergibt sich des weiteren eine bestimmte Norm der Erwerbsfähigkeit (Altersgrenze) zugrundegelegt aus der variierenden Altersstruktur der Bevölkerung.

Hinter den Geburten- und auch Sterbevorgängen steht wiederum eine Vielzahl von sozial überformten biologischen Bedingungen: die Verheiratungsquote, der Generationenabstand, die Sterbeverhältnisse, die uneheliche und eheliche Fruchtbarkeit. Letztere wird ihrerseits bestimmt durch die Ehedauer (diese durch das Heiratsalter, Scheidungs- und Sterbeverhältnisse und die Wiederverheiratungsverhältnisse) und die biologische Möglichkeit zur Fortpflanzung. Mit MACKENROTH 1953 kann man davon ausgehen, daß der Bevölkerungs Vorgang in allen wesentlichen Teilen aus individuellen menschlichen Verhalten hervorgeht, das aufgrund seiner sozialen Überformung für jede Gesellschaft in charakteristischen Häufigkeiten vorliegt.

Das "Können", "Dürfen" und "Wollen" der Fortpflanzung, die Elemente, die die charakteristischen "generativen Strukturen" hervorbringen, sind abhängig von bestimmten Werthaltungen und Normen darunter v.a. solchen der Einstellung zu Familie und Kindem und der mit ihnen verbundenen familialen Arbeit. In den generativen Verhaltensstrukturen in Westdeutschland (wie in den meisten ver-

gleichbaren Industrieländern) hat sich nun in den letzten 30 Jahren ein fundamentaler sozialer Wandel vollzogen. Das Absinken der Geburtenrate in der deutschen Bevölkerung seit den 60er Jahren wird im Abschnitt 4.3.4.2. im Rahmen der Überlegungen zur Einstellung zur familialen Arbeit interpretiert.

Tab. 32: Wohnbevölkerung (Deutsche und Ausländer) in ausgewählten Jahren (Jahresdurchschnitte) und von 1973 bis 1983 (September)

Jahr	Wohnbevölkerung (9)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Einfluß der natürlichen Bevölkerungsbe- wegung (Überschuß der Geborenen (+), bzw. Gestorbenen (-) in % der Bevölkerung am Jahresanfang (10)	Einfluß der Wanderungen Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge-(-)(11)		
				in 1.000	davon Erwerbs- personen (13)	Wanderungs- saldo in % der Bevölkerung am Jahresanf.
1950	46.908					
1955	49.203					
1960	55.433					
1965	58.619					
1970	60.651					
1973	61.976	+ 0,5	- 0,2	+ 384		+ 0,6
1974	62.054	+ 0,1	- 0,2	- 9		- 0,0
1975	61.829	- 0,4	- 2	- 199		- 3
1976	61.531	- 0,5	- 2	- 72		- 1
1977	61.400	- 0,2	- 2	+ 32	+ 2	+ 1
1978	61.327	- 0,0	- 2	+ 115	+ 53	+ 2
1979	61.359	+ 0,0	- 2	+ 246	-116	+ 4
1980	61.658	+ 0,4	- 2	+ 312	.	+ 5
1981	61.713	+ 0,1	- 2	+ 152	+ 86	+ 2
1982	61.546	- 0,3	- 2	- 75		- 1
1983(Sep)	61.371	- 0,0	- 2	- 105(12)		- 2

(9) Bis 1970 nach KOMMISSION... 1977, S. 47; bis 1979 nach STAT. BUNDESAMT 1982, S. 35; bis 1983 nach WiSta 1984/1/S. 14^{*}

(10) Nach STAT. BUNDESAMT 1981 (letzte verfügbare Statistik. Die Werte für Veränderungen beziehen sich nicht auf Jahresdurchschnitte, sondern auf den Jahresanfangs- bzw. -endstand der Wohnbevölkerung. Zahlen bis 1983 geschätzt nach WiSta 1984/1/S. 14^{*}

(11) Bis 1979 nach STAT. BUNDESAMT 1981, S. 16; ab 1980 nach WiSta 1984/1/S. 14^{*}

(12) Eig. Ber. nach den angegebenen Quartalswerten in WiSta 1984/1/S. 14^{*}

(13) Werte für 1977-1979 nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1983c, S. 8; Wert für 1981 nach dss. 1983a, S. 82.

Die Wohnbevölkerung hat in der Bundesrepublik also bis 1974 kontinuierlich und beträchtlich zugenommen; der Anstieg ist allerdings in den 60er und 70er Jahren zurückgegangen.

Für die Zeit zwischen 1950 und 1970 läßt sich das Bevölkerungswachstum zu etwa der Hälfte auf den Wanderungsgewinn (von Ausländern und Deutschen) und den Geburtenüberschuß zurückführen.

Zu ersterem haben in den 50er Jahren v.a. die Vertriebenen und Flüchtlinge, v.a. aus der DDR beigetragen, Die Zuwanderung von hauptsächlich jüngeren Arbeitskräften aus der DDR trug zum Ausgleich der Kriegseinwirkungen in der Bevölkerungspyramide bei. Seit Anfang der 60er Jahre dominiert dann die Zuwanderung von Arbeitsmigranten und ihren Familien.

Mitte der 60er Jahre setzte in der deutschen Bevölkerung der Geburtenrückgang ein, der jedoch statistisch bis einschließlich 1971 von den (proportional) höheren Ausländergeburten überdeckt wurde. Seit dem Jahr 1972 konnten die Geburten die Sterbefälle in der gesamten Wohnbevölkerung nicht mehr ausgleichen. Von 1973 bis 1982 betrug das Defizit jährlich rund 100.000 Personen.

4.3.1.2. Der Einfluß der Migration auf das Angebot an Erwerbsarbeit

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung und den die "Bevölkerungsweise" bestimmenden generativen Strukturen sind es die Einflüsse aus der Zu- bzw. Abwanderung von Personen, der Migration, aus denen die Bevölkerungsbilanz resultiert.

Waren es bis zum Beginn der 60er Jahre vornehmlich deutsche Flüchtlinge und Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern und der DDR, die zu kräftigen Wanderungsgewinnen beitrugen, ist es seit den 60er Jahren die Arbeitsmigration im eigentlichen Sinn (seit 1973 vorrangig aus der Türkei). Für den Ausländerzustrom aus den südlichen Ländern, der heute die nicht-intendierte Wirkung einer zusätzlichen Belastung des deutschen Arbeitsmarkts mit sich bringt, gab es mehrere interagierende sozialstrukturelle Bedingungen und individuelle Motivationen. Aus einem nahezu unbegrenzten Reser-

voir an Arbeitswilligen in Ländern wie der Türkei konnten die Unternehmen kostenminimal die leistungsfähigsten Arbeitskräfte selektieren.

Ein bisher kaum beachteter Einflußfaktor liegt in der immensen Verkürzung der durchschnittlichen effektiven Wochenarbeitszeit der beschäftigten Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft, die zwischen 1960 und 1973 um durchschnittlich 5,3 Stunden zurückging (vgl. Tab. 15). Das damit ausgefallene Erwerbsarbeits-Volumen konnte bei einer expandierenden Nachfrage nach Erwerbsarbeit und einem seit 1961 bis 1974 um rd. 2 Mio. rückläufigen Angebot an deutschen Erwerbspersonen (aufgrund veränderter Altersstruktur und reduzierter Erwerbsbeteiligung der Jüngeren und Älteren) nur noch durch die nahezu kostenlose Hinzuziehung externer Ressourcen gedeckt werden. So schreibt das STATISTISCHE BUNDESAMT 1973 für den Zeitraum 1961 bis 1970:

"...bei den Erwerbspersonen insgesamt eine leichte Abnahme von 0,2 Mio. Personen und bei den deutschen Erwerbspersonen sogar eine Abnahme von 1,5 Mio. Personen. Die relative Konstanz der Erwerbspersonenzahlen insgesamt konnte damit nur durch eine verstärkte Hereinnahme ausländischer Erwerbspersonen erhalten werden, die um rd. 1,3 Mio. Personen zugenommen haben" (WiSta 1973/11/S. 641).

Diese Kompensation des rückläufigen Arbeitsvolumens durch ausländische Arbeitssuchende verdeckte damit auch die strukturellen Probleme im Beschäftigungssystem, die ansonsten wahrscheinlich früher zu einer Beschäftigungskrise geführt hätten. Der eigentlich notwendige Strukturwandel wurde aus den 60er Jahren hinausgeschoben. Ausländerbeschäftigung war so das funktionale Äquivalent für die ansonsten nötig gewordene Kapitalintensivierung.

Die Ausländerbeschäftigung erfüllte eine strukturelle Ausgleichsfunktion sowohl für die deutschen Arbeitnehmer als auch für das gesamte Beschäftigungssystem:

So konnte das Aufrücken von deutschen Arbeitnehmern in die Arbeitsplätze des öffentlichen Sektors (vgl. 3.4.) nur durch die Übernahme von deren relativ unattraktiveren Stellen im sekundären Beschäftigungssystem durch Ausländer ermöglicht werden. So betrug 1982 der Anteil der Ausländer an den für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen Beschäftigten nur 3,37% (nach STAT. BUNDESAMT 1983a, S. 104) bei einem Anteil an der gesamten Beschäftigung von rd. 10%.

Die Expansion der Beschäftigung für den Staat konnte wiederum über die steigende Staatsquote (vgl. 3.3.1.) nur finanziert werden, weil der privaten Wirtschaft z.T. die Abwälzung der Kosten auf niedriger bezahlte ausländische Arbeitskräfte gelang. So wird quasi ein Teil der in öffentlicher Beschäftigung stehenden deutschen Erwerbspersonen durch ausländische Arbeitnehmer finanziert.

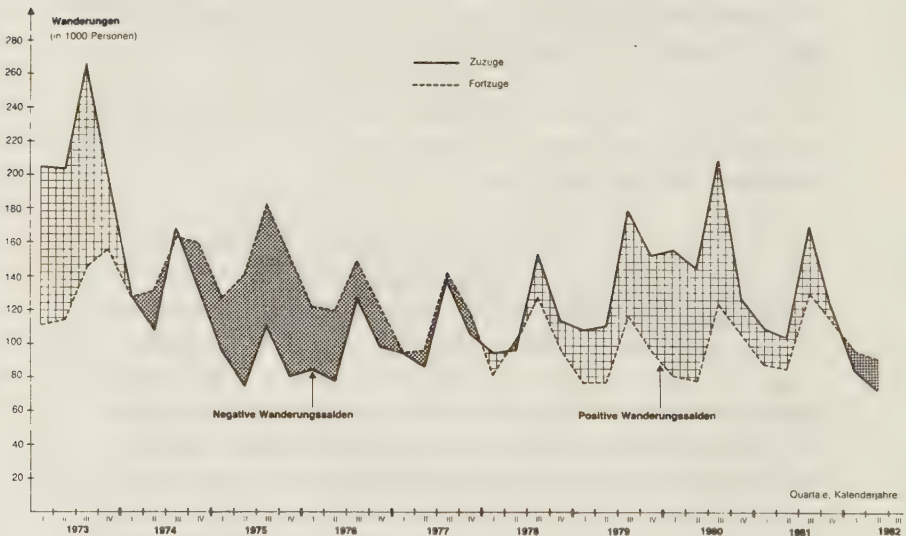
Daß über einen längeren Zeithorizont damit ungeahnte und nicht beabsichtigte Folgeprobleme entstanden, entzog sich damals der Abschätzung der Handlungsfolgen.

In Kap. 1.4. (zur erzwungenen Arbeitsteilung) wurde ausgeführt, inwiefern der Zustrom von Arbeitsmigranten nur eine Ausgleichsbewegung gegen die asymmetrische Arbeitsplatz- und Wohlstandsverteilung im internationalen Maßstab ist (vgl. S.78 f.). Daß für viele der Herkunftsländer der Arbeitsmigranten die Arbeitslosenquote schon gar nicht für mitteilenswert gehalten wird, ist ein Beispiel für die ethnozentrische Selbstverständlichkeit, in der davon ausgegangen wird, daß Arbeitslosigkeit für solche Landstriche als "normal" gilt. Das wirkliche Ausmaß der Erwerbslosigkeit wird in den dort offiziell erhobenen Raten (ca. 20%) noch durch Überbesatz v.a. in der Landwirtschaft u.a. unproduktiven Arbeitsplätzen verdeckt. Daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik abzubauen wäre, indem der alte Verteilungszustand der Arbeitsplätze wiederhergestellt wird, ist nur für denjenigen eine zwingende Folgerung, der an den Privilegien deutscher Arbeitnehmer in internationalen Beschäftigungssystem aus einer nationalisti-

schen Orientierung der mechanischen Solidarität heraus festhalten will (vgl. S. 77 ff.).

Die empirische Entwicklung des Wanderungssaldos, der zunächst auf die gesamte Wohnbevölkerung bezogen ist, im Untersuchungszeitraum seit 1973 zerfällt in vier Abschnitte (vgl. S. 196, S. 200 und S. 203).

Schaubild 15: Wanderungen von Nichtdeutschen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Quartalen 1973 bis 1982 - Zuzüge, Fortzüge, Wanderungssalden (Quelle: IAB)



Erstmals kommt es im Herbst 1973 aufgrund des Anwerbestops zu einer Umkehr des Wanderungssaldos. Die Reduktion der Bevölkerung um insgesamt 280.000 Personen in den Jahren 1974 bis 1977 (eig. Ber. nach Tab. 32) trägt wesentlich zur Entlastung des Erwerbsarbeits-Angebots

in der ersten Phase bei. Bis 1977 kehren rd. 600.000 ausländische Arbeitskräfte in ihre Heimatländer zurück (vgl. HAMM 1980, S. 72). Damit sinkt der relative Anteil der Zugänge in das Erwerbspersonenpotential aufgrund von Arbeitsmigration von 30% im Jahr 1973 auf 14,8% 1978 (REYHER 1980, S. 512).

Aber auch der absolute und relative Beitrag der Fortzüge an den Abgängern aus dem Erwerbspersonenpotential verringerte sich in diesem Zeitraum von jährlich 368.000 im Hochkonjunkturjahr 1973 auf 225.000 1977, wie die AGR aufhellt (vgl. ebd., S. 503 und 511).

1977 bis Ende 1981 gibt es erneut kontinuierliche Wanderungsgewinne, die in den Jahren 1979 bis einschl. 1981 das Geburtendefizit überwiegen (vgl. Tab. 32). Trotz Anwerbestop kam es zu weiteren Zuwanderungen im Zug der Familienzusammenführung. Nach der seit Ende der 70er Jahre geltenden Wartezeitregelung ist nach einiger Zeit auch für nachziehende Familienangehörige die Arbeitserlaubnis möglich. Die ausländische Bevölkerung nahm so auf 4,67 Mio. im Jahr 1982 zu.

Erst in den Jahren 1982 und 1983 greift die verstärkte Remigrationspolitik und führt zu Wanderungsverlusten in Höhe von 75.000 bzw. 105.000 (vgl. Tab. 32). Allerdings kompensiert das Nachwachsen der zweiten Ausländergeneration in das Erwerbsleben (rd. 50.000 jährlich) in den letzten Jahren die Remigration der Gastarbeiter.

Zu der Arbeitsmigration i.e.S. kommt noch die seit Mitte der 70er Jahre in das Gewicht fallende Anerkennung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik, die damit die Arbeitserlaubnis erhalten. 1980 suchten 108.000 Ausländer in der Bundesrepublik Asyl; durch die Einführung der Visum pflicht und von Maßnahmen zur Verhinderung des Asylmißbrauchs ging ihre Zahl 1981 auf 49.400 zurück - davon wurden zuletzt ca. 90% als Asylbewerber abgelehnt (nach: FISCHER WELTALMANACH 1982, S. 517).

Zu nennen ist auch noch der stärker als früher in das Gewicht fallende Anteil von zuwandernden deutschen Aussiedlern aus osteuropäischen Ländern und aus der DDR (zusammen jährlich ca. 66.000 seit 1978; 1981: knapp 70.000; 1982: knapp 50.000 (nach: IAB und DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1982, S. 267) sowie von illegal zugewanderten und damit nicht erfaßten Ausländern an den gesamten Zuzügen.

Die Entwicklung der Zuwanderung von Ausländern in der Zukunft läßt sich angesichts deren Abhängigkeit von politischen Entscheidungen (14) und der Einstellung der (Erwerbs)bevölkerung von Ausländern und ihrer Reaktion.

Das DEUTSCHE INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1982, S. 269) schätzt die künftigen jährlichen Netto-Zuzüge (Saldo zwischen Zu- und Abwanderung) auf ca. 40.000 - 60.000 bei Ausländern und auf ca. 20.000 - 40.000 bei Deutschen (Aussiedler und Flüchtlinge). Eine ähnliche Voraussage trifft KLAUDER vom IAB (KLAUDER 1982, S. 276):

Familiennachzug von Türken: 35.000

Flüchtlinge aus Osteuropa: 20.000

Durch die geplante EG-Erweiterung 1988-1992 erhalten zudem ca. 150.000 Griechen, Spanier und Portugiesen die Arbeitserlaubnis und würden als Arbeitssuchende auftreten.

Zu beachten ist, daß die Migration (statistisch dargestellt durch Wanderungsgewinne und -verluste) nur mittelbar auf das zusätzliche Angebot an Erwerbsarbeit wirkt. So flossen bspw. in den Jahren 1978 und 1979 rd. die Hälfte der Wanderungsgewinne den Erwerbspersonen als Nettozuwachs zu (vgl. Tab.32 und STAT. BUNDESAMT 1983c, S. 18).

(14) Neuste Berechnungen aus dem Arbeitsministerium sind jedoch hinsichtlich der Möglichkeiten einer Repatriierung von Ausländern sehr skeptisch: Danach ließen sich mit den Rückkehrprämien maximal jährlich ca. 30.000 Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer rückführen.

Die Entwicklung des geschätzten Erwerbspersonenpotentials (Stille Reserve eingeschlossen) von Ausländern 1974 bis 1982 geht aus folgender Tabelle hervor. Die absolute Zahl fiel im Gegensatz zum gesamten Erwerbspersonenpotential von 2.533.000 auf 2.518.000 (geschätzt).

Tab. 33: Netto-Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials von Ausländern im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 1982 (Beschäftigungsortkonzept) in Tsd. (nach: Mitt. AB 1982/1/S. 8)

1974	- 27
1975	- 113
1976	- 151
1977	- 74
1978	+ 15
1979	+ 59
1980	+ 129
1981	+ 50
1982	+ 50 (Schätzung)

Setzt man diese Daten in Verhältnis zur Entwicklung des gesamten Erwerbspersonenpotentials (vgl. Tab. 8), stellt man fest, daß der Rückgang des Angebots an Erwerbsarbeit in den Jahren 1975 bis 1977 einschließlich fast ausschließlich durch den Rückgang des ausländischen Erwerbspersonenpotentials, dieser wiederum vorranig durch Remigration (vgl. Tab. 32, Spalte 4) getragen wurde.

In den Jahren 1974 bis inkl. 1977 sank also das ausländische Erwerbsarbeits-Angebot um 365.000 Personen, die Zahl der beschäftigten Ausländer ging ebenfalls von 2,43 Mio. auf 1,86 Mio. zurück (nach SVR 1981, S. 250). Die Ausländerbeschäftigung erwies sich damit - weit stärker als die der Frauen - in der ersten Phase der Beschäftigungskrise als "Art Konjunkturpuffer". Die Erwerbslosigkeit der deutschen Bevölkerung wurde so wesentlich in Grenzen gehalten. Über 40% des Beschäftigungsabbaus wurden in der ersten Phase der Beschäftigungskrise von den Ausländern getragen (vgl. SCHMID 1980, S. 151), deren Anteil an allen Erwerbstätigen weniger als 10% betrug. Interpretiert werden kann dieser empirische Befund

aus methodisch abgesicherten Analysen (vgl. ebd., S. 185 ff.) durch den Typus der erzwungenen Arbeitsteilung (vgl. 1.4., S. 74 ff.).

Anders verlief die Entwicklung in der zweiten und dritten Phase. Die seit 1978 trotz restriktiver Zuwanderungspolitik wieder zu beobachtende Zunahme von ausländischen Erwerbspersonen, die jedoch nur einen geringen Anteil am Zuwachs aller Erwerbspersonen ausmacht (vgl. Tab. 8) und den absoluten Stand von 1973 nie mehr erreicht, resultiert v.a. aus drei Komponenten:

- Dem Nachrücken von jüngeren Ausländern der "zweiten Generation" in das erwerbsfähige Alter. 1973 bis 1981 erhöhte sich die Zahl der unter 15-jährigen Ausländer von 620.000 auf 1.096.000 (nach: FREY 1982, S. 7). Dies macht die Dimension des Problems klar, das durch das Nachrücken der zweiten Ausländergeneration auf den Arbeitsmarkt entsteht.
- Dazu trägt auch die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung höhere Geburtenziffer der ausländischen Wohnbevölkerung bei: 1980 kamen auf 1.000 ausländische Einwohner 18,2 Geburten, auf 1.000 deutsche Einwohner 9,4 (ebd., S. 9). Es war die ausländische Wohnbevölkerung, die das Absinken der deutschen Geburtenrate seit den 60er Jahren eine gewisse Zeit in Schranken hielt. Diese unterschiedliche Wertorientierung zur Familie v.a. unter den zahlenmäßig dominierenden Türken (1982: 1,582 Mio.) führte nun auch zu einer spezifischen Altersstruktur, von der wiederum der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung abhängt. Die Alterspyramide verläuft hier wesentlich breiter als bei der deutschen Bevölkerung:

"Der Altersaufbau der Ausländer im Bundesgebiet ist bis heute durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters und einem niedrigen Anteil älterer Menschen gekennzeichnet. Von den Ende September 1982 im AZR erfaßten rd. 4,7 Mill. Ausländern waren 1,3 Mill. oder 29% unter 18 Jahre alt. 1974 hatte der Anteil der Kinder und Jugendlichen 22% betragen. Etwa 69% aller Ausländer waren 18 bis unter 65 Jahre alt und nur 2% 65 Jahre oder älter (siehe Tab. 3 und 4). Bei der deutschen Bevölkerung betrug die prozentuale Relation hingegen etwa 21:62:16" (STAT. BUNDESAMT 1983d, S. 8).

Ein wesentlich höherer Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung befindet sich demnach jetzt und in nächster Zukunft im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65.

- Trotz Anwerbestop kam es wie oben ausgeführt zu weiteren Zuwanderungen im Zug der Familienzusammenführung.

4.3.1.3. Der Einfluß von demographischen Faktoren auf die erwerbsfähige Bevölkerung

Die erwerbsfähige Bevölkerung ergibt sich nun aus der gesamten Wohnbevölkerung und der variierenden Altersstruktur. Verbunden mit der "demographischen Transition", d.h. einem gleichzeitigem Rückgang von Geburten- und Mortalitätsniveau fand in allen Industrieländern ein säkularer Alterungsprozeß statt, in dessen Verlauf der Anteil der Alten an der gesamten Bevölkerung ständig gestiegen ist (vgl. FEICHTINGER 1977, S. 3). Dadurch ging auch die erwerbsfähige Bevölkerung bis 1973 zurück. Seit einiger Zeit jedoch sind die in das Erwerbsleben nachrückenden Jahrgänge stärker besetzt als die abgehenden (von 1970 bis 1980 stärkere Zunahme der 15-18-Jährigen als der Älteren als 65 Jahre - Abnahme der 60-65-Jährigen; nach: STAT.BUNDESAMT 1982, S. 36). Das stark wachsende Erwerbsarbeitsangebot in der zweiten und dritten Phase seit 1977 beruht also v.a. auf diesen demographischen Faktoren. Zur Zeit befinden wir uns auf dem "Kamm der demographischen Welle".

Tab.34: Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-65) (Deutsche und Ausländer) von 1973 bis 1981 in Tsd. (15)

1973	39.509
1974	39.654
1975	39.606
1976	39.593
1977	39.731
1978	39.641
1979	40.287
1980	40.829
1981	41.740

(15) Zahlen bis 1978 nach SCHETTKAT 1983, S. 244 (Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1979); Zahlen bis 1980 eig. Ber. nach STAT. BUNDESAMT 1982, S. 36; Zahl für 31.12.1981 nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 4.

Demographische Projektionen sind wie alle Prognosen (vgl. S. 206 ff.) mit starken Unsicherheiten behaftet, die auch bei der folgenden beachtet werden müssen:

Der Verlauf der demographischen Entwicklung in der Zukunft, also der Zahl der erwerbsfähigen Deutschen (15- bis unter 65-Jährige) wurde vom DEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1981 folgendermaßen vorausgeschätzt:

Tab. 35: Entwicklung der 15- bis unter 65-jährigen Deutschen (Erwerbsfähige) (Grundvariante) in Mio. (Quelle: DEUTSCHES INSTITUT... 1982, S. 270)

1980	37,545	1980 = Basisjahr = 100
1985	39,425	
1990	38,642	102,9
1995	37,355	
2000	36,306	96,7
2030	25,385	67,6

1980 bis 1985 wird damit die Zahl der deutschen Erwerbsfähigen also um fast 2 Millionen anwachsen, bis 1990 ergibt sich immer noch ein Zuwachs von 1,097 Mio. und erst 1995 wird in etwa wieder der Stand von 1980 erreicht und der Wendepunkt in der Bevölkerungsentwicklung tritt ein.

Auch wenn die Erwerbsneigung (Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose in % der erwerbsfähigen Bevölkerung) bei konstant 72% wie im Jahr 1980 bleibt (37,545 Mio. Erwerbsfähige; 27,191 Mio. Erwerbspersonen), läßt sich damit bis 1990 ein Andauern und eine Verschärfung der Beschäftigungslücke aufgrund der demographischen Entwicklung voraussagen. Von 1980 bis 1990 teten danach 724.000 neue deutsche Arbeitssuchende auf den Arbeitsmarkt. KLAUDER 1982 (S. 277) kommt in seiner Schätzung auf 650.000 zusätzliche deutsche Erwerbspersonen. Das ergibt zusammen mit den von ihm geschätzten zusätzlichen 600.000 ausländischen Erwerbspersonen (Mittelwert) (ebd.) 1,25 Mio. zusätzliche Nachfrager nach Arbeitsplätzen.

Dies macht das gewaltige Volumen des Bedarfs an neu zu schaffenden Arbeitsplätzen deutlich, unterstellt man - was problematisch ist - eine weiterhin konstant hohe Erwerbsarbeit und ginge man von der Wertvorstellung aus, für jeden Erwerbsarbeit -Suchenden einen Platz zur Verfügung zu stellen.

4.3.2. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von 1973 bis 1982

Nachdem in Kap. 2.3.2. das Angebot an Erwerbsarbeit (Jahresdurchschnitte der Erwerbstätigen nach der integrierten Erwerbsstatistik + registrierte Arbeitslose) und im letzten Abschnitt die Entwicklung der Bezugsgröße: gesamte Wohnbevölkerung bzw. erwerbsfähige Wohnbevölkerung (im Alter von 15 bis 65) dargestellt wurden, soll i.f. die Beziehungszahl Erwerbsquote im Mittelpunkt stehen, die als operationale Variable für die Erfassung der Verschiebungen innerhalb der Arbeitsteilung am ehesten geeignet ist (vgl. 4.2.).

Zunächst soll ein globaler Überblick über die Entwicklung der auf die gesamte Wohnbevölkerung (Deutsche und Ausländer, alle Altersgruppen) bezogenen Erwerbsquote seit 1950 gegeben werden. Dabei sind die analysierten Verzerrungen der MZ-Daten zu beachten.

Tab. 36 : Erwerbsquote (bezogen auf alle Altersgruppen) in ausgewählten Jahren (16). In v. Hdt.

1950	45,9
1960	47,7
1965	46,1
1970	43,5
1975	43,4
1976	43,4
1977	43,7
1978	44,0
1979	44,4
1980	44,9
1981	45,4
1982 (p)	46,0
1983 (p) (17)	46,9

In der Zeitreihe der auf die gesamte Wohnbevölkerung bezogenen Erwerbsquote spiegeln sich v.a. die oben angegebenen demographischen Prozesse wider, aber auch Veränderungen in der Erwerbsneigung der erwerbsfähigen Bevölkerung. Insgesamt sind drei charakteristische Perioden zu unterscheiden.

1. Der Anstieg der Erwerbsquote von 45,9% auf 47,7% von 1950 bis 1960 v.a. aufgrund der Veränderungen in der Altersstruktur und einer höheren Erwerbsneigung aufgrund der rasch expandierenden Nachfrage nach Erwerbsarbeit.
2. Das Absinken der Erwerbsquote von 47,7% auf 43,4% von 1960 bis 1976.
3. Das erneute Ansteigen der Erwerbsquote um 3,5% auf 46,9% (eig. Ber. und vorläufige Zahl) bis zum Jahr 1983 v.a. aufgrund der verstärkten Besetzung erwerbsfähiger Jahrgänge in der zweiten und dritten Phase der Beschäftigungskrise.

(16) Nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 7 (Quelle: MZ-Daten). Die MZ-Daten weisen, wie in Kap. 2.3.2. ausgeführt, stark überhöhte Erwerbstätigenzahlen bes. seit 1977 aus (1982 bspw. um 1,1 Mio. gegenüber der integrierten Erwerbsstatistik). Die Daten der integrierten Erwerbsstatistik zugrundegelegt, ergeben sich daher durchweg niedrigere Erwerbsquoten, bspw. (um 1,27%) von 44,68% für 1982 nach eig. Ber. (27,501 Mio Erwerbspersonen, 61,546 Mio. Wohnbevölkerung).

(17) Die Erwerbsquote für 1983 wurde selbst berechnet aus: 61,371 Mio. Wohnbevölkerung im Sept. 1983 (WiSta 1984/1/S. 14), 28,758 Mio. Erwerbspersonen (26,500 Mio. Erwerbstätige nach: EG-ARBEITSKRÄFTE-STICHPROBE vom Juni 1983; vgl. Tab. 5 und 2,258 Mio. registrierte Arbeitslose.

Um jedoch die Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Altersschichten näher zu analysieren und so den Einfluß der veränderten Altersstruktur zu eliminieren, muß die Zeitreihe der bereinigten Erwerbsquote (im Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung) herangezogen werden (vgl. 4.2.). Die hier nach den methodisch abgesicherten und revidierten Primärdaten berechneten Quoten liegen durchwegs um rd. 2,5% über den bei SCHETTKAT 1983, S. 244 (für 1973 bis 1977), der von zu niedrigen Daten für Erwerbspersonen ausgeht.

Bei der Berechnung der Erwerbsquoten wird zudem die teilweise erhebliche Differenz zwischen den MZ-Daten und denen der integrierten Erwerbsstatistik (vgl. Tab. 5) für die Erwerbspersonenzahl relevant. Der MZ weist aufgrund der Mängel im Erhebungskonzept seit 1977 erheblich überhöhte Werte für die Erwerbspersonen aus, wie die folgende Tabelle zeigt.

Tab.37 : Abweichungen der eigens berechneten Zahlen für Erwerbspersonen (geschätzte Jahresdurchschnitte der integrierten Erwerbsstatistik nach Tab. 7 und registrierte Arbeitslose) von den entsprechenden Daten des MZ (für die jeweiligen Berichtswochen erhobene Daten für Erwerbstätige und Erwerbslose).
Überhöhung im MZ in Tsd.

1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
62	87	- 6	45	278	260	284	572	824	1106	1263

Des weiteren macht es für das absolute Niveau der Erwerbsbeteiligung einen Unterschied aus, ob bei der Operationalisierung des Angebots an Erwerbsarbeit von der erhobenen Zahl der Erwerbspersonen oder von der um die Stille Reserve erweiterten Variable: Erwerbspersonenpotential ausgegangen wird (vgl. 4.2.). Die Erwerbsbeteiligung fällt bei der zweiten Variante natürlich höher aus, wie auch Schaubild 9 erkennen läßt.

Allerdings gilt für die Differenz dieser Erhebungskonzepte wie für die o.g. Differenz zwischen denen für die Erwerbspersonenzahl im Mikrozensus und in der integrierten Erwerbsstatistik, daß davon nur das absolute Niveau, nicht aber (bis auf die Ausnahme der letzten beiden Jahre) die Entwicklungslinie im Zeitverlauf betroffen ist (vgl. die Gegenüberstellung von Schaubild 5 und 6 und in Schaubild 9).

Tab. 38: Erwerbsbeteiligung = Erwerbsquote (Erwerbstätige nach der integrierten Erwerbsstatistik und registrierte Arbeitslose nach Tab.7) im Verhältnis zur erwerbsfähigen Wohnbevölkerung nach Tab. 34 von 1973 bis 1983

1973	68,83
1974	68,45
1975	67,87
1976	67,31
1977	66,89
1978	67,33
1979	66,80
1980	66,59
1981	65,63
1982 (18)	65,7 ⁵

Die Tabelle weist aus, daß bis auf die Jahre 1978 und 1982 der Anstieg in der Erwerbspersonenzahl in der zweiten und dritten Phase der Beschäftigungskrise auf die stärkere Besetzung der erwerbsfähigen Altersschichten (Zunahme um rd. 2,147 Mio. von 1976 bis 1981 - vgl. Tab. 34) zurückging, während sich im gleichen Zeitraum wie aus dieser Tabelle ersichtlich bis auf geringe Unterbrechungen der Rückgang der Erwerbsbeteiligung fortsetzte, wenn auch mit geringerer Geschwindigkeit.

(18) Da für 1982 keine Zahl für die erwerbsfähige Wohnbevölkerung vorlag, werden die Erwerbspersonen näherungsweise auf die Erwerbsbevölkerung 1981 bezogen.

Hinter dieser Aggregatsangabe verbergen sich allerdings für unterschiedliche Gruppen der Erwerbsbevölkerung völlig entgegengesetzte Prozesse, die auf die unterschiedlichen Einflußfaktoren auf die Erwerbsbeteiligung zurückgehen (vgl. Schema 2 und 3) und die sich in ihrer Wirkung teilweise kompensieren.

Insbes. die institutionellen und die Verhaltenskomponenten der Erwerbsbeteiligung wirken entgegengesetzt, wobei der Saloo beider Effekte bis auf die Ausnahme der Jahre 1978 und 1982 zugunsten einer niedrigeren Erwerbsbeteiligung ausschlug (vgl. BACH et al. 1983b, S. 332).

Die Entlastung der Erwerbsbeteiligung durch den Rückzug von jüngeren und älteren Altersschichten fiel stärker aus als die ständig steigende Erwerbsbeteiligung v.a. verheirateter Frauen. Allerdings sind die Entlastungsfaktoren im Zeitverlauf zunehmend schwächer geworden; in den letzten zwei Jahren kehrt sich der Trend sogar um.

In Richtung auf eine Senkung der Erwerbsbeteiligung, damit auch des Angebots an Erwerbsarbeit wirkt der Entzug immer größerer Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Jugend (und ihr längerer Verbleib in der Ausbildung) und im Alter aus der Erwerbsarbeit durch längere Ausbildungszeiten der Jugendlichen und früheren Übergang von Erwerbstätigen in den Ruhestand. Die Wirkung dieser Faktoren ist in der Statistik bereits seit 1960 nachgewiesen (vgl. WiSta 1974/4, S. 265).

Die Ausgrenzung von immer größeren Teilen der erwerbstätigen Bevölkerung - über immer längere Zeit - aus produktiver Arbeit, deren Tätigkeit gesellschaftlich nicht als Arbeit interpretiert wird, da sie entweder in der Festlegung auf rezeptive (Ausbildungs)rollen wie beim Jugendlichen besteht oder nicht dem gesellschaftlich dominanten Verständnis von Arbeit entspricht, scheint ein Merkmal entwickelter Industriegesellschaften zu sein (vgl. KREUTZ 1974; FEICHTINGER 1977, S. 12).

In den letzten hundert Jahren ist so die Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildung, früheren Ruhestand, längeren Jahresurlaub und kürzere Wochenarbeitszeit auf rd. ein Drittel gesunken. LEHR vermutet für einen 90-jährigen heute, daß er rd. 26% seines Lebenszyklus in der Ausbildung, 39% im Ruhestand und nur 28% im Beruf verbringt. Die Dichotomie zwischen "Ruhestand" und "Berufsarbeit" entspringt dabei allerdings dem internalisierten gesellschaftlichen Leitbild von Arbeit, was den in den Ruhestand Ausgegliederten oft einen krisenhaften Lebenszyklusübergang bereitet.

Dieser Trend stellt sich am deutlichsten in der Zeitreihe der Erwerbsquote der erwerbsfähigen Männer (19) dar: Im Durchschnitt beenden die Erwerbstätigen ihr Berufsleben heute etwa mit 60 Jahren, zwei Jahre früher als 1970 (vgl. SVR 1983, S. 77).

Tab. 39: Erwerbsquote der erwerbsfähigen (15-65-jährigen) Männer
(nach Altersjahrmethode und unter Einschluß der Soldaten)
von 1973 bis 1983 auf der Basis von MZ-Daten (20)

1973	87,7
1974	86,7
1975	86,0
1976	85,0
1977	84,6
1978	84,5
1979	84,5
1981	83,5
1982	83,0

Die Zeitreihe zeigt eine besonders kräftige Entlastung in der Erwerbsbeteiligung der Männer zwischen 1973 und 1977 (mit - 3,1%). Auch die Erwerbsbeteiligung der über 65-jährigen Männer (die nicht mehr zur "erwerbsfähigen Bevölkerung" gezählt werden) ging zwischen 1973 und

(19) Zwischen Deutschen und Ausländern gibt es hier keine auffälligen Unterschiede. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen wird gesondert im nächsten Abschnitt betrachtet.

(20) Zahl für 1970 nach SCHETTKAT 1983, S. 244; bis 1979 nach Beitr. AB 1981/56/S. 246; Zahlen für 1981 und 1982 nach STAT. BUNDESAMT 1983a, S. 96.

1979 auf rd. die Hälfte, von 15% auf 7,7% zurück.

Die Einführung der flexiblen Altersgrenze 1973 macht sich insbes. in den Jahren danach bis 1977 bemerkbar. Die "normale" Altersgrenze von 65 Jahren gilt so heute nur noch für eine Minderheit von Arbeitnehmern. Für die für Frühverrentung in Frage kommenden Jahrgänge von 55 bis 60 sinkt die Erwerbsbeteiligung von 89,1% 1970 auf 82,3% 1982.

Die AGR (vgl. 2.5.) weist für die Jahre 1974 und 1975 einen plötzlichen Anstieg in den Abgängern aus Erwerbstätigkeit in den Ruhestand um 70.000 bzw. 23.000 aus (vgl. REYHER 1980, S. 511). Danach sinken die Abgänge jedoch wieder auf das frühere Niveau ab.

Seit 1977 bis 1982 geht die Erwerbsbeteiligung spürbar langsamer, nämlich nur noch um 1,6% zurück. Der MZ 1982 weist für die 50-60-jährigen Männer sogar wieder einen geringfügigen Anstieg in der Erwerbsbeteiligung nach (vgl. WiSta 1983/3/S. 2 f.).

In die gleiche Richtung, nämlich auf eine Senkung der Erwerbsbeteiligung, wirkt v.a. in den 60er Jahren (vgl. den Zeitraum 1962 bis 1970 in folgender Tabelle), merklich leichter in den 70er Jahren, die verstärkte Bildungsbeteiligung der 15-25-Jährigen (insbes. der 15-20-Jährigen). Immer mehr Mitglieder der Altersjahrgänge zwischen 15 und 20 handeln gemäß der Rollendisposition "Jugend". Unter einen weit gefaßten Begriff von "Jugend" (vgl. KREUTZ 1974, S. 169 ff.) können auch die Erwachsenen, die nicht produktiv in Bildungsmaßnahmen arbeiten (vgl. 3.4.), eingeschlossen werden.

Tab. 40: Erwerbsquote in der Altersgruppe 15-20, nach Männern und Frauen in ausgewählten Jahren. Nach MZ-Daten.

Jahr	Männer	Frauen
1962 (21)	74,3	73,7
1970 (21)	62,9	53,6
1973 (22)	58,8	56,3
1974	57,4	53,0
1975	57,2	50,6
1976	52,8	47,9
1977	50,9	45,2
1978	50,6	44,1
1979	52,0	46,2
1981 (21)	46,3	40,4
1982 (21)	46,0	39,2

Die Statistik zeigt also, daß insbes. in den 60er Jahren und in der ersten Phase der Beschäftigungskrise die steigende Bildungs- also sinkende Erwerbsbeteiligung der Jahrgänge von 15-20 einen wesentlichen Anteil an der Entlastung des Erwerbsarbeit suchenden Potentials hatte, das sank, obgleich die erwerbsfähige Bevölkerung von 1973 bis 1977 um rd. 200.000 stieg. Allein zwischen 1973 und 1977 sank die Erwerbsbeteiligung der 15-20-jährigen Männer und Frauen um 9,34% (nach: SCHETTKAT 1983, S. 246).

Auch SCHETTKAT 1983 folgert aus seiner Analyse der Daten von 1970 bis 1977:

"Insgesamt läßt sich sagen, daß der Rückgang der Erwerbsbeteiligung der z.T. auf bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen zurückzuführen ist, eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarkts in der Bundesrepublik in den 70er Jahren gebracht hat" (SCHETTKAT 1983, S. 261).

(21) Zahlen für 1962, 1970, 1981 und 1982 nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 7.

(22) Zahlen für 1973-1979 nach: Beitr. AB 1981/56/S. 246.

Dies gilt jedoch nur für den ersten Zeitraum der Beschäftigungs-
krise bis 1977 (Abnahme der Erwerbsbeteiligung um rd. 2% - vgl.
Tab.38). Seitdem machen sich immer mehr aufgrund des Nachlassens
dieser Kompensationseffekte verstärkende Einflüsse auf die Erwerbs-
beteiligung geltend, die in den folgenden Abschnitten behandelt
werden (Abnahme um nur noch 1% im 5-Jahres-Zeitraum bis 1982).
Auch die Entwicklung in der Erwerbsbeteiligung an den Rändern der
Altersstufen stellt sich für die Frauen unterschiedlich dar.

4.4. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen 1973 bis 1983: Vermarktungs- tendenzen der Frauenarbeit bei gleichzeitigem Rückgang der Nachfrage nach Erwerbsarbeit - Resultat einer gewandelten Wert- orientierung zur Arbeit?

4.4.1. Ansatzpunkte für die Untersuchung des Erwerbsverhaltens von Frauen

Der Zustrom von Erwerbsarbeit-Suchenden, der im letzten Jahrzehnt der Arbeitsmarktkrise zu Netto-Gewinnen in der Erwerbspersonenzahl führte (vgl. Schaubild 5 und 9) speiste sich neben den bisher dargestellten demographischen und Migrationseinflüssen v.a. aus dem stark zunehmenden Angebot an Erwerbsarbeit von deutschen Frauen, insbes. von verheirateten Frauen bzw. Müttern. Deswegen kann gerade an dieser Teilgruppe des Aggregats des Erwerbsarbeits-Angebots die hier interessierende strukturelle Interdependenz zwischen familialer und bezahlter Arbeit und ihre Rückwirkung auf Erwerbslosigkeit besonders eindrücklich gezeigt werden.

Einer zunächst anstehenden empirischen Analyse des Erwerbsverhaltens der Frauen im letzten Jahrzehnt bieten sich verschiedene Ansatzpunkte:

1. Im Abschnitt 4.2. wurden die Vorzüge und Schranken der "Erwerbsquote" als Indikator für die Erwerbsbeteiligung dargestellt. I.f. wird Erwerbsbeteiligung daher stets - sofern nicht anders angegeben - wie in den üblicherweise angegebenen Erwerbsquoten als die in den MZ-Befragungen erhobene Größe "Erwerbstätigkeit" und "Erwerbslosigkeit" operationalisiert, die auf die erwerbsfähige Bezugsgruppe bezogen wird.

Das Frauenerwerbs"potential" wird in dieser Meßkonzeption noch unterschätzt, nämlich um den Betrag der "Stillen Reserve" (vgl. S. 163 ff.). Das sind alle Personen, die sich vorübergehend bis zur Besserung der Arbeitsmarktlage "entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückziehen" "oder bei der Arbeitssuche nicht das Arbeitsamt einschalten". Die Stille Reserve

von verheirateten deutschen Frauen wurde etwa 1977 auf ca. 200.000 bis 350.000 Personen geschätzt, bei einer etwa gleich hohen Zahl an registrierten Arbeitslosen derselben Strukturmerkmale (vgl. ANBA 1983/3/S. 269; Beitr. AB 1981/56/S. 16 und S. 308).

Die geschätzte Größe "Stille Reserve" wird jedoch aus folgenden prinzipiellen Überlegungen nicht in die operationale Erfassung des Arbeitsangebots einbezogen (vgl. S. 163 ff.):

Die Handlungswirksamkeit der Motivation zur Erwerbsarbeit von Frauen, die ihren Status als "registrierte Arbeitslose" mit dem von Hausfrauen getauscht haben, ist nämlich entgegen verbreiteter Auffassung eher skeptisch zu beurteilen. Daher ist auch die Einbeziehung der stets sehr umfangreich veranschlagten "Stillen Reserve" von verheirateten Frauen in das Angebot an Erwerbsarbeit problematisch.

So konnte HEINEMANN 1980/1 bei einer repräsentativen Befragung von im September 1977 arbeitslosen Frauen, die ein halbes Jahr später nicht mehr arbeitslos gemeldet waren und angaben, zur Zeit Hausfrau zu sein (N=155) (der klassischen Gruppe der "Stillen Reserve") für den größten Anteil eine weitgehende Identifikation mit dem neuen Status als Hausfrau feststellen (23).

"Der Übergang vom Status der Arbeitslosigkeit in den Hausfrauenstatus ist von einer starken Betonung der (Hausfrauen)Rollenidentität und dem Abbau kognitiver Dissonanzen geprägt..." (HEINEMANN 1980/1, S. 579).

Dies führte sogar soweit, daß 22% dieser Frauen - offenbar um die kognitive Dissonanz zwischen ihrem gegenwärtigen Status und der Erfahrung von Arbeitslosigkeit zu vermeiden - nachträglich angaben, niemals zuvor arbeitslos gewesen zu sein.

32% aus dieser Gruppe hatten vor ihrer Arbeitslosigkeit nach ihren eigenen Angaben selbst ihre Arbeitsstelle gekündigt (ebd., S. 111) (im Vergleich zu 9,6% aller erwerbslosen Frauen nach den MZ-Daten vom April 1977), was auf eine relativ geringe Bindung an die Er-

-
- (23) HEINEMANN und seine Mitarbeiter befragten in Form einer Paneluntersuchung im Abstand von einem halben Jahr, erstmals im Sept. 1977 ca. 900 arbeitslose Frauen, die nach einem Quotenplan auf Grundlage der Strukturanalyse der BA der arbeitslosen Frauen für die Merkmale: Familienstand, Berufsausbildung ausgewählt wurden, und zwei Vergleichsgruppen von je rd. 320 über den Zeitraum konstant erwerbstätigen Frauen und Hausfrauen (HEINEMANN 1980/1, S. 9). Im Mittelpunkt stand die Beobachtung von Veränderungen von Einstellungen und Verhalten arbeitsloser Frauen in Abhängigkeit vom individuellen Statusverlauf und Strukturmerkmalen.

werbsarbeits-Rolle schließen läßt. Dementsprechend war auch das Niveau der Wiederbeschäftigungsbemühungen in der Phase der Arbeitslosigkeit niedrig, relativ zu den Vergleichsgruppen der Arbeitslosen, die es nach einem halben Jahr immer noch waren bzw. die in das Erwerbsleben zurückgekehrt waren. Insgesamt konnten HEINEMANN et al. feststellen, daß die Motivation zur Erwerbsarbeit nicht konstant blieb, sondern der neuen situativen Gegebenheit, der faktischen Konzentration auf die Hausfrauenrolle, als strategische Größe der Handlungsführung angepaßt wurde.

Die Erwerbsstatistik stellt nun auf Basis der v.a. im MZ erhobenen massenstatistischen Primärdaten die Erwerbsquoten verschiedener nach sozialstrukturellen Merkmalen differenzierter Gruppierungen innerhalb des Frauen-Aggregats, v.a. nach Nationalität, Alter und Familienstand dar (z.B. STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 105). Zusatzauswertungen des MZ erlauben zudem die Erstellung von Erwerbsquoten verschiedener Gruppen nach Anzahl und Alter der Kinder, Einkommen, Beruf des Ehemanns, Vorbildung etc.

Von ökonometrischer Seite konzentrierte man sich hauptsächlich auf makroökonomische Modellfunktionen der Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung von verschiedenen sozialstrukturellen Variablen (etwa bei EGGLE/ERNST/SCHNUR 1976). Andere Autoren wie HAND L 1978 (S. 216 ff.) versuchten die Anwendung der "multiple classification analysis", einer spezifischen Form der Regressionsanalyse, auf die Erwerbstätigkeit von Frauen, die es erlaubt, den Einfluß von mehreren nominal skalierten Variablen auf eine intervallskalierte Variable darzustellen. In letzter Zeit zeichnet sich die Tendenz zu mehr empirisch angelegten Schätzungen mikroökonomischer Arbeitsangebots-Funktionen ab. So versuchte bspw. HÜBLER 1983 (S. 301 ff.) anhand von zwei Datensätzen (N=772 bzw. 878) von Stichproben 50-jähriger Hannoveraner Frauen bzw. 16-44-jährigen Müttern Arbeitsangebots-Funktionen zu entwickeln, die die Wahrscheinlichkeit der Partizipation an der Erwerbstätigkeit (24) angeben können.

(24) HÜBLER verwendet als Indikator für die Erwerbsbeteiligung nur die registrierte Erwerbstätigkeit. Dies erscheint jedoch für meine Fragestellung des Angebots von Erwerbsarbeit zu restriktiv.

Die gruppenspezifischen, von der Erwerbsstatistik errechneten Erwerbsquoten können nun in einem Querschnittsvergleich gegenübergestellt werden und so Aufschlüsse liefern, von welchen Faktoren die Erwerbsbeteiligung möglicherweise determiniert wird. Die Ausprägung der Erwerbsbeteiligung variiert nämlich systematisch nach bestimmten sozialstrukturellen Variablen. Daraus sind Hypothesen über den Wirkungszusammenhang zwischen diesen Variablen und der Erwerbsbeteiligung möglich.

Die von der Ökonometrie bzw. Arbeitsmarktstatistik versuchten numerischen Schätzungen bezüglich des Ausmaßes dieser Wirkungen sollen hier allerdings unterbleiben.

2. Eine zweite Perspektive, die in dieser Arbeit v.a. eingenommen wird, ist eine Längsschnittbetrachtung des sozialen Wandels, also die Untersuchung der Wirkung von Zeitgrößen wie der Veränderung der Geburten- und Scheidungshäufigkeit im Verlauf 1973-1982 auf die Veränderung der Erwerbsbeteiligung der entsprechenden Aggregate. So wird in einer dynamischen Perspektive die Wechselwirkung zwischen den Aggregaten des Frauenerwerbsangebots und verschiedenen makrostrukturellen Indikatoren deutlich. Jede Kausalinterpretation der gefundenen statistischen Korrelationen ist jedoch auf Vermutungen angewiesen. Zudem kann für den Untersuchungszeitraum die Wirkung dritter Einflußfaktoren nicht systematisch geprüft werden; in der sozialen Wirklichkeit lassen sie sich anders als in Modellkonstruktionen nicht unter die ceteris-paribus-Klausel setzen.

3. Da sich das Arbeitsmarktgeschehen aus der Interdependenz zwischen institutionellen Gegebenheiten und individuellen Motivationen von Handlungssequenzen ergibt, was in der massenstatistischen Darstellung von hochaggregierten Größen schlechterdings nicht erfaßt werden kann, wäre zur Eruierung der individuellen Verhaltens- und Motivationsmuster in Zusammenhang mit der Aufnahme von Erwerbsarbeit eigentlich die Methode der Befragung von Einzelpersonen notwendig. Soweit zugänglich, wird daher auf repräsentative Befragungsergebnisse zu den Motiven für Erwerbstätigkeit von Frauen zurückgegriffen (vgl. WELTZ 1971, ISLEHART 1979, HEINEMANN 1980).

4. Die auf Grundlage dieser Primärdaten gewonnenen Hypothesen über die Einflußgrößen auf die Erwerbsbeteiligung werden in einer deduktiv orientierten Vorgehensweise eingebettet in den hier gewählten strukturell-funktionalen Ansatz. Dieser soll hier kurz im Hinblick auf die jetzige Fragestellung zusammengefaßt werden:

Verschiebungen zwischen den Sektoren der Erwerbsarbeit und der familialen Arbeit und zwischen den verschiedenen Formen innerhalb des Aggregats Erwerbsarbeit werden durch ein verändertes individuelles Erwerbsverhalten von Frauen im Wechselspiel zu den Angeboten, Erfordernissen und Schranken des Beschäftigungssystems wirksam. Ähnlich wie bei MÜLLER 1983 und WILLMS 1983 wird hier also eine makro-theoretische Perspektive bei der Betrachtung des Strukturwandels der Arbeit vorgeschlagen, in der die Angebots- und Nachfrage-Pole des Beschäftigungssystems verknüpft werden. Die Verschiebung von familialen zu bezahlten Erwerbsarbeits-Formen in Gestalt zunehmender Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen ist eine zentrale Entwicklungslinie des Strukturwandels der Arbeit im letzten Jahrzehnt. Die dazu führenden Entscheidungen der Frauen werden anders als in den volkswirtschaftlichorientierten Modellen des Arbeitsangebots (vgl. NEUMANN 1982/2, S. 133 ff.; ROTHSCILD 1980) nicht auf Basis der Prämisse des individuell entscheidenden, nutzenmaximierenden homo oeconomicus verstanden, sondern als in unterschiedlichen Typen der Frauenarbeit unterschiedlich wirksam werdender Ausdruck einer veränderten gesellschaftlichen Wertorientierung zur familialen und Erwerbsarbeit. Dies wird u.a. manifest an den in Befragungen artikulierten Werterwartungen von erwerbstätigen Frauen an ihre Arbeit.

Eine Wirkung dieser Verschiebung auf bezahlte Erwerbsarbeit-Formen liegt in der Störung der im Idealfall existierenden Komplementarität der zwei Arbeitsformen. Diese schlägt sich auf der Ebene der handelnden Person als Interrollenkonflikt der erwerbstätigen verheirateten Hausfrau nieder (vgl. 4.4.6.).

Die so entstehenden oder geförderten Beschränkungen des weiblichen Erwerbsarbeitsvermögens führen - wiederum in Interdependenz zu be-

trieblichen Personalrekrutierungsstrategien und in Verbindung mit der schwächeren Machtposition auf dem Arbeitsmarkt - zur Ausbildung sekundärer Arbeitsmarkt-Segmente für marginale weibliche Erwerbspersonen: So ergibt sich die höhere Gefährdung durch Erwerbslosigkeit für weibliche Erwerbspersonen in zweifacher Weise aus der gestörten Arbeitsteilung:

Unmittelbar durch erhöhte Ansprüche auf Arbeitsplätze durch Frauen trotz rückläufiger Nachfrage nach Erwerbsarbeit und in der Konkurrenz um die knapper werdenden Arbeitsplätze vermittelt über die Marginalität ihres Erwerbsarbeitsvermögens.

Dieser Zusammenhang wurde bereits in Kap. 3 an zwei Dimensionen ausgeführt:

Die Grenzen der Substituierbarkeit familialer Arbeitsaufgaben durch Erwerbsarbeit führen zum Rückgang bzw. zur Stagnation in den Beschäftigungsmöglichkeiten von strukturell schrumpfenden Branchen (vgl. 3.3.3.3.). Die hier überrepräsentierten Frauen trifft somit, auch bei Zugrundelegung universalistischer Ausstellungskriterien, ein besonderes Erwerbslosigkeitsrisiko. Im Kap. 3.1. wurde aufgezeigt, wie die überdurchschnittlichen Fehlzeiten von v.a. verheirateten Frauen bzw. die einer funktionalen betrieblichen Arbeitsteilung oft entgegenstehenden Teilzeit-Arbeitswünsche von Frauen zu einem besonderen Erwerbslosigkeitsrisiko führen können.

4.4.2. Vermarktungstendenzen der Frauenarbeit - ein sozialhistorischer Abriß

Im einleitenden Kapitel 1.3.1.3. (S. 44 ff.) wurde der historische Übergang in der Arbeitsteilung vom Primat haushaltszentrierter, an der Deckung des Bedarfs von Mitgliedern des gleichen Sozialkontextes orientierter Arbeitsformen zu industriell-bürokratischen, über Märkte institutionalisierten Arbeitsformen bereits in seinen zentralen Dimensionen dargestellt. Was bedeutet dieser Strukturwandel nun für die Frauenarbeit?

In der vorindustriellen Gesellschaft und mit Abstufungen selbst noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Bundesrepublik (nachdem während des und kurz nach dem 2. Weltkrieg viele Frauen vorübergehend die Plätze der Männer in der beruflichen Arbeit eingenommen hatten) war die Rolle der Frau im wesentlichen konsistent definiert und allgemein akzeptiert. Familiäre und Arbeitsrollen fielen für die Frau noch nicht auseinander:

Verheiratete Frauen waren für die häusliche Produktion, Kinder- und Gattenbetreuung und -versorgung verantwortlich. Als mithelfende Familienangehörige nahmen sie eine wichtige unbezahlte Funktion für die bezahlte Erwerbsarbeit ihrer Gatten auf dem Bauernhof oder im Kleinbetrieb ein. Viele Kinder wurden benötigt und auf Basis der haushaltszentrierten, zeitflexiblen Arbeitsplätze der Frau auch relativ angemessen versorgt, um die Arbeitsaufgaben zu bewältigen bzw. bei weitgehendem Fehlen staatlicher Daseinsfürsorge eine Alterssicherung zu haben.

Sehr viel später als die Männer erfaßte die Industrialisierung die Frauen und löste ihre Arbeit aus diesen familiären Bezügen heraus (vgl. 4.1. und WILLMS 1983). Bereits hier wird deutlich, daß der Strukturwandel der Arbeit sich nicht allein aufgrund der wechselnden Nachfrage des Beschäftigungssystems ergibt: Vielmehr hinkt die Entwicklung entsprechender Motivations- und Verhaltensstrukturen von Frauen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit in einem cultural lag der Entwicklung der materiellen Kultur hinterher.

Der Übergang von familiärer auf marktvermittelte Arbeitsverhältnisse (vgl. Übersicht 5 und Tab. 1), der für Frauen mit Verspätung gegenüber den Männern stattfand, wurde dafür umso mehr beschleunigt und zusammengedrängt auf einen engen historischen Zeitraum vollzogen.

Ein erster Modernisierungsschub - der Einbezug von v.a. ledigen Frauen als Arbeiterinnen in das Verarbeitende Gewerbe - kann anhand der Erwerbsstruktur und Erwerbsquoten für die Periode von 1880 bis 1920 nachgewiesen werden (vgl. WILLMS 1983a, S. 39). Bis in die Zeit des bundesdeutschen "Wirtschaftswunders" stagnierte der soziale Wandel der Frauenarbeit weitgehend.

Insbesondere die seit den 60er Jahren - also in rund 20 Jahren - stark zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter deutscher Frauen holt somit eine Entwicklung nach, die sich für die Männer in über einem Jahrhundert vollzogen hat. An dieser Subgruppe des Angebots an Erwerbsarbeit spiegeln sich also die Entwicklungslinien des Wandels der Arbeitsteilung drastisch wider.

Der Entwicklungsrückstand der Frauenarbeit bedingt u.a. Faktoren die Sonderstellung von Frauen im Erwerbssystem: Ihre Erwerbsstruktur ist durch die gleichzeitige Konzentration auf schrumpfende (vgl. 3.3.3.3.; WILLMS 1983b, S. 130 schätzt den Umfang der Freisetzung weiblicher Arbeitskräfte in diesen Branchen im Zeitraum von 1925 bis 1970 auf rd. 2,6 Mio.) und zugleich auf neu entstehende Branchen insbes. im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich und betriebliche Funktionsbereiche charakterisiert (vgl. WILLMS 1983a, S. 16).

Der soziale Wandel der Arbeitsteilung, der sich als Verlagerung von häuslicher unbezahlter Arbeit auf Marktleistungen charakterisieren läßt, schuf zum einen neue außerhäusliche Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, zum anderen - und diese Ambiguität wurde oft übersehen (vgl. 3.3.3.2. und 3.3.3.3.) vernichtete er auch zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten.

So sind die traditionellen Hausarbeiten der Frau in diesem Modernisierungsprozeß weitgehend Marktleistungen geworden; auch die Erziehungsaufgabe ist zu großen Teilen von Primärgruppen auf Erziehungsinstitutionen übergegangen. Für Funktionen, die bisher in der Familie wahrgenommen wurden, entstand damit ein "Güter-" und Arbeitsmarkt. Der geschlechtsspezifische Qualifikationsvorsprung, den insbes. verheiratete Frauen (24) für diese Tätigkeiten sich informell durch ihre familiäre Arbeit erworben hatten, disponierte sie in besonderer Weise für solche neu entstehende Erwerbsarbeiten (vgl. OSTNER 1983b, S. 214) und führte zu einer spezifischen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. So kann die Statistik der Erwerbs-

(24) Die Arbeitsnachfrager stellten sich in ihren Nutzungsstrategien darauf ein, daß durch den Strukturwandel des Arbeitsangebots nicht mehr wie um 1900 die junge ledige Frau der Typus der weiblichen Arbeitskraft war, sondern immer mehr die verheiratete Frau.

struktur der Frauen auch eine seit jeher bestehende Segregierung der Frauen auf bestimmte Erwerbsarbeitsbereiche nachweisen, die sich bis heute erhalten bzw. auf neue segregierte Teil arbeitsmärkte verschoben hat (vgl. WILLMS 1983a und b, OSTNER 1979 und 1983, BECK-GERNSHEIM 1981) (25). Nur über eine solche Segregierung war der verstärkte Einbezug v.a. der verheirateten Frauen in außerhäusliche Erwerbsarbeit möglich.

WILLMS 1983b, S. 163 ff. nennt dafür drei Entwicklungslinien des säkularen Wandels:

- Den Einbezug von Frauen als Angestellte in neue kaufmännisch-administrative betriebliche Funktionsbereiche
- Die weitere Verweiblichung traditioneller Frauenbranchen (Textil-, Bekleidung) und die Entstehung neuer Frauenbranchen (Elektrotechnik, Nahrungs- und Genußmittelindustrie)
- Insbesondere ab 1950 die neuen wohlfahrtsstaatlich alimentierten Dienstleistungen (vgl. 3.4.) bspw. für Bildung, Kleinkinderbetreuung und Gesundheitswesen.

Sie nehmen einen immer größeren Anteil an der Frauenerwerbsarbeit ein (ebd., S. 126). Hier v.a. wird die strukturelle Ähnlichkeit der Aufgaben mit traditionellen fraulichen Aufgabenbereichen bedeutsam.

23,4% aller weiblichen Arbeitnehmer waren 1970 hier beschäftigt, aber nur 14,6% aller männlichen Arbeitnehmer (ebd.). Der Anteil der Beamtinnen und Angestellten unter den erwerbstätigen Frauen hat sich von 4% im Jahr 1907 (DEUTSCHES REICH) inzwischen auf 60% erhöht (nach: SCHWARZ 1981). Daneben schufen seit den 50er Jahren die zunächst konstant expandierenden tertiären Arbeitsformen im Handel und anderen privaten Dienstleistungen neue Erwerbschancen für Frauen, u.a. wegen

(25) Die Segregierung läßt sich auch für die berufliche Struktur und der Stellung in der Betriebshierarchie nachweisen. Die großindustrielle Produktionsweise ermöglichte nämlich erst den Einbezug von vorwiegend ungelernten Frauen in Erwerbsarbeit. Auf die besonderen Eigenschaften des Arbeitskräftepotentials wurden auch die besonderen Eigenschaften der Arbeitsplätze zugeschnitten.

der hier stärker möglichen variablen Arbeitszeit. Der Anteil der in diesen Sektoren abhängig beschäftigten Frauen an allen beschäftigten Frauen betrug 1970 17,5%, die Vergleichszahl der Männer 8,0% (nach: WILLMS 1983b, S. 176).

Die andere Seite dieses Modernisierungsprozesses der Arbeit war allerdings, daß damit auch traditionelle weibliche Arbeitsmöglichkeiten, auch innerhalb der Erwerbsarbeit, vernichtet wurden. Die oft als "Befreiung" aus dem hauswirtschaftlichen Arbeitsfeld apostrophierte Einbeziehung in außerhäusliche Erwerbsarbeitsplätze bringt eben auch die Vernichtung von innerhäuslichen, unbezahlten Arbeitsplätzen als mithelfende Familienangehörige mit sich (vgl. 3.2.). So betrug der Anteil des Rückgangs aller nicht-abhängigen Erwerbsarbeit (also der mithelfenden Familienangehörigen oder Selbständigen) am gesamten Rückgang der Erwerbstätigkeit 1973 bis 1982 64%. Insbesondere durch die Abnahme von Tätigkeiten in der Landwirtschaft, aber auch durch den Konzentrationsprozeß in sekundären und tertiären Bereich wurden eine Vielzahl hauswirtschaftlich integrierter unbezahlter Erwerbsarbeitsmöglichkeiten für verheiratete Frauen vernichtet, die an die selbständige Tätigkeit ihres Ehemannes (oder im Fall der ledigen Töchter an die des Vaters) geknüpft waren. So ist das alte Modell kontinuierlicher weiblicher Berufstätigkeit als Ehepartner-Arbeit in der Landwirtschaft und im Handwerk oder Einzelhandel zunehmend obsolet geworden.

In einer zweiten Hinsicht ist der Modernisierungsprozeß mit dem Risiko der Erwerbslosigkeit für Frauen verbunden, das im letzten Jahrzehnt wirksam geworden sein dürfte: Die These der qualitativ völligen Substituierbarkeit familialer Arbeitsaufgaben durch private und öffentliche Dienstleistungen, damit der nahezu unbegrenzt steigenden Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in diesen Bereichen konnte in den Abschnitten 3.3.3.2; 3.3.3.3. und 3.4. anhand einiger empirischer Fallbeispiele entkräftet werden.

Vollzogen hat sich dieser Strukturwandel der sozialen Arbeitsteilung über ebenso drastische Mobilitätsprozesse der beteiligten Frauen, sei es über intragenerationelle berufliche Mobilität oder über die neue Eintrittsplazierung durch eine veränderte Berufswahl nachfolgender Mädchengenerationen. Dahinter steht ein tiefgreifender sozialer Wandel im Modus der Statusallokation für Frauen (vgl. KREUTZ 1980b, S. 18 ff.). Wenn nach DURKHEIMS Ansatz (vgl. 1977, S. 417 ff.) das zentrale Prinzip der Statuszuordnung von Individuen in modernen Industriegesellschaften zumindest dem Anspruch nach das Leistungsprinzip ist, das in individuellen Ausbildungs- und Berufskarrieren wirksam wird, ist die Jugend in solchen Gesellschaften als eine Phase institutionalisiert, die durch phasenspezifischen Statusverlust und generelle Statusunsicherheit bezüglich der Zukunft gekennzeichnet ist (vgl. KREUTZ 1974 und 1980b). In vorindustriellen Gesellschaften war dagegen die Erreichung eines bestimmten sozialen Status askriptiv, über Geburt und Zugehörigkeit zur Familie resp. Kaste zugeschrieben. Auch heute noch gilt für verheiratete Frauen, daß sie am Status ihres Ehemanns partizipieren, so daß die Heirat in die eigene oder höhere Schicht ein immer noch verbreitetes Muster des Statuserwerbs darstellt. In diesem Zusammenhang ist auch der empirische Befund interessant (vgl. HÜBLER 1983, S. 307), daß die Erwerbsbeteiligung einer Stichprobe von 50-jährigen Frauen umso niedriger ist, je höher der berufliche Status des Vaters ist, an dem offenbar ebenfalls partizipiert werden kann.

Die eigene Berufskarriere ist damit im Gegensatz zu der der männlichen Jugend von sekundärer Bedeutung, woraus sich die im Abschnitt 4.4.6. analysierten Restriktionen in der beruflichen Orientierung eines Großteils der Mädchen und Frauen auch heute noch ergeben. In zunehmendem Maß setzt sich mit der Modernisierung der Arbeit, die die Aufhebung der Statussicherheit und Rollenstabilität der weiblichen Jugend impliziert, aber ein zweites Verhaltensmuster durch: Die Aufnahme einer außerfamilialen Erwerbstätigkeit insbes. vor der Heirat oder in ihrer ersten Phase wird zum alternativen Weg des Statuserwerbs. Oft ist die Berufstätigkeit dabei dem Motiv untergeordnet, über sie womöglich einen geeigneten Mann zu finden (KREUTZ 1980b, S. 19) bzw. über den Erwerb eigener materieller

Ressourcen als verheiratete Frauen eine stärkere Position in der Ehe und Familie zu erhalten.

Die stark gestiegene Bildungsbeteiligung, die allerdings auf die 15-20-jährigen Mädchen beschränkt blieb, ist ein weiterer Ausdruck dafür, wie Frauen durch längeren Verbleib in der Jugendphase dem gesellschaftlichen Anspruch, sich über Leistungen in der Ausbildung einen entsprechenden Status zu erwerben, nachkommen.

Insgesamt entsteht durch die Herauslösung der Frauen aus ihrem nahezu lebenslangstabilen sozialen Kontext eine bisher nicht gekannte Fülle von Handlungsalternativen und Optionsfreiheiten. Dem entsprechend vielfältig sind auch die Typen des weiblichen Erwerbsverhaltens (vgl. auch die verschiedenen Typen bei ROTHSCILD 1980). Wenn deshalb im Fortgang der Typus der verheirateten erwerbstätigen Frau und die dazugehörige Orientierung zur Erwerbsarbeit im Vordergrund stehen, ist dies auf dem Hintergrund einer Pluralität der Arbeitsverhaltensmuster von Frauen und der Wertemuster allgemein zu sehen.

4.4.3. Erwerbsbeteiligung der Frauen 1973-1983 - ein statistischer Überblick

Bei den folgenden Daten zur Erwerbsbeteiligung der Frauen ist neben den schon angeführten Vorbehalten zu ihrer Aussagekraft in 4.4.1. auf die eingeschränkte Tauglichkeit der Erwerbsstatistik für die Erfassung der weiblichen Erwerbstätigkeit hinzuweisen.

"Und weite Teile der von Frauen am Rande des offiziellen Arbeitsmarktes geleisteten außerhäuslichen Erwerbsarbeit befinden sich auch heute noch im Dunkeln" (OSTNER/WILLMS 1983, S. 206).

Insbes. die bei verheirateten Frauen in der zweiten Phase ihres Erwerbszyklus zahlreichen gelegentlichen und unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnisse werden durch die MZ-Statistik, zumal aufgrund des

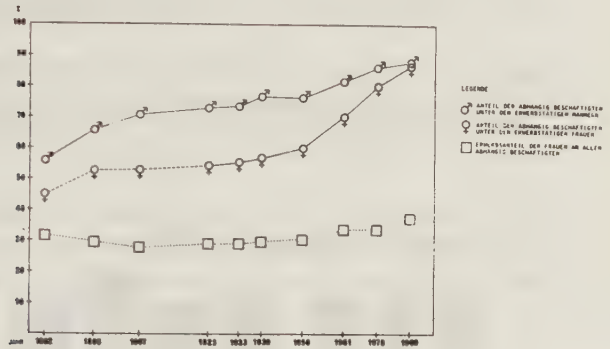
Berichtswochenkonzepts untererfaßt, was zu Verzerrungen der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung in dieser Phase führen kann. Auch drücken die ausgewiesenen Veränderungen der Erwerbstätigkeit von Frauen nicht notwendig tatsächliche Verhaltensänderungen aus: So kann bspw. die steuerliche Behandlung von Familien zur Anmeldung der Erwerbstätigkeit von Frauen führen, die bis dahin bereits faktisch stattfand.

Der Strukturwandel der Frauenarbeit soll nach den theoretischen Vorüberlegungen an seinen zwei Dimensionen dargestellt werden:

4.4.3.1. Der Strukturwandel innerhalb der Kategorie "Erwerbstätigkeit"

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die in Land- oder Hauswirtschaft, also in familiären Bezügen i.w.S. erwerbstätig sind, ging von 80% 1950 auf 6,7% 1980 zurück. Die absolute Zahl der selbständigen und mithelfenden Frauen ging in diesem Zeitraum von 3,148 Mio. auf 1,281 Mio. zurück (WILLMS 1983b, S. 175). Im aktuellen Zeitraum 1976 bis 1982 nahm ihre Zahl nochmals um 30% ab (WiSta 1983/3). Damit ging der drastische Anstieg von bezahlten, außerhäuslichen und marktvermittelten Arbeitsformen innerhalb der gesamten Frauenerwerbstätigkeit einher: Die Abhängigenquote unter allen erwerbstätigen Frauen stieg von 60,4% auf 87,8% von 1950 bis 1980, sehr viel drastischer als bei den Männern (76,7% und 86,6%) (ebd.). Das Schaubild stellt graphisch die beschleunigte Aufholung des säkularen Entwicklungsrückstands durch die Frauen in den letzten 30 Jahren dar.

Schaubild 16 : Die Entwicklung der abhängigen Erwerbsarbeit seit 1882 (nach: WILLMS 1983b, S. 124)



Auch für die Gruppe der verheirateten Frauen, die schon immer die Mehrheit unter den mithelfenden Familienangehörigen stellten, zeigt sich dieselbe Entwicklung: Der Anteil der mithelfenden Ehefrauen an allen Ehefrauen sank von 15,4% 1950 auf 4,7% 1980 (WILLMS 1983a, S. 35).

Im selben Zeitraum stieg der Anteil der abhängig beschäftigten Ehefrauen, die außerhalb arbeiteten, an allen Ehefrauen von 9,6% auf 35,9%.

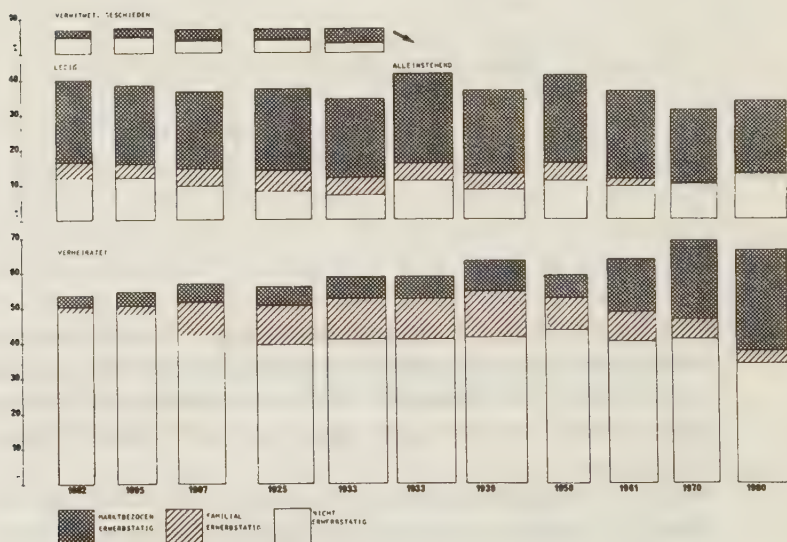
Diese Entwicklungslinie wird durch das folgende Schaubild eindrucksvoll wiedergegeben.

Das hier interessierende Stabdiagramm für die verheirateten Frauen zeigt für die Jahre 1950-1970 einen insgesamt höheren Anteil der verheirateten Frauen an allen Frauen: Dies indiziert den Übergang zur "industriellen Bevölkerungsweise" mit einem niedrigen Ledigen-

Anteil der Frauen; ab 1970 zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung für die Familienstandsstruktur.

Innerhalb des Aggregats "erwerbsfähige verheiratete Frauen" ist die eben beschriebene Ausweitung des Anteils erwerbstätiger Frauen insgesamt und der Rückgang der familial erwerbstätigen Frauen sichtbar.

Schaubild 17: Die weibliche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Familienstand und Stellung zum Erwerbsleben, 1882-1980 (26)



(26) Übernommen aus WILLMS 1983a, S. 30. Allerdings wurde hier das erwerbsfähige Alter abwechselnd von der Konvention nur bis 60 Jahre definiert. Dadurch ergeben sich zu meinen unterschiedliche Angaben für die Erwerbsquoten erwerbsfähiger Frauen.

Auch der Rückgang der Heimarbeiterinnenquote (sie werden von der Erwerbsstatistik als Teilgesamtheit der Arbeiterinnen definiert) von 2,1% 1970 auf 1,4% 1977 indiziert dieselbe Entwicklungslinie der außer häuslichen Verlagerung von weiblichen Erwerbsarbeiten (BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 211).

4.4.3.2. Statistischer Überblick über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung aller Frauen von 1973 bis 1983

Gegenüber einer zwischen 1950 und 1982 von 45,9% um 0,1% nur leicht gestiegenen Erwerbsquote der gesamten Wohnbevölkerung (vgl. Tab.36) stieg die ebenso konzeptualisierte Erwerbsquote der gesamten Frauen sehr viel stärker, nämlich um 3,7% von 30,2% 1950 auf 33,9% 1982 an (INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 7 nach MZ-Daten).

In dieser Zeitreihe sind wie bei der für die Erwerbsquoten der Männer und Frauen (Tab.36) drei charakteristische Perioden zu identifizieren:

1. Der Anstieg von 30,2% auf 33,4% im Zeitraum 1950 bis 1960 (ebd.). Darin kommen zum einen demographische Faktoren zum Ausdruck, v.a. eine veränderte Altersstruktur, wie auch eine höhere Erwerbsneigung aufgrund der rasch expandierenden Nachfrage des "deutschen Wirtschaftswunders".

2. Das Absinken von 33,4% auf 30,8% im Zeitraum 1960-1972 (nach: STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 104). Verantwortlich dafür sind wieder v.a. sozio-demographische Prozesse, die den langfristigen Trend der steigenden Erwerbsbeteiligung überlagern:

Von 1961 bis 1971 sinkt die Zahl der ledigen Frauen um 10%, die der verheirateten steigt um 11% (vgl. Schaubild 17). Zudem steigt die Zahl der Frauen in den nicht mehr erwerbsfähigen Altersgruppen überproportional. Bei unveränderter Alters- und Familienstandsstruktur wäre demnach der Trend der steigenden Erwerbsbeteiligung der verheirateten erwerbsfähigen Frauen auch in der Gesamt-Erwerbsquote zum Ausdruck gekommen.

3. Von 1972 bis 1982 steigt die Gesamt-Erwerbsquote nahezu kontinuierlich auf über ein Drittel aller Frauen an (33,9%). Der Wiederanstieg setzt hier um 5 Jahre früher ein als bei der Erwerbsquote, die die Männer einschließt (vgl. Tab.36). In der letzten Periode ab 1977 wirkt v.a. der demographische Einfluß der verstärkten Besetzung erwerbsfähiger Altersschichten.

Wie in der Konzeptualisierung des Indikators "Erwerbsquote" ausgeführt wurde, stellt die um die Altersstrukturveränderungen bereinigte Erwerbsquote der erwerbsfähigen Altersschichten die Verhaltensänderungen unverzerrt dar:

Tab. 41: Die Entwicklung der Erwerbsquote der 15-65-jährigen (erwerbsfähigen) Frauen (Deutsche und Ausländer und "Nur Deutsche") 1950-1983. Nach MZ-Daten. In %

Jahr	Deutsche und Ausländer	Nur Deutsche
1950 (27)	44,4	
1963 (28)	49,3	
1970	46,5	
1972	47,6	
1973 (29)	48,4	47,4
1974	48,3	47,2
1975	48,2	47,3
1976	48,3	47,5
1977	48,9	48,1
1978	49,0	48,4
1979	49,7	49,2
1980	50,2	49,7
1981	50,6	50,4
1982	51,0	50,7
1983 (30)	51	
Netto-Differenz zw. 1973-1983	+ 2,6	+ 3,3

(27) Zahlen für 1950 und 1970 nach: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 7.

(28) Zahlen für 1963 und 1972 nach: ENGELBRECH 1983, S. 161.

(29) Zahlen für 1973 bis 1982 nach: STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 104 f.

(30) Zahl für 1983 vorläufig und ohne Zehntelangabevom STAT. BUNDESAMT nach SZ vom 7.5.1984, S. 2.

Aus diesen Zeitreihen geht hervor, wie die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, die altersmäßig dafür in Frage kommen, von 1950 bis 1963 anstieg, bis 1972 wieder leicht abfiel und seit 1972 im Steigen begriffen ist, auch und v.a. im Zeitraum der Beschäftigungskrise seit 1974. Besonders deutlich fällt der Zuwachs mit +3,5% von 1974 bis 1982 für die deutschen Frauen aus, die damit zwar im Jahr 1982 noch immer um 4,2% unter der Erwerbsbeteiligung der ausländischen erwerbsfähigen Frauen lagen (STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 106), die primär aus ökonomischen Motivationen zur Erwerbsarbeit in die Bundesrepublik kommen dürften. Die Erwerbsbeteiligung der ausländischen erwerbsfähigen Frauen sank im selben Zeitraum allerdings um 15% (ebd.), was die Stärke der gegenläufigen Tendenz bei deutschen Frauen sichtbar macht.

Nun stellt die Erwerbsquote nur einen eingeschränkt tauglichen Indikator für die Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben dar. Im selben Zeitraum, in dem die Erwerbsbeteiligung drastisch anstieg, nahm nämlich der Anteil der Teilzeitarbeit unter Frauen auf rd. 32% 1980 (ENGELBRECH 1983, S. 161) zu. Aufschlußreich ist daher die Entwicklung des gesamten Arbeitsvolumens, das von Frauen 1973 und 1982 für Erwerbsarbeit aufgebracht wurde.

Die MZ-Daten über die durchschnittliche effektive Wochen-Arbeitszeit aller Erwerbstätigen (vgl. 3.1. und STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 100) und der zu denselben Befragungszeitpunkten erwerbstätigen Frauen (ebd.) erlauben die eigene Berechnung dieser Erwerbsarbeits-Volumina: Die durchschnittliche effektive Wochen-Arbeitszeit aller weiblichen Erwerbstätigen sank demnach von 37,0 Stunden 1973 auf 34,5 Stunden 1982, die Zahl aller weiblichen Erwerbstätigen nahm im gesamten Zeitraum der Beschäftigungskrise - im Gegensatz zu der der Männer - von 9,974 Mio. auf 10,182 Mio. zu. Das ergibt eine Abnahme des gesamten Erwerbsarbeits-Volumens von Frauen von 369,038 Mio. Wochenstunden auf 351,279 Mio. Wochenstunden, also um 4,81%. Nicht enthalten sind in dieser Rechnung jedoch alle erwerbslosen Frauen, deren Zahl nach dem MZ (ebd.) im gleichen Zeitraum von 92.000 auf 732.000 anstieg.

Nimmt man an, daß sie Anspruch auf dasselbe durchschnittliche Erwerbsarbeits-Volumen von 34,5 Wochenstunden erheben, ergeben sich daraus nochmals rund 25 Mio. Wochenstunden.

D.h., daß das gesamte Erwerbsarbeits-Volumen, das Frauen in der Bundesrepublik anbieten, zwischen dem Beginn der Beschäftigungskrise und heute in etwa konstant geblieben ist.

Für die folgende Fragestellung wird für die Operationalisierung der Erwerbsbeteiligung die Erwerbsquote verwendet. So sehr der Rückgang des gesamten Erwerbsarbeits-Volumens im Zeitraum der Beschäftigungskrise die Rückverschiebung von Arbeit in die Bereiche von Haushalt und Selbstorganisationen zum Ausdruck bringt, so sehr indiziert die gegenläufig dazu steigende Zahl an weiblichen Erwerbspersonen, daß sie in das Beschäftigungssystem auch und gerade bei rückläufiger Nachfrage nach Erwerbsarbeit drängen.

Dies spiegelt sich auch an der Zahl der Frauen, die erfolgreich einen Erwerbsarbeitsplatz besetzen konnten. Ihre Zahl stieg in der entscheidenden dritten Phase seit 1980 bei drastisch steigender Erwerbslosigkeit zwischen 1980 und 1982 nochmals um 90.000 an, im gesamten Zeitraum von 1973 bis 1982 um 208.000. Die Entwicklung der weiblichen Erwerbstätigen, gemessen an dem Saldo der für die drei Phasen entgegengesetzten Veränderungen verlief damit entgegengesetzt zum Rückgang der gesamten Erwerbstätigkeit (vgl. Schaubild 5 und 6).

4.4.3.3. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von deutschen Frauen nach Altersgruppen von 1973 bis 1982

Berücksichtigt man, daß sich hinter der bisherigen Angabe für das Aggregat der 15-65-jährigen Frauen (Anstieg von 48,4% auf 51%) sehr gegen-sätzliche Entwicklungen der verschiedenen Altersgruppen verbergen, und die Erwerbsquote der 15-20-jährigen Mädchen von 84,2% 1958 (nach: Beitr. AB 1981/56, S. 269) auf 39,6% 1982 zurückging aufgrund längerer und stärker ins Gewicht fallender Ausbildungszeiten (vgl. ENGELBRECH 1983, S. 185), erhält man einen Eindruck von der Stärke der ansteigenden Erwerbsbeteiligung für die mittleren Frauenjahrgänge.

Im folgenden sollen die Zeitreihen der Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen für die deutschen Frauen dargestellt werden (alle nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 105), da für die ausländischen Frauen spezifische kulturelle Faktoren die durchweg höhere Erwerbsbeteiligung bedingen.

Tab. 42 : Entwicklung der Erwerbsquote der 15-20-jährigen deutschen Frauen von 1973 bis 1982 (Altersjahrmethode). In %.

1973	55,9
1974	52,6
1975	50,7
1976	47,9
1977	45,3
1978	44,2
1979	46,4
1980	41,6
1981	40,8
1982	39,6
Differenz 1973-1982 - 16,3	

Die Tabelle zeigt den Rückgang der Erwerbsquote der 15-20-jährigen deutschen Mädchen im Untersuchungszeitraum um 16,3%, der allerdings in den letzten Jahren nur noch langsam erfolgte. Die verlängerte und vermehrte Ausbildung, die Ausdehnung der Jugendphase also, ist nach den theoretischen Vorbemerkungen in 4.4.2. eine Entwicklungslinie des sozialen Wandels der Arbeit. Sie wirkt negativ auf die Erwerbsbeteiligung aller Frauen, indiziert aber wie die im Zeitverlauf steigende Erwerbsbeteiligung aller älteren Jahrgänge eine veränderte Wertorientierung zu Familie und Arbeit: Die Statusallokation wird zunehmend über die eigene Leistung in Ausbildung und Beruf angestrebt. Bezeichnend ist, daß die sinkende Erwerbsbeteiligung in dieser Altersgruppe nur für die ledigen Frauen gilt. Von den verheirateten 15-20 Jährigen waren 1982 8,6% mehr erwerbstätig als 1973 (ebd.). Frühe Heirat und vorzeitiger Abbruch der Jugendphase sind also nach wie vor Alternativen des weiblichen Statuserwerbs.

Die relativ höchste Erwerbsbeteiligung im Altersgruppenvergleich wiesen sowohl 1973 als auch 1982 die 20-25-jährigen Frauen auf. 1982 waren 72,5% aus der Gruppe der deutschen 20-25-jährigen Frauen Erwerbspersonen; im Vergleich zu 67,8% 1973 (ebd.) betrug die Steigerung also 7,7%.

Die erhöhte Bildungsbeteiligung, die für Männer deutlich die Erwerbsbeteiligung dieser Altersgruppe drückte, erfaßte also die ebenso alten Frauen nicht mehr: Dies kann als Ausdruck der spezifisch weiblichen Berufsorientierung interpretiert werden, für die nur kürzere Qualifikationsphasen im Lebenszyklus geplant werden. Zudem wirkt das veränderte generative Verhalten: Die geringe Anzahl der Geburten verschiebt sich auf die mittleren Jahrgänge 25-35 ebenso wie das Heiratsalter.

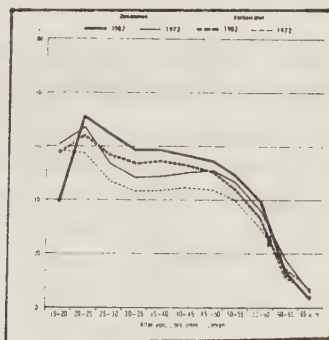
Die ausländischen Frauen derselben Altersgruppe zeigen demgegenüber im Querschnittsvergleich eine deutlich niedrigere Erwerbsbeteiligung (vgl. WiSta 1983/3, S. 213 f.), was auf die kulturell unterschiedliche und der deutschen Gesellschaft "nachhinkenden" Orientierung zu Familie und Geburten in dieser Phase des Lebenszyklus verweist. In den älteren Jahrgängen liegt dagegen die Erwerbsbeteiligung der ausländischen Frauen stets höher als bei deutschen Frauen (durchschnittlich um 10%), was auf die relativ geringere Optionsfreiheit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit zurückgehen dürfte.

In den darauf folgenden Altersjahrgängen 25-45 der deutschen Frauen sinkt die Erwerbsbeteiligung im Vergleich zum Extremwert der Gruppe 20-25 wieder kontinuierlich ab, was auf die niedrigere Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen in dieser Familienphase zurückgeht. In jeder Altersgruppe 25-45 liegt aber die Erwerbsbeteiligung 1982 deutlich, und zwar um rund 10%, über den entsprechenden Werten von 1973. Sie variiert 1982 von 65,2% (25-30) bis 56,7% (40-45). Von den mittleren deutschen Altersjahrgängen ist also 1982 deutlich mehr als jede zweite Frau erwerbstätig oder erwerbslos.

Für die Altersgruppen über 60 gilt dieselbe Entwicklung des veränderten Berufsaustrittsverhaltens, die bereits für die ältern Erwerbspersonen insgesamt (vgl. 4.3.2.) analysiert wurde. Die Erwerbsbeteiligung sinkt von 18,9% 1973 auf 13,1% 1982, d.h. wesentlich geringfügiger als bei den Männern (-23,9%) um 5,8%.

Den eben analysierten Querschnittsvergleich für die altersspezifische Erwerbsquoten aller (hier deutschen und ausländischen) Frauen (zusammen und verheiratet) für die Jahre 1972 bis 1982 und die deutliche Verschiebung der gesamten Kurven für die mittleren Jahrgänge nach 10 Jahren zeigt das folgende, aus WiSta 1983/3, S. 214 übernommene Schaubild:

Schaubild 18: Altersspezifische Erwerbsquoten für Frauen 1972 und 1982 nach dem Familienstand (Ergebnisse des MZ)



4.4.3.4. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten deutschen Frauen von 1973 bis 1982

Die verheirateten Frauen stellen die zahlenmäßig stärkste Gruppe (über 60% seit 1961 - vgl. Schaubild 17) in der erwerbsfähigen weiblichen Bevölkerung dar. Der Wandel in ihrer Erwerbsbeteiligung prägt damit auch den Wandel der gesamten weiblichen Erwerbsbeteiligung. Die Gruppe der (deutschen) verheirateten Frauen und Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern verzeichnet vor den geschiedenen

und verwitweten Frauen die stärkste Zunahme in der Erwerbsbeteiligung in den letzten 30 Jahren unter allen erwerbsfähigen Frauen (vgl. Schaubild 17).

Im Vergleich dazu ist die Erwerbsquote der deutschen ledigen Frauen, deren Anteil von 1970 bis 1980 wieder zunahm, gesunken, nämlich von 1973 bis 1982 um rd. 9% auf 59,9% (STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 105). Die Erwerbsbeteiligung der ledigen Frauen zeigt im Querschnittsvergleich in etwa den altersspezifischen Verlauf wie bei den Männern (vgl. WiSta 1983/3, S. 214), v.a. die Zunahme der Erwerbsbeteiligung in den mittleren Altersschichten (vgl. HÜBLER 1983, S. 306). Dies läßt die Interpretation zu, daß bei den Gruppen des Arbeitsangebots, wo eher eine materielle Notwendigkeit für Erwerbstätigkeit vorliegt, so auch bei den ledigen unversorgten Frauen, der altersspezifische Verlauf der Erwerbsbeteiligung und ihr Wandel in der Zeit anderen Einflußfaktoren gehorcht als in den Fällen, wo eine relativ stärkere Wahlfreiheit zur Erwerbsarbeit besteht.

Tab. 43 : Entwicklung der Erwerbsquote der erwerbsfähigen verheirateten deutschen Frauen von 1973 bis 1982. In % (31)

1973	41,7
1974	42,0
1975	42,4
1976	43,0
1977	43,7
1978	43,9
1979	44,5
1980	45,4
1981	46,3
1982	46,8
ges. Differenz 1973 bis 1983	+ 5,1

(31) Nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 105.

Die verheirateten deutschen Frauen, v.a. der mittleren Altersjahrgänge, trugen also mit einer Zunahme um 5,1% im Verlauf der Jahre von 1973 bis 1982 den Hauptteil des Zuwachses an weiblichen Erwerbspersonen. 1982 beanspruchte fast jede zweite verheiratete deutsche erwerbsfähige Frau einen Erwerbsarbeitsplatz. Daraus erhellt die Stärke der Tendenz, Ehe- und Hausfrauenrolle und Berufstätigkeit als gleichwertige Rollen zu vereinbaren. 1971 bis 1977 wuchs der Anteil aller verheirateten Frauen am gesamten Erwerbspersonenpotential von 3,6% auf 6% (Beitr. AB 1981/56, S. 16). Der relative Anteil von Zugängen von Frauen aus der Hausfrauenrolle ("übrige Nicht-Erwerbspersonen") in das Erwerbspersonenpotential (vgl. 2.5.) betrug zwischen 43,6% 1978 und 48,3% 1973 und übertraf damit die jeweiligen Zugänge von Mädchen, die aus der Ausbildung in Erwerbstätigkeit nachrückten (vgl. REYHER 1980, S. 512). Hatten 1960 nur 32,6% aller (auch nicht mehr erwerbsfähigen) verheirateten Frauen eine zusätzliche Rolle als Erwerbsperson, stieg dieser Anteil bis 1978 auf 39,4% (nach: HÖHN 1982).

Differenziert nach Altersgruppen, ergibt sich für die verheirateten Frauen derselbe "Verlauf" der Erwerbsbeteiligung wie für alle Frauen zusammen (vgl. Schaubild 18). Die Ausnahme stellen die 15-20-jährigen Ehefrauen mit einer abweichenden hohen Erwerbsbeteiligung dar: Von 1950 bis 1982 stieg ihre Erwerbsbeteiligung um fast das Doppelte von 30,3% (nach WILLMS 1983a, S. 53) auf 57,6% (STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 105).

Die relativ höchste Erwerbsbeteiligung wiesen 1982 die 20-25-jährigen Ehefrauen in der "ersten Phase" ihrer Ehe mit 66,4% auf (Anstieg gegenüber 1973 um 7,7% - ebd.). In den Altersgruppen 25-45 fiel sie gegenüber diesem Anteil ab, lag aber mit Werten von 52,6% für 40-45-Jährige bis 57,4% für 25-30-Jährige 1982 für alle Altersgruppen um 8 bis 9% höher als 1973 (vgl. WiSta 1983/3, S. 214).

Tab. 4.4 : Entwicklung der Erwerbsquoten der verheirateten deutschen Frauen nach Altersgruppen von 1973 bis 1982 (nach: STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 105) im Vergleich zu 1950

Jahr	Insgesamt- Erwerbs- quote ohne Alter	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	15-65
1950(32)			20-29: 27,4		30-39: 26,0		40-49: 26,8		(32)			
1973	37,7	57,6	58,7	47,0	43,1	44,5	44,7	45,0	40,8	30,3	16,0	41,7
1974	37,6	57,1	59,8	48,6	44,1	44,7	45,3	44,5	40,6	30,3	14,7	42,0
1975	37,8	59,9	62,2	49,8	45,7	44,7	45,3	44,6	40,1	31,6	14,0	42,4
1976	38,2	64,5	64,1	51,1	46,1	45,8	45,8	44,6	40,7	31,2	12,6	43,0
1977	38,7	59,0	64,5	52,2	47,2	47,0	47,9	44,6	40,5	32,8	11,4	43,7
1978	38,8	59,2	63,9	52,8	47,6	47,9	48,0	45,2	39,5	32,0	10,2	43,9
1979	39,3	60,8	63,0	53,5	49,3	48,6	49,4	46,0	40,0	31,2	9,5	44,5
1980	39,7	61,5	64,3	55,1	50,6	50,2	50,0	47,0	41,1	31,5	11,0	45,4
1981	40,7	63,8	66,7	56,9	51,4	52,2	51,5	48,2	42,6	31,9	11,4	46,3
1982	41,1	66,2	66,4	57,4	52,8	54,1	52,6	49,7	43,1	33,0	11,3	46,8

Zwischen den Altersextremen 15 und 50 beträgt also die Erwerbsbeteiligung deutscher verheirateter Frauen 1982 mindestens 50%; bei den 20-40-jährigen Ehefrauen hatte sich der Anteil berufstätiger Ehefrauen an allen Ehefrauen in den letzten 30 Jahren rd. verdoppelt (vgl. SCHWARZ 1981, S. 62). Auch gegenüber 1973 lag die Erwerbsbeteiligung in all diesen Altersschichten um knapp 10% höher. Diese Erwerbstätigkeit ist 1982 wie oben ausgeführt fast ausschließlich außerfamiliale, abhängige Erwerbstätigkeit.

Eine Interpretation des Querschnittsvergleichs verschiedener Erwerbsquoten in den aufeinanderfolgenden Altersgruppen zum gleichen Erhebungszeitpunkt als Verlaufsmuster für die Erwerbsbeteiligung derselben Kohorte ist aus prinzipiellen Gründen nicht möglich (an solchen individuellen oder kohor-

(32) Nach: WILLMS 1983a, S. 53.

tengebundenen echten Verlaufsuntersuchungen für das Erwerbsverhalten herrscht generell ein großer Mangel). Dies würde nämlich die Konstanz desselben Verhaltensmusters über die historische Entwicklung für den jeweiligen Altersjahrgang unterstellen. Demgegenüber ist die Prägung der aufeinanderfolgenden Kohorten durch ihre "Lagerung" im jeweiligen Stadium des sozialen Wandels wahrscheinlich.

Im Anschluß an MANNHEIMs klassisches Paradigma von 1928 (33) interpretierte MÜLLER 1983b, S. 58 ff. die über die letzten Jahre steigende Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Frauen als stärkeres demographisches Gewicht derjenigen Heiratsjahrgänge von Frauen, die nach 1939 ihre prägenden Erfahrungen in der Erwerbssozialisation gemacht haben.

Der soziale Wandel in der Erwerbsbeteiligung entsteht für ihn wie bei MANNHEIM daraus,

"daß...von einem prägenden Lebensabschnitt aus der weitere Lebenslauf einer Kohorte von Personen sich systematisch von der vorausgehenden Kohorte unterscheidet"
(MÜLLER 1983 a, S. 11)

So leben die makrostrukturellen Bedingungen der Vergangenheit in der individuellen Lebensgeschichte von Alterskohorten fort. In einer Kohortenanalyse der erwerbsstatistischen Daten identifiziert er die Heiratskohorte 1940, die ihre erste Erwerbsarbeitserfahrung im nationalsozialistischen Mobilisierungsprogramm junger, auch verheirateter Frauen zur Kriegsproduktion machte, als "ersten Träger eines neuen phasenspezifischen Erwerbsmusters". Bei allen nachfolgenden Heiratskohorten, die im Zeitablauf ein wachsendes Gewicht unter allen verheirateten Frauen erhielten, konnte er ein höheres Niveau der Erwerbsbeteiligung auffinden (MÜLLER 1983b, S. 76).

So konnte auch eine repräsentative Befragung von INFRATEST SOZIALFORSCHUNG aus dem Jahr 1978 (N=3.120 Frauen - nach: DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 1980) für die Frauen zwischen 25 und 39 feststellen (also für alle Geburtsjahrgänge ab 1939), daß 97% von

(33) MÜLLER stützt sich auf MANNHEIM 1928: Das soziale Problem der Generationen in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 1928/7/S. 168-185, 309 ff.

ihnen schon einmal während ihres Lebens erwerbstätig waren.

Dieser Kohortenansatz verweist allerdings auf einen von ihm nicht thematisierten sozialen Wandel in der Wertorientierung zur Arbeit, der unterschiedliche Generationen in verschiedener Weise prägt.

4.4.3.4.1. Das Phasenmodell der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau. Veränderungen im Phasenerwerbsverhalten

Ein mögliches Interpretationsmuster für die altersspezifische Variation der Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen - interpretiert man unter dem o.g. Vorbehalt die im Bevölkerungsquerschnitt gefundenen Daten bspw. für 1982 in Tabelle 44 als Annäherung an die Wahrscheinlichkeit der Erwerbsbeteiligung im Familienzyklus - ist das 3-Phasen-Theorem von MYRDAL/KLEIN (erstmalig 1960), das hochindustrialisierte Gesellschaften charakterisieren soll. Danach bedingen die spezifischen Aufgaben in den drei Phasen des Lebenszyklus der "Frau" eine unterschiedlich hohe Erwerbsbeteiligung. Die erste Phase ist durch Berufsausbildung und temporäre Erwerbstätigkeit charakterisiert, in einer zweiten wird sie durch ihre familialen Pflichten, bes. durch betreuungsbedürftige Kinder an der Erwerbsarbeit gehindert, und in einer dritten Phase des "leeren Nests" etwa ab dem vierzigsten Lebensjahr findet sie durch das Erwachsenwerden der Kinder wieder Zeit und Möglichkeit für Erwerbstätigkeit.

Eine dem 3-Phasen-Theorem entsprechende Kurvenbewegung in der altersspezifischen Erwerbsquote verheirateter Frauen deutet sich auch tatsächlich schwach für 1982 (und die vorhergehenden Jahre) an (vgl. Tab. 44). Die Phase vom 15. bis 25. Lebensjahr ist durch 66%ige Erwerbsbeteiligung charakterisiert; in den darauffolgenden 10 Jahre umfassenden Altersgruppen sinkt die Erwerbsbeteiligung auf 52,8%, um dann erneut in den Altersgruppen 35-40 um 1,3% anzusteigen. Das durchschnittliche Alter der Frauen zum Zeitpunkt des ersten Ausscheidens aus der Erwerbstätigkeit ist in den letzten Jahrzehnten bis 1979 von 24 auf 29 Jahre gestiegen (vgl. HOFBAUER 1979).

Empirische Hinweise auf ein entsprechendes phasenspezifisches Verlaufsmuster (vgl. auch HAND L 1978, S. 239) gibt auch die schon zitierte repräsentative Befragung aus dem Jahr 1978 (s.o.): 64% aller Frauen, die früher einmal berufstätig waren, brachen ihre Erwerbstätigkeit wegen Heirat oder Kindern ab (zit. nach WILLMS 1983b, S. 97).

Die Brauchbarkeit dieses Theorems als Erklärungsmuster für den sozialen Wandel in der Erwerbsbeteiligung von Frauen steht jedoch nach obigen Daten aus mehreren Gründen in Frage (vgl. auch WELTZ 1981, HOFBAUER 1979, WILLMS 1983b).

1. In kinderlos bleibenden Ehen nimmt die Erwerbsbeteiligung kontinuierlich über das Lebensalter ab (vgl. SCHWARZ 1981). Für sie trifft deshalb das Modell des zyklischen Erwerbsverhaltens nicht zu.

2. Eine Sonderstellung im Erwerbsverhalten verheirateter Frauen nehmen die mithelfenden und selbständigen Ehefrauen (v.a. in der Landwirtschaft) ein (vgl. WiSta 1975/4, S. 258): Sie arbeiten am häufigsten und am längsten nach der Heirat weiter. Ihre Erwerbsbeteiligung ist auch unabhängig von Zahl und Alter der zu betreuenden Kinder (vgl. HAND L 1978, S. 238).

3. SCHWARZ 1981 vermutete aufgrund der Daten eines Querschnittsvergleichs der Erwerbstätigkeit von Frauen in den 1979 bestehenden Ehen nach Ehedauer und Kinderzahl eine Pluralität von Verhaltensmustern im Ehezyklus. So sollen nach ihm mehr als die Hälfte der zu Beginn der Ehe erwerbstätigen Frauen bei der Geburt des Kindes die Erwerbstätigkeit aufgeben. Für einen Teil dieser Frauen trifft das Phasenmodell der Erwerbstätigkeit zu: Mit Älterwerden der Kinder steigt ihre Erwerbsbeteiligung wieder an.

"Auf keinen Fall kann man davon ausgehen, daß ein Verhaltensmuster dominiert. Die vorhandenen Daten lassen vielmehr darauf schließen, daß wir auch heute noch bei den Müttern von drei 'Lebensläufen' von jeweils großer Bedeutung ausgehen müssen:

- Erwerbstätigkeit am Beginn der Ehe - endgültige Aufgabe der Berufstätigkeit, häufig schon nach der Geburt eines einzigen Kindes, noch häufiger bei mehreren Kindern
- Erwerbstätigkeit am Beginn der Ehe - Zeiten der Kindererziehung ohne Erwerbstätigkeit
- Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit; endgültige Aufgabe der Erwerbstätigkeit;
- Gleichzeitigkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung - späte Aufgabe der Erwerbstätigkeit" (SCHWARZ 1981, S. 65).

4. Die Mehrheit der verheirateten Frauen in der "dritten Phase" ist weiterhin nicht erwerbstätig. Damit trifft die Prognose von MYRDAL/KLEIN, die in dieser Phase die entscheidende Quelle für die steigende Frauenerwerbsbeteiligung sahen, nicht zu.

"Der im letzten Jahrzehnt (1960-1970 - d.V.) zu beobachtende starke Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen in der dritten Lebensphase kann zum großen Teil als eine Folge der allgemeinen Zunahme der Berufstätigkeit der Frauen in der ersten und der zweiten Lebensphase in den vorausgegangenen Jahrzehnten betrachtet werden... Die Zunahme der Erwerbstätigkeit in der dritten Lebensphase wäre demnach nicht so sehr Folge eines Wandels in der phasenspezifischen Verhaltensstruktur als des Hereinwachsens von Generationen in diese Lebensphase, die von Anfang an stärker in die Berufssphäre eingegliedert waren" (WELTZ 1971, S. 204).

Die wichtigsten Einwände scheinen mir folgende zu sein:

5. Die Eheschließung ist immer weniger Anlaß zum Abbruch oder Verzicht auf Erwerbstätigkeit. Das belegt der Anstieg in den letzten 10 Jahren auf den hohen Anteil von 66% der 15-25-jährigen Ehefrauen, die Erwerbspersonen waren. Nach einer Zusatzbefragung zum MZ 1971 hörte nur knapp die Hälfte der zum Zeitpunkt der Heirat erwerbstätigen Frauen damit auf, während die andere Hälfte weiter arbeitete (WiSta 1975/4, S. 258), davon v.a. die höherqualifizierten Ehefrauen, aber auch die ohne Lehre.

6. Auch die Geburt von Kindern in der zweiten Phase stellt immer weniger ein Hindernis dar (vgl. ENGELBRECH 1983, S. 167). Über 52,8% der mittleren Jahrgänge bis 35, in die die Geburt von Kin-

dern meist fällt, waren 1982 erwerbstätig.

Die mit der zunehmenden Berufstätigkeit verbundene Abkehr von einer Konzentration auf die Mutterrolle läßt sich am veränderten Phasenverhaltensverhalten verheirateter Frauen belegen: Hier ist eine charakteristische Verlängerung der ersten Erwerbsphase bis zum ersten Kind und eine Verkürzung der Betreuungsphase (= Unterbrechung der Berufstätigkeit) festzustellen:

1974 waren 36% von über 5 Mio. Frauen, die die Erwerbsarbeit unterbrochen hatten, schon nach 2 Jahren wieder berufstätig. Dabei wird der Einstieg in die zweite Erwerbsphase, die häufig in Form der Aufnahme von geringfügigen und gelegentlichen Arbeitsverhältnissen stattfindet, oft durch die amtliche Statistik untererfaßt (vgl. WARNKEN 1981, S. 35).

HÖHN 1982 (S. 298) interpretiert das 3-Phasen-Modell der Erwerbstätigkeit, also die zurückgehende Erwerbsbeteiligung in der zweiten Phase als sozialhistorische Übergangsstufe im Wandel der Wertorientierung zu Familie und Erwerbsarbeit, der sich in seinen verschiedenen Etappen auch im Querschnittsvergleich der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen verschiedener Ländergruppen auffinden läßt.

Das Schrumpfen der Familienaufgaben durch eine geringere Kinderzahl läßt die Periode der Verhinderung von Erwerbstätigkeit immer kürzer werden. Damit wird ein allmählicher Wiedereintritt in das Erwerbsleben in der vorverlagerten dritten Phase ermöglicht. Diese Phase der demographischen und wertmäßigen Entwicklung ordnet HÖHN Ländern wie der Bundesrepublik zu.

" Im letzten Stadium des demographischen Übergangs könnten Frauen es weder notwendig noch wünschenswert noch aufgrund gesellschaftlichen Drucks unabwendbar finden, ihre Erwerbstätigkeit überhaupt zu unterbrechen" (ebd.).

Tatsächlich finden sich im internationalen Vergleich Länder wie Schweden, in denen die familiäre Orientierung von verheirateten

Frauen so sehr durch die Orientierung zur Erwerbsarbeit zurückgedrängt wurde, daß die Erwerbsquote der erwerbsfähigen Frauen 1979 bei 72,9% lag.

Diese Interpretation läßt sich stützen durch einen weiteren internationalen Vergleich der Erwerbsquoten der Frauen (unter dem Vorbehalt national unterschiedlicher Erhebungsmethoden): So stellte DURAND-DROUHIN 1981 (S. 179 f.) in einem Vergleich von 13 OECD-Ländern für 1979 bei der Erwerbsquote der Frauen (zwischen 15 und 64) 3 charakteristische Ländergruppen fest:

- mehrere skandinavische Länder, darunter Schweden mit 72,9% Erwerbsquote
- eine Mittelgruppe, darunter die BRD mit 49%, zwischen 50 und 60% und die USA mit 59%
- Länder zwischen 30% und 40%, darunter Spanien mit 33% oder Italien

Überhaupt scheint die internationale Verteilung in den Erwerbsquoten der erwerbsfähigen Frauen vorbehaltlich einer näheren Untersuchung in etwa den Unterschieden zwischen diesen Ländern in der familialen Wertorientierung zu entsprechen.

Diese Daten und Überlegungen weisen auf die dominante Bedeutung von Wertorientierungen für die Erklärung der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen hin.

4.4.3.4.2 Veränderte familiäre Wertorientierungen als Einflußgröße für die zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung - höhere Scheidungsraten und weniger Kinder

Die Erwerbsbeteiligung der deutschen geschiedenen Frauen hat in den Jahren 1973 bis 1982 ebenfalls eine drastische Zunahme erfahren (WiSta 1983/3, S. 214). Leider differenziert die Erwerbsstatistik nicht zwischen geschiedenen und verwitweten Frauen. Für beide zusammen (erwerbsfähige Altersgruppen) erhöhte sich die Erwerbsbeteiligung um 8,2% auf 51,0% (4,7% mehr als die aller verheirateten

Frauen). Die Quote der 35-40-jährigen geschiedenen Frauen lag 1982 sogar bei 86%, vergleichbar mit der der Männer.

Offenbar ist die Trennung vom Ehemann heute immer weniger Anlaß für die Frauen, am familialen Rollenmuster festzuhalten. Dazu kommen Änderungen im Scheidungs- und Unterhaltsrecht.

Zudem trägt die seit Mitte der 60er Jahre stark zunehmende Scheidungshäufigkeit (34) zu einem wachsenden demographischen Gewicht dieser Gruppe unter den erwerbsfähigen Frauen insgesamt in den späten 60er und 70er Jahren bei (vgl. Schaubild 17) und damit zu einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung des gesamten Frauenaggregats.

Tab. 45: Gerichtliche Ehelösungen je 10.000 bestehende Ehen (jeweils bezogen auf die verheirateten Frauen) von 1960-1982 (nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1984b, S. 114)

1960	35,0
1965	39,2
1970	50,9
1975	67,4
1978	20,8
1979	51,0
1980	61,3
1981	72,3
1982	78,4

Damit übertraf die Scheidungshäufigkeit 1982 (bezogen auf 10.000 bestehende Ehen) die entsprechende Maßzahl von 1950 (von 16,9), als aufgrund der Kriegs- und Nachkriegszeiten viele Ehen zerrüttet waren und geschieden wurden, um fast das Fünffache (vgl. auch BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 1984, S. 300).

(34) Das Jahr 1978 stellt mit 20,8 eine Ausnahme im mittelfristigen Trend dar, der durch die Neuordnung des Scheidungsrechts 1977 bedingt wurde: Dadurch wurden Scheidungen statistisch gesehen später rechtskräftig. (vgl. BUNDESINSTITUT ...1984, S. 302)

Entsprechend zum Anstieg der Scheidungshäufigkeit bezogen auf die bestehenden Ehen von 1960-1982 stieg der Anteil der geschiedenen lebenden Frauen der Altersgruppe von 15-65 (also im erwerbsfähigen Alter) an der Gesamtheit der 15-65-jährigen Frauen. Über die Entwicklung von 1972-1982 gibt die Tab. 46 Aufschluß.

Tab. 46: Vergleich des Anteils der geschiedenen und verheirateten Frauen an der Gesamtheit der Frauen in den erwerbsfähigen Altersgruppen von 15-65 für die Jahre 1973 und 1982 (nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1975, S. 12 und dass. 1984 b, S. 218) In v.Hdt.

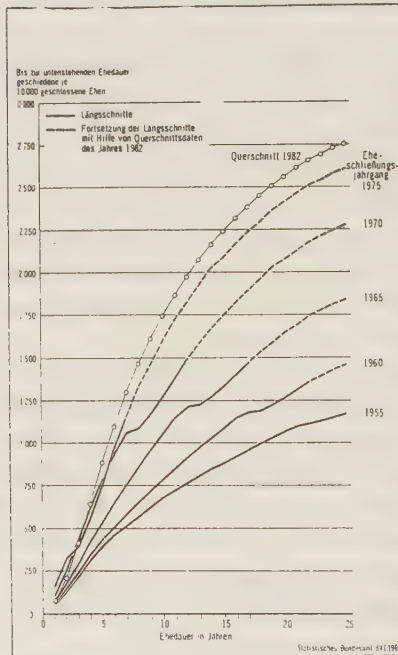
Alter von...bis unter...Jahren	Verheiratete		Geschiedene	
	1973	1982	1973	1982
15-20	7,5	2,6	0,1	0,0
20-25	56,2	33,6	1,5	1,0
25-30	82,1	67,9	3,5	3,7
30-35	87,0	81,4	4,0	5,5
35-40	87,5	85,0	3,8	6,6
40-45	85,4	85,3	3,8	6,3
45-50	80,7	84,0	4,3	5,3
50-55	73,1	79,6	4,7	4,7
55-60	62,0	71,3	4,6	4,8
60-65	54,0	59,4	4,1	5,0

Die Tabelle zeigt, daß der Anteil der geschiedenen Frauen in den betreffenden 9 Jahren an den angegebenen Altersgruppen, die für Erwerbstätigkeit in Frage kommen, kräftig bis um 2,8 % auf 6,6 % in der Gruppe der 35-40-Jährigen anstieg und daß parallel dazu der Verheiratetenanteil dieser Altersgruppen mit Ausnahme der 45-65-Jährigen abnahm - wozu andererseits sehr stark die Vervielfachung der Zahl der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften von 1972 - 1982 beitrug (vgl. auch BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 1984, S. 304).

Solche Querschnittsdaten sind jedoch nur beschränkt aussagekräftig hinsichtlich der Frage, wie wahrscheinlich das "Schicksal" der Scheidung bezogen auf eine Grundgesamtheit von Frauen, die in einem bestimmten Jahr heiraten, ist und wie sich diese für die Erwerbsmotivation bedeutende Maßzahl im Zeitverlauf verändert hat. Gleichzeitig mit der Scheidungszahl und -häufigkeit nahm nämlich auch die Zahl der Wiederverheiratungen von geschiedenen Frauen seit Mitte der 60er Jahre kontinuierlich zu. (Vgl. auch BUNDESINSTITUT...1984, S. 302) Heirateten 1966 gut 41.000 geschiedene Frauen neu, waren es 1982 gut 66.000 geschiedene Frauen, die sich wieder verheirateten. (vgl. ebd.) Dadurch wird der im Querschnitt 1982 erfaßte Anteil der verheirateten Frauen erhöht, zugleich jedoch ist die Scheidungs-
wahrscheinlichkeit bezogen auf die verheirateten Frauen einer Heirats-
kohorte stärker gewachsen, als es der Querschnittsanteil der aktuell geschieden lebenden Frauen - der für die 20-65-jährigen Frauen zwischen 1,0 und 6,6 % schwankt - wiedergibt.

Aufschlüsse darüber gibt nur ein Kohortenansatz, der vergleicht, wieviel von den jeweils in bestimmten Jahren heiratenden Frauen sich scheiden lassen. Wie die folgende Abbildung verdeutlicht, wird dieser Prozentsatz immer größer: Während von den 1955 geschlossenen Ehen bis 1980 etwa 12 % geschieden wurden, von denen 1960 nach 25 Jahren Ehedauer etwa 15 % geschieden sein werden, wird mit Hilfe von Querschnittsdaten des Jahres 1982 geschätzt, daß "von den jüngeren Ehen mindestens jede vierte Ehe durch Scheidung gelöst wird" (ebd.)

Schaubild 19: Scheidungen ausgewählter Eheschließungsjahrgänge sowie Querschnitt 1982 (übernommen aus ebd., S. 303)



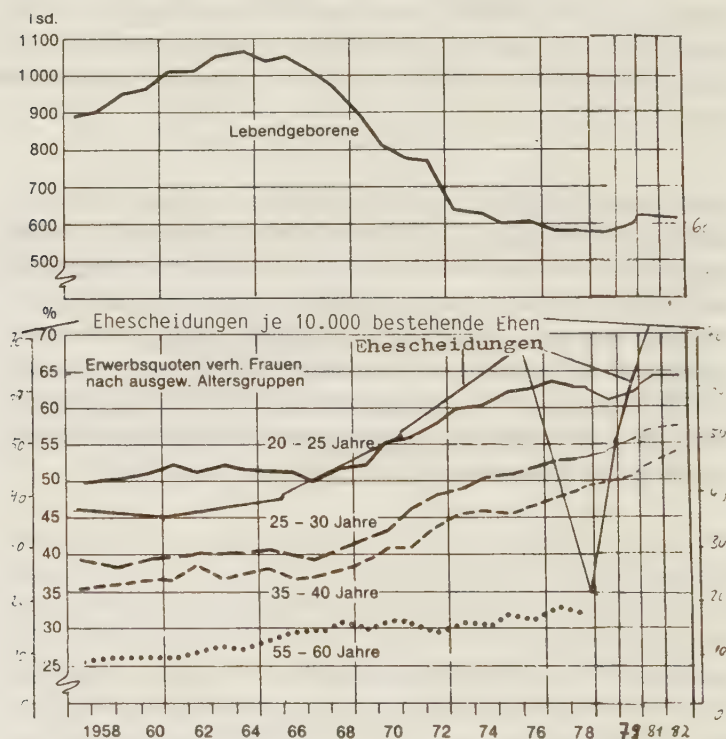
Jede Heiratskohorte nach dem Jahr 1955 weist also eine höhere Scheidungshäufigkeit auf. Das Erlebnis der Scheidung im biografischen Kontext unabhängig vom aktuellen Familienstatus (der ja aufgrund der hohen Wiederverheiratungszahl nur noch weit seltener der der geschiedenen Frau ist) ist es andererseits, das nach den Ergebnissen der Heiratskohortenforschung von MÜLLER 1983 a (vgl. S. 439) von großer Bedeutung für die Frage der Erwerbsbeteiligung ist. Die einmal geschaffene Motivation, unabhängig von den Ressourcen des Ehemanns selbst für den eigenen Unterhalt zu sorgen, die Erfahrungen aus dieser Phase der Erwerbstätigkeit als geschiedene Frau, werden wohl auch dann die Motivation zur Erwerbsbetei-

ligung stärken, wenn die geschiedene Frau wiederverheiratet ist und so oft der materiellen Notwendigkeit zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit enthoben ist. Legt man den Ressourcenansatz in der Familiensoziologie zugrunde, verfügt die ehemals geschiedene, jetzt wiederverheiratete Frau mit ihrer eigenständigen Stellung im Erwerbsleben über eine weitere Ressource ihrer Machtposition in der Familie.

Hinzugefügt sei noch, daß die Scheidung einer Ehe nur die formalisierte Auflösung der Institution Ehe ist und insofern nur unzureichender Indikator für deren tatsächliche Zerrüttung und die damit einhergehende Rollenerosion der Ehefrau ist. So hatte sich zwischen 1973 und 1982 der Anteil der alleinstehenden, getrennt lebenden, gleichwohl verheirateten Frauen nahezu verdoppelt. (Eig. Ber. nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1983 c, S. 133)

Einen anderen Indikator für familiäre Wertorientierung stellt die Geburtenentwicklung dar. Im Zeitraum 1970 bis 1982 sank die durchschnittliche Familiengröße der Familien mit deutscher Bezugsperson kontinuierlich von 2,65 auf 2,46, während die der ausländischen Familien 1982 bei 3,11 lag. Auf ein deutsches Ehepaar kamen 1970 im Durchschnitt 1,26 Kinder, 1982 nur noch 1,07 Kinder (STAT. BUNDESAMT 1983c, S. 152 f.). Im Zeitraum April 1968 bis April 1982 stieg die Zahl der kinderlosen Ehepaare um 7,6% im Verhältnis zur Zunahme aller Ehepaare um 2% (eig. Ber. nach ebd., S. 140).

Schaubild 20 : Geburtenentwicklung, Scheidungshäufigkeit und Frauen-
erwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland
(35) 1956-1982



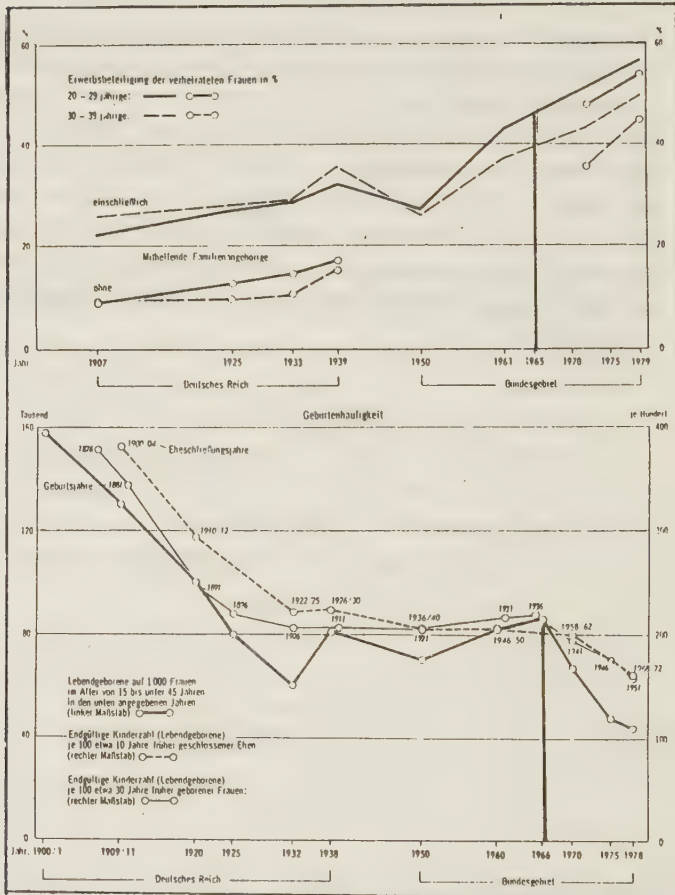
(35) Übernommen bis 1977 für Geburtenentwicklung und Erwerbsquoten nach IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG München; Zahlen für Erwerbsquoten (von 1978-1982) nach STAT. BUNDESAMT 1983b, S. 104, für Geburten nach INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 2. Ergänzt um Scheidungszahlen nach Tab. 45.

Das Schaubild macht deutlich, daß der Knick in der Geburtenkurve nach unten Mitte der 60er Jahre (36) zusammenfällt mit einem Knick nach oben in der Erwerbsquote verheirateter Frauen in den Altersgruppen, in denen die allermeisten Geburten vorkommen, und ebenfalls einer enormen Steigerung der Scheidungsquote bis auf 72,3 Ehescheidungen auf 10.000 bestehende Ehen im Jahr 1981.

Die Frage ist nun, ob sich die starke Korrelation zwischen abnehmender Geburtenhäufigkeit und zunehmender Erwerbsbeteiligung der betreffenden Altersgruppen von verheirateten Frauen seit den 60er Jahren auch für den langfristigen Zeitraum seit 1900 zeigt (vgl. auch HÖHN 1982). SCHWARZ 1981 gibt dafür folgendes Schaubild an: Die Geburten sind hier abweichend vom letzten Schaubild nicht als absolute Zahlen, sondern als Verhältniszahlen (seit 1970 wie die Erwerbsbeteiligung bezogen nur auf die deutsche Bevölkerung, sonst auf die gesamte Wohnbevölkerung) wie im Schaubild angegeben operationalisiert.

(36) Die Stabilisierung der Geburtenzahlen seit Beginn der 70er Jahre ist v.a. auf das größere Gewicht der im generativen Verhalten unterschiedlichen ausländischen Wohnbevölkerung zurückzuführen (vgl. INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1983, Tab. 2).

Schaubild 20: Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen und der Geburtenhäufigkeit seit 1900 bis 1979
(nach: SCHWARZ 1981)



Das Schaubild zeigt den raschen Wandel des generativen Verhaltens von 1900 bis etwa 1925. Danach ist dieses relativ stabil bis etwa 1966, um schließlich bis zum Ende der 70er Jahre für die deutschen Frauen stark abzunehmen.

"Die um 1970 geschlossenen Ehen werden aber im Durchschnitt nur noch etwa 1,6 Kinder haben. Bezogen auf die Frauen bestimmter Geburtsjahrgänge verminderte sich die Zahl der Kinder von rund vier für die um 1875 geborenen Frauen auf rund zwei für die Frauen der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1940, während für die Frauen der jüngeren Geburtsjahrgänge etwa 1,5 Kinder zu erwarten sind" (SCHWARZ 1981, S. 63).

Die Gegenüberstellung der Zeitreihe der Geburtenhäufigkeit mit der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen der in Frage kommenden Altersgruppen - insbes. für die außerhäusliche abhängige Erwerbstätigkeit und für die 20-29-jährigen - zeigt für die Zeit 1900 bis 1925 eine negative Korrelation, wenn auch der Geburtenrückgang sehr viel drastischer verlief.

1950 war die Kinderzahl pro Ehe schon sehr gering geworden, während die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Ehefrau wieder die absolute Ausnahme war.

"Damit hat die Behauptung, die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen habe entscheidend zum Geburtenrückgang beigetragen, zumindest für die Zeit bis etwa 1950 in den Fakten keine Stütze. Sie trifft auch nicht für die Zeit zwischen 1950 und 1965 zu, denn die in diesen Jahren zu beobachtende sehr starke Zunahme der außerhäuslichen Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen auf das Doppelte bis Dreifache des Standes von 1939 und 1950 war damals noch nicht von einem Rückgang der Geburtenhäufigkeit begleitet" (ebd.).

Sehr synchron verlief die Entwicklung allerdings, wie auch das letzte Schaubild zeigt, für die Periode seit Mitte der 60er Jahre.

Für die Interpretation dieser empirischen Befunde bietet sich im Anschluß an Kap. 4.2. folgendes Erklärungsmuster an:

Der gemeinsame Ursprung beider, in ihrer Bewegung für die Periode 1925 bis 1965 relativ eigenständigen Entwicklungslinien im generativen und Erwerbsverhalten dürfte in der sich wandelnden Wertorientie-

rung in der Gesellschaft zu familialer Arbeit im weitesten Sinn, die die Kinderversorgung mit einschließt, und zur komplementären Erwerbsarbeit liegen. Die Phasenverschiebung zwischen rapider Abnahme der Geburtenzahlen bis etwa 1930 und der erst ab den 60er Jahren stark steigenden Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen wäre als Ausdruck der langsam anlaufenden Motivationsprozesse zur Aufnahme von Erwerbsarbeit zu interpretieren (vgl. 4.1. und 4.4.5.). Sie werden

für einen Großteil der verheirateten Frauen erst Mitte der 60er Jahre verhaltenswirksam, weil sich ab diesem Stadium in der Bundesrepublik ein tiefgreifender, von politischen und gesellschaftlichen Institutionen gestützter Wandlungsprozeß (vgl. LANGKAU 1980, S. 21) in der Einschätzung des immateriellen Werts von Kindern einerseits und der Propagierung von Erwerbsarbeit für Frauen andererseits festmachen läßt. Auch die seitdem stark zunehmende Bereitschaft von Frauen, eine einmal geschlossene Ehe wieder aufzulösen (vgl. Schaubild 19) und ohne die familiäre Solidargemeinschaft den eigenen sozialen Status über Erwerbsarbeit sicherzustellen oder zu verbessern, ist eine Dimension dieses Wandels.

In dieser Periode verstärken sich dann beide Trends des veränderten generativen und Erwerbsverhaltens. Dieser Wandel in der Wertorientierung zur Erwerbsarbeit und Familie findet seinen Ausdruck auch im verstärkten Ausbau von Kinderkrippen, -horten und -gärten in dieser Zeit.

So hat dieser Wandlungsprozeß dazu beigetragen, die Bereitschaft der verheirateten Frauen zu ununterbrochener Erwerbstätigkeit bzw. zu immer früherer Rückkehr in das Erwerbsleben, zum anderen zu immer weniger Kindern in einer immer späteren Familienphase zu fördern.

Für die starke Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen von Anzahl und Alter der Kinder finden sich auch zahlreiche empirische Evidenzen aus den Sonderauswertungen zum MZ (vgl. 4.4.1., HAND L 1978, SCHWARZ 1981 und ENGELBRECH 1983, S. 164).

So stieg im Querschnittsvergleich für deutsche Frauen im April 1982 die Erwerbsquote (hier wie i.f. gemessen an der Anzahl der erwerbstätigen Frauen im Verhältnis zur betreffenden Grundgesamtheit) von 38% bei 3 und mehr Kindern auf 41% bei 2 Kindern und 45% bei nur einem Kind (eig. Ber. nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983a, S. 101). Die MZ-Ergebnisse von 1978 zeigen für die damals 11 bis 15 Jahre alten Ehen (aus denen fast keine weiteren Kinder mehr zu erwarten sind) eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,67 bei erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu 1,88 bei nicht erwerbstätigen (vgl. SCHWARZ 1981). Die Kontrollvariablen Einkommen und beruflicher Status des Ehemanns übten keinen Einfluß aus.

Für die Erwerbsbeteiligung ist die Kinderzahl in folgender Hinsicht relevant: Einmal hindert sie mehr Frauen an außerhäuslicher Erwerbstätigkeit, deshalb erfolgt bei entsprechender Wertorientierung zur Erwerbsarbeit oft der Entschluß, die Kinderzahl zu reduzieren. Ebenso wichtig allerdings für die Bestimmung des Erwerbsverhaltens zu einem gegebenen Zeitpunkt dürfte das Alter der Kinder sein (vgl. auch HÜBLER 1983, S. 307 und SCHWARZ 1981). Mit zunehmendem Alter verringert sich die Bedeutung der Anzahl der Kinder, was auf den oben diskutierten Phasenerwerbsverlauf verweist (vgl. HÜBLER 1983, S. 303).

Wieder ist von diesem Querschnittsvergleich die Wirkrichtung des sozialen Wandels (37) zu unterscheiden, nach der die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern seit 1962, insbes. im letzten Jahrzehnt permanent zunahm.

Der empirische Befund der drastischen Zunahme von erwerbstätigen Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern stellt dabei m.E. nicht, wie ENGELBRECH 1983, S. 164 meint, einen Widerspruch zum Zusammenhang von veränderten generativen und Erwerbsverhalten der Frauen dar: Beide Verhaltensmuster sind vielmehr als verschiedene Dimensionen desselben Wandlungsprozesses in der Orientierung zu familialer und Erwerbsarbeit zu interpretieren: Immer weniger Kinder werden gewünscht und immer weniger stellen Kinder ein Hindernis für Erwerbstätigkeit dar.

(37) Ähnliche Daten finden sich für die USA - vgl. OPPENHEIMER 1973, S. 184.

"... the desire of married women to become financially independent or to contribute to family income. The question of an interdependence between birth rates and employment of married women is of central importance in the current debate concerning the consequences of a population decrease. In this context, it must be pointed out that the number of mothers with children under 15 years of age who have nonagricultural jobs increased from about 1,3 million in 1962 to 2,3 million in 1977 (over 78 percent), and the number of mothers with children under six years of age, from 670,000 to 800,000. The participation rate of these groups during that period went up from 33 percent to 39 percent, and from 29 percent to 34 percent, respectively. Lower birth rates, therefore, seem to be only one of the reasons for married women's increased interest in holding a job" (LANGKAU/LANGKAU-HERRMANN 1980, S. 21 f.).

Die folgende Tabelle auf Grundlage von MZ-Daten zeigt sowohl die Anhebung des Niveaus der Erwerbstätigkeit in allen Gruppen von 1960 bis 1982 als auch die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung im Querschnittsvergleich je nach Phase der Betreuungsbedürftigkeit der Kinder (vgl. HAND L 1978, S. 239).

Tab. 47: Erwerbstätigenquote von Müttern nach Zahl und Alter der Kinder und im Zeitvergleich 1960, 1970, 1980 (nach: IAB-Kurzbericht vom 10.1.1983)

Erwerbstätigenquote von Müttern mit	1960	1970	1980
1 Kind unter 15 Jahren	37	41	47
2 Kindern unter 15 Jahren	32	31	37
3 und mehr Kindern unter 15 Jahren	32	28	31

Dies gilt auch für den Vergleich des Zeitraums 1980-1982.

Tab. 48: Erwerbstätigenquote (38) von Müttern nach Zahl und Alter der Kinder und Familienstand im Vergleich 1973, 1980 und 1982 (nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1981, S. 101 und ders. 1983a, S. 103) in %

		mit Kindern unter 18 J.		mit Kindern unter 6 J.
Frauen insgesamt (38)	1973	.		35,19 (39)
	1980	38,0	43,4	36,0
	1982	37,7	44,1	36,4
davon:				
verheiratete Frauen	1980	39,3	41,9	35,2
	1982	39,4	42,6	35,8
ledige Frauen	1980	53,0	70,8	58,4
	1982	50,7	64,2	52,5
geschiedene Frauen	1980	59,5	71,0	49,8
	1982	57,8	68,0	43,5

Die Darstellung der Erwerbstätigenquoten drückt die wachsende Erwerbsbeteiligung der entsprechenden Frauengruppen aufgrund des hohen Erwerbslosenanteils der letzten Jahre nur eingeschränkt aus. Immerhin steigerten die verheirateten Frauen mit Kindern unter 6 und unter 18 Jahren ihre Erwerbstätigkeit von 1980 bis 1982 noch einmal. Die Tabelle zeigt auch den dominierenden Einfluß des Familienstands (vgl. auch HÜBLER 1983, S. 301 und 306) auf die Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbspartizipation von ledigen Frauen- auch mit Kindern - ist in einer Rangfolge am höchsten gegenüber geschiedenen und erst dann gegenüber den verheirateten Frauen. Offenbar wirkt sich hier die stärkere berufliche Orientierung von ledigen und geschiedenen Müttern aus: Bei verheirateten Frauen wirken dagegen neben den höheren familiären Verpflichtungen noch stärker motivationale Hindernisse und Restriktionen in deren qualitativen Voraussetzungen für Erwerbsarbeit.

(38) Die auffallend geringeren Quoten als die in Tab 44 ausgewiesenen erklären sich daraus, daß in Zusammenhang mit Kindern nur das Merkmal der Erwerbstätigkeit im MZ erfaßt wird.

(39) Nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983c, S. 161.

Der Querschnittsvergleich der Erwerbstätigenquoten der ledigen, geschiedenen und verheirateten Frauen aufgrund obiger Daten bestätigt damit in etwa von ROTHSCILD 1980 entworfene Typologie verschiedener Muster des Erwerbsarbeits-Angebotsverhaltens, und zwar von allein-stehenden, emanzipierten und verheirateten Frauen mit Kleinkindern.

4.4.4. Einflußfaktoren des veränderten Erwerbsverhaltens von Frauen - ausgewählte Erklärungsansätze im Licht der Datensituation

Auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen wirkt - wie bereits in dem Schemata 2 u. 3 dargestellt - eine Vielzahl von Einflußfaktoren (vgl. auch KÜHLEWIND 1981 in Beitr. AB 1981/56, S. 11 ff.), die in persönliche, familiäre, gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen aufgliedert werden können. Dem-entsprechend vielfältig sind die Paradigmata und Erklärungsversuche der vorgestellten Befunde einer zunehmenden Frauenerwerbsbeteiligung. Beim gegenwärtigen Forschungsstand ist es unmöglich, eine Rangskala quantifizierbarer Variablen aufzustellen, wie es bei einigen Theoretikern (vgl. 4.4.1.) versucht wurde.

Zudem hat die empirische Analyse bereits gezeigt, daß es das Erwerbs-verhaltensmuster der verheirateten Frau nicht gibt. Vielmehr sind gerade aufgrund der für Frauen weit größeren Optionsfreiheit in bezug auf Erwerbstätigkeit (vgl. 4.4.2.), aber auch aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Pluralisierung von Wertemustern im Arbeits-bereich (vgl. ENGFER et al. 1983) verschiedene Typen des Erwerbs-verhaltens von Frauen zu kategorisieren (vgl. ROTHSCILD 1980, HÜB-LER 1983).

So kann aufgrund erwerbsstatistischer Daten für den Beginn der Indu-strialisierung Anfang des Jahrhunderts eine an sozialstrukturellen Barrieren verlaufende Dualität von idealtypischen Verhaltensmodellen der "Arbeiter-" und "Bürger frau" festgestellt werden (vgl. MÜLLER 1983b, S. 62, WILLMS 1980, S. 52 und dies. 1983a):

- Die von Erwerbsarbeit freigesetzte Bürgerfrau der gehobenen Stände, die durch dienendes Personal auch von familialer Arbeit entlastet war. In diesen Kreisen war Erwerbstätigkeit nicht legitimiert - die Ehefrau hatte in ihrer Rolle als Hausherrin aufzugehen.
- Das durch Doppelbelastung in Haus- und Erwerbsarbeit geprägte Modell der Arbeiterfrau, die primär aus ökonomischer Not arbeitete. Auch in Arbeiterkreisen war Erwerbsarbeit nicht sozial legitimiert und wurde bspw. von der Gewerkschaft kritisiert. Diese sozialstrukturelle Dichtotomie der Verhaltensmodelle ist heute jedoch weitgehend verwischt.

Für die Analyse des Wandels in der Erwerbsbeteiligung der Frauen konkurrieren v.a. zwei Paradigmata, die jeweils verschiedene o.g. Einflußfaktoren herausgreifen und betonen. Sie lassen sich als nachfrage- vs. angebotsorientierte Ansätze dichotomisieren, die jeweils die "pull"- oder "push"-Kräfte des Eintritts in das Erwerbsleben betonen (vgl. IGLEHART 1979, S. 4).

4.4.4.1. Die Erklärungsansätze, die an der Nachfrage-Seite des Beschäftigungssystems ansetzen

Sie sehen die wechselnde Erwerbsbeteiligung der Frauen als abhängige Variable des Bedarfs an weiblichen Arbeitskräften an. Von einigen ihrer Vertreter wird diese Betrachtungsweise explizit in Rekurs auf normative Sätze begündet:

"Demgegenüber wird eine Betrachtungsweise, die sich nicht nur an der angebotenen Arbeitskraft orientiert, sondern die einschlägigen Strategien der Nachfrage-Seite mit berücksichtigt, eher geeignet seien, individualisierende und herrschaftslegitimierende Implikationen zu vermeiden" (PEIKERT 1977, S. 64).

Dieses Paradigma findet sich auch wieder in gewerkschaftlichen Argumentationen (vgl. etwa: WSI-MITTEILUNGEN 1977/8, S. 519-538).

I. f. sollen nun einige Varianten kurz gegenübergestellt werden.

- In die amerikanische Arbeitsmarktdiskussion führte OPPENHEIMER 1973 das Argument ein, der mit der industriellen Bevölkerungsweise zurückgehende Anteil lediger Frauen erzwingt für die Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft den verstärkten Rückgriff auf verheiratete Frauen. Offen bleibt bei solchen Modellen, wie der Bedarf durch das Beschäftigungssystem bei in westlichen Wirtschaftssystemen existierender wirtschaftlicher Optionsfreiheit durch ein verändertes individuelles Erwerbsverhalten erfüllt wurde, wie also motivationale Anreize für Erwerbsarbeit geschaffen wurden. Die zentrale konkurrierende These dieser Arbeit ist, daß Angebot und Nachfrage im Beschäftigungssystem durchaus eigenständige, ja entgegengesetzte Entwicklungen durchlaufen können.
- MÜLLER 1983 und WILLMS 1983 (vgl. 4.4.2.) sehen mit der verstärkten Bereitstellung außerhäuslicher Arbeitsplätze durch die Industrialisierung die Schaffung von neuen Erwerbsmöglichkeiten für verheiratete Frauen.
- Die "institutionalistische Schule" der "Structured-Labor-Market"-Theoretiker, insbes. der "Dual-Labor-Market-Theory" (VEBLEN, REID, KYRK, DÖRINGER/PIORE in den USA, FREIBURGHaus 1976, LUTZ/SENGENBERGER 1975, SCHMID 1980, LÄPPE 1981 und SCHMIDTBERG 1981 - vgl. ARSDEN 1980, S. 17 ff.) geht in Kontroverse zur klassischen Arbeitsmarkttheorie von einer Dualisierung des Arbeitsmarkts in ein "primäres" und "sekundäres Arbeitsmarktsegment" aus. DÖRINGER/PIORE 1971 v.a. interpretierten diese Dualisierung als betriebliche Umgangsweisen mit dem Konflikt aus ständigem Wandel und Ungewißheit der ökonomischen Rahmenbedingungen, insbes. der Nachfrage und des technischen Wandels, und dem betrieblichen Interesse nach Sicherung der Auszahlung von Investitionen. Die Arbeitskräfte im primären Segment werden als Stammbesatzung konstant gehalten, die im sekundären Segment als "Konjunkturpuffer"

eingesetzt, also je nach Arbeitskräftebedarf eingestellt oder gekündigt. Die negativen Folgen von Konjunkturschwankungen können demnach von den Unternehmen auf die Arbeitskräfte des sekundären Arbeitsmarktsegments leicht abgewälzt werden, weil damit keine größeren Verluste an Humankapital verbunden sind und bei Wiederaufschwung auf ein Überangebot an Arbeitskräften zurückgegriffen werden kann.

Eine Fortführung dieser Argumentationsweise geht nun von einer geschlechtsspezifischen Besetzung des konjunkturreagiblen sekundären Arbeitsmarktsegments aus: Frauen seien aufgrund ihrer vorwiegend unspezifischen "Jedermann-Qualifikation" (vgl. WELTZ 1971, S. 202 und 213) flexibel rekrutierbar und zu entlassen (vgl. PEIKERT 1977, S. 494 und FERBER/LOWRY 1976: *The New Reserve Army Of The Unemployed*). Verschiedene Autoren wie SOLTWEDEL et al. 1976 verweisen allerdings auf die mit dem Kündigungsschutz und anderen sozialen Sicherungsregelungen gegebene Einschränkung der Flexibilität.

Durch solche diskriminierenden, aber für den Arbeitsnachfrager rationale Einstellungspraktiken seien die Frauen v.a. in konjunkturanfälligen Arbeitsplätzen und Branchen konzentriert.

- Aus solchen oder ähnlichen impliziten oder expliziten Prämissen wird die These von der Funktion der "weiblichen Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee" (vgl. erstmals MARX 1867 in MEW 23, S. 657 ff.). Sie soll in ihrer Variante als "Entmutigungshypothese" ausführlich behandelt werden, weil die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion der Frauenarbeit zum großen Teil ungeprüft sich auf ein solches Gesetz des Erwerbsverhaltens bezieht. Die Wechselwirkung zwischen allgemeiner Beschäftigungskrise und weiblichem Erwerbsverhalten ist ein zentraler Gegenstand dieser Arbeit (vgl. auch 4.4.1. und 2.1.2.2.5. und 2.3.2.1.).

4.4.4.1.1. Erwerbsbeteiligung der Frauen und Beschäftigungskrise 1973 bis 1982 - ist die "Entmutigungshypothese" haltbar? Zunehmende Erwerbsbeteiligung als Einflußfaktor für Frauenerwerbslosigkeit

Die logisch zugrundeliegende These von der industriellen Reservearmee unterstellt eine simple Umsetzung eines veränderten Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft auf die Angebots-Seite des Arbeitsmarkts. Dieses Erklärungsdefizit schließt die "Entmutigungs- oder Resignationshypothese":

Danach soll der Rückgang der gesamtwirtschaftliche Rückgang der Nachfrage nach Arbeit auch das Angebot an Erwerbsarbeit reduzieren, so daß sich Frauen, über ihre Arbeitsmarktchancen entmutigt, aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Bei einem Anstieg der Nachfrage nach Arbeit steigt dann auch das Angebot wieder (vgl. BRINKMANN G. 1981/2, S. 61). Erstmals wurde diese These in der klassischen Arbeit von BOWEN/FINNEGAN 1969, S. 479 ff. formuliert.

Konkurrierend dazu ist die "Zusatzarbeiterhypothese", die eine zusätzliche Aufnahme von Erwerbsarbeit durch "sekundäre Arbeitskräfte" bei Verringerung des Familieneinkommens durch die Erwerbslosigkeit des Partners besagt.

Beide Effekte, die die Variationen der Erwerbsbeteiligung erklären sollen, gelten vorwiegend für den Bereich "Sekundärarbeitskräfte" wie eben verheiratete Frauen, deren Erwerbsbeteiligung stark von motivationalen Faktoren und nicht von der Unterhaltsnotwendigkeit bestimmt ist. Für Primärarbeitskräfte wie Männer und alleinstehende Frauen, zumindest der mittleren Altersjahrgänge, sollen beide Effekte der Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung von der Arbeitsmarktlage entsprechend gemäßigter ausbauen. Ihre Erwerbsbeteiligung ist konstant hoch (vgl. die Daten im letzten Abschnitt).

BLAŻCZAK 1981 resümiert den empirischen Forschungsstand bezüglich der beiden Effekte:

"Empirische Untersuchungen der beiden Effekte aufgrund von Befragungsergebnissen legen die Vermutung nahe, daß die Entmutigungseffekte über Ermutigungseffekte deutlich dominieren..., so daß eine negative Korrelation zwischen den Arbeitslosen- und Erwerbsquote zu erwarten ist" (BLAZEXZAK 1981, S. 284 f.)

Drei dieser Befunde seien kurz genannt:

- DERNBURG, STRAND und DUKLER 1966 (40) stellten in den USA für Frauen, die älter als 24 Jahre sind und deshalb einen hohen verheirateten-Anteil aufweisen, eine starke Elastizität ihrer Erwerbsbeteiligung in bezug auf Veränderungen der allgemeinen Beschäftigungssituation fest:

"Je näher die Gruppen am Rand der Altersskala liegen, desto sensibler reagiert deren Erwerbsbeteiligung auf Veränderungen der allgemeinen Beschäftigungssituation, was insbesondere für Frauen gilt, deren Elastizität der Erwerbsbeteiligung bezüglich der Beschäftigung mit Ausnahme der Gruppe der 20-24-Jährigen höher als die der Männer ausfällt"(GUDE 1980, S. 18).

- SCHMID 1980 (S. 143 ff.) differenzierte zwischen zwei Typen des Erwerbsverhaltens von verheirateten Frauen, die im groben der o.g. Dichotomie der sozialhistorischen Verhaltensmodelle der "Arbeiter-" und "Bürgerfrau" entsprechen :

Da, wo die Arbeitsmarktlage für männliche Kernarbeiter permanent schlecht ist, so in strukturschwachen ländlichen Regionen, wird der Typus der weiblichen "Marginalbeschäftigung aufgrund wirtschaftlicher Zwangslage", also der Zusatzarbeitereffekt überwiegen. Für den "städtischen Frauentyp", der tendenziell status- und emanzipationsorientiert ist (vgl. ROTHSCCHILD 1980), würde eher der Entmutigungseffekt zutreffen.

" Dieser Typ der Beschäftigung ist stark vom tatsächlichen Angebot an Arbeitsplätzen abhängig, und er wird sich bei ungünstiger Arbeitsmarktlage schneller abdrängen lassen (konjunkturell bedingte Arbeitsmarktverdrängung)... Bei regional langfristiger und durchgängiger Nachfrageschwäche wird sich auch der Effekt der Zusatzbeschäftigung nicht durchsetzen können, so daß ein Zusammenhang von wachstumsdefizitärer Arbeitslosigkeit und niedrigen Erwerbsquoten zu erwarten ist" (SCHMID 1980, S. 14).

In einem Querschnittsvergleich nach diesen Strukturmerkmalen ausgewählter Arbeitsamtbezirke in der Bundesrepublik für 1970 konnte SCHMID (ebd., S. 145) empirische Evidenzen für obige Typologie finden.

- In der ersten Rezession der Nachkriegszeit 1966/67 zeigte sich die Konjunkturreagibilität der Frauenbeschäftigung auch im Längsschnittvergleich: In diesem Zeitraum nahm sie per Saldo um 188.000 ab (Daten nach ebd., S. 93).

Eine gänzlich entgegengesetzte Entwicklung findet sich jedoch für die Zeitreihen der Frauenerwerbstätigkeit und -beteiligung in den drei Phasen der aktuellen Beschäftigungskrise 1973 bis 1983.

- Daß regionale Längsschnittuntersuchungen über den Einfluß von Erwerbslosigkeitsraten auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu ganz anderen Ergebnissen führen als die für die Resignationshypothese angestellten Querschnittsvergleiche unter Arbeitsamtbezirken konnte auch MITCHELL 1980, S. 32 nachweisen. Ein Ansteigen der Erwerbslosigkeit in den untersuchten städtischen Regionen über den Durchschnitt der letzten acht Jahre führte auch zu einem Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung.
- Für die Bundesrepublik sei dies zunächst an der operationalen Größe "Erwerbspersonen" (nach MZ-Daten) belegt:
Während des Beschäftigungseinbruchs der Jahre 1974 und 1975 sank zwar die Zahl der Erwerbspersonen um 63.000 (vgl. STAT. BUNDESAMT 1983b, Tab. 29.1. und ANBA 1983/3, S. 271). Die tatsächliche Frauenbeschäftigung ging 1975, im Jahr des stärksten Beschäftigungsrückgangs, um 2,6% gegenüber dem Vorjahr zurück, während die der Männer wesentlich stärker um 3,8% fiel (nach: LANGKAU/HERMANN 1980, S. 26). Von April 1975 bis zum Ende der ersten Phase der Beschäftigungskrise im April 1977 stieg die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen schon wieder um 104.000, so daß über die gesamte erste Phase das weibliche Erwerbsarbeits-Angebot um 41.000 wuchs, während die Zahl aller Erwerbstätigen

um 1,182 Mio. nach MZ-Daten zurückging (vgl. Tab 5).

Für diese erste Phase der Beschäftigungskrise verzerrt die MZ-Statistik die Erwerbstätigkeit gegenüber der integrierten Erwerbsstatistik wesentlich geringer (Rückgang nach ersterer um 1,182 Mio; nach letzterer - vgl. Tab. 8 - um 1,375 Mio.). Für die Frauen fiel der tatsächliche Beschäftigungseinbruch in dieser Phase mit 336.000, das entspricht 3,39%, wesentlich geringer aus als für die Männer mit 847.000, das entspricht 4,96% (eig. Ber. nach: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, Tab. 29.1.), teilweise aufgrund der Konzentration der Frauenbeschäftigung auf relativ konjunkturunreagible Bereiche wie öffentliche Dienstleistungen. Für die weiblichen Angestellten und Beamten konnte die Beschäftigungskrise nichts an deren kontinuierlichen Zuwachs seit 1973 ändern (vgl. ANBA 1983/3, S. 271). Sie stellten 1981 einen Anteil von 64,7% unter allen weiblichen abhängig Beschäftigten, während der Anteil der wesentlich konjunktur reagibler beschäftigten Arbeiterinnen auf 35,3% sank (ebd.).

- Aussagekräftiger für meine Fragestellung nach der Erwerbsbeteiligung ist jedoch der Indikator Erwerbsquote der 15-65-jährigen deutschen Frauen, da ja die Frage eines mit der Beschäftigungskrise zurückgehenden Angebots an Erwerbsarbeit geprüft werden soll. Sie stieg in der ersten Phase 1973-1977 um 0,7% auf 48,1% an, während die der Männer um 3,1% auf 84,0% absank (STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 105).

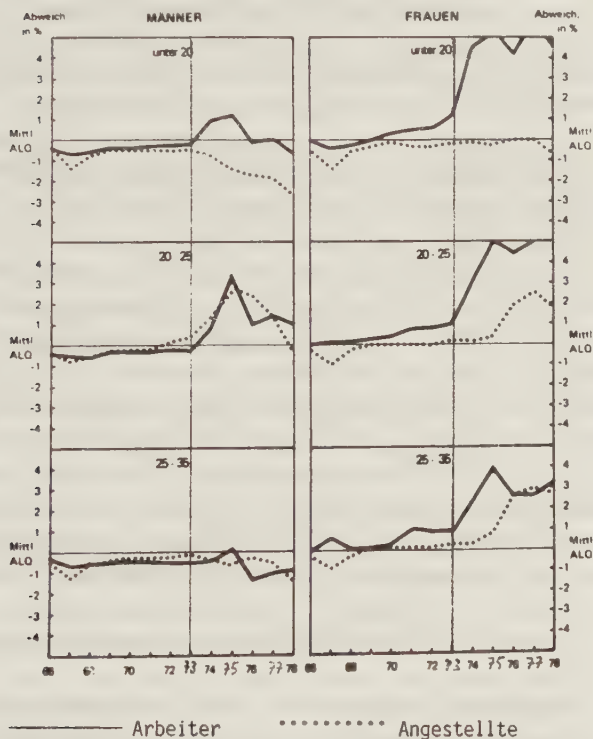
Noch deutlicher fällt der Effekt des mit dem Ansteigen der allgemeinen Erwerbslosigkeit zunehmenden Erwerbsarbeits-Angebots bei den verheirateten deutschen Frauen der jüngeren Jahrgänge aus (vgl. Tab. 44).

Tab. 49: Zunahme der Erwerbsbeteiligung der verheirateten deutschen Frauen in der ersten Phase der Beschäftigungskrise 1973 bis 1977

Für alle 15 - 65-jährigen	+ 2,0 %
Für die 15 - 20-jährigen	+ 2,4 %
Für die 20 - 25-jährigen	+ 5,8 %
Für die 25 - 30-jährigen	+ 5,2 %
Für die 30 - 35-jährigen	+ 4,1 %
Für die 35 - 40-jährigen	+ 2,5 %

Erst in der Altersgruppe 60-65 beginnen dieselben negativen Einflüsse der Vorverlegung des Rentenalters wie bei den Männern zu wirken, jedoch auch hier wesentlich schwächer. Im gleichen Zeitraum ging die allgemeine Erwerbsbeteiligung und damit die Zahl der Erwerbsarbeit-Suchenden drastisch zurück (vgl. Schaubild 5 und 2.3.2.1.1.). Die Merkmale: weiblich, deutsch, verheiratet, Alter bis 45 - die die Definitionsmerkmale des "Secondary-Workers" ausmachen, wirken offenbar ku mulativ in Richtung auf eine steigende Erwerbsbeteiligung auch oder gerade bei einer verschlechterten allgemeinen Arbeitsmarktlage und einer besonderen Betroffenheit durch Erwerbslosigkeit gerade dieser Gruppen. Letzteres soll mit einem Schaubild für die Abweichungen der Arbeitslosenquoten der Männer und Frauen (hier: Deutsche und Ausländer) in den betreffenden Altersgruppen von 1973 bis 1977 belegt werden. Interessant ist der Bereich rechts von dem Trennstrich für den Zeitraum 1973 bis 1978.

Schaubild 22: Abweichungen der Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alters- und Statusgruppen von der mittleren Arbeitslosenquote, in Prozentpunkten und für die Jahre 1966 bis 1978. Werte jeweils Ende September (übernommen aus: SCHMID 1980, S. 60)



Die stärkere Betroffenheit aller Frauen von Erwerbslosigkeit, besonders der jüngeren, zieht sich durch alle drei Phasen der Beschäftigungskrise hindurch (vgl. BECK-GERNSHEIM 1981 S. 5 und ENGELBRECH 1983, S. 162).

"Nach den Ergebnissen der Strukturuntersuchung von Ende September 1981 waren rund 32% der arbeitslosen Frauen jünger als 25 Jahre (Männer: rund 28%). Auf die Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahren entfielen bei den Frauen 28%, bei den Männern 25%. Erst bei der Altersgruppe über 45 Jahre ist mit 29% ein höherer Anteil bei den Männern als bei den Frauen (24%) zu erkennen" (ebd., S. 168).

Gerade diese Altersgruppen unter 45 Jahren legten aber in ihrer Erwerbsbeteiligung von 1973-1982 am kräftigsten zu.

- Ähnlich verläuft die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in der dritten und stärksten Phase der Beschäftigungskrise 1980 bis 1983 (Jahresdurchschnitt - vgl. 2.2.2.1.3. und Tab. 8), in der die gesamte registrierte Arbeitslosigkeit um 1,369 Mio. zunahm und die Erwerbstätigkeit um 1,115 Mio. zurückging. So blieb bspw. nach den MZ-Daten im April 1982 die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen konstant, während die Zahl aller Erwerbslosen um 49% anstieg (vgl. Tab. 5). Auch die Erwerbsbeteiligung der 15-65-jährigen Frauen stieg im Zeitraum April 1980 bis Juni 1983 von 49,7% um 1,3% auf 51% (41). Absolut nahmen die weiblichen Erwerbspersonen, die Anspruch auf einen Erwerbsarbeitsplatz erhoben, in den zwei Jahren zwischen April 1980 und April 1982 um 436.000 auf 10,914 Mio. zu (42) und stellten somit die Mehrheit des neu in das Erwerbsleben eintretenden Personenkreises.

Diese Befunde können zusammenfassend folgendermaßen interpretiert werden:

Die Bedeutung der konjunkturellen und Arbeitsmarktlage im allgemeinen, des abnehmenden Arbeitskräftebedarfs und der speziellen Arbeitsmarktchancen der Frauen als erklärende Variablen für die Erwerbsbeteiligung der deutschen Frauen, v.a. der verheirateten Frauen der Altersjahrgänge bis 45 u. darunter, also der Kerngruppe der "Secondary-Workers" und der "Stillen Reserve", ist aufgrund der Daten für Erwerbstätigkeit

(41) Vgl. Tab. 41 und für 1983 die Zahl nach der EG-Arbeitskräfte-Stichprobe im Juni 1982

(42) Zu beachten ist allerdings die wahrscheinlich überhöhte Zahl der Erwerbstätigen nach dem MZ in dieser Phase.

und - beteiligung in der aktuellen 10-jährigen Beschäftigungskrise eindeutig in Frage zu stellen.

Wie bereits die Analyse der Aggregate von Erwerbsarbeits-Angebot und Nachfrage (vgl. bes. 2.2.2.1.3.) zeigte, setzt sich der abnehmende Bedarf an Erwerbsarbeit keineswegs in ein verändertes Angebotsverhalten der Erwerbspersonen um, im Gegenteil: Die Schere zwischen den Ansprüchen auf Arbeitsplätze durch eine wachsende Zahl von Erwerbsarbeits-Suchenden und den Möglichkeiten des Beschäftigungssystems öffnet sich seit 1980 immer mehr (vgl. Schaubild 5).

Dazu trägt neben demographischen Faktoren v.a. bei, daß ein wachsender Anteil der deutschen verheirateten Frauen in das Beschäftigungssystem drängt. Es ist zu vermuten, daß die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung gerade nicht "unabhängig" von der Entwicklung des Arbeitsmarkts erfolgt, wie ENGELBRECH 1983, S. 169 vermutet, sondern gerade in Reaktion auf knapper werdende Erwerbsarbeitsplätze die Tendenz zur "Hortung" solcher Plätze eintritt.

Damit läge eine Handlungskonfiguration vor, die verschiedene Forscher (vgl. SCHMID 1980, S. 95 ff.) mit der Ökonomie der positionellen Güter interpretieren:

Wenn ein bestimmter materieller Lebensstandard erreicht ist, richten sich die sozialen Ansprüche zunehmend auf nicht-materielle Güter, die nicht nur wie jene knapp, sondern generell begrenzt sind. Der Wettbewerb um sie folgt der Logik eines Nullsummen-Spiels: Er ist für die Gewinner nur erfolgreich, indem sie die Verlierer von der Verfügung über solche Statussymbole ausschließen. Mit knapper werdenden Erwerbsarbeitsplätzen und einer weiterhin dominanten gesellschaftlichen Orientierung zur Erwerbsarbeit werden nun diese Arbeitsplätze selbst, weitgehend unabhängig von ihren mit der Statushierarchie verbundenen Gratifikationen, zu Gütern, deren ausschließlicher Besitz ein hohes soziales Prestige erbringt. Dies ist auch für Frauen empirisch belegt (vgl. HEINEMANN 1980/2, S. 43): Der "Sicherheit, nicht arbeitslos zu werden" wird von allen befragten Frauen mit rd. 80% der höchste Stellenwert unter den angestrebten Eigenschaften von Arbeitsplätzen eingeräumt (vgl. FN 23). Im DURKHEIM'schen Bezugsrahmen

läßt sich dies als Bestreben aller auf einen Erwerbsarbeitsplatz Anspruch erhebenden sozialen Gruppen interpretieren, konkurrierende Gruppen von der Verfügung darüber auszuschließen.

Dieser Hortungseffekt ist nicht mit dem "Zusatzarbeitereffekte" aus der Arbeitsmarktliteratur gleichzusetzen, der eine rein ökonomische Determination des Wunsches nach Erwerbsarbeit behauptet (vgl. CREMER 1981, S. 46 ff.).

Die unintendierte soziale Folge dieser akkumulierenden individuellen Ansprüche auf Arbeitsplätze ist die sich verschärfende Erwerbslosigkeit als Resultat der zunehmend auseinanderklaffenden Angebots- und Nachfrage-Größen, insbes. für die jüngeren, verheirateten Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Die höhere Erwerbsbeteiligung dieser Gruppen kann also als ein wichtiger Einflußfaktor für ihre stärkere Betroffenheit durch Erwerbslosigkeit vermutet werden. Seit Mitte der 70er Jahre steigt die Erwerbslosigkeit von Frauen, die allerdings häufig nur das statistische Etikett für einen veränderten Arbeitsstatus ist, überproportional an, so daß Frauen 1980 mehr als die Hälfte aller Erwerbslosen stellten, obgleich ihr Anteil an allen Erwerbspersonen bei etwas über einem Drittel lag.

Mit der Relativierung der Erwerbsarbeit-Nachfrage als Bestimmungsgrund für die Erwerbsbeteiligung stellt sich zugleich die Frage, welche anderen Konzepte für die vorgestellten empirischen Befunde fruchtbar sind.

4.4.4.2. Die angebotsorientierten Erklärungsansätze für die steigende Erwerbsbeteiligung

Sie stellen in einer eher individualtheoretischen Perspektive im Gegensatz zu den struktur-orientierten Nachfrage-Ansätzen meist die individuelle Entscheidung der (verheirateten) Frauen für die Aufnahme

von Erwerbsarbeit in den Vordergrund und suchen nach "push-Kräften", die den Frauen diese Wahlentscheidung ermöglichen oder erleichtern.

- Verschiedene Autoren betonen die Bedeutung der ökonomischen Erleichterungen der familialen Arbeit durch die Mechanisierung der Haushalte (vgl. 3.3.3.1.) und das erhöhte Angebot an früher selbst erstellten, jetzt käuflichen Gütern und Dienstleistungen (vgl. SCHMID 1980, S. 90, IGLEHART 1981, S. 8). Relativierend kann die auch heute noch immer bestehende Doppelbelastung verheirateter Frauen und Mütter durch Erwerbstätigkeit und familiale Arbeit eingewandt werden (vgl. 4.4.6.). Zudem ist ja mit der Einsparung von Zeit die Verwendung derselben für Erwerbsarbeit noch nicht determiniert.
- Das Paradigma der elementaren Theorie des Erwerbsarbeits-Angebots der klassischen Nationalökonomien besagt eine positive lineare Abhängigkeit von individuellen Lohnsatz (vgl. NEUMANN 1982/2, S. 133f.). Diese Abhängigkeit soll auf die Frauen bezogen allerdings nur für Allein-stehende ohne Unterhaltsanspruch gelten (vgl. FREISBERG 1981, S. 34). Gerade in dieser Gruppe allerdings kann trotz steigender Löhne und Gehälter lediger Frauen für den Zeitraum 1964 bis 1973 (vgl. ebd., S. 35), aber auch für den folgenden Untersuchungszeitraum (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1983b, S. 105) eine Senkung der Erwerbsbeteiligung festgestellt werden. Auch WELTZ 1971, S. 210 konnte die Bedeutung des Lohnsatzes als Bestimmungsgrund entkräften. FREISBERG kommt zu dem Schluß:

"Die erwähnten Thesen über die Wirkungsrichtung der ökonomischen Faktoren: Lohnhöhe, Niveau der Familieneinkommen und Angebot an Arbeitsplätzen auf das Angebotsverhalten weiblicher Arbeitskräfte bzw. auf die Frauenerwerbsquoten werden durch die Zahlenangaben für die untersuchten Zeiträume (1964-1974 und 1960-1970) nicht gestützt. Es ist daher anzunehmen, daß die tatsächliche langfristige Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit von zusätzlichen außerökonomischen Einflußgrößen überlagert wird..." (FREISBERG 1981, S. 36).

Eine Modifikation des klassischen Paradigma s stellt die neoklassische "Neue Haushaltsökonomie" dar (MINCER 1980, BECKER 1980, FRANZ 1980, ROTHCHILD 1980). Sie sieht die Familienhaushalte als Einheiten des Arbeitsangebots und der familiären Produktion an, die ihre Ressource

Zeit so für Arbeit einerseits auf dem Arbeitsmarkt, andererseits im Haus und für Freizeit einsetzen, daß der Gesamtnutzen dieser Kombination maximal wird. Der "Fortschritt" gegenüber dem klassischen Ansatz besteht also darin, daß die schematische und ideologische Dichotomisierung von Arbeits- und Freizeit aufgehoben wird, und die unbezahlte Arbeit in der Familie als Variable in das Entscheidungskalkül mit eingeht (vgl. MINCER 1980, S. 42).

Ausgangspunkt war die Bemühung von MINCER (erstmalig 1962, hier zit. nach ders. 1980, S. 41 ff.), zwei widersprüchliche Befunde in einem konsistenten Modell zu interpretieren: Zum einen wurde im Querschnittsvergleich eine inverse Relation zwischen Einkommen des Ehegatten und Erwerbstätigkeit der Ehefrau festgestellt, zum anderen in Längsschnittstudien zwischen 1890 und 1960 in den USA (ebd., S. 42) eine positive Relation zwischen beiden Variablen.

"Superficially, the cross-sectional behavior of females seems similarly capable of being rationalized in terms of a backward-bending supply response, or at least in terms of a positive income elasticity of demand for leisure. Such views, however, are immediately challenged by contradictory evidence in time series. One of the most striking phenomena in the history of the American labor force is the continuing secular increase in participation rates of females, particularly of married women, despite the growth in real income. Between 1890 and 1960 labor force rates of all females fourteen years old and over rose from about 18 per cent to 36 per cent. In the same period rates of married women rose from 5 per cent to 30 per cent, while real income per worker tripled...The apparent contradiction between time series and cross sections has already stimulated a substantial amount of research" (MINCER 1980, S. 42).

MINCER erklärt den Befund der wachsenden Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen analog obigem Schema durch die höheren Nettolöhne im Verlauf des 20. Jahrhunderts, die zum Ansteigen der Opportunitätskosten der Zeitverwendung für Freizeit und Hausarbeit, damit zum Überwiegen des "Substitutionseffekt über den Einkommenseffekt" führten.

An diesem Erklärungsansatz fällt der mangelnde empirische Gehalt der volkswirtschaftlichen Modelle des Entscheidungskalküls auf, so daß das Modell "alles und nichts" erklärt:

Zunächst wird eine Wahlfreiheit des Entscheidungssubjekts bezüglich der Entscheidung zwischen den drei Verwendungsweisen der Zeit vorausgesetzt. Je nach Stärke des "Einkommenseffekts" bzw. "Substitutionseffekts" sollen nun steigende Lohnsätze für Erwerbsarbeit einmal zu sinkender, das andere Mal zu steigender Erwerbsbeteiligung führen. Warum im letztem Fall der Substitutionseffekt überwiegt, warum also steigende Löhne einen Anreizcharakter für Erwerbsbeteiligung haben, darüber wird in dem Modell keine Aussage gemacht. Die Richtung des Gesamteffekts bleibt unbestimmt. Warum in einer historischen Phase resp. im Querschnitt der Einkommenseffekt dominant ist, im Zeitvergleich der letzten 30 Jahre der Substitutionseffekt, kann nur durch eine sozialhistorische Analyse geklärt werden.

Soziale, kulturelle und ideologische Einflüsse auf die individuelle Wahlentscheidung, die sich im Zeitverlauf ändern, werden jedoch in den mikroökonomischen Modellen ceteris paribus, also konstant gesetzt und ausgeklammert. Als Beispiel sei hier ein Vertreter dieser Schule, ROTHSCCHILD 1980 (S. 252) zitiert:

"...married women, particularly of women with small children. Depending on the husband's wages, the social attractions, and the quality of work they can perform they will want to go out for work. But domestic tasks will set a high preference for a short work day. Optimising behavior would lead to position R in Figure 3, but the actual choice has to be a 'normal' available part-time job at P, (When the preference for domestic time is less urgent the 'optimum' point R can lie to the left of P and one has to work a bit less than desired..."

Hier wäre gerade erklärungsbedürftig, warum die Präferenz für Hausarbeit "weniger dringlich wird".

Gerade der sozialhistorische Befund zur Frauenerwerbsarbeit legt also eine sozialhistorische Perspektive nahe, die den kulturellen Wandel in der Orientierung zu den unterschiedlichen Arbeitsformen

thematisiert. Die Bewertung der Erwerbsarbeit gegenüber der familialen Arbeit wird auch in den genannten Modellen implizit unterstellt, nämlich als wandelnde "Präferenzen", ohne sie jedoch einer Analyse

Wert zu befinden. Individuelles Verhalten in bezug auf Arbeit ist also sehr viel komplexer, als es die ökonomische Nutzenmaximierungs-Prämisse besagt.

- Einen Versuch der Interpretation der Arbeitsrollenteilung zwischen den Geschlechtern ausgehend vom selben neoklassischen Bezugsrahmen stellt die Theorie der Zeitallokation dar, die MINCER 1980 im Anschluß an obige Überlegungen vorschlägt (siehe auch BECKER 1980, S. 52 ff.):

Er konzeptualisiert die Institution Ehe als Zwei-Personen-Unternehmen, in dem Mann und Frau gegenseitig ihre spezifischen Leistungen tauschen. Demnach stellen Ehefrauen ihre Gatten als Einkommensbezieher für Erwerbsarbeit an, weil der Nutzen daraus für Männer höher ausfällt als der für Frauen. Im Austausch damit beschäftigen Männer ihre Frauen für Haushaltsleistungen und Kinderbetreuung, weil die dazu nötigen Voraussetzungen für Männer durch ihre Teilnahme an Erwerbsarbeit gemindert sind. Die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten aus Erwerbsarbeit für Männer und Frauen werden dabei den geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Investitionen in Humankapital zugeschrieben, die für die Nachfrage der Erwerbsarbeit eine unterschiedliche Produktivität der Arbeit ergeben. Der Gewinn, den Mann und Frau aus der Komplementarität der Arbeitsrollen in der Familie ziehen, unterstellt also das Einkommensdifferential aufgrund der geringeren Berufsorientierung der Frau, womit sich diese Erklärung der Gefahr der Zirkularität aussetzt.

Unterstellt man diese Prämissen, erhält man eine Erklärung für den phasenspezifischen Verlauf der Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen während des Familienzyklus (vgl. 4.4.3.4.1.) bzw. für die steigende Erwerbsbeteiligung mit abnehmender Kinderzahl, nicht aber für die Niveauanhebung der Erwerbsbeteiligung aller Altersgruppen der verheirateten Frauen und aller Gruppen von Müttern.

- Aus diesem Ansatz kann auch auf die Bedeutung des Ausbildungsabschlusses, allgemein der beruflichen Qualifikation für die Aufnahme von

Erwerbsarbeit geschlossen werden. Eine höhere berufliche Qualifikation steigert nämlich nach der "Ressourcen- oder Investitionshypothese" den spezifischen Grenznutzen des Einsatzes dieser Qualifikation, also auch der Erwerbsarbeit für verheiratete Frauen.

Die starke Zunahme der Bildungsbeteiligung von jungen Mädchen zwischen 1960 und 1980, die parallel zur Zunahme der Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen in den späteren Jahrgängen verlief, kann auch tatsächlich empirisch belegt werden (vgl. TESSARING 1981, S. 82 ff. und ENGELBRECH 1983, S. 165 und 4.4.2. Zunehmende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Mädchen und Frauen indizieren gleichermaßen den in einem cultural lag zeitverschobenen Übergang von der Statuszuschreibung zu individualistischen Wertorientierungen und zum Statuserwerb. HÖHN 1982 (S. 297) konnte diese historische Entwicklung an verschiedenen Ländergruppen belegen, die sich zur Zeit in unterschiedlichen Stadien des Modernisierungsprozesses der Arbeit befinden: Mit steigender Bildung beteiligen sich immer mehr Frauen am Erwerbsleben.

In Querschnittsvergleichen ist allerdings die Erklärungskraft der Anzahl der Schuljahre als Operationalisierung der beruflichen Qualifikation für die Streuung in der Erwerbsbeteiligung relativiert worden (vgl. HÜBLER 1983, S. 307 und ENGELBRECH 1983, S. 165).

Als kritisches Resümee aus der Synopse unterschiedlicher angebotsorientierter Erklärungsansätze für die zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen läßt sich festhalten:

Den sozialen Wandel in der Orientierung zu familialer und Erwerbsarbeit, der den veränderten Wahlentscheidungen zwischen Erwerbsarbeits- und Hausarbeitszeit sowie der erhöhten Bildungsbeteiligung zugrundeliegt, können die nur auf das Individuum bezogenen angebotsorientierten Modelle kaum erklären. Die individuelle Bewertung des materiellen und immateriellen Nutzens von Kindern, familialer und Erwerbsarbeit bildet sich in einem Sozialisationsprozeß im Kontext mit der gesamtgesellschaftlich dominierenden Wertorientierung zur Familie und Erwerbsarbeit heraus. Der Wandel in diesem Bereich muß mit einer sozialhistorisch orientierten Perspektive angegangen werden (vgl. auch SCOTT/TILLY in AMSDEN 1980, S. 25 ff.).

4.4.5. Der soziokulturelle Wandel in der Arbeitsorientierung - ein zentraler Faktor für die zunehmende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen

In den Kapiteln über die Verschiebungsprozesse zwischen verschiedenen Arbeitsformen in der sozialen Arbeitsteilung, v.a. in Kapitel 3, wurde im Anschluß an DURKHEIMS Bezugsrahmen eine strukturell-funktionale Perspektive zugrundegelegt: Verschiedene Arbeitsformen sind demnach aufgrund ihrer spezifischen Arbeitsmuster für verschiedene funktionale Erfordernisse der jeweiligen Institutionen und damit der Gesellschaft insgesamt unterschiedlich geeignet. Verschiebungen zwischen diesen Bereichen wurden anhand von massenstatistischen Daten für die Aggregatgrößen im Beschäftigungssystem dargestellt.

An den nachfrage-orientierten Erklärungsansätzen der Frauenerwerbsarbeit wurde nun kritisch festgehalten, daß die Bereiche struktureller Veränderungen in der Arbeitsteilung und des individuellen Erwerbsverhaltens ungenügend verknüpft wurden. Die zunehmende Verschiebung von unbezahlter familialer Arbeit auf bezahlte Arbeit, die mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen verbunden ist, wird jedoch nur möglich durch eine Wechselwirkung zwischen individuellem Handeln der betreffenden Frauen und ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit.

Die Motivation der Frauen für ein verändertes Erwerbsverhalten dürfte sich nach den vorausgegangenen empirischen Befunden und Plausibilitätsüberlegungen hauptsächlich über veränderte Arbeitswerte vollziehen. In diesem Kapitel wird ein solches Analysekonzept für die steigende Erwerbsbeteiligung vorgeschlagen.

Schon WEBER 1904 ging ja davon aus, daß eine bestimmte religiös gefaßte Änderung der Lebensauffassung, die Entstehung der calvinistischen Leistungsethik, für die Transformation des Wirtschaftssystems eine sozialhistorische Bedingung war.

Werte allgemein werden hier verstanden als gesellschaftlich vermittelte Konzeptionen, die das individuelle Handeln lenken und Entscheidungen über Handlungsweisen ermöglichen. Solche Werte weisen ein hohes Maß

an Stabilität im Lebenszyklus auf: Die v.a. im jungen Alter ausgebildeten Wertorientierungen werden später allenfalls modifiziert. Daraus ergibt sich die Bedeutung des Generationswechsels für veränderte Wertorientierungen.

Im Gegensatz zu einem Teil der amerikanischen Diskussion (vgl. TIFFANY 1970, den Begriff "work commitment" und den Literaturüberblick bei HEINEMANN 1980/1, S. 150) werden Arbeitswerte hier also nicht als konstante Persönlichkeitsmerkmale verstanden: Sie dürfen vielmehr in Prozessen der Sozialisation, Enkulturation und Personalisation von Individuen mehr oder weniger vollständig als handlungsführende Maximen angenommen worden sein. Sie unterliegen damit dem Wertewandel in der Gesamtgesellschaft (vgl. WEBER 1947; für die aktuelle Diskussion vgl. INGLEHART 1971/1977, ENGFER et al. 1983, KREUTZ 1979 und 1981b). Zudem werden sie in der Lebenspraxis der Individuen vielfältigen situativen Zwängen ausgesetzt und dementsprechend von den handelnden Personen, auch in Abhängigkeit von deren kumulierten Erfahrungen, interpretiert und variiert: Dies ist bspw. für erwerbstätige Hausfrauen, die längere Zeit erwerbslos und im Haushalt tätig sind, und die ihre Orientierung zur Erwerbsarbeit der neuen Situation anpassen, belegt worden (vgl. 4.4.1.).

Im Anschluß an den theoretischen Bezugsrahmen von PARSONS werden die kulturell vermittelten Arbeitswerte als Maßstab der evaluativen Orientierung von Individuen zur Arbeit verstanden: Sie legen u.a. Einflußfaktoren mit fest, wie die verschiedenen möglichen Handlungsalternativen kognitiv perzipiert werden und welche Auswahl daraus nach einer vergleichenden Abwägung vom Akteur getroffen wird. Bereits die Wahrnehmung der vom Beschäftigungssystem gebotenen Möglichkeiten und Beschränkungen unterliegt also der selektiven, durch die jeweilige dominante Arbeitsorientierung gesteuerten Perzeption. Nur dieser Ansatz kann erklären, warum trotz sinkender Arbeitsmarktchancen gerade für bestimmte Teilgruppen der verheirateten Frauen die Erwerbsbeteiligung dieser Gruppen noch zunahm.

Über die Entwicklung der dominanten Arbeitswerte in der Bundesrepublik gibt es nun in der wissenschaftlichen Diskussion eine breite, nicht entschiedene Kontroverse (vgl. z.B. OFFE 1972, GORZ 1973, KREUTZ 1979, ENGFER et al. 1983), in die hier nicht eingegriffen werden soll.

Im Anschluß an DURKHEIMs und WEBERs Ansatz und im Kontrast zu aktuellen Diskussionslinien (vgl. ENGFER et al. 1983, S. 434 f.) wird jedoch davon ausgegangen, daß das Leistungsprinzip nach wie vor das zentrale Legitimationsprinzip der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ist und darin von der Majorität der Arbeitnehmer auch subjektiv anerkannt und als Handlungsmaxime geteilt wird. ENGFER et al. 1983 weisen darauf hin, daß in jüngster Zeit die Entstehung einer größeren Pluralität an Arbeitswerten empirisch zu belegen ist (43), also zusätzlich zu den konventionellen leistungsethischen Arbeitswerten sich in zunehmendem Maß v.a. in der jüngsten Arbeitsgeneration unkonventionelle Wertmuster ausbilden, in denen die Arbeit von arbeitsfernen Lebensbereichen her perzipiert und bewertet wird. Allerdings hat die Untersuchung gerade der Mitarbeiter in alternativen Projekten (vg. 3.3.2. und KREUTZ et al. 1984) gezeigt, daß traditionelle leistungsethische Werte hier nur mit neuen Inhalten gefüllt und interpretiert werden.

Gerade für verheiratete Frauen dürfte nun die Verbindlichkeit der konventionellen Arbeitswerte, die die Orientierung an beruflichen Karrieremustern nahelegen, relativ gering sein. Im Gegensatz zum erwachsenen Mann, für den nach wie vor die Ausübung von bezahlter Erwerbsarbeit als zentraler Lebensinhalt als selbstverständliche Norm erwartet wird, gibt es für die Frau in der modernen Industriegesellschaft ungleich größere Verhaltensspielräume für die Entscheidung zwischen verschiedenen Arbeitsrollen. Dementsprechend vielfältig sind die Typen und Muster des weiblichen Erwerbsverhaltens.

(43) Vgl. ebd., S. 442. In einer Repräsentativumfrage unter 19-60-jährigen, ausschließlich abhängig beschäftigten Arbeitnehmern (über 19 Std. pro Woche) im Herbst 1981 stellten sie bei einem Drittel der Befragten die konsistente Entscheidung für konventionelle Leistungsethik fest, bei 17% eher eine "Libertäre", unkonventionelle Arbeitsorientierung (ebd., S. 437).

Die Extreme der Orientierungen zu Familie und Beruf liegen bei Frauen so sehr viel weiter auseinander als bei Männern. Diese relativ freie Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Arbeitsformen, somit die Bedeutung von motivationalen Orientierungen zur Erwerbsarbeit, wurde für die Frau erst mit ihrer Herauslösung aus traditionellen familiären Rollenbezügen geschaffen. Mit der arbeitsteiligen Differenzierung moderner Gesellschaften ist nach DURKHEIMS Ansatz die Ablösung der Individuen von der Statuszuschreibung und die Entstehung des neuen Regulationssystems eigener Art von individualistischen Wertorientierungen verbunden. Für Frauen tritt diese Entwicklung mit einem cultural lag ein: Erst in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, noch deutlicher ab Mitte der 60er Jahre ist der Lebenszyklus und die Arbeitsrolle der Frau nicht mehr so sehr durch ihren familiären Status determiniert, sondern offen und von ihrer Arbeitsorientierung abhängig.

Hier wird nun davon ausgegangen, daß die Wertorientierungen zur Arbeit, insbes. was Frauen betrifft, in den Jahren nach 1960 einem sozialen Wandlungsprozeß ausgesetzt waren.

"Für die Prüfung, ob ein 'altes' durch ein 'neues' Wertmuster im Generationenwechsel ersetzt wird oder ob sich eine Pluralität von Wertmustern ausbildet, gibt es nur einen methodisch korrekten Weg: Längsschnittvergleiche, d.h. die Anwendung desselben Instrumentariums zu verschiedenen Zeitpunkten. Derartige Untersuchungen eines Wandels oder einer Differenzierung von Arbeitswerten stehen bislang noch aus" (ENGFER et al. 1983, S. 435).

Auch und gerade im Hinblick auf das Erwerbsverhalten von Frauen herrscht ein Mangel an solchen Längsschnittstudien. So resümiert ENGELBRECH 1983, S. 170 den Forschungsstand kritisch:

"Gegenüber dem Erstellen von Zeitreihen zum Erwerbsverhalten der Frauen blieben vergleichende Verlaufsuntersuchungen zur Erforschung der Ursachen und Auswirkungen von Einstellungsänderungen im Hinblick auf die Beurteilung des relativen Lebensstandards und von Bestrebungen, durch Beteiligung am Erwerbsleben einen Beitrag zur Emanzipation in der Gesellschaft zu erreichen, weitgehend vernachlässigt."

Diesem Mangel kann in dieser Arbeit nicht durch eine eigene empirische Untersuchung abgeholfen werden, wohl aber durch eine Synopse der empirischen Befunde zu den motivationalen Arbeitsorientierungen von erwerbstätigen, insbesondere verheirateten Frauen im fraglichen Zeitraum.

4.4.5.1. Empirische Befunde zu Arbeitsorientierungen verheirateter erwerbstätiger Frauen

So vielfältig die auf das Individuum bezogenen und sozialintegrativen Funktionen von Erwerbsarbeit sind (vgl. den Überblick in meiner Diplomarbeit 1980 und HEINEMANN 1980/1, S. 230 ff.), so vielfältig sind auch die darauf bezogenen beruflichen Werterwartungen, auch von Frauen, die zugleich die Komponenten der motivationalen Orientierung zur Erwerbsarbeit darstellen. Diese sind für Frauen nur komplementär zu den Verhaltensorientierungen im familiären Bereich, also zur familialen Arbeit zu verstehen. Die Arbeitsorientierung von Frauen läßt sich daher in zweierlei Hinsicht differenzieren:

1. In die jeweilige Erwerbsbindung, d.h. die Bindung an die Erwerbsarbeitsrolle (43), die in einem komplementären Verhältnis zur Bindung an die familiäre Arbeitsrolle steht.
2. Die Werterwartungen an Erwerbsarbeit von Frauen beinhalten verschiedene Komponenten (vgl. HEINEMANN 1980/1, S. 29 ff.), insbes. ökonomische, soziale und individuelle.

4.4.5.1.1. Die ökonomische Motivation für Erwerbsbeteiligung

Sie steht in den angebotsorientierten Erklärungsansätzen im Mittelpunkt. Das Motiv der materiellen Existenzsicherung bei der Aufnahme von Erwerbstätigkeit steht für all die Frauengruppen im Vordergrund, denen keine Alternativrollen zur Verfügung stehen, also insbes. für ledige, geschiedene und verwitwete Frauen ohne Unterhaltsanspruch.

(43) Als ähnlicher aber nicht deckungsgleicher Begriff wird in der Literatur zuweilen "berufliche Orientierung" verwendet.

Eine eigenständige Altersversorgung haben die Frauen selbst heute nur, wenn sie selbst erwerbstätig gewesen waren. So motiviert die dominierende gesellschaftliche Wertorientierung, die familiäre Arbeit nicht oder kaum als Anspruchsberechtigung für soziale Altersversorgungsansprüche o.ä. anerkennt, Frauen auch unabhängig von ihrem Familienstand für Erwerbsarbeit.

Ökonomische Faktoren als relevante Beweggründe für Erwerbsarbeit von verheirateten Frauen wurden in Querschnittsvergleichen durch die Gegenüberstellung der jeweiligen Erwerbsquoten nach dem Nettoeinkommen des Ehepartners belegt. Die Erwerbsbeteiligung ging danach deutlich mit der Höhe des Einkommens des Ehepartners zurück (vgl. WARNKEN 1981, S. 33).

"Nach den Ergebnissen einer Sonderauszählung des Mikrozensus 1976 ergab sich, daß die Frauen von Beamten und Angestellten in den oberen Einkommensgruppen weit seltener einer Erwerbstätigkeit nachgehen als die Frauen von Angestellten und Arbeitern der unteren Einkommensgruppen. Zwar nimmt in allen Bevölkerungsgruppen die Erwerbsbeteiligung der Frauen mit der Zahl der Kinder ab, doch bleibt sie in den unteren Einkommensgruppen der Angestellten und Arbeiter auch dann verhältnismäßig hoch, wenn drei, vier und mehr Kinder zu versorgen sind" (nach: WiSta 1978/8/S. 473).

- Dieselben Ergebnisse im Querschnittsvergleich für 1978 erzielte SCHWARZ 1981 (S. 84).
- 27% der von WELTZ (1971, S. 206) befragten erwerbstätigen Frauen würden nach eigenen Aussagen bei freier Entscheidungsmöglichkeit gern mit Erwerbstätigkeit aufhören, was als Hinweis auf einen primär ökonomischen Zwang zur Erwerbstätigkeit interpretiert werden kann.

Noch immer also scheint das sozialhistorische Verhaltensmodell der "Arbeiterfrau" Gültigkeit für eine sozialstrukturell marginale Schicht der verheirateten Frauen zu besitzen, zumal für die hier nicht näher

analysierten ausländischen Ehefrauen, deren Erwerbsbeteiligung fast durchgängig höher liegt als die der deutschen.

Von der Frauenerwerbstätigkeit selbst geht dabei eine sich selbst verstärkende Wirkung aus: Denn je mehr verheiratete berufstätige Frauen es gibt, desto mehr Doppelverdiener in einem Haushalt gibt es, desto mehr ist die allgemeine Konsumnorm durch einen sehr hohen Lebensstandard geprägt. Der zusätzliche Verdienst der Frau erlaubt die Anschaffung von Autos, die Finanzierung von mehr Urlaubsreisen etc. Dieser allgemein hochgeschraubten Konsumnorm können oder wollen sich nun aber Familien - auch mit Kindern - immer weniger entziehen, so daß auch Mütter erwerbstätig sein "müssen", wenn ihre Familienaufgaben dies eigentlich nicht zulassen. Die höchsten Zunahmen in der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen zwischen 1971 und 1979 gab es so in Familien mit 3 und mehr Kindern unter 15 Jahren (auf 32,7%) und mit 2 und mehr Kindern unter 6 Jahren (auf 33,1%) (vgl. HATZOLD 1981, S. 42).

Zudem ist die ökonomische Motivation zur Erwerbstätigkeit oft nicht Ausdruck einer materiellen "Zwangslage", sondern Ausdruck des Wunsches von v.a. jüngeren Frauen, durch eigene materielle Ressourcen einen eigenen Beitrag zum Haushaltseinkommen zu leisten und ihre Stellung und Unabhängigkeit in Ehe und Familie zu stärken. In diesem Sinn ist die vordergründig ökonomische Motivation nur Symptom einer veränderten familiären Orientierung, auch in Reaktion auf die o.g. gesellschaftliche Minderbewertung familiärer Arbeit. Im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Risiken der Scheidung oder Verwitwung bringt eine Erwerbstätigkeit mehr "Sicherheit".

Daß ökonomische Not die zunehmende Erwerbsneigung allein in keinem Fall erklären kann, geht schon daraus hervor, daß

- die Erwerbsquoten hoch qualifizierter Frauen im Querschnittsvergleich am höchsten sind
- im fraglichen Zeitraum zwischen 1962 und 1981 die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 431 DM durchschnittlich auf 1.834 DM,

also auf das 4,3 fache stiegen (im Vergleich zu einer Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung auf das 2,2 fache) (Zahlen aus: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1982, Tab. 19 und 68).

Richtig scheint demgegenüber zu sein, daß die ökonomische Motivation in den 80er Jahren mit steigender Erwerbslosigkeit an Bedeutung gewinnt. In diesem Fall kann von einer Selbstverstärkung der Arbeitslosigkeit gesprochen werden: Denn als Folge der durch die zunehmende Erwerbsneigung der Frauen mit induzierten Erwerbslosigkeit (vgl. 4.4.4.1.) drängen noch mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt, um das ausgefallene Einkommen der männlichen Familienangehörigen zu kompensieren.

Inmaterielle Motive wie der Wunsch, in der Berufsarbeit Selbstverwirklichung, soziale Integration und Anerkennung als vollgültiges Gesellschaftsmitglied zu finden, sind diesen Folgen "logisch" und historisch auf jeden Fall vorausgesetzt.

4.4.5.1.2. Soziale und psychische Motivationen zur Erwerbsbeteiligung

Eine anders geartete Dimension der Motivation zur Erwerbsarbeit stellt das Motivbündel dar, den eigenen sozialen Status in der Familie und in der gesellschaftlichen Statushierarchie dadurch zu verbessern, daß soziale Kontakte und Interaktionen außerhalb der Familie im Beschäftigungssystem gesucht werden. Nicht die Erbringung von Leistungen in der Erwerbsarbeit, sondern die Teilnahme an den informellen Strukturen im Betrieb oder Büro wäre demnach die dominante Motivation.

I.f. solennun - chronologisch gegliedert - einige empirische Befunde aus Befragungsstudien referiert und verglichen werden, die meine zentrale These abstützen, daß eine solche Motivation zur "konsumtiven Beschäftigung" (vgl. 3.4.) einen zentralen Stellenwert in der Motivation verheirateter Frauen zur Erwerbsarbeit, zumal seit den 60er Jahren einnimmt.

- Nach der zitierten repräsentativen Untersuchung von WELTZ 1971 (S. 201) aus dem Jahr 1969 (N= 3.120 Frauen zwischen 15 und 60, darunter 654 verheiratete erwerbstätige Frauen) treten insbes. für verheiratete Frauen ohne Kinder die soziopsychischen Gratifikationen bei der Entscheidung zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit in den Vordergrund:

Im 20% aller Nennungen der 14-39-Jährigen (N=99) aus dieser Gruppe wurde als Grund für das Verbleiben im Erwerbsleben genannt: "Mein Beruf macht mir Spaß." Von den 40-59-jährigen verheirateten erwerbstätigen Frauen (N=76) wurde in 15% der gesamten Nennungen angegeben: "Ich komme gern mehr unter Leute." Und ein ebenso großer Anteil fiel auf das Item "Mein Haushalt füllt mich nicht aus" (eig. Ber. nach: WELTZ 1971, S. 207). Nicht so stark ausgeprägt erwies sich dieses soziale Motiv zur Erwerbsarbeit bei den erwerbstätigen Müttern (ebd.). Für die Vergleichsgruppe der nicht-erwerbstätigen Frauen faßt WELTZ (S. 208) die Motivationsstruktur so zusammen:

"Die grundsätzliche Einstellung der nichtberufstätigen Frauen zur Berufstätigkeit - losgelöst von augenblicklichen konkreten Gegebenheiten betrachtet - erscheint vor allem eine Frage, wie man zu den inneren und äußeren Anforderungen der Haushaltsführung und Versorgung der Kinder steht. Fühlt man sich durch diese "ausgefüllt", erscheinen diese als die primären und abschließlichen Aufgaben der Ehefrau, so ist für Gedanken an eine berufliche Tätigkeit wenig Raum; ist das nicht der Fall, so erscheint die Berufstätigkeit als eine Chance der Selbsterfüllung, der Bereicherung. Der ökonomische Aspekt scheint hier weitgehend sekundär".

- Der deutsche Psychologe P.R. HOFSTÄTTER befragte in zwei Untersuchungen 1973 und 1975 400 erwerbstätige und Nur-Hausfrauen. Er interpretierte seine Befunde damit, das erstere ihr Selbstbild zunehmend in beruflicher Arbeit gewinnen und sich an Meinungen etc. der Kollegen orientierten. Die Familie verliert demnach an sozial prägender Funktion für Frauen, sie wird für viele erwerbstätige Frauen zu einem marginalen Thema.

- Die Zusatzerhebung zum MZ 1974 gibt Aufschlüsse über die Motivationsstruktur von bisherigen Hausfrauen zur Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit (vgl. SCHWARZ 1981 und Quint. AB 1976/4, S. 47 f.):
Wenn auch finanzielle Motive verschiedener Art mit 65% weit an der Spit-

ze stehen, gaben 9% der befragten Frauen (unterschiedlichen Familienstands) das vielschichtige immaterielle Motiv "Freude am Beruf" an, darunter v.a. mit 47% die Hochschulabsolventinnen und Lehrerinnen. 5% (von den verheirateten Müttern mit einem Kind 8%) (ebd., S. 48) gaben als Motiv für die Rückkehr an, "die Hausarbeit habe sie nicht befriedigt". Zu beachten ist allerdings die Selektion dieser befragten Teilgruppe der erwerbstätigen Frauen nach dem Muster der familialen Orientierung.

- Die US-amerikanische Arbeitswissenschaftlerin IGLEHART 1979 (S. 12 ff.) kritisiert die bisherige Tendenz der einschlägigen Forschung zu Querschnittsstudien, die den zeitlichen Aspekt des Wandels der normativen Struktur notwendig vernachlässigen. Sie referiert (S. 16 ff.) die Ergebnisse einer Replikationsstudie aus zwei national repräsentativen Befragungen aus den Jahren 1957 und 1976 (N=2.460 und 2.264) der erwachsenen Gesamtbevölkerung über 21 Jahre, darunter auch 2 Subsamples mit weißen, kürzlich verheirateten Frauen, die in (auch für die Bundesrepublik) repräsentativen Anteilen, entweder erwerbstätig oder Ganztags-Hausfrauen waren.

Die zwei Erhebungszeitpunkte 1957 und 1976 scheinen geeignet, um den Zusammenhang zwischen den sich wandelnden sozialen Normen zur Erwerbsarbeit von verheirateten Frauen und der Selbstperzeption der Arbeitsrollen zu untersuchen: Während die 50er Jahre in den USA (ähnliches gilt wohl für die Bundesrepublik) vorwiegend eine normative Periode der traditionellen Geschlechterrollen, also der sozialen Diskreditierung der Erwerbsarbeit für verheiratete Frauen waren, die zugleich sich ausbreitende Erwerbstätigkeit also im Rollenset der Frau noch nicht definiert war, hatten sich bis in die 70er Jahre, unter anderem durch das Engagement der Frauenbewegung in den USA, die weibliche Hausarbeit als Ausbeutung angegriffen, die Geschlechterrollen -stereotype in bezug auf Erwerbstätigkeit verwischt.

Während 1957 74% des Frauensamples Nur-Hausfrauen waren, fiel deren Anteil bis 1976 auf 55%. Von den auf einen Anteil von 45% gestiegenen, erwerbstätigen verheirateten Frauen weisen weit mehr Frauen als 1957 eine primär nicht-ökonomische Motivation zur Erwerbstätigkeit auf. Erwerbsarbeit wird danach ergriffen, weil sie Möglichkeiten für Selbsterfüllung und Kreativität und für die Ausbildung der Kompetenzen für ein größeres soziales Umfeld bietet.

"More contemporary wives are also expressing a non-economic commitment to work. Each educational, family income, and youngest child's age level sees an increase in those wives committed to work for nonmonetary motives. Structural variables appear to only slightly differentiate the work commitment attitudes of wives. The high-school-educated, those with low and high family income, and mothers of preschoolers have the largest significant increases in noneconomic work commitment" (IGLEHART 1979, S. 38 f.).

Weitgehend komplementär zu dieser sozialen Motivation zur Erwerbsarbeit verläuft 1976 die Einstellung zur familialen Arbeit. IGLEHART stellt eine enge Korrelation zwischen dem Wunsch der Arbeitsaufnahme und der Einstellung zur Hausarbeit fest (ebd., S. 57). Insgesamt haben mehr moderne verheiratete Frauen eine neutrale oder ambivalente Einstellung zur Hausarbeit. Auch war, unabhängig von Erwerbsstatus, der Prozentsatz der Frauen mit einer positiven Einstellung zu Kindern 1976 wesentlich geringer als 1957 (ebd., S. 74).

IGLEHART interpretiert diese Befunde m.E. schlüssig als Ausdruck eines gesellschaftlich veränderten Rollenbilds der Frau. Wichtig dabei aber scheint v.a. dabei die implizite Wertorientierung zu beiden Arbeitsformen zu sein: Während die familiäre Arbeit der Frau im Haushalt oder bei der Kinderbetreuung zunehmend negativ bewertet wird, ja sogar als "new-social-disease" stigmatisiert wird, wofür IGLEHART zahlreiche Belege und Befragungsergebnisse anführt (ebd., S. 41 ff.), wird komplementär dazu in den 60er und 70er Jahren Erwerbsarbeit sozial aufgewertet: Nur diese außerhalb des Hauses bezahlte Arbeit zählt in diesem neuen Arbeitsrollenklischee als Arbeit, nur ihr stehen monetäre und soziale Ansprüche zu und nur sie gestattet Selbstverwirklichung und das Gefühl der sozialen Nützlichkeit. Für die Nur-Hausfrauen 1976 führte diese veränderte gesellschaftliche Wertorientierung wahrscheinlich zu neuen Rollenkonflikten und damit verbundenen Streß: IGLEHART stellte einen signifikanten Zuwachs der Nur-Hausfrauen fest, die für die Zukunft Erwerbsarbeit planen.

- Die SOFI-Untersuchung von 1978 (SCHÖLL-SCHWINGHAMMER/LAPPE 1978, zit. nach: ENGELBRECH 1983, S. 169) ermittelte 60% der befragten erwerbstätigen Frauen, die aufgrund der finanziellen Seite und des "öffentlichen Charakters" der Erwerbsarbeit diese gegenüber der Hausarbeit vorzogen.
- Die bereits zit. repräsentative Befragung von HEINEMANN et al. 1980 (vgl. 4.4.1. und FN 23) für die Erhebungszeitpunkte 9/1977 und 3/1978 stellte als dominante Werterwartung der befragten Frauen (unabhängig vom Erwerbs- und Familienstatus) neben dem Motiv der Alterssicherung das oben charakterisierte soziale Motiv der Teilnahme an den betrieblichen Interaktionsstrukturen fest.

"Die Untersuchung der Motive für die Erwerbstätigkeit... ergab als dominierende berufliche Werterwartungen von Frauen den Wunsch, durch außerhäusliche Tätigkeit eine Alterssicherung zu gewinnen... Unter den Ansprüchen an den Arbeitsplatz steht bei den befragten Frauen der Wunsch nach einem guten Verhältnis zu Vorgesetzten und Kollegen als Ausdruck einer expressiv-emotionalen Einstellung gegenüber Arbeit und Beruf an erster Stelle" (HEINEMANN et al. 1980/1, S. 579 f.).

55% der (statusstabilen) erwerbstätigen Frauen nannten als berufliche Werterwartung, "unter Menschen zu sein" und ebenfalls 51% der statusstabilen Nur-Hausfrauen. 40% der erwerbstätigen Frauen erwarteten von Erwerbsarbeit, "im Beruf von andern anerkannt zu sein" und noch 24% der Hausfrauen teilten dieses Motiv (HEINEMANN et al. 1980/2, S. 41). 83% (86%) der befragten erwerbstätigen und Nur-Hausfrauen hielten ein "gutes Verhältnis zu Vorgesetzten und Kollegen für wichtig" (ebd. S. 43).

Von den erwerbstätigen Frauen wiesen 1977/78 v.a. die 20-30-jährigen mit 63%/66% gegenüber 41%/43% der 45-60-jährigen der erwerbstätigen Frauen eine hohe berufliche Grundorientierung auf (ebd. S. 34), was auf die Bedeutung des Generationenwechsels und damit der sozialhistorisch unterschiedlich dominanten gesellschaftlichen Wertorientierung zur Arbeit verweist (vgl. auch ENGFER et al. 1983, S. 439).

4.4.5.2. Der soziale Wandel in der Bewertung von familialer und Erwerbsarbeit seit den 60er Jahren als Einflußgröße für die zunehmende Motivation verheirateter Frauen zur Erwerbsarbeit

An diesen empirischen Befunden zur Motivationsstruktur verheirateter erwerbstätiger Frauen zeigt sich, daß die These von DAHRENDORF vom letzten Deutschen Soziologentag 1982 in Bamberg:

"Die Arbeitslosigkeit ist nur der sichtbare Ausdruck einer viel weitergehenden Reduktion der Arbeit in modernen Gesellschaften"

eher umgekehrt werden muß. Die Erwerbsarbeit hat keineswegs ihre prägende Kraft auf die moderne Industriegesellschaft verloren, im Gegenteil: In der zunehmenden Berufsarbeit von Frauen und abnehmenden Bedeutung der Mutter- und Hausfrauenrolle reflektiert sich ein umfassender Wandlungsprozeß in der individuellen und gesellschaftlichen Bewertung von familialer und Berufsarbeit.

Seit Beginn der 60er Jahre setzt in allen modernen Industriegesellschaften, bes. aber im Gefolge der sozialliberalen "Reformpolitik" seit Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik, ein Wandlungsprozeß im kulturellen Verständnis der Arbeit ein, der an programmatischen Stellungnahmen der Regierung (44), der Parteien und des Programms des DGB für Arbeitnehmerinnen von 1972 belegt werden kann:

"Die berufliche Tätigkeit der Frauen ist für die Frauen selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Volkswirtschaft unentbehrlich, für die Gesellschaft notwendig. Die Frauen sichern durch berufliche Tätigkeit nicht nur ihre Existenz; sie entwickeln durch sie ihre Fähigkeiten und erhalten Impulse zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Die Volkswirtschaft kann auf die Leistungen der Frauen heute weniger denn je verzichten...Das Vorurteil gegen die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen steht im Gegensatz zu den Erfordernissen der heutigen Gesellschaft und ist abzubauen...Berufliche Tätigkeit stärkt auch in dieser Lebenssituation das Selbstbewußtsein, schafft neue Kontakte zur Umwelt und trägt entscheidend zur sozialen Sicherheit und persönlichen Zufriedenheit bei"
(Programm des DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES FÜR ARBEITNEHMERINNEN - Grundsätze und Forderungen nach: WEBER M. (Hg.) 1976, S. 153, 154, 155).

(44) Vgl. z.B. den Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Frage: Frau und Gesellschaft 1975 nach: Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages 1977, bes. S.9 und 29.

Berufliche, für den Markt geleistete Arbeit wird in solchen Stellungnahmen tendenziell als die primäre Weise der Identitätsverwirklichung und Entwicklung sozialer Kompetenzen dargestellt und überhöht, Arbeit die im Kontext der Familie geleistet wird, zugleich abgewertet. Dies spiegelt sich in veränderten Rollenorientierungen von vielen Frauen wieder, die in erhöhtes Arbeitsangebot und verändertes Phasenerwerbsverhalten münden.

Die statistische Darstellung der Zeitreihen der drei Größen: Geburtenentwicklung, Scheidungshäufigkeit und Erwerbsquoten verheirateter Frauen mittlerer Jahrgänge hat gezeigt, daß alle Variablen ungefähr seit 1965 untereinander hoch korrelieren (vgl. Schaubild 19). Dies scheint wie die zitierten Befunde von IGLEHART und anderen auf einen Mitte der 60er Jahre einsetzenden Wandel in der Wertorientierung in der Gesamtgesellschaft und bei Frauen in bezug auf Familie und berufliche Arbeit hinzuweisen.

Für den Zusammenhang zwischen Abnahme der Geburtenhäufigkeit und Zunahme der Erwerbsquoten sind zwei Wirkrichtungen maßgeblich: Zum einen konnten mehr Frauen in das Erwerbsleben eintreten, weil sie weniger Kinder zu betreuen hatten; zum anderen wollten sie, um erwerbstätig sein zu können, weniger Kinder haben.

Wie weit diese Entwicklungen auf einen freien Entschluß der betroffenen Frauen zurückgingen, ist schwer zu entscheiden. Zutreffender scheint die Annahme zu sein, daß sich gesamtgemeinschaftlich, auch durch die politischen Instanzen seit den 60er Jahren gefördert, ein Wertwandel in bezug auf Familie und Beruf durchgesetzt hat, der seinen Ausdruck auch in finanziellen Benachteiligungen und gesellschaftlicher Diskriminierung von Müttern (z.B. am Wohnungsmarkt) fand.

Über die Frage, ob die beobachtete Steigerung des Anteils berufstätiger Frauen in den mittleren Jahrgängen, Mütter von Kleinkindern inbegriffen, auf ökonomischen Zwängen oder auf einer freiwilligen Abkehr von Familienbetreuung und Hausarbeit beruht, gibt es in der

einschlägigen Literatur eine breite, nicht entschiedene Diskussion (vgl. WOLFMAYER 1981/56, S. 21 ff.).

Die Alternative scheint aber, aus den Überlegungen (vgl. 4.4.5.1.1.) über die gesellschaftliche Diskriminierung von Müttern hervorgeht, so nicht richtig gestellt zu sein. Der gesamtgesellschaftlich und staatlich geförderte Wertewandel schafft eben für die betroffenen Mütter und Frauen Bedingungen, die wie "Sachzwänge" wirken können.

So weist etwa SCHMID 1980, S. 98 auf die Reform des Eherechts 1977 hin, wonach im Trennungsfall der geschiedenen Frau eine Erwerbstätigkeit zugemutet werden kann. Die außerordentliche Steigerung der Erwerbsneigung der 15-65-jährigen geschiedenen Frauen auf 76% kann in diesem Zusammenhang interpretiert werden.

Die Mobilisierung der "Arbeitskräfte-Reserve" der verheirateten Frauen zur Erwerbsarbeit durch staatliche Institutionen als Reaktion auf die relative Arbeitskräfte-Knappheit der 60er Jahre, die ihren Ausdruck auch in der normativen Orientierung zahlreicher arbeitsmarkttheoretischer Studien fand (vgl. z.B. FREISBERG 1981), schuf einen weiteren motivationalen Anreiz.

Gestützt werden die Vermutungen über die Bedeutung des kulturellen Wandels in der Wertorientierung zu familialer und Erwerbsarbeit schließlich durch einen Querschnittsvergleich (für 1979) der Ländergruppen, die unterschiedlichen Wertmustern in der familialen und Erwerbsarbeit-Orientierung zuzuordnen sind.

"Bereits hier kann man verschiedene Ländergruppen unterscheiden. Diejenigen mit einem hohen Niveau der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, denen sich kürzlich, und zwar erstaunlich schnell, ihr Nachbarland Norwegen anschloß. In Schweden und Dänemark stehen 60% aller verheirateten Frauen im Erwerbsleben. Die Länder mit niedriger Erwerbsbeteiligung der Frauen kann man nicht so leicht geographisch gruppieren. Italien kann man hier als Repräsentant der anderen Mittelmeerländer ansehen. Die niedrigste Quote findet man für Irland" (HÖHN 1982, S. 291).

Schließlich ist in den meisten sozialistischen Ländern die Erwerbsbeteiligung der Frauen weitaus höher als im Westen (vgl. Mitt. AB 1975/1/S. 49). Die volle Eingliederung der Frauen in die Erwerbsarbeit wird im Wertmuster der marxistisch-leninistischen Ideologie als Voraussetzung der Gleichberechtigung und ihrer Selbstverwirklichung angesehen. Familiäre Werte werden damit zugleich in den Hintergrund gerückt.

Versuch einer Zusammenfassung:

Die arbeitsgesellschaftlichen Werte, deren Bedeutung für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft Max WEBER entwickelte, haben also keineswegs ihren Stellenwert eingebüßt, wie einige (vgl. ENGFER et al. 1983) Ausführungen auf dem Deutschen Soziologentag 1982 nahelegten.

Wie in der "protestantischen Ethik" rückt also berufliche, für materielles Entgelt geleistete Arbeit in den Mittelpunkt des Sinnverständnisses, ohne daß damit jedoch die traditionellen Inhalte dieser Werte Leistungsmotivation, Disziplin etc. in jedem Fall handlungsführende und -motivierende Kraft besitzen. So nahm im Zeitraum 1960-1982 der Anteil der Befragten, die dieser "Leistungsorientierung" gegenüber der "Genuß-Orientierung" zuneigten, von 61% auf 38% ab (ALLENSBACH 1960 und EMNID 1982) (44).

Die Hypostasierung der beruflichen Arbeit als der Weise der Identitätsverwirklichung und die damit verbundene Abwertung aller Arbeit, die im Kontext der Familie geleistet wird, legt es insbesondere für verheiratete Frauen nahe, Ansprüche auf die Verfügung über einen Platz im Beschäftigungssystem zu stellen, über dessen Besitz man gesellschaftliche Anerkennung erhalten resp. sich bewahren will, auch wenn im Vergleich zu Mitbewerbern auf einen Arbeitsplatz, bspw. zu ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik (vgl. zur "erzwungenen Arbeitsteilung") in vielen Fällen kein ökonomischer Zwang zur Erwerbstätigkeit besteht (vgl. 4.4.5.1.1.) und auch oft als Resultat der Restriktionen der Doppelrolle weniger an Arbeitsleistung und Leistungsmotivation aufgebracht wird. Trifft diese

(44) Zit. nach OPASCHOWSKI 1983: Arbeit. Freizeit. Lebenssinn? Orientierungen für eine Zukunft, die längst begonnen hat. Opladen.

Vermutung zu, könnte in der Dominanz arbeitsgesellschaftlicher Werte, ohne daß deren ursprünglichen Inhalte in jedem Fall handlungsrelevant sind, auch ein Moment der Verursachung von Erwerbslosigkeit für diese Gruppen liegen.

4.4.6. Die zunehmende Erwerbsneigung verheirateter Frauen: eine Störung des komplementären Verhältnisses von Erwerbsarbeit und familialer Arbeit mit Erwerbslosigkeit als möglicher sozialer Folgewirkung

Durch die zunehmende Erwerbsneigung innerhalb bestimmter sozialer Gruppen, von denen hier als wichtigste die Frauen behandelt wurden, kann das komplementäre Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit, das für das Funktionieren beider Formen von Arbeit notwendig ist (vgl. 1.3.1.), gestört werden.

4.4.6.1. Die Störung der familialen Arbeitsaufgaben

Personalener Ausdruck dieser Störung ist der Interrollenkonflikt der verheirateten, berufstätigen Frau, der die Aufgabenerfüllung sowohl in Familie als auch in Beruf schwer belastet, und zwar zum einen aufgrund der zeitlichen Addition beider Aufgaben, aber auch wegen des inhaltlichen Konflikts zwischen gegensätzlich strukturierten Verhaltensorientierungen und Anforderungen der beruflichen und familialen Arbeit (vgl. 3.3.3.1.).

Die gesamte durchschnittliche Hausarbeitszeit von Ehefrauen ist trotz der Mechanisierung der Hausarbeiten für 1973 (resp. 1974) mit 39,5 Stunden für alle berufstätigen Ehefrauen immer noch beträchtlich und liegt weit über der durchschnittlichen wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit von 34,3 Stunden (vgl. zu den Quellen S. 328). Zudem sind in diesem restriktiven Begriff von Hausarbeit alle bspw. mit der Sozialisation verknüpften Arbeitsaufgaben noch nicht enthalten.

D.h.: Trotz der zunehmenden Auflösung der Geschlechtsrollen-Stereotype wird auch von erwerbstätigen Hausfrauen immer noch die primäre Verantwortung für Hausarbeit und Kinderbetreuung erwartet (vgl. auch HEINEMANN 1980).

Die These, daß die leichter gewordene Hausarbeit die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit auch für Frauen schaffe (vgl. FREISBERG 1981, S. 141), wird durch das auf S. 328 vorgestellte Datenmaterial entkräftet. Die Doppelbelastung von vollzeit-erwerbstätigen (45) Ehefrauen durch effektiv durchschnittlich 34,3 Stunden für Erwerbsarbeit und 22,4 Stunden für Hausarbeit (für 1974) ist immer noch beträchtlich. Die Summe daraus beträgt immerhin 56,7 Stunden. VANEK nannte für die USA eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 70 Stunden (vgl. AMSDEN 1980, S. 33).

Bei beschränkten Zeit-Ressourcen geraten beide zeitintensiven Aufgaben in einen Widerspruch, der wohl oft zu Lasten der familialen Arbeit bewältigt wird (vgl. WEITZEL 1980, S. 28).

Hausarbeit und Kinderbetreuung sind zeitlich durch natürliche und soziale Eigenrhythmik und spontane Bedürfnisse strukturiert, während der soziale Wandel in den Arbeitsformen zur Auflösung der personen- und aufgabenbezogenen Arbeit bei der häuslichen Erwerbstätigkeit und zur Herausbildung einer "linearen Zeit" unabhängig von inhaltlichen Bezugspunkten führte. Der Wechsel von erwerbstätigen Frauen zwischen Arbeitsaufgaben mit zyklischer und linearer Zeitstruktur bzw. das Erfordernis ihrer simultanten Bearbeitung bringt nun für sie - zumal Mütter - große Belastungen mit sich. Die individuellen Bewältigungsmuster dieses Rollenkonflikts sind vielfältig: "Simultantätigkeiten", "Zeitvertiefung", Auslagerung von Haushalts- und Erziehungsfunktionen...

"Besondere Bedeutung für die Belastung der Familie scheint die ... Strategie zu haben, angesichts knapper Zeit durch die intensive Nutzung verfügbarer Zeiträume die Fülle familialer Reproduktionsaufgaben zu bewältigen. Dies geschieht in Form der 'Zeitvertiefung', die oft auch außerhalb der Familie als typisch für den Umgang mit der Zeit in hochindustrialisierten Ländern gelten kann ... Die Mehrfachstätigkeit wirkt sich im Familienalltag u.a. als Verstärkung der reinen Arbeitsbelastung durch erhöhte Anforderungen an Aufmerksamkeit und Konzentration aus (z.B. gleichzeitig Essen kochen, Kinder beaufsichtigen..." (WEITZEL 1980, S. 60).

(45) Der Anteil der Teilzeit-Beschäftigten bspw. bei Müttern mit Kindern unter 15 Jahren war auch 1982 mit 32% noch vergleichsweise gering (vgl. STAT. BUNDESAMT 1983c, S. 162).

Da aber bei all diesen Reaktionsmustern trotzdem nur noch wenig Zeit für Familie, Erholung und persönliche Interessen bleibt, ist damit auch eine Voraussetzung für die adäquate Aufgabenausführung in der eigenen Erwerbsarbeit (oder der des Mannes) gefährdet. 38% der erwerbstätigen Ehefrauen gaben 1972 an, daß ihnen "neben der beruflichen Tätigkeit nicht genügend Zeit für Familie, Erholung und persönliche Interessen bleibt" im Vergleich zu 26% der erwerbstätigen Ehemänner (nach BALLERSTEDT/GLATZER 1979, S. 222; vgl. S. 328).

Durch die Mechanisierung des Haushalts wird also zwar zunehmend die zeitliche Möglichkeit für die seit den 60er Jahren stark zunehmende Erwerbstätigkeit von Ehefrauen geschaffen, doch verläuft der Ersatz von Haus- durch Erwerbsarbeit keineswegs konfliktfrei. Die zeitlich relativ fixen und linear strukturierten Anforderungen an das Zeitbudget durch Erwerbsarbeit gehen auf Kosten der Zeit für Familie und Erholung.

"Hausarbeit" als Voraussetzung und komplementäre Gegenform zur beruflichen Arbeit kann also nicht beliebig abgebaut werden, ohne daß dies Rückwirkungen auf die Aufgabenerfüllung im Beruf und der Familie, damit aber auch auf die berufliche Rollenerfüllung der erwerbstätigen, von der Mutter und Ehefrau betreuten Familienangehörigen hat (vgl. dazu BECK-GERNSHEIM 1981, S. 40 ff.).

4.4.6.2. Beschränkungen des Erwerbsarbeitsvermögens von verheirateten Frauen als Resultat des Interrollenkonflikts

Mit einer historisch entwickelten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die die komplementären Arbeitsformen primär den beiden Geschlechtern zugeordnet hat, sind auch die Persönlichkeitsstruktur, die Bedürfnisse, die Eigenschaften und Fähigkeiten vieler Frauen durch ihre familialen Funktionen geprägt, die sie wiederum für die erwerbswirtschaftliche Konkurrenz weniger geeignet machen (vgl. BECK-GERNSHEIM 1981, S. 9). Die betrieblichen Rekrutierungsstrategien stellen sich auf diese Voraussetzungen auf seiten des Erwerbsarbeits-Angebots durch Konstruktion entsprechender Arbeitsplätze resp. Arbeitsmarktsegmente ein (vgl. 4.4.2.). Die "Unvollständigkeit der Warenform des weiblichen

Arbeitsvermögens" (vgl. OSTNER 1979, S. 227) ist so eine soziale Voraussetzung für ihr insbes. in den Phasen des Familienzyklus variierendes Erwerbsverhalten und die vorwiegende selektive Nutzung von Frauenerwerbsarbeit im "sekundären Arbeitsmarktsegment" (vgl. 4.4.4.1. - die Zusammenfassung der "structured-labor-market-theory" und WILLMS 1983b, S. 110).

Berufsarbeit ist nach WEBER gebunden an das erfolgreiche Anbieten von beruflichen Leistungen: Die Anbieter - zumindest im primären Arbeitsmarktsegment - unterliegen der Kontrolle hinsichtlich bestimmter beruflicher Standards, die als lebenszeitliche Berufsverläufe institutionalisiert sind.

Die gesellschaftliche Segmentierung der Arbeit in die zwei Bereiche: Familie und Beschäftigungssystem, familiäre und Erwerbsarbeit, kehrt nun auf der Ebene der handelnden Personen als geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen "Er nährer-Rolle" des Mannes und "familiärer Rolle" der Frau wieder.

Damit sind aber durch den geschlechtsspezifischen Sozialisationsprozeß Beschränkungen des weiblichen Erwerbsarbeitsvermögens ausgebildet hinsichtlich der

1. regionalen Mobilität und Karriereorientierung (vgl. GAL ENSON 1973: Women And Work. An International Comparison. New York).
2. dem Qualifikationsniveau und -kombination
3. der Berufskontinuität (vgl. 4.4.3.4.1.).

Wie in 4.4.2. ausgeführt (46), stehen nämlich Mädchen auch heute noch theoretisch zwei verschiedene Wege zur Erreichung eines Erwerbsstatus offen (vgl. KREUTZ 1980b, S. 18):

die Orientierung auf eine langfristig konzipierte Berufsrolle oder die "Einheirat" in eine bestimmte Statusschicht. Für letztere wird oft die vorübergehende Erwerbstätigkeit im Lebenszyklus geplant, also nicht als Beginn einer langfristigen Berufskarriere.

(46) Zur immer noch bestehenden Segregierung der Frauen in den Dimensionen von Qualifikation, beruflicher Stellung und Branchenzugehörigkeit vgl. WILLMS 1983b, BECK-GERNSHEIM 1981, OSTNER 1983, S. 206 und KUTSCH/WISWEDE 1978, S. 11. Es gibt etwa einen doppelt so hohen Anteil der weiblichen Erwerbstätigen ohne berufliche Ausbildung im Vergleich zu Männern.

Sind Frauen einmal als Ehefrauen und/oder Mütter in familiäre Arbeitsrollen eingebunden, können sie aufgrund ihrer familiären Pflichten bestimmte berufliche Anforderungen weniger erfüllen als Männer, so z.B. geographische Mobilität und Überstundenbereitschaft, sind damit aber wiederum einem höherem Arbeitsplatzrisiko ausgesetzt. So führen von ROSENBLADT/BÜCHTEMANN 1980 (S. 552) das überdurchschnittliche Arbeitslosigkeitsrisiko weiblicher Arbeitskräfte auf deren eingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit zurück, die in Diskrepanz zu dem unzureichenden Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen (vgl. 3.1.) steht.

Eine zentrale Dimension des restringierten Erwerbsarbeitsvermögens dürfte die mangelnde Gelegenheit und Motivation zur Ausbildung von produktiven Verhaltensweisen sein, die während der und nur durch die kontinuierliche und langfristige Ausübung der Erwerbsarbeitsrolle, also durch berufliche Erfahrung gelernt werden.

"In bezug auf den Produktionsprozeß unterscheidet PIORE 1972 zwischen aufgabenspezifischen ("task-specific") und aufgabenunspezifischen ("task-general") Verhaltensweisen... Eine aufgabenspezifische Verhaltensweise sei allgemein die Fähigkeit, eine besondere, spezielle Aufgabe ausführen zu können. Sie bestehe tendenziell aus Verhaltens- bzw. Denkgewohnheiten, die mechanisch gelernt und automatisch entfaltet würden, ohne bewußtes Denken bzw. Anstrengung, als Antwort auf bestimmte Reize ("clues") der Umwelt. Verhaltensweisen dieser Art würden tendenziell durch einen Prozeß erworben, den PIORE als automatisches, beiläufiges Lernen ("automatic, incidental learning") bezeichnet und der in starkem Maße von Gewohnheitsbildung, Imitation und Sozialisation abhängt" (ULLMANN 1979, S. 303).

Die familiären Pflichten führen aber sowohl zu einem geringeren zeitlichen Umfang der Erwerbsarbeit als auch zu ihrer häufigeren Unterbrechung.

Zudem zögern die Unternehmen - nach dem Ansatz der Humankapitaltheorien (vgl. 4.4.4.2.) - die an eine größere Stabilität der männlichen Erwerbstätigkeit glauben, Investitionen in das on-the-job-training weiblicher Arbeitskräfte vorzunehmen, da es aufgrund häufigen Arbeitsplatzwechsels und Erwerbstätigkeitsunterbrechung von Frauen unsicher ist, ob ihnen die Erträge wieder zufließen werden (SOL TWEDEL et al. 1976, S. 130).

Daß Phasen der formellen Erwerbslosigkeit als Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen im Lebens- und Familienzyklus geplant werden, geht auch aus der repräsentativen Untersuchung von HEINEMANN 1980 (1, S. 534) hervor: So waren unter den 20-30jährigen Hausfrauen im März 1978, die ein halbes Jahr zuvor arbeitslos gemeldet waren, 61%, die selbst gekündigt hatten (ebd., S. 111). Ein solcher statistisch als "Arbeitslosigkeit" erscheinender sozialer Status ist aber nur das formelle Etikett für einen inzwischen veränderten Arbeitsstatus. 10% der Rückkehrer in die Hausfrauenrolle taten das, weil sie ein Kind erwarteten und 20% wegen der für sie unvereinbaren Doppelbelastung (ebd., S. 539). Das Aktivitätsniveau für Wiederbeschäftigungsbemühungen war bei dieser Gruppe in der Phase ihrer formellen Erwerbslosigkeit unter allen Vergleichsgruppen am geringsten (ebd./Bd.2, Tab. 121).

Das berufliche Schicksal von verheirateten erwerbstätigen Frauen hängt also nur zu einem Teil von den objektiven Arbeitsmarktbedingungen, zu einem anderen Teil von der bei bestimmten Akteursgruppen, v.a. bei jüngeren verheirateten Frauen, oft labilen Bindung an die Erwerbsarbeits-Rolle ab.

All diese Befunde sind Hinweise darauf, wie die geschlechtsspezifisch minderen Humankapitalinvestitionen, die zeitlich geringfügige und unterbrochene Erwerbstätigkeit, die spezifische Orientierung zur Berufsarbeitsrolle zur Ausbildung sekundärer Teilarbeitsmärkte mit instabiler, kurzzeitiger und unregelmäßiger Beschäftigung führen und damit zum höheren Erwerbslosigkeitsrisiko von Frauen (vgl. 4.4.4.1.) beitragen können.

Daß daneben Formen der Erwerbslosigkeit von Frauen existieren, die im hier verwendeten Bezugsrahmen als "erzwungene Arbeitsteilung" (vgl. 1.4.) zu charakterisieren sind, ist damit nicht bestritten. So betonen die SLM-Theorien (vgl. SCHMID 1980, S. 138 ff.; LAPPE 1981, S. 13) die mit der institutionalisierten Allokation von Arbeitskräften verbundene Diskriminierung weiblicher Erwerbspersonen. Danach läßt sich vermuten, daß weibliche Arbeitskräfte beim Arbeitsmarktaustritt bevorzugt der Selektion unterliegen, weil aufgrund der Verfügbarkeit kulturell legitimer alternativer Rollen für sie die soziopsychischen Folgen der Erwerbslosigkeit als geringer eingeschätzt werden.

STIEFEL 1979 (S. 184 und 187) weist darauf hin, daß bereits in Reaktion auf die Massenerwerbslosigkeit der Zwischenkriegszeit in Österreich die Gewerkschaft als Interessenvertretung vorwiegend der männlichen Kernarbeitnehmer die Frauen mit ideologischen Argumentationen vom Arbeitsmarkt verdrängt habe. Auch für die heutige Massenerwerbslosigkeit sind solche Prozesse der Abdrängung von marginalen Erwerbspersonen, insbes. ausländischen Arbeitnehmern und Frauen - in sekundäre Arbeitsmarktsegmente und in die Erwerbslosigkeit zu vermuten (vgl. 1.4.). Als Hinweis für diese Interpretation mag dienen, daß 1978 Frauen im Vergleich zu Männern nur halb so häufig gewerkschaftlich organisiert waren (vgl. BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 1980, S. 101).

So stellt sich heraus, daß das Drängen von verheirateten Hausfrauen in die Erwerbsarbeit, also der Abbau klassischer Positionen in der traditionellen Arbeitsteilung, Gegenteilstendenzen hervorruft: Die krisenhafte Entwicklung der Erwerbsarbeit mit der Erscheinungsform Erwerbslosigkeit ist eine davon. Oft ist die Erwerbslosigkeit für die besonders betroffenen marginalen weiblichen Erwerbspersonen aber nur der im Licht der Norm der Erwerbsarbeit verzerrte statistische Ausdruck für die Rückverschiebung der Arbeit in den familiären Bereich.

LITERATURVERZEICHNIS

In Klammern ist, sofern mir bekannt, die Erstveröffentlichung angegeben.

Zeitschriftenabkürzungen:

AJS:	American Journal of Sociology
ANBA:	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Hg.: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Beitr. AB:	Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
KzfSS:	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg.: KÖNIG R. Opladen.
Mitt. AB:	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hg.: BOLTE, K.M. et al. Stuttgart
Quint AB:	Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hg.: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg
Soziale Welt:	Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis. Hg.: Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftli- cher Institute e.V. Göttingen
SZ:	Süddeutsche Zeitung
WiSta:	Wirtschaft und Statistik. Hg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
WSI- Mitt:	Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Köln.

ADEBAHR H. 1981: Direktinvestitionen - Eine Problemskizze .Berlin

ADORNO Th.W. 1967: Einleitung zu: DURKHEIM 1967: Soziologie und Philo-
sophie. Frankfurt/Main

AMSDEN A.H. (Hg.) 1980: The Economics of Women and Work. Harmondsworth.

ANBA 1983/3: Arbeitsmarktanalyse 1982 anhand ausgewählter Bestands- und
Bewegungsdaten. Ergebnisse und statistische Übersichten der Sonder-
untersuchungen vom Mai/Juni 1982 und Ende September 1982. Sonder-
druck von ANBA 1983/3, S. 149-183 und 267-375

ANDERSON O. et al. 1978: Grundlagen der Statistik. Amtliche Statistik
und beschreibende Methoden. Berlin, Heidelberg, New York (N.Y.)

ARON R. 1979: Emile DURKHEIM in: ders. 1979: Hauptströmungen des moder-
nen soziologischen Denkens. Reinbek, S. 19-95

- BACH H.-U. et al. (Autorengruppe) 1982: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1982 in: Mitt.AB 1982/1, S. 1-9
- dies. 1983a: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983 in Mitt.AB 1983/1, S. 5-16
- dies. 1983b: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1983 und 1984 - insgesamt und regional in: Mitt. AB 1983/4, S. 325-344
- BAHNMÜLLER R. 1978: Arbeitslose als politisches Konfliktpotential - Zwischenergebnisse einer Studie bei qualifizierten Arbeitern und Angestellten in: WACKER A. 1978: Vom Schock zum Fatalismus. Frankfurt/Main. New York
- BALLERSTEDT E./GLATZER W. 1979: Soziologischer Almanach: Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main, New York
- BECK U./BRATER M./DAHEIM H. 1980: Soziologie der Arbeit und der Berufe. Reinbek
- BECKER G. 1980 (1965): A Theory Of The Allocation Of Time in: AMSDEN A. (Ed.) 1980, S. 52-82
- BECK-GERNSHEIM E. 1981 (2. Aufl.): Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen. Frankfurt/M, New York
- BEITR.AB 1978/31: Probleme bei der Konstruktion sozioökonomischer Modelle. IAB-Kontaktseminar 1977 an der Universität Mannheim
- BEITR.AB 1979/40: Forschungspreis 1978 der Bundesanstalt für Arbeit. Sammelband II: Kurzfassung prämiierter Arbeiten.
- BEITR.AB 1979/42: Kurzberichte 1976-1979
- BEITR.AB 1979/42.2: Kurzberichte 1979-1980
- BEITR.AB 1980/50: Forschungspreis 1979 der B A
- BEITR.AB 1980/51: Forschungspreis 1979 der BA. Sammelband I: Kurzfassung prämiierter Arbeiten
- BEITR.AB 1981/56: Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials
- BEITR.AB 1981/59: Forschungspreis 1980 der BA. Kurzfassung prämiierter Arbeiten
- BEITR.AB 1983/76: Forschungspreis 1982 der BA. Kurzfassungen prämiierter Arbeiten

BELLMANN L. 1982: Selektive Freisetzung von Ausländern während der Rezession 1974/75 in der BRD in: Mitt.AB 1982/2, S. 141 ff.

BENDIX R. 1970: Embattled Reason. Essays On Social Knowledge. New York

BERNSDORF W. (Hg.) 1979: Wörterbuch der Soziologie. Frankfurt/Main

BLADES D. 1982: The Hidden Economy And The National Accounts in: OECD (Hg.) 1982: Occasional Studies, OECD Economic Outlook. Paris

BLAZEJ CZAK J. 1981: Bestimmungsgründe des Erwerbsverhaltens und Messung der Stillen Reserve: Beitr.AB 1981/56, S. 283-296

BOB U. 1982: Probleme der sozialpädagogischen Praxis: Soziale Anomie, berufliche Integration und Verunsicherung des Zukunftsbezugs von Jugendlichen. Eine Anwendung der Durkheim'schen Anomietheorie und Feldtheorie Kurt Lewins auf die empirische Untersuchung der psychischen und sozialen Situation von ungelernten und arbeitslosen Jugendlichen. Diplomarbeit an der Universität Hannover.

BOUDON R. 1980: Die Logik des gesellschaftlichen Handelns. Eine Einführung in die soziologische Denk- und Arbeitsweise. Neuwied

BOWEN W.G./FIN EGAN A.T. 1969: The Economics Of Labor Participation. Princeton, New Jersey

BRINKMANN Chr. 1976: Belastung durch Arbeitslosigkeit: Finanzielle und psychosoziale Probleme der Arbeitslosigkeit in: Mitt.AB 1976/4, S. 397-413

ders. 1978: Zur Struktur der Arbeitslosigkeit in: BALON K.H. (Hg.) 1978: Arbeitslose - abgeschoben, diffamiert, verwaltet: Arbeitsbuch für eine alternative Praxis.O.O.

ders. 1983: Arbeitszeitpräferenzen: Ein Hinweis auf "neue" Repräsentativbefragungen in: Mitt.AB 1983/2, S. 106 ff.

BRINKMANN G. 1981: Ökonomik der Arbeit, Bd. 1 und 2. Stuttgart

BÜCHTEMANN Ch.F./ROSENBLADT v. B. 1978: Arbeitslose 1978: Die Situation in der Arbeitslosigkeit in: Mitt.AB 1981/1, S. 22-38

BÜCHTEMANN Ch.F. 1983: Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit im zeitlichen Verlauf: Repräsentative Längsschnittuntersuchung bei Arbeitslosen und Beschäftigten 1978-1982 in: Bd. 85 der Reihe Forschungsberichte, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1983. Bonn

BÜSCHGES G. 1983: Einführung in die Organisationssoziologie. Stuttgart

ders. 1984: Unbeabsichtigte Folgen technisch-organisatorischer Neuerungen. Nürnberg. Bisher unveröffentlichtes Seminarpapier

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 1984: Demographische Fakten und Trends in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme anlässlich der Internationalen Bevölkerungskonferenz 1984 der Vereinten Nationen, Juli 1984. In: dass. (Hg.) 1984: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Heft 3/1984, S. 295-399

- BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hg.) 1979: Arbeitsförderung. Leitfaden zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Bonn
- ders. 1980: Bürger und Sozialstaat. Repräsentativerhebung im Auftrag des BMAS. Zusammenfassender Kommentar. Bonn
- BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT (Hg.) 1977: Aktuelle Probleme der Beschäftigungspolitik. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. Göttingen
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.) 1978: Informationen zur politischen Bildung 177/178: Wirtschaft, Konjunktur, Wachstum, Strukturwandel. Bonn
- BUTTLE G. 1970: Frauenerwerbstätigkeit im internationalen Vergleich in: Beiträge des Deutschen Industrieministeriums 1970, H. 819
- ders. 1984: Arbeit im Schatten in: Der Arbeitgeber 1984/3, S. 92 ff.
- CASSEL D. 1984: Was ist Schattenwirtschaft? Begriff und Erscheinungsformen der Second Economy in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1984/1, S. 1-7
- DAHEIM H.J. 1969: Soziologie der Berufe in: KÖNIG R. (Hg.) 1969: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. II. Stuttgart
- ders. 1981: Grundformen der Arbeit in der industriellen Gesellschaft. Kurseinheit 1: Beruf - Betrieb - Gesellschaft. Hagen
- DAHRENDORF R. 1983: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 25-37
- DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND 1972: Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen in: WEBER M. (Hg.) 1976: Probleme der Frauen - Probleme der Gesellschaft. Arbeitschancen, Lohngleichheit, Vorurteile. Frankfurt/Main, S. 153-160
- DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG (Hg.) 1977: Chancen für mehr Arbeitsplätze. Auswertung einer Umfrage zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit. Bonn
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hg.) 1981: Wochenbericht 24. Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der BRD für Deutsche und Ausländer bis zum Jahr 2030. Berlin
- DOSTAL W. 1982: Mikroelektronik und Arbeitswelt. Eine Technologiediskussion in neuer Auflage oder mit neuer Substanz? In: AIAS 1982/4, S. 441-461
- DUNCAN O.D. (Hg.) 1969: William F. OGBURN. Kultur und sozialer Wandel. Ausgewählte Schriften. Neuwied und Berlin.
- DURAND-DROUHIN M. 1981: Bestimmungsfaktoren der Frauenerwerbstätigkeit im internationalen Vergleich in: Beitr. AB 1981/56, S. 79 ff.
- DURKHEIM E. 1977 (1893): Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt/Main
- ders. 1922 (4. Aufl. der franz. Originalausgabe): De La Division Du Travail Social. Paris

- ders. 1964 (engl. Übersetzung von George SIMPSON): *The Division Of Labor In Society*. London
- ders. 1960 (1897): *Le Suicide*. 3. Aufl. Paris
- ders. 1973: *Der Selbstmord*. Neuwied
- ders. 1961 (1895): *Regeln der soziologischen Methode*. Neuwied
- ders. 1967: *Soziologie und Philosophie*. Frankfurt/Main
- EBERT R. 1983: Arbeitszeitverkürzung ein untaugliches Mittel in: *Uni Berufswahl-Magazin* 1983/6, S. 14
- ECKSTEIN K.F. 1982: "Es sind einfach zu viele..." in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1982/B25, S. 17-34
- EGL F./LEUPOLDT R. 1977: Mehrfacharbeitslosigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit und Wiedereingliederung von Arbeitslosen in: *Mitt. AB* 1977/4, S. 463-468
- ders. 1978: Dauer, Häufigkeit und Abbau der Arbeitslosigkeit in: *Mitt. AB* 1978/1, S. 7-14
- ENGELBRECH G. 1983: Entwicklungstendenzen der Beschäftigung von Frauen 1960-1990 in: *MATTHES (Hg.)* 1983, S. 161-175
- ENGFER U./HINRICHS K./WIESENTHAL H. 1983: Arbeitswerte im Wandel. Empirische Analysen zum Zusammenhang von unkonventionellen Werten und Arbeitsbeteiligung in: *MATTHES J. (Hg.)* 1983, S. 434-455
- E SENWEIN-ROTHE I. 1978: Strukturelle Arbeitslosigkeit im Spiegel der Statistik in: *ISSING O. (Hg.)* 1978
- ESSER J. et al. 1980: Gewerkschaften als Säule im Modell Deutschland in: *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch* 1980. Berlin, S. 51 ff.
- FEICHTINGER G. 1977: Aussichten für das Erwerbspotential und den Anteil wirtschaftlich abhängiger Personen in europäischen Bevölkerungen. Wien
- FIKENTSCHER W./MORITZ P. 1980: Die Auswirkungen deutscher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auf Produktion und Beschäftigung in der BRD. Tübingen
- FRANZ W. 1978: Neuere Ergebnisse einer makroökonomischen Analyse des Arbeitsmarkts der Bundesrepublik Deutschland in: *Beitr. AB* 1978/31, S. 1-39
- ders. 1980: *Economic Aspects Of Female Labor Force Participation In The FRG*. Paper Prepared For The NATO-Symposium: Women And The World Of Work. Lisboa
- FREISBERG W. 1981: Frauenerwerbstätigkeit, weibliche Arbeitskräfte-reserve und Probleme des Arbeitsmarktausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland bis 1985. Berlin.
- FREY B.S. et al. 1982: Has The Shadow Economy Grown In Germany? An Exploratory Study in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 1982/Jg. 118, S. 499-524

ders./POMMEREHNE W.W. 1982: Ansätze zur quantitativen Erfassung der Schattenwirtschaft in: WiSta 1982/4, S. 157-162

FREY M. 1982: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein statistischer Überblick in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1982/B. 25 S. 3 ff.

GARHAMMER M. 1980: Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit: Psychosoziale Belastungen und individuelle Verarbeitungsformen eines gesellschaftlichen Problems. Diplomarbeit, vorgelegt an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

GARRATY J.A. 1978: Unemployment In History. Economic Thought And Public Policy, New York

GERSHUNY J. 1982: die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Frankfurt/Main

ders. 1983: Goods, Services And The Future Of Work in: MATTHES (Hg.) 1983, S. 82-94

GROSSER D. 1979: Die Arbeitslosigkeit seit 1974: Ursachen, Strategien der Beschäftigungspolitik, Perspektiven in: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland (ders. (Hg.) 1979) Stuttgart

GROTTIAN P. 1983: Die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten des öffentlichen, halböffentlichen, kirchlichen und selbsthilfeorganisierten Sektors in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 570-588

HABERMAS J. 1968: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/Main

ders. 1976: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt/M

HAMM W. 1978: Hypothesen zur Erklärung der 'strukturellen' Arbeitslosigkeit in: ISSING O. (Hg.) 1978

HANDL J. 1978: Ausmaß und Determinanten der Erwerbsbeteiligung von Frauen in: Beitr. AB 1978/31, S. 189-257

HATZOLD O. 1981: Das künftige Frauenerwerbspotential unter dem Einfluß von Bevölkerungsentwicklung und Familienpolitik in: Beitr. AB 1981/56, S. 40 ff.

HEGNER F. 1983: Einseitigkeiten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Hintergrund aktueller sozialer Probleme in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 604-621

HEINEMANN K. 1980: Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle. Forschungsbericht 10 der Konrad Adenauer Stiftung Band 1 und 2. Melle

- HÖHN Ch. 1982: Erwerbstätigkeit und Rollenwandel der Frau in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1982/Jg. 8/H. 3/ S. 297-317
- HOFBAUER H. et al. 1969: Die Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben in: Mitt.AB 1969/9, S. 713-733
- HOFSTÄTTER P.R. 1978: Erwerbstätige Hausfrauen in: Psychologie und Praxis 1978/XXII, S. 1-18
- HÜBLER O. 1983: Ökometrische Untersuchungen zum Arbeitsangebotsverhalten von Frauen in: Mitt.AB 1983/3, S. 301-311
- IGLEHART A.P. 1979: Married Women And Work. Lexington
- INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (Hg.) 1980: Aufnahme der Arbeitsmarktpolitik durch die Bürger. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. München
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (Hg.) 1983: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1983. Köln
- ders. (Hg.) 1983b: IW-Erhebung Fehlzeiten. Reihe IWD. Köln
- ISSING O. (Hg.) 1978: Aktuelle Probleme der Arbeitslosigkeit in: Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 100. Berlin
- JAHODA M./LAZARSFELD P.F./ZEISEL H. 1960 (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Allensbach
- JANSEN U. 1984: Zukunft der Arbeit: Geht uns die Arbeit tatsächlich aus? in: Die Mitbestimmung. Zeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung 1984/Heft 1, S. 41-42
- JOERGES B 1983: Konsumarbeit - Zur Soziologie und ökologie des informellen Sektors in MATTHES (Hg.) 1983, S. 249-265
- JOKISCH R. 1981: Die Nichtintentionalen Effekte menschlicher Handlungen. Ein klassisches soziologisches Problem. in: KZfSS 1981/S.547-575
- JUST D./MÜLHENS P.C. 1982: Ausländerzunahme: objektives Problem oder Einstellungsfrage. Aktuelle Einstellungen der Deutschen gegenüber ausländischen Mitbürgern in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1982/B25, S. 35 ff.
- KARR W. 1977: Zur Altersstruktur der Arbeitslosen. Analyse ihrer längerfristigen Entwicklung in: Mitt.AB 1977/3, S. 349-362
- ders. 1983: Anmerkungen zur Arbeitslosigkeit in der nunmehr 10 Jahre dauernden Beschäftigungskrise in: Mitt.AB 1983/3, S. 276-279

- KLAUDER W. 1981: Zur Messung und Voraussetzung des Frauenerwerbspotentials. Einleitung und Resümee des zweiten Potentialtreffens in: Beitr. AB 1981/56, S. 3-10
- ders. 1982: Die Brisanz des Ausländerproblems in der Bundesrepublik Deutschland in: Wirtschaftsdienst 1982/6, S. 272 ff. Berlin
- KLAUS J. 1982: Weg aus der Krise. Gestaffelte Beschäftigungsstrategie in: Wirtschaftsdienst 1982 XII/S. 593-599
- KOHLHUBER F. 1983: Insovenzbedingte Arbeitslosigkeit - welche Bedeutung kommt ihr zu? in: Mitt. AB 1983/2, S. 123-130
- KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WANDEL (Hg.) 1977: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten. Göttingen
- KREUTZ H. 1969: Revision theoretischer Vorstellungen durch empirische Sozialforschung. Daten und Folgerungen zur Kritik der soziologischen Freizeitforschung in: ROSENMAY R L./HÖLLINGER S.(Hg.) 1969: Soziologie. Forschung in Österreich. Wien, S. 169-182
- ders. 1972: Soziologie der empirischen Sozialforschung. Theoretische Analyse von Befragungstechniken und Ansätze zur Entwicklung neuer Verfahren. Stuttgart
- ders. 1974. Soziologie der Jugend. München
- ders. 1975: Arbeit und Entfremdung in der österreichischen Industrie. in: Angewandte Sozialforschung 1975/Jg. 4, S. 109-138, 220-233
- ders./WUGGENIG U. 1978: Folgen der Jugendarbeitslosigkeit in: ders./LANDWEHR R./WUGGENIG U. (Hg.) 1978: Empirische Sozialarbeitsforschung. Rheinstetten, S. 23-58
- ders. 1979: Der Beitrag soziologischer Theorie zur Arbeitsmarktforschung und Arbeitsmarktpolitik in: (öst.) BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE VERWALTUNG (Hg.) 1979: Die außerökonomischen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik. Wien
- ders. 1980a: Die Situation der jungen Menschen in der Bundesrepublik. Seminarpapier. Veröffentlicht in: Deutsche Jugend 1980/Heft 8
- ders. 1980b: Gesellschaftliche Integration der Jugend und die Bildung jugendlicher Subkulturen. Unveröffent. Seminarpapier. Nürnberg
- ders./FRÖHLICH G./WINTER H.P. 1981a: Alternative Projekte: Vorboten einer veränderten Arbeitsteilung in der postindustrialisierten Gesellschaft oder erste Anzeichen einer neuen 'Kultur der Armut'? Eine explorative Studie in: Angewandte Sozialforschung 1981/9. Jg./Heft 3/4, S. 365-387

- ders. 1981b: Arbeit, Emotion, Politik. Die gefühlsmäßige Verarbeitung betrieblicher Erfahrungen und ihre politischen Auswirkungen. Ergebnisse einer explorativen empirischen Untersuchung bei Lehrlingen. Projektbericht 5.1. Nürnberg
- ders./Boß U. 1982: Technikakzeptanz, nationalstaatliche Integration und direkte Demokratie. Eine explorative empirische Untersuchung, in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1982/10. Jg./Heft 4 S. 475-499
- ders. 1983a: Die kognitive Inkongruenztheorie Karl MANNHEIMs: Der Fall einer *Condemnatio Memoriae* in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1983/Heft 4/5, S. 325-334
- ders. 1983b: Reduktion von Komplexität als Tugend oder: Der moderne Soziologe als Terrible Simplificateur. Kritische Bemerkungen zu Gerald L. EBERLEINs Beitrag in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1983/4/5, S. 431-439
- ders. 1983c: Die Begrenzung des Zuzugsalters von Gastarbeiterkindern und die Integrationsbereitschaft türkischer Jugendlicher. Einige empirische Daten zu einer aktuellen politischen Frage in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1983/1, S. 5-17
- ders./FRÖHLICH G./MALY D. 1984: Alternative Projekte - Realistische Alternativen zur Arbeitslosigkeit? in: Mitt. AB 1984/2, S. 267-274
- KÜHLEWIND G. 1983: Konstruktives Suchen nach Lösungen in: Uni Berufswahl-Magazin 1983/6, S. 14 f.
- KUTSCH Th./WISWEDE G. 1978a: Arbeitslosigkeit im Spiegel der Sozialwissenschaften in: dies. (Hg.) 1978 Arbeitslosigkeit I: Sozialstrukturelle Probleme, S. 5-15, Hain
- dies. 1978b: Arbeitslosigkeit II. Psychosoziale Belastungen. Hain
- LANGKAU J./LANGKAU-HERRMANN M. 1982: The Current And Future Labour Market Situation For Women in: YOHALEM A.M. (Ed.) 1982: Women Returning To Work. Policies And Progress In Five Countries. Allankeld
- LAPPE L. 1981: Die Arbeitssituation erwerbstätiger Frauen. Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegmentation und ihre Folgen. Frankfurt/Main, New York
- MAIER H.E. 1983: Alternative Ökonomie als Ausweg aus der Krise? In: LEZIUS M. (Hg.) 1983: Fördert unsere Gesellschaft den Zerfall? Unternehmen geben in der Krise Antwort. Spardorf, S. 63 ff.
- MALY D./PREISENDÖRFER P. 1983: Ideologie und Utopie in alternativen Projekten. Eine Forschungsnotiz in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1983/Heft 4/5, S. 363-366

- MANGOLD W. et al. 1979: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung. Frankfurt/Main
- MARX K. 1970 (1894) Das Kapital, Bd. 3, Max-Engels-Werke, Berlin
- MATTHES J. (Hg.) 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentags in Bamberg 1982. Frankfurt/Main, New York
- MAYER H.L. 1979: Zur Abgrenzung und Struktur der Erwerbslosigkeit. Ergebnisse des Mikrozensus in WiSta 1979/1, S. 22-31
- ders./WOLLNY H. 1981: Beitrag der amtlichen Statistik zur Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials der Frauen in: Beitr. AB 1981/56, S. 232-265
- MERTENS D. 1980: Neue Grauzonen des Erwerbsverhaltens in: Mitt.AB 1980/2, S. 151-153
- ders. 1982: Perspektiven des Arbeitsmarkts in den 80er und 90er Jahren. in: Der SPIEGEL 1982/49, S. 34 f.
- METTELSEFEN B. 1982: Schattenökonomie in der Bundesrepublik in: Kursbuch 1982/69, S. 147-162. Berlin
- MINCER J. 1980 (1962): Labor Force Participation Of Married Women: A Study Of Labor Supply in: AMSDEN A.H. 1980, S. 41-52
- MITCHELL O.S. 1980: Labor Force Activity Of Married Women As A Response To Changing Jobless Rates in: Monthly Labor Review 1980/Vol. 103, no. 6, S. 32-33
- MÜLLER W. 1983a: Frauenarbeit im Wandel - Forschungsfragen und Datenbasis in: ders. et al. (Hg.) 1983, S. 7-24
- ders. et al. (Hg.) 1983: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980. Frankfurt/Main, New York
- ders. 1983b: Frauenerwerbstätigkeit im Lebenslauf in: ders. 1983, S. 55 ff.
- MYRDAL A./KLEIN V. 1960: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln, Berlin
- NEUMANN M. 1982: Theoretische Volkswirtschaftslehre II. München
- NOLL H.H. 1978: Soziale Indikatoren der Beschäftigung: Daten für eine zielorientierte Politik in: Beitr. AB 1978/31, S. 107-161
- OFFE C. 1970: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Berlin
- ders./HINRICHS K. 1977: Sozialökonomie des Arbeitsmarkts und die Lage 'benachteiligter' Gruppen von Arbeitnehmern in: ders. (Hg.) 1977: Opfer des Arbeitsmarkts. Zur Theorie der strukturellen Arbeitslosigkeit. Neuwied

- OPPENHEIMER V. K. 1973: Demographic Influence On Female Employment And The Status Of Women in: AJS 1973/Vol. 78, No. 4, S. 184-199
- OSTNER I. 1979: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt/Main, New York
- dies./WILLMS A. 1983: Strukturelle Veränderungen der Frauenarbeit im Haushalt und Beruf in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 206-228
- PARETO V. 1966: Eliten, Gewalt und Regierungsformen in: W. C. MILLS 1966 (1960): Klassik der Soziologie. Eine polemische Auslese. Frankfurt/Main
- PEIKERT I. 1977a: Frauenarbeit - Poletarisierung auf Widerruf? In: OFFE (Hg.) 1977, S. 63-93
- diess. 1978b: Frauen auf dem Arbeitsmarkt in: LEVIATHAN 1977, S. 494-516
- PIERENKEMPER T. 1982: Historische Arbeitsmarktforschung in: ders. (Hg.): Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft. Göttingen, S. 9 ff.
- PINTAR R. 1978: Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit. Überblick über die veränderte Situation und das Verhalten von Arbeitslosen in: KUTSCH/WISWEDE 1978b
- PREISENDÖRFER P. 1983a: Verantwortung im Betrieb. Eine theoretische und empirische Analyse der Verantwortungskonzepte sowie von Problemen der Verantwortung in betrieblichen Kontexten. Nürnberg. Bis-her unveröffentl. Diss.
- ders. 1983b: Karl MANNHEIMS Konzeption der Verantwortlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1983/4/5, S. 394-399
- PRESSE- UND INFORMATIONSZENTRUM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS (Hg.) 1977: Zur Sache 1/77. Themen parlamentarischer Beratung: Frau und Gesellschaft. Zwischenbericht der Enquete-Kommission. Deutscher Bundestag Stuttgart
- PROJEKTGRUPPE WAHLFORSCHUNG 1983: Auszüge aus ersten Ergebnissen einer repräsentativen Arbeitslosenbefragung in: Der "STERN" 1983/März/S. 176 ff. (Universität Osnabrück)
- QUINTAB 1976/4: Frauen- und Arbeitsmarkt. Ausgewählte Aspekte der Frauenerwerbstätigkeit.
- RAUB W. 1984: Rationale Akteure, institutionelle Regelungen und Interdependenzen: Untersuchungen zu einer erklärenden Soziologie auf strukturell-individualistischer Grundlage. Frankfurt/Main

- RECKTENWALD H.C. 1980a: Ursachen für Unwirtschaftlichkeit im Staatssektor - Elemente einer Theorie des ökonomischen Staats"versagens" in: ders. 1980: Markt und Staat. Fundamente einer freiheitlichen Ordnung. Göttingen
- ders. 1980b: Der öffentliche Sektor (Staatsquote) in säkularer Sicht in: ders. 1980, S. 238-248
- REICHARDT R.H. 1982: Euphorie, Furcht und Problembewußtsein gegenüber dem Einsatz der Mikroelektronik in: AIAS Angewandte Sozialforschung 1982/4, S. 425-441
- RESZÖHAZY R. 1970: Temps Social Et Developpement. Brüssel
- REYHER L./BACH H.U. 1980: "Arbeitskräfte-Gesamtrechnung". Bestände und Bewegungen am Arbeitsmarkt in: Mitt.AB 1980/4, S. 498-513
- RINDERSPACHER J.P. 1980: Arbeitszeit und Familie in: Internationales Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung. Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.) 1980: Neue Arbeitszeitregelungen - Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Arbeitsleben. Berlin, S. 47-65
- ROTHSCHILD K.W. 1980: A Note On Female Labour Supply in: Kylos 1980/Vol.33/Fasc. 2, S. 246-260
- ROSENBLADT v.B./BÜCHTE MANN Ch.F. 1980: Arbeitslosigkeit und berufliche Wiedereingliederung in: Mitt AB. 1980/4, S. 552-572
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (SVR) 1966: Jahresgutachten 1966/67 in Bundestags-Drucksache VIII, S. 502
- ders. 1974: Vollbeschäftigung für morgen. Jahresgutachten 1974/75. Stuttgart, Mainz
- ders. 1979: Herausforderung von außen. Jahresgutachten 1979/80. Stuttgart, Mainz
- ders. 1981: Jahresgutachten 1981/82. Stuttgart, Mainz
- ders. 1983: Ein Schritt voraus. Jahresgutachten 1983/84. Stuttgart, Mainz
- SALOWSKY H. 1980: Individuelle Fehlzeiten in westlichen Industrieländern. Köln.
- SCHÄFERS B. 1976: Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland. Ein Studienbuch zu ihrer Soziologie und Sozialgeschichte. Stuttgart
- SCHETTKAT R. 1983: Die Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1970-1977 - ihre demographischen und ökonomischen Ursachen in: Beitr. AB 1983/76, S. 235-290

- SCHLEGELMILCH C. 1983: Arbeitsorientierungen und Lebensperspektiven von Hochschulabsolventen in der Grauzone in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 385-392
- SCHMID G. 1980: Strukturierte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik. Königstein
- SCHMIDTBERG U. 1981: Chancenverteilung auf dem Arbeitsmarkt. Zugangs- und Verbleibrisiken der Arbeitslosigkeit. Frankfurt/Main, New York
- SCHMÖLDERS G. 1980: Der Beitrag der Schattenwirtschaft in: KÜNG E. (Hg.) 1980: Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben, Tübingen
- SCHNEIDER H.K. 1977: Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften 1977, S. 478-499
- SCHOMAKER H. 1978: Umfang und Struktur der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in: dies. et al. 1978: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zu Umfang, Struktur, Auswirkungen und Prognostik der Arbeitslosigkeit. Bremen
- SCHUDLICH E. 1983: Weniger Arbeit für mehr Beschäftigte. Historische Hinweise über den Zusammenhang von Arbeitszeit und Beschäftigung in: WSI-Mitt. 1983/4, S. 209-217
- SCHULZ K.D. 1979: Varianten der Arbeitszeitverkürzung und ihre Effizienz als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in: Beitr. AB 1979/40, S. 191-257
- SCHUMPETER J.A. 1950: Über den Kapitalismus in: ders. 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern, S. 211-263
- ders. 1975: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 4. Aufl., München
- SCHWARZ K. 1981: Erwerbstätigkeit der Frau und Kinderzahl in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1981/7. Jg./1, S. 59-86
- SELLIEN R./SELLIEN H. (Hg.) 1980: Gablers Wirtschaftslexikon, 10. neu-bearb. Auflage Wiesbaden
- SOLTWEDEL R./SPINANGER D. 1976: Zur Erklärung der Beschäftigungsprobleme in ausgewählten Industriestaaten in: Mitt.AB 1976/2, S. 118-135
- SPERLING H. et al. 1959: Die Veränderung des bisherigen Bildes über die Erwerbstätigkeit durch die Ergebnisse des Mikrozensus in: WiSta 1959/9, S. 469-476
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) 1975: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung, II. Alter und Familienstand der Bevölkerung. Stgt. und Mainz
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) 1976: Erwerbstätigkeit im Mai 1975. In: WiSta 1976/4, S. 230-236
- dass. 1982: Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1982. Wiesbaden

- dass. 1983a: Statistisches Jahrbuch 1983. Wiesbaden
- dass. 1983b: Fachserie 1. Reihe 4.1.1. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1982. Stuttgart, Mainz
- dass. 1983c: Fachserie 1. Reihe 3: Haushalte und Familien 1982. Stuttgart, Mainz
- dass. 1983d: Fachserie 1. Reihe 2. Ausländer 1982. Stuttgart, Mainz
- dass. 1984: Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung. Zeitreihen mit Saisonbereinigung. Wiesbaden
- dass. 1984 b: Fachserie 1/Reihe 1/Gebiet und Bevölkerung 1982. Stgt./Mainz
- STEGE H.A. 1978: Weltzivilisation und Regionalkulturen. Perspektiven vergleichender Kulturosoziologie im Zeitalter weltweiter Industrialisierung in: KELLENBENZ (Hg.) 1978: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 7 Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege, IV: Übersee und allgemeine Wirtschaftsgeschichte, S. 649 ff.
- STEIGER H.H. 1983: Erwerbstätige im April 1982. Ergebnisse des Mikrozensus in: WiSta 1983/3, S. 211 ff.
- STIEFEL D. 1979: Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen - am Beispiel Österreichs 1918-1938. Berlin
- TAZELAAR F./WIPPLER R. 1982: Problemspezifische Fassung der mentalen Inkongruenztheorie zur Erklärung der Verarbeitung längerfristiger Arbeitslosigkeit, Projektbericht. o.O.
- TERIET B. 1977: Teilzeitarbeit - ein Problemaufriß in: Mitt.AB 1977/2, S. 311-318
- TESSARING M. 1981: Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit in: Beitr. AB 1981/56, S. 82ff.
- THON M. 1981: Zur Entwicklung des Potentials an ausländischen Erwerbspersonen bis 1991 in: Beitr. AB 1981/56, S. 280-283
- TIFFANY D.W. 1970: The Unemployed. A Social-Psychological Portrait. Englewood Cliffs New Jersey
- TILLY R. 1982: Märkte, Mächte, Arbeit. Beiträge zur Arbeitsmarktforschung in: PIERENKEMPER (Hg.) 1982, S. 277
- TOMMISSEN P. 1976: Vilfredo Pareto in: D. KÄSLER (Hg.) 1976: Klassiker des soziologischen Denkens. Bd. 1. Von Comte bis Durkheim. 1. Aufl.
- ULLMANN H. 1979: Die Theorie des dualen Arbeitsmarktes- Darstellung und Kritik in: Beitr. AB 1979/40, S. 257 ff.

- VONDERACH G. 1980: Die Neuen Selbständigen. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens in: Mitt. AB 1980/ 2, S. 153-169
- ders. 1983: Koreferat zum Referat von SCHLEGELMILCH in: MATTHES J. (Hg.) 1983, S. 392-400
- WACKER A. 1976: Arbeitslosigkeit: Soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen, Frankfurt
- WARNKEN J. 1981: Überlegungen zur weiteren Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen in: Beitr. AB 1981/56, S. 29 ff.
- WEBER M. 1947 (1904): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus in: WEBER M. 1947 (4. Aufl.): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Tübingen, S. 17 ff.
- ders. 1964 (1921): Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der Verstehenden Soziologie. Studienausgabe 1. Halbband. Köln, Berlin
- WEITZEL R. 1980: Flexible Arbeitszeit für Frauen? In: Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung. Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.) 1980: Neue Arbeitszeitregelungen - Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Arbeitsleben, S. 27 ff.
- WELTZ F. 1971: Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit in: Mitt. AB 1971/2, S. 201-215
- WIESENTHAL H. et al. 1983: Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftliche Interessenvertretung in: WSI-Mitt. 1983/10, S. 585-595
- WILLMS A. 1980: Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschen Reich. Eine historisch-soziologische Studie in: Beitr. AB 1980 / 50
- dies. 1983a: Grundzüge der Entwicklung der Frauenarbeit von 1880 bis 1980 in: MÜLLER W. et al. 1983 (Hg.)
- dies. 1983 b: Segregation auf Dauer? Zur Entwicklung des Verhältnisses von Frauenarbeit und Männerarbeit in Deutschland 1882-1980 in: MÜLLER et al. (Hg) 1983, S. 107 ff.
- WIPPLER R. 1978: Nicht-intendierte soziale Folgen individueller Handlungen. in: Soziale Welt 1978/29, S. 155-179
- WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT 1983: Verhindert Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit? Bonn
- WiSta 1984/2/Sonderdruck: Zum Thema: Statistiken des Arbeitsmarkts und der Beschäftigung. Anlässlich der 30. Tagung des Statistischen Beirats vom 7. Juni 1983

WOLFF K. (Hg.) 1960: Emile DURKHEIM, Columbus

WOLFMEYER P. 1981: Entwicklungsmöglichkeiten des Erwerbsverhaltens der Frauen in den 80er Jahren in: Beitr. AB 1981/56, S. 21 ff.

WOLFSTEINER M. 1983: Einfluß der Robotertechnik auf Beschäftigung und Tätigkeiten in: Mitt. AB 1983/2, S. 167-176

WUGGENIG U. 1979: Jugendarbeitslosigkeitsforschung 1970-1979. Eine methodologische Zwischenbilanz. Hannover

ders. 1980: Berufseinmündung, Arbeitsmarktprobleme und beruflicher Zukunftsbezug. Projekt-Deskription. Hannover

LEBENS LAUF

Am 11. Januar 1953 wurde ich, Manfred Felix Heinz Garhammer, in Nürnberg als zweites Kind des Hauptlokomotivführers Max Garhammer (geb. am 16.8.1922) und seiner Ehefrau Lieselotte, geb. Loos (geb. am 2.3.1922) geboren.

Die Volksschule besuchte ich von 1959 bis 1963 in Nürnberg. Nach der 4. Klasse trat ich in das Dürer-Gymnasium (vormals Dürer-Oberrealschule) über. In diesem mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium legte ich nach 9 Jahren, im Juni 1972, die Reifeprüfung ab.

Vom 12.12.1972 bis 31.3.1974 leistete ich den Zivilen Ersatzdienst in der Birkenwaldklinik in Nürnberg ab.

Im Wintersemester 1974 nahm ich an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg ein Studium in den Fächern Deutsch, Sozialkunde und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien auf. Im Februar 1976 legte ich dafür die Zwischenprüfungen in den Fächern Deutsch und Sozialkunde ab.

Seit dem Wintersemester 1975 studierte ich zusätzlich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU in Nürnberg das Fach Sozialwissenschaften. Im Herbst 1980 legte ich hier nach meinem 10. Fachsemester die Diplomprüfung für Sozialwirte mit der Gesamtnote 1,57 ab.

Seit dem Jahr 1981 bis zum Oktober 1984 war ich mit meiner Dissertation zum Thema Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik befaßt, die von der Studienstiftung des Deutschen Volkes mit einem Promotionsstipendium gefördert wurde. Als mein Doktorvater betreute mich Prof. Dr. Henrik Kreutz, der den Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU in Nürnberg innehat. Am 26.2.1985 schloß ich die Promotionsprüfung mit dem Prädikat "magna cum laude" ab und erwarb den akademischen Grad eines Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

